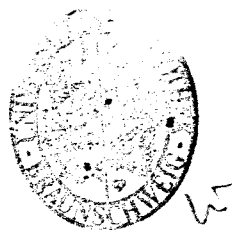




entwertet





4725-9678

Inhalts-Verzeichniß

über die

Verhandlungs-Gegenstände

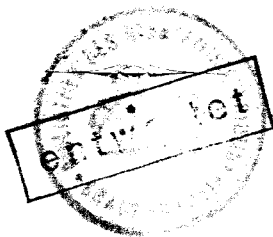
der

Stadtverordneten-Versammlung

166 12328
zu

Braunschweig

im Jahre 1901/1902.



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei

Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

I. 3. April 1901.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters zc.	3*
2. Wahl der Ausschüsse zc.	4
3. Vortrag über den Bauplan eines neuen Museums.	9

II. 25. April 1901.

4. Beitrag zur Ausstattung des Melanchthonhauses in Bretten	16
5. Project zum Bau der St. Paulikirche	17
6. Fußweganlagen für einen Theil der Maschstraße	18
7. Neubau eines städtischen Museums	18
8. Hundesteuer-Erlaßgesuche	27
9. Ankauf und Verkauf von Flächen an der Weststraße	28
10. Erwerb von Flächen zum Niddagshäuserwege	28
11. Verkauf einer Fläche an der Spohrstraße	29
12. Antrag Koch u. Gen.: Aenderung der Städteordnung	29
13. Einbau von Schieberhähnen in die Wasserleitung zc.	29
14. Verkauf von Flächen an der Wendenmaschstraße	30
15. Antrag Müller: Bepflanzung der Fasanenstraße mit Laubbäumen	30
16. Erwerb einer Fläche zur Juliusstraße	30
17. Fußwegbelag auf einem Theile der Casernen- und der Hagenstraße.	30
18. Ausbau der Baumelsburger- und der Wendenmaschstraße	31
19. Verkauf des städtischen Bauplatzes an der Kaiserstraße	32

* Die Zahlen bedeuten die Seiten in den Berichten.

IV

20.	Austausch von Flächen am Bohlwege	32
21.	Grunderwerb zur Giersbergstraße	32
22.	Einrichtung einer weiteren Bürgererschulklasse	33
23.	Anfrage Aßmann: Vorkehrungen gegen die Maßnahmen der Straßen- eisenbahn-Gesellschaft	33
24.	Antrag Kiefe: Anordnung einer Wohnungs-Enquête	35
25.	Antrag Blasius: Entsendung von Lungenkranken in eine Heilstätte	37

III. 6. Juni 1901.

26.	Antrag Blasius: Entsendung von Lungenkranken in eine Heilstätte	40
27.	Nachverwilligung von Kosten für den Wirthschaftshof	41
28.	Einrichtungen und bauliche Anlagen auf dem Wirthschaftshofe	42
29.	Beleuchtungsanlage im Stadtpark	44
30.	Ausbau der Bodestraße zc.	44
31.	Anschaffung einer Coalsbrechmaschine	45
32.	Errichtung eines Freibankgebäudes beim Schlachthause	46
33.	Studienreise wegen der Einrichtungen der Gewerbeschule und des Museums	50
34.	Antrag der General-Hofintendantur auf Befreiung von der Zahlung einer Straßenbenutzungsgebühr	51
35.	Erwerb von Flächen zur Giesmaroderstraße zc.	60
36.	Rückzahlung von Gasrohrkosten zc. an der Catharinenstraße	60
37.	Antrag Kiefe: Anordnung einer Wohnungs-enquête	61
38.	Änderung der Gehlrensfäge für die Anfertigung von Plänen	62
39.	Hundesteuer-Erlassgesuche	62
40.	Ergänzung der Vorschriften für das städtische Arbeitsamt	63
41.	Befestigung des östlichen Fußweges an der Hamburgerstraße	63
42.	Zulassung eines Vorbaues vor dem Hause Damm A 9	64
43.	Ausbau eines Theiles der Heinrichstraße	66
44.	Antrag Rath e und Gen.: Aenderweite Unterbringung der Räume zc. des Arbeitsamtes	67
45.	Antrag Rath e u. Gen.: Gestattung der Beschäftigung städtischer Gebäude	67
46.	Antrag Brückmann und Gen.: Nichtverwendung von Seminaristen im Lehrante	68
47.	Antrag Stegmann und Gen.: Aenderung des Verwaltungsstatuts	69
48.	Antrag Wollenweber: Aenderung der Straßenpolizeiordnung	71
49.	Antrag Koch: Verbreiterung der Straße am Ragnithore	71
50.	Anfrage Sander: Nachtwachwesen in der Außenstadt	71
51.	Anfrage Günther: Auslegung der Geschäftsordnung	72

IV. 13. Juni 1901.

52.	Subvention für die Zahn'sche Lehranstalt	76
53.	Ausbau und Einrichtung des Rathhauskellers	76
54.	Uebertragung von Mitteln für den Bürgerpark auf das Jahr 1901/02	87

55.	Aufhebung einer projectirten Straße am fl. Exercierplatze und Verkauf eines Grundstücks daselbst	87
56.	Verkauf einer Fläche an der Amalienstraße	90
57.	Neuaufstellung von Laternen und Verlängerung des Gasrohrs der Hamburgerstraße	90
58.	Antrag Rathe u. Gen.: Aenderweite Unterbringung der Räume d. des Arbeitsamtes	92
59.	Antrag Rathe u. Gen.: Gestattung der Besichtigung städtischer Gebäude	92
60.	Antrag Brückmann u. Gen.: Nichtverwendung von Seminaristen im Lehrante	93
61.	Antrag Stegmann u. Gen.: Aenderung des Verwaltungsstatuts	95
62.	Antrag Wollenweber: Aenderung der Straßenpolizeiordnung	102
63.	Zulassung eines Vorbaues vor dem Hause Damm N. 9.	102
64.	Elektrische Beleuchtung des Stadtpark-Etablissements	103

V. 20. Juni 1901.

65.	Neubau des Herzoglichen Hoftheaters	106
66.	Feststellung eines neuen Ortsbaustatuts	107
67.	Nachverwilligung von Kosten für die Instandsetzung der Giersbergstraße	130
68.	Erwerb von Flächen an der Goslarerstraße	130
69.	Geschäftliche Behandlung der das Herzogliche Hoftheater betreffenden Vorbesprechungen	131

VI. 28. Juni 1901.

70.	Wiederaufbau des vormals Demmer'schen Hauses	134
71.	Regulirung der Wendensstraße und der Straße am Wendenthore	136
72.	Zulassung von Gebäuden am Bürgerparke	136
73.	Aufhebung eines Abkommens wegen der Entnahme von Gas	137
74.	Feststellung eines neuen Ortsbaustatuts (Schluß)	137
75.	Anfrage Sander: Nachtwachwesen in der Außenstadt	141
76.	Anfrage Stegmann: Absperrung der Lutterstraße	142
77.	Antrag Wolff: Aenderung des §. 14 des Verwaltungsstatuts	142
78.	Antrag Ohlenborn u. Gen.: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter	143
79.	Antrag Südel: Erlass einer Fahrordnung für Motorfahrzeuge	143

VII. 19. September 1901.

80.	Terrainerwerb zur Carlstraße	146
81.	Antrag Wolff: Aenderung des §. 14 des Verwaltungsstatuts	146
82.	Antrag Südel: Erlass einer Fahrordnung für Motorfahrzeuge	147
83.	Instandsetzung des südlichen Fußweges der Giesmaroderstraße	147
84.	Ausbau der Straße am Raschplatze	147

VI

85.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	148
86.	Aufwendungen für den Wirtschaftshof an der Taubenstraße	148
87.	Enteignung von Terrain nördlich der Kaiser-Wilhelmstraße	149
88.	Änderung der Straßen-Polizei-Ordnung (betr. den Maulkorbzwang)	149
89.	Urkundenbuch der Stadt Braunschweig	154
90.	Beschickung der Hauptversammlung des Vereins für das höhere Mädchenschulwesen	154
91.	Instandsetzung der Taschen- und Ruchstraße	155
92.	Ausgabe von Kreis-Obligationen	158
93.	Statut, betr. Ordnung der directen Gemeindesteuern	158
94.	Nachtragsproject zum Ausbau eines Theiles der Maschstraße	158
95.	Verkauf von Böschungsterrain am Wendenringe	160
96.	Instandsetzung verschiedener Straßen	160
97.	Remuneration für Hilfschreiber	160
98.	Aufhebung einer projectirten Straße am kl. Exercierplatze zc.	161
99.	Änderung der Viehtransportwagen	163
100.	Uebertragung von Mitteln auf das Rechnungsjahr 1901/02	164
101.	Gesuch, betr. die Entwässerung der Grundstücke an der Eisenbühlstraße zc.	165
102.	Terrainerwerb an der Ferdinandbrücke	171
103.	Antrag Müller: Bepflanzung der Fasanenstraße mit Laubbäumen	172
104.	Gutachten über Maßregeln zur Bekämpfung von Spargelschädlingen	172
105.	Beleuchtung der städtischen Gewerbeschule	173
106.	Geschäftliche Behandlung des weiteren Theiles der Tagesordnung	175

VIII. 10. October 1901.

107.	Verlängerung des Canals in der Helmstedterstraße	178
108.	Antrag Böschigt und Gen.: Anschluß der Eisenbahn-Grundstücke an das Canalnetz	178
109.	Beleuchtung des Altstadtmarktes und des Ruchäutchenplatzes	179
110.	Ausbau eines Theiles der Salzdhulmerstraße	179
111.	Belegung eines Theiles der Amalienstraße mit einem Wasserhauptrohre	180
112.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	180
113.	Erwerb einer weiteren Grundfläche für das neue Wasserwerk	180
114.	Austausch von Grundflächen an der Wendenmaschstraße	181
115.	Antrag Ohlendorf und Gen.: Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter	183
116.	Antrag Sander: Belegung der unteren Roßstraße mit einem Wasserrohre	185
117.	Antrag Sander: Förderung der Krumme-Stiftung	185
118.	Antrag Günther: Verhütung von Unglücksfällen beim Fensterputzen	186
119.	Antrag Koch: Schutz öffentlicher Anlagen gegen Hunde	186
120.	Anfrage Ohlendorf: Beschäftigung von Arbeitslosen	187
121.	Feststellung eines neuen Ortsbaustatuts (Zweite Lesung)	188

IX. 17. October 1901.

122.	Ausbau des nördlichen Fußweges der Helmstedterstraße	214
123.	Antrag Sander: Förderung der Krumme-Stiftung	214
124.	Antrag Günther: Verhütung von Unglücksfällen beim Fensterputzen	214
125.	Antrag Sander: Belegung der unteren Roßstraße mit einem Wasserrohre	218
126.	Antrag Koch: Schutz öffentlicher Anlagen gegen Hunde	218
127.	Asphaltirung der Täschenstraße und eines Theiles der Kuhstraße	219
128.	Verkauf eines Bauplazes an der Okerstraße	220
129.	Ausschmückung der Kaiser Wilhelm-Brücke	220
130.	Antrag Lange: Auslegung der §§. 65 und 66 der Landesbauordnung	224

X. 21. November 1901.

131.	Antrag Ohlendorf und Gen.: Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter	226
132.	Erklärung des Magistrates wegen der Beschäftigung Arbeitsloser	240
133.	Herausgabe eines Führers durch Deutschlands Städte	241
134.	Errichtung einer mittleren Knabenbürgerschule	244
135.	Zuschuß für einen Zweigcanal	249
136.	Ausbau und Uebernahme der Straße „a. d. Neustadtmühle“	252
137.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	254
138.	Klage-Erhebung	254
139.	Schaffung einer gesonderten Canalbau-Abtheilung	254
140.	Mobiliarbeschaffung für Bürgerschulen	255
141.	Grenzregulirung am Magnithore	255
142.	Aufnahme eine Proceßes	256
143.	Baulichkeiten auf dem Wirthschaftshofe an der Taubenstraße	257
144.	Antrag Stegmann: Bereitstellung von Mitteln zur Beschäftigung Arbeitsloser	257

XI. 19. December 1901.

145.	Antrag Lange: Auslegung der §§. 65 und 66 der Landesbauordnung	265
146.	Errichtung eines dritten Volksbades	265
147.	Rückzahlung von Canalbaukosten	266
148.	Einjprachen gegen Aufhebung der projectirten Verbindungsstraße am H. Exercierplatze	267
149.	Verlegung der Okerbrücke bei den städtischen Badeanstalten	269
150.	Kosten für Reinigung des Galgrabens	271
151.	Rückzahlung von Pachtzins für Benutzung von Staatsstraßenterrain	271
152.	Kosten für den Neudruck des Ortsbauplans	272
153.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	272
154.	Nachverwilligung von Druckkosten	272
155.	Zulassung einer an der Weststraße projectirten Straße	273

VIII

156.	Zuschuß an den Geschichtsverein des Herzogthums Braunschweig	278
157.	Ausbau zweier von der Eichthalstraße abzweigenden Straßenzüge	279
158.	Einbau von Schieberhähnen in das Rohrnetz der Wasserleitung	280
159.	Aufnahme einer Klage	281
160.	Verkauf einer Fläche der Leonhardstraße	282
161.	Erhöhung des Schulgeldes der Fortbildungs- und Gewerbeschule	282
162.	Verwilligung von Canalkosten	285
163.	Nachverwilligung von Kosten für die Brücke am Rosenthal	285
164.	Beihilfe für den Verein gegen Bettelci	286
165.	Antrag P e p l i e s: Einrichtung eines Wartezimmers beim Arbeitsamte .	289
166.	Antrag K i e f e: Instandsetzung der Höfenstraße	290
167.	Anfrage K i e f e: Stand der Wohnungsenquête	290
168.	Anfrage S t e g m a n n: Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten	291
169.	Antrag A ß m a n n: Bewilligung von Mitteln für Nothstandsarbeiten .	293
170.	Wahl eines Mitgliedes der Baucommission	294
171.	Geschäftsordnungs-Debatte	294

XII. 9. Januar 1902.

172.	Ausbau der Höfenstraße und Antrag K i e f e dazu	298
173.	Kosten für Aenderungen am Desinfectionsapparate	299
174.	Neuordnung der städtischen höheren Mädchenschule x.	300
175.	Beseitigung von Bäumen auf einigen Straßen	310
176.	Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke, sowie der Neustadmühle im Jahre 1900/01	314
177.	Austausch von Flächen am Werder x.	314
178.	Verlegung eines Gashauptrohres am Madamenwege	314
179.	Antrag A ß m a n n: Bewilligung von Mitteln für Nothstandsarbeiten .	314
180.	Geschäftsordnungs-Debatte	328
181.	Weitere Instandsetzung des Bürgerparkes	329
182.	Ergänzung des Ortsbauplanes an der Juliusstraße	329

XIII. 13. Februar 1902.

183.	Haushaltsrechnungen von 1897/98 und 1898/99	332
184.	Bewilligung weiterer Mittel für den Rathhauskeller	334
185.	Hundsteuer-Erlaßgesuche	342
186.	Ermiethung von Räumen für das städt. Arbeitsamt x.	342
187.	Ausbau eines Theiles der Nebenstraße	345
188.	Erwerb von Flächen zur verlängerten Voigts-Rhegstraße x.	345
189.	Neudruck des Uebersichtsplanes der Stadt Braunschweig	346
190.	Unterstützungsgefuß des Vereins zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs	346
191.	Remuneration für Hülflehrer	348
192.	Umgestaltung des Ortsbauplanes am Nordbahnhofe	349
193.	Aenderung der Regulative über die Abgabe von Gas und Wasser	354

194.	Austausch von Flächen an der Wallstraße	363
195.	Mobiliar- und Beleuchtungseinrichtung für die Gewerbeschule	363
196.	Erwerb von Flächen zur Spohrstraße	367
197.	Vertrag wegen Ausbaues einer Straße am Altwiekinge	367
198.	Zur Geschäftsordnung	367

XIV. 20. März 1902.

199.	Verkauf von Grundstücken an der Bodestraße	370
200.	Verkauf einer Fläche an der Bodestraße	370
201.	Ausbau des nördlichen Fußweges der Helmstedterstraße	371
202.	Hundsteuer-Erlaßgesuche	371
203.	Erwerb von Flächen zur Salzdhumerstraße	371
204.	Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Juliusstraße und Cyriackstring 1c.	373
205.	Ausbau der verlängerten Voigts-Rhetzstraße	374
206.	Mittel für vorzunehmende Wohnungsuntersuchungen	374
207.	Erwerb von Flächen in der Nähe der Bodestraße	379
208.	Gesuch um Rabattgewährung bei Gasentnahme	379
209.	Erneuerung von Schornsteinen in einer Bürgerschule	385
210.	Befestigung des Promenaden-Fußweges am Magnithore	386
211.	Zulegung von Flächen der Gemeinde Riddagshausen zum Stadtgebiete	387
212.	Verschiebung einer in der Nähe des Neustädtringes projectirten Straße	390
213.	Anderweite Regelung wegen des an der Okerstraße verkauften Terrains	390
214.	Anschaffung einer Schreibmaschine	391
215.	Verwendung eines Vermächtnisses	392
216.	Herstellung verschiedener Anlagen für das Wirthschaftsgebäude im Bürgerparke	392
217.	Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage für die Gewerbeschule	393
218.	Antrag Böschigt und Genossen: Verbreiterung der Okerbrücken	394
219.	Aufhebung eines Theiles der kl. Hagenstraße	394
220.	Anlegung einer Privatstraße an der Leonhardstraße	395
221.	Antrag Brückmann: Einführung hauswirthschaftlichen Unterrichts an den unteren Bürgerschulen	395
222.	Antrag Altmann: Benützung des städt. Arbeitsamtes	396

XV. 27. März 1902.

223.	Stadthaushaltsplan für 1902/03	400
224.	Gemeinde-Kirchensteuer für 1902/1903	419
225.	Zahlung von Legaten aus dem Veltag'schen Nachlasse	419
226.	Antrag Altmann: Benützung des städt. Arbeitsamtes	420
227.	Einsprachen gegen den Ortsbauplan in der Nähe des Nordbahnhofes	424

B. Nach den Gegenständen.

Änderung der Gebührensätze für die Anfertigung von Plänen 62.

Änderung der Städteordnung 29.

Bieh-Transportwagen 163.

Aufsitz im Sitzungssaal 401.

Altstadt-Rathhaus betr. 401.

Anfragen der Herren:

Äßmann: Vorkehrungen gegen die Maßnahmen der Straßeneisenbahngesellschaft 33;

Günther: Auslegung der Geschäftsordnung 72;

Dhlendorf: Beschäftigung von Arbeitslosen 187;

Kieße: Stand der Wohnungsenquete 290;

Sander: Nachwachswesen in der Außenstadt 71, 141;

Stegmann: Absperrung der Futterstraße 142,

Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten 291.

Ankauf von Flächen n. 28, 28, 30, 32, 60, 130, 146, 149, 171, 180, 345, 367, 371, 379.

Anlegung einer Privatstraße 395.

Anträge, selbstständige, der Herren:

Äßmann: Benutzung des städt. Arbeitsamtes 396, 420,

Bewilligung von Mitteln für Nothstandsarbeiten 293, 314;

Blasius: Entsendung von Lungenkranken in Heilstätten 37, 40;

Brückmann: Einführung hauswirthschaftlichen Unterrichts an den unteren Bürgerschulen 395,

Nichtverwendung von Seminaristen im Lehramte 68, 93;

Günther: Einrichtung einer Einheitschule 413,

Verhütung von Unglücksfällen beim Fensterputzen 186, 214;

Füdel: Erlaß einer Fahrordnung für Motorfahrzeuge 143, 147;

Rathe: Aenderweite Unterbringung der Räume des Arbeitsamtes 67, 92,

Gestattung der Beschäftigung städtischer Gebäude 67, 92;

Koch: Aenderung der Städteordnung 29, Schutz öffentlicher Anlagen gegen Hunde 186, 218,

Verbreiterung der Straße am Magnithore 71;

Lange: Auslegung der Landesbauordnung 224, 265;

Pöschigk: Anschluß der Eisenbahngrundstücke an das Canalnetz 178,

Verbreiterung der Oberbrücken 394;

Müller: Bepflanzung der Fasanenstraße mit Bäumen 30, 172;

Dhlendorf: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter 143, 183, 226;

Peplies: Einrichtung eines Wartezimmers beim Arbeitsamte 289;

- Riefe:** Anordnung einer Wohnungs-
 enquête 35, 61,
 Instandsetzung der Höfenstraße 290,
 298;
Sander: Belegung der unteren Roß-
 straße mit einem Wasserrohr 185,
 218,
 Förderung der Krumme-Stiftung
 185, 214;
Stegmann: Aenderung des Verwal-
 tungsstatuts 69, 95,
 Bereitstellung von Mitteln zur Be-
 schäftigung Arbeitsloser 257,
 Bewilligung einer Summe zur Ab-
 haltung gemein-wissenschaftlicher
 Vorträge 403,
 Delegation von zwei Gewerbe-
 gericht-Beisitzern zum Verbands-
 tage deutscher Gewerbegerichte
 407;
Wolff: Aenderung des Verwaltungs-
 statuts 142, 146;
Wollenweber: Aenderung der Straßen-
 polizeiordnung 71, 102, 163.
Arbeitsamt betr. 63, 67, 92, 289, 342, 396,
 420.
Arbeitslosen-Beschäftigung 187, 226, 240,
 257, 291, 293, 314.
Aufhebung eines Abkommens wegen der Ent-
 nahme von Gas 137.
Aufhebung von Straßen 87, 161, 267, 394.
Aufnahme von Processen 254, 256, 281.
Ausbau und Einrichtung des Rathskellers 76,
 334, 400.
Ausbau von Straßen und Plätzen 31, 44, 66,
 147, 158, 179, 252, 279, 298, 345,
 367, 371, 373, 374, 408.
Ausgabe von Kreis-Obligationen 158.
Ausschmückung der Kaiser Wilhelm-Brücke
 220.
Ausschuß-Wahl 4.
Austausch von Flächen 32, 181, 314, 363.
Bahnhofsangelegenheiten 165.
Baubeamte betr. 332.
Beihilfe für den Verein gegen Bettel 286.
**Beitrag zur Ausstattung des Melanchthon-
 hauses** 16.
Beleuchtung der Gewerbeschule 50, 173, 363,
 393.
Beleuchtung der Rathhausuhr 401.
 des Altstadtmarktes und des
 Ruhfäutchenplatzes 179.
Beleuchtung im Stadtpark 44, 103.
Bepflanzung der Fasanenstraße mit Bäumen
 30, 172.
Beseitigung von Bäumen an einigen Straßen
 310.
Besichtigung städtischer Gebäude 67, 92.
Besuchsverhältnisse der städt. Schulen 411.
Betteleiverein betr. 286.
Brücken betr. 269, 285, 394.
Bürgerpark betr. 87, 136, 329, 392.
Canalangelegenheiten 178, 178, 249, 254,
 266, 285, 417.
Coatsbrechmaschine betr. 45.
Commissionsitzungen und Berichte betr. 406.
Demmerisches Haus betr. 134.
Desinfectionsapparat betr. 299.
Druckkosten-Nachverwilligung 272.
Einbau von Schieberhähnen 29, 280.
Eingaben und Angebote 16, 51, 106, 146,
 165, 178, 226, 265, 332, 379.
Einheitschule betr. 413.
Einrichtung des Rathhauskellers 76, 334,
 400.
Einrichtung von weiteren Bürgerschulclassen
 33.
Einsprachen gegen den Ortsbauplan 267, 424.
Eintritt eines neuen Stadtverordneten 264.
Enteignung von Terrain 149.
**Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und
 Wasserwerke** 314.
**Entwässerung der Grundstücke an der Eisen-
 bühlerstraße** 165.
**Erhöhung des Schulgeldes der Fortbildungs-
 und Gewerbeschule** 282.
**Erklärung des Magistrates wegen der Be-
 schäftigung Arbeitsloser** 240.

XII

- Erneuerung von Schornsteinen 385.
 Errichtung eines dritten Volksbades 265.
 „ von Schulen 244.
 Erwerb von Flächen zc. 28, 28, 30, 32, 60,
 130, 146, 149, 171, 180, 345, 367,
 371, 379.
 Fahrordnung für Motorfahrzeuge 143, 147.
 Fensterputzen. Verhütung von Unglücksfällen
 186, 214.
 Fortbildungsschule betr. 50, 173, 282, 363,
 393.
 Freibank betr. 46.
 Führer durch Deutschlands Städte 241.
 Fußweg-Anlagen 18, 39, 63, 147, 214, 371,
 386.
 Gaswerk, Gasleitung zc. 45, 60, 90, 137,
 314, 314, 354, 379.
 Gebührensätze für die Anfertigung von Plänen
 62.
 Gemeinde-Kirchensteuer 419.
 Gemeindesteuern 158, 415.
 General-Postintendantur. Antrag auf Befreiung
 von der Zahlung einer Straßendenkungs-
 gebühr 51.
 Geschäftliche Behandlung von Gegenständen
 175.
 Geschäftsordnung betr. 72, 264, 294, 328,
 367.
 Geschichtsverein des Herzogthums 278.
 Gewerbegericht betr. 407.
 Gewerbeschule betr. 50, 173, 282, 363, 393.
 Gewerkschaftskartell betr. 403.
 Grabenreinigungskosten 271.
 Grenzregulirung am Magnithore 255.
 Gutachten über Maßregeln zur Bekämpfung
 von Spargelischädlingen 172.
 Handwerker-Schule betr. 409.
 Hannoverische Baugewerks-Verufsgenossenschaft
 betr. 265, 294.
 Haushaltsrechnungen betr. 332.
 Hauswirthschaftlicher Unterricht in den Schu-
 len 395.
 Hebung Braunschweigs betr. 346.
 Heilstätte für Lungenkranke 37, 40.
 Hilfslehrer-Remuneration 348.
 Hilfschreiber-Remuneration 160.
 Höhere Mädchenschule 154, 300.
 Hoftheater-Neubau 51, 106, 131.
 Hunde betr. 149, 186, 218.
 Hundesteuer-Erlaßgesuche 27, 62, 148, 180,
 254, 272, 342, 371.
 Instandsetzung von Straßen und Wegen 18,
 30, 63, 71, 130, 147, 155, 160, 214,
 219, 290, 298, 371, 386.
 Jahn'sche Lehranstalt 76.
 Kaiser Wilhelm-Brücke betr. 220.
 Kirchenbauproject für St. Pauli 17.
 Kirchensteuer 419.
 Klageerhebung zc. 254, 256, 281.
 Krankentransportwagen 403, 404.
 Kreisobligationen-Ausgabe 158.
 Krummestiftung 185, 214.
 Landesbauordnung betr. 224, 265.
 Laternen-Aufstellung 90.
 Legate aus dem Vostag'schen Nachlasse 419.
 Lehrer betr. 68, 93, 348, 412.
 Licht- und Wasserverwerke betr. 314.
 Lohnverhältnisse der städt. Arbeiter 143, 183,
 226.
 Lungenkranke-Entsendung 37, 40.
 Magistratsvorlagen-Vervielfältigung 406.
 Markthalle betr. 409.
 Maulkorbzwang-Beseitigung 149.
 Melancthonhaus in Bretten. 16.
 Mobiliarbeschaffung für Schulen 255, 363,
 Motorfahrzeuge betr. 143, 147.
 Museums-Neubau 9, 18, 50.
 Nachtwachwesen betr. 71, 141.
 Nachverwilligung von Druckkosten 272.
 „ „ Kosten für die Brücke
 am Rosenthal 285.
 Neubau des Hoftheaters 51, 106, 131.
 Neudruck des Ortsbauplans 272, 346.
 Neuordnung der höheren Mädchenschule 300.

Normalgehälter der Beamten 16.
Nothstandsarbeiten 187, 226, 240, 257, 291,
293, 314.

Obligationen-Ausgabe 158.
Oferbrücken betr. 269, 285, 394.
Ortsbauplan betr. 267, 272, 329, 346, 349,
390, 424.
Ortsbaustatut betr. 107, 137, 188.

Pachtzins-Rückzahlung 271.
Plananfertigungsgebühr 62.
Proceßführung 254, 256, 281.
Project zum Bau der St. Paulikirche 17.

Rabattgewährung bei Gasentnahme 379.
Rathhausfeller betr. 76, 334, 400.
Rathhausuhr-Beleuchtung 401.
Regulative über die Abgabe von Gas und
Wasser 354.

Regulirung von Straßen 136.
Reinigung des Salgrabens 271.
Remunerationen für Hilfslehrer 348.
" " Hilfschreiber 160.

Rieselgut betr. 409.
Rückzahlung von Gasrohr- und Canalbau-
kosten 60, 266.
Rückzahlung von Pachtzins 271.

Schaffung einer gesonderten Canalbauabthei-
lung 254.

Schlachthaus betr. 46.
Schreibmaschinen-Beschaffung 391, 415.
Schulärzte betr. 403.
Schulen betr. 33, 68, 93, 244, 255, 282,
300, 363, 385, 395, 409, 411, 413.
Schützenfest betr. 404.
Schutz öffentlicher Anlagen gegen Hunde 186,
218.

Sedanfest betr. 404.
Sitzungsaal-Musik 401.
Spargelschädlinge-Bertilgung 172.
Stadtgebiet-Erweiterung 387.
Stadthaushaltsplan für 1902/03 400.
Stadtpark betr. 44, 103.
Städteordnung betr. 29.

Statut, betr. Ordnung der directen Gemeinde-
feuern 158.

Straßenbenutzungsgebühr 51.

Straßeneisenbahn betr. 33.

Straßen-Anstandssetzung 18, 30, 63, 71, 130,
147, 155, 160, 214, 219, 290, 298,
371, 386.

Straßenpolizei-Ordnung 71, 102, 149, 163.

Straßen etc., welche behandelt worden sind:

Altewiekring 367;
Altstadtmarkt 179;
Amalienstraße 90, 180;
Bammelsburgerstraße 31, 409;
Bodestraße 44, 370, 370, 379;
Bohlweg 32;
Bültenweg 280, 310, 408;
Carlstraße 146;
Casernenstraße 30;
Catharinenstraße 60;
Cellerstraße 160;
Cyriackering 373;
Damm 64, 102;
Eichthalstraße 279;
Eisenbüttlerstraße 165;
Exercierplatz, fl. 87, 161, 267;
Fasanenstraße 30, 172;
Ferdinandstraße 171;
Geiershagen 29;
Giersbergstraße 32, 130, 401;
Gliesmaroderstraße 60, 147, 266;
Goßlarischestraße 130, 280;
Hagenstraße 30;
" , fl. 394;

Hamburgerstraße 63, 90, 160;
Heinrichstraße 66;
Heinrichsdorferstraße 160, 178, 214, 371;
Höfenstraße 290, 298;
Husarenstraße 310;
Jerusalemstraße 310;
Juliusstraße 30, 329, 373;
Kaiserstraße 32;
Kaiser Wilhelm-Straße 149, 220;
Kastanienallee 310;
Kuhstraße 155, 219;
Leonhardstraße 282, 395;
Lutterstraße 142;

XIV

- Madameweg 314;
 Magnithor, am 71, 255, 386;
 Majch, hinter der 71, 160;
 Majchplatz 147;
 Majchstraße 18, 158;
 Neuepromenade 310;
 Neustadtmühle, a. d. 252;
 Neustadtring 390;
 Nordbahnhof, am 349;
 Okerstraße 220, 390;
 Nebenstraße 345;
 Ribbageshäuserweg 28, 387;
 Ritterstraße 265;
 Rosenthal 285;
 Roßstraße 106, 185, 218;
 Ruhfäutchenplatz 179;
 Salzdhulmerstraße 179, 371;
 Siegesplatz 249;
 Spargelstraße 424;
 Spohrstraße 29, 367;
 Täschenstraße 155, 219;
 Taubenstraße 424;
 Voigts-Rheßstraße 345, 374;
 Wallstraße 363;
 Wendenmajchstraße 30, 31, 181;
 Wendenring 160, 160;
 Wendenstraße 136, 314;
 Wendenthor, am 136;
 Werder 314;
 Weststraße 28, 273;
 Wolfenbüttlerstraße 310.
 Studienreise wegen der Gewerbeschule und des
 Museums 50.
 Subvention für die Jahn'sche Lehranstalt 76.
 Uebnahme von Straßen 252.
 Uebersichtsplan der Stadt 346.
 Uebertragung von Mitteln 87, 164.
 Unterstützung des Vereins zur Hebung Braun-
 schweigs 346.
 Urkundenbuch der Stadt 154.
 Verein für das höhere Töchtereschulwesen 154.
 „ gegen Bettelerei 286.
 „ zur Hebung Braunschweigs 346.

- Verkauf von Flächen und Grundstücken 28,
 29, 30, 32, 87, 90, 160, 161, 220,
 282, 370, 370, 390.
 Verlängerung eines Canals 178.
 Verlegung einer Okerbrücke 269.
 Vermächtniß-Verwendung 392.
 Verschiebung einer Straße 390.
 Vervielfältigung der Magistratsvorlagen 406.
 Verwaltungsbericht des Magistrates 214.
 Verwaltungsstatut betr. 69, 95, 142, 146.
 Verwendung eines Vermächtnisses 392.
 Verwilligung von Canalkosten 285.
 Viehtransportwagen betr. 163.
 Volksbaderrichtung 265.
 Vorbau vor dem Hause Damm *M* 9, 64,
 102.
 Vorstehenden-Wahl 3.
 Vorträge gemein-wissenschaftlicher Art 403.
 Vortrag über den Bau eines Museums 9.
 Wahl der Ausschüsse 4.
 „ des Vorstehenden und Stellvertreters 3.
 „ eines Mitgliedes der Baucommission
 294.
 Wasserwerk und Wasserleitung betr. 29, 106,
 180, 180, 185, 218, 280, 314, 354,
 401.
 Wiederaufbau des vorm. Demmer'schen Hauses
 134.
 Wirthschaftshof betr. 41, 42, 148, 257, 264.
 Wohnungsuntersuchungen betr. 35, 61, 290,
 374.
 Woltag'scher Nachlaß 419.
 Zahlung von Legaten aus dem Woltag'schen
 Nachlasse 419.
 Zulassung einer an der Weststraße projectirten
 Straße 273.
 „ eines Vorbaues vor dem Hause
 Damm *M* 9 64, 102.
 „ von Gebäuden am Bürgerparke
 136.
 Zulegung von Flächen zum Stadtgebiete 387.
 Zuschuß an den Geschichtsverein des Herzog-
 thums 278.
 „ für einen Zweigcanal 249.

1901/1902.

N^o 1.

Bericht
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 3. April 1901.

Tagesordnung:

- | | |
|--|---------|
| I. Wahl des Vorstehenden und seines Stellvertreters u. | Seite 3 |
| II. Wahl der Ausschüsse u. | " 4 |
| III. Vortrag über den Bauplan eines neuen Museums. | " 9 |
-

Verzeichniß

der am 1. April 1901 im Amte befindlichen Stadtverordneten:

Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt		Laufende Nr.	Des Stadtverordneten		Gewählt	
	Name	Stand	v. d. Classe	im Bezirk		Name	Stand	v. d. Classe	im Bezirk
1	Aßmann	Geschäftsführer	III	II	18	Lupprian	Commerzienrath	I	III
2	Blasius, Dr. med., Professor	Prakt. Arzt	II	III	19	Meyerhoff	Schlossermeister	II	I
3	Brückmann	Nähmaschinenfabrikant	II	IV	20	Müller, Carl Ad.	Rentner	II	II
4	Buchler, Dr. ph.	Chemiker	I	IV	21	Nieß	Zimmermeister	III	IV
5	Bühmann	Kaufmann	II	III	22	Nolte	Oberamtsrichter	II	III
6	Bues	Gastwirth	III	I	23	Ohlendorf	Lagerhalter	III	IV
7	Ebeling, Carl . .	Deconom	III	IV	24	Ohmer	Rentner	II	IV
8	Engelbrecht . . .	Rechtsanwalt und Notar	I	I	25	Peplies	Schneidermeister	III	III
9	Göcke	Kreiszimmermeister	III	II	26	Ribbentrop	Major a. D.	I	III
10	Günther	Buchdruckereibesitzer	III	II	27	Riefe	Maurer	III	III
11	Hauswaldt, H. . .	Kaufmann	I	I	28	Sander	Malermeister	III	III
12	Jüdel	Commerzienrath	II	I	29	Schöttler	Professor	I	II
13	Kathe	Hofwagenfabrikant	I	II	30	Seele	Kaufmann	I	III
14	Koch, A.	Rentner	II	I	31	Semler, Justizrath	Rechtsanwalt und Notar	I	IV
15	Lange, Bruno . .	Maschinenfabrikant	I	IV	32	Stegmann	Geschäftsführer	III	I
16	Löschigt	Brennereibesitzer	II	IV	33	Wagner, G. . . .	Rentner	II	II
17	Lord	Hofbuchhändler	II	II	34	Wolff	Rechtsanwalt und Notar	I	II
					35	Wollenweber . . .	Fleischermeister	III	I
					36	Wolters, Dr. jur.	Bierbrauereibesitzer	I	I

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Schöttler, Semler, Wagner und Wollenweber.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Ich habe die geehrten Herren eingeladen, damit Sie Ihre Vorstehenden und die ständigen Ausschüsse wählen können. Die Wahl des Vorstehenden und seines Vertreters hat nach §. 54 der Städteordnung unter dem Vorsteh des an Jahren ältesten Stadtverordneten zu geschehen. Ich habe erfahren, daß Einer der Herren im Jahre 1835 geboren ist. Sind ältere Herren hier? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann würde das an Jahren älteste Mitglied, Herr Carl Adolf Müller, den Vorsitz als Alterspräsident zu übernehmen haben.

Herr Müller: Hochgeehrte Versammlung! Nach §. 54 der Städteordnung habe ich als das an Jahren älteste Mitglied zunächst den Vorsitz zu führen und heiße zuerst die neu in die Versammlung eingetretenen Mitglieder, die Herren Günther, Ohlendorf, Pelpies und Stegmann, hier willkommen. Bevor wir zum ersten Punkte der Tagesordnung übergehen, entledge ich mich einer Ehrenschuld, indem ich den beiden Herren Vorstehenden der abgelaufenen Periode den Dank der Versammlung ausdrücke für ihre umsichtige, gewissenhafte und treue Handhabung der Geschäfte dieser hohen Versammlung; ich bitte die geehrten Herren, sich zu Ehren derselben von den Sigen zu erheben. (Geschieht.) Wir treten nunmehr in die Wahlhandlung selbst ein.

I. Wahl des Vorstehenden und seines Stellvertreters u.

Es ist bisher Brauch gewesen, den Vorstehenden durch Ruf zu wählen. Wenn die geehrte Versammlung einverstanden ist, also kein Widerspruch erfolgt, würden wir dieses Verfahren auch heute einschlagen.

Herr Günther: Ich beantrage, die Wahl durch Stimmzettel vorzunehmen.

Vorstehender: Dann bitte ich, den Stimmzettel mit einem Namen zu beschreiben. — Abgegeben sind 31 Stimmzettel, davon tragen 26 den Namen Semler und 5 den Namen Kiefe. Herr Justizrath Semler ist demnach gewählt; derselbe ist jedoch nicht anwesend.

Wir schreiten zur Wahl des Stellvertreters. Wird hier Wahl durch Ruf gewünscht?

Herr Fudel: Ich beantrage Wahl durch Stimmzettel.

Vorsitzender: Ich bitte um Beschreibung des Stimmzettels mit einem Namen. — Abgegeben sind 31 Stimmzettel, davon sind 26 mit Wolff und 5 mit Riefe beschrieben. Herr Notar Wolff ist also zum Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt worden und frage ich an, ob derselbe das Amt annehmen wird.

Herr Wolff nimmt die Wahl mit Worten des Dankes an und übernimmt, in Abwesenheit des Herrn Semler, den Vorsitz in der Versammlung.

Der Magistratssecretär Bock ist dauernd mit der Protocollführung und der Betriebssecretär Ruthe mit dessen Vertretung beauftragt worden, so daß eine Wahl nicht stattfinden hat. Zum Berichterstatter wird Legterer durch Zuruf wiedergewählt.

II. Wahl der Ausschüsse etc.

Zum Mitgliede des Kirchen- und Stiftungscassen-Collegiums wählt die Versammlung Herrn Bührmann durch Zuruf wieder.

Herr Günther findet es sonderbar, daß von dem Seniorenconvente die neu gewählten Vertreter so wenig bei den Vorschlägen für die Commissionen berücksichtigt worden seien. Wenn man sich damit ausreden wolle, daß diese Vertreter noch zu wenig bekannt seien, so könne das nicht als Entschuldigung gelten, sondern es scheine Absicht gewesen zu sein, die neuen Stadtverordneten als Vertreter 2. Classe zu betrachten. Diese Beleidigung treffe nicht nur diese, sondern auch alle diejenigen Bürger, welche sie hierhergeschickt haben. Es sei bekannt, daß die wichtigsten Angelegenheiten der städtischen Behörden in den Commissionen besprochen würden und davon dürfe man die neuen Vertreter nicht ausschließen. Früher habe man auch neue Stadtverordnete, z. B. die Herren Ebeling, Müller, Ribbentrop etc., sofort in Commissionen gewählt, deshalb hätte man jetzt auch keine Ausnahme zu machen brauchen.

Der Herr Vorsitzende bedauert, daß Herr Günther seinen Wiedereintritt in die Versammlung mit vollständig ungerechtfertigten Angriffen beginne. Der Seniorenconvent habe sich bei seinen Vorschlägen von sachlichen und nicht von persönlichen Motiven leiten lassen und es entspreche nicht der Würde der Versammlung, hier solche Vorwürfe zu erheben. Jedem Mitgliede der Versammlung stehe es natürlich frei, andere Vorschläge zu machen und zu versuchen, seine vermeintlichen Rechte durchzudrücken. Ein Blick in die Vorschlagsliste werde übrigens zeigen, daß die Partei des Herrn Günther, wenn von solcher überhaupt hier die Rede sein könne, durchaus nicht unberücksichtigt geblieben sei.

Nunmehr wird in der Wahlhandlung fortgefahren und die Wahl folgender Herren durch Zuruf vollzogen:

Schulvorstand für die Bürgerschulen: Herr Hauswaldt;

Schulvorstand für die beiden Mädchen Schulen: Die Herren Bührmann und Wagner;

Deputation für die Oberrealschule: Die Herren Lange und Müller;

Deputation für die Gewerbeschule: Die Herren Nieß und Schöttler.

Vor der Wahl der Schulcommission beantragt Herr Ohlendorf, an Stelle des Herrn Lange, der für mehrere Commissionen vorgeschlagen sei, Herrn Günther zu wählen.

Die Herren Blasius, Bührmann, Müller und Nolte werden darauf durch Zuruf und Herr Lange mit 25 gegen 5 Stimmen, welche Herr Günther erhält, durch Stimmzettel in die Schulcommission gewählt.

Herr Replies schlägt an Stelle des Herrn Schöttler Herrn Ahmann für die Statutencommission vor. Unter den für die Commission vorgeschlagenen Personen befanden sich schon drei Juristen und ein Professor, so daß das Gelehrtenfach gegenüber dem Laienthum schon hinreichend vertreten sei. Da nun die Laien auch häufig recht gute Ansichten hätten, so käme gerade dann etwas Gutes heraus, wenn sich die Ansichten Beider ausglich.

Herr Hauswaldt kann dieser Anschauung bis zu einem gewissen Grade beistimmen, jedoch möchte er statt des Herrn Schöttler Herrn Blasius gestrichen haben und vorschlagen, dafür Herrn Ahmann zu wählen.

Herr Replies erklärt sich hiermit einverstanden.

Es werden darauf in die Statutencommission gewählt: durch Zuruf die Herren Brückmann, Bues, Engelbrecht, Schöttler, Semler und Wolff, sowie durch Stimmzettel Herr Ahmann mit 16 Stimmen gegen 15 Stimmen, welche auf Herrn Blasius entfallen.

Für die Finanzcommission bringt Herr Stegmann an Stelle des Herrn Lord Herrn Replies in Vorschlag.

Gewählt werden: durch Zuruf die Herren Hauswaldt, Jüdel, Sander, Seele, Wagner und Wolters, durch Stimmzettel Herr Lord mit 23 Stimmen gegen Herrn Replies, welcher 8 Stimmen erhält.

Vor der Wahl der Mitglieder der Baucommission will Herr Riese darauf hinweisen, daß vor zwei Jahren der Herr Vorsitzende erklärt habe, die Herren Meyerhoff und Nieß seien für diese Commission nicht wieder in Vorschlag gebracht worden, weil dieselben durch Uebernahme städtischer Arbeiten in gewisser Weise als

befangen angesehen werden müßten. Trotzdem sei Herr Nieß jetzt wieder für die Baucommission in Vorschlag gebracht worden und wisse er nicht, wie das Publikum hierüber denken werde. Für Herrn Nieß bringe er Herrn Stegmann in Vorschlag.

Herr Engelbrecht möchte darauf erwidern, daß von den Mitgliedern der früheren Baucommission nur noch Herr Riefe und er selbst in der Versammlung seien, weshalb er dem Seniorenconvente gegenüber die Bitte ausgesprochen habe, wenigstens noch einen Sachverständigen in die Commission zu wählen. Auf diese Weise sei es gekommen, daß man Herrn Nieß in Vorschlag gebracht habe.

Die Versammlung wählt darauf: durch Zuruß die Herren Buchler, Ebeling, Engelbrecht und Riefe und durch Stimmentzettel Herrn Nieß mit 24 gegen 7 Stimmen, welche auf Herrn Stegmann fielen.

Bei dieser Gelegenheit erklärt sich die Versammlung auch damit einverstanden, daß die Statutencommission zum Zwecke der Vorberathung des im Entwurfe vorliegenden Ortsbaustatutes durch die Herren Blasius, Meyerhoff, Nieß und Riefe verstärkt und morgen eine Sitzung dieser Commission abgehalten werde.

Für das Stadtbauamt sind die Herren Buchler, Rathe, Löschigt und Wolters in Vorschlag gebracht worden.

Herr Buchler bittet, nicht ihn, sondern Herrn Lange zu wählen, da dieser nur in Folge eines Mißverständnisses nicht wieder in Vorschlag gebracht sei.

Herr Riefe hat gegen Herrn Lange und dessen aufopfernde Thätigkeit nichts einzuwenden, will aber darauf aufmerksam machen, daß derselbe dann in 9 Commissionen sitzen würde. Das müßte aber auf die übrigen Mitglieder der Versammlung ein bedenkliches Licht werfen.

Herr Lange will dazu bemerken, daß er den Wunsch ausgesprochen habe, aus dem Stadtbauamte auszuscheiden, daß er sich aber hinterher auf mehrfach an ihn herangetretenen Wunsch bereit erklärt habe, eine eventuell auf ihn fallende Wahl anzunehmen.

Gewählt werden: durch Zuruß die Herren Rathe, Löschigt und Wolters, durch Stimmentzettel Herr Lange mit 16 Stimmen, während sich die übrigen 15 Stimmen auf die Herren Buchler (7), Stegmann (3), Meyerhoff (2), Riefe (2) und Bues (1) vertheilen.

In den Gesundheitsrath wählt die Versammlung die Herren Blasius, Günther und Sander durch Zuruß, nachdem Herr Meyerhoff gebeten hatte, von seiner Wiederwahl abzusehen.

Es steht weiter zur Wahl die Deputation für die Licht- und Wasserwerke.

Herr Brückmann bittet, ihn aus dieser Deputation zu entlassen und dafür Herrn Meyerhoff zu wählen.

Herr Stegmann schlägt für Herrn Lange Herrn Ohlendorf vor, da Herr Lange schon genügend in den Ausschüssen vertreten sei.

Herr Hauswaldt schlägt dagegen Herrn Löschigt vor.

Darauf werden in die Deputation gewählt: durch Zuvuf die Herren Fudel, Meyerhoff und Schöttler und durch Stimmzettel Herr Lange mit 13 Stimmen, während Herr Löschigt 11 und Herr Ohlendorf 7 Stimmen erhalten.

Die folgenden Wahlen werden durch Zuvuf vorgenommen:

Quartierbehörde: die Herren Ebeling und Göcke, sowie als Stellvertreter die Herren Ribbentrop und Wollenweber;

Commission für die Einschätzung der Gewerbesteuer: die Herren Göcke, Lupprian, Müller und Dhlmer;

Deputation für das Schlachthaus: die Herren Blasius und Ebeling und Vorstand der katholischen Schule: Herr Nolte.

Für die Straßenreinigungs-Deputation sind die Herren Th. Bültemann und Löschigt wieder in Vorschlag gebracht worden.

Herr Günther schlägt vor, für Herrn Bültemann, der nicht mehr Stadtverordneter sei, Herrn Ohlendorf zu wählen, da er es für richtiger halte, einen wirklichen Vertreter der Versammlung mit diesem Posten zu betrauen.

Herr Rieß will bemerken, daß der Senioreuconvent Herrn Bültemann deswegen für diese Deputation beibehalten habe, einmal, weil es gestattet sei, auch einen Bürger, der nicht Mitglied der Versammlung sei, in die Deputation zu wählen und außerdem, weil man glaube, den sachverständigen Beirath des Genannten bei dem Ankauf von Pferden nicht entbehren zu können.

Herr Rathe empfiehlt, mit Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Bültemann in der letzten Versammlung, von dessen Wiederwahl abzugehen und dafür Herrn Dhlmer zu wählen, der genügende Zeit dazu habe und auch Sachverständiger von Jugend auf sei.

Die Herren Löschigt und Dhlmer treten für die Wiederwahl des Herrn Bültemann ein.

Herr Ohlendorf möchte ersuchen, Herrn Bültemann nicht zu wählen. Man wolle anscheinend verhindern, daß verschiedene der neuen Stadtverordneten überhaupt in die Commissionen kommen und behindere dieselben dadurch gewissermaßen an der Ausübung ihrer Rechte

Der Herr Vorsitzende, den Redner unterbrechend, erklärt, derartige Ausführungen nicht gestatten zu können, da er schon einmal betont habe, daß die Vorschläge nach sachlichen und nicht nach persönlichen Motiven gemacht seien.

Herr Ohlendorf weiß nicht, inwiefern er unsachlich gesprochen haben solle. Außerhalb der Versammlung würde den neuen Stadtverordneten vorgeworfen werden, daß sie nicht mitarbeiten, sondern nur zum Fenster hinausreden wollten, wenn sie in keiner Commission thätig wären. Sie erklärten sich aber zur Mitarbeit bereit, würden indessen daran verhindert. In dem hier in Frage kommenden städtischen Betriebe müßten nothwendig Aenderungen eintreten, indem dort Verhältnisse vorherrschend seien, welche dringend der Abhülfe bedürften.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß jeder Stadtverordnete Aenderungen beantragen könne, daß dieses aber mit der vorliegenden Wahl nichts zu thun habe.

Gewählt werden: durch Zuzuf Herr Löschigt und durch Stimmzettel Herr Th. Wültemann mit 18 Stimmen, während die Herren Ohlmer 7 und Ohlendorf 5 Stimmen erhalten, ein Zettel aber ungültig ist.

Die folgenden Wahlen finden wieder durch Zuzuf statt:

Cassen-Revisor: Herr Wagner;

Deputation für die Aufschließung von Quellwasser: die Herren Brückmann, Jüdel, Lange, Kiefe, Schöttler und Wolters;

Commission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Recurs-reclamationen: die Herren Bührmann, Jüdel, Lord und Nolte;

Deputation für das Kieselgut und die Pumpstation: die Herren Blasius, Ebeling, Lange, Ohlmer und Amtmann Saul;

Deputation zur Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Wegegeld- und Canalsteuerbeiträgen: die Herren Buchler, Ebeling, Günther, Löschigt und Meyerhoff;

Deputation für elektrisches Licht: die Herren Jüdel, Lange und Schöttler;

Markthallen-Deputation: die Herren Koch und Ohlmer;

Deputation für den Bürgerpark und den Stadtpark: die Herren Hauswaldt, Lange, Bankier C. Magnus und Kaufmann A. Rimpau.

Die Deputation für das Kühlhaus empfiehlt der Seniorenconvent, mit den Herren Lange, Wollenweber und Wolters zu befehen.

Herr Günther schlägt vor, für Herrn Lange, der schon zu sehr mit Commissionsmandaten belastet sei, Herrn Ohlendorf zu wählen. Dieser sei ebenfalls als ein Sachverständiger anzusehen.

Herr Wolters möchte dem Bunsche Ausdruck geben, in diese Deputation auch Herrn Schöttler zu wählen.

Auf Anregung des Herrn Hauswaldt läßt der Herr Vorsitzende darüber abstimmen, ob in diese Deputation nicht 3, sondern 4 Herren gewählt werden sollen, und beschließt die Versammlung, 4 Mitglieder abzuordnen.

Gewählt werden darauf: durch Zuzuf die Herren Schöttler, Wollenweber und Wolters und durch Stimmzettel Herr Lange mit 21 gegen 9 Stimmen, welche auf Herrn Ohlendorf fallen.

Schließlich wird noch Herr Ahmann durch Zuzuf in den Ausschuf zur Schätzung der fruchttragenden Grundstücke und gewerblichen Etabliſſements gewählt. Die Wahlperiode der übrigen Mitglieder dieses Ausschusses, nämlich der Herren Buchler, Ebeling, Lupprian, Nieß, Fabrikdirector L. Brandt, Kunstgärtner Aug. Bültemann, Deconom F. Drewes, Hofstichler C. Osterloh und Deconom D. Struck, läuft erst am 31. März 1904 ab.

Damit ist das Wahlverfahren beendet.

III. Vortrag über den Bauplan eines neuen Museums.

Einleitend führt Herr Bürgermeister Metemeyer aus, daß der Magistrat den Wunsch habe, in einer der nächsten Sitzungen der Stadtverordneten die der Versammlung bereits zugegangene Vorlage wegen Errichtung eines neuen Museums berathen zu sehen. Zur Förderung der Sache sei es dem Magistrate wünschenswerth erschienen, der Versammlung schon vorher ein Bild von dem Projecte zu geben, und habe es Herr Stadtbaumeister Osterloh übernommen, das Project als Commissar des Magistrates hier vorzuführen und durch die aushängenden Pläne zu veranschaulichen. Eine Berathung solle sich an den Vortrag nicht schließen.

Nachdem ein Antrag, die Sache vertraulich zu behandeln, zurückgezogen war, nimmt das Wort

Herr Stadtbaumeister Osterloh: Geehrte Herren! Wie Ihnen bekannt, soll das zu errichtende städtische Museum zur Unterbringung der von der Stadt in den letzten Jahrzehnten angehäuften Sammlungen dienen. Diese Sammlungen, theils kunstgewerblicher, theils culturgeschichtlicher, theils volkskundlicher Art, werden zur Zeit in dem Neustadt-Rathhause, im ehemaligen Stadthause, im Altstadt-Rathhause, in der städtischen Oberrealschule, in der Bürgerichule am Sandwege und in der höheren Mädchenschule aufbewahrt. Außerdem soll das Museum Räume für Ausstellungen von Kunst- und kunstgewerblichen Gegenständen enthalten.

Als Baustelle ist der vor der städtischen Gewerbeschule (ehemaligen Husaren-Cajerne) am Magnithore gelegene Platz bestimmt. Das Gebäude soll eine solche Plangestaltung besitzen, daß es bei späterem Anwachsen der Sammlungen genügend erweiterungsfähig ist, soll dabei aber auch ohne diese Erweiterung ein für sich abgeschlossenes fertiges Bild gewähren. Die Erweiterung soll sich an das Bestehende in organischer Weise anschließen, namentlich soll die Unterbringung der einzelnen Sammlungen zweckmäßig bewirkt werden können. Daneben sollen die Zugänge, die Haupttreppe und die Nebentreppe so angeordnet sein, daß jede Sammlung ein für sich abschließbares, später erweiterungsfähiges Ganzes bildet. Ferner muß jede

Sammlung vom Haupttreppenhause aus zugänglich sein. Das Gebäude soll aus einem Keller-, einem Erd- und zwei Obergeschossen bestehen und dem beigegebenen Raumbedarf entsprechen. Im Erdgeschosse, in der Nähe des Haupteinganges, sind Kleider-, sowie Wasch- und Aborträume, sowie unmittelbar am Eingange ein Portierzimmer anzubringen. Ebenso wird ein für Gemälde größter Abmessungen ausreichender Aufzug vorzusehen sein. Zur Unterbringung der Balken, Ständer u. von alten Fachwerksgebäuden, sowie zur Aufstellung der Gipsabgüsse soll ein Lichthof hergestellt werden.

Die Ausführung des Gebäudes hat im Aeußern und Innern, auch in den Decken, massiv und feuersicher zu geschehen und wird auf helle, nicht zu tiefe Räume besonderes Gewicht gelegt. Die Gemälde-Cabinete (Kojen) sollen, soweit dies angeht, Nordlicht und nicht über 5 $\frac{1}{2}$ m Tiefe erhalten.

Die Erwärmung der Sammlungsräume u. soll durch eine Centralheizung — Niederdruck-Dampfheizung — bewirkt werden. Heizanlage, Niederlage und Packräume, Brennmaterialien-Lager erhalten ihren Platz im Kellergeschosse. Dasselbst soll auch die Wohnung für den Hausmeister untergebracht werden.

Die Kosten des zunächst zu errichtenden Gebäudes sollen den Betrag von 450000 M. nicht übersteigen.

Der Raumbedarf würde wie folgt zu bemessen sein:

A. Verwaltungsräume:

2 Büreauräume, Bibliothek, Arbeitszimmer für Fremde, Dienerzimmer, zusammen 125 qm; Kleiderraum, Abort- und Waschräume, Wohnung für den Hausmeister, Dunkelzimmer für photographische Arbeiten, Niederlage-, Pack-, Heiz- und Brennmaterialien-Räume.

B. Sammlungsräume:

I. Kunstsammlungen:

Für Gipsabgüsse 150 qm, für Gemälde 300 m Wandfläche, für Kupferstiche 100 qm.

II. Kunstgewerbliche Sammlungen:

Für alte Holzbildhauer- und Schnitzarbeiten, für alte Steinmetzarbeiten die verfügbaren Wandflächen im Lichthofe, für griechische und römische Kunstgegenstände 50 qm, für Keramik 100 qm, für Textilkunst 75 qm, für kleine Plastik, für Siegel und für Schlosserarbeiten 50 qm, für kirchliche Gegenstände 150 qm, für Möbel 150 qm und für modernes Kunstgewerbe 100 qm.

III. Kulturgeschichtliche Sammlungen:

Für Stadt- und Landschaft 150 qm, für Zünfte und Handwerk 50 qm, für Musikinstrumente 50 qm, für Waffen 50 qm, für Münzen 100 qm.

IV. Volkstündliche Sammlungen:

Für vor- und frühgeschichtliche Gegenstände 50 qm, für Bauernalterthümer und Volkstrachten 200 qm, für die ethnographische Abtheilung (4 Räume) 350 qm, für die Götting'sche Sammlung 75 qm.

V. Ausstellungsräume.

Die vorstehenden Programmforderungen, welche ich in Gemeinschaft mit Herrn Director Fuhse formulirt habe, haben bei dem vorliegenden Plane nahezu sämmtlich volle Berücksichtigung gefunden. Eine geringe Einschränkung derselben ist nöthig gewesen bezüglich der Gemäldesammlung und des Ausstellungsraumes für modernes Kunstgewerbe. Herr Director Fuhse ist indessen mit diesen geringfügigen Abweichungen vollkommen einverstanden, da es auch nach dessen Meinung unbedenklich ist, einige der vorhandenen Gemälde in anderen Sammlungsräumen unterzubringen, und da ferner Gegenstände des modernen Kunstgewerbes augenblicklich noch nicht vorhanden sind und wohl auch nur allmählich beschafft werden können.

Der für den fragl. Neubau bestimmte Platz vor der Gewerbeschule (ehemaligen Husaren-Caserne) am Magnithore ist in jeder Beziehung als zweckmäßig zu bezeichnen und gewährt auch die Möglichkeit, eine späterhin erforderlich werdende Erweiterung des Gebäudes in ausreichendem Maße vornehmen zu können. Von größter Bedeutung dürfte auch der Umstand sein, daß das Museum hier in unmittelbarer Nähe der städtischen Gewerbeschule liegen würde. Ein anderer gleich geeigneter Platz dürfte kaum aufzufinden sein. Das im Besitze der Stadt befindliche Terrain zwischen Augustplatz und Mönchstraße, welches dem Vernehmen nach für den vorliegenden Zweck mit in Frage gezogen ist, dürfte selbst bei Hinzulegung der angrenzenden, an der Mönchstraße belegenen kleineren Grundstücke nicht als ausreichend groß bezeichnet werden können. Außerdem ist es unmöglich, dem Gebäude, auch bei wesentlicher Herabsetzung der Raumanprüche, das nöthige Licht zu geben.

Redner erläutert alsdann an der Hand der ausgestellten Pläne die beabsichtigte Stellung des zunächst zu errichtenden Gebäudes und auch der späteren Erweiterungsbauten und weist darauf hin, daß bei der geplanten Anordnung des Gebäudes es möglich sei, durch eine Verbreiterung des oberen Theiles der Straße am Magnithore eine zweckmäßige Verbindung der Leonhardstraße mit der Innenstadt herzustellen, die

in Anbetracht der projectirten Neuanlage eines Güterbahnhofes im Osten der Stadt von größter Bedeutung sein dürfte.

Es ist zu empfehlen, fährt Redner fort, die im Erdgeschoße des 2. Erweiterungsbaues belegenen Säle, für welche ein besonderer Eingang vorgesehen ist, zur Einrichtung einer Volksleshalle zu verwenden. Bezüglich der Grundrißordnung des zunächst zu errichtenden Gebäudes soll darauf hingewiesen werden, daß der Haupteingang in der östlichen, der Steintorphpromenade zugekehrten Hauptfront angenommen ist, während ein Nebeneingang an der südlichen Giebelseite, in dem hier belegenen Treppenhause vorgesehen ist. Das Vestibul ist durch einen Windfang von dem Haupteingange abgeschlossen. Neben demselben ist der Kleideraum und ein Portierzimmer angeordnet. Den Kernpunkt der inneren Anlage bildet ein 16 m breiter und etwa 24 m langer Lichthof, um den sich die Sammlungssäle in den verschiedenen Stockwerken gruppieren. An den Querseiten des Lichthofes sind 6 bezw. 3,80 m breite Gänge angeordnet, die größtentheils auch zur Aufstellung von Sammlungsgegenständen benutzt werden können. Neben dem breiteren, südlichen Gange — in der Längsaxe des Lichthofes — liegt das Haupttreppenhaus. Seitlich des letztern sind die Abort- und Waschräume, sowie eine Nebentreppe — mit dem Aufzuge für größere Gemälde — angeordnet. Eine zweite Nebentreppe liegt an der westlichen Außenseite des Gebäudes. An der östlichen Seite des Lichthofes ist ein eingeschossiger Einbau — Empore — eingefügt, der den Zugang nach den Verwaltungsräumen bezw. Sammlungen vermittelt, während an der gegenüberliegenden Seite — in der Höhe des 1. und 2. Obergeschoßes — Balkone vorgesehen sind. Von diesen Ein- bezw. Ausbauten und den Gängen an beiden Querseiten des Lichthofes aus ist es möglich, die an den Langseiten des letztern anzubringenden Balken und Ständer u. alter Fachwerksbauten genau zu betrachten.

Die gewählte Raumanordnung gewährt die Möglichkeit eines ununterbrochenen Umganges für das Publicum und dürfte auch für die Verwaltung sich als zweckmäßig erweisen.

Da der Bauplatz von dem Monumentsplatze ab nach dem Magnithore zu ein ziemlich starkes Gefälle aufweist, so ist es möglich gewesen, den nördlich belegenen Theil des Kellergeschoßes, der nahezu ganz oberhalb des Terrains liegt, für Zwecke der Sammlungen nutzbar zu machen. Die hier angeordneten Räume, welche zur Unterbringung der Bauernalterthümer und Volkstrachten sich eignen, sind durch eine breite doppelarmige Treppe vom Lichthofe aus bequem zu erreichen. Die Vertheilung der vorhandenen Sammlungen auf die verschiedenen Geschoße ist in folgender Weise gedacht: Im Erdgeschoße sind außer den Arbeitsräumen für die Verwaltung die Gipsabgüsse und die ethnographische Abtheilung mit der Götting'schen Sammlung untergebracht. Die Gipsabgüsse könnten in zweckmäßigster Weise in dem

Lichthöfe Aufstellung finden. Das 1. Obergeschoß ist für die culturgeschichtlichen und den größten Theil der kunstgewerblichen Sammlungen bestimmt. Das 2. Obergeschoß enthält noch 2 Räume für die lezt gedachten Sammlungen, einen größeren Ausstellungssaal, 3 Oberlichtsäle, 5 Cabinete für die Gemäldesammlung und 1 Gallerie für Ausstellung von Kupferstichen.

Die Wohnung für den Hausmeister ist an der östlichen Außenseite des Keller- geschoßes untergebracht und liegt dieselbe fast ganz über Terrain. Sollten hiergegen noch Bedenken erhoben werden, so läßt sich vor den Fenstern noch ein Schacht herrichten, wodurch die Wohnung ganz zu ebener Erde zu liegen kommt. Die übrigen Räume des Keller- geschoßes sind, soweit dieselben nicht für die Central- heizung — Niederdruck- Dampfheizung — in Anspruch genommen werden, als Nieder- lage- und Packräume zc. zu verwenden.

Die Höhe des Keller- geschoßes ist zu 4,40 bzw. 3,60 m, diejenige des Erd- und 1. Obergeschoßes zu 4,50 m, die des 2. Obergeschoßes — des Hauptgeschoßes — zu etwa 6,00 m angenommen.

Wie im Bauprogramm gefordert, soll die Ausführung des Gebäudes im Außern und Innern, auch in den Decken, massiv und feuersicher erfolgen. Die architektonische Gestaltung der Außenfronten des Gebäudes ist in Anlehnung an die Formen der Spätrenaissance entworfen und ist dabei besonders auf den Zweck des Gebäudes und den Standort desselben Rücksicht genommen. Namentlich ist Werth darauf gelegt, daß nirgend dunkle Räume entstehen, sondern vielmehr überall eine gute Beleuchtung erzielt werde. In Rücksicht auf die angenommene Höhe der Baukosten sollen nur die hervortretenden Architekturtheile — Gesimse, Sohlbänke, Hauptportal, Fenstereinfassungen und Pfosten — aus Quadern ausgeführt werden, während die glatten Flächen der Mauern mit einem wetterfesten Putz zu versehen sein würden. Bei dieser Art der Ausführung, die bei vielen hervorragenden Werken der Spätrenaissance, namentlich des Barocks — und auch bei monumentalen Bauten der Neuzeit — mit Erfolg zur Anwendung gebracht ist, würde es, wie aus dem vorgelegten Kostenüberichlage zu ersehen, möglich sein, die im Bauprogramme angenommene Bau- summe von 450000 M. innezuhalten.

Die für die späteren Erweiterungsbauten bestimmten Theile des Bauplatzes werden vorläufig mit Gartenanlagen zu versehen sein und können dabei auch zur Aufstellung geeigneter Gegenstände — Bruchstücke alter Bauwerke, Statuen zc. — benutzt werden.

Zum Schluß möge noch darauf hingewiesen werden, daß seitens der Promenaden- verwaltung beabsichtigt ist, die Fahrbahn der Promenade zwischen Magnithor und Leonhardstraße mit einer besseren Befestigung durch Kleinpflaster zu versehen. In Rücksicht auf die bei dem Bau des Museums nothwendig werdende Regulirung der

Grenzen dieser Promenadenstrecke ist der Baurath Lieff gebeten, die fraglichen Pflasterarbeiten erst nach getroffener Entscheidung über den gedachten Neubau zur Ausführung zu bringen.

Nachdem der Herr Vorsitzende dem Redner für den eingehenden Vortrag gedankt hatte, wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 5 bis 7¹/₄ Uhr.

1901|1902.

№ 2.**B e r i c h t**

über die

**Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 25. April 1901.

Tagesordnung:

I. Beitrag zur Ausstattung des Melancthonhauses in Bretten	Seite 16
II. Project zum Bau der St. - Paulikirche	" 17
III. Fußweganlage für einen Theil der Maschstraße	" 18
IV. Neubau eines städtischen Museums	" 18
V. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 27
VI. Ankauf und Verkauf von Flächen an der Weststraße	" 28
VII. Erwerb von Flächen zum Riddagshäuserwege	" 28
VIII. Verkauf einer Fläche an der Spohrstraße	" 29
IX. Antrag Koch u. Gen.: Aenderung der Städteordnung	" 29
X. Einbau von Schieberhähnen in die Wasserleitung zc.	" 29
XI. Verkauf von Flächen an der Wendenmaschstraße	" 30
XII. Antrag Müller: Bepflanzung der Hasanenstraße mit Laubbäumen	" 30
XIII. Erwerb einer Fläche zur Juliusstraße	" 30
XIV. Fußwegbelag auf einem Theile der Casernen- und der Hagenstraße	" 30
XV. Ausbau der Bommelsburger- und der Wendenmaschstraße	" 31
XVI. Verkauf des städtischen Bauplatzes an der Kaiserstraße	" 32
XVII. Austausch von Flächen am Bohlwege	" 32

XVIII.	Gründerwerb zur Giersbergstraße	Seite 32
XIX.	Einrichtung einer weiteren Bürgerschulklasse	" 33
XX.	Anfrage Ahmann: Vorsehrungen gegen die Maßnahmen der Straßen- eisenbahn-Gesellschaft	" 33
XXI.	Antrag Riecke: Anordnung einer Wohnungs-Enquête	" 35
XXII.	Antrag Blasius: Entsendung von Lungenkranken in eine Heilstätte	" 37

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Ramdohr und von Frankenberg.

Entschuldigbt Herr Seele.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst folgenden Eingänge bekannt:

- 1) Die „Vereinigten Eschbacher Werke“ in Radeberg i. S. offeriren Kohherde für den Rathhauskeller.

Diese Eingabe wird zur Einsichtnahme ausgelegt.

- 2) Nach einem Schreiben des Magistrates hat die Versammlung mit dem Magistrate bei Feststellung des Statuts vom 16. August 1900, betr. die Normalgehälter der Beamten der Stadt Braunschweig, die Vereinbarung getroffen, daß gegenüber den derzeitigen Inhabern der Dienststellen die Fristen für die aus dem neuen Normalstatut sich ergebenden Gehaltszulagen so zu berechnen seien, wie wenn die seit ihrer ersten Anstellung im städtischen Dienste verflossene Zeit unter der Herrschaft des neuen Stats zugebracht worden wäre. Hiernach haben zwei Beamte der Stadtcasse noch Gehaltszulagen zu erhalten, welche im Etat nicht vorgesehen sind.

Darauf wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Beitrag zur Ausstattung des Melancthonhauses in Bretten.

Am 16. Februar 1897 wurde in der Stadt Bretten in Baden der Grundstein zu einem Melancthonhause mit Gedächtnishalle und Museum gelegt, welches nunmehr im Rohbau vollendet ist. Zur Ermöglichung des Ausbaues, der Ausstattung und des Schmuckes dieses Hauses sollen diejenigen Städte und Fürstenhäuser in Anspruch genommen werden, welche mit dem „Lehrer Deutschlands“ nachweisbar in persönlicher Beziehung standen, und will man diejenigen Städte, welche sich bereit erklären, eine Spende für das Haus zu bewilligen, durch Anbringung des Wappens und Namens an der Decke des Saales auszeichnen.

Da es geschichtlich feststeht, daß Melanchthon mit der hiesigen Stadt in naher persönlicher Fühlung gestanden hat, so giebt der Magistrat anheim, zuzustimmen, daß zur Ausstattung der Gedächtnishalle des Melanchthonhauses in Bretten ein einmaliger Beitrag von 300 M geleistet werde.

Dem Antrage wird auf Empfehlung der Statutencommission, für die Herr Engelbrecht berichtet, stattgegeben.

II. Project zum Bau der St. Pauli-Kirche.

Nachdem im Laufe der letztverfloffenen Jahre mehrere für den Bau der St. Pauli-Kirche aufgestellte Vorentwürfe verworfen waren, ist es der städt. Bauverwaltung jetzt gelungen, ein dem früher schon vereinbarten Bauprogramme in allen Beziehungen genügendes Project aufzustellen, das den Wünschen des Kirchenvorstandes entspricht und zugleich der früheren Forderung des Magistrates nach Beschränkung des Bauaufwandes auf insgesamt 290 000 M insofern Rechnung trägt, daß im Hinblick auf die inzwischen eingetretene Steigerung der Arbeitslöhne und der Materialpreise mit einer auf 330 000 M bis 350 000 M zu erhöhenden Bausumme gerechnet werden muß. Das Kirchencassen-Collegium stellt unter dem Hinweis darauf, daß zur Bestreitung dieser Kosten die seitherigen Mittel der Gemeinde-Kirchencasse, selbst bei Hinzutritt einer schon in Aussicht gestellten erheblichen Staatsbeihilfe, weitaus unzulänglich seien, den Antrag, die erforderlichen Baumittel stadtseitig im Wege des Credits zu beschaffen und dem Kirchencassen-Collegium gegen die Verpflichtung zu ihrer Verzinsung und Tilgung zur Verfügung zu stellen.

Indem der Magistrat das gedachte Bauproject nebst dem dasselbe erläuternden Berichte der städtischen Bauverwaltung überreicht, stellt derselbe, unter einstweiliger Vorbehaltung einer Vorlage wegen Beschaffung der geforderten Baumittel, den Antrag, das Project, soweit erforderlich, zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß zu dessen Ausführung eine Gesamtsumme bis zu 350 000 M aufgewendet werde.

Nach dem Berichte der städtischen Bauverwaltung ist in dem Projecte ein selbstständiger Thurm vorgesehen, welcher der der Kaiser-Wilhelmstraße zugekehrten südlichen Hauptfront vorgelegt ist und hier das beherrschende Motiv der ganzen Anlage bildet. Der Grundriß des Kirchenraumes selbst zeigt die Form eines griechischen Kreuzes: an ein großes Mittelquadrat von 11,5 m Seitenlänge legen sich vier fast gleich lange Arme. Fünf Eingänge führen in den Kirchenraum und bezw. auf die Emporen und befindet sich der Haupteingang im Thurme. Für die Unterbringung der Orgel dient zum Theil das Obergeschoß des Thurmes. Sitzplätze sind im Ganzen 920 vorgesehen, wovon 642 auf den unteren Kirchenraum und 278 auf die Emporen entfallen. Die Orgelbühne allein bietet Raum für

134 Personen. Die bebaute Grundfläche umfaßt 983 qm. Der Berechnung der Baukosten sind für den Kirchenraum 11442 cbm, für den Thurm 2386 cbm, für die Confirmandenäle und die Sacristei 1196 cbm zu Grunde gelegt worden.

Wie Herr Nieß berichtet, empfiehlt die Baucommission, der Vorlage zuzustimmen. Das vorliegende dritte Bauproject zeichne sich vor seinen beiden Vorgängern durch eine ganz ausgezeichnete Gliederung im Grundrisse aus.

Die Versammlung stimmt der Vorlage darauf zu.

III. Fußweganlage für einen Theil der Maschstraße.

Nachdem die früheren Verhandlungen wegen Herrichtung eines Fußweges an der Ostseite der südlichen Strecke der Maschstraße ohne Erfolg geblieben sind, wird anheimgegeben, eine provisorische Fußweganlage ähnlich der in der Vertramstraße ausgeführten auf Kosten der Stadt herrichten zu lassen, damit wenigstens die Gefährdung der Passanten dort beseitigt werde. Die städt. Bauverwaltung empfiehlt die Verwendung von Cement-Vordsteinen, welche für 130 lfd m einschließlich der Instandsetzung des Fußweges 500 M. Unkosten erfordern würden, und giebt der Magistrat anheim, diese Summe zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Ebeling berichtet, geschieht.

IV. Neubau eines städtischen Museums.

Da der Magistrat die Errichtung eines Neubaus für das städtische Museum für dringend erforderlich erachtet, so hat derselbe durch den Stadtbaumeister Osterloh ein Project ausarbeiten lassen, welches nebst dem Begleitberichte und einem Kostenüberschlage der Versammlung mit dem Bemerken vorgelegt wird, daß der Magistrat mit dem Entwurfe in jeder Beziehung einverstanden sei. Der Entwurf sieht die Errichtung eines dreigeschoßigen Monumentalgebäudes auf dem Terrain vor der ehemaligen Husarencaferne am Magnittore vor, welches zur Unterbringung der vorhandenen Sammlungen einschließlich des größten Theiles der der Stadt gehörenden Gemälde genügenden Raum bietet und das eventuell nach zwei Seiten würde erweitert werden können. Die Ausarbeitung und insbesondere auch die innere Raumvertheilung ist im Einvernehmen mit der Museumsverwaltung erfolgt und sind die Kosten überschlägich zu 450000 M. ermittelt worden. Nach der Ansicht des Magistrates wird es nicht erforderlich sein, diese Summe aus Anleihemitteln zu decken, vielmehr wird dazu der Erlös aus dem Grundstücke des Stadthauses (etwa 170000 M.), der Erlös aus dem Bauplatze am Siegesplatze (wenigstens 110000 M.), das Götting'sche Legat zu 50000 M. verwandt und zur Deckung des Restbetrages von etwa 120000 M. der Schulhausbaufonds in Anspruch genommen werden können. Die endgiltige Beschlußfassung

über die Deckungsfrage soll zunächst vorbehalten bleiben, da ein genauer Kostenanschlag noch nicht vorliegt und auch noch nicht feststeht, welcher Erlös aus dem Stadthause und dem betr. Bauplatze demnächst zu erzielen sein wird. Einstweilen giebt der Magistrat vielmehr anheim, die Verwendung des vorgedachten Terrains für den fraglichen Bau gutzuheißen und der Ausführung des Projectes zuzustimmen.

Namens der vereinigten Finanz- und Baucommission berichtet über diese Vorlage Herr Engelbrecht wie folgt: Ich werde Ihre Aufmerksamkeit recht lange in Anspruch nehmen müssen, da es mir unentbehrlich erscheint, daß man die einzelnen Punkte, welche für die Beurtheilung des Werthes des Museums in Frage kommen, einer genauen Betrachtung unterzieht. Meine Ausführungen will ich so eintheilen, daß ich zunächst über den Werth des Museums, dann über die jetzige Aufbewahrung der Schätze, sodann über die Platzfrage für das eventuell zu erbauende neue Museum, die Ausführung des Baues und endlich über die Geldfrage sprechen werde.

In Bezug auf die Ausführung des Baues selbst werde ich mich sehr kurz fassen können, weil uns der lichtvolle Vortrag des Herrn Stadtbauemeisters Osterloh das Project so klar gemacht hat, daß ich nicht im Stande sein würde, dem noch etwas von Bedeutung hinzuzufügen.

Die Frage, was in einem Museum wie unserm städtischen gesammelt werden soll, möchte ich dahin beantworten, daß alles Dasjenige zu sammeln ist, was zur wissenschaftlichen Ausbildung der Bevölkerung nöthig, oder mindestens dienlich ist und in anderen Sammlungen des Landes nicht geboten wird. Wie ich höre, wird von vielen Seiten die ethnographische Sammlung als nicht in das Museum gehörig angegriffen, jedoch bin ich der Meinung, daß auch diese Sammlung hier nicht zu entbehren ist. Wenn dem gegenüber geltend gemacht wird, daß eine ethnographische Sammlung in die großen Centren des Verkehrs gehöre und derartige Sachen nicht in kleineren Städten gesammelt werden müßten, so halte ich solchen Standpunkt nicht für richtig. Gerade derartige Sammlungen verlieren durch ihre Anhäufung in den großen Museen an Uebersichtlichkeit, und sind auch für die große Mehrzahl der Bevölkerung dadurch fast vollkommen unzugänglich. Nur sehr Wenigen ist es möglich, zur Besichtigung einer solchen Sammlung nach Berlin oder Leipzig reisen zu können. Es erscheint deshalb gerade auch bei derartigen Sammlungen eine Decentralisation rathsam. Der Besitz einer solchen Sammlung ist aber auch für die Belehrung und Fortbildung der Bevölkerung vom größten Werthe. Dabei ist zunächst das geographische Interesse zu berücksichtigen. Unsere Interessen sind weit hinausgewachsen über das kleine Europa, es sind Weltinteressen geworden und damit hat sich der Wunsch entwickelt, die Völker näher kennen zu lernen, welche in anderen Erdtheilen aus der Uncultur in die Cultur

hinaufwachsen. Dazu kommt das geschichtliche Interesse an der Beobachtung der fremden Völker in den verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung. Ihre Werkzeuge, ihre Geräthschaften u. dienen dazu, uns die Entwicklung, die unser Volk selbst vom Wege der Uncultur zur Cultur durchgemacht hat, noch einmal zu gegenwärtigen, wir finden dabei ganz ähnliche Erscheinungen in Bezug auf die Bewaffnung u. wieder, welche sich auch bei unseren Vorfahren beobachten ließen. Sodann kommt dabei das kaufmännische Interesse in Frage. Wir sehen an denjenigen Sachen, die wir von jenen Völkern hier besitzen, welche Gegenstände dort gebraucht werden, und der Kaufmann entnimmt daraus, welche Artikel er nach jener Gegend mit Erfolg exportiren kann. Dazu kommt das kunstgewerbliche Interesse, und hier können Sie sich durch einen Blick in das Museum überzeugen, daß sich in den Geräthschaften eine Fülle von Kunstsinn zeigt, welche bewunderungswürdig ist. Flechtwerk, Schnitzereien, Einlege-Arbeiten und andere Sachen sind geeignet, dem Kunstgewerbe als Vorbilder zu dienen. Aus diesen Rücksichten ist unsere ethnographische Sammlung von großer Bedeutung, zumal wir in der glücklichen Lage sind, eine Sammlung von solchem Umfange zu besitzen, daß sie in Deutschland nur noch den Sammlungen von Berlin und Leipzig nachsteht. Auch bei Gelegenheit des Aerzte- und Naturforschercongresses ist von Autoritäten die große Bedeutung dieser Sammlung anerkannt, obwohl damals die Götting'sche Sammlung dem Museum noch gar nicht einverleibt war. — Eine weitere Abtheilung des Museums bilden die Braunschweigischen Denkmäler der Kunst, der Culturgeschichte und der Volkskunde. Für diese Abtheilung ist mit außerordentlichem Fleiß und großem Verständniß gesammelt: die Bauernaltenthümer des Museums sind z. B. so werthvoll und so mustergültig gesammelt, wie man sie selten findet, und gewähren einen ausgezeichneten Ueberblick über die Entwicklung unseres ländlichen Lebens. Hierhin gehört z. B. auch eine vollständige Zimmertafelung, welche in einem entsprechenden Raume als Altbraunschweigisches Zimmer aufgestellt werden kann. Auch ist schon eine Summe von 1000 M gestiftet, um dieses Zimmer stilgemäß ausstatten zu können.

Sodann ist die kunstgewerbliche Abtheilung des Museums ins Auge zu fassen. Sie bietet eine reiche Fülle älterer Sachen aus der Stadt Braunschweig und ist unzweifelhaft geeignet, dem Kunstgewerbe große Anregung zu bieten. Die Abtheilung für Architektur bietet namentlich in den alten Balken und Balkenköpfen von den inzwischen verschwundenen alten Häusern Braunschweigs eine Sammlung von großem Werthe. Auch die Sammlung der vaterländischen Altenthümer ist von Bedeutung. Die Frage, ob dieselben in das Museum gehören, möchte ich zwar verneinen und mich dafür erklären, daß sie besser in das vaterländische Museum passen. Da sie aber als Tauschobjecte einen nicht zu unterschätzenden Werth haben, ist deren Besitz für die Stadt ebenfalls nicht zu verachten.

Eine weitere Abtheilung bilden die vorhandenen Gypsabgüsse Braunschweiger Persönlichkeiten und Denkmäler. Ich habe die Ansicht aussprechen gehört, daß dieselben keinen Werth hätten. Diese Ansicht halte ich nicht für richtig. Gerade diese Gypsabgüsse, welche doch ein früheres Product als die fertigen Denkmäler sind, geben die Absichten des Künstlers viel intimer wieder, als die Denkmäler selbst, welche noch dazu im Freien der Zerstörung viel leichter ausgesetzt sind als die Abgüsse. Wir ist bekannt, daß Leute, welche wissenschaftliche Studien an solchen Werken machen wollen, hierzu lieber die Gypsabgüsse als die im Freien stehenden Denkmäler benutzen, zumal letztere theilweise auch schwerer zu erreichen sind, wie z. B. die Quadriga auf dem Schlosse.

Die städtische Gemäldesammlung hat wohl noch Niemand von uns im Zusammenhange übersehen können, da sie zur Zeit völlig zerstreut aufbewahrt werden muß. Sie hat bereits einen großen Werth erlangt. Von allen bedeutenden Malern Braunschweigs werden mehrere der besten Stücke in ihr aufbewahrt, auch wird sie unter Beihülfe des Kunstvereins noch ständig vergrößert. Die Kupferstichsammlung enthält bereits über 28 000 Blätter. Darunter befinden sich die Portraits von bekannten Braunschweiger Persönlichkeiten und Fürstlichkeiten und Ansichten von Braunschweig aus den verschiedensten Zeiten von seltenem Werthe, ferner viele Kupferstiche und Handzeichnungen, welche von Braunschweiger Künstlern hergestellt sind. Daneben ist eine große Menge anderer Kupferstiche vorhanden, so daß den bedeutenden Werth dieser Sammlung Niemand bezweifeln wird. Endlich erwähne ich noch die Münzsammlung, welche einen Werth von 400 000 M. besitzen soll und in der sich die vollständigste Sammlung alter Braunschweiger Münzen von ganz bedeutendem Werthe befindet. In der Sitzung der vereinigten Finanz- und Baucommission ist die Ansicht geäußert worden, daß der Werth der ganzen Sammlungen des städtischen Museums zwei bis drei Millionen Mark betragen dürfte, und ich halte diese Ansicht für zutreffend. Demnach besitzt die Stadt in ihrem Museum ein Werthobject, das nicht unterschätzt werden darf, und das unzweifelhaft verdient, mit der größten Sorgfalt aufbewahrt und gepflegt zu werden.

Die jetzige Art der Aufbewahrung dieser Schätze ist aber eine so traurige, daß sie absolut nicht länger geduldet werden kann, und daß die Zeit möglichst verkürzt werden muß, in der die Sammlungen so großen Gefahren ausgesetzt sind. Weder vor Feuer, noch vor Dieben und sonstigen Gefahren sind sie sicher. Wenn dieselben auch einigermaßen übersichtlich geordnet sind, so werden sie doch zum Theil so zerstreut in den verschiedensten Gebäuden aufbewahrt, daß ein Ueberblick über das Ganze unmöglich ist. In einem solchen Zustande können die Schätze Fremden nicht gezeigt werden. Wenn man aber derartige Kunstschätze als ein werbendes Capital für die Stadt ansieht, müssen dieselben so zugänglich sein, daß

sie den Fremden in anständiger Weise gezeigt werden können. Deshalb sind die Commissionen der Ansicht, daß es absolut nothwendig ist, den Schätzen einen anderen Platz anzuweisen.

Damit komme ich zu der Platzfrage. Ein anderes geeignetes Gebäude ist nicht vorhanden und es müßte auch als Flickwerk bezeichnet werden, wenn man ein altes Gebäude darauf aufstutzen wollte. Für ein neues Gebäude ist auch die Rede von dem Terrain am Siegesplatze gewesen. Dieser Platz ist aber zu verwerfen, weil er sich nach Norden zuspitzt und im Osten und Westen größtentheils von anderen Häusern begrenzt wird. Die Form des Platzes ist derartig, daß ein verständiger Museumsbau dort nicht errichtet werden kann, schon weil ihm das Licht von mehreren Seiten, namentlich aber von der so wichtigen Nordseite fehlt. Nur von der Südseite her würde das Gebäude Licht haben, jedoch ist gerade diese Seite für Museumszwecke ganz unbrauchbar. Da dieser Platz also ausfallen muß, so bleibt für das Museum nur noch der Platz vor der Gewerbeschule über. Die Nähe beider ist bei den sonstigen vorzüglichen Eigenschaften des Platzes noch ein Punkt, der ihn besonders geeignet erscheinen läßt, denn Museum und Gewerbeschule werden ihren Zweck erst vollkommen erfüllen können, wenn die Besucher der Gewerbeschule das Museum leicht benutzen können. Deshalb dürfte sich der Platz als einzig richtig empfehlen. Derselbe hat noch einen besonderen Vorzug dadurch, daß er etwas abschüssig ist und das Kellergeschoß des Museums in Folge dessen auf der einen Seite zur Aufbewahrung der Kunstgegenstände mit benutzt werden kann. Auch bietet der Platz die Möglichkeit, wenn unsere Nachkommen es einmal wünschen, das Museum in ordnungsmäßiger Weise nach zwei Seiten hin zu vergrößern.

Ueber den Bauplan selbst will ich kein Wort verlieren, da derselbe wohl einstimmig die Bewilligung der Versammlung gefunden hat.

Schließlich komme ich noch zur Geldfrage. Wie aus der Magistratsvorlage hervorgeht, ist der Bau ohne den Platz zu 450 000 M veranschlagt. Hinsichtlich der Deckung dieser Summe erschien es der Commission correct, daß die 50 000 M des Götting'schen Legates und der Erlös aus dem alten Stadthause mit etwa 170 000 M auf den Bau verrechnet werden, letztere Summe, weil das Stadthaus ja erst durch die anderweite Unterbringung der vorhandenen Schätze wieder nutzbar gemacht werden kann. Es bleiben demnach noch 230 000 M zu decken. Hierzu stellen die vereinigten Commissionen folgenden Antrag,

die Magistratsvorlage zu genehmigen mit der Maßgabe, daß diejenigen Summen, welche über den Erlös aus dem Verkaufe des alten Stadthauses und das Götting'sche Legat zu 50 000 M hinaus aus Anleihen zu dem Bau des neuen Museums verbraucht werden, im Laufe der nächsten

20 Jahre möglichst in jährlichen Abträgen aus dem Schulhausbaufonds dem Extraordinarium zurückzugewähren sind.

Die vereinigten Commissionen empfehlen Ihnen diesen Antrag zur Genehmigung in der freudigen Erwartung, daß der Bau nach seiner Ausführung der Stadt Braunschweig dauernd zur Bierde, zur Ehre und zum Nutzen gereichen wird. (Zustimmung.)

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Magistratsvorlage erfreut sich, wie ich höre, nicht allseitig einer so günstigen Aufnahme, wie sie sie bei den vereinigten Commissionen gefunden hat; ich will deshalb Veranlassung nehmen, noch einige Worte zur Begründung der Ansicht zu sagen, daß der Museumsbau ausgeführt werden muß und daß insbesondere die Finanzlage der Stadt nicht dazu nöthigt, diese Ausführung noch weiter bis ins Ungewisse zu verschieben. Unser Museum ist gegründet bei Gelegenheit der 1000jährigen Jubelfeier der Stadt Braunschweig. Man hat damals die Errichtung eines städtischen Museums für eine Culturaufgabe erkannt, der sich die Stadt namentlich bei ihrer reichen historischen Vergangenheit nicht entziehen dürfe, und wir haben seitdem unter der unausgesetzten lebhaften Betheiligung der Bürgerschaft Schätze angesammelt, welche schon lange eine Bildungsstätte und für Auswärtige ein Anziehungsmittel sein würden — wenn sie nur zur Anschauung gebracht werden könnten. Wir haben seit 40 Jahren alljährlich mehrere Tausende, in den letzteren Jahren sogar viele Tausende aus städtischen Mitteln aufgewandt zur Erhaltung und Vermehrung der Sammlungen. Daneben haben wir von Anbeginn der Gründung des Museums an in beinahe unverfrorener Weise Geschenke angenommen, die uns von Nah und Fern für das Museum gemacht worden sind und die uns nicht zugewandt sind, um sie versteckt aufzubewahren; ich bin vielmehr der Meinung, daß wir Denjenigen gegenüber, welche uns so reich beschenkt haben, die moralische Verantwortung besitzen, die Geschenke auch im Sinne der Geber zu verwerthen. Ueberdies haben wir die Stelle eines Museumsdirectors geschaffen, nicht etwa in der Absicht, daß derselbe auf unabsehbare Zeit hin die Sammlungen gegen Mäusefraß und Staub schützen soll, sondern wir haben bei der Gelegenheit erklärt, es sei die Anstellung eine Vorbedingung für den nothwendigen Museumsbau, indem der Director uns in den Stand setzen solle, nach Ordnung und Sichtung der Sammlungen ein richtiges Bauprogramm aufzustellen.

Was nun die Finanzfrage anlangt, so sind wir allerdings nicht auf Rosen gebettet, jedoch sehe ich auch nicht schwarz in die Zukunft und im Besonderen bin ich der Meinung, daß wir noch weit entfernt sind von einem wirtschaftlichen Deficit. Das wird nach meiner Ansicht erst dann eintreten können, wenn das Maß, in welchem wir die Bürgerschaft mit Steuern belasten, in den Gegenleistungen der Stadtverwaltung keinen Ausgleich findet. So lange aber die Stadt-

verwaltung eine richtige Verwendung der Steuern und außerdem Einrichtungen trifft, welche die Steuerkraft des Einzelnen, wie der Gesamtheit heben, so lange wird man sagen können, die Steuern stehen, wenn sie auch hoch sind, doch im richtigen Verhältniß zu dem was geleistet wird, sie können und müssen deshalb getragen werden. Ein Museum ist allerdings nicht eine solche Einrichtung, welche unmittelbar einen Ertrag liefert, aber man wird zugeben müssen, daß ein Museum, wenn es baulich und innerlich gut ausgestattet ist, mittelbar doch als ertragsreich angesehen werden darf, indem es sich darstellt als eine Bildungsstätte für Einheimische und als ein Anziehungsmittel für Fremde. Wie stellt sich nun überhaupt die Summe, welche wir für den Museumsbau aufzubringen haben? Dabei möchte ich zunächst auf Folgendes aufmerksam machen: Unser Archiv und unsere Bibliothek leiden, auch nachdem die früher mit ihnen vereinigt gewesenen Sammlungen zum großen Theile aus dem Neustadt-Rathhause weggebracht sind, immer noch an einem empfindlichen Raummangel. Die Verwaltung derselben ersucht deshalb immer und immer wieder, die Reste aus dem Neustadt-Rathhause wegzuschaffen, damit Archiv und Bibliothek ordnungsmäßig aufgestellt werden können. Dazu sind wir aber nicht im Stande. Ich erwähne dieses, weil ich daraus folgere, daß wir bei Aufrechnung der Baukosten des Museums einen Theil derselben auf das Conto der Bibliothek und des Archivs setzen könnten, jedoch will ich davon absehen, diesen Gedanken weiter zu verfolgen. Der Anschlag beläuft sich auf 450 000 M, davon werden 50 000 M vom Götting'schen Legate gedeckt und ca. 170 000 M würden aus dem Erlöse des alten Stadthauses darauf anzurechnen sein. Daneben kommen noch 20 000 M in Betracht, welche der diesjährige Schulhausbaufonds zur Verfügung gestellt hat, während der Rest eventuell im Wege der Anleihe zu decken sein würde. Der Magistrat meint nun, das Interesse der Stadt gestatte es sehr wohl, die Verzinsung und Tilgung dieses Restes zu Lasten der Steuerzahler in dem Falle zu übernehmen, daß nicht etwa der Schulhausbaufonds einen Theil der Auslagen wird zurückerstatten können. Die Commissionen haben vorgeschlagen, die Bausumme einstweilen durch eine Anleihe aufzubringen, aber nicht etwa, wie wir meinten, zu Lasten der Steuerzahler mit einer Tilgung durch $\frac{1}{2}$ % nebst den jährlichen Zinssparnissen, sondern zu Lasten des Schulhausbaufonds und zwar in einem so raschen Tempo, daß die Tilgung in 20 Jahren beendet sein würde. Ich glaube allerdings, daß es dem Schulhausbaufonds nicht an Ueberschüssen fehlen und er in der Lage sein wird, im Verlaufe von 20 Jahren 200 000 M zur Verfügung zu stellen. Mit Rücksicht darauf erklärt sich der Magistrat mit dem Vorschlage der vereinigten Commissionen einverstanden.

Herr Hauswaldt: Ich war leider nicht in der Lage, in der Sitzung der vereinigten Commissionen zugegen sein zu können, weil ich für die Zeit an einem anderen Orte unabkömmlich war. Ich stehe auf dem Standpunkte des Herrn

Oberbürgermeisters und des Herrn Referenten insofern, als auch ich anerkenne, daß die Museumsfrage in Fluß gebracht und für die Unterbringung der großen Kunstschätze gesorgt werden muß. Auch bin ich nicht so optimistisch, daß ich glaube, die bewilligungsfrohe Stimmung der Versammlung durch meine Ansicht beeinflussen zu können. Trotzdem möchte ich dieselbe aber zum Ausdruck bringen. Bis zu dem Punkte, wo die finanzielle Lösung in den Vordergrund tritt, bin ich mit den Herren Vorrednern ganz einverstanden, aber mit der finanziellen Behandlung der Vorlage kann ich mich gar nicht einverstanden erklären. Wenn ich die uns mitgetheilten Zahlen durchsehe, habe ich die Empfindung, daß es sich um eine Honigtopfrechnung handelt. Zunächst vermisse ich in der Berechnung, daß die Kosten des Platzes mit zur Geltung kommen. Wir haben damals aus einer Anleihe das Geld aufbringen müssen, um für den Militär Fiscus das an der Fusarenstraße liegende Areal nebst Gebäuden zu beschaffen und in Folge dessen müßte auch unter allen Umständen der Erlös aus dem Grund und Boden, sobald er versilbert wird, dem Extraordinarium wieder zufließen. Ferner halte ich es finanziell nicht für richtig, den Erlös aus dem alten Stadthause hier mit zur Anrechnung zu bringen. Als Ersatz für dieses gilt unser neues Rathhaus. Da nun die Mittel für das Rathhaus durch Anleihen aufgebracht sind, so müßte auch nach meiner unmaßgeblichen Meinung der Erlös aus dem alten Stadthause zur Tilgung der Anleihen im Extraordinarium verrechnet werden. In Folge dessen komme ich dadurch, daß ich in diesen beiden Punkten von dem Commissionsbeschlusse abweiche, zu einer sehr viel größeren Summe, welche wir anleihen müssen. Wenn man auch darüber, wie das verrechnet und verbucht werden soll, verschiedener Meinung sein kann, so unterliegt es doch wohl keinem Zweifel, daß wir den Erlös aus dem Stadthause da verrechnen müssen, wo er naturgemäß hinzufließen hat. Im Principe wird von den Commissionen allerdings anerkannt, daß das Museum nicht aus Anleihen, sondern aus den Ueberschüssen des Schulhausbaufonds gebaut werden soll, aber die Art und Weise, wie man die angeliehenen Summen zurückzahlen will, ist mir offen gestanden nicht prägnant genug, um mich dabei beruhigen zu können. Jedenfalls ist nicht nur der Posten von 230 000 M., sondern der ganze Posten von 400 000 M. und der Preis des Grund und Bodens durch Rückzahlung an das Extraordinarium zu tilgen. Wenn auch die auf 20 Jahre bemessene Dauer der Rückzahlung sehr lang ist, so würde ich mich damit doch begnügen, sofern nur den von mir gestellten beiden Forderungen — Einrechnung des Bauplatzes in die Bau Summe und Nichtanrechnung des Werthes des Stadthauses — nachgetommen würde. Besonders will ich aber noch bemerken, daß ich durchaus nicht gegen den Bau des Museums an sich bin, sondern ich nur meine, man müsse mit derartigen Sachen recht vorsichtig sein und sich die Consequenzen klar machen. Es ist eine ganz seltsame Erfahrung, daß Leute, welche in ihren Privatverhältnissen von der

penibelsten Kengstlichkeit sind und nicht eher ein neues Klavier anschaffen, bis sie wissen, woher es bezahlt werden kann, hier diese Kengstlichkeit vollständig ablegen. Ich bitte Sie, sich diese beiden Punkte noch einmal zu vergegenwärtigen und den Antrag der vereinigten Commissionen mit der Maßgabe zu genehmigen, daß der Werth des Platzes in die Bausumme eingerechnet und die gesammte Summe, ohne Abzug des Erlöses aus dem Stadthause, von dem Schulhausbaufonds in 20 Jahren erstattet werde.

Herr Rieke: Ich stehe noch auf demselben Standpunkte, den ich schon bei der Statsberathung einnahm, daß wir das Museum auf den Platz vor der Gewerbeschule errichten, der hierzu der schönste ist und den wir von der Militärverwaltung ziemlich theuer, wenn auch nicht zu theuer erworben haben. Wenn wir im Besitze so bedeutender Kunstschätze nicht Geld für ein Museum ausgeben wollten, das eine werbende Kraft besitzt, so würden uns andere Städte geradezu auslachen und den städtischen Behörden mit Recht vorwerfen, es fehle ihnen das Verständniß für den Werth der vorhandenen Sammlungen. Braunschweig fehlt bekanntlich ein reger Fremdenverkehr und ist dasselbe gegen andere deutsche Städte erheblich im Nachtheile. So z. B. wird Stuttgart von wissenschaftlichen Vereinen und Verbänden viel mehr als Versammlungsort gewählt als Braunschweig, weil sich dort bedeutende Kunstschätze befinden, an denen die Gelehrten studiren. Dadurch wird solche Stadt weiter bekannt und erhält einen stärkeren Fremdenzufluß. Will man hier also den Fremdenverkehr heben, so würde der Museumsbau dazu wesentlich mit beitragen, denn wenn in einem Jahre dadurch vielleicht 50 Fachleute hergezogen werden, kommt im nächsten Jahre in Folge der durch diese gegebenen Anregung schon mindestens die doppelte Zahl von Fremden hierher, um die Schätze zu besichtigen. Wenn nun jeder Fremde nur 2 oder 3 Nächte hier bleibt, so ist damit denjenigen Bürgern, welche mit dem Fremdenverkehre zu rechnen haben, schon wesentlich gedient. Liegen die Schätze des Museums aber im Staube herum, so können sie solchen Nutzen nicht stiften.

Ich will mich nicht vermaßen, die Sammlungen nach ihrem künstlerischen Werthe einzuschätzen, aber so viel weiß ich, daß manches Schätzenswerthe im Laufe der Zeit für das Museum verloren gegangen ist. Ich will dabei nur an die Eisenindustrie im Harze aus den früheren Jahrhunderten erinnern, von deren Erzeugnissen nur noch sehr wenig bekannt ist, trotzdem man dort in der Geräthe- und Geschüßfabrikation Bedeutendes geleistet haben soll. Auf der Communionhütte in Oster waren früher noch einige interessante Stücke vorhanden, auch fand sich dort eine Mineraliensammlung von versteinerten Thieren vor, welche dem germanischen Museum in Aachen überwiesen worden ist. Es giebt dort noch ein sogenanntes Läutewerk, welches zur Zeit des 30jährigen Krieges angefertigt ist und mit dem ein Mensch ohne Vorbildung eine großartige Harmonie hervorrufen

konnte. Das sind Sachen, welche an die Culturepochen von damals erinnern. Wenn ich in meiner Jugend ein besseres Verständniß dafür gehabt hätte, würde ich vielleicht Manches vor dem Untergange bewahrt haben können.

Die Einwände des Herrn Hauswaldt gegen die etatliche Behandlung der Bausumme kann ich nicht theilen, da es mir einerlei ist, ob der Bau aus dieser oder aus jener Westentasche bezahlt wird. Wir müssen doch zugestehen, daß aus dem Schulhausbaufonds auch schon Mittel zu anderen als Schulzwecken entnommen sind, weshalb sich Jeder mit dem Vorschlage der vereinigten Commissionen einverstanden erklären kann, zumal dadurch die Steuerkraft der Bürger in erhöhtem Maße nicht in Anspruch genommen wird.

Herr Födel: Stellt man sich scharf auf den principiellen Standpunkt, so wird man die Ansicht des Herrn Hauswaldt als unberechtigt nicht bezeichnen können, daß der Werth des Platzes auf das Museum anzurechnen ist und der Werth des Stadthauses nicht von der Bausumme abgerechnet werden kann. Andererseits läßt sich aber auch der Standpunkt vertreten, daß wir in dem früheren Stadthause eine Summe Geldes festgelegt haben und zwar bis zu dem Zeitpunkte, bis ein Neubau für das Museum geschaffen ist, weshalb wir den Werth des demnächst überzählig werdenden Stadthauses auch auf die Kosten des Museums anrechnen können. Wenn die Commissionen den Vorschlag gemacht haben, daß die Summe, welche nach Abzug der bekannten beiden Posten noch für das Museum zur Ausgabe gelangen muß, aus dem Schulhausbaufonds zurückzahlen ist, so geschah dieses, um eine Beruhigung für Diejenigen zu schaffen, welchen es schwer auf dem Gewissen lag, daß die Gesamtsumme für das Museum aus dem außerordentlichen Etat durch Anleihen gedeckt werden sollte, also lediglich der Steuerkraft zur Last gelegt werden mußte. Man hat eine Frist von 20 Jahren gewählt mit Rücksicht darauf, daß an den Schulhausbaufonds ständig Forderungen gestellt werden und derselbe daher nicht zu sehr belastet werden dürfte. Dadurch ist auch ein Niegel vorgeschoben, daß die Mittel des Schulhausbaufonds zu anderen Sachen verwendet werden können, so lange derselbe noch Schulden hat. Ich glaube, damit haben wir unsere Schuldigkeit gethan.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Hauswaldt abgelehnt und der Antrag der vereinigten Commissionen angenommen.

V. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die dem Dreher Warlich auferlegte Hundesteuer von 40 M wird auf 10 M ermäßigt, da dem Genannten nicht bewußt gewesen sein mag, daß er einen Wurf junger Hunde, sobald dieselben 3 Monate alt wurden, zu versteuern hatte. Ebenso wird das Gesuch der Frau Emuthy um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund genehmigt.

Dagegen lehnt die Versammlung die Gesuche des Korbmachers Krone und des Arbeiters Glinnemann um Erlaß der Steuer für einen Wachhund ab.

VI. Ankauf und Verkauf von Flächen an der Weststraße.

Die Braunschweigische Baugenossenschaft hat von ihrem an der Weststraße gelegenen Grundstücke eine 405 qm große Theilfläche an die hiesige Stadt abgetreten. Der Preis für diese zur Anlegung einer im Ortsbauplane vorgesehenen Straße bestimmten Fläche soll demnächst von den städtischen Behörden nach billigem Ermessen, jedoch auf wenigstens 10 M pro qm festgesetzt und mit den Straßenkosten verrechnet werden. Außerdem hat sich der Magistrat verpflichtet, zwei zusammen 9 qm haltende verfügbare Theilflächen der Baugenossenschaft zum Einheitspreise von 5 M zu überlassen, wobei bemerkt wird, daß dieser Preis bei der Berechnung der Kosten des Ausbaues der Weststraße s. B. in Ansatz gebracht ist. Dem Ersuchen des Magistrates, den hierüber abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen, stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Buchler berichtet, zu.

VII. Erwerb von Flächen zum Riddagshäuserwege.

Zum Zwecke des Ausbaues des Riddagshäuserweges haben an die Stadt abzutreten: das Marienstift 1 a 52 qm und das Rettungshaus 4 a 2 qm, wogegen demselben etwa 68 qm zuzulegen sind, sowie endlich die auf der gegenüberliegenden Seite gelegenen Grundstücke zusammen 13 qm. Da die letzteren Flächen indessen theilweise bebaut sind, so empfiehlt es sich nach der Ansicht des Magistrates, auf den Erwerb dieser 4 geringfügigen Flächen einstweilen überhaupt zu verzichten, um die Schaffung von Vorsprüngen zu vermeiden. Mit den vorerwähnten beiden Stiftungen ist Folgendes vereinbart worden: Das Marienstift tritt die Fläche unter folgenden Bedingungen ab: die nach der Helmstedterstraße zu gelegene Theilfläche von 60 qm wird mit 18 M, die übrige Fläche von 92 qm mit 12 M pro qm vergütet und der Preis von 2184 M auf die Straßenkosten angerechnet; die vorhandene Einfriedigung wird auf Kosten der Stadt in die neue Grenzlinie zurückgesetzt und die Freitreppe vor dem Pfarrhause in der Weise umgebaut, daß der Aufstieg seitlich erfolgt. Das Marienstift ist mit diesem Projecte einverstanden und sind dessen Kosten zu 850 M veranschlagt worden. Soweit der zu 5712 M veranschlagte Beitrag des Marienstiftes zu den Straßenkosten durch die Vergütung für das Terrain nicht gedeckt wird, wird derselbe mit der Maßgabe gestundet, daß die Restschuld mit 2% jährlich bis zur Zahlung verzinst und erst dann entrichtet wird, wenn das Grundstück ganz oder theilweise veräußert oder am Riddagshäuserwege weiter bebaut werden sollte. Erfolgt demgemäß die Zahlung

innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nicht, so ist die Schuld durch jährliche Abträge von 4% zu tilgen.

Das Rettungshaus tritt das Terrain unter folgenden Bedingungen ab: Die Stiftung übernimmt tauschweise die dem Grundstücke zuzulegende Wegefläche zu 68 qm, während die überschießenden 334 qm der Stiftung mit 12 M pro qm vergütet werden. Daneben erhält dieselbe für das in Wegfall kommende Gebäude M. ass. 3086 eine Vergütung von 5750 M, so daß die Gesamtentschädigung 9758 M beträgt. Der Beitrag des Rettungshauses zu den Straßenkosten, veranschlagt zu 19404 M, wird einstweilen nur zu $\frac{1}{3}$ angefordert und dieser Betrag von der Entschädigung zu 9758 M zurückbehalten, während der Rest der Vergütung an die Stiftung ausgezahlt wird. Die übrigen zwei Dritttheile des Beitrages werden der Stadt vom Zeitpunkte der Fälligkeit an mit 2% verzinst und in derselben Weise gestundet, wie die Restschuld des Marienstiftes. Die vorhandene Einfriedigung hat die Stadt in die neue Grenzlinie zurückzusetzen und kann die Beseitigung des in die Straße vorspringenden Gebäudetheiles erst im Herbst gefordert werden.

Der Magistrat hält diese Vereinbarungen für annehmbar und ersucht, denselben zuzustimmen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Engelbrecht berichtet, geschieht.

VIII. Verkauf einer Fläche an der Spohrstraße.

Die Anlieger Rühle und Fricke haben sich bereit erklärt, das ihren Grundstücken M. ass. 3434 und 3407 nach dem Ortsbauplane zuzulegende Terrain der Spohrstraße zum Einheitspreise von 8 M zu erwerben. Dem Antrage des Magistrates, die beiden 186,5 qm großen Flächen den genannten Anliegern zu dem erwähnten Einheitspreise zu verkaufen,

wird von der Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Rieke berichtet, zugestimmt.

IX. Antrag Koch u. Gen.: Aenderung der Städteordnung.

Der in der Sitzung vom 14. März 1901 — Seite 252 des Berichtes — gestellte Antrag ist zurückgezogen.

X. Einbau von Schieberhähnen in die Wasserleitung etc.

Um bei vorkommenden Wasserrohrbrüchen den Anliegern die Wasserleitung nur in möglichst kleinem Umfange entziehen zu müssen, wird der Einbau von 21 Schieberhähnen beantragt. Auch wird es für erforderlich erachtet, zur Verbindung der Wendenstraße mit dem Nickelkulte ein Wasserrohr durch den Seiers-

hagen zu verlegen, da den letzteren beiden Straßen z. B. nur vom Wollmarke her Wasser geliefert werden kann und bei eintretender Absperrung daselbst beide Straßen so lange ohne Wasser bleiben müssen. Der Magistrat giebt anheim, unter Genehmigung der beiden Anträge die anschlagsmäßigen Kosten mit 4842 M. zu bewilligen,

was auf Empfehlung des Herrn Föbel geschieht, nachdem Herr Böschigt noch darauf aufmerksam gemacht hatte, daß verschiedene Deckel von Hydrantenverschlüssen der Erneuerung bedürften.

XI. Verkauf von Flächen an der Wendenmaischstraße.

Auf Antrag des Werkmeisters Edmund Richter ersucht der Magistrat zu genehmigen, daß zwei etwa 480 qm haltende Flächen von der jetzigen Wendenmaischstraße dem Genannten nach erfolgtem Ausbau dieser Straße zum Einheitspreise von 8 M. überlassen werden.

Dem Antrage wird nach seiner Befürwortung durch die Baucommission, für welche Herr Riecke berichtet, zugestimmt.

XII. Antrag Müller: Bepflanzung der Fasanenstraße mit Laubbäumen.

Der in der Sitzung vom 28. März 1901 gestellte Antrag — Seite 271 des Berichtes — ist einstweilen zurückgezogen worden.

XIII. Erwerb einer Fläche zur Juliusstraße.

Von dem Grundstücke des Bäckermeisters Wilhelm Kempe ist der Juliusstraße eine 3 qm große Fläche zugelegt worden, welche der Magistrat zum Einheitspreise von 25 M. zu erwerben beantragt.

Auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Buchler berichtet, wird dem Antrage stattgegeben.

XIV. Fußwegbelag auf einem Theile der Casernen- und der Hagenstraße.

Nach dem der Versammlung vorgelegten Projecte über die Herstellung von Plattenbelag auf den Fußwegen der Casernen- und der Hagenstraße zwischen der Wiesen- und der Fasanenstraße betragen die gesammten Kosten etwa 2200 M. und die Beiträge der Anlieger für die Casernenstraße 8 M. und für die Hagenstraße 8,30 M. für 1 m Frontlänge. Da indessen vor mehreren Grundstücken beider Straßen bereits der Plattenbelag in der ganzen Breite der Fußwege angebracht ist, so wird weiter ersucht, dieses überall durchzuführen und diejenigen Mehrkosten auf die Stadtcasse zu übernehmen, welche durch die Herstellung des Belages in größerer Breite als 2 m entstehen werden. Diese Mehrkosten belaufen sich auf

etwa 2000 M. Dem Ersuchen des Magistrates, sich auch hiermit einverstanden zu erklären,

stimmt Herr Nieß namens der Baucommission zu.

Herr Müller möchte an den Magistrat die Bitte richten, mit dem Eigenthümer des Grundstücks, Casernenstraße 44, nochmals in Verhandlung zu treten, damit auch vor diesem Hause Platten gelegt werden können.

Herr Meyerhoff fragt an, ob mit den in Frage kommenden Anliegern auch verhandelt worden sei, da doch die Versammlung einmal beschlossen habe, daß Platten nur im Einverständniß mit den Anliegern gelegt werden sollen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß ihm ein derartiger Beschluß nicht bekannt sei. Eine solche Beschränkung dürfe auch nicht zugestanden werden, da allein die städtischen Behörden darüber zu befinden haben müßten. Der Magistrat habe nur einmal erklärt, daß er mit der Anlegung von befestigten Fußwegen im Allgemeinen warten wolle, bis ihm hierzu eine Anregung aus der Versammlung oder seitens der Anlieger zu Theil würde. Das sei auch hier geschehen. Die städtische Bauverwaltung habe sodann die Anlage für erforderlich erklärt und darauf sei die Magistratsvorlage ausgearbeitet worden.

Herr Löschigt möchte den Magistrat ersuchen, bei der Staatsbehörde dahin vorstellig zu werden, daß der Promenadenfußweg vom Steintore bis zum Mägnithore, welcher sich in einem sehr mangelhaften Zustande befinde, obwohl er täglich von Tausenden begangen werden müsse, besser befestigt werde.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XV. Ausbau der Bammelsburger- und der Wendenmaischstraße.

Der Magistrat legt ein von der städtischen Bauverwaltung aufgestelltes Project, betreffend den Ausbau der verlängerten Bammelsburgerstraße zwischen der Oker und der Wendenmaischstraße und den Ausbau der Wendenmaischstraße zwischen Reichenbergstraße und Wendenring nebst einer Zusammenstellung der den Anliegern zur Last fallenden Beiträge mit dem Ersuchen vor, das Project, sowie die Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen. Die gesamten Kosten des Straßenausbaues sind zu 94000 M veranschlagt worden, so daß die Anlieger einen Beitrag von 118 M für 1 m Frontlänge zu bezahlen haben werden. Hinsichtlich des im Knickpunkte der Wendenmaischstraße vorgesehenen freien Platzes empfiehlt der Magistrat, die Entscheidung über dessen Herrichtung vorzubehalten und schon aus diesem Grunde der Darstellung II des Planes den Vorzug zu geben.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XVI. Verkauf des städtischen Bauplatzes an der Kaiserstraße.

Bei der im Jahre 1898 bewirkten Versteigerung des Bauplatzes an der Ecke von Kaiserstraße und Werder war das Höchstgebot mit 17500 M abgegeben worden. Der Magistrat verweigerte indessen die Ertheilung des Zuschlages, weil ihm der Preis, zumal der Platz frei von Straßenkosten zum Verkauf gestellt war, zu niedrig erschien. Die Erwartung, später für den Platz einen höheren Preis zu erzielen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Bei nochmaligem Ausgebot des Grundstücks haben der Bauunternehmer Bannow und der Kunsthändler Behrens je 15500 M für dasselbe geboten. Da Bannow bereit war, den Platz eventuell sofort zu bebauen, so hat der Magistrat der Firma Bannow u. Schminde den 3,29 a großen Platz für diesen Preis mit der Verpflichtung der sofortigen Bebauung verkauft und ersucht, den Verkauf zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Ebeling den Antrag namens der Baucommission zur Annahme empfohlen hatte.

XVII. Austausch von Flächen am Bohlwege.

Der Kaufmann Karl Bartels hat sich bereit erklärt, eine von dem seinerseits erworbenen früher Rhinow'schen Grundstücke dem Bohlwege zuzulegende Fläche von etwa 4 qm auszutauschen gegen eine hinter dem Grundstücke liegende 13 qm große Fläche des Rathhausgrundstücks, und ersucht der Magistrat, diesen Tausch zu genehmigen.

Nach Befürwortung des Antrages durch die Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, wird derselbe angenommen.

XVIII. Grunderwerb zur Giersbergstraße.

Aus Anlaß des in Angriff genommenen Ausbaues der Giersbergstraße sind dieser von den an der Südseite der Straße gelegenen Grundstücken geringe Theilflächen zuzulegen. Die von dem ehemaligen Böhme'schen Grundstücke abzutretende Fläche von 25 qm ist der Stadt bereits aufgelassen, nachdem mit dem Eigenthümer derselben vereinbart worden, daß der Preis später nach Verhältniß des Durchschnittspreises für das sonstige abzutretende Vorgartenterrain festgestellt werden solle. Die übrigen Anlieger haben sich bereit erklärt, das von ihren Vorgärten abzuschneidende Terrain zum Einheitspreise von 12 M abzutreten, wenn außerdem die Einfriedigungen zurückgesetzt und die an den Grundstückseingängen erforderlichen Aenderungen zc. ausgeführt werden. Der Magistrat hält diese Forderungen für gerechtfertigt und giebt anheim, ihn zum Erwerbe der erforderlichen Flächen unter

den angegebenen Bedingungen zu ermächtigen, auch zu genehmigen, daß für die von dem vormal's Böhme'schen Grundstücke abgetretene Fläche ein Einheitspreis von 12 M festgesetzt werde.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Buchler berichtet, genehmigt.

XIX. Einrichtung einer weiteren Bürgererschulclasse.

Nach Beginn des neuen Schuljahres hat sich herausgestellt, daß 42 Knaben der zweiten Classe der mittleren Bürgerschule in den vorhandenen Räumen nicht unterzubringen sind, weshalb noch eine solche Classe hat eingerichtet werden müssen. Die Versammlung wird ersucht, die Nothwendigkeit der Errichtung dieser neuen Classe anzuerkennen und zur Besoldung der hierfür erforderlichen Lehrkräfte 1450 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Schulcommission, für die Herr Blasius berichtet, geschieht.

XX. Anfrage Aßmann: Vorsehrungen gegen die Maßnahmen der Straßeneisenbahn-Gesellschaft.

Die Anfrage lautet:

„Welche Vorsehrungen gedenkt der Magistrat zu treffen, daß in Zukunft die Direction der Braunschweigischen Straßeneisenbahn-Gesellschaft die in ihrem Betriebe Angestellten nicht mehr zu Schritten veranlaßt, deren Folgen den im §. 12, Absatz 1 des zwischen dem Magistrat und der genannten Gesellschaft geschlossenen Vertrages niedergelegten Abmachungen zuwiderläuft?“

Zur Begründung der Anfrage führt Herr Aßmann etwa Folgendes aus: Der Absatz 1 des §. 12 des in der Anfrage bezeichneten Vertrages lautet:

„Die Gesellschaft ist verpflichtet, die gesammte Anlage stets in gutem, betriebssicherem Zustande zu erhalten und darf den Betrieb ganz oder theilweise ohne Genehmigung der Herzoglichen Polizeidirection und des Stadtmagistrates weder dauernd noch zeitweilig einstellen.“

Diese Bestimmung dürfte zu der Anfrage vollkommen berechtigen. Das Verhalten der Direction gegen ihre Angestellten bedingt, daß diese sich dagegen wehren und wenn denselben gesagt wird, sie könnten der Reihe nach gehen, weil sie einer Organisation beitraten, welche ihre Interessen vertritt, so dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, wo die Sicherheit des Betriebes gefährdet werden könnte. Es ist kaum denkbar, daß es in der heutigen Zeit noch einem Arbeitgeber beikommen kann, seinen Angestellten zu verwehren, sich einer Organisation anzuschließen, die deren Interessen dienen will. Wenn aber trotzdem die Direction die sofortige Kündigung

derjenigen Angestellten durchgeht, welche solcher Organisation angehören, so liegt allerdings die Gefahr vor, daß durch das fortwährende Wechseln der Angestellten die Betriebsicherheit leidet. Daß eine solche Gefahr schon vorgelegen hat, wird wohl Jeder zu beurtheilen Gelegenheit gehabt haben, der ein Auge auf die Vorgänge der letzten Tage gerichtet hat. Als ich z. B. gestern einen Wagen durch den „Sack“ fahren sah, ergriff mich ein gelindes Grausen, denn der Führer handhabte die Kurbel mit großer Unsicherheit. Es ist auch ganz erklärlich, daß Leute, welche in ganz kurzer Zeit ausgebildet werden, nicht diejenige Sicherheit bei der Behandlung der Motowagen besitzen können, welche bei den vielen engen und krummen Straßen unserer Stadt nothwendig ist. Dem Anscheine nach gedenkt die Direction recht oft derartige Mittel gegen das Personal anwenden zu wollen, sonst würde sie nicht so viele Ersatzmannschaften ausbilden lassen. Darum haben wir aber auch alle Ursache, aufmerksam zu sein, daß die Direction mit ihren Maßnahmen nicht zu weit geht und ihren Angestellten in rigoroser Weise das verbieten will, was jeder andere Arbeitgeber seinem Personale gestattet. Die Direction durfte nicht sofort mit Entlassungen vorgehen, sondern sie konnte wenigstens so lange warten, bis ihre Angestellten mit Forderungen an sie herantraten und brauchte erst dann darauf bedacht zu sein, sich eventuell neue Kräfte zu suchen. Das Verhalten der Direction ist also in diesem Falle nicht correct gewesen.

Bei dem Lichtwerk, welches der Straßenbahn-Gesellschaft übergeben worden ist, liegen die Verhältnisse ebenso. Ich möchte wohl einmal sehen, welche Calamität eintreten würde, wenn die Kraftstation nicht mehr functionirte, weil die Verwaltung den Terrorismus gegen ihre Angestellten so weit ausdehnte, daß dieselben zum Streik gezwungen würden. Dann würde die Entrüstung des Bürgerthums sich wohl nicht mit dem Faustmachen in der Tasche begnügen, sondern es würde höchst ungemüthlich werden.

Die hier und da gehörte Behauptung, daß der Streik von Außen in die Kreise der Angestellten hineingetragen sei, bestreite ich ganz entschieden. Ich habe die Versammlung im Hofjäger selbst beobachtet und muß bestreiten, daß die Behauptung der Direction zutrifft, die Angestellten seien durch außenstehende Personen beeinflusst worden. Der in der Versammlung anwesende Verbandsvertreter warnte ganz entschieden vor weiterem Vorgehen und vor dem Streik. Ebenso ist es eine Unwahrheit, wenn von der Direction behauptet wird, der Vertreter hätte gesagt: wir sind heute noch zu schwach und wollen lieber später vorgehen. Kein Arbeiter und kein Angestellter kann sich danach sehnen, einen Streik zu wollen, da er genau weiß, daß dieser für ihn ein zweischneidiges Schwert ist. Deshalb hatte die Direction keine Ursache, die Leute schon im Voraus zu maßregeln und auf die Straße zu setzen, sowie dadurch den Straßenbahnbetrieb unsicher zu machen. Die Leute sind ruhig und sachlich vorgegangen und sind durch die

Maßregelung der Direction erst zur Erbitterung und zum Streit getrieben. Wenn den Angestellten eröffnet wird, der Herr Major hätte gesagt, (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender: Ich bitte den Herrn Redner, hier Personen aus dem Spiele zu lassen. Was der Herr Major gesagt haben soll, ist für uns gleichgiltig. Sie können das Verfahren der Direction kritisiren, dürfen aber nicht eine Person herausgreifen.

Herr Aßmann (fortfahrend): Die Direction der Straßenbahn sollte also damals den Angestellten eröffnet haben, der Herr Major hätte gesagt, sie möchten nur eine Commission wählen, welche die Beschwerden und Wünsche der Angestellten bei der Direction vorbringen könnte. Als nun die Direction erfahren hatte, daß die Commissionsmitglieder dem Verbanke des Handels- und Transportgewerbes angehörten, wurden dieselben einfach gekündigt und entlassen. Das ist stark und fordert die Entrüstung aller auf dem Boden des Gesetzes stehenden Leute heraus. Aus diesem Vorgehen glaube ich entnehmen zu sollen, daß die Betriebssicherheit der Straßenbahn und des Electricitätswerkes in Frage gestanden hat, weshalb ich es für gerechtfertigt halte, den Magistrat zu fragen, ob derselbe irgend welche Schritte unternommen hat, um eine Wiederholung solcher Vorgänge zu verhindern.

Herr Bürgermeister Metemeyer: Nach dem Wortlaute der gestellten Anfrage gewinnt es den Anschein, als ob der Magistrat fortwährend sitzen und darüber nachdenken soll, welche Schritte zu unternehmen seien, um eine Betriebsunsicherheit auf der Straßenbahn zu verhindern. Ich weiß wenigstens nicht, wie sich Herr Aßmann das anders denkt. Das Vorkommiß selbst, um das es sich hier handelt, ist so schnell vorübergegangen, daß der Magistrat keine Veranlassung hatte, dabei in irgend einer Weise einzugreifen. Der Magistrat hat sich deshalb mit dieser Frage noch nicht beschäftigt.

Herr Aßmann: Mit Rücksicht darauf, daß Herr Bürgermeister Metemeyer eine Frage an mich gerichtet hat, beantrage ich die Besprechung meiner Anfrage.

Vorsitzender: Wird der Antrag unterstützt? — Der Antrag ist nicht von 9 Mitgliedern der Versammlung unterstützt worden, es kann deshalb eine Besprechung der Anfrage nicht stattfinden.

XXI. Antrag Rieke: Anordnung einer Wohnungsenquête.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung baldmöglichst eine Vorlage zu unterbreiten mit Plan und Anordnung zur Aufnahme einer das ganze bewohnte Stadtgebiet umfassenden Wohnungsenquête“,

bemerkt Herr Rieke etwa Folgendes: Es ist bekannt, daß schon einmal Erhebungen in dieser Richtung stattgefunden haben. Dabei hat sich herausgestellt, daß auf dem hoch gelegenen Klinte die meisten Cholerafälle vorgekommen sind, was nothwendigertweise stuzig machen mußte. Später haben noch einmal auf Veranlassung des Sanitätsraths Neß Erhebungen stattgefunden, welche indessen nur auf die Ritterstraße ausgedehnt wurden. Auch die weiteren Erhebungen des Regierungsbaumeisters Weidlich, des Dr. med. Hentling u. haben nur in einem kleinen Theile der Stadt stattgefunden.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

Aus den hierüber erstatteten Berichten kann man das Resultat entnehmen, daß es hier eine Unsumme von traurigen Wohnungen giebt, welche selbst das Mindestmaß der vorgeschriebenen Höhe bei Weitem nicht erreichen. Verschiedene Städte haben in neuerer Zeit eine Wohnungsenquête angestellt, deren Resultate in einer 356 Seiten starken Brochüre niedergelegt sind, und von anderen Communen ist ein gleiches Vorgehen geplant worden. Neuerdings hat die preussische Regierung verschiedene Maßnahmen in Betreff der Feststellung und Beseitigung der Wohnungsnoth getroffen, und auch vom Reiche aus scheint man an die Sache herantreten zu wollen. Es muß zugegeben werden, daß in früherer Zeit die inzwischen beseitigten offenen Okergräben viele Schuld an der Verbreitung epidemischer Krankheiten trugen und der Gesundheitszustand der Stadt sich gegen früher erheblich gebessert hat, immerhin findet man aber auch hier an manchen Stellen noch Zustände, die zu beseitigen sind. Deshalb wäre es wohl am Platze, daß der Magistrat jetzt wieder einmal eine Vorlage einbrächte, nach welcher eine über das ganze Stadtgebiet zu erstreckende Wohnungsenquête aufgenommen werden soll. Dadurch würde für die Aerzte ein bedeutendes Material herbeigeschafft werden und auch das Stadtbauamt würde in vielen Fällen von Amtswegen eingreifen können, während heute erst dann etwas von ihm geschieht, wenn Jemand vorhandene Mängel an den Wohnungen denuncirt. Aus diesen Gründen muß es für die gesammte Bevölkerung vom höchsten Interesse sein, wenn in der beantragten Weise vorgegangen wird. Der Antrag soll durchaus nicht bezwecken, alle alten Häuser abzureißen. Meiner Meinung nach ist eine niedrige Wohnung, sofern sie in einer oberen Etage liegt, bei Weitem nicht so schädlich, als wenn sie unten auf feuchtem Terrain belegen ist. Heute wendet man auch ganz andere Mittel in Betreff der Trockenlegung der Kellersohle u. an, als zu früheren Zeiten, und es muß nachgerade darauf hingewirkt werden, daß man diese Mittel auch nicht nur bei neuen Straßenzügen anwendet. Wenn der Eigenthümer eines alten brüchigen Hauses, für das vielleicht 100 Jahre und darüber die Brandcassenbeiträge gezahlt worden sind, dieses abreißen will und er erhielte von der Brandcasse vielleicht ein Drittel des versicherten Werthes ersetzt, so würde ein gewisses Bauunternehmertum sicher

nicht so viele Opfer gefunden und die Leute von ihren Häusern gebracht haben. Mit Rücksicht darauf, daß die Stadt Braunschweig den größten Theil der Beiträge zur Landesbrandcasse zahlt, wäre es wohl am Platze, daß man seitens des Staates der hiesigen Einwohnerschaft etwas zu Hülfe käme.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutencommission zur Vorberatung überwiesen.

XXII. Antrag Blasius: Entsendung von Lungenkranken in eine Heilstätte.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung stellt dem Magistrat eine Summe bis zu 3000 M für das Jahr 1901 zur Verfügung zwecks Entsendung von nicht versicherten Lungenkranken nach der Lungenheilstätte zu Stiege am Harz. Die Summe ist der Hundesteuercasse, der Ottmerstiftung, oder dem Dispositionsfonds des Magistrates zu entnehmen“.

Zur Begründung führt der Herr Antragsteller Folgendes aus: Zur Bekämpfung einer der gefährlichsten Krankheiten des Menschengeschlechts, der Lungenschwinducht, an der 15 % aller Menschen zu Grunde gehen, hat sich in neuester Zeit eine Heilmethode gefunden, welche mit einiger Sicherheit Aussicht auf Erfolg bietet: Das ist die Luftbehandlung, wie sie in den Lungenheilstätten Deutschlands u. betrieben wird. In allen größeren Städten hat sich deshalb auch das größte Interesse für diese Einrichtungen gezeigt und sind z. B. von Magdeburg bedeutendere Summen dafür aufgewendet worden. In Braunschweig liegt die Sache folgendermaßen: Die Versicherungsanstalt für das Herzogthum besitzt eine Lungenheilstätte in Stiege a. H. und zwar das Albrechtshaus für männliche und das Marienheim für weibliche Kranke. Bis vor Kurzem konnten nur Versicherte dort aufgenommen werden, jetzt ist indessen ein modus vivendi gefunden, auch Nichtversicherte dort unterzubringen, indem der Verein für öffentliche Gesundheitspflege ein Capital zusammenbrachte, um eine Krankenbaracke bei den Lungenheilstätten aufzustellen. Von den Zinsen der nicht zum Barackenbau verbrauchten Summe und von einzelnen Beiträgen hiesiger Privatpersonen können aber nur wenige Kranke dort unterhalten werden. Nun kommt es sehr häufig vor, daß Anträge auf Unterbringung weiterer Kranken bei dem Magistrate eingehen und dieser erklären muß, es sei kein Geld dafür vorhanden. Das ist im höchsten Maße traurig und bedarf der Abhülfe. Deshalb bitte ich um Unterstützung und baldige Erledigung des Antrages.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberatung überwiesen.

Darauf schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 4 bis nach 6 Uhr.

1901|1902.

№ 3.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 6. Juni 1901.

Tagesordnung:

I.	Antrag Blasius: Entsendung von Lungenkranken in eine Heilstätte . . .	Seite 40
II.	Nachverwilligung von Kosten für den Wirtschaftshof	" 41
III.	Einrichtungen und bauliche Anlagen auf dem Wirtschaftshof	" 42
IV.	Beluchtungsanlage im Stadtparke	" 44
V.	Ausbau der Bodestraße zc.	" 44
VI.	Anschaffung einer Coatsbrechmaschine.	" 45
VII.	Errichtung eines Freibantgebäudes beim Schlachthause.	" 46
VIII.	Studienreise wegen der Einrichtungen der Gewerbeschule und des Museums	" 50
IX.	Antrag der General-Hofintendantur auf Befreiung von der Zahlung einer Straßenbenutzungsgebühr	" 51
X.	Erwerb von Flächen zur Gießmaroderstraße zc.	" 60
XI.	Rückzahlung von Gasrohrkosten zc. an der Catharinenstraße	" 60
XII.	Antrag Rieke: Anordnung einer Wohnungsenquête	" 61
XIII.	Änderung der Gebührensätze für die Anfertigung von Plänen	" 62

XIV.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	Seite 62
XV.	Ergänzung der Vorschriften für das städtische Arbeitsamt	" 63
XVI.	Befestigung des östlichen Fußweges an der Hamburgerstraße	" 63
XVII.	Zulassung eines Vorbaues vor dem Hause Damm N° 9	" 64
XVIII.	Ausbau eines Theiles der Heinrichstraße	" 66
XIX.	Antrag K a t h e und Gen.: Anderweite Unterbringung der Räume zc. des Arbeitsamtes	" 67
XX.	Antrag K a t h e und Gen.: Gestattung der Besichtigung städtischer Gebäude	" 67
XXI.	Antrag B r ü c k m a n n und Gen.: Nichtverwendung von Seminaristen im Lehramte	" 68
XXII.	Antrag S t e g m a n n und Gen.: Aenderung des Verwaltungsstatuts.	" 69
XXIII.	Antrag W o l k e n w e b e r: Aenderung der Straßenpolizeiordnung	" 71
XXIV.	Antrag K o c h: Verbreiterung der Straße am Magnithore	" 71
XXV.	Anfrage S a n d e r: Nachwachswesen in der Außenstadt	" 71
XXVI.	Anfrage G ü n t h e r: Auslegung der Geschäftsordnung	" 72

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Bockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Götke, Lange, Löschnigk, Lupprian, Ribbentrop und Wagner; später erscheint Herr Semler.

Den Vorsitz führt der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff.

I. Antrag Blasius: Entsendung von Lungenkranken in eine Heilstätte.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 37 des Berichts — berichtet namens der Statutencommission Herr Engelbrecht, daß der Antrag durchaus zu billigen sei und dessen Annahme empfohlen werde. Man beabsichtige nicht etwa, unheilbare Lungenkranke in die Heilstätten zu entsenden, sondern nur solche; bei denen noch Hülfe zu erwarten sei und die voraussichtlich dauernden Nutzen von dem Aufenthalte zu erwarten haben. Die aufzuwendenden Mittel möchten zunächst der Luise Ottmerstiftung entnommen werden. Da indessen deren Einnahmen nur etwas über 4000 M jährlich betragen und dieselben auch noch zu anderen Zwecken zu verwenden seien, so solle der Magistrat ermächtigt werden, die erforderlichen Mittel auch anderen geeigneten Fonds entnehmen zu dürfen.

Herr F ü d e l will sich für den Antrag erklären, gleichzeitig aber bitten, nur solche Kranke nach den Heilstätten zu schicken, denen der Aufenthalt daselbst noch

von Nutzen sein könne. Es seien ihm drei Fälle mitgetheilt, in welchen Kranke mit hochgradigem Fieber behaftet in einer Heilstätte eingetroffen seien, was nicht nachahmenswerth erscheine. So schmerzlich es auch sein möge, unglücklichen Kranken den Aufenthalt in einer Heilstätte versagen zu müssen, so habe man doch den dort schon anwesenden Kranken, auf welche ein Krankenlager und noch mehr ein Todesfall sehr deprimirend zu wirken pflege, Rücksicht zu schenken. Deshalb erscheine es ihm dringend erwünscht, die Aerzte darauf aufmerksam zu machen, bei der Auswahl der den Heilstätten zu überweisenden Kranken recht vorsichtig zu sein.

Herr Blasius kann sich diesem Wunsche nur vollständig anschließen. In den für das Albrechts- und das Marienheim in Stiege auszustellenden Attesten sei übrigens besonders vorgelesen, daß nur solche Kranke überwiesen werden dürfen, welche Aussicht auf wirkliche Besserung und Wiederherstellung insoweit bieten, als sie wenigstens theilweise wieder erwerbsfähig werden, und sei in den Attesten ausdrücklich betont worden, daß Fieberkranke keinesfalls dorthin geschickt werden sollen. Wenn seitens der Aerzte dieser Anweisung Folge gegeben werde, könnten solche Fälle gar nicht vorkommen, und halte er es auch für wünschenswerth, wenn auf die behandelnden Aerzte in der von Herrn Südel angeregten Weise eingewirkt werde.

Herr Alßmann ist auch für Bewilligung der Summe, kann es aber nicht für rathsam halten, die Aerzte noch besonders zu warnen, zu weit vorgeschrittene Kranke nach Stiege zu entsenden. Wenn ein zu starker Druck auf die Aerzte ausgeübt würde, könnten sie bei der Auswahl der Kranken vielleicht zu vorsichtig sein und Kranke zurückweisen, die noch Aussicht auf Heilung bieten. Sollte sich einmal herausstellen, daß ein Kranker nicht mehr heilbar sei, könnte die Kur mit ihm immer noch aufgehoben werden.

Der Antrag der Statutencommission wird darauf angenommen.

II. Nachverwilligung von Kosten für den Wirthschaftshof.

In der Sitzung vom 10. Januar d. Js. — Seite 184 des Berichts — sind 2982,⁸⁰ M für Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungs- und Motorenanlage auf dem Wirthschaftshofe an der Taubenstraße bewilligt worden. Die Anlage ist durch den Ingenieur Berg ausgeführt worden und hat derselbe den Kostenanschlag um 721,⁸² M überschritten. Diese Ueberschreitung ist im Wesentlichen dadurch herbeigeführt, daß an Stelle des geplanten elektrischen Aufzuges ein Motor von 5 statt 3 Pferdestärken gewählt worden, wodurch 262 M Mehrkosten erwachsen sind, und daß die sämtlichen Leitungsdrähte, soweit sie nicht unter den Decken angebracht sind, in Stahl- bzw. Messingrohren verlegt wurden. Wenn der

Magistrat das Verfahren des Herrn Berg auch nicht als correct bezeichnen kann, so giebt er doch anheim, den Mehrbetrag nachträglich zu bewilligen, da die Aenderungen als sachgemäß und zweckmäßig anzuerkennen seien.

Die Finanzcommission ersucht nach dem Berichte des Herrn Wolters dem Antrage zuzustimmen, da die hier in Betracht gekommenen Verhältnisse bei der Veranschlagung noch nicht vorauszu sehen gewesen wären.

Herr Rieke will gegen die Bewilligung nichts einwenden, möchte aber doch zum Ausdruck bringen, daß es kein gutes Licht auf Denjenigen, der die Veranschlagung gemacht habe, werfe, wenn so erhebliche Ueberschreitungen des Anschlages vorkämen.

Herr Wolters hat darauf zu erwidern, daß die Aenderungen in der Ausführung der Anlage thatsächlich nicht vorher zu übersehen gewesen seien und daher der Anschlag nicht correcter habe aufgestellt werden können.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

III. Einrichtungen und bauliche Anlagen auf dem Wirthschaftshofe.

Im Einvernehmen mit der Straßenreinigungsdeputation hält der Magistrat die nachfolgenden Einrichtungen bezw. baulichen Anlagen auf dem Wirthschaftshofe an der Taubenstraße für erforderlich, oder doch für dringend wünschenswerth: 1) die Anlage einer Bade- und Wascheinrichtung an Stelle der jetzt vorhandenen ungenügenden Wascheinrichtung mit einem Kostenaufwande von 3100 M; 2) die Einrichtung des einen überflüssig gewordenen Schlafsaales zu einem Wohnzimmer für die Fahrer, sowie die Aufstellung einer entsprechenden Zahl verschließbarer Wandschränke zur Unterbringung von Effecten u. dgl., wofür die Kosten 516,80 M betragen werden; 3) die Ueberdachung und seitliche Abschließung des zwischen dem neuen Pferdestalle und dem alten Stallgebäude liegenden freien Raumes zur besseren Erwärmung des neuen Pferdestalles mit einem Kostenaufwande von 1400 M; 4) die Anbringung einer Transmissionswinde, mittels deren Fourage und Streu auf die über dem neuen Stalle befindlichen Böden transportirt werden kann (Kosten 825 M); 5) die Beschaffung eines Fahrrades für den Marktallverwalter zum Preise von 129,60 M.

Es wird deshalb magistratsseitig anheimgegeben, für diese Aenderungen eine Gesamtsumme von 5971,40 M zu bewilligen.

Die Finanzcommission hat zu diesen Punkten nach dem Berichte des Herrn Seele wie folgt Stellung genommen:

Punkt 1 wird zur Annahme empfohlen. Zum Punkte 2 sind einige Wünsche laut geworden, welche indessen auf den Kostenpunkt voraussichtlich keinen Einfluß

ausüben werden, daß so auch die Annahme dieses Punktes befürwortet wird. Die Wünsche gehen dahin, daß das unterste Fach der Schränke nicht von einer Holzleiste umgeben werden möchte, um die Reinigung des Raumes nicht zu behindern, ferner die Decke der Schränke dachförmig schräg herzurichten, damit dieselbe nicht mit Stiefeln und sonstigen Sachen belegt werden kann, und endlich die Schränke kleiner als in der Vorlage angenommen, herzustellen, um zu verhüten, daß in denselben auch Kleidungsstücke u. aufbewahrt werden.

Die Punkte 3 und 4 werden vorläufig zurückgestellt, weil sich darüber Meinungsverschiedenheiten gezeigt haben und der Magistrat es für richtiger hielt, diese Sachen noch einmal eingehend nachzuprüfen.

Punkt 5 wird dagegen zur Annahme empfohlen.

Die Versammlung erklärt sich mit den sämtlichen Vorschlägen der Commission einverstanden.

Der Magistrat beantragt ferner, auf dem Hofplatze zwischen dem Mannschaftsgebäude und dem Stalle III des Straßenreinigungsinstituts unter Verwilligung einer Summe von 420 M eine Fußschwemme für die Pferde anzulegen und in dem ersten Obergeschoße des alten Stallgebäudes daselbst eine früher benutzte Wohnung unter Verwendung von 300 M als Wohnung für einen zweiten Aufsichtsbeamten wieder herzurichten.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, giebt die Finanzcommission anheim, auch diesen Anträgen zu entsprechen. Die Fußschwemme sei für die Pferde geradezu nothwendig und die Wohnung solle von einem zweiten Aufsichtsbeamten bezogen werden, damit bei Behinderung des ersten Beamten der Wirthschaftshof nicht ohne Aufsicht sei. Nach dem Gutachten des Herrn Blasius sei die Wohnung in keiner Weise gesundheitsnachtheilig.

Herr Rieke kann nicht verstehen, daß eine solche Fußschwemme bei einem so bedeutenden Pferdebestande noch nicht vorhanden sei, da doch selbst kleinere landwirthschaftliche Betriebe sie haben.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß Herr Rieke die Fußschwemme wohl mit einem Kühlstande verwechselt, welcher längst vorhanden sei.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz und giebt folgende Eingänge bezw. Mittheilungen bekannt:

- 1) Dankschreiben Sr. Kgl. Hoheit des Regenten für die Höchstdemselben seitens der Stadtverwaltung dargebrachten Glückwünsche zum Geburtstage, welches zur Einsichtnahme ausgelegt wird;

- 2) Eingabe einer auswärtigen Firma, welche ihre Artikel anbietet. Da die Versammlung sich mit derartigen Reclamemittelungen nicht zu befassen hat, so werden in Zukunft solche Eingänge der Versammlung nicht mehr mitgetheilt, sondern zu den Acten gelegt werden.
- 3) Das von der Commission vorberathene Ortsbaustatut wird demnächst auf die Tagesordnung kommen; es wird deshalb ersucht, Herrn Wolff, als Referenten der Commission, etwaige Wünsche auf Aenderungen recht bald schriftlich mitzutheilen, um die Verhandlungen in der Versammlung zu erleichtern.

IV. Beleuchtungsanlage im Stadtparke.

Auf Anregung des Restaurateurs Jäger beantragt der Magistrat, zu genehmigen, daß die Beleuchtungsanlage auf dem Sitzplatze vor dem Wirthschaftsgebäude im Stadtparke um 6 Laternen, von denen 4 auf die Südseite und 2 auf die Nordseite kommen, vermehrt und hierfür eine Summe von 451 M unter der Bedingung freiwillig werde, daß der Pächter dieselbe während der Dauer seines Pachtverhältnisses mit 4% jährlich verzins. In dieser Summe sind auch die Kosten für die Verlegung einer Laterne enthalten.

Herr Födel empfiehlt namens der Finanzcommission, der Vorlage zuzustimmen. Gleichzeitig beantrage die Commission, den Magistrat zu ersuchen, auch eine bessere Beleuchtung der Zugangswege im Stadtparke vorzusehen und den Zugang an den Abenden noch durch einen weißen Anstrich der Wegeränder oder dgl. zu erleichtern.

Der Magistratsvorlage wird darauf nach dem Antrage der Commission zugestimmt.

V. Ausbau der Bodestraße u.

Da der Ausbau der Bodestraße zwischen Carl- und Husarenstraße für nothwendig erachtet wird, so hat die städtische Bauverwaltung ein mit Kosten- und Vertheilungsberechnung versehenes Project ausgearbeitet, bei welchem die Grunderwerbskosten zu 103 947,35 M, die Baukosten zu 100 000 M und die Anliegerbeiträge zu 165,60 M für 1 m Frontlänge veranschlagt worden sind. Die sämmtlichen im Besitze unbebauter Flächen befindlichen Anlieger der Bodestraße haben sich bis auf Herrn Meiners verpflichtet, die Beiträge schon nach Fertigstellung der Straße zu entrichten, auch wenn ihre Grundstücke alsdann noch nicht bebaut sein sollten. Von diesen Anliegern würde der Fabrikant Meyer allein 46 069,92 M an

Beiträgen zu zahlen haben. Derselbe hat sich hierzu unter der Bedingung bereit erklärt, daß die Stadt sich verpflichte, bis zum 1. October 1904 die verlängerte Wiesenstraße zwischen Hagenring und Bodestraße, sowie die beiden den Kirchensauplatz östlich und westlich begrenzenden Verbindungsstraßen zwischen der verlängerten Wiesenstraße und der Kaiser-Wilhelmstraße und die beiden äußeren Verbindungsstraßen zwischen der verlängerten Wiesenstraße und der Heinrichstraße auf seine bezw. des Holzhändlers Severin Kosten auszubauen. Hierbei sollen indessen die Kosten für die unterirdischen Anlagen und die Kosten für Unterhaltung, Beleuchtung, Reinigung zc. stadtseitig übernommen werden. Der Magistrat ist auf diese Bedingungen in der Erwägung eingegangen, daß im Falle des Ausbaues der Bodestraße auch die Aufschließung des zwischen dieser und der Ringstraße liegenden umfangreichen Geländes rathsam erscheint, noch mehr aber, weil nach Erbauung der Paulikirche der Ausbau der dieselbe im Norden umgebenden Straßen nicht länger wird verschoben werden können.

Von der Feldmarksgemeinde Hagen sind hierzu noch 18 a 50 qm Graben-terrain anzukaufen, für welches ein als angemessen zu bezeichnender Einheitspreis von 5 M. gefordert wird. Außerdem sind noch drei schmale Terrainstreifen zu insgesammt 98 qm vom Gebiete des Stadtparkes der Straße zuzulegen.

Die Versammlung wird ersucht, den Magistrat zum Ankaufe von Grabenflächen unter Aufwendung eines Einheitspreises von 5 M. zu ermächtigen, das Project über den Ausbau der Bodestraße nebst Kosten- und Vertheilungsberechnung, sowie die beiden mit den Anliegern der Bodestraße bezw. den Herren Meyer und Severin abgeschlossenen Verträge zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Buchler berichtet, nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Lord geschieht.

VI. Anschaffung einer Coaksbrechmaschine.

Bis jetzt wird der Coaks auf den hiesigen Gaswerken mit einer für den Handbetrieb eingerichteten Maschine gebrochen und sind im Jahre 1899/00 bei einer Verarbeitung von 37000 Centnern hierfür 2590 M. ausgegeben worden, während bei Verwendung einer transportablen Coaksbrechmaschine diese Kosten nur 1201 M. betragen haben würden. Der Magistrat giebt anheim, ihn zur Anschaffung einer solchen Maschine für den Preis von 2600 M. zu ermächtigen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Südel berichtet, geschieht.

VII. Errichtung eines Freibankgebäudes beim Schlachthause.

Die äußeren Verhältnisse der in einem Nebenraume des Kesselhauses auf dem Schlachthausgrundstücke untergebrachten Freibank sind nach der Ansicht des Magistrates so unhaltbar, daß bei dem Mangel anderweiter geeigneter Räume auf die Errichtung einer besonderen Gebäulichkeit Bedacht genommen werden muß, zumal sich die Freibank als solche durchaus bewährt habe. Mit Rücksicht darauf, daß mehr als $\frac{9}{10}$ des zum Verkauf gestellten Fleisches der Freibank direct aus dem Schlachthause zugeführt wird, dürfte für sie der einzig richtige Platz auf dem Schlachthausgrundstücke sein und wird deshalb vorgeschlagen, in der Südwestecke des umfriedeten Theiles des Schlachthausgrundstückes ein selbständiges Freibankgebäude zu errichten und nach Fertigstellung desselben eine Verkaufsgebühr zu erheben. Für die Wahl des Platzes ist neben der Rücksicht auf eine demnächstige Erweiterung der Schlachthausbauten in erster Linie der Gesichtspunkt maßgebend gewesen, es dem kaufenden Publicum zu ermöglichen, an die Verkaufsstelle gelangen zu können, ohne den nicht immer ohne Gefahr zu passirenden Schlachthof betreten zu müssen. Im Innern des Gebäudes ist ein Verkaufsraum, welcher zweckmäßig wie ein Schlachterladen auszugestalten ist, und ein Warteraum erforderlich. Die veranschlagte Bausumme ermäßigt sich, nachdem magistratsseitig einige Abstriche im Betrage von 1468 M vorgenommen sind, auf 8732 M.

Da es zweckmäßig erscheint, gelegentlich dieses Baues auch die schon lange in Aussicht genommene Einfriedigung der Schlachthausländerei nach der Hamburgerstraße hin auszuführen, so ersucht der Magistrat weiter, zu genehmigen, ein 1,80 m hohes Lattenstaket mit Betonpfosten auf einer Strecke von 66,5 m mit einem Kostenaufwande von (15 M pro m) etwa 1000 M herstellen zu lassen.

Es wird demnach ersucht, sich mit der Errichtung des projectirten Freibankgebäudes einverstanden zu erklären und die zur Ausführung desselben sowie zur Einfriedigung des Schlachthausgrundstückes erforderliche Summe von 9732 M zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Ebeling empfiehlt die Baucommission, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen, nachdem die Abstriche von dem ursprünglichen Kostenanschlage zu 10200 M schon magistratsseitig vorgenommen seien. Diese Abstriche beeinträchtigten die Zweckmäßigkeit des Gebäudes in keiner Weise. Bei der demnächstigen Verathung eines Statuts für den Verkauf des minderwerthigen Fleisches in der Freibank müsse auch eine Bestimmung vorgesehen werden, nach welcher dieses Fleisch mit einer geringen Verkaufsgebühr belastet werde, damit sich die Anlage verzinsse und amortisire.

Herr Peplies glaubt, daß die Freibank einen allgemeinen Anflug doch wohl nicht gefunden habe, da in der Presse verschiedene tadelnde Aeußerungen hervorgetreten seien, welche eine officiële Widerlegung noch nicht gefunden hätten. Bei der geplanten Einrichtung der Freibank sei u. A. angeführt worden, daß dadurch insbesondere auch die Polkschlachtereie zurückgedrängt werden solle, und hätten die damaligen Ausführungen auch vermuthen lassen, daß es sich dort nur um Fleisch von im Schlachthause geschlachteten Thieren handeln sollte, die, wenn auch nicht vollständig gesund, so doch für den Genuß noch brauchbar seien. Diese Voraussetzungen sollen nun durchaus nicht in Erfüllung gegangen sein, indem an der Freibank nicht nur Fleisch von hier geschlachteten Thieren verkauft, sondern solches aus allen möglichen auswärtigen Ortschaften hier eingeführt werde. Die Verhältnisse sollen so liegen, daß, wenn irgendwo in der näheren oder weiteren Umgebung Braunschweigs ein Bauer eine Kuh besitze, die nicht mehr ganz gesund sei, er hierher telegraphire und einen Polkschlachter kommen lasse, der das Thier kaufe und dessen Fleisch auf der Freibank zum Verkaufe auslege. Damit seien doch die an die Errichtung der Freibank geknüpften Voraussetzungen nicht erfüllt, die Freibank sei vielmehr ein Centralpunkt für die Polkschlachtereie geworden, was nicht ohne Weiteres gebilligt werden könne. Seiner Meinung nach dürfe hier nicht alles Fleisch, was anderwärts nicht los zu werden sei, einfach in der Freibank zum Verkaufe gelangen, weshalb er den Magistrat bitte, hierzu zunächst Stellung zu nehmen. Sollte die ertheilte Auskunft ihm dann nicht ausreichend erscheinen, so behalte er sich vor, zu beantragen, diesen Punkt für heute von der Tagesordnung abzusetzen, um zunächst die Frage zu erörtern, ob die Freibank unter solchen Verhältnissen überhaupt als dauernde Einrichtung beizubehalten sei oder nicht.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß bei den Erörterungen über die Einrichtung der Freibank die von Herrn Peplies erwähnte Bedingung, dort nur im Schlachthause geschlachtetes Fleisch zum Verkaufe zuzulassen, nicht gestellt, sondern nur allgemein gesagt sei, es müßte Gelegenheit geboten werden, solches Fleisch, das zwar nicht vollwerthig sei, aber dessen Consum vollständig unbedenklich erscheine, davor zu bewahren, daß es nach dem Abdecker wandere und vom Markte verschwinde, oder daß es als vollwerthiges Fleisch in den Handel komme. Wenn nun Herr Peplies anführe, die Freibank sei zu einer Einrichtung der Polkschlachtereie geworden, so lasse sich das in Abwesenheit des beurlaubten Magistratsdecernenten schlecht beurtheilen. Nach einer von Herrn Stadtrath Meyer verfaßten Notiz sollen im vorigen Jahre 88 198 kg Fleisch an der Freibank verkauft worden sein, wovon 28 469 kg auf solches Fleisch entfallen, das im Schlachthause untersucht sei, während das übrige Quantum, also rund 60 000 kg, von Thieren herrühre, die im Schlachthause geschlachtet seien. Schon hieraus ergebe sich, selbst wenn man die ganze Menge des von auswärts eingeführten Fleisches weglassen

wollte, daß ein Bedürfniß zur Beibehaltung der Freibank vorliege. Aber selbst wenn auch wirklich der eine oder andere Schlachter in der vom Vorredner angeführten Weise vorgegangen sein sollte, so lasse sich darin ein Vorwurf gegen die ganze Einrichtung wohl nicht finden, denn es sei zu berücksichtigen, daß der größte Theil des Fleisches auch ohne Freibank nach Braunschweig gekommen (Zustimmung) und in den Consum gelangt sein würde, nur daß die Leute es zum vollen Preise hätten kaufen müssen. Die von Herrn Beplies angeführten Gründe könnten die Versammlung deshalb wohl nicht bestimmen, eine radicale Umänderung der Einrichtung zu beantragen, zumal man gar nicht wisse, was denn mit dem eingeführten Fleische geschehen solle. Es könne dieses und auch das aus der Markthalle zur Freibank gesandte Fleisch doch unmöglich zum Abdecker geschickt werden.

Herr Blasius möchte bitten, die Vorlage nicht etwa aus den von Herrn Beplies angeführten Gründen abzulehnen, da sich im letzten Winter bei der Freibank erhebliche Mißstände gezeigt haben, die der Abhilfe bedürfen. Es werde auch Niemand gezwungen, bei der Freibank zu kaufen, und handle es sich hier doch um eine Einrichtung, welche ermöglichen solle, ein verhältnißmäßig billiges und gutes Nahrungsmittel zu kaufen. Wenn die Vorlage heute zurückverwiesen werden sollte, würde die Einrichtung in diesem Sommer nicht mehr getroffen werden können, was bedauert werden müsse. Deshalb solle man die Sache nach Möglichkeit zu beschleunigen suchen. Was die von Herrn Beplies angeführten Gegengründe anlangte, so würde sich damit wohl die Deputation beschäftigen, sofern ihr das Material genau specialisirt überwiesen werden könnte, denn man wolle doch Braunschweig auch möglichst davor behüten, daß es alles zweifelhafte Fleisch von außerhalb hierher kriege. Er sei überzeugt, daß der Magistrat alle Auswüchse abstellen werde, wenn ihm nur bestimmte Details angegeben werden könnten. Jedenfalls liege kein Grund vor, diese einmal getroffene Einrichtung wieder abzuschaffen, oder die Herstellung eines besonderen Gebäudes für die Freibank zu beanstanden.

Herr Wollenweber schließt sich dieser Ansicht voll und ganz an und ersucht, der Vorlage zuzustimmen, ohne sich den von Herrn Beplies vorgetragenen Beschwerden verschließen zu wollen. Es sei richtig, daß auf der hiesigen Freibank ein ganzer Posten Fleisch verkauft werde, welches aus der Gegend bei Hannover, Hildesheim, Magdeburg &c. stamme und hier verzehrt werde. Seinem Dafürhalten nach dürfte auf der Freibank nur dasjenige Fleisch verkauft werden, welches im Schlachthause und in der Markthalle als vollwerthiges Fleisch beanstandet sei, da man nicht nöthig habe, für andere Ortschaften minderwerthiges Fleisch mit zu verkaufen. Möge das Vieh dort verwerthet werden, wo es geschlachtet sei, da-

mit Braunschweig nicht ferner ein Herd für den Absatz minderwerthigen Fleisches bleibe.

Herr Kathe: Die Ursache, weswegen Braunschweig ein Herd für die Verwerthung minderwerthigen Fleisches geworden sei, liege auf einem anderen Gebiete, das er hier nicht näher erörtern möchte. Die Art und Weise, wie man den Verkauf jetzt handhabe, werde wohl von den meisten Interessenten verworfen werden, weshalb er die Vorlage mit Freuden begrüße, indem er daraus eine Besserung erhoffe. Bei den strengen Controlevorschriften im Schlachthause und in der Markthalle sollte es eigentlich doch unmöglich sein, daß gesundheitschädliches Fleisch zum Verkauf kommen könne, und wisse er nicht, welcher Schaden für die Stadt durch die Zufuhr nothgeschlachteten Viehes entstehen könne, da dasselbe doch zur Fabrication von Wurstwaaren keine Verwendung finde. Aus diesem Grunde ersuche er, die bisherige Praxis weiter zu handhaben, zumal sich der Zuzug von nothgeschlachtetem Vieh verringern werde, sobald man in anderen Städten erst eingesehen habe, welcher wirtschaftliche Nutzen in der privaten Verwerthung dieses Fleisches liege.

Herr Günther muß es für verwerflich halten, minderwerthiges Fleisch nach dem Schlachthause zu bringen, um es auf der Freibank zu verkaufen. Solche Manipulationen dürften nicht gestattet werden. Es sei auch nicht richtig, wenn Herr Bürgermeister Relemeyer sage, daß damals keine Bedingungen an die Einrichtung der Freibank geknüpft seien, denn von ihm befreundeter Seite sei zum Ausdruck gebracht worden, daß dort nur solches Fleisch verkauft werden dürfe, welches von im Schlachthause geschlachteten Thieren herstamme. Wenn man dem jetzt hervorgetretenen Uebelstande nicht abhelfen wolle, so wäre es besser, die Freibank überhaupt wieder aufzuheben. Ehe er daher die Mittel zum Bau des Freibankgebäudes bewillige, halte er es für nothwendig, erst eine Untersuchung der hier aufgeworfenen Frage abzuwarten.

Herr Nieß erinnert sich aus den früheren Verhandlungen über die Einrichtung der Freibank, daß damals dieselben Gründe für die Errichtung derselben geltend gemacht seien, welche man heute gegen deren weiteren Ausbau anführe. Damals sei gesagt worden, Braunschweig bilde einen Sammelplatz für alles Fleisch, was anderwärts nicht verkauft werden könne und für das im Schlachthause geschlachtete Vieh, dessen Fleisch als minderwerthig erkannt sei, gebe es nur einen Weg und zwar den zum Abdecker, aus welchem Grunde eine Freibank errichtet werden müsse. Jetzt sei die Freibank da und nun solle Braunschweig wieder der Sammelplatz für minderwerthiges Fleisch sein. Die hier gegen die Erweiterung der Freibank vorgebrachten Gründe könne er deshalb für zutreffend nicht anerkennen und bitte er den Bau zu genehmigen, da die Sache ihren Segen habe.

Herr Aßmann muß den Ausführungen des Vorredners, sofern sich dieselben gegen ihn und seine Freunde richten sollen, zurückweisen, da von dieser Seite niemals die Errichtung einer Freibank befürwortet worden sei. Herr Günther habe nur erklären wollen, daß das Publicum ein besseres Unterkommen finden müsse als jetzt, sofern die Freibank eine dauernde Einrichtung werden solle. Unter den vorliegenden, auch von Herrn Wollenweber bestätigten Verhältnissen sei man aber doch wohl anderer Ansicht geworden. Wenn Herr Blasius sage, es werde Niemand gezwungen, solches minderwerthige Fleisch zu kaufen, so habe er darauf zu erwidern, daß in allen socialpolitischen Einrichtungen darnach gestrebt werde, den Leuten die Gelegenheit zu nehmen, minderwerthige Sachen zu erwerben. Deshalb sei mit dem von Herrn Blasius aufgestellten Grundsatz der Sache nicht abgeholfen.

Herr Wollenweber will noch besonders erklären, daß er durchaus für die Freibank und auch für den Neubau sei und daß er den Ausführungen des Herrn Nieß zustimme. Früher sei das Volkasfleisch in die Stadt geschafft und theilweise zum Preise des guten Fleisches verkauft worden, während es jetzt wenigstens für einen billigen Preis feilgehalten werde. Wenn den Wünschen des Herrn Rathe entsprochen werden sollte, dürfe man die Freibank nicht zu klein machen, weil dann ungeheure Massen minderwerthigen Fleisches hierher geschafft werden würden. Darum solle man darnach streben, nur das im Schlachthause geschlachtete, und das in der Markthalle feilgehaltene, als minderwerthig erkannte Fleisch der Freibank zuzuführen.

Herr Beplies erklärt, einen Antrag auf Zurückweisung der Vorlage mit Rücksicht auf dessen Aussichtslosigkeit nicht stellen zu wollen, obwohl er und seine Freunde principielle Gegner solcher Einrichtungen seien. Wenn die Freibank aber bestehen bleibe, dann werde er auch für deren möglichste Verbesserung stimmen. Bei der Freibank scheine übrigens auch nicht die nöthige Vorsicht abzuwalten, denn kürzlich sei in der Redaction des Volksfreundes ein Stück Wurst vorgezeigt worden, welches total verdorben gewesen sei. Diese Wurst rührte von der Freibank her. Hoffentlich würden die heutigen Anregungen dazu beitragen, daß in Zukunft etwas vorsichtiger bei der Freibank vorgegangen werde.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage genehmigt.

VIII. Studienreise wegen der Einrichtungen der Gewerbeschule und des Museums.

Die Frage der Beleuchtungs- und Mobiliareinrichtung des neuen Gewerbeschulgebäudes hat dem Director Leitzen Veranlassung gegeben, anzuregen, ob es sich

nicht empfehle, ihn und den Stadtbaumeister Osterloh fortzuschicken, um die z. B. bestieingerichteten Gewerbeschulen in Basel und Barmen zu besichtigen. Von der städt. Bauverwaltung wird diese Reise dringend befürwortet und dabei der Vorschlag gemacht, dieselbe auszudehnen auf die Besichtigung der neuen Kunstgewerbmuseen in Köln a. Rh., Zürich, Stuttgart und München, da auch bezüglich der inneren Einrichtung des bevorstehenden Museumsbaues noch nähere Feststellungen erforderlich seien. Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Stadtbaumeister Osterloh, der Director Leizen und der Director Fuhse gemeinsam die auf etwa 10 Tage zu bemessende Studienreise ausführen, und die daraus entstehenden Kosten zu annähernd 700 M zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Lord empfiehlt die Finanzcommission, der Vorlage zuzustimmen, da eine solche Studienreise den beiden Gebäuden sehr zu Statten kommen könne.

Herr Rieke kann wohl verstehen, daß solche Studienreise großen Werth haben könne, doch hätte dieselbe unternommen werden müssen, ehe der Bauplan zu den beiden Gebäuden aufgestellt worden sei. Wenn man ein Haus bauen wolle, fange man doch nicht beim Dache an, sondern bei den Grundmauern, und wenn man sage, es handle sich hier nur um die innere Einrichtung der beiden Gebäude, so meine er, daß sich bei der Gewerbeschule an den Wänden auch nichts mehr ändern lasse.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß ein detaillirtes Project für den Museumsbau noch nicht vorliege, sondern dasselbe an der Hand der von der Versammlung genehmigten Skizzenform erst noch ausgearbeitet werden müsse. Bei der Gewerbeschule drehe es sich hier nur noch um die innere Einrichtung, also das Mobiliar zc.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

IX. Antrag der General-Hofintendantur auf Befreiung von der Zahlung einer Straßenbenutzungsgebühr.

Die Herzogliche General-Hofintendantur hat gebeten, während des bevorstehenden Umbaues des Hoftheaters die Ortsstraße an der Nordseite des Theatergebäudes mit Ausnahme des den Park begrenzenden Fußweges und den an der Südseite des Theaters gelegenen Fußweg sperren und zur Lagerung des Baumaterials, Aufstellung der Baugerüste zc. benutzen zu dürfen, ohne zur Zahlung der durch §. 75 der Straßenpolizeiordnung festgesetzten Gebühr von 20 M, pro qm und Woche verpflichtet zu werden. Im Laufe der Verhandlungen hat sich die genannte Behörde damit einverstanden erklärt, daß der an der Südseite des

Theaters befindliche Fußweg theilweise frei bleibe und das beanspruchte Terrain ordnungsmäßig eingefriedigt und demnächst wieder in Stand gesetzt werde. Zu letzteren Kosten soll stadtseitig ein Zuschuß von 700 M geleistet werden, weil diese Summe, wenn der Bau nicht bevorstände, jetzt stadtseitig zur Ausbesserung der Straßen aufzuwenden sein würde. Der Magistrat empfiehlt, die Straßensperrung unter den mitgetheilten Bedingungen zuzugestehen und auf die betr. Gebühr zu verzichten. Mit der Erhebung dieser Gebühr wird anerkanntermaßen im Wesentlichen bezweckt, die bei Bauten nicht zu umgehende Benutzung des Straßenterrains thunlichst abzukürzen, was im vorliegenden Falle ohnehin geschehen werde, da man an maßgebender Stelle ein Interesse an der Beschleunigung des Baues auch ohne diese Gebühr habe.

Herr Schöttler berichtet, daß die Statutencommission empfehle, der Vorlage zuzustimmen. Es handle sich bei dem Theater um eine öffentliche Einrichtung und müsse der Umbau als im Interesse der Stadt liegend angesehen werden, so daß ein Verzicht derselben auf die etwa 20 000 M betragende Gebühr wohl gerechtfertigt erscheine.

Zu dieser Vorlage ist von Herrn Wolff und 16 weiteren Stadtverordneten ein Antrag eingebracht worden folgenden Wortlauts:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Anträgen des Magistrates zwar zuzustimmen, gleichzeitig jedoch den Magistrat zu ersuchen, an den maßgebenden Stellen dahin zu wirken, daß unter Wegfall des projectirten Umbaues ein Neubau des Herzogl. Hoftheaters errichtet und städtischerseits ein Bauzuschuß zu den Unkosten geleistet werde, wegen dessen Höhe und Modalitäten die Zustimmung der Stadtverordneten vorzubehalten ist.“

Im Namen der Antragsteller begründet Herr Wolff den Antrag wie folgt: Es drängt sich wohl jedem Bürger Braunschweigs die Ueberzeugung auf, daß die Vortheile eines Neubaaes des Herzoglichen Hoftheaters an Stelle eines Umbaues ganz erhebliche sein würden. Es fragt sich nun, ob die Hoffnung begründet ist, daß ein solcher Neubau in dem gegenwärtigen Stadium der Vorarbeiten zu einem Umbau noch zu Stande kommen wird. Für jeden Betheiligten ist es offensichtlich, daß der Schwerpunkt bei dem Landtage liegt. Schon vor längerer Zeit war man aber darüber orientirt, daß zahlreiche Landtagsabgeordnete nicht abgeneigt sein sollten, dem Projecte eines Neubaaes näherzutreten und hat sich dieses Gerücht in letzterer Zeit zu einer Hoffnung verdichtet, indem jetzt mit einiger Bestimmtheit angenommen wird, daß der Landtag sich einem Neubau gegenüber geneigt finden lassen werde. Wir glauben deshalb, daß sich jetzt noch Gelegenheit bietet, dem

Wünsche eines großen Theiles der Bürgerschaft in der Richtung Ausdruck zu verleihen, daß durch Abstandnahme von dem Umbau und durch Errichtung eines Neubaus die Magistratsvorlage bei Punkt IX der heutigen Tagesordnung gegenstandslos werde. Dabei ist aber gleichzeitig die Ueberzeugung begründet, daß sich ohne einen städtischen Zuschuß der Gedanke nicht verwirklichen lassen werde, indem dabei städtische Interessen wesentlich in Frage kommen und der Landtag die Ansicht aussprechen wird, daß die Stadt einen Zuschuß leisten müsse. Dieser Zuschuß der Stadt ist auch im Principe nicht zu verneinen. Durch den Umbau wird die Zahl der verfügbaren Sitzplätze erheblich herabgemindert werden und außerdem werden bei einem Umbau die neuen Einrichtungen und Erfahrungen auf dem Gebiete des Theaterwesens nur in sehr geringem Maße zur Geltung kommen können, so daß nur ein Neubau den Anforderungen einer aufblühenden Stadt wie Braunschweig genügen wird. In der Stadt Braunschweig wird man nur mit Trauer die Thatsache vernommen haben, daß das Herzogl. Hoftheater durch den Umbau in seinen Sitzplätzen verkleinert werden soll (Zustimmung); denn wir müssen nicht ein kleineres, sondern ein größeres Theater haben, welches den Ansprüchen auf eine längere Zukunft zu genügen vermag. Ob ein stadtseitiger Zuschuß erforderlich ist, wie hoch derselbe sein muß und unter welchen Bedingungen er gewährt werden könnte, steht vollständig dahin, da sich der Antrag in ganz allgemeinen Grundzügen bewegt. Es wird für jetzt nur beabsichtigt, den Magistrat zu ersuchen, angesichts der Dringlichkeit der Sache mit den beteiligten Stellen in Verbindung zu treten, um die Frage in Fluß zu bringen, ob sich das Project wird verwirklichen lassen. Die Versammlung wird also heute nur gebeten, ihre Bereitwilligkeit zur Gewährung eines Zuschusses, dessen Höhe und nähere Modalitäten einem späteren Beschlusse vorbehalten bleiben, auszusprechen. Sache des Magistrates würde es dann sein, der Versammlung demnächst eine neue Vorlage zu unterbreiten.

Nachdem sich die Versammlung damit einverstanden erklärt hat, daß der Antrag mit der Magistratsvorlage gemeinsam berathen werde, wird in die Besprechung eingetreten.

Herr Stegmann: Ich sehe nicht ein, weshalb dem Hoftheater eine Vergünstigung zu Theil werden soll, welche ein Privatmann, der bauen will, zahlen muß und wenn er noch so arm ist. Die durch den Umbau eintretende Verkehrsstörung wird recht lange dauern und tritt dadurch eine erhebliche Beeinträchtigung des dort recht lebhaften Verkehrs ein. Wenn man ferner in Betracht zieht, daß es sich um eine ganz bedeutende Summe handelt — es werden 15 000 – 20 000 M. genannt — so halte ich es für ein unbilliges Verlangen der Intendantur, solche Forderung überhaupt zu stellen. Die Vorlage wird auch damit begründet, daß das Hoftheater ein gemeinnütziges Institut sei, meiner Meinung nach haben wir

aber gar keine Veranlassung, unserm Hoftheater gegenüber besondere Rücksicht zu üben, da dieses gegenüber der Presse und dem Publicum auch keine Rücksicht kennt. In der Presse ist so oft der Wunsch ausgesprochen worden, mehr neuere Stücke zu geben, aber die Theaterleitung geht darüber weg. Deshalb kann ich auch nicht dafür sein, dem Theater solches Geschenk zu machen. Es mag Leute geben, die befürchten, daß bei der Ablehnung des Gesuches an Hoher Stelle eine Verstimmung eintreten könnte, das darf uns indessen als Vertreter der Stadt nicht geniren, da wir hier die Interessen der Stadt zu vertreten und uns um nichts Anderes zu kümmern haben. Aus diesem Grunde bin ich auch gegen den Antrag Wolff und Genossen. So lange das Theater nicht auf eine andere Stufe gehoben wird, und daran ist unter dieser Verwaltung nicht zu denken, bin ich gegen eine Verwilligung für dasselbe.

Herr Bürgermeister Kietemeyer: Der Herr Vorredner verwechselt wohl die beiden in Frage kommenden Behörden: nicht mit der Hoftheater-Intendantur haben wir es hier zu thun, sondern mit der General-Hofintendantur, gegen welche derselbe die geäußerten Vorwürfe wohl nicht erheben wird. Die Sache verhält sich so, daß die für den Umbau aufzuwendenden Mittel äußerst knapp bemessen sind, besonders wenn auch noch Aufwendungen gemacht werden müssen, um den Theaterbetrieb aufrecht zu halten. Da aber die Stadt auch ein Interesse daran haben muß, ein feuerficheres Gebäude und zugleich eine wahre Kunststätte geschaffen zu sehen, so kann sie auch die Vergütung für die Straßenbenutzung erlassen und handeln, als wenn sie ein eigenes Gebäude errichtet. Sodann möchte ich noch einen praktischen Grund auführen. Wenn die Vorlage des Magistrates sollte abgelehnt werden, so befürchte ich, daß dann ein großer Theil des angrenzenden Theaterparkes eingezäunt und als Lager- bezw. Bauplatz benutzt werden wird. Dem Theatergebäude fehlt es eben an jedem Hofraume, auf den die Materialien gelagert werden können, weshalb bei Ablehnung der Vorlage der Park möglicherweise auf zwei Jahre für den Besuch gesperrt werden könnte. Ich glaube, man kann der Vorlage wohl zustimmen.

Herr Hauswaldt: Mich leitet bei meiner Stellungnahme zu dem Antrage Wolff nichts Anderes, als das Interesse unserer Stadt. Ein Moment hat Herr Wolff noch vergessen anzuführen: die Sache ist augenblicklich in eine riesige Sackgasse gerathen und wir können bei einem Umbau des Theaters möglicherweise 2—3 Jahre ohne jedes Theater sein, was eine große Schädigung unserer Stadt bedeuten würde. Deshalb befürworte ich den Antrag Wolff nicht etwa wegen der schönen Augen des General-Hofintendanten, sondern nur im Interesse unserer Stadt. Ich wünsche auch dringend, daß die Stadt einen Bauauschuß giebt. Wenn eine Sache derartig in eine Sackgasse gerathen ist, hält es gewöhnlich

schwer, wieder herauszukommen; kommt nun aber der Magistrat mit der Bitte, zu erwägen, ob nicht ein neues Theater zu errichten sei, so erhält die Sache einen neuen Antrieb und gedeiht vielleicht zu einem guten Ende. In Bezug auf die Höhe des Zuschusses denke ich nicht etwa an extraordinäre Summen, wenn wir auch eine anständige Summe für eine solche Sache geben müssen und können.

Herr Blasius: Ich habe den Antrag mit Jubel unterschrieben, weil es mir von Anfang an als ein unglücklicher Gedanke erschien, daß wir das alte Theater umbauen und uns dann sogar mit weniger Plätzen als vorher begnügen sollten. Statt daß man Einrichtungen für die kommenden Menschenalter schafft, würden wir hier in die Vergangenheit zurückgedrängt sein; ich hoffe deshalb, daß wir etwas erreichen, wenn wir einen Zuschuß leisten werden. Damit es nicht scheint, daß die von Herrn Stegmann gegen die Hoftheater-Intendantur gerichteten Vorwürfe in der Versammlung allgemeineren Boden gefunden haben, möchte ich erklären, daß ich diese Ansicht nicht theile; es wird in allen Sachen kritisiert und auch am Theater. Hören Sie sich einmal in Hannover, Magdeburg und anderen Städten nach den Theaterverhältnissen um, so werden Sie sich freuen, daß wir solches Theater haben. Hier werden große Opern und Schauspiele aufgeführt, die man anderwärts nicht zu hören bekommt, und dafür können wir der Theaterleitung nur dankbar sein. Daß noch in dieser und jener Beziehung ein Wandel möglich ist, glaube ich wohl, jedoch darf man die allgemein gehaltenen Vorwürfe nicht an der Leitung des Theaters sitzen lassen.

Herr Schöttler: Unser Hoftheater ist kaum 40 Jahre alt und soll nun mit einem Male in das alte Eisen geworfen werden. Wir sind aber doch wohl nicht reich genug, um so mit dem Gelde um uns werfen zu können, denn was würde wohl ein Neubau kosten? Wenn ich auch zugeben will, daß ein neues Theater noch schöner werden würde, als unser altes Theater, so muß ich andererseits aber auch darauf hinweisen, daß viele auswärtige Theater längst nicht so schön sind als unseres. Es ist allerdings zu bedauern, wenn durch die erforderlichen Sicherheitsmaßregeln die Plätze im Theater noch vermindert werden müssen, jedoch ist dabei auch zu berücksichtigen, daß die Plätze an recht vielen Abenden nicht besetzt sind. Es ergeben sich daher bedenkliche Zweifel, ob das Theater nicht doch noch für eine Reihe von Jahren groß genug sein würde. Wenn wir in der finanziell angenehmen Lage wären, einen Zuschuß bequem leisten zu können, so wäre ich trotzdem für einen Neubau, aber nach den bei der letzten Etatsberatung gepflogenen Auseinandersetzungen über den Neubau des Gewerbemuseums können wir uns meiner Ansicht nach nicht in derartige Ausgaben hineinbegeben. Wir müssen dabei auch berücksichtigen, daß unserer noch andere große Ausgaben warten und wir z. B. zu dem neuen Bahnhofe einen ganz bedeutenden Zuschuß werden

leisten müssen. Bei dem Zuschusse für den Neubau des Hoftheaters, der 3—4 Millionen Mark kosten wird, kann es sich auch nicht um eine Kleinigkeit handeln, sondern um eine Summe, die unsere Finanzen ganz gehörig belasten wird; ich habe deshalb die allergrößten Bedenken, den Bau eines neuen Hoftheaters zu befürworten und kann mich aus diesem Grunde dem Antrage Wolff nicht anschließen. Uebrigens scheint es mir, als ob der Antrag des Magistrates mit der Frage eines Neubaus nur in losem Zusammenhange stände und es deshalb nichts schaden könnte, die Magistratsvorlage zunächst anzunehmen. Würde der Antrag Wolff angenommen, so macht derselbe die Magistratsvorlage zwar überflüssig, jedoch wäre der Intendantur geholfen, wenn aus dem Neubau hinterher nichts werden sollte.

Herr Stegmann: Der Antrag Wolff hat allerdings etwas für sich, wenn auf der einen Seite vom jetzigen Theatergebäude ein neues Theater und auf der anderen Seite ein Ministerialgebäude errichtet werden sollte. Trotzdem bin ich aber der Meinung, daß, solange die Hoftheaterleitung den Wünschen des Publicums nicht Rechnung trägt, auch stadtseitig kein Opfer für das Theater gebracht werden kann; man müsse doch mindestens die Gewähr verlangen, daß eine andere Theaterleitung eingesetzt und der Stadt das Recht verliehen werde, in die Leitung etwas hineinreden zu dürfen. (Heiterkeit.)

Herr Meyerhoff: Die Frage des Theaterbaues hat den Landtag in einer Weise beschäftigt, daß sich viele Abgeordnete bedrückt fühlten. Ich habe damals erklärt, wenn alle für den Umbau vorgebrachten Gründe zuträfen, müßte das Theater sofort polizeilich geschlossen werden. Jedenfalls unterliegt es keinem Zweifel, daß bei Durchführung des hier schon erwähnten Planes, auf die eine Seite des Theaters ein Ministerialgebäude und auf die andere Seite ein Theatergebäude zu stellen, Braunschweig in architektonischer Beziehung einen Schmutz erhalten würde, wie ihn nicht viele Städte haben. Wenn dann der Platz des jetzigen Theaters der Stadt überwiesen würde, so könnte dieselbe dafür wohl einen Zuschuß leisten und wäre dieses der gegebene Platz für ein hervorragendes Denkmal. Ein schönerer Platz für ein solches Denkmal läßt sich kaum finden und wir können für die Stadt nicht besser wirken, als wenn wir dieselbe nach Möglichkeit zu verschönern helfen und für Fremde anziehender machen. Mit dem Monumentsplatz, unseren Promenaden und diesem Platze würde uns keine Stadt in Bezug auf Anlagen überbieten können, sodaß hier ein neuer Anziehungspunkt für Fremde geschaffen würde. Fremde bringen aber Geld und heben die Geschäfte. Ich habe im Landtage schon darauf hingewiesen, daß eine Verringerung der Sitzplätze um etwa 100 ein Fehler wäre. Bei dem Umbau würde übrigens von dem Theater recht wenig übrig bleiben, denn von dem Zuschauerraume bleiben nur die vier

Wände und hinten nach der Brücke zu soll auch noch ein Theil zugebaut werden, während die jetzige Auffahrtrampe der Zugangsweg für das Publicum werden soll und die Fahrtrampe davor zu liegen kommt. Hierdurch wird der Platz vor dem Theater häßlicher als er jetzt ist, weshalb es angezeigt erscheint, daß die städtischen Behörden für die Verschönerung der Stadt ein Opfer bringen.

Herr Nieß: Wenn Sie einen Engel vom Himmel herunterholen wollten als Baumeister, so werden Sie trotzdem nicht erreichen können, daß die für die Umänderung des Theaters ausgesetzte Summe von 1300 000 M das leistet, was für dieselbe eigentlich gemacht werden könnte, weil nämlich als Beginn der Arbeit ein Zerstörungswerk vorgenommen werden muß, das hinterher durch neue Arbeiten wieder zu ersetzen ist. Ein großer Theil des Geldes geht eben in Aufräums- und Abbrucharbeiten verloren. Dazu kommt bei dem Umbau noch der nicht wegzuleugnende Nachtheil der Verminderung der Sitzplätze. Wenn auch unter gewissen Umständen, z. B. nach einer Reihe von Festtagen, nicht alle Sitzplätze besetzt sein mögen, so ändert dieses doch nichts an der Thatsache, daß in den gewöhnlichen Spielzeiten und namentlich bei den billigeren Plätzen dem Zudrange gegenwärtig schon nicht mehr genügt werden kann, wie viel weniger wird das später der Fall sein. Dazu kommt die Enge der Gänge. In dieser Beziehung mögen Sie machen, was Sie wollen, es läßt sich daran nichts ändern, weil man die Mauern nicht niederlegen kann. Man hat wohl versucht, sich durch die Verlegung der Garderoben in angrenzende Räume zu helfen, aber an der Enge der Zugangswege wird dadurch nichts geändert und auch das Aussehen des Theaters wird nicht besser. Wenn Herr Schöttler meint, wir würden das Theater, welches erst 40 Jahre stehe, schon zum alten Eisen, so ist das richtig, aber nicht zu umgehen. Inzwischen sind eine ganze Anzahl neuer Theater gebaut worden und jedes neue Theater bedeutet einen weiteren Fortschritt in der Technik auf diesem Gebiete und in der Ausgestaltung bezüglich der Schönheit der Gebäude. Die Theater haben nicht zuletzt an der Umwandlung der Anforderungen in Bezug auf die äußere Schönheit der Bauwerke theilgenommen. Denken Sie sich z. B., welcher Unterschied in der Ausgestaltung einer großen Gastwirthschaft sich während der letzten 30—40 Jahre vollzogen hat. Alle Verhältnisse drängen dahin, zu versuchen, ob wir durch die Gewährung einer Zuluße ein neues Theater zu erlangen vermögen. Auch in den leitenden Kreisen war die Stimmung meiner Ueberzeugung nach für einen Neubau, jedoch fürchtete man wahrscheinlich, im Landtage keine Majorität dafür zu finden. Da diese Stimmung aber anscheinend umgeschlagen ist, so bitte ich, dem Antrage Wolff zuzustimmen.

Herr Günther: Es ist richtig, daß das Theater erst vor 40 Jahren erbaut ist und ein Neubau noch hinausgeschoben werden könnte, aber man muß auch

bedenken, daß die Stadt in dieser Zeit um das Doppelte gewachsen ist. Unter den heutigen Verhältnissen ist das Theater eben zu klein und wir könnten vielleicht sogar ein zweites Theater gebrauchen, wenn das jetzige nicht so wie so umfassender Aenderungen bedürfte. Wenn Herr Blasius meint, das Theater sei schon jetzt zu klein und dürfte nicht noch mehr Sitzplätze verlieren und Herr Schöttler dem gegenüber auf den häufig schwachen Besuch hinweist, so will ich dazu nur erwähnen, daß die hiesigen Kirchen auch fast immer leer sind und trotzdem zwei neue Kirchen erbaut werden. Bedenklich erscheint es mir indessen, dem Staate mit dem Antrage auf Gewährung eines Bauzuschusses zu kommen, weil bei der heutigen Zusammensetzung des Landtages zu befürchten steht, daß man den Löwenantheil der Baukosten der Stadt aufhalsen wird. (Widerspruch.) Uebrigens müssen die 20 000 M für die Straßenbenutzung, auf welche wir verzichten wollen, schon als Bauzuschuß angerechnet werden. Ein Interesse hat die Stadt allerdings an einem Theaterneubau, da derselbe zur Hebung des Fremdenverkehrs ganz wesentlich beitragen wird, aber wenn wir den Antrag stellen sollten, müßten auch bei etwaigem Perfectwerden des Vertrages gewisse Bedingungen daran geknüpft werden. Als vorhin Herr Stegmann meinte, wir müßten in die Handhabung des Theaterbetriebes hineinzureden haben, wurde darüber gelacht; lächerlich ist diese Sache indessen nicht, denn die Zustände an unserem Hoftheater sind geradezu traurig: die Oper ist gut, das Ballet noch besser (Widerspruch), aber die schauspielerischen Leistungen werden durchaus nicht gelobt. Den Ruf, welchen unser Theater vor 30—40 Jahren hatte, besitzt es nicht mehr, eher noch hat unser Sommertheater jetzt einen Ruf. Vielleicht läßt sich später in dieser Beziehung doch noch seitens der Stadt ein Druck auf die Theaterleitung ausüben, damit nicht die besten Schauspieler hier wegen schlechter Bezahlung fortlaufen, sobald sie sich emporgearbeitet haben. Ich erkläre mich für den Antrag unter der Voraussetzung, daß weitere Verhandlungen darüber vorbehalten bleiben. (Zustimmung.) Das Vorgehen der Hoftheater-Intendantur steht wirklich einzig da, indem z. B. die Presse nicht einmal Billets erhält, obwohl sie doch die Kritiken über Oper und Schauspiel bringen muß. Ein entsprechendes Gesuch der Zeitungsredactionen ist mehrfach abgelehnt worden. Außerdem hat die Hoftheaterleitung noch das Recht, einzelnen Personen den Zutritt zum Theater zu verwehren, was ebenfalls nicht zu billigen ist. Wenn wir also einen Zuschuß gewähren wollen, müssen wir uns auch gewisse Rechte an der Handhabung der Theaterleitung vorbehalten. Unter diesem Vorbehalt erkläre ich mich für den Antrag Wolff, da ich für Kunst und Wissenschaft gern Alles bewillige.

Herr Engelbrecht: Da die Aeußerungen des Herrn Blasius die Hoftheater-Intendantur veranlassen könnten, anzunehmen, daß ein großer Theil der hiesigen Einwohnerschaft mit der Leitung des Theaters zufrieden sei, so möchte ich erklären,

daß dieses durchaus nicht der Fall ist und daß sehr viele Klagen namentlich über das Schauspiel geführt worden sind.

Herr Rieke: Als man in den Zeitungen die verschiedenen Projecte über den Umbau des Hoftheaters las, mußte man sich über die Weisheit der leitenden Personen wundern, welche eine Besserung herbeiführen wollten und schließlich zu einer Verschlechterung kamen. Man kann doch nicht, wenn man etwas verbessern will, in ein Thorwärterhaus ein Schloß stellen wollen. Alle bis jetzt bekannt gewordenen Manipulationen sind durchaus zu verwerfen und lassen nur erkennen, daß man Oben nicht weiß, was man will. Ueber das vorliegende Project, dessen Ausführung zwei Jahre in Anspruch nehmen soll, kann man nur die Achseln zucken. Vielleicht kommen wir noch in die Lage, hier zwei Jahre ohne Hoftheater zubringen zu müssen, ein Zustand, über den man Braunschweig mit vollem Rechte auslachen würde. Wenn man den allgemeinen Standpunkt vertritt, daß das Theater ein Kunstinstitut für alle Classen der Bevölkerung sein und mindestens auf der Stufe einer höheren Lehranstalt stehen soll, so weiß man nicht, was man zu solchem Zustande, wie er uns eventuell bevorsteht, sagen soll. Man hätte radical sein und auf dem kl. Exercierplatze eine eiserne Baracke als provisorisches Theater aufschlagen sollen, dann hätte man wenigstens ausreichend Luft und Licht gehabt. Der Antrag Wolff hat allerdings viel für sich, es steht dabei nur zu befürchten, daß später, wenn dort ein neues Theater und auf der anderen Seite ein Ministerialgebäude oder dergleichen errichtet werden sollte, gesagt werden kann, der Verkehr habe sich in jener Gegend derartig gehoben, daß die Brücke zu schmal sei und verbreitert werden müsse, wodurch wieder neue Kosten entstehen würden. Es ist schwer, solche Sachen sofort in ihren Consequenzen zu übersehen und war es auch bisher nicht üblich, solche wichtigen Sachen ohne Vorberathung hier sofort zu erledigen

Vorsitzender: Es bleibt Ihnen unbenommen, einen Antrag auf Zurückstellung dieses Gegenstandes einzubringen.

Herr Rieke: Bei der augenblicklichen Sachlage habe ich gegen die Weiterberathung nichts einzuwenden. Die Eile, mit der hier vorgegangen wird, liegt wohl darin begründet, daß sich diejenigen Collegen, welche zugleich Landtagsabgeordnete sind, die Hoffnung machen, im Landtage einen Neubau durchzudrücken. Das mag ihre Sache sein. Ohne einen beträchtlichen Zuschuß wird das aber nicht abgehen, und will die Sache sehr reiflich überlegt sein. Erklären möchte ich aber ganz besonders, daß ich einem Erlasse der Gebühr für Benutzung von Straßenterrain nicht zustimmen kann. Da kein Hausbesitzer gefragt wird, ob er diese Gebühr bezahlen will, soll man auch hier nicht darnach fragen. Gegen die Schenkung der 20 000 M muß ich mich ganz entschieden erklären, während ich

gegen die Zahlung eines Zuschusses zu einem Neubau des Hoftheaters nichts einzuwenden habe. Mögen die Herren sich die Kosten des Umbaues berechnen und nicht auf Kosten der Stadt bauen wollen.

Herr Wolff: Ich möchte noch die bestimmte Erklärung abgeben, daß ich nicht dafür zu haben sein würde, dem Hoftheater eventuell einen stadtseitigen Zuschuß zu den Betriebskosten zu bewilligen. Wie sollten wir wohl auch dazu kommen, dem Hoftheater bei seiner bekannten Stellung einen städtischen Zuschuß zu leisten. Es ist an der Zeit, das offen auszusprechen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird sowohl die Magistratsvorlage, als auch der Antrag Wolff angenommen.

X. Erwerb von Flächen zur Gliesmaroderstraße zc.

Der Fabrikant Meyer und der Holzhändler Severin haben sich verpflichtet, von dem durch sie angekauften Theile des Martworth'schen Grundstücks an der Gliesmaroderstraße zwei Flächen im Gesamtumfange von 464 qm an die Stadt abzutreten. Der Kaufpreis soll demnächst von den städtischen Behörden nach pflichtmäßigem Ermessen festgestellt und mit den Kosten der dort projectirten Straße, zu welcher 463 qm dieser Flächen erforderlich sind, verrechnet werden. Dem Ersuchen des Magistrates, diesen Grunderwerb zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Ebeling berichtet, zu.

XI. Rückzahlung von Gasrohrkosten zc. an der Catharinenstraße.

Der Kaufmann Ernst Camehn hat gebeten, ihm diejenigen Kosten, welche er für Legung des Gashauptrohres und für Aufstellung von drei Laternen in der Catharinenstraße gezahlt hat, zurückzuerstatten. Wenn auch die Vorbedingungen für die Rückerstattung dieser Auslagen nicht im vollen Umfange erfüllt sind, so spricht doch nach der Ansicht des Magistrates für die Genehmigung des Gesuches der Umstand mit, daß die Kosten der Straßenbeleuchtung schon seit dem 1. April 1896 stadtseitig übernommen sind und außerdem der östliche Theil der Catharinenstraße jetzt auf Rechnung der Stadt ausgebaut wird. Vom Magistrate wird daher anheimgegeben, die von Herrn Camehn verauslagten Kosten im Betrage von 1101,23 M diesem zurückzuerstatten.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Südel berichtet, wird dem Antrage entsprochen.

XII. Antrag Rieke: Anordnung einer Wohnungs-enquete.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 35 des Berichts — berichtet namens der Statutencommission Herr Blasius: Im Jahre 1892 ist auf Veranlassung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege hier im beschränkten Maße eine Enquete vorgenommen worden, welche sich auf den Klint und die Ritterstraße erstreckte. Bei dieser Enquete, welcher ein bestimmtes Formular zu Grunde gelegt war, das ich hier auf dem Tische des Hauses niederlegen will, handelte es sich um die Art und den Standort der Gebäude, um die Anzahl der Wohnungen in den verschiedenen Geschossen, um die Größe des Hofraumes, die Abortverhältnisse, die Höhe der Wohnräume, den Luftraum der Wohn- und Schlafzimmer, die Ableitung des Küchenwassers und die Anzahl der die einzelnen Räume bewohnenden Personen. Damals hat sich in diesen beiden, verhältnißmäßig gesund gelegenen Straßen — der Klint ist eine der höchsten Partien der Stadt — ergeben, daß von 176 Wohnungen nur 41 den Anforderungen in Bezug auf den Luftraum — mindestens 20 cbm pro Kopf der Bewohner — entsprachen, während 135 Wohnungen unter dieser Ziffer blieben; in 36 Wohnungen kamen auf den Kopf noch nicht einmal 10 cbm. Bei 3 Wohnungen betrug die Höhe nur 1,7 m, bei 29 = 1,9 m, bei 49 = 2 m, bei 16 = 2,2 m, bei 43 = 2,5 m und nur bei dem Reste von 55 wurde eine Höhe von 3 m erreicht. Von 185 Wohnungen blieben also 97 unter der im Ortsbauktatute festgesetzten Höhe von 2,3 m. Was die Schlafräume anbetrifft, so hatten von 304 untersuchten Schlafräumen nur 32 mehr als 10 cbm Luft, so daß 75 % hinter den Mindestforderungen zurückblieben.

Mit einer solchen Enquete, welche übrigens keine sehr großen Schwierigkeiten verursacht, würden wir nur dem Beispiele anderer großen Städte folgen. Die Stadt Basel, welche etwa halb so groß sein mag wie Braunschweig, hat eine Enquete in drei Wochen erledigt. In der Statutencommission ist man der Ansicht, daß bei Genehmigung des Antrages binnen Kurzem ein genaues Actenmaterial für die ganze Stadt darüber vorhanden sein wird, wie die alten Wohnungen eingerichtet sind, und daß auf Grund dieses Materiales dann die weiter erforderlichen Schritte zur Abstellung der etwa vorhandenen Uebelstände eingeleitet werden können. Die Statutencommission empfiehlt daher den Antrag zur Annahme.

Herr Rieke: Schon bei den früheren Erhebungen ist festgestellt worden, wie künftig eine allgemeine Wohnungs-enquete ausgeführt werden muß. Es kommt auch noch wesentlich darauf mit an, daß die mit derselben betrauten Beamten sich dieser Arbeit ausschließlich widmen und jeden Abend die ausgefüllten Fragebogen einer Centralstelle überweisen. Die früher gewonnenen Erfahrungen lassen sich dabei bestens verwerten. Uebrigens wird es recht mühsam sein, ein brauchbares

Material zusammenzutragen, deshalb muß energisch an diese Arbeit gegangen werden. Es würde sich auch empfehlen, wenn nach Beendigung der Enquete eine Wohnungscommission als dauernde Einrichtung eingesetzt werden könnte und diese die jetzigen Functionen der Polizei auf diesem Gebiete übernehmen würde. Die augenblicklichen Verhältnisse, nach welchen das Stadtbauamt in der Regel erst eingreifen kann, wenn einmal ein mißgünstiger Nachbar den anderen denuncirt, sind unhaltbar und müssen beseitigt werden. Vielleicht empfiehlt sich auch die Anstellung von Wohnungsauffsehern, welche darauf zu achten haben, daß die Räume nur zu dem Zwecke benutzt werden, zu welchem die baupolizeiliche Erlaubniß erteilt worden ist. Die in der Commission zuerst gehegten Bedenken finanzieller Natur hat man fallen gelassen und meine ich auch, daß wir solche Erhebungen eben so gut anstellen können, wie andere Städte. Wenn seiner Zeit gesagt worden ist, daß der hiesige Gesundheitszustand durch die Canalisation der Okergräben ein besserer geworden sei, so bin ich der Ueberzeugung, daß nach guter Durchführung der Enquete der Gesundheitszustand sich noch weiter heben wird.

Der Antrag gelangt sodann zur Annahme.

XIII. Aenderung der Gebührensätze für die Anfertigung von Plänen.

In der von den städtischen Behörden genehmigten Gebührenordnung für die Anfertigung von Plänen seitens der Vermessungsabtheilung für Private sind, unter Aufrechnung einzelner Stunden auf einen halben Tag, als Mindestsatz für Feldarbeiten 9 M und für Bureauarbeiten 6 M festgestellt worden. Da indessen manche Aufträge nur ganz geringe Zeit in Anspruch nehmen und es auch im Interesse der Vervollständigung des städtischen Kartenmaterials liegt, thunlichst viele Aufträge dieser Art für die Plancammer zu erhalten, so empfiehlt die städtische Bauverwaltung eine Herabsetzung der Gebühren in solchen Fällen, wo nur 1—2 Feldstunden Arbeit in Gestalt von Ergänzungsmessungen erforderlich sind, bezw. der Ueberschuß über den halben oder ganzen Tag Bureauarbeit nur kurze Zeit beträgt, unter Anrechnung von Vierteltagen und zwar für Feldarbeit auf 5 M und für Bureauarbeit auf 3 M vorzunehmen. Dem Antrage des Magistrates, dieser Aenderung zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Lord berichtet.

XIV. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Auf entsprechenden Antrag wird die Steuer für einen Zieh hund dem Arbeiter Bahntje, der Wittwe Dörre, der Frau Hänig, dem Tischler Hesse, der Frau

Höppner und dem Milchhändler Kasten wie in früheren Jahren erlassen, sowie dem Arbeiter Bohnsack und dem Milchhändler Milz auf 3 M. ermäßigt. Dagegen werden die Gesuche von Kruse und Ristig um Erlaß der Steuer für einen Wachhund verworfen.

XV. Ergänzung der Vorschriften für das städtische Arbeitsamt.

Bei Erlaß der Vorschriften, betreffend das hiesige städtische Arbeitsamt, ist im §. 1, Absatz 1 als Aufgabe des Amtes bezeichnet worden, zwischen Arbeitgebern einerseits und Arbeitern sowie Arbeiterinnen andererseits einschließlich der Lehrlinge, jedoch mit Ausnahme der Diensthoten, Arbeit zu vermitteln. Die Erfahrungen des Arbeitsamtes haben nun gezeigt, daß die Angliederung der Diensthotenvermittlung sich jetzt ohne wesentliche Schwierigkeiten ausführen lassen wird. Die Nachfrage nach Diensthoten hat auf dem Amte mehr und mehr zugenommen und der Magistrat ist der Meinung, daß auch das Angebot solcher Arbeitskräfte alsbald ein erhebliches werden wird, wenn es erst in weiteren Kreisen bekannt ist, daß das Arbeitsamt derartige Stellen unentgeltlich vermittelt. Zur Vertheilung des Andranges wird es für zweckmäßig gehalten, die Diensthotenvermittlung auf die Nachmittagsstunden von 4—6 Uhr zu beschränken, während an den Vormittagsstunden von 9—1 Uhr die sonstige Vermittelung erfolgt. Der Ausschuß des Arbeitsamtes und die Mitglieder des Gewerbegerichtes haben sich mit der Einrichtung einverstanden erklärt. Die Versammlung wird nun um ihr Einverständnis dazu ersucht, daß im §. 1, Absatz 1 der Vorschriften betr. das städtische Arbeitsamt die Worte „jedoch mit Ausnahme der Diensthoten“ gestrichen werden und daß in der Geschäftsordnung des Arbeitsamtes zwischen Absatz 1 und 2 des §. 1 ein neuer Absatz eingeschaltet werde des Inhalts: „In den genannten Nachmittagsstunden findet die Stellenvermittlung ausschließlich für Diensthoten, in den Morgenstunden ausschließlich für sonstige Arbeitskräfte statt.“

Die Statutencommission begrüßt diesen Antrag nach dem Berichte des Herrn Wolff mit Freuden und empfiehlt denselben zur Annahme, welche darauf von der Versammlung beschlossen wird.

XVI. Befestigung des östlichen Fußweges an der Hamburgerstraße.

Der Versammlung wird ein Project betreffend die ordnungsmäßige Befestigung des östlichen Fußweges der Hamburgerstraße zwischen Wendenring und Ludwigstraße nebst Kosten- und Vertheilungsberechnung vorgelegt. Der bislang nicht befestigte Fußweg, dessen Breite 7,25 m bzw. 8,40 m beträgt, soll in üblicher Weise chaussirt und mit einem 2,10 m breiten Plattenbelage versehen werden, dessen

Sage so angeordnet ist, daß später eventuell eine Verbreiterung der Fahrbahn ausgeführt werden kann. Die Kosten der letzteren Maßregel sind zu 52500 M veranschlagt worden. Wenngleich der Fahrverkehr auf der fraglichen Strecke schon jetzt ein sehr lebhafter ist, so wird doch voraussichtlich die Aenderung der Fahrbahn bis dahin verschoben werden können, daß entweder eine Erneuerung oder völlige Umlegung des Fahrbahnpflasters nöthig wird, oder aber der Fahrverkehr so zunehmen sollte, daß die Verbreiterung der Fahrbahn geboten erscheint. Die Fußwegbefestigung wird anschlagsmäßig 9800 M kosten, und sollen den Anliegern der früher ausgebauten Straße hiervon nur die Kosten für Herrichtung eines 2 m breiten Plattenbelages mit insgesammt 3956,³¹ M zur Last gelegt werden. Hiernach beträgt der Anliegerbeitrag 11,¹⁴ M für 1 m Frontlänge. Vom Magistrate wird anheimgegeben, das Project, sowie die Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Kieke berichtet, geschieht.

XVII. Zulassung eines Vorbaues vor dem Hause Damm N. 9.

Der Kaufmann Pieper beabsichtigt, vor seinem Damm N. 9 gelegenen Wohn- und Geschäftshause, also auf dem Straßenterrain, einen in Eisen und Glas zu construierenden einstöckigen Ladenvorbau zu errichten und findet das Stadtbauamt gegen die widerrufliche Zulassung dieses Bauwerkes nichts zu erinnern. Dabei ist indessen zu bemerken, daß dem Viehhändler Giese die Genehmigung zur Anlage einer Schaufensteröffnung in dem an die Straße grenzenden Theile des östlichen Giebels seines Hauses N. 8 ertheilt ist, deren Werth für den Ladeninhaber durch den projectirten Pieper'schen Vorbau allerdings nicht unwesentlich beeinträchtigt werden würde. Herr Pieper hat sich auch bereit erklärt, auf die stadtseitig zu zahlende laufende Vergütung von 150 M jährlich bei Genehmigung seines Antrages zu verzichten. Sollte der Vorbau später entfernt werden, so würde wegen Zahlung der Vergütung das frühere Abkommen wieder in Kraft treten. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, der Zulassung des Vorbaues zuzustimmen,

welchen Antrag die Baucommission, für die Herr Kieß berichtet, unterfügt.

Herr Aßmann kann dem Antrage keine Sympathie abgewinnen. Wenn auch nicht zu verkennen sei, daß das Pieper'sche Haus sehr weit zurückliege, so sei doch die stark frequentirte Straße dort im Uebrigen so schmal, daß der Vorbau unmöglich gestattet werden könne. Dazu trete noch der Umstand, daß man dem Eigenthümer des alten Nachbarhauses gestattet habe, an der vorspringenden Giebelseite seiner alten Barade noch ein Schaufenster anzubringen. Dieses Fenster würde

aber entschieden leiden, wenn vor demselben eine eiserne Säule angebracht würde. Man hätte auf den Eigenthümer des alten Hauses einen moralischen Druck ausüben sollen, dasselbe nicht weiter auszubauen, denn wenn die Anlegung des Schaufensters nicht genehmigt wäre, würde derselbe eher zu einem Neubau veranlaßt sein. Unter den jetzigen Verhältnissen könne die Straße noch 50 Jahre in ihrem heutigen Zustande bleiben, obwohl dort eine Verbreiterung außerordentlich wünschenswerth sein würde. Wenn man den Besitzer des Nachbarhauses ein wenig gedrückt hätte, würde er sich zu einem Neubau wohl verstanden haben. Aus diesen Gründen könne er dem Antrage nicht zustimmen.

Herr Nieß will hierzu berichtend bemerken, daß kein Pfeiler vor dem benachbarten Schaufenster geplant sei, sondern dieses schon deshalb frei bleiben müsse, weil an der Seite sich der Eingang zu der im Hinterhause liegenden Restauration befinde.

Herr Bürgermeister Metemeyer möchte zu den Ausführungen des Herrn Ahmann erklären, daß es ihm interessant gewesen sei, zu erfahren, wie sich derselbe das Verfahren im Stadtbauamte denke. Hiernach habe das Stadtbauamt das Recht, sobald es die Beseitigung eines alten Gebäudes wünche, dessen Ausbau einfach abzulehnen. Das gebe es aber nicht, sondern es werde nur nach Recht verfahren, zumal gegen die Entscheidung des Stadtbauamtes schließlich auch Klage beim Verwaltungsgerichtshofe geführt werden könne. Gegen die Zulassung des Fensters sei nichts zu machen gewesen, doch habe der Magistrat mit Herrn Giese ein Abkommen getroffen dahingehend, daß bei Beseitigung des Hauses aus dem Vorhandensein dieses Fensters eine Entschädigung gegen die Stadt nicht hergeleitet werden könne. Im Uebrigen sei die Stadt verhältnißmäßig billig in den Besitz des vor dem Pieper'schen Hause liegenden Terrains gekommen, denn 230 M pro qm sei bei der Lage ein billiger Preis. Allerdings habe sich die Stadt verpflichtet, jährlich 150 M Rente zu zahlen, so lange das Haus dort allein zurückbleibe. Nun komme der Eigenthümer zu der Ueberzeugung, daß ihm die Rente wenig nütze und er bitte, ihm die Errichtung eines Vorbaues zu gestatten, soweit dieses der Verkehr nach der Ansicht des Stadtbauamtes zulasse. Bei der Stellungnahme zu dem Antrage brauche man nicht zu berücksichtigen, daß möglicherweise der Nachbar darunter leide, da dieser seinen Vortheil gefunden und kein Recht habe, der Stadt die anderweite Benutzung des Terrains zu untersagen.

Herr Bues möchte sich gegen den Antrag erklären, weil er bedauern würde, wenn der auf dem Damme herrschende lebhafteste Fußgängerverkehr durch einen derartigen Vorbau eingezwängt werden sollte. Dabei sei es gleichgültig, ob das Terrain dem damaligen Besitzer des Grundstückes theuer oder billig abgekauft worden sei. Ein Vorbau mit Schaufenstern würde gerade an jener lebhaftesten Straße Stauung verursachen.

Herr Rieke kann sich ebenfalls nicht für die Sache aussprechen. Gerade dort befinde sich die engste Stelle des Dammes und Jeder, der durch das Gedränge vom Hutfiltern her komme, freue sich, hier gewissermaßen einen schützenden Hafen zu finden. Außerdem liege der Pieper'sche Laden so tief und so dunkel, daß derselbe durch den Vorbau nicht noch dunkler gemacht zu werden brauche. Auf dem Bohlwege liege die Sache insofern anders, als die Straße erheblich breiter sei und es sogar unangenehm berühren würde, wenn der Siebrecht'sche Vorbau dort fehlte. Um die 150 M würde die Stadt wahrscheinlich leicht herkommen können, indem der Nachbar zu deren Uebernahme wohl bereit sein würde.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

Herr Rathe hat s. B. mit Freuden begrüßt, daß sich an der engen Stelle eine Ausweichung habe schaffen lassen. Die Straßenbahn liege dort so nahe am Trottoir, daß man oft nur mit Gefahr durchkomme. Setze nun Herr Pieper in dem Vorbau ein Schaufenster an, welches von dem Publicum umstanden werde, so sei an dem früheren Zustande nichts gebessert. Deshalb bitte er, den Antrag nicht zu berücksichtigen. Herr Pieper habe das Grundstück in dem jetzigen Zustande gekauft und müsse mit den vorliegenden Verhältnissen rechnen. Im Interesse des öffentlichen Verkehrs liege es, dort keine Einengung vorzunehmen, zumal auch die Besitzer der beiden Nachbargrundstücke sich vielleicht bald entschließen neu zu bauen und dann der Vorbau wieder beseitigt werden müßte. Bedauern müsse er, daß die Baucommission dem Antrage zugestimmt habe. Im Uebrigen liege der verhältnißmäßig billige Preis des Vorterrains an der großen Tiefe dieses ehemals Röper'schen Grundstückes.

Herr Asmann will zu der Aeußerung des Herrn Bürgermeisters Metemeyer bemerken, daß er nicht gemeint habe, das Stadtbauamt hätte die Anlegung des Giese'schen Schaufensters verbieten können, sondern daß es seiner Ansicht nach einen sanften Druck auf Herrn Giese hätte ausüben und demselben keine weiteren Rechte hätte einräumen sollen. Da die Ausbiegung vor dem Pieper'schen Grundstück geradezu eine Nothwendigkeit sei, so bitte er wiederholt um Ablehnung des Antrages, zumal auch die 150 M die Stadt weder reich noch arm machen könnten.

Nachdem Herr Rieß noch erklärt hatte, daß der Vorbau nur ein Provisorium darstelle, welches bei der Neubebauung der Nachbargrundstücke wieder wegfalle,

wird die Magistratsvorlage abgelehnt.

XVIII. Ausbau eines Theiles der Heinrichstraße.

Der Ausbau der Heinrichstraße auf der Strecke zwischen dem Schulgrundstücke und der Bodestraße wird vom Magistrate mit Rücksicht auf den dort herr-

schenden Verkehr für geboten erachtet. Nach der vorgelegten Kosten- und Vertheilungsberechnung sind veranschlagt worden: die Grunderwerbskosten zu 9000 M, die Baukosten zu 14000 M und der Anliegerbeitrag zu 121,05 M für 1 m Frontlänge. Das erforderliche Terrain ist bis auf zwei zusammen 1,90 a große Flächen schon früher stadtseitig erworben. Von diesen beiden Flächen hat der Fabrikant Meyer eine 96 qm große Fläche zum Einheitspreise von 8 M an die Stadt verkauft, während der Maurer Heinrich Wille als Eigenthümer der zweiten, 94 qm großen Fläche sich zu deren freiwilliger Abtretung nicht bereit finden lassen will, so daß diese Fläche wird enteignet werden müssen. Die Kosten des zu verlegenden Wasserrohres sind zu 264 M, diejenigen des Gasrohres zu 749 M und die Kosten für drei Candelaber zu 408 M veranschlagt worden. Es wird magistratsseitig anheimgegeben, diese Kosten zu bewilligen, das Project, die Kosten- und Vertheilungsberechnung, sowie den mit dem Fabrikanten Meyer abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen und der Enteignung der vom Maurer Wille abzutretenden Fläche zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Rieke berichtet, geschieht.

XIX. Antrag Rathc und Genossen: Aenderweite Unterbringung der Räume zc. des Arbeitsamtes.

Der Antrag lautet:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, wenn anständig, die Geschäftsräume und die Ankündigungstafel des städtischen Arbeitsamtes an anderer Stelle unterzubringen, um den Verkehr im Rathhause zum Magistrate, zu der städtischen Bauverwaltung und zu den Steuerabfertigungsstellen freier zu halten“.

Zur Begründung will Herr Rathc nur anführen, daß durch die starke Inanspruchnahme des Arbeitsamtes der übrige lebhafte Verkehr im Rathhause schon jetzt erheblich erschwert werde und dieses sich bei Einführung der Dienstbotenvermittlung noch mehr fühlbar machen müsse. Ohne auf specielle Abänderungsvorschläge eingehen zu wollen, ersuche er nur, hier eine Besserung in die Wege zu leiten.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XX. Antrag Rathc u. Gen.: Gestattung der Besichtigung städtischer Gebäude.

Der Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung richtet an den Magistrat das Ersuchen, die hervorragenden städtischen Gebäude, wie Rathhaus, Kirchen zc.

zu bestimmten Tageszeiten für Einheimische und Fremde zur Besichtigung zugänglich zu halten und durch Aufschlag an den betr. Gebäuden die Besuchszeiten, eine eventuell zu zahlende Gebühr und den Ort der Anmeldung zur Kenntniß zu bringen“,

wird von Herrn Rathe damit begründet, daß es im Interesse der Bürgerschaft und des Fremdenverkehrs liege, die hervorragenden städtischen Gebäude zu bestimmten Zeiten besichtigen zu können, weshalb er um Unterstützung des Antrages, zugleich aber auch um sofortige Berathung desselben bitte.

Nachdem die Dringlichkeit des Antrages von der Versammlung verneint war, wird derselbe der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XXI. Antrag Brückmann u. Gen.: Nichtverwendung von Seminaristen im Lehramte.

Der genügend unterstützte Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglichem Staatsministerium vorstellig zu werden, daß schleunigst durchgreifende Einrichtungen getroffen werden, durch die eine Verwendung von Seminaristen im Lehramte vor deren vollendeter seminaristischer Ausbildung in Zukunft vermieden werde.“

Zur Begründung führt Herr Brückmann etwa Folgendes aus: Wir als Vertreter der Bürgerschaft haben zu der staatlichen Einrichtung des Seminars allerdings nicht viel zu sagen, da indessen das hiesige Seminar zum größten Theile von Söhnen städtischer Einwohner besucht wird, so dürften wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, wenn diese Anstalt nicht so handelt und disponirt, wie wir es für richtig halten, entsprechend einzugreifen. Jedes der beiden braunschweigischen Seminare hat sechs Classen, von denen drei als Vorbereitungsklassen dienen und die drei oberen als Seminarclassen gelten. Seit zehn Jahren schon besteht Lehrermangel und ist derselbe noch besonders durch den Umstand stärker geworden, daß die Militärpflicht von 8 Wochen auf ein Jahr erhöht worden ist. Wenn das Herzogl. Consistorium diese Sache frühzeitig genug in Erwägung gezogen hätte, würde ein solcher Lehrermangel nicht haben eintreten können. Man sucht sich nun in der Weise zu behelfen, daß die Seminaristen der zweiten Classe als vollausgebildete Lehrer beschäftigt werden. Wenn aber solche jungen Leute schon mit 18 Jahren, wo sie noch nicht genügenden sittlichen Halt haben können, Kinder unterrichten sollen und namentlich auf dem Lande dabei der Gefahr ausgesetzt sind, in gewisser Weise verhätschelt zu werden, so kann dieses zur Festigung des Charakters sicher nicht beitragen. Aber auch für die Jugend, deren Charakter

durch den Lehrer gebildet werden soll, liegt hierin eine Gefahr. Ferner kommt dabei in Betracht, daß dem jungen Manne durch solche Beschäftigung ein Jahr der Ausbildung genommen wird und ihm sonach der systematische Fortgang in seiner Ausbildung fehlt, er auch schon viel an Kenntnissen und an Charakterfestigkeit verloren haben wird, wenn er in die Lehranstalt zurückkommt. In der Verwendung solcher jungen Leute als selbstständige Lehrer kann man auch geradezu eine Herabsetzung des ganzen Lehrerstandes erblicken. Hiermit möchte ich Ihnen bewiesen haben, daß diese seit 10 Jahren im Wolfenbüttler und seit 2 Jahren im hiesigen Seminar eingeführte Methode außerordentlich bedenklich erscheint. Forscht man den Gründen der Maßnahme nach, so kann es sich seitens des Herzogl. Consistoriums dabei nur um eine Finanzfrage handeln, da die Seminaristen für die Verwaltung einer Schulstelle natürlich weniger erhalten, als die ausgebildeten Lehrer. Bei der ganzen Sache scheint es sich um ein Verwaltungssystem des Consistoriums zu handeln, das der Abänderung dringend bedarf. In anderen Staaten werden die Seminare nicht von Geistlichen, sondern von Pädagogen geleitet, was vorzuziehen sein dürfte, denn wenn die Geistlichen hier auch pädagogisch ausgebildet werden, so besitzen sie doch nicht solches Talent zur Ausbildung von Seminaristen, wie rein pädagogisch ausgebildete Herren. Deshalb möchte ich durch meinen Antrag auch gleichzeitig das hier zur Ausbildung der Seminaristen eingeführte System bekämpfen. Schließlich bitte ich noch, dem Antrage möglichst einstimmig beizutreten, damit wir zum Ausdruck bringen, daß wir das Hinaussenden so junger Leute nicht billigen.

Der Herr Vorsitzende möchte wissen, in welche Verbindung der Antrag mit den städtischen Interessen gebracht werden kann, da hier die Verwendung von Seminaristen im Lehramte nicht erfolgt.

Herr Brückmann erwidert, daß die Stadt insofern wenigstens ein indirectes Interesse an der Sache habe, als viele Söhne hiesiger Bürger das Seminar besuchen und man solche Verwendung derselben nicht leiden dürfe.

Nachdem der Herr Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, daß er bei dem Antrage für die städtischen Behörden die Möglichkeit vermisste, näher auf die Sache einzugehen, indem ihm die Competenz der Stadt hierbei eine bedenkliche zu sein scheine,

überweist er den Antrag der Schulcommission zur Vorberathung.

XXII. Antrag Stegmann und Gen.: Aenderung des Verwaltungsstatuts.

Von Herrn Stegmann ist mit Unterstützung der Herren Asmann, Günther, Ohlendorf, Replies und Kiele folgender Antrag eingebracht worden:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dem §. 2 des Statuts vom 24. März 1893, die Ordnung und

Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, in Betreff der Erhebung von Bürgergeld folgende Fassung zu geben: Die Ertheilung des Bürgerrechtes erfolgt bei Eintragung in die Bürgerrolle kostenlos."

Zur Begründung führt Herr Stegmann etwa Folgendes aus: Der wieder zurückgezogene Antrag des Herrn Koch — Seite 252 des Berichtes von 1900/01 — bezweckte, durch Bestrafung der säumigen Wähler eine regere Betheiligung an den Stadtverordnetenwahlen herbeizuführen. Dasselbe soll auch mein Antrag bezwecken und würde dieses durch denselben in noch höherem Maße erreicht werden, ohne daß dazu eine gesetzliche Regelung erforderlich wäre. Wir sehen, daß unter den jetzigen Bestimmungen die Zahl der Bürger nicht im Verhältniß zu dem Wachsthum der Stadt zunimmt, obgleich der Magistrat das Recht hat, die die braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzenden Einwohner zum Bürgerwerden aufzufordern. Das liegt daran, daß Viele die zu zahlende Gebühr nicht aufbringen können, während Andere nicht das nöthige Interesse besitzen. Die meisten Einwohner empfinden die Abgabe als eine ungerechte und ich muß sagen, sie ist nicht nur ungerecht, sondern auch veraltet und paßt in die heutige Zeit nicht mehr hinein. Im Mittelalter, als noch Ringe und Wälle die Städte umgaben und abschlossen, als die Städte jede Concurrenz von sich fern zu halten suchten und sich nicht nur gegen äußere Feinde, sondern auch vor den Abgaben an den Staat zu schützen suchten, zu jener Zeit hatte die Abgabe noch einen Sinn und eine Berechtigung, jetzt aber nicht mehr, denn sie steht mit der Entwicklung von Handel und Verkehr im vollständigen Widerspruche. Heut zu Tage muß jeder zu den städtischen Lasten beitragen, weshalb nicht zu verstehen ist, wie man auch unter solchen Verhältnissen die Erwerbung des Bürgerrechtes noch von einer Geldzahlung abhängig machen kann. Derartige Einrichtungen gehören in die mittelalterliche Kumpelkammer. Das jetzige communale Wahlrecht beschränkt die minder bemittelten Classen schon in erheblichem Maße, so daß es nicht angebracht erscheint, ihnen auch noch die Erlangung des Bürgerrechtes durch Auferlegung einer Abgabe zu erschweren. Als Finanzmaßnahme kann diese Einrichtung auch nicht gelten, weil dazu die Einnahme doch zu gering ist. Es kann auch keine Gefahr vorliegen, daß bei Wegfall der Gebühr eine Stadt zu Grunde ginge, da selbst die braunschweigische Städteordnung den Städten es überläßt, solche Gebühr zu erheben oder nicht. Deshalb sollte man von diesem Rechte Gebrauch machen und damit auch nicht so lange warten, bis andere Städte in gleicher Weise vorgegangen sind. Jedenfalls würden sich die städtischen Behörden durch die Abschaffung der Gebühr die Sympathie der weitesten Kreise erwerben.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberatung überwiesen.

XXIII. Antrag Wollenweber: Aenderung der Straßenpolizeiordnung.

Zur Begründung des Antrages:

Den §. 56 der Straßenpolizeiordnung dahin zu ändern, daß der Anfang des zweiten Satzes lautet: „Der Boden und die Seiten-Einfriedigung der Fuhrwerke bis zur Höhe von 30 cm muß geschlossen sein, . . .“

führt Herr Wollenweber aus, daß die jetzt bei den Viehtransportwagen vorgeschriebene Höhe der Seiten-Einfriedigungen vom 75 cm im Sommer geradezu gefährlich für den Viehtransport sei, da namentlich Schweine bei dem durch die hohe Einfriedigung leicht eintretenden Mangel an Luft leicht sticken können. Wenn auf einen mit Schweinen beladenen Wagen die Sonne scheine und es werde den Thieren von der Seite keine Luft zugeführt, so liege für sie die Gefahr des Erstickens in hohem Maße vor. Er bitte deshalb um Genehmigung seines Antrages.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Statutencommission zur Vorberathung.

XXIV. Antrag Koch: Verbreiterung der Straße am Magnithore.

Den Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die projectirte Verbreiterung der Straße am Magnithore wenn irgend angängig sofort in Angriff zu nehmen“,

begründet Herr Koch damit, daß die Straße so stark belastet sei, um deren Verbreiterung möglichst schnell durchgeführt zu sehen. Durch die Zufuhr der Baumaterialien zur Gewerbeschule und demnächst zum Museum werde die Straße weiter belastet und erscheine es zur Erleichterung des Verkehrs und zur Vermeidung von Unglücksfällen dringend erforderlich, der geplanten Verbreiterung schleunigst näherzutreten.

Herr Bürgermeister Metemeyer giebt hierzu die Erklärung ab, daß der Verbreiterung nähergetreten würde, sobald die Verhandlungen mit der Herzoglichen Baudirection abgeschlossen seien.

Damit wird der Antrag als erledigt betrachtet.

XXV. Anfrage Sander: Nachwachswesen in der Außenstadt.

Wie Herr Sander, die Anfrage begründend, ausführt, hat sich das Rombidium speciell hinter der Masch und deren Umgebung in letzter Zeit wieder recht

breit gemacht, so daß die Anwohner gebeten hätten, die Straßen von Nachtwächtern begehen zu lassen. Keine Gegend der Stadt habe wohl den polizeilichen Schutz so nöthig wie diese, da gerade hier sehr häufig halbwüchsige Bengel Abends ihr Unwesen trieben. Kürzlich seien zwei solcher Burschen dort in eine Wirthschaft gekommen, haben sich Bier eingezapft und die allein im Hause befindliche Wirthsfrau noch ausgelacht, als sie Bezahlung verlangt habe. Von den im Etat vorgesehenen sechs neuen Stellen für Nachtwächter bitte er, einen Nachtwächter nach dem bezeichneten Stadttheile dirigiren zu wollen.

Da Herr Bürgermeister Ketemeyer erklärt, nicht in der Lage zu sein, die Frage heute zu beantworten, so wird dem Fragesteller anheimgegeben, seine Anfrage später zu wiederholen.

XXVI. Anfrage Günther: Auslegung der Geschäftsordnung.

Wie Herr Günther bemerkt, scheint der Herr Vorsitzende den §. 58 der Städteordnung bei Aufstellung der Tagesordnung für die heutige Sitzung nicht richtig ausgelegt zu haben. Der §. 58 laute:

„Die Versammlungen der Stadtverordneten sind in der Regel öffentlich. Auf den Antrag des Stadtmagistrates oder dreier Stadtverordneten kann jedoch, nach vorgängiger geheimer Verathung, für einen einzelnen Fall die Oeffentlichkeit der Verhandlung ausgeschlossen werden.“

Trotz dieser Bestimmung fänden sich ohne besondere Beschlußfassung auf der Tagesordnung sechs Punkte als zur vertraulichen Sitzung bestimmt verzeichnet, von denen auch kein einziger Punkt die mindeste Veranlassung bieten könnte, die Oeffentlichkeit auszuschließen. Er sehe nicht ein, weshalb die Bürgerschaft die hier als vertraulich bezeichneten Sachen nicht erfahren solle. Wenn sich einmal herausstelle, daß Gegenstände verhandelt werden müßten, die sich für die öffentliche Behandlung nicht eignen, so könne in solchem besonderen Falle die Oeffentlichkeit immer noch ausgeschlossen werden, aber dieses systematisch ohne vorherige Beschlußfassung zu thun, halte er nicht für in der Ordnung und verstoße das auch gegen die Städteordnung.

Der stellvertretende Herr Vorsitzende erwidert, daß nach langjährigem Herkommen durch Vereinbarung des Vorsitzenden mit dem Magistrate stets eine Reihe bestimmter Sachen als vertraulich zu behandeln bezeichnet und demgemäß als solche auf die Tagesordnung gesetzt seien. Herr Günther habe auch in seiner langjährigen früheren Thätigkeit als Stadtverordneter gegen dieses Verfahren niemals etwas einzuwenden gehabt (Widerspruch des Herrn Günther). Jeder Stadtverordnete habe natürlich das Recht, zu beantragen, daß diese oder jene als

vertraulich bezeichnete Sache zur öffentlichen Verhandlung gestellt werde. Nachdem diese Angelegenheit indessen durch Herrn Günther hier zur Erörterung gebracht sei, richtete er an den Magistrat auch formell die Anfrage, ob derselbe in der That wünsche, daß wegen dieser sechs Punkte die Öffentlichkeit ausgeschlossen werde.

Da Herr Oberbürgermeister Pockels diese Frage bejaht und die Tagesordnung im Uebrigen erledigt ist,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 7^{1/2} Uhr.

1901/1902.

N^o 4.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. Juni 1901.

Tagesordnung:

I.	Subvention für die Fahn'sche Lehranstalt	Seite 76
II.	Ausbau und Einrichtung des Rathhauskellers	" 76
III.	Uebertragung von Mitteln für den Bürgerpark auf das Jahr 1901/02	" 87
IV.	Aufhebung einer projectirten Straße am H. Exercierplatze und Verkauf eines Grundstücks daselbst	" 87
V.	Verkauf einer Fläche an der Amalienstraße	" 90
VI.	Neuaufstellung von Laternen und Verlängerung des Gasrohrs der Hamburgerstraße	" 90
VII.	Antrag Rathe u. Gen.: Aenderweite Unterbringung der Räume zc. des Arbeitsamtes	" 92
VIII.	Antrag Rathe u. Gen.: Gestattung der Besichtigung städtischer Gebäude	" 92
IX.	Antrag Brückmann u. Gen.: Nichtverwendung von Seminaristen im Lehramte	" 93
X.	Antrag Stegmann u. Gen.: Aenderung des Verwaltungsstatuts	" 95
XI.	Antrag Wolkenweber: Aenderung der Straßenpolizeiordnung	" 102
XII.	Zulassung eines Vorbaues vor dem Hause Damm N ^o 9	" 102
XIII.	Elektrische Beleuchtung des Stadtpark-Etablissements	" 103

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Bockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Sievers und von Frankenberg. Entschuldigt die Herren Lange, Böschigt, Lupprian und Ohlmer; später erscheinen die Herren Nolte und Schöttler.

Den Vorsitz führt Herr Semler.

I. Subvention für die Zahn'sche Lehranstalt.

Auf Antrag der Schulcommission wird der Gegenstand in die vertrauliche Sitzung verwiesen.

II. Ausbau und Einrichtung des Rathskellers.

Zur nutzbaren Herstellung des Rathskellers ist von der Stadtverordneten-Versammlung am 23. März 1899 — Seite 140 ff. des Berichts, Punkt 9 — ein Betrag von 25 000 M mit der Maßgabe bewilligt worden, daß mit dieser Summe der Ausputz des Kellers und die übrige Maurerarbeit bestritten werden sollte. Zu diesem Zwecke sind jedoch bisher nur 18 000 M verwendet worden, während mit dem Reste z. B. die Heizungsanlage ausschließlich der Heizkörperverkleidungen beschafft wird. In der Sitzung vom 28. März d. Js. — Seite 286 des Berichts — hat sich die Versammlung ferner im Principe damit einverstanden erklärt, daß weitere 50 000 M zum Ausbau des Rathskellers verwendet würden, wobei ins Auge gefaßt wurde, daß mit dieser Summe der Keller ornamental in einfachen Formen ausgemalt und Heizungs- und Closetanlage, Wasserleitung und Canalabfluß eingerichtet, nicht jedoch Mobiliar, Kücheneinrichtung zc. beschafft werden solle.

Nachdem nunmehr seitens der städtischen Bauverwaltung ein genauer Kostenanschlag eingegangen ist, wird derselbe der Versammlung mit dem Bemerken vorgelegt, daß für die erwähnten Zwecke, abgesehen von den ersparten 7000 M, ein weiterer Betrag von 57 000 M erforderlich sein wird. Die Ausmalung des Kellers ist dabei in ähnlicher Weise vorgesehen, wie in den Corridoren des Rathhauses. Da indessen eine solche Verzierung von Restaurationsräumen nicht einen anheimelnden Charakter herbeiführen kann, so giebt der Magistrat anheim, zur Ausmalung des Kellers in etwas gemüthlicherer Art und Weise einen weiteren Betrag von 5000 M zu bewilligen. Außerdem ist der Magistrat auch zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Anschaffung des Mobiliars nicht dem Pächter des Kellers überlassen werden darf, weil sonst nur ein sehr capitalkräftiger Pächter genommen werden kann und demselben ein sehr langfristiger Contract oder ein mehrjähriger Pächterlaß zu gewähren sein wird. Auch muß die Einrichtung des Rathskellers der des übrigen Hauses entsprechen, was sich nur wird erreichen lassen, wenn die Stadt die Anschaffung des Mobiliars übernimmt. Die städtische Bauverwaltung veranschlagt die Kosten einer stilgerechten, aber einfachen Ein-

richtung auf 20 000 bis 25 000 M und giebt der Magistrat anheim, diese Summe zu bewilligen. Demnach wird die Versammlung ersucht, dem Magistrate einen Credit von insgesammt 82 000 M zum Ausbau des Rathskellers zu gewähren.

Nach dem Berichte des Herrn Nieß empfiehlt die Baucommission, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen und schlägt weiter vor, die Ueberwachung der Arbeiten einer aus Mitgliedern der Versammlung und des Magistrates bestehenden Deputation zu übertragen.

Herr Rathe stellt hierzu folgenden Antrag:

„Die Versammlung wird gebeten, die Verathung und Beschlußfassung über den Ausbau und die Einrichtung des Rathhauskellers auszusprechen und an die Commission zurück zu verweisen mit dem Ersuchen an den Magistrat, Erhebungen anzustellen, ob

- 1) der Betrieb einer Wirthschaft im Rathhauskeller die in den darüber liegenden Räumen beschäftigten Beamten stören wird,
- 2) ob auch bei weiteren Ansprüchen an die Verwaltung der Stadt im Rathhause ausreichende Räume vorhanden sind, um weiteren Anforderungen Genüge zu leisten,
- 3) unter Zuziehung hiesiger Gastgeber Erhebungen anzustellen, ob ein Bedürfniß vorliegt, einen solchen Restaurationsbetrieb städtischerseits anzulegen und ob alsdann Garantie vorhanden ist, daß die Verzinsung und Amortisation der aufzuwendenden Summe für längere Zeit sicher gestellt erscheint,
- 4) ob den Vorschriften des neuen Ortsbaustatuts gemäß der Fußboden des Kellers 50 cm über dem höchsten Grundwasserstande liegt“.

Zur Begründung führt der Herr Antragsteller etwa Folgendes aus: Es könnte mir vorgeworfen werden, daß ich den Antrag hätte früher einbringen müssen, jedoch muß ich darauf erwidern, daß mir das nicht möglich war, denn bei der Bewilligung der Summe für die Erhöhung des Kellergeschosses war für mich allein das ästhetische Gefühl, nach welchem das Rathhaus in seiner ganzen Form erhöht werden mußte, maßgebend und es hat sich inzwischen auch gezeigt, daß wir dasselbe nicht einen Zoll niedriger haben möchten, als es jetzt gebaut ist. Gegen die Vermietung des Kellers an eine Weinfirma habe ich ebenfalls gestimmt, weil ich solchen Betrieb in einem Rathhause nicht für passend hielt. Wer den Wirthschaftsbetrieb kennt, der weiß, daß selbst bei den strengsten Vorschriften, welche ein Wirth erhält, Unbequemlichkeiten für die Mitbewohner des Hauses nicht ausbleiben können. In solchen Wirthschaftsbetrieben ist eine ausgelassene Fröhlichkeit niemals ausgeschlossen und ich weiß nicht, ob die Kellergewölbe den Klang lauter Stimmen nicht durchlassen. Darüber möchte ich zunächst Auskunft haben, denn über dem

Gewölbe befindet sich unsere Stadtcasse und würden es die Beamten, welche dort den Tag über sitzen und rechnen müssen, doch wohl bitter empfinden, wenn es laut und fidel unter ihnen im Keller hergeht. Das könnte sie erheblich stören und würde sie unter Umständen sogar nervös machen können. (Heiterkeit.) Es wird von den Beamten eiferner Fleiß und Energie verlangt, deshalb müssen wir ihnen auch eine ruhige Arbeitsstätte überweisen. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, das hier vorzubringen, damit es später nicht heißt, man hätte nicht wissen können, daß der Schankbetrieb solche Ausdehnung gewinnen würde. Was den zweiten Punkt meines Antrages anlangt, so bin ich der Meinung, daß an unsere Stadtverwaltung noch viele Anforderungen gestellt werden, einzelne Betriebszweige, z. B. die Ortskrankencasse, welche sich bald hier, bald dort aufhält, einheitlich zu verbinden, und ich muß es auch für nothwendig halten, solche von dem Gesetze vorgeschriebenen Einrichtungen unter öffentlichen Schutz zu nehmen. Ferner zweifle ich an der Nothwendigkeit, hier noch einen weiteren Restaurationsbetrieb einzurichten, denn zum größten Theile haben die Inhaber der vorhandenen Restaurationen schon jetzt ihre Noth durchzukommen und würden durch die Einrichtung eines Rathhauskellers viele hiesige Bürger nur schwer gegen die neue Concurrenz aufkommen können. Daß der Keller aber thatsächlich eine neue Concurrenz werden würde, kann wohl Niemand abstreiten. Hinsichtlich des vierten Punktes bemerke ich, daß in dem neuen Ortsbaustatute vorgeschrieben ist, es sollen alle Räume, die zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienen, 50 cm über dem höchsten Grundwasserspiegel liegen. Da ich bezweifle, daß dieser Vorschrift hier genügt wird, so habe ich bitten wollen, Erhebungen in dieser Richtung anzustellen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Dadurch, daß die Rathskellerräume und zwar auf eigenen Antrag der Versammlung zu dem Zwecke, um sie als Wirthschaftsräume nutzbar zu machen, gegenüber dem ursprünglichen Bauprojecte um 50 cm im Lichten erhöht worden sind, ist ein besonderer Mehraufwand an Kosten entstanden, den ich gestern in der Commission irrtümlich auf 45 000 — 50 000 M beziffert habe, während er nach den inzwischen eingezogenen Erkundigungen nur auf 14 000 M zu veranschlagen ist. Ferner sind, um die Rathskellerräume im Rohpuß fertig zu stellen, nachträglich noch 25 000 M verwilligt worden und es ist der Puß mit einem Aufwande von 18 000 M fertiggestellt worden, so daß von der bewilligten Summe noch 7 000 M verfügbar blieben. Um nicht wieder einen Stillstand in den Arbeiten zu verursachen, hat sich der Magistrat für berechtigt gehalten, die städtische Bauverwaltung aufzufordern, mit dieser Summe Vorkehrungen für die Einstellung der Heizungsanlagen zu treffen. Nun entsteht naturgemäß der Wunsch, daß dieses für die Wirthschaftszwecke aufgewendete Baucapital von 39 000 M auch fruchtbringend gemacht werde. Um das zu ermöglichen, fordert jetzt der Magistrat von Ihnen einen weiteren Baucredit von 82 000 M. Dabei

will ich bemerken, daß von dieser unsererseits geforderten Summe 50 000 M bereits auf die hohe Kante gelegt sind, indem sie durch den diesjährigen Etat im Einverständnis mit der Versammlung zur Verfügung gestellt wurden, so daß in Wirklichkeit mit Hinzunahme der 50 000 M durch Ersparniß oder durch Anleihe nur noch 52 000 M zu beschaffen sein würden. Letztere Summe würde also möglichenfalls durch eine Anleihe gedeckt werden müssen, wenn nicht etwa der Betrag wenigstens zum Theil gedeckt werden kann durch Ersparnisse bei dem Gesamtkredit, welcher für den Rathhausbau bewilligt worden ist. Bestimmte Mittheilungen kann ich hierüber nicht machen, jedoch hat mich der Stadtbaurath Winter versichert, daß Nachforderungen nicht kommen würden, sondern eher etwas an dem bewilligten Credit erspart werden könne. Nun sagt sich der Magistrat, wenn für die Zwecke der Erbauung und der Einrichtung der Rathskellerräume eine Gesamtsumme von 121 000 M aufgewendet wird, so werde sich auch eine Verzinsung dieser Summe durch Verpachtung des Kellers erreichen lassen. Andererseits ist zu bedenken, daß bei Ablehnung der weiteren Einrichtung und der Verpachtung des Kellers das darin bereits stekende Wirthschaftscapital von 39 000 M unverzinst daliegen würde. Wenn wir also insgesammt 121 000 M darauf verwenden, so werden wir dafür eine reichliche Verzinsung zu erwarten haben, während wir bei Ablehnung des Antrages gar keine Einnahme zu gewärtigen haben, dagegen noch ein Baucapital von 39 000 M verzinsen müssen. Aus dieser Rücksicht glaube ich die Vorlage empfehlen zu müssen und erkläre ich gleichzeitig die Bereitwilligkeit des Magistrates, dem Vorschlage der Baucommission, nach welchem die weitere Ueberwachung des Ausbaues und der Einrichtung des Kellers durch die Baucommission und ein Magistratsmitglied erfolgen soll, zuzustimmen.

Sodann hat Herr Rathe verschiedene Einwendungen gegen das Project vorgebracht. Zunächst meint er, daß durch den Betrieb der Wirthschaft die Beamten gestört werden könnten, die oberhalb des Kellers arbeiten. Bei der soliden Bauart unseres Rathhauses und bei dem Umstande, daß wir und unsere Hülfbeamten nur zur Tageszeit arbeiten, während in den Wirthsräumen es erst Abends resp. Nachts lebhaft zu werden pflegt, ist das Bedenken hinfällig. Ferner meint Herr Rathe, daß die Kellerräume vielleicht zur Unterbringung von Geschäftsräumen nothwendig werden könnten. Auch das halte ich für vollständig ausgeschlossen, denn wir werden niemals in die Lage kommen, gezwungen zu sein, unsere Beamten in Souterraineräumen unterzubringen. Ich habe mich schon früher dahin ausgesprochen, daß nach meiner Ueberzeugung unser Rathhaus für die Ewigkeit groß genug ist, und ich habe auch schon gesagt, wenn die Stadtverwaltung noch weiter wachsen sollte, was ja durchaus zu wünschen ist, so wird es eine absolute Nothwendigkeit sein, daß die einzelnen Dienstzweige dem Magistrate gegenüber mehr Selbstständigkeit erhalten, als ihnen jetzt eingeräumt ist, mit anderen Worten: wenn demnächst einmal — beispiels-

weise — die doppelte Anzahl von Baubeamten vorhanden sein sollte, so hat es für uns kein Interesse mehr, ob die Bauverwaltung bei uns im Rathhause ist oder nicht. — Außerdem kommt Herr Rathe darauf zurück, daß wir durch Eröffnung der Wirthschaft den anässigen Wirthen eine leidige Concurrrenz bereiten würden. Das war ursprünglich eine Erwägung, die den Magistrat bestimmt hatte, auf die Einrichtung eines Rathskellers zu verzichten, wir sind aber, um mich so auszudrücken, von der Versammlung dazu gedrängt worden, einen anderen Standpunkt einzunehmen. Im Uebrigen hat eine Vertretung von Gastwirthen schon früher einmal eine Vorstellung gegen die Einrichtung eines Rathskellers erhoben, jedoch ist dieselbe von der Versammlung verworfen worden. Schließlich hat aber auch über die Frage, ob in Rücksicht auf die vorhandene Concurrrenz eine Wirthschaft neu zu etabliren sei, die zuständige Behörde zu befinden, und werden wir, sobald definitiv beschlossen werden sollte, die Rathskellerräume zum Wirthschaftsbetriebe auszubauen, vorweg dazu die Concession beantragen. Was die Höhe des Fußbodens betrifft, so bin ich im Augenblick über die Vorschriften nicht so genau orientirt, um darauf jetzt eingehen zu können.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Wir besitzen eine Vorschrift über die Höhe des Fußbodens in der von Herrn Rathe angedeuteten Richtung zur Zeit nicht, sondern es ist nur eine entsprechende Vorschrift in den Entwurf zum Ortsbaustatut aufgenommen worden und erscheint es zweifelhaft, ob dieselbe zum Definitivum werden wird. Gerade dieser Fall giebt Anlaß, die Frage noch einmal gründlich zu prüfen und muß ich fast bezweifeln, ob es richtig ist, diese Vorschrift aufzunehmen. Wenn in einem Hause, wie in unserm Rathhause, solche Vorrichtungen getroffen sind, das aufsteigende Grundwasser zu verhindern, so dürfte wirklich kein Grund vorliegen, die Kellerräume für den längeren Aufenthalt von Personen zu verbieten, auch wenn wirklich einmal der Grundwasserstand ein etwas höherer sein sollte. Uebrigens glaube ich annehmen zu können, daß derselbe dort gar nicht so hoch ist, um hierbei in Frage kommen zu können.

Herr Meyerhoff: Ich habe mich über den Antrag Rathe sehr gewundert. Herr Rathe will die Erhöhung des Kellergeschosses nur aus ästhetischen Rücksichten bewilligt haben, trotzdem sich durch unsere damaligen Verhandlungen wie ein rother Faden der Wunsch zog, den Keller nutzbar zu machen. Nur aus diesem Grunde hat das Obergeschosß zu Gunsten des Kellergeschosses etwas abtreten müssen. Herr Rathe hat das damals mit beschlossen, obwohl meiner Erinnerung nach von ästhetischen Rücksichten dabei gar keine Rede gewesen ist. Außerdem hätte sich für Herrn Rathe noch einmal, und zwar bei der Berathung über die Einstellung der 50 000 M in den Etat, Gelegenheit geboten, seiner gegentheiligen Ansicht Ausdruck zu geben, was ebenfalls nicht geschehen ist. Deshalb hat Herr Rathe nach meinem Gefühle den Anschluß beide Male verpaßt. In Bezug auf die von Herrn Rathe

befürchtete Störung der Beamten durch den Wirthschaftsbetrieb hat Herr Oberbürgermeister Pockels schon zutreffend geantwortet, denn auch ich bin der Meinung, daß wir bei der guten Construction der Wände und Decken nichts zu befürchten haben. So viel Scandal wird auch am Tage nicht in einer Wirthschaft gemacht und wenn es einmal Nachts geschehen sollte, dann werden die Beamten in ihren Betten nicht nervös davon werden. (Heiterkeit.) Im Zweifel kann man auch darüber sein, ob eine Wirthschaft als ein dauernder Aufenthalt für Menschen angesehen werden kann, wie z. B. ein Comptoirraum. Herr Rathe befindet sich auch insofern im Widerspruche, als einmal der Kellerraum zum Wirthschaftsbetriebe nicht genommen werden soll, weil dieses gegen die Vorschriften des neuen Ortsbaustatutes verstoßen würde und er andererseits die Büreaus der Ortskrankencasse in diese Räume bringen will. Ich freue mich, wenn wir erst eine Rente aus dem Keller ziehen werden; ebenso würde ich mich freuen, wenn wir nächstes Jahr eine Vorlage vom Magistrate über den Neubau einer Wirthschaft im Bürgerparke erhielten, damit wir auch da einen Gewinn erzielen können. Schließlich erkenne ich noch ausdrücklich an, daß ich für die Lösung der Frage in Bezug auf die Mobilienbeschaffung den beteiligten Organen dankbar bin. Wenn wir dieses dem Wirth überlassen wollten, wüßten wir nicht, was für Möbel wir in den Keller kriegen würden, da der Wirth höchstwahrscheinlich stilgerechte Möbeln doch nicht beschaffen würde. Aus allen diesen Gründen können wir nichts Besseres thun, als die Vorlage anzunehmen.

Herr Riese: Als s. B. die Pläne zum Rathhausbau vorlagen, wehrte sich Niemand gegen die Hochhebung des Sockels so, wie der Herr Oberbürgermeister selbst, der ziemlich erregt war, weil er ein Haus schaffen wollte, in dem nur die Büreaus der städtischen Verwaltung untergebracht werden sollten. Die Versammlung beschloß aber dennoch den Ausbau des Rathhauskellers und der Magistrat fügte sich schließlich diesem Beschlusse. Für mich war hierbei ausschlaggebend, daß durch eine Rugbarmachung der Kellerräume wenigstens ein Theil des auf den Rathhausbau verwendeten Capitals verzinst werden würde. Wie man nun bei dieser Sachlage, nachdem die Räume so weit schon hergestellt sind, noch Gegenanträge stellen kann, vermag ich nicht einzusehen. Es scheint mir fast, als ob Herr Rathe durch den letzten Punkt seines Antrages der Bauleitung hat eins auswichen wollen, daß diese das Gebäude in den Sumpf gestellt hat. Wenn Herr Rathe aber vielleicht meint, den Arbeitsnachweis in die Kellerräume bringen zu wollen, so muß ich mich dagegen verwahren, da wir sowohl für die städtischen Beamten, als auch für die Arbeitgeber und die Arbeitsuchenden andere Räume zur Verfügung stellen müssen. Ich sehe auch keinen Grund ein, weshalb wir bei der Beschlußfassung hierüber irgend welche Rücksicht auf die etwa den Wirthen erwachsende Concurrenz nehmen sollen: wir haben hier im Interesse der gesammten Bürgerschaft zu rathen

und zu thaten und dürfen bei unseren Beschlüssen nicht auf einen einzelnen Stand Rücksicht nehmen. In allen Städten, und wenn sie kaum 15 000 Einwohner haben, giebt es Rathskeller, deshalb brauchen auch wir mit der Einrichtung eines solchen nicht zurückzuhalten. Auch kann ich nicht verstehen, daß das beim Wirthschaftsbetriebe entstehende Geräusch die Beamten nervös machen soll, denn in anderen Städten sind sie deshalb doch auch noch nicht verrückt geworden, obwohl wir uns in dem schnelllebigen Zeitalter der Elektricität befinden. In Lübeck ist sogar eine Verbindungstreppe zwischen den Büreaus und dem Rathskeller angelegt und doch sind dort die Beamten nicht nervöser als hier. Was die Stadt einmal angefangen hat, kann sie nicht auf halbem Wege liegen lassen, sondern muß es in anständiger, würdevoller und kunstverständiger Weise zu Ende führen. Allerdings die Hörner können an den Stühlen ruhig fehlen, da man dieselben auch ohne Hörner schön und stilvoll herstellen kann. Andererseits würde ich niemals dafür zu haben sein, das Mobiliar von einem Tröbler zu kaufen, oder dem Pächter die Beschaffung desselben zu überlassen. Es liegt im Interesse der Stadt selbst, die Räume fix und fertig herzustellen, da wir dann auf einen anständigen Pächter rechnen können und wir die in den Keller gesteckte Summe auch verzinst erhalten werden. Hätte man das aber nicht wollen, mußte man rechtzeitig Stellung dazu nehmen. Den Keller für ein Weinlager herzugeben, wäre nicht zweckmäßig gewesen, wohl aber hätte man die Räume vielleicht in ein Wein- und ein Bier-Restaurant theilen können, jedoch ist es mir auch egal, wenn Alles an einen Pächter abgegeben wird. Eine Menagerie will man ja im Keller nicht anlegen, deshalb braucht man wegen des mit der Wirthschaft verbundenen Geräusches wirklich nicht lange zu sein. Ich möchte Sie ersuchen, die geforderten Mittel zu bewilligen und die Räume recht bald fertigzustellen.

Herr Hauswaldt: Darüber besteht wohl kein Zweifel, daß wir Alle dafür sind, den Rathskeller einzurichten und die Räume desselben nutzbar und rentabel zu machen. Es kommt nur darauf an, was man nutzbar und rentabel nennt, denn nur die Art und Weise, wie man rechnet, entscheidet, ob man zu einem rentablen oder einem unrentablen Ergebnisse kommt. Nach den vom Herrn Referenten vorgebrachten Zahlen kann ich für meine Person nicht herausrechnen, daß bei dem Ausbau des Kellers für uns eine Rentabilität oder eine Nugbarmachung möglich ist, sondern ich habe die Empfindung, daß man dabei nur das eine Geld hinter dem anderen herwirft. 14 000 M sind für die Höherlegung des Kellers und 25 000 M für das Burechtmachen der Wände, sowie für Heizung aufgewendet, das macht bei 4 % eine Verzinsung von 1560 M. Nun sollen noch 82 000 M ausgegeben werden, um den Keller rentabel zu machen; rechnet man hiervon 62 000 M mit nur 4 %, so kommen rund 2500 M Zinsen heraus, während bei den 20 000 M für das Mobiliar doch mindestens 10 % an Zinsen und Amortisation zu rechnen

sind, was 2000 M bringt. Das macht zusammen eine Verzinsung und Amortisation von 6060 M, welche als Pacht aufgenommen werden muß, um zu einer Rentabilität zu kommen. Glauben Sie aber wirklich, daß es möglich sein wird, in unserer Stadt den Rathskeller nutzbar und rentabel zu machen mit einer Pacht von 6060 M unter der Voraussetzung, daß der Wirth auch noch etwas dabei verdient? Das ist meiner Ansicht nach ganz unmöglich. (Widerpruch.) Selbstverständlich werden Ihnen, wenn Sie den Keller ausschreiben, 10000 bis 12000 M Pacht geboten werden, aber die Freude pflegt dann nicht lange zu dauern, weil bald, nachdem der Reiz der Neuheit den Keller verlassen haben wird, sich hier nur noch eine ständige Gesellschaft einfinden wird, von der ein Wirth bei einer Pacht von 6060 M nicht existiren kann. Deshalb kann ich mich nicht bereit finden lassen, noch diese 82000 M zu verwilligen. Als der Antrag gestellt wurde, den Keller als Weinlager zu benutzen, wollten die Herren dafür 2500 M Pacht geben, dabei hätten wir fast gar keine weiteren Ausgaben gehabt und wir konnten abwarten, wie die Sache sich weiter entwickelte. Der Antrag wurde aber abgelehnt. Wenn Sie jetzt in dieser stilgemäßen Weise die Sache weiter fortführen wollen — und anders wird es nicht gehen, sonst ist es oben hui und unten pfui — so sage ich voraus, daß nicht das dabei herauskommt, was Sie sich davon in Bezug auf Nutzbarmachung und Rentabilität versprechen. Das ist also ein Trugschluß. Deshalb müssen wir mit dem Keller klein und bescheiden anfangen, indem wir ihn theilen und vielleicht nur diesen Theil einrichten. Nur wegen der modernen und stilgerechten Wandbekleidung und wegen des stilgerechten Mobiliars wird kein Mensch in die Wirthschaft gehen. Eine Wirthschaft in der Küchenstraße, die stets voll ist, beweist, wenn der Wirth ordentlich ist und gutes Bier hat, so kommen die Gäste, während so manche großartig angelegten Wirthschaften caputgegangen sind, oder doch am Abgrunde des Nichtkönnens schweben. Hiernach bitte ich, die Summe abzulehnen und zwar nicht aus den von Herrn Rathe angeführten Gründen, sondern weil die Sache finanziell nicht haltbar ist. Wenn erst ein Theil des Kellers eingerichtet ist und dieser rentirt, so kann später ein weiterer Theil desselben eingerichtet werden. Jedenfalls wird bei der Bewilligung der weiteren 82000 M eine Rentabilität des Kellers sich nicht erreichen lassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die von Herrn Hauswaldt hier von Neuem angeregte Theilung des Kellers zum Zwecke getrennter Wirthschaftsführung ist schon in einer früheren Sitzung zur Sprache gebracht worden und hatte damals der Magistrat sich an die städtische Bauverwaltung wegen einer gutachtlichen Äußerung hierüber gewandt. Letztere hat nun geantwortet, daß eine solche Trennung in dem angedeuteten Sinne bei der gewählten und von der Versammlung gewünschten Anordnung um so weniger möglich erscheine, als für die Beheizung sämtlicher Wirthschaftsräume nur eine Centralheizungsvorrichtung vorgesehen

sei und sich hieran mit Rücksicht auf die Lage der Schornsteine zc. nichts ändern lasse.

Herr Nieß: Herr Hauswaldt hat gesagt: wer zu rechnen versteht, der kommt hier zu einem negativen Ergebnisse, das dürfte mit anderen Worten heißen: wer Herrn Hauswaldt nicht zustimmt, der versteht auch nicht zu rechnen. (Zustimmung.) Eine solche Stellungnahme entzieht sich eigentlich jeder Kritik, denn es kommt darauf hinaus, daß Jemand von seinem gesunden Menschenverstande spricht und Jedem, der einer anderen Ansicht huldigt als er, den Verstand absprechen will. Gerade Herr Hauswaldt befindet sich aber hier auf dem Holzwege und hat keinen Schimmer von dem, was er gesprochen hat. Er hat einschließlich der Amortisation eine Belastung der Stadt mit 6060 M. herausgerechnet und bezweifelt, daß eine solche Summe von einem Pächter gezahlt werden kann. Demgegenüber will ich nur hervorheben, daß der Pächter des Café Stern 7000 M. Pacht zahlt, obwohl sich derselbe Möbel, Gardinen zc. selbst halten muß. Der Pächter des Café Bauer zahlt 11000 M. Pacht, der Wirth des Schützenhofes, welcher eigentlich nur vom Schützenhofe und von den Märkten leben muß, zahlt ebenfalls 5000 M. Pacht, trotzdem nicht einmal der Höchstbietende genommen ist, sondern die Schützengesellschaft sich einen Wirth ausgesucht hat, der ihr am besten zusagte. Deshalb meine ich, daß für die Räume des Rathhauskellers alle Tage 6060 M. zu haben sind. Wir werden, wenn wir uns demnächst einen Pächter aussuchen, uns sogar sehr hüten müssen, die höchsten Angebote zu berücksichtigen, sondern wir müssen mehr auf die Person des Pächters sehen. Es wird uns viel mehr geboten werden, als wir annehmen und wir dürfen uns durch ein hohes Gebot nicht bestechen lassen. Wie Herr Rathe zu seinem Antrage kommt und welche Wege dieser in seinem Kopfe durchgemacht haben mag, weiß ich nicht, denn wenn sich Herr Rathe das richtig überlegt hätte, so mußte er sich doch sagen, daß hier nicht das erste Rathshaus mit einem Wirthschaftskeller gebaut ist, sondern daß vor uns noch andere Städte Rathshäuser gebaut haben: der Schweidnitzer Keller in Breslau, sowie die Rathskeller in Bremen und Lübeck sind einige hundert Jahre alt und Berlin, München, Wiesbaden, Hamburg zc. haben neuere, theilweise prachtvoll ausgestattete Rathskeller, aber trotzdem habe ich noch nicht gehört, daß man irgendwo in diesen Städten von einer Störung des Büreaudienstes durch den Betrieb des Rathskellers gesprochen hätte. Wenn ich in eine dieser Städte kam, wurde ich jedesmal gefragt: sind Sie schon im Rathskeller gewesen, welche Frage voraussetzte, daß man den Rathskeller als eine Sehenswürdigkeit der Stadt betrachtete. Nun kommt die weitere Frage, ob es nothwendig ist, den hiesigen Rathhauskeller zu einer Wirthschaft einzurichten. Nothwendig, nein, denn es würde kein Braunschweiger verdursten, wenn der Keller nicht eingerichtet werden würde. Aber wie sich Herr Hauswaldt mit seiner Rechnung auf dem Holzwege befand, so befindet sich auch

Herr Rathe auf dem Holzwege, wenn er den Keller als Concurrenzunternehmen hinstellt. Das ist er nicht, wohl aber würde z. B. ein Concurrenzunternehmen entstehen, wenn Herr Rathe seine Wagenfabrik verkaufte und dann statt des Schuhwaarenlagers in seinem Hause eine Wirthschaft etablirte. Der Rathskeller ist kein Concurrenzunternehmen, sondern es wird hier nur eine Wirthschaft eingerichtet, in welche sich ein Wirth setzt, der sonst an anderer Stelle einen Wirthschaftsbetrieb eröffnen oder betreiben würde. (Widerspruch). Ich ergreife stets mit Freuden jede Gelegenheit, in meiner Vaterstadt mit zu schaffen an dem, was uns gegen gleichartige Städte nicht zurückstehen läßt, deshalb möchte ich bitten, den Rathskeller als ein gebiegenes Versammlungs- und Erholungslocal zu schaffen, damit wir nicht gegen andere Städte gar zu sehr ins Hintertreffen kommen.

Herr Födel: Die Frage der Rentabilität des Kellers hängt von dem Anschlage ab, den wir uns machen. Wenn deshalb der Vorredner einen Vorwurf daraus construirt, daß hierüber Jemand anderer Ansicht ist, so will ich bemerken, daß meiner Meinung nach unser Rathskeller für eine Verzinsung von 6060 M. gar nicht zu haben ist, indem wir noch wenigstens 1% für die Unterhaltung der Räume hinzurechnen müssen. Ein Hausbesitzer weiß sehr wohl, daß dieses sehr gering angeschlagen ist. Ich will nicht gegen die Einrichtung sein, aber meiner Ueberzeugung nach muß die Versammlung sich sagen, daß bei Einrichtung des Rathskellers wir nach etlichen Jahren nicht eine Verzinsung, sondern ein Deficit haben werden. Wenn die Versammlung damit einverstanden ist, möge sie die geforderte Summe bewilligen. Ich weiß sehr wohl, daß wir Anfangs Pachtgebote bekommen werden, die höher sind, als zur Deckung der aufgewendeten Summe nothwendig ist, aber wie in anderen Städten wird auch hier der Pachtbetrag bald erheblich zurückgehen. So z. B. hörte ich, daß die Pachtsumme in Berlin von 48 000 M. auf 18 000 M. zurückgegangen ist, ich bin indessen nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Zahlen verbürgen zu können. Auch in Wiesbaden soll die Pachteinnahme aus dem Rathskeller erheblich gesunken sein. Bei dem Schweidniger und dem Lübecker Keller liegen die Verhältnisse ganz anders, indem dort vom Morgen bis zum Abend ein lebhafter Verkehr besteht, was wir hier bei unseren Verhältnissen nicht erwarten können. Deshalb möchte ich darauf aufmerksam machen, daß wir in späterer Zeit keine Zinsen für das aufgewendete Capital haben werden, sondern thatsächlich zu den Zinsen noch zulegen müssen, um uns den allerdings schönen Luxus eines Rathskellers zu verschaffen.

Herr Meyerhoff: In Bezug auf Wiesbaden u. wollte ich nur noch bemerken, daß die Pachtbeträge allerdings gesunken sind, daß sich die betr. Städte aber auch bei der heutigen Pacht nicht schlecht stehen. In Wiesbaden bezahlte der Wirth zuerst eine immense Pacht und jetzt bezahlt er eigentlich gar nichts mehr, indem die Weinhäuser, die Schlächter u., von welchen er seine Sachen nimmt, ihm

erhebliche Zuschüsse zur Pacht leisten. Wenn in solches Etablissement allerdings ein Pächter kommt, der diese Vortheile nicht ausnützen kann, so ist er auch nicht so leistungsfähig, wie ein anderer. Der Rückgang der Pacht in Berlin stimmt ebenfalls, aber wenn Berlin den Ertrag aus der Kellerpacht seit der Erbauung des Rathhauses einmal zusammenrechnet, so kann es damit sehr zufrieden sein, und ist von einem Deficit ganz und gar keine Rede.

Herr Bues: Zu dem Antrage des Herrn Rathe muß ich bemerken, daß es an der Zeit wäre, die Wirthschaften ebenso wie die Fabriken an eine bestimmte Stelle der Stadt zu verlegen, wenn dieselben wirklich so viel Lärm machen sollten, wie von Herrn Rathe angenommen wird. Selbst die umliegenden Dörfer sind in dieser Beziehung nicht so pessimistisch, denn sie bauen ihre Gemeindefestungen nach Kräften aus, um die Einnahme ihrer Gemeindecasse zu verbessern. In dem vorliegenden Falle ist übrigens unter den hiesigen Wirthen im großen Ganzen keine große Animosität gegen den Rathhauskeller, weil Jeder davon überzeugt ist, daß die Wirthe nicht allzu großen Schaden davon zu befürchten haben. Die Rechnungsaufstellung des Herrn Hauswaldt scheint mir richtig zu sein bis auf die für die Möbeln angenommene Amortisationsquote. Wenn man nämlich eine so hohe Summe für Möbeln ausgiebt, so sind dieselben in zehn Jahren noch nicht zum alten Gerümpel zu werfen, sondern können die doppelte Zeit aushalten. Demnach beträgt die Amortisationssumme nicht 2000 M., sondern nur 1000 M. Was die für den Rathskeller zu erwartende Pachtsumme betrifft, so bringen das Café Bauer etwa 12000 M., Café Hohenzollern etwa 9000 M., Café Lück (Kalm's) etwa 15000 M., Sievers, Allerdist u. vielleicht 10000 M. ein, trotzdem alle diese Restaurants nicht größer und schöner sind, als der Rathhauskeller werden wird. Wenn aber hervorgehoben ist, man möchte den Keller ziemlich billig verpachten, so bin ich nicht dafür, weil man sonst allerdings den Wirthen eine wirkliche Concurrenz schafft. Auch bei Forderung einer anständigen Pachtsumme kann man einen Wirth finden, der gut wirthschaftet, so daß also auf eine Rentabilität doch zu rechnen sein wird. Wenn man ferner berücksichtigt, daß in den Keller schon eine Summe hineingesteckt wurde, obwohl die Erhöhung des Kellerraumes ein Bedürfniß gewesen ist, indem das Rathhaus nicht so schön aussehen würde, wenn es nicht aus dem Sockel herausgehoben wäre, so möchte ich doch empfehlen, der Magistratsvorlage zuzustimmen. Uebrigens glaube ich, daß die für die Beschaffung der Möbeln ausgeworfene hohe Summe nicht einmal nöthig sein wird, da es viel bequemere und schönere, dabei sogar noch billigere Stühle giebt, als man sie hier für das Rathhaus angeschafft hat. Deshalb wird voraussichtlich nicht eine Ueberschreitung, sondern eher noch eine Herabminderung der Anschlagssumme zu erwarten sein.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Bei der nun folgenden Abstimmung genehmigt die Versammlung, unter Ablehnung des Antrages Raths, die Magistratsvorlage und erklärt sich auch damit einverstanden, daß die Baucommission mit einem Magistratsmitgliede als Deputation zusammentrete und bei dem Ausbau, sowie der Einrichtung des Kellers der städtischen Bauverwaltung zur Seite stehe.

III. Uebertragung von Mitteln für den Bürgerpark auf das Jahr 1901/02.

Im vorigen Rechnungsjahre ist von der für den Bürgerpark im Haushaltsplane ausgeworfenen Summe von 50000 M ein Betrag von 14349,31 M verfügbar geblieben. Auf Veranlassung der Parkdeputation giebt der Magistrat anheim, diese Summe auf das laufende Finanzjahr zu übertragen. Mit Rücksicht darauf, daß die dann im laufenden Jahre zur Verfügung stehenden Mittel von zusammen 29349,31 M zur Deckung der bevorstehenden Ausgaben nicht reichen werden, indem die für die ziemlich fertig gestellte Brücke vereinbarte Bausumme in nächster Zeit gezahlt werden muß, hält es der Magistrat für unbedenklich, für die Brücke einen Theil des Haslicht'schen Legates zu verwenden. Weiter hierauf bezügliche Anträge werden vorbehalten.

Namens der Finanzcommission beantragt Herr Südel, der Vorlage zuzustimmen. In Bezug auf die Verwendung des Haslicht'schen Legates behalte sich auch die Finanzcommission ihre Wünsche vor.

Die Vorlage wird genehmigt.

IV. Aufhebung einer projectirten Straße am kl. Exercierplatze und Verkauf eines Grundstücks daselbst.

Die Herzogliche Baudirection hat mit dem Magistrate wegen Abtretung des ehemals Wiegandt'schen Grundstücks am kl. Exercierplatze verhandelt und sind die Verhandlungen so weit gediehen, daß vom Herzoglichen Staats-Ministerium in Aussicht genommen ist, dem Landtage eine Vorlage wegen Errichtung eines mechanisch-technischen Laboratoriums auf dem Grundstücke zu unterbreiten und Letzteres zum 1. April k. Js. für den magistratsseitig geforderten Preis von 40350 M anzukaufen. Die Hoffnung des Magistrates, daß sich ein Unternehmer finden werde, welcher die im Ortsbauplane vorgezeichnete Verbindungsstraße zwischen dem kl. Exercierplatze und der Spielmannstraße ausbauen würde, ist bislang nicht in Erfüllung gegangen und wird sich voraussichtlich auch nicht so leicht verwirklichen; es bleibt deshalb zu erwägen, ob etwa der Ausbau der Straße auf Kosten der Stadt in Aussicht genommen werden solle. Die Kosten hierfür würden nach einem vorliegenden Anschlage 37400 M und die Anliegerbeiträge 193,80 M für 1 m betragen. Hierbei ist angenommen, daß es gelingen werde, die etwa 1020 qm große verfügbar bleibende Restfläche des ehemals Wiegandt'schen Grundstücks zum

Einheitspreise von 15 M zu veräußern. Da es indessen höchst unwahrscheinlich ist, daß dieser Preis sich wird erzielen lassen, so wiederholt der Magistrat seinen schon einmal im Jahre 1889 eingebrachten Antrag, die projectirte Straße, deren Anlage aus Verkehrsrücksichten nicht geboten sein dürfte, aufzuheben. Der für das Grundstück geforderte Preis, bei dessen Normirung dem Ankauftspreise die 5 procentigen Zinsen abzüglich des Mietherlöses zugeschlagen sind, dürfte nach der Ansicht des Magistrates angemessen sein. Die Versammlung wird ersucht, der Aufhebung der projectirten Straße nunmehr zuzustimmen und in diesem Falle den Verkauf des betreffenden Grundstückes an den Staat zum Preise von 40350 M zu genehmigen.

Nach dem Berichte des Herrn Buchler empfiehlt die Baucommissiön beide Anträge des Magistrates zur Annahme.

Herr Rathe möchte das Straßenproject nicht gern aus dem Ortsbauplane schwinden sehen, weil der Versammlung s. B. bei der Genehmigung desselben jedenfalls ein Durchbruch von der Gaußstraße über den kl. Exercierplatz bis zur Nordstraße vorgeschwebt habe und diese Verbindung auch sehr werthvoll für die dortige Gegend sein würde.

Herr Bürgermeister Kete meyer kann diesen Standpunkt nicht theilen. Es sei der Fall schon öfter vorgekommen, daß eine in den Ortsbauplan aufgenommene Straße hinterher wieder aufgehoben sei, weil man sich inzwischen überzeugt habe, daß ein Bedürfniß hierzu nicht vorliege. Die Aufnahme solcher Straßenprojecte müsse ja recht zeitig erfolgen, weil sonst die Verbauung der beiden Endpunkte nicht verhindert werden könne. Ein Bedürfniß zum Ausbau dieser Straße liege entschieden nicht vor, denn nur ein Theil der Anwohner der Gaußstraße und der Spielmannstraße würde auf ihr schneller zum kl. Exercierplatze kommen können, während alle anderen Anwohner jenes Stadttheiles den Nordbahnhof ebenso schnell auf anderen Straßen erreichen können. Eine Fortführung der Straße in nördlicher Richtung über den Exercierplatz hinaus sei aber ganz ausgeschlossen, weil dort die Brauerei und andere Gebäude im Wege stehen. Bei solcher Sachlage komme nun aber auch die Geldfrage in Betracht. Die Stadt habe das Grundstück für 30000 M angekauft, um es zur Anlegung der Straße mit zu verwenden, aber sie habe bislang vergeblich gehofft, daß sich ein Unternehmer für den Ausbau der Straße finden würde. Wenn nun auch die Stadt an anderen Stellen Straßen ohne Unternehmer ausgebaut habe, so müsse dabei aber doch wenigstens ein annehmbares Geschäft zu machen sein. Das sei hier nicht der Fall, denn das Grundstück liege insofern unglücklich, als nur ein Streifen von 10—11 m Tiefe übrig bleibe, der als selbstständiger Bauplatz nicht verwendet werden könne und den auch die Nachbarn nicht zu einem angemessenen Preise übernehmen würden. In diesem Falle würden die Straßenbaukosten auf weit über 200 M für 1 m zu stehen

kommen, bei welchem Preise kein Unternehmer ein Geschäft machen könnte. Unter solchen Verhältnissen sei es das Beste, die Straße ganz aufzuheben, zumal der Staat ein sehr annehmbares Gebot auf das Grundstück gemacht habe. Dazu trete auch noch der Umstand, daß der bisherige Pächter desselben gestorben sei und dessen Erben den Pachtvertrag zum 1. October d. Js. gekündigt haben, so daß im Falle der Beibehaltung des Hauses erhebliche Aufwendungen an demselben nicht zu vermeiden sein würden.

Herr Wolters möchte bitten, noch mitzutheilen, wie groß das Grundstück sei und wann es die Stadt erworben habe, um sich von dem Werthe desselben ein Bild machen zu können.

Herr Buchler erwidert, daß der Erwerbspreis f. B. 13 M pro qm betragen habe, während der Verkaufspreis sich auf etwa 17 M pro qm stelle.

Herr Kieke kann die Aufhebung der projectirten Straße nur empfehlen, nachdem die Fortsetzung derselben nach Norden zu auf Betreiben der Rationalbrauerei schon längst aufgehoben worden sei. Da sich bei der Höhe der Straßenkosten kein Unternehmer für den Ausbau der Straße finden werde, müßte die Stadt nur weitere Mittel aufwenden, wenn sie den Ausbau selbst übernehmen wollte. Deshalb sei es auch das Wichtigste, das Grundstück zu verkaufen.

Herr Hauswaldt will ebenfalls für den Verkauf stimmen, selbst auf die Gefahr hin, sich wieder auf dem Holzwege zu befinden. Es handle sich für ihn darum, festzustellen ob der Staat auch einen angemessenen Preis bezahle, da das vom Magistrate aufgestellte Exempel ihm zur Beurtheilung dieser Frage nicht genüge. Man dürfe sich dem Staate gegenüber nicht auf einen allzu nobeln Standpunkt stellen und nur fordern, was die Stadt selbst bezahlt habe, da der Staat auch nichts zuschießen würde, wenn die Stadt sich bei dem Kaufe f. B. verspeculirt hätte. Der Staat müsse in der Gegend ein Grundstück haben und sehe er nicht ein, weshalb die Stadt dieses Grundstück nicht so gut wie möglich verkaufen solle.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß das Grundstück 22,84 a groß sei und bei einem Verkaufspreise von 40350 M demnach ein Einheitspreis von 17 $\frac{2}{3}$ M erzielt werde, während die Stadt selbst vor etwa 15 Jahren einen Einheitspreis von etwa 13 M bezahlt habe. Viel höher werde sich aber das Grundstück in der Gegend kaum verwerthen lassen.

Auf die Frage des Herrn Meyerhoff, ob der Staat verpflichtet sei, auch die Straßenauslasten zu bezahlen, sobald er das Grundstück neu bebaue, erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, unter Darlegung der rechtlichen Gesichtspunkte, daß der Staat die Kosten werde tragen müssen, da demselben auch die Vortheile des Straßenausbaues zu Gute kämen.

Herr Meherhoff möchte noch darauf aufmerksam machen, daß im Hinblick auf diese Straße der Fahrweg schon gepflastert sei und hierdurch bedeutende Mehrkosten entstanden seien.

Herr Wolff fragt an, ob der Staat auf dem Grundstücke auch einen Schornstein zu errichten gedenke.

Herr Bürgermeister Kietemeyer vermag diese Frage nicht zu beantworten, da dem Magistrate nur mitgeteilt sei, der Staat beabsichtige, dort ein mechanisch-technisches Laboratorium einzurichten.

Herr Hauswaldt möchte dazu bemerken, daß seiner Meinung nach das Laboratorium ohne Schornsteinanlage gar nicht werde betrieben werden können, da in demselben Maschinen in Betrieb gesetzt werden müßten.

Herr Wolff ersucht bei dieser Sachlage die Vorlage nochmals an die Commission zurückzuverweisen, um hierüber vorerst noch Klarheit zu schaffen. Es liege die Gefahr nahe, daß bei der Nothwendigkeit einer Schornsteinanlage für das Laboratorium hier zu Gunsten des Staates die erste Ausnahme von der Bestimmung des in der Fertigstellung begriffenen Ortsbaustatutes über die Schaffung betriebsfreier Gegenden gemacht werden müsse.

Die Versammlung beschließt darauf, die Vorlage an den Magistrat zurückzuverweisen.

V. Verkauf einer Fläche an der Amalienstraße.

Dem Ortsbauplane zufolge ist dem an der Amalienstraße gelegenen Grundstücke der Herren Zimmer & Hamster eine 142 qm große Fläche zuzulegen, für welche die Genannten einen als angemessen zu erachtenden Kaufpreis von 10 M pro qm zahlen wollen. Da indessen einstweilen von der Fläche nur 46 qm veräußert werden können, während der übrige Theil erst dann dem Verkehr entzogen werden darf, wenn die Amalienstraße ausgebaut sein wird, so hat der Magistrat mit den genannten Anliegern vereinbart, daß diese die Flächen schon jetzt erwerben, die 46 qm mit 460 M bezahlen und wegen der demnächstigen Zahlung des 960 M betragenden Restkaufpreises Sicherheit bestellen. Dem Antrage des Magistrates, sich hiermit einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Buchler berichtet, zu.

VI. Neuauftellung von Laternen und Verlängerung des Gasrohrs der Hamburgerstraße.

Zur Verbesserung bzw. Erweiterung der Straßenbeleuchtung hat der Magistrat beschlossen, 53 Candelaberlaternen und 5 Wandlaternen neu aufstellen, sowie

34 Laternen ersetzen zu lassen und hierfür insgesamt 8467 M aufzuwenden. Von den Candelaberlaternen sollen erhalten: je 6 die Salzdhumer- und die Hamburgerstraße, je 5 die Wolfenbüttler- und die Ludwigstraße, je 4 die Kramerstraße und der Neustadtring, je 3 die Wenden- bzw. Wilhelmstraße, die Frankfurterstraße und der Wendenring, je 2 die Nebenstraße und die Straße am Fallersleberthore und je 1 die Hohethorpromenade, die Sonnen-, die Campe-, die Schleinigstraße, der Radeklint, der Altwiekering, die Kastanienallee, die Helmstedterstraße, die Bergfeldstraße und der Regidienmarkt, während von den Wandlaternen 4 die Sonnenstraße und 1 der Radeklint erhalten sollen.

Außerdem hat der Vorstand des Schwesternhauses vom Rothen Kreuz beantragt, seinem an der Hamburgerstraße neu erbauten Schwesternhause Gas zuzuführen, für welchen Zweck die Verlängerung des Gasrohres vom Schützenhause ab um 263 m erforderlich wird. Der Magistrat ersucht, diesem Antrage unter Bewilligung von 1654 M um so mehr zuzustimmen, als in Aussicht genommen ist, im Schwesternhause etwa 300 Auerlichtbrenner, sowie 2 Gasmotoren zur Verwendung zu bringen. Zur Erleichterung des mit dem Schwesternhause zu erwartenden Verkehrs hält der Magistrat auch die Beleuchtung der Straßenstrecke vom Schützenhause ab für erforderlich und giebt anheim, für die Aufstellung von 8 Candelaberlaternen 1088 M zu bewilligen. Insgesamt werden demnach 11 209 M durch diese Vorlage angefordert.

Schließlich wird vom Magistrat noch beantragt, ihn generell zu ermächtigen, die neu erbauten und noch zu bebauenden Straßen, welche bei der Bebauung mit Straßenlaternen versehen worden sind, aber nicht sofort beleuchtet werden, je nach dem Fortschreiten der Bebauung mit Häusern und der Bewohnung derselben nach pflichtmäßigem Ermessen mit Beleuchtung versehen zu lassen.

Wie Herr Sander berichtet, empfiehlt die Finanzcommission, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Persönlich bittet derselbe, auf dem Radeklinte noch einen dreiflammigen Candelaber aufzustellen, da der Platz zu wenig beleuchtet sei.

Herr Stadtrath Haake erklärt, daß der Candelaber auf dem Radeklinte mit drei Laternen versehen werden solle, mit welcher Erklärung Herr Sander sich befriedigt erklärt.

Herr Stegmann möchte anregen, auch die Lutterstraße, die Schillstraße und die am Landgestüte entlang laufende Straße mit Laternen zu versehen, da hier eine bessere Beleuchtung nöthig sei.

Herr Pelpies will die Wünsche der Bewohner des Hasenwinkels zum Ausdruck bringen, welche schon lange auf eine bessere Beleuchtung hoffen. Wenn technische Bedenken nicht entgegenstehen sollten, bitte er, an Stelle der Petroleumlaternen dort Gaslaternen anzubringen.

Herr Stadtrath Haake sagt eine Prüfung dieser Wünsche zu, dabei bemerkend, daß im Hasenwinkel noch kein Gasrohr liege und es schwer sei, dem geäußerten Wunsche näherzutreten.

Hierauf wird die Magistratsvorlage im vollen Umfange genehmigt.

VII. Antrag Rath und Gen.: Anderweite Unterbringung der Räume zc. des Arbeitsamtes.

Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 67 des Berichtes — wird durch Herrn Rieß namens der Baucommission zur Berücksichtigung empfohlen. Der Antrag spreche für sich selbst, da thatsächlich der Verkehr im Rathhause durch das Arbeitsamt sehr behindert werde.

Der Commissionsantrag gelangt zur Annahme.

VIII. Antrag Rath und Gen.: Gestattung der Besichtigung städtischer Gebäude.

Nach dem Berichte des Herrn Brückmann hat die Statutencommission fast einstimmig beschlossen, den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 67 des Berichtes — dem Magistrate zur Genehmigung zu empfehlen, soweit dessen Durchführung überhaupt möglich sei. Vorläufig werde nur die Freigabe des Rathhauses in Betracht kommen können. Auch der Magistrat habe die Ansicht ausgesprochen, daß es erwünscht sei, das Rathhaus der hiesigen Einwohnerchaft und Fremden zur Besichtigung zu öffnen, jedoch sei dabei gleichzeitig hervorgehoben worden, daß bestimmte Besuchszeiten festgesetzt werden müßten, als welche die Commission die Zeit von 1—3 Uhr an den Wochentagen und 11—1 Uhr an den Sonntagen empfehle. Auf die Oeffnung der Kirchen haben die städtischen Behörden keinen Einfluß, jedoch sei magistratsseitig die Zusicherung gegeben worden, daß so viel als möglich auch diesem Wunsche in der Richtung Rechnung getragen werden solle, daß an zuständiger Stelle befürwortet werde, an den Kirchen die Zeit der Besichtigung und den Ort der Meldung durch Anschlag bekannt zu geben. Das städtische Museum könne z. B. für eine größere Anzahl Besucher nicht geöffnet werden, jedoch sei der Director desselben bereit, einzelnen Personen, welche die Sammlungen des Studiums wegen besichtigen möchten, den Einlaß zu gestatten. Auch das Neustadt-Rathhaus sei z. B. nicht derartig eingerichtet, daß dessen Besichtigung gestattet werden könne. Deshalb empfehle die Finanzcommission, den Antrag, soweit möglich, anzunehmen,

was seitens der Versammlung geschieht.

IX. Antrag Brückmann und Gen.: Nichtverwendung von Seminaristen im Lehramte.

Namens der Schulcommission berichtet über diesen in der letzten Sitzung gestellten Antrag — Seite 68 des Berichtes — Herr Kolte: Nach dem von Herrn Professor Schaarschmidt zur Verfügung gestellten Materiale sei in Folge der stets wachsenden Zunahme der Bevölkerung, besonders in den Stadtgemeinden, der Mangel an Volksschullehrern, welcher hier zu Lande schon seit Jahren besteshe, immer größer geworden. Während man sich in anderen Staaten auf die Weise geholfen habe, daß man den einzelnen Lehrern eine größere Anzahl von Schülern zugewiesen und sie dafür durch pecuniäre Mehraufwendungen entschädigt habe, sei hier ein anderer Weg eingeschlagen worden. Das Herzogliche Consistorium habe nämlich schon seit Jahren junge Leute, welche sich zum Lehramte ausbilden und die zweite Classe des Seminars besuchen, als Hülfslehrer verwandt und nach außerhalb versandt. Zuerst seien aus der zweiten Classe des Seminars zu Wolfenbüttel, die etwa 30 Schüler umfasse, mehr und mehr Schüler zur Aushülfe im Lehramte herangezogen worden, indem z. B. 15 Schüler im Jahre 1899/00 und 27 Schüler im Jahre 1900/01 verschickt seien. Aus diesen Zahlen gehe hervor, wie stark das Seminar durch diese Gepflogenheit belastet werde. Herr Professor Schaarschmidt habe diesen Mangel auch schon im Landtage zur Sprache gebracht, jedoch sei Abhülfe nicht geschaffen, sondern die Sache sei noch immer schlimmer geworden. Nicht nur, daß die ganze zweite Classe des Wolfenbüttler Seminars meist vollständig verschickt sei, fange man seit einiger Zeit auch an, die zweite Classe des Braunschweiger Seminars zu verschicken. So seien im zweiten Semester 1899/00 zunächst 4 Seminaristen von hier verschickt worden, während man im Jahre 1900/01 schon alle 25 Seminaristen verschickt habe.

Zunächst müsse einleuchten, daß die Seminaristen durch eine derartige Verwendung in ihrer Ausbildung ganz bedeutend gestört werden, indem sie die Anstalt besuchen, um zu lernen und nicht um zu lehren. Es möge sein, daß es in mancher Beziehung wünschenswerth sei, die jungen Leute durch Uebertragung von Unterricht praktisch auf den Lehrerberuf vorzubereiten, jedoch müsse das in den Seminaren selbst unter Aufsicht geschehen, während es hier vorgekommen sei, daß man solche jungen Leute in Dörfer verschickt habe, wo ein älterer Lehrer gar nicht gewesen sei und die jungen Leute leicht hätten auf falsche Wege gerathen können. Daß sodann auch für die Schulkinder ein solches Verfahren zu Unzuträglichkeiten führen müsse, dürfte auf der Hand liegen. Nun sei zwar festgestellt worden, daß hier ein derartiger Gebrauch von Seminaristen nicht stattfinde, weshalb man zweifelhaft sein könne, ob die städtischen Behörden der richtige Platz seien, um eine solche Anregung zu geben; man habe dabei indessen zu berücksichtigen,

daß das Braunschweiger Seminar zumeist von Söhnen hiesiger Einwohner besucht werde und diese durch die Entziehung des Schulunterrichtes eine erhebliche Schädigung erleiden, sowie daß die hiesige Stadt aus dem Seminare ihre Lehrkräfte beziehe und die Stadt deshalb ein erhebliches Interesse daran habe, daß die Ausbildungszeit der Schüler voll und ganz ausgenutzt werde. Aus allen diesen Gründen sei die Schulcommission zu der Ueberzeugung gekommen, den Antrag zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Herr Asmann kann dem Antrage nur voll und ganz zustimmen. Schon vor längerer Zeit seien ihm Beschwerden von Eltern zu Ohren gekommen, die schwer klagten, daß ihre Söhne, die selbst eigentlich noch Kinder seien, schon im Lehramte verwendet würden. Solche jungen Leute seien durchaus noch nicht geeignet, Lehrer spielen zu können, auch leide ihre eigene Ausbildung unter dieser Maßnahme.

Herr Günther will seiner Freude darüber Ausdruck geben, daß hier solche Hilfskräfte keine Verwendung finden. Solche jungen Leute gerade in der Volksschule zu verwenden, sei ein großer Fehler, da man dort nur tüchtige, ausgebildete Leute gebrauchen könne. Er schließe sich den Ausführungen der Vorredner an.

Herr Oberbürgermeister Bockels muß die Zuständigkeit der städtischen Behörden in dieser Frage für mindestens zweifelhaft halten, will indessen darauf nicht zurückkommen, sondern nur bemerken, daß das Herzogliche Consistorium sich allerdings genöthigt sehe, Seminaristen zur Verwaltung von Lehrerstellen in das Land zu schicken und zwar mehr als ihm selbst lieb sei, weil es im Lande an Lehrern fehle. Dieser Mangel an Lehrern liege aber hauptsächlich darin, daß die Landgemeinden ihre Lehrer nicht genügend besolden. Im Uebrigen würde es ihm sehr erwünscht sein, zu erfahren, wie sich der Herr Antragsteller eine Abhülfe der erwähnten Mißstände denke.

Herr Brückmann möchte darauf erwidern, daß seiner Ansicht nach eine jede Gemeinde einen bestimmten Betrag für Ausbildungszwecke in ihrem Etat vorzusehen habe und daß beim Vorhandensein einer Schule dieser Betrag nicht etwa für einen unausgebildeten Hilfslehrer, sondern für eine volle Lehrkraft ausreichen müsse. Es sei nicht Sache des Antragstellers, zu untersuchen, welcher Gehaltsbetrag als genügend angesehen werden könne, sondern es komme hier nur darauf an, festzustellen, daß seit zehn Jahren ein Mangel an ausgebildeten Lehrern bestehe, welcher Mangel dadurch noch stärker geworden sei, daß die Seminaristen jetzt ein Jahr statt acht Wochen dienen müssen. Da dem Herzoglichen Consistorium diese Mißstände ganz genau bekannt sein müßten, hätte es auch Mittel und Wege finden müssen, um Abhülfe zu schaffen. Es handle sich dabei um eine reine Finanzfrage und habe man sich eben geschaut, entweder ein neues Seminar, vielleicht in Sandersheim oder Blankenburg, zu bauen, oder das Seminar in Braunschweig

oder Wolfenbüttel zu vergrößern. Man müsse sich wundern, daß die hier geschilderten Verhältnisse möglich seien und daß es habe vorkommen können, Schüler, welche wegen ihrer Unfähigkeit nicht zur zweiten Classe hätten versetzt werden können, im Lehrfache zu verwenden. Wenn man Schüler, welche noch keine praktischen Unterrichtsstunden gegeben haben, als Hülfsllehrer ausschicke, so sei das ein unverantwortliches Verfahren.

Herr Blasius will noch bemerken, daß man sich in Preußen seines Wissens in der Weise helfe, daß eine Gemeinde bei dem Vorhandensein von mehr als etwa 60 Schülkindern dem Lehrer eine besondere Zulage gebe und dieser dafür den Unterricht auch an das Mehr von Kindern ertheile, also gewissermaßen die Stelle von zwei Lehrern versehe. Jüngere unerfahrene und unausgebildete Lehrkräfte schicke man dagegen nicht hinaus.

Der Antrag wird darauf genehmigt und damit auch, wie der Herr Vorsitzende constatirt, von der Versammlung ihre Competenz in dieser Sache anerkannt.

X. Antrag Stegmann u. Gen.: Aenderung des Verwaltungsstatuts.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 69 des Berichtes — berichtet im Auftrage der Finanzcommission Herr Hauswaldt: Der Charakter des Bürgergeldes ist wohl immer und überall der gewesen, daß dieses Geld als ein Gegenwerth für erworbene Rechte angesehen worden ist. Wir haben in den Städten das Bürgergeld seit vielen Jahrhunderten und hat die Höhe desselben variirt und zwar einmal nach den Rechten, welche man durch das Bürgerwerden erkaufte und außerdem, weil es natürlich verschiedenartig beurtheilt werden konnte, ob es wünschenswerth war, mehr Bürger in die Stadtgemeinschaft aufzunehmen oder nicht. Während im Jahre 1575 hier in Braunschweig ein Bürgergeld von 60 Goldgulden (also weit über 1000 M.) erhoben wurde, betrug dasselbe im Jahre 1598 hundert Reichsthaler und sank nach dem 30jährigen Kriege auf 50 Gulden, später auf 20 Mariengulden herab und heute sind wir auf 6 M. angelangt. Dabei bleibt der Charakter des Bürgergeldes, daß für dasselbe etwas an Rechten erworben wird, bestehen. In der Städteordnung finden Sie die näheren Bestimmungen über den Erwerb des Bürgerrechtes in den §§. 13—20. Es bleibt wohl klar und unbestritten, daß heute noch das Bürgergeld eine Gegenleistung gegen die von dem Einzelnen zu erwerbenden Rechte darstellen soll. Er erwirbt hier durch das Bürgerwerden allerdings nicht mehr wie im Mittelalter den Schutz der Stadt, oder das Recht, an gewissen Einnahmen theilzunehmen, wie in Goslar, sondern er erwirbt nichts weiter — wenn man von einigen milden Stiftungen absieht, welche nur Bürgern zu Gute kommen — als das Recht, an den Stadtverordneten- und den Landtagswahlen theilzunehmen und unbefoldete Gemeinde-

Ämter zu übernehmen. Es ist klar, daß das Bürgergeld keine finanzielle Maßnahme darstellt, sondern nur den Charakter besitzt, für etwas eine Zahlung zu sein, was Jemandem zugestanden wird. Heute wird dem Bürger nur das Recht zu wählen und gewählt zu werden zugestanden und nimmt man an, daß er so viel Interesse an der Stadt besitze, um hierfür 6 M aufzubringen. So z. B. will man der fluctuirenden Bevölkerung mit diesen 6 M nahe legen, daß sie ihr Interesse an den Einrichtungen der Stadt durch Zahlung des Betrages bekunden könne. Es ist ohne Frage klar, daß es nicht im Interesse der Stadt liegen kann, jedem Gemeindegossen, der schon so wie so alle Annehmlichkeiten und Vortheile der Stadt genießt, auch noch das Recht der Wahl zu ertheilen, wenn derselbe nicht durch das kleine Opfer von 6 M sein dauerndes Interesse für die Stadt bekunden will; eben so wenig liegt es auch im Interesse der Stadt, die fluctuirende Bevölkerung ohne Weiteres zu den Wahlen zuzulassen. Eine gewisse Stabilität muß bei den Wählern doch wohl vorhanden sein. Wenn wir uns denken, daß wir durch das Aufgeben der kleinen Summe von 6 M, welche immerhin eine gewisse hemmende Wirkung besitzt, eine große Anzahl Gemeindegossen in den Stand setzen würden, an unseren Wahlen theilzunehmen, so würden wir damit auch eine bedeutende Verschiebung der Wahlen verursachen. Die Summe von 6 M ist außerdem so niedrig gewählt, daß Jeder, der ein wirkliches Interesse an unserer Stadt hat, auch das Bürgerrecht erwerben kann, sofern er die zur Erlangung dieses Rechtes erforderlichen Eigenschaften besitzt.

Aus diesen Gründen war die Finanzcommission nicht in der Lage, zu befürworten, daß das Bürgerrecht ohne Gegenleistung jedem hiesigen Einwohner verliehen werden könne, wenn derselbe sonst die daran geknüpften Voraussetzungen erfüllt. Auch war die Commission der Ansicht, daß der Herr Antragsteller irre, wenn er glaube, daß weite Kreise der Bevölkerung dieses Aufgeben der Zahlungspflicht mit Beifall begrüßen werden. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die Bürger, welche jetzt die Wahlen ausüben, nicht werden begreifen können, wie wir ein solches Ehrenrecht einfach mit Null bewerthen können und daß selbst Diejenigen, welche aus einer zustimmenden Beschlußfassung gewisse Vortheile ziehen würden, bei genauer Ueberlegung nicht würden begreifen können, wie die seßhafte Bürgerschaft ihnen etwas zugestehen kann, was nicht im Interesse der Bürgerschaft liegt. Außerdem würde eine gewisse geringschätzende Meinung sich darüber im großen Publicum Bahn brechen, wenn wir jetzt mit einem Male das Bürgerrecht ohne Gegenleistung verliehen, während früher 6 M dafür bezahlt werden mußten. Also aus Gründen der Gerechtigkeit und des verständigen und vernünftigen Selbsterhaltungstriebes wäre es eine sonderbare Zumuthung an die Versammlung, diese Classe der Wähler künstlich zu erhöhen. Deshalb giebt die Finanzcommission anheim, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Stegmann: Im Gegensatz zum Herrn Referenten möchte ich nochmals empfehlen, den Antrag anzunehmen. Die von demselben angeführten Gründe sind durchaus nicht stichhaltig, denn wenn z. B. gesagt wurde, daß früher das Bürgergeld eine gegen jetzt sehr hohe Summe betragen habe, so ist damit doch nicht gesagt, daß der jetzt bestehende Betrag bis in alle Ewigkeit fortbestehen muß, sondern ich glaube, es ist durch die fortwährende Herabsetzung des Bürgergeldes bewiesen, daß man schließlich zu einer vollständigen Kostenlosigkeit des Bürgerwerdens kommen muß. Das beweist auch schon der Umstand, daß alle Einwohner, ob Bürger oder nicht, die Lasten der Stadt heute zu tragen haben und ihnen nur das Recht der Wahl versagt ist. Das hat auch selbst die Landesregierung anerkannt, indem sie im §. 20 der Städteordnung bestimmt hat, daß nur ein Betrag bis zu 6 M erhoben werden darf. Also selbst die Regierung und die Landesversammlung haben an den alten Vorschriften nicht so zäh festgehalten wie die Finanzcommission, indem sie sich wohl sagten, daß die bisherige Bestimmung nicht mehr in die heutige Zeit passe. Wir sind immer so stolz auf die Fortschritte der Zeit und doch halten wir an diesem veralteten, ich kann wohl sagen unmoralischen Systeme fest, daß das Bürgerrecht erkauf werden soll. Das Wahlrecht ist aber in Bezug auf die unbemittelten Classen schon so beschränkt, daß es wirklich nicht noch mehr beschränkt zu werden braucht. Je kleiner jetzt der Geldbeutel ist, desto kleiner ist auch der Einfluß und es kann doch unmöglich als Recht betrachtet werden, wenn Diejenigen, welche durch Zufall zu Vermögen gekommen sind, ein größeres Recht haben sollen, als Diejenigen, welche ohne Schuld arm geblieben sind. Es ist ein schreiendes Unrecht gegen die Armen, daß man sie für ihre Armuth noch obenein in solcher Weise bestrafen, bezw. beschränken will. Meines Erachtens können alle hiesigen Einwohner denselben Anspruch erheben, sich an den communalen Angelegenheiten, speciell an den Wahlen betheiligen zu dürfen, da sie zu den Lasten ebenfalls sämmtlich beitragen. Wenn es daher nicht möglich ist, das veraltete und ungerechte Wahlrecht, sowie das Bürgerrecht zu beseitigen, da der Landtag in seiner heutigen Zusammensetzung nicht darauf eingehen wird, so sollte man doch wenigstens dieses Hinderniß der ärmeren Bevölkerung beseitigen, zumal die Maßnahme nicht einmal von finanzieller Bedeutung ist. Der Hindernisse giebt es beim Bürgerwerden trotzdem noch genug, wenn man die Bestimmungen des §. 15 der Städteordnung berücksichtigt. Also auch wenn das Bürgergeld wegfiele, würde doch nicht eine so große Zahl von Einwohnern, als hier angenommen wird, Bürger werden, indem z. B. die meisten Zugehenden die braunschweigische Staatsangehörigkeit nicht besitzen und es schwer hält, diese zu erwerben. Mit solchem Erwerbe ist eine so große Menge Schreibung verbunden, daß es z. B. den Arbeiterkreisen schwer fallen würde, die hierzu erforderlichen Papiere zu beschaffen. Obwohl nun ferner der Magistrat verpflichtet ist, die Ein-

wohner nach einem Aufenthalte von einem Jahre aufzufordern, das Bürgerrecht zu erwerben, so ist mir doch zu Ohren gekommen, daß man die Leute eher hemmt, als aufmuntert, Bürger zu werden. Wenn der Herr Referent ferner meint, daß die zuziehende Bevölkerung sich dann mehr als bisher zum Bürgerwerden meldet, so glaube ich das nicht, indem es Vielen gar nicht möglich sein wird, der Sache näherzutreten. Andererseits giebt es aber eine Menge Gründe, welche es wünschenswerth erscheinen lassen, daß die Vertretung der socialdemokratischen Partei in der Stadtverwaltung eine noch größere werde. Als im vorigen Jahre die Biersteuer

— Der Herr Vorsitzende ersucht, mehr bei dem zur Verhandlung stehenden Punkte zu bleiben. —

Wir werden jederzeit für den Fortschritt auch auf socialem Gebiete eintreten und z. B. dahin zu wirken suchen, daß die Straßenbahn der Stadt gehört, um dadurch mehr Einnahmen zu erzielen, während wir andererseits gegen alle unnöthigen Ausgaben sind. Alle diese Dinge berechtigen sehr wohl zu dem Wunsche, daß die socialdemokratische Vertretung hier in der Versammlung noch größer werden möge, und wenn wir selbst die ganzen 12 Sitze der dritten Classe inne hätten, würde die Stadt dabei nicht zu Grunde gehen. Wenn Sie nicht auf jedem Gebiete dem Fortschritte entgegenarbeiten wollen, können Sie gar nicht anders, als den Antrag anzunehmen. Sollte Ihnen derselbe aber zu weitgehend erscheinen, so möchte ich für den Fall der Ablehnung den Eventualantrag stellen, das Bürgergeld von 6 M auf 3 M herabzusetzen.

Herr Günther: Dieser Antrag steht nicht zum ersten Male auf der Tagesordnung, da schon Bracke und Steinau früher einmal beantragt haben, das Bürgergeld abzuschaffen, worauf damals auch beschlossen wurde, dasselbe von 9 M auf 6 M herabzusetzen. Die Ansicht des Herrn Referenten ist außerordentlich rückföhrtschrittlich. Wenn derselbe erwähnt, daß wir mit dem Bürgergelde von 100 Goldgulden auf 6 M heruntergekommen sind, so zeigt dieses, daß man früher hier mehr Freisinnigkeit besessen hat als heute und daß man es für nöthig gehalten hat, eine größere Bürgerschaft heranzuziehen. Das Aequivalent von 6 M ist aber heute noch viel zu hoch im Vergleich gegen früher, denn dem heutigen Bürger wird nicht dasselbe gewährt, als dem früheren und hatte dieser bedeutend mehr Vortheile als der heutige Bürger. Daher kommt es denn auch, daß viele Leute, welche wohl Bürger werden könnten und auch das Geld dazu hätten, dieses doch nicht ausgeben, und glaube ich bestimmt, daß heut zu Tage viel mehr Bürgergeld aus den unteren und mittleren Kreisen als aus der sogenannten besseren, vermögenden Gesellschaft gezahlt wird. Ich kenne Viele, die sagen, was fragen wir nach dem Bürgerrechte, während der Arbeiter darüber anders denkt und das Opfer an Geld schon deshalb bringt, um seine politischen Rechte besser ausüben zu können. Der Betrag von

6 M ist wohl nicht hoch, aber er ist doch gerade hoch genug, ja über genug für einen Arbeiter. Einem großen Theile der Arbeiter ist es gar nicht möglich, sich 6 M von dem Lohne abzuknappen, daher hat die Arbeiterschaft das Mittel der Sparcassen eingeführt, wodurch es einem Theile derselben ermöglicht wird, wöchentlich 10 oder 20 S. beizusteuern und nach der Einzahlung der 6 M sich das Bürgerrecht zu erwerben. Das Interesse hieran ist in der Arbeiterschaft ein viel größeres, als in der sogenannten besseren Gesellschaft und gerade darum, weil es so ist und die Arbeiterschaft sich mehr und mehr an den Arbeiten der Stadt bethätigen möchte, ist es nothwendig, daß das Bürgergeld herabgesetzt wird. Daher möchte ich ersuchen, dem Antrage zuzustimmen, oder aber doch wenigstens den Unterantrag auf Herabsetzung des Bürgergeldes auf 3 M gutzuheißen. Auf die Dauer läßt sich der bisherige Zustand nicht halten, weshalb Sie über kurz oder lang doch darauf zurückkommen werden. In einzelnen Staaten, ich glaube z. B. in Sachsen und einem Theile von Preußen, existirt das Bürgergeld überhaupt nicht mehr, dort hängt die Berechtigung zur Theilnahme an den Wahlen von anderen Umständen ab.

Herr Hauswaldt: Bei der Berathung in der Commission ist der Eventualantrag, das Bürgergeld auf 3 M herabzusetzen, schon besprochen worden und bin ich ermächtigt, Namens der Finanzcommission anheim zu geben, auch diesen Antrag abzulehnen, indem dieselben Gründe gegen denselben sprechen, welche gegen die Aufhebung des Bürgergeldes vorgebracht wurden.

Herr Schöttler: Ich muß der Finanzcommission zustimmen, wenn sie meint, es wäre gut, daß die Erwerbung des Bürgerrechtes der fluctuirenden Bevölkerung nicht zu leicht gemacht würde, da auch ich mich nicht dafür begeistern kann, wenn solche Leute in unsere städtischen Angelegenheiten hineinsprechen; das kann man nur Leuten zugestehen, die hier ansässig sind. Dieses Ziel läßt sich aber durch die Erhebung eines Bürgergeldes von 6 M nicht erreichen, da 6 M keinen Hinderungsgrund bilden, das Bürgerrecht zu erlangen. Würde es möglich sein, den Erwerb dieses Rechtes vielleicht an die Voraussetzung eines längeren Aufenthaltes zu knüpfen, so würde ich dafür sein, aber das Gegenmittel von 6 M kommt mir doch gar zu kleinlich vor. Dieser Grund veranlaßt mich, dem Antrage Stegmann gegenüber mich günstig zu stellen und für den Wegfall der 6 M einzutreten. Was die Finanzcommission mit ihrem Vorgehen erreichen will, wird nicht erreicht werden und die Sache hat noch dazu einen unangenehmen Beigeschmack, denn es läßt sich nicht leugnen, daß 6 M für den Einen etwas Anderes bedeuten, als für den Anderen. Wenn Herr Günther auch erklärt hat, daß die 6 M keine Rolle spielen und uns erzählt hat, wie es gemacht wird, sie zusammenzubringen, so erscheint mir das Mittel doch zu kleinlich, weshalb ich den Antrag Stegmann zur Annahme empfehle.

Herr Nßmann: Die letzten Worte des Herrn Vorredners könnten den Anschein erwecken, als ob aus den Worten des Herrn Günther hervorgegangen wäre, daß den Arbeitern an den 6 M nicht so viel liege und es ihnen nicht so schwer würde, dieselben aufzubringen. Das ist aber anders aufzufassen, denn wenn die Leute die 6 M großentheils zusammensparen, so geht daraus hervor, wie schwer es ihnen fällt, das Geld aufzubringen und welches große Interesse sie andererseits an der Commune haben. Im Uebrigen möchte ich wünschen, daß auch die übrigen Herren sich der Ansicht des Herrn Vorredners anschließen. Wenn derselbe aber den Leuten die weitere Verpflichtung auferlegen will, daß sie vor dem Bürgerwerden erst längere Zeit hier wohnen müssen, so ist darauf zu erwidern, daß ein Aufenthalt von einem Jahre schon vorgeschrieben ist und diese Bestimmung durch den Antrag auch nicht geändert werden soll. Herr Hauswaldt hat auch erwähnt, daß früher 100 Goldgulden an Bürgergeld bezahlt seien, er hat aber vergessen, anzugeben, welche bedeutenden Berechtigungen die Bürger früher besaßen und wie gering dieselben heute sind. Heute kann Niemand ein materielles Interesse am Bürgerwerden haben, wohl aber war das früher der Fall, als ihm verschiedene Nutzungsrechte zur Seite standen, und die Bürger aus dem Reichtume der Stadt viele Einnahmen schöpften. Damals lag im Bürgerwerden ein Vortheil, der auch ausgenutzt wurde. Unter solchen Verhältnissen ist es allerdings gewissermaßen unmoralisch zu nennen, heut zu Tage für das Bürgerwerden noch eine Gebühr zu verlangen. Da Jeder, der hier Bürger werden will, mindestens ein Jahr ansässig sein muß, so ist auch nicht zu befürchten, daß Jemand, der zur fluctuirenden Bevölkerung gerechnet wird, in die Bürgerrolle aufgenommen wird. Ich bitte nochmals um Annahme des Antrages.

Herr Günther: Ich möchte an den Magistrat die Anfrage richten, ob derselbe alle hier wohnenden braunschweigischen Landeszugehörigen auch auffordert, das Bürgerrecht zu erwerben. Vor 6—7 Jahren sind derartige Schritte einmal, wenn auch ohne großen Erfolg, unternommen. Ebenso wie der Magistrat ein Interesse daran hat, recht viele Bürger zu gewinnen, muß auch die Gemeinde ein Interesse daran haben, die Zahl der stimmberechtigten Bürger nach Möglichkeit vermehrt zu sehen. Früher waren die Rechte der Bürger ganz gewaltig, ich erinnere nur an die Berechtigung, Kinder zum Waisenhaus zu schicken, den Bürgersteig benutzen zu dürfen und dergl. mehr. Da aber jetzt diese Rechte nicht weiter gehen, als daß wir uns für die 6 M das Stimmrecht erlaufen, so muß uns das, wenn wir den so oft gerühmten freisinnigen Charakter der Stadt wahren wollen, veranlassen, den Antrag anzunehmen.

Herr Stadtrath von Frankenberg: Ich kann in Vertretung des Herrn Stadtrath Meyer nur erklären, daß vom Magistrate mit großer Sorgfalt darauf gehalten wird, alle Einwohner, welche zum Bürgerwerden verpflichtet sind, auch

dazu heranzuziehen. Die Listen werden sorgfältig durchgearbeitet und die Hausbogen nachgesehen, ob die Betreffenden Bürger sind oder nicht. Uebrigens habe ich selbst einmal gehört, daß ein Arbeiter dagegen protestirte, zum Bürgerwerden herangezogen zu werden und erklärte, er wollte Diejenigen zur Verantwortung ziehen, welche ihn schon eine ganze Weile damit verschont hatten, da er weiter im Verborgenen blühen wollte.

Herr Replies: Die bis jetzt gehörten Ausführungen sind dazu angethan, den Antrag Stegmann als annehmbar zu bezeichnen. Die geborenen Braunschweiger sind nach den bestehenden Vorschriften verpflichtet, Bürger zu werden und muß der Magistrat sie eventuell dazu auffordern. Wenn für Jemand etwas gethan wird, muß er dafür auch bezahlen, aber hier wird für ihn nichts geleistet, also muß das Bürgerrecht auch unentgeltlich vergeben werden. Der von Herrn Stadtrath von Frankenberg erwähnte Arbeiter hat natürlich nur opponirt, weil ihm die 6 M Bürgergeld zu viel waren, sonst wäre er mit dem Bürgerwerden wohl einverstanden gewesen. Dieses Vorkommniß spricht auch dafür, daß das Bürgerrecht unentgeltlich verliehen werden muß. Im anderen Falle ist aber auch nicht zu befürchten, daß der Andrang zum Bürgerwerden so lebhaft vor sich gehen würde, wie Herr Schöttler das dargestellt hat, denn die meisten Leute müssen erst aus ihrem Staatsverbande ausscheiden und es bedarf vieler Schreiberei, um die braunschweigische Staatsangehörigkeit zu erlangen. Die Mühe, welche sich die Betreffenden geben, um das hiesige Bürgerrecht zu erwerben, beweist zur Genüge, daß ein großes Interesse für die öffentlichen Angelegenheiten bei ihnen vorhanden sein muß. Wenn man dabei noch berücksichtigt, daß die meisten Arbeiter im Verkehr mit den Behörden nicht allzu bewandert sind und sich Rath holen müssen, sowie daß als letzter Act für sie noch das Bezahlen der 6 M kommt, so dürfte wohl Alles dafür sprechen, das Bürgerrecht unentgeltlich zu vergeben. Es kann sich dadurch auch nicht ereignen, daß eine große Masse der fluctuirenden Bevölkerung die Eintragung in die Bürgerrolle beantragen wird, da diese Leute gar nicht das Interesse daran haben, um die erwähnten Opfer zu bringen; ich stehe vielmehr auf dem Standpunkte des Herrn Stegmann, daß bei Ablehnung des Antrages sich nicht weniger Leute zur Bürgerrolle melden werden als bisher. Man kann doch auch nicht unzufrieden darüber sein, daß das politische Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten in der Arbeiterbevölkerung zunimmt, sondern man muß sich darüber freuen. Vor 25—30 Jahren war die Betheiligung an der Wahl der dritten Classe noch außerordentlich gering, ebenso wie es noch heute in der ersten und zweiten Classe der Fall ist, wo Stadtverordnete mit 10—15 Stimmen gewählt worden sind. Jetzt liegt die Sache anders, indem die Bevölkerung hochgebracht wird und in großer Zahl wählt, so daß Jeder, der heute aus der Wahl der dritten Classe als Sieger hervorgeht, sich darauf etwas einbilden kann. Es ist besser, daß die

arbeitende Bevölkerung aufgeführt wird, sich am öffentlichen Leben zu betheiligen, als daß sie in Gleichgültigkeit verharret, und sollte man sich darüber nicht ärgern. Wie der von uns unterstützte Antrag Brückmann, welcher bessere Lehrkräfte für die Volksschule verlangt, so ist auch der Antrag Stegmann geeignet, die Volksbildung zu heben. Man sollte daher den Antrag mit Freuden begrüßen und ihn gern annehmen. Wenn Sie denselben aber doch ablehnen, so nehmen Sie wenigstens den Antrag auf Ermäßigung des Bürgergeldes auf 3 M. an.

Da sich weitere Redner nicht zum Worte gemeldet haben, wird zur Abstimmung geschritten. Ein Antrag des Herrn Ohlendorf auf namentliche Abstimmung findet nicht die erforderliche Unterstützung, weshalb demselben nicht nähergetreten werden kann. Der Antrag Stegmann auf Fortfall des Bürgergeldes wird darauf ebenso wie der Antrag desselben auf Ermäßigung des Bürgergeldes auf 3 M. abgelehnt.

Als sich später herausstellt, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung doch genügend unterstützt war, verzichtet Herr Ohlendorf auf Wiederholung des Abstimmungsverfahrens.

XI. Antrag Wollenweber: Aenderung der Straßenpolizeiordnung.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten Antrag — Seite 71 des Berichtes — hat namens der Statutencommission Herr Wolff zu berichten, daß vorgeschlagen werde, den Antrag zur Erwägung des Magistrates zu stellen, da das Gutachten des Obermeisters der Schlachterinnung der Commission gewichtig genug sei, um die Durchführung des Antrages nothwendig und zweckmäßig erscheinen zu lassen.

Nachdem Herr Wollenweber noch gebeten hatte, mit der Aenderung der Vorschrift nicht zu lange zu warten, damit dieselbe noch im Sommer in Kraft trete,

wird der Antrag der Commission angenommen.

XII. Zulassung eines Vorbaues vor dem Hause Damm N. 9.

Der in der vorigen Sitzung abgelehnte Antrag des Kaufmanns Pieper — Seite 64 des Berichtes —, ihm zu gestatten, einen 2,50 m breiten Vorbau vor seinem, Damm N. 9 gelegenen Hause herzurichten, wird auf Veranlassung des Genannten der Versammlung nochmals vom Magistrate mit dem Antrage unterbreitet, den nunmehr auf 2 m eingeschränkten Vorbau zu genehmigen. Das Trottoir wird an seiner schmalsten Stelle noch eine Breite von 2,80 m behalten, so daß es auch für einen stärkeren Fußgängerverkehr genügend erscheint.

Nach dem Berichte des Herrn Riese hat sich die Baucommission überzeugt, daß dieser Vorbau dem Laden des Herrn Pieper sehr von Nutzen, der

Passage aber nicht zum Schaden sein werde, so daß nunmehr Genehmigung des Antrages empfohlen werde.

Herr Meyerhoff erklärt sich ebenfalls für Genehmigung des Vorbaues in seiner veränderten Form,

während Herr Rathe auch jetzt noch dagegen ist. Es erscheine ihm nicht richtig, die eben erst durchgeführte Verbreiterung einer Straße wieder einzuengen.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

XIII. Elektrische Beleuchtung des Stadtpark-Etablissements.

Nachdem in der letzten Sitzung beschlossen worden ist, für eine Ergänzung der Beleuchtungsanlage vor dem Wirthschaftsgebäude im Stadtpark eine Summe von 451 M aufzuwenden — Seite 44 des Berichtes — gleichzeitig aber den Magistrat zu ersuchen, auch für eine bessere Beleuchtung der Hauptzugangswege zum Stadtpark zu sorgen, ist der Magistrat mit dem Restaurateur Jäger dieserhalb in Verbindung getreten und hat Letzterer bei der Gelegenheit um Einführung elektrischer Beleuchtung seiner Wirthschaftsräume und der Außenplätze gebeten. Nach den eingereichten Kostenanschlägen würde eine solche Anlage 3000 M kosten und hat sich Herr Jäger bereit erklärt, diese Summe mit 5 % zu verzinsen, auch seinerseits die Beleuchtung der Parkwege zu übernehmen, wenn ihm dazu stadtheftig ein Zuschuß in Höhe derjenigen Kosten gezahlt werde, welche durch Speisung und Unterhaltung der 7 Petroleumlaternen der Stadt jetzt erwachsen. Die in der vorigen Sitzung bewilligte Summe von 451 M würde in diesem Falle erspart werden. Vom Magistrat wird ersucht, diesen Antrag anzunehmen.

Herr Fiedel empfiehlt namens der Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage, da deren Durchführung im Interesse der Anlagen des Stadtparkes wünschenswerth erscheine.

Nachdem Herr Bürgermeister Ketemeyer die Vorlage noch näher erläutert hatte, bemerkt

Herr Koch, daß er gewünscht hätte, es wäre im vorigen Jahre bei dem Bürgerpark in gleicher Weise verfahren. Da habe man 800 M für Spirituslampen ausgegeben, welche hinterher, wenigstens bei größerer Kälte, nicht gebrannt haben. Es wäre besser gewesen, man hätte auch dort die elektrische Beleuchtung allgemein eingeführt.

Herr Rathe wünscht, daß es nicht von dem Belieben des Wirthes abhängt, die Zugangswege zu beleuchten und die Beleuchtung abzustellen, wenn er vielleicht einmal keine Gäste mehr habe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die städtischen Behörden sich schon früher auf den Standpunkt gestellt haben, daß keine Veranlassung vorliege, den Park Nachts zu beleuchten, da eine Durchgangsstraße dort nicht vorhanden

sei. Vielleicht könne der Wirth aber verpflichtet werden, die Zugangswege bis 10 Uhr zu beleuchten.

Herr Rathe muß es für durchaus wünschenswerth halten, den Durchgangsweg von der Husaren- nach der Kaiser-Wilhelmstraße Abends zu beleuchten, da sich hier ein lebhafter Verkehr entwickelt habe und es gefährlich sei, die mit Draht eingezäunten Wege in der Dunkelheit zu passiren.

Herr Günther ersucht, eine bestimmte Zeit festzusetzen, bis zu welcher die Zugangswege beleuchtet werden müssen, da dem Wirth das nicht überlassen bleiben dürfe. Er schläge vor, dem Wirth aufzugeben, die Laternen vor 11 Uhr nicht zu löschen.

Herr Fiedel will dazu bemerken, daß es im Interesse des Wirthes selber liege, die Laternen brennen zu lassen, so lange dort Verkehr sei, und dieser sein Interesse schon selbst wahrnehmen werde.

Herr Meyerhoff möchte warnen, dem Wirth aufzugeben, die Zugangswege auf eine bestimmte Zeit zu beleuchten, da es sich hier nicht um Durchgangswege handle. Um von dem Prinzenparke zur Kaiser-Wilhelmstraße zu kommen, könne die Bodestraße benutzt werden. Es würde eine ungerechtfertigte Härte sein, den Pächter noch weiter zu belasten, um so mehr, als sich das Etablissement sehr gut verzinsse und der Pächter stets bereit gewesen sei, für die Neuanlagen auch die Zinsen zu übernehmen. Letzterer werde schon so viel Geschäftsmann sein, um die Wege so lange zu beleuchten, wie er Gäste erwarte.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt und die öffentliche Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7¹/₄ Uhr.

1901|1902.

Nr. 5.**Bericht**

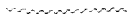
über die

**Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 20. Juni 1901.

**Tagesordnung:**

I. Neubau des Herzoglichen Hoftheaters	Seite 106
II. Feststellung eines neuen Ortsbaustatuts	" 108
III. Nachverwilligung von Kosten für die Instandsetzung der Giersbergstraße	" 130
IV. Erwerb von Flächen an der Goslarischenstraße	" 130
V. Geschäftliche Behandlung der das Herzogliche Hoftheater betreffenden Vorbesprechungen	" 131



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Metemeyer und Stadträthe Haake, Sievers und von Frankenberg, sowie Stadtbaumeister Röttcher.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Engelbrecht, Lange, Löschigt, Lupprrian und Wollenweber.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und theilt zunächst mit, daß von einigen Anliegern der Roßstraße ein Gesuch um Anschluß ihres Straßentheiles an die Wasserleitung eingegangen sei. Da indessen dem Magistrate ein solches Gesuch noch nicht unterbreitet sei, derselbe zu der angeregten Frage also noch nicht habe Stellung nehmen können, so empfehle es sich, auf das Gesuch hier nicht einzugehen, sondern den Gesuchstekern anheimzugeben, sich in der Angelegenheit zunächst an den Magistrat zu wenden.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

I. Neubau des Herzoglichen Hoftheaters.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Ich bitte im Namen des Magistrates hier eine dringliche und wichtige Angelegenheit mündlich zur Verhandlung bringen zu dürfen. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte in der Sitzung vom 6. Juni d. J. — Seite 51 ff. des Berichtes — das Ersuchen an uns gerichtet, unter der Erbietung zu stadtseitiger Subvention dahin zu wirken, daß an Stelle des projectirten Umbaues des Hoftheaters ein Neubau für dasselbe errichtet werde. Wir haben diesem Ersuchen entsprochen und zwar haben wir zunächst eine Eingabe an das Herzogliche Staats-Ministerium gerichtet, davon ausgehend, daß ein Neubau des Herzoglichen Hoftheaters wohl nur dann zu ermöglichen sein würde, wenn auch das Land seinerseits einen Zuschuß leiste. Das Herzogliche Staats-Ministerium hat uns anheimgegeben, wegen dieser Angelegenheit mit der Herzoglichen General-Hofintendantur in Verbindung zu treten, insofern es sich dabei um städtische Interessen handeln sollte. Das wollen wir thun. Nun hat aber inzwischen der Architekten- und Ingenieur-Verein zu dieser Baufrage in der Richtung Stellung genommen, daß ein Neubau des Hoftheaters an anderer Stelle verwerflich, jedenfalls aber ihm ein Umbau vorzuziehen sei. Unter diesen Umständen erscheint es zweifelhaft, ob überhaupt ein Vorgehen des Magistrates zur Erzielung eines Neubaus Erfolg haben werde.

Zu den Erwägungen, welche damals die geehrten Herren und im Anschluß daran auch uns bestimmt haben, in dieser Frage hervortreten, gehört auch die, daß bei einem etwaigen Umbau des Theaters die Vorstellungen vielleicht auf 2 bis 2 $\frac{1}{2}$ Jahre ausfallen müssen, was im Interesse des künstlerischen und gewerblichen Lebens unserer Stadt sehr zu beklagen sein würde. Von dieser Erwägung geleitet und da dem äußeren Vernehmen nach die Veranstaltung von Theatervorstellungen in Brüning's Saalbau auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen soll, glaubt der Magistrat der Frage nähertreten zu sollen, ob es nicht angängig sei, stadtseitig auf dem Grundstücke am Siegesplatze eine geeignete Baulichkeit aufzuführen und für die Dauer des Umbaues des Hoftheaters an die Herzogl. General-Hofintendantur zu verpachten. Zur Klärung dieser Frage wird man sich auch ein Bild davon

machen müssen, ob und wie ein solches Interimstheater nach Ablauf des Pachtverhältnisses noch zu städtischen Zwecken dauernd nutzbar gemacht werden kann, sei es als Circus, zu Theatervorstellungen, oder auf welche andere Weise. Bei Prüfung dieser Frage sind sehr verschiedene Möglichkeiten und Interessen zu berücksichtigen und deshalb richtet der Magistrat an die Versammlung das Ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß eine gemischte Deputation zur Vorprüfung der Frage niedergesetzt werde, ob für den Fall der Ausführung eines Umbaues des Hoftheaters stadtseitig ein Interimstheater zur Verpachtung an die Herzogliche General-Hofintendantur zu errichten sein möchte und in diese Deputation fünf Stadtverordnete zu wählen. Ohne der geehrten Versammlung vorgreifen zu wollen, hatte ich mir gedacht, daß vielleicht die Herren Semler, Südel, Hauswaldt, Lange und Rieß sich an dieser Vorprüfung betheiligen möchten. Es handelt sich dabei also nur um die Begutachtung der Frage, ob es eventuell angängig sei, daß die Stadt durch Errichtung eines Interimstheaters der Herzoglichen General-Hofintendantur entgegenkäme. Die Sache ist dringlich, denn wenn wir uns darauf beschränken, bei der General-Hofintendantur den Neubau wieder ins Vordertreffen zu stellen und wir bekommen vielleicht nach langer Zeit einen Bescheid, daß von einem Neubau abgesehen werden müsse, dann würde es zu spät sein, diesen eventuellen Plan zu prüfen, denn jeder Tag der Verzögerung bedeutet für die General-Hofintendantur eine Geldausgabe.

Der Herr Vorsitzende hält es für angemessen, auf die Sache selbst heute nicht einzugehen, sondern nur an die Versammlung die Frage zu richten, ob sie einverstanden sei, daß eine Anzahl Herren aus der Versammlung zusammentrete, um mit dem Herrn Oberbürgermeister die Frage vorzuberathen. (Zustimmung.) Sodann handle es sich um die Personenfrage.

Nachdem Herr Stegmann vorgeschlagen hatte, an Stelle des Herrn Rieß Herrn Günther in die Deputation abzuordnen,

werden die Herren Hauswaldt, Südel, Lange, Rieß und Semler als Mitglieder der Deputation gewählt.

Der Herr Vorsitzende giebt der Erwartung Ausdruck, daß die Deputation vom Herrn Oberbürgermeister zusammenberufen werde, sobald das nöthige Material vorliege.

II. Feststellung eines neuen Ortsbaustatuts.

Nachdem Herr Bürgermeister Ketemeyer Herrn Stadtbaumeister Röttcher der Versammlung als Commissar des Magistrates vorgestellt hatte und einige Fragen wegen der geschäftlichen Behandlung des vorliegenden Gegenstandes erledigt waren, wird auf Antrag des Herrn Südel beschlossen, demnächst noch eine zweite Lesung des Statutentwurfes vorzunehmen.

Runmehr wird in die Berathung selbst eingetreten und nimmt als Referent der verstärkten Statutencommission zunächst das Wort Herr Wolff: Seit Jahresfrist ist das in einem gedruckten Entwurfe vorliegende Ortsbaustatut in der Berathung. Die Zulässigkeit eines solchen Statuts beschränkt sich auf diejenigen Fälle, in denen die Bauordnung vom 13. März 1899 statutarische Vorschriften zuläßt, oder wo sonst die Grenzen der Statutargefetzgebung innegehalten sind. Statuten sind aber nach §. 2 der Städteordnung zulässig, soweit sie behuf Ordnung und Verwaltung des Gemeinwesens, insbesondere der Ortspolizei erlassen werden sollen, indessen darf darin nichts den Reichs- oder Landesgesetzen Widersprechendes vorgeschrieben werden. Wenn Sie die Tragweite der letzteren Bestimmung erwägen, so werden Sie mir zugeben, daß die wirklich praktischen Fälle, wo die verschiedenen Interessen in der Versammlung sich rege machen, gedeckt werden durch die Fälle, in denen die Bauordnung selbst ein Statut zuläßt. Die übrige Möglichkeit scheidet praktisch so gut wie vollständig aus. Dieses vorausgeschickt muß mit aller Entschiedenheit auf Folgendes hingewiesen werden: Die Bauordnung schreibt bestimmte Dinge vor, ohne Ergänzungen oder Erläuterungen durch ein Statut zuzulassen. Insbesondere ist das auch bei der Terminologie der Fall. Es liegen Anträge in der Richtung vor, gewisse Ausdrücke in der Bauordnung durch das Statut zu verdeutlichen oder festzulegen, jedoch ist das nicht zulässig. Die Bauordnung ist für das Herzogthum geschaffen und wir sind nicht befugt, den Ausdruck des Gesetzes in einer für die Stadt Braunschweig maßgebenden Weise aus- und festzulegen. Weder Verwaltungsbehörden noch der Verwaltungsgerichtshof würden an eine solche Festlegung gebunden sein.

Sodann kommt noch ein besonders wichtiger Gesichtspunkt. Eine Baugenehmigung auf Widerruf ist im Princip unzulässig, nur in den Fällen, welche das Gesetz vorschreibt, ist sie gestattet und das sind vornehmlich die im §. 19 der Bauordnung aufgeführten Fälle. Eine minder wichtige Vorschrift befindet sich im §. 9 der Bauordnung, in welchem die Bebauung eines in künftige Ortsstraßen fallenden Terrains vorgesehen ist. Von diesen Ausnahmefällen abgesehen besteht der Grundsatz, daß einmal genehmigte Bauwerke nicht wieder beseitigt werden können. Auch dadurch ist die Verwirklichung mancher Wünsche unmöglich gemacht.

Hierauf geht die Versammlung zur Durchberathung des gedruckten Entwurfes und der von der Deputation hierzu beschlossenen Aenderungen und Ergänzungen, welche jedem Mitgliede der Versammlung in einem autographirten Hefte zugestellt sind, über, und zwar zum §. 1, betreffend den Baugrund.

Wie der Herr Referent ausführt, haben die Handelskammer und die Handwerkskammer Anträge gestellt, u. A. dahingehend, auch den Begriff des Baugrundes anders zu gestalten. Ueber den Begriff des Baugrundes herrsche nicht genügende Klarheit. Der Begriff sei stets ein einheitlicher. Bezüglich der Eigenschaften des

Baugrundes komme die — vom Referenten sodann erläuterten — §§. 3, 17, 71, 78 und 81 der Bauordnung in Frage. Bei Berücksichtigung dieser Vorschriften habe aber der Wunsch, den Begriff des Baugrundes anders zu gestalten, als im Entwurfe, keine Berechtigung. Es scheine fast, als ob die Antragsteller glauben, daß diese Frage in Bezug auf gewerbliche Etablissements eine wesentliche Rolle spiele, was jedoch nicht der Fall sei. Die städtischen Behörden seien befugt, auch innerhalb des Baugrundes für Fabrikgebäude und sonstige gewerbliche Etablissements besondere Vorschriften zu erlassen, so daß das Interesse der Gewerbetreibenden hiermit überhaupt nichts zu thun habe.

Der Herr Vorsitzende möchte empfehlen, im Interesse der Förderung der Berathung auf unbegründete Anträge, welche von Kreisen außerhalb der Versammlung herrühren, nur insoweit einzugehen, als sie von einem Mitgliede der Versammlung aufgefaßt werden.

Herr Wolff will zu dem schriftlich eingegangenen Antrage, den Baugrund nicht einheitlich festzustellen, nur noch bemerken, daß dieses unmöglich sei, weil man den gegebenen Vorschriften zu folgen habe. Wenn der Antrag noch weiter gehe und wünsche, nach dem Vorbilde Magdeburgs verschiedene Bauzonen einzurichten, so sei das hier bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen theils nicht durchzuführen, theils nicht zu wünschen. Magdeburg habe u. A. Bezirke für altstädtische Bebauung, für äußere beschränkte und für äußere unbeschränkte Bebauung, sowie für Fabrikbebauung. Diese Unterschiede charakterisiren sich wesentlich in der Zulässigkeit der Bebauungsfläche der Gebäudehöhe, des Maximums von Wohngeschossen, der Tiefe der Bebauung, der Möglichkeit, Stallungen zu errichten und, was die Fabrikbebauung anlange, auch in Bezug auf die Construction der Bebauung. In zahlreichen Punkten wolle man aber hier im Entgegenkommen bedeutend weiter gehen, als in Magdeburg, denn dieses schränke z. B. das Maximum der Bebauung ganz verschieden ein, während hier die Bebauung bis zu $\frac{3}{4}$ allgemein zugelassen werde und man kein Bedürfniß empfinde, dieses Maximum für einzelne Stadttheile zu beschränken. Gesundheitslich-polizeiliche Rücksichten liegen aber nicht vor, um für bestimmte Bezirke andere Vorschriften einzuführen. Was die Gebäudehöhe anlange, so habe man hier geglaubt, im Wesentlichen die Straßenbreite zu Grunde zu legen und nur zwischen Außen- und Innenstadt einen Unterschied zu machen. Hinsichtlich der Wohngeschosse sei hier ein Unterschied hinsichtlich einzelner Stadtgegenden nicht gegeben. Der Baugrund reiche bis auf 75 m in die einzelnen Straßen hinein und im Uebrigen kommen die Vorschriften über die Zugänglichkeit der Gebäude in Betracht. Eine Eintheilung der Stadt in weitere Bezirke sei, wie gesagt, theils nicht zweckmäßig, theils nicht möglich. Was die Fabrikbauten anbelange, so habe sich die Deputation auf den Standpunkt gestellt, daß, abgesehen von einzelnen Normen, die sogenannte individuelle Behandlung der einzelnen Fabriken die richtige

sei, daß also, wo zulässig, im Einzelfalle Erleichterung geschaffen werde, während die Ausweisung besonderer Fabrikzonen nicht thunlich sei. Letzteres schon deshalb nicht, weil durch ein Statut nicht bestimmt werden könne, daß dieser oder jener Stadttheil der Fabrikbebauung freigegeben werde. Dagegen erscheine es möglich, einen bestimmten Stadttheil der Fabrikbebauung im gewissen Umfange zu verschließen und habe davon die Deputation auch Gebrauch gemacht, um hierdurch gleichzeitig der Industrie indirect mit zu nützen. Die Eintheilung der Stadt in bestimmte Bezirke habe die Deputation also aus gewichtigen Gründen nicht für acceptabel gehalten, weshalb empfohlen werde, den §. 1 des Statuts in der vorgeschlagenen Fassung zu genehmigen.

Herr Rieke hält die im Absatz 4 des §. 1 vorgesehene Frist von sechs Monaten für die Feststellung des Theil-Ortsbauplans für zu lang und meint, daß sich das Verfahren auch in drei Monaten müßte durchführen lassen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß früher eine Frist von nur drei Monaten vorgesehen gewesen sei und sich herausgestellt habe, daß dieselbe nicht ausreiche. Uebrigens sei ein solcher Fall bis jetzt erst ein einziges Mal vorgekommen. Die Verhandlungen wegen Auslegung des Ortsbauplanes ließen sich manches Mal in sechs Monaten noch nicht zu Ende führen.

§. 1 wird darauf gutgeheißen.

Zu den §§. 2—4 findet sich nichts zu erinnern, während zum §. 5 Herr Wolff zu bemerken hat, daß ihm von anderer Seite eine Aenderung als wünschenswerth bezeichnet sei, indem nämlich industrielle Kreise es für zu hart halten, wenn unter allen Umständen der Bau eines Wohnhauses nur zugelassen werden solle, sofern der baldige Ausbau der angrenzenden Straße bevorstehe. Diese Ansicht scheine ihm erwägenswerth. Es sei vielleicht am Schlusse des §. 5 zu sagen, daß für gewerbliche, landwirthschaftliche und gärtnerische Betriebe, welche solche Wohnhäuser gebrauchen, von dem Erforderniß zu a Abstand genommen werden könne, wenn diese Betriebe gemäß §. 1 auch außerhalb des Baugrundes zugelassen werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer ist zuerst auch der Ansicht gewesen, daß hier vielleicht eine Milderung eintreten könne, hat jedoch diesen Standpunkt wieder aufgegeben, indem er sich sagte, daß nach dieser Fassung die Errichtung eines neuen Etablissements innerhalb des Baugrundes möglich sei, ohne daß irgend ein befestigter Weg vorhanden sei, was ihm schon im Interesse des Betriebes bedenklich erscheine. Ein größeres Etablissement könne ohne befestigte Wege überhaupt nicht auskommen; lege dasselbe aber solche an, dann sei die Vorschrift überflüssig.

Herr Wolff hat hierbei namentlich einen gärtnerischen Betrieb im Auge gehabt, für den es ihm hart erscheine, wenn er den Bestimmungen unterworfen werden solle.

Der Herr Vorsitzende muß das für eine Gefühlsache halten. Seiner Auffassung nach könnten gewerbliche Etablissements ohne Zufahrt nicht bestehen.

Herr Rathe möchte das bestreiten. Die an der Hamburgerstraße liegende Karges'sche Fabrik habe keine befestigte Zufahrt und würde dort ein Feldweg als Zufahrt benutzt, auf dem die Fuhrwerke bis an die Aue in den Sand gerathen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will dazu bemerken, daß diese Fabrik bei ihrer Errichtung seiner Erinnerung nach noch außerhalb des Baugrundes gelegen habe und dort die freieren Bestimmungen zugelassen seien.

Herr Wolff erklärt, von einem Antrage in der angedeuteten Richtung Abstand nehmen zu wollen, da von Sachverständigen seine Anregung nicht aufgenommen sei.

Zum §. 6 „Zugänglichkeit der Grundstücke außerhalb des Baugrundes“ möchte Herr Rathe beantragen, daß die außerhalb des Baugrundes liegenden Etablissements unter allen Umständen einen befestigten Zufuhrweg schaffen müssen, damit Zustände, wie sie bei der Karges'schen Fabrik an der Hamburgerstraße hervorgetreten seien, vermieden würden. Auch bitte er, nach Möglichkeit eine feste Norm für die Breite der Zufahrten zu schaffen und dieses nicht dem Stadtbauamte zu überlassen, weil dasselbe durch den Wechsel der leitenden Personen in der Ansicht hierüber zu verschiedenen Zeiten schwanken könne. Er würde es für zweckmäßig halten, vorzuschreiben, daß die Zufahrten mindestens 3 m breit sein müßten und eine Breite bis zu 5 m verlangt werden könne.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte noch besonders darauf hinweisen, daß der Gesetzgeber davon ausgegangen sei, die Errichtung gewerblicher Etablissements außerhalb des Baugrundes nach Möglichkeit zu erleichtern. Nach dem Inhalte der Vorschrift im §. 17 der Bauordnung habe der Gesetzgeber die städtischen Behörden gar nicht ermächtigt, für das Gebiet außerhalb des Baugrundes eine solche Vorschrift zu erlassen.

Herr Wolters kann nur empfehlen, den §. 6 in der von der Deputation befürworteten Fassung bestehen zu lassen, da die vom Herrn Referenten für das Gebiet innerhalb des Baugrundes angeführten Gründe hier erst recht zuträfen.

Herr Rathe geht von dem Standpunkte aus, daß man bei Schaffung eines neuen Ortsbaustatutes auch für die außerhalb des Baugrundes zu errichtenden Etablissements feste Zufahrten vorschreiben müsse.

Herr Fiedel ist dem gegenüber der Ansicht, daß für die außerhalb des Baugrundes liegenden Etablissements die Feldmarksgemeinden die Wege herzurichten haben und sie dafür die betreffenden Etablissements so hoch mit Beiträgen belasten können, um hierdurch Ersatz zu erhalten. Wenn eine Feldmarksgemeinde das unterlasse, so sei es ihre eigene Schuld. Im Allgemeinen erscheine es ihm dringend erwünscht, den gewerblichen Etablissements alle nur zulässigen Erleichterungen zu

gewähren, damit dieselben namentlich auch bei den ungünstigen Verkehrswegen gegenüber den Etablissements der Nachbarstädte concurrenzfähig bleiben. Wenn das nicht geschehe, werde hier jede gewerbliche Entwicklung um so mehr erschwert, als schon der Baugrund verhältnißmäßig theuer sei.

Herr Wolff möchte hinsichtlich der industriellen Bauten auf den für die Industrie sehr wichtigen §. 19 der Bauordnung verweisen, in welchem die Bauwerke, welche nur auf kürzere Zeit als Hülfsmittel zu Bauausführungen oder zu anderen Zwecken errichtet und nach Erfüllung des Zweckes wieder beseitigt werden sollen, milder behandelt werden können. Ferner sei bezüglich der Höhe der gewerblichen Gebäude eine Maximalgrenze überall nicht eingeführt worden, sondern man habe der Bauordnung selbst folgend zugelassen, daß je nach der Eigenart des fraglichen gewerblichen Etablissements bis ins Ungemessene gebaut werden dürfe. Auch bezüglich der Geschosßzahl seien dieselben an irgend welche Beschränkungen nicht gebunden. Wenn nun bei solchen industriellen Etablissements nach dem insoweit unabänderlichen Gesetze (§. 30 e) größere Höfe und Durchfahrten vorgeschrieben werden können, so liege das im Interesse der Sicherheit des Etablissements selbst. Nach §. 33 der Bauordnung bleibe der Statutargetzeßgebung in den beregten Punkten nur vorbehalten, die Bestimmungen über Höhe der Gebäude, Zahl der Geschosse, zulässige Bebauung eines Grundstücks, Zugänglichkeit der Gebäude, Durchfahrten, Höfe und Entfernung zwischen Gebäuden zu ergänzen und Vorschriften zu erlassen, welche eine noch größere Beschränkung des Bauenden in den genannten Beziehungen bezwecken, so daß die städtischen Behörden nicht befugt seien, Erleichterungen auf diesem Gebiete zu schaffen, wohl aber Erschwerungen. Auch brauchen andererseits nach §. 41 der Bauordnung lästige und schädliche Anlagen in einzelnen Stadttheilen gar nicht, oder nur mit Beschränkungen zugelassen zu werden. Solche Vorschriften seien in Aussicht genommen. Durch dieselben werde auch die Industrie indirect gefördert, denn wenn ganze Stadttheile gegen derartige Anlagen verschlossen werden, so hebe sich naturgemäß das Bedürfnis nach solchen in anderen Stadttheilen und es werde schließlich dahin kommen, daß die Errichtung solcher Gebäude dort zur Gewohnheit werde und mit der Gewohnheit treten dann diejenigen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches in Kraft, welche den gewerblichen Anlagen das Recht zu gewissen Einwirkungen auf Nachbargrundstücke gewähren. In allen diesen Punkten würden der Verammlung im Einzelnen Vorschriften zur Annahme unterbreitet werden, die nach dem Erachten der Deputation dasjenige Maß von Erleichterungen darstellen, welches den Fabriketablissements im Allgemeinen gewährt werden könne.

Herr Ebeling will für den §. 6 in der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung eintreten. Wollte man die von Herrn Rathe empfohlene Fassung annehmen, würde von Jedem, der eine Feldscheune errichte, die Anlegung eines chausfirten Zugangsweges gefordert werden können.

Herr Nolte ist auch für die Beibehaltung des §. 6, zumal da die von Herrn Rathe befürchteten Unzuträglichkeiten sich auch mit den von der Deputation vorgeschlagenen Bestimmungen abstellen lassen. Im Allgemeinen sei es empfehlenswerth, bei der Schaffung von Gesetzen oder Statuten einen möglichst weiten Spielraum zu lassen.

Herr Bürgermeister Metemeyer kann diese Auffassung nicht theilen. Das Stadtbauamt sei an die bestehenden gesetzlichen und statutarischen Vorschriften gebunden und dürfe nicht davon abweichen. Der Antrag des Herrn Rathe sei aber unzulässig und würde höheren Ortes voraussichtlich nicht genehmigt werden. Man könne andere Vorschriften, als die der §. 3 der Bauordnung zulasse, nicht treffen.

Der Antrag Rathe wird darauf abgelehnt und §. 6 in der ursprünglichen Fassung gutgeheißen.

Zu den §§. 8—19 „Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze von Personen“ bemerkt Herr Wolff, es sei von einer Seite angeregt worden, man möge sich hüten, derartige Vorschriften in ein Statut aufzunehmen, weil die Unfallverhütungsvorschriften vollständig ausreichten. Das treffe indessen nicht zu, da Letztere wohl die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, nicht aber auch das Publicum schützen. Ferner erscheine es für die städtischen Behörden als ein Bedürfnis, die Verletzung der gegebenen Sicherheitsvorschriften durch die denselben erlaubten Strafen zu ahnden; die in den Unfallverhütungsvorschriften angeordneten Strafen reichten auch für deren Geltungsgebiet nicht aus, um dieses Bedürfnis zu befriedigen. Die Deputation halte es deshalb für unerlässlich, solche allgemeinen Vorschriften in das Statut aufzunehmen und glaube, daß es zur Vermeidung von doppelten Vorschriften sich empfehle, da, wo keine besonderen Bedenken dagegen rege werden, sich dem Wortlaute der Unfallverhütungsvorschriften möglichst anzuschließen.

Zum §. 9, Abschnitt 8, beantragt Herr Stegmann im 2. Absätze statt „mit einem Vordbrett“ zu sagen „mit einer 1 m hohen Schutzplanke“. Wenn auch die §§. 8—19 für den Arbeiterschutz eine Vesserung in sich schließen, so seien doch — wie der Herr Antragsteller ausführt — bedauerlicherweise die vor etwa 1¹/₂ Jahren dem Magistrate überreichten Wünsche der Bauhandwerker nicht im vollen Umfange berücksichtigt worden, indem manche neuen Bestimmungen sogar Verschlechterungen gegen den jetzigen Zustand bedeuten. Die Deputation hätte sich bei ihren Berathungen nicht allein an die Unfallverhütungsvorschriften halten, sondern auch noch die in anderen Städten bestehenden Vorschriften einholen müssen. Es handle sich bei seinen Anträgen nicht darum, socialdemokratische Ansichten zur Geltung zu bringen, sondern die in langjähriger Erfahrung gewonnenen An-

schauungen und Wünsche der Bauhandwerker zu erfüllen. Ein gewöhnliches Bordbrett von 30 cm genüge nicht, weil die Steinträger mit ihren oft 1 m hohen Trachten leicht einen Stein verlieren können, der über das Bordbrett falle, während eine genügend hohe Schutzplanke dieses verhindere. Diese Einrichtung habe man schon bei manchen Bauten getroffen, weshalb man sie ihrer Zweckmäßigkeit wegen auch zur Vermeidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Parolirern gesetzlich festlegen könne.

Herr Nieß will dazu bemerken, daß die Deputation bestimmte Maßen absichtlich in dem Statutentwurf nach Möglichkeit vermieden habe, weil gerade hierdurch Streitigkeiten und Anzeigen hervorgerufen werden würden. Da es nun aber durchaus nicht verboten sei, das Bordbrett 60 cm hoch zu nehmen und dieses schon jetzt der Verpackung der Gerüste mit Material entsprechend hoch genommen werde, so genüge die von der Deputation vorgeschlagene Bestimmung auf jeden Fall, und bitte er um Annahme derselben. Ein Herunterfallen von Steinen oder Holz lasse sich auch bei einer 1 m hohen Schutzplanke nicht vermeiden.

Herr Wolters schließt sich diesen Ausführungen an. Wenn man das Herunterfallen von Steinen vermeiden wolle, müßte die Schutzplanke noch erheblich höher als 1 m genommen werden.

Herr Stegmann muß es trotzdem für richtiger halten, bestimmte Vorschriften wegen der Höhe der Schutzvorrichtung zu erlassen. Ein Brett sei höchstens 30 cm und nicht 60 cm hoch.

Herr Hauswaldt würde sich für den Antrag Stegmann erklären, wenn es sich dabei tatsächlich um einen Wunsch der Arbeiter handle und der Erfüllung desselben nicht erhebliche Schwierigkeiten im Wege stünden.

Herr Nieß bittet, alle Bestimmungen, welche die Ausführung der Bauten vertheuern und demnach auch die Miethen hinterher erhöhen, nach Möglichkeit zu vermeiden, weil hierunter am meisten Diejenigen leiden, welche man schützen wolle. Bei einem Bau an der Kaiser-Wilhelmstraße schlage das weniger ins Gewicht, als bei einem Bau am Madamenwege. Wenn die Vorschläge des Herrn Stegmann angenommen würden, müßten gerade die kleinen Betriebe erheblich darunter leiden. Sodann wolle er noch auf Folgendes hinweisen. Die Unfallverhütungsvorschriften müssen auf jeder Betriebsstätte ausgehängt und von dem betr. Geschäftsinhaber studirt und befolgt werden. Damit das geschehe, habe die Berufsgenossenschaft drei Beamte angestellt, welche ihre Bezirke dauernd zu bereisen und die Erfüllung der Vorschriften zu überwachen haben. Wer dieselben nicht befolge, werde in Strafen bis zu tausend Mark genommen, oder er werde dauernd in eine höhere Gefahrenklasse eingeschätzt, als sonst sein Gewerbe erfordere. Wenn man nun hier von den Unfallverhütungsvorschriften abweichende Bestimmungen schaffe,

so zwingt man den Unternehmer, auch noch diese Bestimmungen zu befolgen. Deshalb habe die Deputation geglaubt, sich bei diesen Vorschriften von der Anordnung fester Maße fernhalten und sie im Wesentlichen den Unfallverhütungsvorschriften anpassen zu sollen. Letztere seien bei einer vom Reichsversicherungsamte kürzlich veranlaßten Revision als vollständig genügend anerkannt worden und auch die bei dieser Revision thätig gewesenen Arbeitervertreter haben eine Verschärfung der Vorschriften nicht für nöthig gehalten. Auch an der Hand dieser Thatsache könne er nur empfehlen, die von der Deputation vorgeschlagenen Bestimmungen beizubehalten.

Herr Günther kann als Laie nicht verstehen, wie man sich gegen den Wunsch, für den Arbeiter eine Sicherheit zu schaffen, sperren könne. Wenn von Herrn Wolters gesagt werde, daß selbst ein 1 m hohes Gitter das Herabfallen von Steinen nicht verhindern könne, so spreche dieses doch dafür, mindestens ein solches Gitter zu fordern. Es komme ihm fast vor, als ob Herr Rieß aus Sparsamkeitsgründen gegen den Antrag Stegmann sei. Da solche Gründe indessen nicht maßgebend sein dürften, bitte er um Annahme dieses Antrages.

Herr Rieke möchte ersuchen, das Wort „Bordbrett“ abzuändern in „Bordplanke“, dann treffe man wohl das Richtige. Im Abschnitt 9 des §. 9 sei auch von einer Brustwehr die Rede. Die Bretter einer solchen Planke ständen 5–6 cm auseinander und könnte dieselbe eine Vertheuerung nicht herbeiführen, weil die Bretter sich wieder anderweit verwenden ließen.

Herr Wolff will noch besonders betonen, daß die Deputation den von ihr vorgeschlagenen Wortlaut einstimmig gutgeheißen habe.

Herr Stadtbaumeister Röttcher ist der Ansicht, daß die Vorschrift in der von der Deputation empfohlenen Fassung vollständig genüge und kein Grund vorliege, ein höheres Maß für die Umrandung vorzuschlagen, zumal da die Materialien gar nicht 1 m hoch auf die Gerüste gepackt werden dürfen. Bordbretter in Höhe bis zu 50 oder 60 cm und eine Schutzstange darüber dürften vollständig genügen.

Herr Meyerhoff möchte nicht empfehlen, eine bestimmte Höhe des Bordbrettes vorzuschreiben, weil dadurch nur allen möglichen Schienen Thor und Thür geöffnet sein würde. Um jedoch den geäußerten Wünschen entgegenzukommen, schlage er vor, im Absatz 1 des Punktes 8 zu sagen: „ein Bordbrett in der Höhe des darauf lagernden Materials“.

Herr Wolters würde es für richtiger halten, bei den Commissionsvorschlägen zu bleiben, da er in den Abänderungsanträgen keinen besseren Schutz für die Arbeiter erblicken könne.

Herr Stegmann will auf seinen Antrag zu Gunsten des Antrages Meyerhoff verzichten.

Herr Bürgermeister Metemeyer macht darauf aufmerksam, daß die Verhandlung jetzt einen anderen Verlauf nehme, da Herr Meyerhoff seinen Änderungsantrag zum Absatz 1 des Punktes 8 gestellt habe, während Herr Stegmann ursprünglich den Absatz 2 habe ändern wollen.

Der Punkt 8 wird darauf in folgender Fassung genehmigt:

„Werden Materialien auf dem Gerüstbretterbelage abgelagert, so sind Bordbretter in der Höhe der darauf zu lagernden Materialien zum Schutze gegen herabfallende Theile derselben hochkantig, dicht an das Gerüst anstoßend, anzubringen und zu befestigen“.

Den Punkt 10 des §. 9 beantragt Herr Stegmann folgendermaßen zu fassen:

„10) Hebelgerüste (sogen. fliegende Gerüste) dürfen mit Baumaterial in größerem Maße nicht belegt werden, sie müssen im Innern der Gebäude sicher befestigt und an den Außenseiten mit einem Bordbrett und einer sicheren Brustwehr versehen sein“.

Zur Begründung führt der Herr Antragsteller aus, daß die von der Deputation empfohlene 35 cm hohe Umwehrung nicht sicher genug sei, weil sie beim Stolpern nicht ausreichend gegen das Herabfallen schütze. Eine Brustwehr anzubringen, könne nicht schwer fallen und die Kosten müßte das Baugewerbe um so mehr tragen können, als die Inhaber von Baugeschäften am besten zu verdienen scheinen, was daraus hervorgehe, daß man nirgends so viele Emporkömmlinge finde, als gerade bei diesem Gewerbe.

Herr Rieß würde am liebsten dafür stimmen, diese Hebelgerüste überhaupt zu beseitigen. Da sich dieselben indessen bei kleineren Reparaturen an der Außenseite des Gebäudes mit Rücksicht auf die verhältnißmäßig hohen Kosten anderer Gerüste nicht vermeiden lassen, so habe er gegen den Änderungsantrag des Herrn Stegmann nichts einzuwenden.

Herr Sander tritt ebenfalls für die Aenderung ein, damit die so gefährlichen Hebelgerüste möglichst sicher gestaltet werden.

Herr Wolff will nach den Ausführungen der Vorredner keinen Anstand nehmen, den Antrag Stegmann zur Annahme zu empfehlen, da derselbe zweckmäßig zu sein scheine.

Herr Meyerhoff möchte noch Aufklärung darüber haben, ob die Brustwehr durch ein vorgenageltes Brett gebildet werden könne (Zustimmung), oder wie dieselbe hergerichtet werden solle. Wenn nicht eine dichte Brustwehr gefordert werde, sei er auch für die Aenderung.

Herr Rieke kann nicht verstehen, daß die Hebelgerüste gerade die schlechtesten Gerüste sein sollen, da sie noch besser seien, als die hängenden Gerüste. So lange

Fachwerksbauten existiren, würden die Hebelgerüste auch nicht aus der Welt zu schaffen sein. Er bitte ebenfalls um Annahme des Änderungsantrages.

Der Punkt 10 des §. 9 wird darauf nach einigen Bemerkungen der Herren Wolters und Rieß in der von Herrn Stegmann vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Zum §. 14 des Entwurfs bemerkt der Herr Referent, daß ein Unterschied gemacht sei zwischen provisorischen und endgiltigen Anlagen, welchen Herr Stegmann zu beseitigen wünsche.

Herr Stegmann begründet darauf folgenden Abänderungsantrag: Der §. 14 soll im Eingange lauten:

„Bei allen Gebäuden sind sämtliche hölzerne und eiserne Balkenlagen, auch die des Kellers, sofort nach ihrer Verlegung zu staten, mit Einschub zu versehen, oder mit Dielen abzudecken, bezw. die eisernen Balkenlagen mit Beton, oder einer anderen festen Decke zu versehen oder einzumöblen. Alle zur Arbeit oder zum Verkehr dienenden Stellen sind mit mindestens 50 cm breiten Bohrlängängen zu versehen. Die Treppenträume, die zur Ueberwölbung zc. . . .“

Es sei nöthig, daß die Balkenlagen in den Neubauten sofort abgedeckt werden, damit Unfälle vermieden werden. Da die Vorschriften in Hamburg, Essen zc. gleiche Bestimmungen enthalten, so bitte er, im Interesse der Sicherheit die Aenderung anzunehmen.

Herr Rieß kann dazu mittheilen, daß bei der letzten Durchsicht der Unfallverhütungsvorschriften eine Bestimmung angenommen worden sei, nach welcher die Balkenlagen gedeckt sein müssen, sobald die Mauern des nächsten Geschosses die Höhe von 1,50 m erreicht haben. Hierdurch erreiche man im Gegenseize zum Antrage Stegmann, daß nicht der ganze Bau zum Stillstande verurtheilt werde, wenn sich eine sofortige Abdeckung der Balkenlage nicht ermöglichen lasse.

Herr Rathe muß eine sofortige Ausstattung der Balkenlagen für durchaus nothwendig halten, da man bei der Weiterführung des nächsten Geschosses bis auf 1,50 m Höhe schon über den gefährlichsten Punkt weg sei. Er bitte um Annahme des Stegmann'schen Antrages.

Herrn Wolff scheint es nothwendig zu sein, die neuen Unfallverhütungsvorschriften so viel als möglich zu adoptiren und, dem Vorschlage des Herrn Rieß entsprechend, den ersten Satz des zweiten Absatzes von §. 14 im Eingange wie folgt zu fassen:

„Alle Balkenlagen sind möglichst bald nach ihrer Verlegung, unbedingt aber dann, wenn die Mauern des nächsten Geschosses die Höhe von 1,50 m erreicht haben, zu staten, mit Einschub zu versehen, . . .“

Von den weitergehenden Bestimmungen des Herrn Stegmann bitte er abzusehen.

Herr Stegmann tritt nochmals für seinen Antrag ein, bemerkend, daß durch denselben ein Feiern der Arbeiter, speciell der Maurer, nicht einzutreten brauche.

Herr Meyerhoff bittet, es bei den Vorschriften, wie sie die Herren Nieß und Wolff vorschlagen, zu belassen. Die Maurer würden durch den Antrag Stegmann mehr geschädigt, als man ihnen nutzen könne. Ein Feiern der Maurer lasse sich unter Umständen gar nicht vermeiden. Im Uebrigen pflege eigentlich der Einschub auf sämtlichen Neubauten sofort mit zur Stelle zu sein.

Herr Göcke möchte noch darauf hinweisen, daß die von Herrn Nieß vorgeschlagene Fassung bei der Verathung der Unfallverhütungsvorschriften erst nach eingehenden Erwägungen für gut befunden sei. Um nun die Vorschriften des Statuts mit den Unfallverhütungsvorschriften auch hier in Einklang zu bringen, empfehle er, den Antrag des Herrn Nieß gutzuheißen. Bei einer Höhe der Mauern bis zu 1,50 m über der Balken- oder Trägerlage könne ein Unglück nicht leicht vorkommen und die Maurer wären dann auch im Stande, ruhig weiter zu arbeiten und brauchten nicht zu feiern, bis die Abdeckung erfolgt sei, was auch für den Bau selbst von Vortheil wäre.

Herr Sander empfiehlt den Antrag Stegmann zur Annahme, da derselbe hier schon vielfach gehandhabt werde und sich als nothwendig erwiesen habe. Eine große Ausgabe werde dessen Durchführung nicht verursachen, da die Balken doch immer mit Brettern abgedeckt werden müssen. Beton werde wohl Niemand verwenden, so lange das Dach nicht auf dem Hause sitze.

Herr Nieß kann diesen Ausführungen nicht zustimmen, da es unzulässig sei, Schalbretter zum Abdecken zu verwenden. Die vom Herrn Referenten vorgetragene Fassung würde sich auf alle Bauten beziehen. Bei gewöhnlichen Wohnhäusern bringen die Zimmerleute den Einschub gleich mit, bei anderen Gebäuden indessen nicht. Die Abdeckungen haben bei Regiebauten die Regiebauunternehmer, bezw. die Bauverwaltung zu besorgen, während dieses bei allen übrigen Bauten von Denjenigen zu besorgen sei, welche die Balkenlage anzubringen haben. Da nun aber jede Eisenhandlung die eisernen Balken liefern könne, so frage es sich, wer in solchem Falle die Abdeckung zu besorgen habe. Wenn nicht gestattet werde, daß die Maurer von draußen weiter arbeiten dürfen, so müßte eventuell der Bau so lange eingestellt werden, bis die Abdeckung herbeigeführt sei. Aus diesem Grunde bitte er um Annahme seines Vorschlages.

Herr Blasius würde es bei den auseinandergehenden Ansichten der sachverständigen Mitglieder der Versammlung für richtig halten, wenn Herr Stadtbau-meister Röttcher auseinandersehen wollte, weshalb nicht die strengeren Bestimmungen

von der Deputation in Vorschlag gebracht seien, bezw. ob er dieselben für notwendig halte.

Herr Stadtbaumeister Röttcher erwidert, daß er die von der Deputation empfohlenen Bestimmungen für ausreichend erachte und er sich auch in den Sitzungen der Deputation für diese Fassung ausgesprochen habe.

Herr Rathe kann sich den Anschauungen der Herren Nieß und Meyerhoff, welche nur auf Ersparungen hinauslaufen, nicht anschließen, da den Arbeitern durch sofortige Abdeckung der Balkenlagen Schutz geboten werden müsse, gleichviel ob es sich um eiserne oder um hölzerne Balkenlagen handle. Es sei ihm bei seinen Bauten häufig passiert, daß Steine von oben durchfielen, wenn nicht ganz pünktlich abgedeckt sei. Auch der Bauherr könne in Ungelegenheiten kommen, sobald diese Vorschriften nicht befolgt werden. Deshalb solle man die Vorsichtsmaßregeln in möglichst genügender Weise treffen, zumal viel mehr Unglücksfälle vorkommen, als man in den Blättern lese. Er empfehle wiederholt den Antrag Stegmann zur Annahme.

Herr Meyerhoff möchte Herrn Rathe erwidern, daß er von Ersparungen nicht gesprochen, sondern angeführt habe, die Maurer würden bei solcher Vorschrift öfter nicht weiter arbeiten können, weshalb er empfehle, es bei den Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften zu lassen.

Herr Wolff ersucht, dem Grundsatz zu folgen, die Unfallverhütungsvorschriften insoweit anzunehmen, als nicht zwingende Gründe zu einer Aenderung derselben vorliegen. Die Organe, welche diese Vorschriften geschaffen haben, seien bestrebt gewesen, für die Arbeiter nach Möglichkeit einen Schutz herbeizuführen, weshalb es sich empfehle, diesen Vorschriften zu folgen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Stegmann abgelehnt und der §. 14 in der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung mit der von Herrn Nieß beantragten Aenderung angenommen.

Zum §. 17 schlägt Herr Wolff vor, am Schlusse statt „namhaft zu machen“ zu sagen: „zu benennen“.

Die Aenderung wird gutgeheißen.

Zum §. 20 stellt Herr Stegmann den Antrag, einen neuen Punkt 1 folgenden Wortlauts einzufügen:

„Bei Herstellung der Dächer auf Neubauten müssen die vorhandenen Bangerüste und zwar nicht tiefer als $1\frac{1}{2}$ m unter dem Dachgesims, in ganzer Breite mit Brettern dicht schließend abgedeckt und an den Außenseiten mit einem 1 m hohen Bordbreit versehen, so lange liegen bleiben, bis die Dachdecker- und Klempnerarbeiten, sowie die Tischler- und Maler-

arbeiten am Dachgesims fertiggestellt sind. So lange auf dem Dache gearbeitet wird, dürfen auf dem Außengerüste an den betreffenden Seiten andere Arbeiten nicht verrichtet werden“.

Bei Annahme dieses Antrages würden die Punkte 1—4 als Punkte 2—5 zu bezeichnen sein.

Zur Begründung führt der Herr Antragsteller aus, daß diese Bestimmung dazu dienen solle, die Dachbeder, Maler und Tischler, welche am Dachgesims Arbeiten vorzunehmen haben, vor einem tiefen Falle zu schützen und die sonstigen Arbeiter davor zu bewahren, daß sie von herabfallenden Baumaterialien und Werkzeugen getroffen werden. Wenn auch das oberste Gerüst schon jetzt vielfach liegen bleibe, so werde es zum Theil doch auch fortgenommen und im Innern des Baues verwendet, was vermieden werden müsse. Der Antrag könnte auch dahin geändert werden, daß man sage, das Maurergerüst solle so liegen bleiben, wie es sei. In Frankfurt a. M. und Essen habe man ähnliche Bestimmungen getroffen.

Herr Wolters muß den ersten Theil des Antrages für überflüssig halten, weil im §. 9, Absatz 1 schon eine entsprechende Bestimmung getroffen sei. Den zweiten Theil des Antrages — das Gerüst so lange stehen zu lassen, bis gewisse Arbeiten erledigt seien — halte er für gut.

Herr Bürgermeister Netemeyer möchte darauf hinweisen, daß eine derartige Vorschrift schon in dem gedruckten Entwurfe (§. 9, 5) enthalten gewesen, aber von der Deputation gestrichen und durch den Absatz 3 des Punktes 1 im §. 20 ersetzt sei. Darnach könne die Baupolizeibehörde bei umfangreichen oder besonders gefährlichen Dacharbeiten besondere Sicherheitsmaßregeln anordnen. Bei der weiteren Vorschrift, das Gerüst noch eine bestimmte Zeit stehen zu lassen, stoße man auf rechtliche Schwierigkeiten. Das Gerüst bis 1 m unter dem Dache richte der Maurermeister her und dieser könne unmöglich durch Statut gezwungen werden, das Gerüst so lange stehen zu lassen, bis auch der Dachbeder mit seinen Arbeiten fertig sei. Richtiger würde es schon sein, zu sagen, daß Jeder, welcher einen Bau ausführe, auch die nöthigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen habe.

Herr Göcke würde es mit Freuden begrüßen, wenn es gelänge, statutarisch festzulegen, daß die Maurer die Gerüste bis zur Beendigung aller äußeren Arbeiten am Hause liegen zu lassen hätten. Heut zu Tage pflegten die Maurer ihre Gerüste sofort herunterzureißen, wenn sie sie nicht mehr gebrauchten, was nicht zweckdienlich sei. Aus diesem Grunde unterstütze er den Antrag Stegmann.

Herr Rieß möchte noch auf ein Bedenken gegen den Antrag hinweisen. Wenn die Maurer das Gerüst liegen lassen, so kommen nach ihnen vielleicht die Maler und ziehen sich die Bretter dorthin, wo sie sie gebrauchen, oder kippen ein paar Kalktuben um und legen Bretter darauf. Wer trage nun wohl die Ver-

antwortlichkeit für das Gerüst, wenn die Maler davon wieder fortgehen und es falle Jemand mit dem Gerüste um? Nach §. 12 der Unfallverhütungsvorschriften sollen sich die anderen Handwerker, welche ein Gerüst benutzen, selbst davon überzeugen, ob dasselbe sicher sei, nicht aber die Maurer, welche man dafür verantwortlich machen wolle. (Widerspruch.)

Herr Wolters kann bei Lage der Sache nur empfehlen, solche Außenarbeiten am Hause ohne Gerüst statutarisch zu verbieten, dann komme man über die Schwierigkeiten am besten weg und veranlasse die Handwerker, sich über die Belassung des Gerüsts zu einigen.

Herr Wolff ist der Ueberzeugung, daß die dabei vorkommenden Fälle mit statutarischen Vorschriften nicht zu treffen seien und es sich empfehle, die Vorschläge der Deputation mit der Ergänzung anzunehmen, daß der letzte Absatz des Punktes 1 wie folgt beginne: „Bei Neubedachungen und sonstigen umfangreichen oder . . .“.

Die Versammlung lehnt darauf den Antrag Stegmann ab und genehmigt den §. 20 in der von der Deputation, bezw. Herrn Wolff vorgeschlagenen Fassung.

Dem §. 22 wünscht Herr Stegmann statt „Offene Coaksfeuer“ die Ueberschrift „Arbeiten im Innern der Bauten“ und folgenden neuen Absatz 1 zu geben: „Vom 15. October bis 15. April dürfen Stuckateur-, Putz-, Töpfer-, Tischler-, Maler- oder sonstige Arbeiten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Thüren und Fenster, eventuell provisorisch, geschlossen sind.“

Die von der Deputation beantragten Bestimmungen des §. 22 bleiben daneben als Absatz 2 und 3 bestehen.

Herr Wolff muß diesen Antrag für undurchführbar halten. Die Witterung sei in der Zeit so außerordentlich verschieden, daß man bestimmte Vorschriften für eine fest abgegrenzte Zeit gar nicht geben könne. Aus diesem Grunde meine die Deputation, daß eine Festlegung nicht thunlich sei. Sie glaube ferner, daß sich diese Angelegenheit von selbst regele und einer statutarischen Ordnung nicht bedürfe.

Herr Stegmann ist dem gegenüber der Meinung, daß hier etwas Positives geschaffen werden müsse. Die Bauhandwerker leiden insbesondere an Erkältungen und Lungenkrankheiten, so daß sie des Schutzes dagegen bedürfen. Noch schlimmer liege die Sache für die Töpfer, welche im Innern des Baues arbeiten müssen und sich nicht warm arbeiten können, so daß solche Arbeiten für diese, wenn sie der Zugluft ausgesetzt werden, noch gefährlicher seien, als wenn sie im Freien arbeiten. Deshalb müsse eine solche Bestimmung, wie man sie auch im Hamburger Baupolizeigesetz habe, getroffen werden. Wenn Herr Rieß vielleicht wieder meine, daß dieses Kosten verursachen könne, so dürfe das doch nicht abhalten, die nothwendigen Schutzvorrichtungen zu treffen, denn wenn die Bauunternehmer deshalb anderwärts nicht zu Grunde gehen, so werde das wohl auch hier nicht zu befürchten sein.

Herr Meyerhoff kann diesen Antrag zur Annahme nicht empfehlen, weil man oft um Weihnachten und im Februar das herrlichste Wetter habe und doch nicht durch Statut angeordnet werden könne, auf jeden Fall während des Winterhalbjahres Fenster und Thüren in einen Neubau zu bringen. Damit geschehe auch den Arbeitern kein Vortheil, denn ein Stuckateur könne z. B. nicht arbeiten, wenn ihm die Arbeit unter den Händen trockne.

Herr Nieß ist bekannt, daß nach einer vom Regierungspräsidenten in Hannover unterm 2. October 1900 erlassenen Polizeiverordnung thatsächlich die Bauten vom 15. November bis 15. März geschlossen sein sollen. Man halte doch aber die Bauten, so lange das Wetter dieses erlaube, offen, um ihnen zu gönnen, daß sie mit Hülfe der durchstreichenden Luft austrocknen, und richte sich nicht blind nach der Verordnung eines Regierungspräsidenten, der sich doch auch geirrt haben könne. Es sei noch nicht einmal sicher, ob diese Verordnung nicht schon wieder abgestellt sei, ehe die Bestimmung hier zur Einführung gelangen könne, und brauche man doch auch nicht jede Thorheit mitzumachen. Die Arbeiten, welche hier geschützt werden sollen, ließen sich außerdem gar nicht bei zu niedriger Temperatur ausführen.

Herr Stegmann: Für den Vorredner sei es kennzeichnend, daß derselbe solche Vorschriften als eine Thorheit bezeichne

Vorsitzender: Das sei nicht geschehen, sondern Herr Nieß habe ganz im Allgemeinen gesprochen.

Herr Stegmann möchte auf die Einrede des Herrn Meyerhoff noch erwidern, daß die Arbeiter bei schönem Wetter natürlich Thür und Fenster nicht verschlossen halten würden (Widerspruch), während sie bei schlechtem Wetter das Schließen der Thüren und Fenster müßten verlangen können.

Herr Nieß will seinen Ausführungen noch ergänzend hinzufügen, daß in derselben Verordnung stehe, es könnten die Fensteröffnungen auch mit Brettern zugenagelt werden. So könne man sich beim Erlaß von Verfügungen irren.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte seiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, wie Herr Stegmann sich die Ausführung und Controlirung solcher Vorschriften denke. Wenn hier dem Antrage gemäß beschlossen würde, dürften auch bei gutem Wetter die Fenster nicht geöffnet werden, sondern sie müßten entweder geschlossen bleiben, oder die Arbeiter müßten aufhören zu arbeiten. Herr Stegmann habe durch seine Darlegungen documentirt, daß es richtiger sei, der Sache ihren Lauf zu lassen.

Herr Peplies kann in dem Antrage Stegmann keinen Widerspruch finden, da derselbe bezwecke, daß die Fenster und Thüren rechtzeitig herbeigeschafft würden, um bei schlechtem Wetter sofort Verwendung finden zu können. Im Uebrigen gebe

es in der Zeit schon oft kalte Tage und sei es erwiesen, wie nachtheilig die Zugluft wirken könne.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß dieser Auslegung des Antrages widersprechen. Wenn derselbe so verstanden werden solle, wie Herr Peplies meine, müßte er anders gefaßt und gesagt werden: wenn das Wetter die Anbringung von Fenstern und Thüren erfordere. Wollte man das aber thun, müßte der Stadtbaumeister jedesmal feststellen, ob das Wetter solches zulasse, was doch wohl nicht angängig sei.

Herr Meyerhoff würde es für eine unnöthige Erschwerung des ganzen Ortsbaustatutes halten, wenn man diese Bestimmung in dasselbe hineinbringen wollte. Die Töpfer und die Stuckateure arbeiten in Folge der Vorschriften ihres Gewerkschaftskartells während des Winters nicht in ungeschlossenen Räumen und einen Maler habe er auch noch nicht gefunden, welcher in einem Gebäude mit Zugluft und einer Temperatur unter Null Grad Decken gestrichen habe. Die Arbeiter müßten geschützt werden und könnten eben nicht arbeiten, wenn der Bauherr keine Fenster in das Gebäude hineinbringe, weil er dasselbe vielleicht wolle durchfrieren lassen.

Nach Annahme eines Schlußantrages wird der Antrag Stegmann abgelehnt.

Den Eingang des §. 23 beantragt Herr Stegmann folgendermaßen zu fassen:

„Auf jeder Baustelle sind überdachte, mit Brillensitzen und Stoßbrettern versehene, in Abtheilungen für je eine Person getrennte Abortsanlagen herzurichten;“

Zur Begründung des Antrages führt Herr Stegmann aus, daß wegen der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung: „Auf jeder Baustelle sind angemessene Abortsanlagen herzurichten“, sehr leicht Streitereien zwischen Arbeitern und Parlierer entstehen können, da Erstere etwas für sehr unangemessen halten können, was Letzterer für angemessen ansehe. Es handele sich darum, daß bei diesen Anlagen den allernächsten Anforderungen an Sitte und Anstand entsprochen und auch ein Hineinfallen in die Grube verhindert werde. Außerdem erscheine es nothwendig, daß die Aborte überdacht würden, um bei schlechter Witterung Schutz zu bieten und bei Sonnenhitze eine Verbreitung der aufsteigenden Dünste zu verhindern. Selbstverständlich müßte das Dach auch einen Luftabzug erhalten. Solche Einrichtungen ließen sich einfach und billig herstellen.

Herrn Wolff erscheinen die von der Deputation vorgeschlagenen Bestimmungen ausreichend zu sein, da die Baupolizeibehörde darüber zu befinden habe, was als angemessen zu erachten sei.

Herr Stadtbaumeister Röttcher möchte erklären, daß er die Anforderungen des Herrn Stegmann für durchaus nothwendig erachte und er diese Forderung bei

seinen Revisionen ebenfalls stellen würde, sofern sich dabei minderwerthigere Einrichtungen vorfinden sollten.

Herr Günther kann Herrn Wolff nicht ganz Recht geben, da die Wünsche der Versammlung nur dann erfüllt würden, wenn die Baupolizeibehörde ihre Pflicht im vollen Maße thue. Unter dem ehemaligen Polizeihauptmann Schlemm seien die Vorschriften einmal sehr strenge gehandhabt worden. Wenn Herr Meyerhoff meine, es sorgten die Gewerkschaften für die Interessen der Arbeiter, so müsse man berücksichtigen, daß dieses nur Anlaß zu Streitigkeiten gebe. Es sei doch wunderbar, daß die von sachverständigen Leuten gemachten Vorschläge bekämpft würden, nicht etwa, weil sie für schädlich gehalten würden, sondern nur, weil sie gerade von dieser Seite kämen. (Widerspruch.) Er halte die beantragten Bestimmungen für nothwendig und bitte um deren Annahme.

Herr Kieke will erklären, daß er der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung in der Erwartung zugestimmt habe, daß die Baupolizeibehörde diese Anlagen strengstens überwachen werde.

Herr Wolff möchte bestätigen, daß diese Erwägungen auch in der Deputation maßgebend gewesen seien. Man habe geglaubt, daß eine aufmerksame Baupolizei auch dann nöthig sei, wenn ganz specielle Vorschriften erlassen würden.

Herr Kieß will darauf hinweisen, daß die vielfach mit wichtigen Gründen bekämpften Vorschläge der Deputation sich auch gegen Herrn Kieke als Mitglied derselben richten.

Der Antrag Stegmann wird darauf verworfen und der §. 23 in der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Zum §. 24 beantragt Herr Stegmann, statt der letzten beiden Zeilen des ersten Absatzes, welche lauten: „Die Fußböden sollen gegen Kälte geschützt, die Wände und Dächer dicht sein“, zu sagen:

„Sie sind mit trockenem dichtem Holzfußboden zu versehen, die Wände und Dächer müssen wetterdicht sein“.

Herr Stegmann erkennt an, daß der §. 24 viele Verbesserungen gegen früher aufweise und hinsichtlich der Beschaffenheit der Baubuden nur die Vorschrift eines Holzfußbodens fehle. Da man die Baubuden theilweise mit Steinpflaster ausgelegt habe, ein älterer Arbeiter auf demselben aber leicht kalte Füße bekomme, so wäre es besser, einen Holzfußboden vorzuschreiben. Mehrere Bauunternehmer haben auch schon transportable Baubuden mit Holzfußboden angeschafft, was sich sehr empfehle.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß diesen Vorschlag für bedenklich halten, da selbst hier im Saale kein Holzfußboden sei.

Herr Stadtbaumeister Röttcher hält einen Holzfußboden nicht für unbedingt erforderlich, da sich die Masse auch anderweit genügend abhalten lasse. In vielen Fällen genüge ein tennenartiger Fußboden, wie man ihn auf den Scheunen habe, vollständig und nur dort, wo eine Höherlegung desselben über Terrain wegen des schlechten Untergrundes erforderlich werde, könnte ein Holzfußboden zweckmäßig angebracht werden.

Die Versammlung lehnt hierauf den Antrag Stegmann ab und genehmigt den §. 24 in der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung.

Als §. 24a wünscht Herr Stegmann folgende Bestimmungen eingefügt zu sehen:

„Der Arbeitgeber ist verpflichtet, auf jeder Baustelle einen staubdicht verschließbaren Sanitätskasten zu unterhalten, welcher mindestens enthalten muß:

- 200 g 3procentige Lysollösung,
- 10 g Lysol,
- 100 g Leinöl-Kalkwasser mit 1procentigem Thymol,
- 10 g Ammoniakflüssigkeit,
- 10 g Hoffmannstropfen,
- 1 Rolle Sublimatwatte,
- 1 Stück Bor-Lint,
- 1 Stück entfettete Watte,
- 1 Blechbüchse mit Stückenzucker,
- 1 Löffel aus Sublimatwatte,
- 5 große dreieckige Tücher,
- 4 Holzschienen,
- 1 Scheere,
- 5 Binden,
- 1 elastische Binde,
- 1 Waschbecken.“

Herr Blasius muß es für ungeheuer gefährlich halten, derartige Verbandskasten vorzuschreiben, wenn dieselben nicht absolut sicher und rein gehalten werden können, was sehr schwer sei. Da man nun bei den jetzigen Einrichtungen einen Arzt und den Sanitätswagen schnell zur Stelle haben könne, so halte er es für richtiger, durch die Feuerwehrwache den Sanitätswagen und einen Arzt herbeizuholen, als sich auf solchen Verbandskasten zu verlassen. Außerdem sei auch auf einer Baustelle nicht immer Jemand zur Stelle, der einen Verletzten verbinden könne.

Herr Kieß möchte bemerken, daß die Mitglieder der Baugewerkeinnung sich dem Wunsche der Arbeiter insofern gefügt haben, als sie sämtlich einen Verbands-

kasten beschafft, es aber abgelehnt haben, für dessen richtigen Gebrauch irgend welche Verantwortung zu übernehmen. Man wollte sich nicht dem Vorwurfe aussetzen, daß die 5—6 M für einen solchen Kasten nicht zu erschwingen wären.

Herr Wolff will dazu mittheilen, daß die Deputation geglaubt habe, den Antrag im Interesse der Arbeiter ablehnen zu sollen, weil sich nicht garantiren lasse, daß der Inhalt des Kastens stets ein guter sei.

Herr Stegmann ist der Ansicht, daß die Ausführungen des Herrn Blasius nicht gegen den Antrag sprechen, da es sehr wohl möglich sei, einen solchen Kasten vollständig staubfrei zu halten, sofern derselbe in einem Extrakoffer stehe. In der Außenstadt sei es oft sehr schwierig, einen Arzt heranzuziehen und könne lange Zeit hingehen, ehe ein solcher komme. Wenn besondere Vorschriften über die erste Behandlung bei Unfällen auf der Baustelle gedruckt aushängen, sei es gar nicht so schwer, eine solche erste Hilfeleistung vorzunehmen. Da man derartige Vorschriften auch anderwärts, z. B. in Mannheim und Essen, besitze und die Arbeiter dieselben wünschten, so bitte er um Annahme des Antrages.

Herr Blasius wünscht ebenfalls, daß Alles geschehe, was dem verletzten Arbeiter helfen könne. Wenn aber der Antrag Stegmann zur Annahme gelange, so müßte auch dafür Sorge getragen werden, daß auf jedem Bau Sachverständige vorhanden seien, welche mit einem Verbandskasten umzugehen wissen, sonst richte man mehr Unheil als Vorthail mit demselben an.

Herr Bepfies kann den Verbandskasten nicht für überflüssig halten. Im letzten Feldzuge habe jeder Soldat in seiner linken Hosentasche Verbandszeug tragen müssen, welches im Falle einer Verwundung ihm auf die Wunde gelegt sei, und habe Niemand gefragt, ob ein Sachverständiger unter den Soldaten zugegen sei oder nicht. Hierdurch sei mancher Soldat vor Verblutung geschützt worden. Bei schweren Verwundungen könne natürlich nur der Arzt etwas machen, aber es kommen doch auch leichtere Verletzungen vor, bei denen der Laie mit Erfolg eingreifen könne, wenn ein Verbandskasten zur Stelle sei.

Der Antrag Stegmann wird darauf abgelehnt.

Ferner ersucht Herr Stegmann, einen §. 24 b folgenden Wortlaut einzufassen:

„Die in den §§. 8—24b (einschließlich) enthaltenen Schutzbestimmungen sind gedruckt und deutlich lesbar auf jeder Baustelle an sichtbarer Stelle anzubringen. Denselben sind Anweisungen über die erste Hilfe bei Unfällen beizufügen.“

Herr Wolff bemerkt dazu, daß dem ersten Theile des Antrages wohl Jeder gern zustimmen würde, wenn nicht die Unfallverhütungsvorschriften auch schon auf

dem Bau angebracht werden müßten und die Deputation es für bedenklich halte, daneben noch diese Bestimmungen anzuschlagen. Aus diesem Grunde habe die Deputation diesen Theil des Antrages abgelehnt. Was den zweiten Theil anlange, so habe derselbe etwas Sympathisches für sich, weshalb er bitte, daß ein Sachverständiger sich über die Zweckmäßigkeit desselben äußern möchte.

Herr Stegmann glaubt, daß der Aushang der Anweisung über die erste Hilfe bei Unfällen jetzt keinen Zweck mehr habe, nachdem die Aufstellung eines Verbandskastens abgelehnt worden sei. (Widerspruch.) Dagegen könnten die Schutzbestimmungen noch recht gut extra ausgehängt werden, damit die Arbeiter etwas davon erfahren.

Herr Rieß möchte, um ein richtiges Bild von der Lage des Baubetriebes zu geben, mittheilen, daß gegen Unfälle alle zum Bau gehörenden Personen bis auf die Steinseher auf der Straße und die Tapezierer, welche Tapeten ankleben und Wettervorhänge anmachen, bei den Berufsgenossenschaften versichert seien. Derartige Betriebe besitze das Herzogthum etwa 1500 und kommen auf denselben vielleicht 300 Unfälle zur Anmeldung, wovon wiederum 90—95 eine mehr oder minder schwere Behandlung erfordern und eine Rente im Gefolge haben. Wünschenswerth wäre es allerdings, die Unfälle ganz zu vermeiden.

Herr Wolters hält den Anschlag solcher Bestimmungen für sehr gut, auch wenn ein Verbandskasten nicht zur Stelle sei. Auf vielen Arbeitsstellen sei dem Wunsche auch schon entsprochen worden.

Herr Bürgermeister Kete meyer möchte wissen, welche Vorschriften überhaupt gemeint seien, damit die richtigen Vorschriften eventuell bezogen werden könnten. Zweifelhaft sei es ihm, wie weit man mit dem Anheften derselben gehen wolle. Wenn z. B. Jemand in seinem Hause eine Wand durch eine neue ersetzen lassen wolle, so sei das ein genehmigungspflichtiger Bau und müßte dabei eventuell ein Exemplar der Vorschriften im Zimmer angeheftet werden, was doch wohl zu weit gehen dürfte.

Herr Blasius würde empfehlen, die Tafeln des Prof. Esmarch über die erste Hilfe bei Unglücksfällen zu nehmen, da hier Aufschluß über manche Sachen von Bedeutung gegeben würde, so z. B. über die Behandlung verletzter Schlagadern, oder von Ohnmächtigen, von Weinbrüchen u.

Herr Wolff empfiehlt, zu sagen: „Bei Neubauten oder sonstigen umfangreichen Bauten sind nach näherer Bestimmung des Stadtbauamtes Anweisungen über die erste Hilfe bei Unfällen anzubringen.“

Herr Bürgermeister Kete meyer kann noch mittheilen, daß das Reichsversicherungsammt in dieser Beziehung eine ganze Menge Zusammenstellungen erlassen

und nach allen Richtungen bekannt gegeben habe, was von allergrößter Bedeutung sei. Ob es aber gerade angezeigt erscheine, diese Bestimmungen auf Bauten auszuhängen zu lassen, scheine ihm zweifelhaft zu sein. Ebenso sei es ihm unsympathisch, die Entscheidung darüber, welche Vorschriften auszuwählen und bei welchen Bauten sie anzuwenden seien, dem Stadtbauamte zu überlassen, denn der erste städtische Baubeamte sei gar nicht in der Lage, ein sachverständiges Urtheil darüber abzugeben, ob die Vorschriften auch zweckentsprechend seien.

Herr Günther würde es für richtig halten, daß der Arbeitgeber sich die Vorschriften zu beschaffen habe.

Herr Wolff muß es für durchaus nothwendig halten, daß die Bauarbeiter mit den betr. Schutzbestimmungen vertraut werden, jedoch dürfte es Aufgabe derselben sein, in ihren Versammlungen die Bestimmungen zu erörtern und sich gegenseitig zu Gemüth zu führen, da ein Anschlag derselben nicht große Veranlassung zum Studium bieten würde. Um einen Zwiespalt zwischen den Unfallverhütungsvorschriften und diesen Vorschriften zu vermeiden, scheine es ihm angemessen zu sein, Letztere nicht zum Anhänge vorzuschreiben. Die hier gegen den zweiten Theil des Antrages erhobenen Bedenken sprächen dafür, diese Bestimmungen lieber aus dem Statute fortzulassen.

Der Herr Vorsitzende hält es für gefährlich, solche Sachen, von denen man nichts verstehe, statutarisch festzulegen. Es sei wohl wünschenswerth, wenn die Bestimmungen ausgehängt würden, aber statutarisch bestimmen lasse sich das nicht, weil die Vorschriften von der Versammlung nicht nachgeprüft werden könnten.

Auch dieser Antrag des Herrn Stegmann wird darauf abgelehnt.

Die Versammlung geht nunmehr über zum Abschnitte B „Sicherheitsvorschriften zum Schutze des Eigenthums“, und wird von hier ab wieder der gedruckte Entwurf der Numerirung der Paragraphen zu Grunde gelegt.

Zu den §§. 20—23 findet sich gegen die Vorschläge der Deputation nichts zu erinnern.

Bei dem §. 24 II (Anlage A des autographirten Entwurfes) fragt Herr Jüdel an, ob auch größere Speicherräume den zu Handelszwecken dienenden Bauwerken zuzuzählen seien. (Zustimmung.) Dann würde die Bestimmung bedenklich sein, weil eine größere Höhe dieser Gebäude nothwendig sein dürfte, sobald der Canal fertiggestellt sein sollte.

Herr Bürgermeister Ketemeyer ist der Ansicht, daß Speicherbauten mehr als Bauwerke, welche gewerblichen Zwecken dienen, zu betrachten seien.

Herr Jüdel bittet, in diesem Falle bei Abschnitt II zu sagen: „... bei den zu gewerblichen Zwecken dienenden Gebäuden oder bei Speicherbauten ...“

Herr Bürgermeister Ketemeyer glaubt kaum, daß Speicher höher als 20 m sein müßten und meint, daß solche Fälle nur ganz vereinzelt vorkommen könnten.

Herr Meyerhoff will dazu bemerken, daß ein Speicher, der höher sei als 20 m, ohne maschinelle Kraft nicht verwerthet werden könne, in welchem Falle derselbe aber gewerblichen und nicht Handelszwecken diene. Im Uebrigen sei er nicht dagegen, dem Antrage des Herrn Födel gemäß zu beschließen.

Herrn Födel würde die Auslegung des Vorredners bedenklich erscheinen. Solche Speicher müßten übrigens noch ganz erheblich höher aufgeführt werden, um rentabel zu werden.

Herr Wolff sieht keinen rechten Grund ein, weshalb man in der Außenstadt nicht noch weitergehen solle. Man könnte vielleicht sagen:

„Für die zu Handelszwecken oder zu sonstigen gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude ist eine noch größere Höhe zulässig.“

Herr Schöttler kann diese Fassung nicht für richtig halten, weil jeder Kaufladen ein Haus schon als zu Handelszwecken bestimmt mache. Es sei richtiger, bei der Bezeichnung „Speicher“ zu bleiben.

Herr Wolff möchte dem gegenüber auf den Schluß des Satzes verweisen, nach welchem eine dieses Maß überschreitende Höhe durch die Natur des gewerblichen Betriebes bedingt sein müsse, und demnach der unbegründete Versuch eines Handelsherrn, sein Haus zu vergrößern, doch wohl vergeblich sein würde.

Herr Rieke legt den Hauptwerth darauf, Bestimmungen für Wohnhäuser zu treffen, da man der Industrie nichts in ihren Kram reden dürfe. Auf Dörfern könne man heute schon höhere Speicher treffen, als man hier zulassen wolle. Jedenfalls solle man keine Erschwerungen vornehmen, wo solche der Entwicklung des Handels und der Industrie hinderlich werden würden.

Der §. 24 wird darauf mit dem Änderungsantrage Wolff angenommen.

Zu den §§. 25—40 findet sich nichts zu bemerken.

Zum §. 41 führt Herr Meyerhoff aus, daß er gebeten sei, eine Milde rung der Vorschrift über das Verbot der Keller-Lichtschachte zu befürworten, dahingehend, daß es erlaubt sein möge, bei einem mindestens 1,50 m breiten Trottoir auch Lichtschachtrosten von 20—30 cm Breite anzubringen. Da dieses kein Verkehrs hinder niß sei und anderenfalls die Beleuchtung der Kellerräume nur durch Zurücklegen der Wände sich ermöglichen lasse, so bitte er um Genehmigung dieses Vorschlages.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte dem gegenüber darauf hinweisen, daß die neue Bestimmung mit Rücksicht auf die Unzuträglichkeiten aufgenommen

werden solle, welche durch das Eintreten der Lichtschachte und Gitter in die Straßen hervorgerufen werde. Obgleich angeordnet sei, daß die Stäbe der Gitter so gelegt werden müssen, um ein Ausgleiten darauf zu verhindern, so befänden sich doch viele Gitter in einem desolaten Zustande und es sei kaum möglich, zu verhüten, daß dieselben im Winter eine Gefahr für das Publicum in Gefolge haben. Bei einer Einschränkung der Zulassung solcher Lichtschachte auf Straßen mit einem mindestens 1,50 m breiten Trottoire bleibe die Gefahr dieselbe, weil Zeiten vorkommen, in denen die Leute dicht an den Häusern hergehen und sie dann ebenso gefährdet seien, wie bei einem schmaleren Trottoire. Außerdem erscheine es wunderbar, daß ein Einbau in ein fremdes Grundstück gestattet werden solle, denn das Straßenterrain sei Eigenthum der Stadt. Bei Läden lasse sich der Zweck durch einen Rücksprung des Ladenfensters erreichen und bei kleineren Häusern mit höherem Sockel könne man in diesen eine Oeffnung schaffen. Da hiernach keine Möglichkeit vorliege, die mit solchen Einrichtungen verbundenen Unzuträglichkeiten für den Verkehr zu beseitigen, so bitte er, es bei der Vorschrift im Statutentwurfe bewenden zu lassen.

Der Antrag Meyerhoff wird darauf abgelehnt und der §. 41 in der deputationsseitig vorgeschlagenen Fassung gutgeheißen.

Nachdem noch die §§. 42—48 ohne weitere Besprechung genehmigt waren, wird die Verathung des Statutentwurfes auf Antrag des Herrn Jüdel abgebrochen.

III. Nachverwilligung von Kosten für die Instandsetzung der Giersbergstraße.

Zur Abgrenzung der höher liegenden Vorgärten an der Giersbergstraße müssen niedrige Futtermauern aus Cementbeton hergerichtet werden und reicht die für die Einfriedigung dieser Vorgärten früher bewilligte Summe von 637,96 M hierzu nicht aus. Dem Antrage des Magistrates, die weiter erforderlichen Mittel im Betrage von 1450 M nachzuverwilligen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Ebeling berichtet.

IV. Erwerb von Flächen an der Goslarischenstraße.

Von dem seitens der katholischen Gemeinde erworbenen Grundstücke an der Goslarischenstraße sind dieser Straße insgesammt 6 qm zuzulegen, welche der Magistrat zum Einheitspreise von 20 M anzukaufen beantragt.

Auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Ebeling berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

V. Geschäftliche Behandlung der das Herzogl. Hoftheater betreffenden Vorbesprechungen.

Herr Günther möchte den Wunsch aussprechen, daß die bei Punkt 1 der Tagesordnung gewählte Deputation über das Ergebniß ihrer Vorberathungen der Versammlung einen schriftlichen Bericht zugehen lasse, da Letztere bei der hohen Bedeutung der Sache ein Interesse daran habe, frühzeitig zu erfahren, welche Vorschläge zu erwarten seien.

Herr Bürgermeister Kete meyer kann eine solche Zusage nicht machen. Bei den Vorberathungen könnten Sachen zur Sprache kommen, welche sich für die Oeffentlichkeit nicht eignen und die daher auch nicht schriftlich festgelegt werden könnten. Dagegen wolle er versprechen, daß eine aus den Verhandlungen der Deputation etwa hervorgehende Magistratsvorlage jedem Mitgliede der Versammlung in Abschrift zugehen solle.

Herr Günther erklärt sich hiermit einverstanden.

Hiernach wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8 Uhr.

1901/1902.№ 6.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. Juni 1901.

Tagesordnung:

I.	Wiederaufbau des vormals Demmer'schen Hauses	Seite 134
II.	Regulirung der Wendensstraße und der Straße „am Wendenthore“	136
III.	Zulassung von Gebäuden am Bürgerparke	136
IV.	Aufhebung eines Abkommens wegen der Entnahme von Gas	137
V.	Feststellung eines neuen Ortsbaustatuts (Schluß)	137
VI.	Anfrage Sander: Nachtwachwesen in der Außenstadt	141
VII.	Anfrage Stegmann: Absperrung der Butterstraße	142
VIII.	Antrag Wolff: Aenderung des §. 14 des Verwaltungsstatuts	142
IX.	Antrag Ohlendorf und Gen: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter	143
X.	Antrag Jüdel: Erlass einer Fahrordnung für Motorfahrzeuge	143

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer, Stadtrath von Frankenberg und Stadtbaumeister Röttcher.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Ebeling, Hauswaldt, Rathe, Löschig, Meyerhoff, Ohlendorf und Ribbentrop.

Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden, Herr Semler, eröffnet und geleitet.

I. Wiederaufbau des vormals Demmer'schen Hauses.

Entsprechend dem Beschlusse der Versammlung vom 15. November 1900 — Seite 153 des Berichtes — legt der Magistrat ein Project wegen Wiederaufbaues des vormals Demmer'schen Hauses auf dem jetzt der Stadt gehörigen Gartengrundstücke am Burgplatze mit folgenden Bemerkungen vor:

Es war zunächst beabsichtigt, das Bauwerk unmittelbar an das Deutsche Haus heranzurücken, um auf diese Weise an seiner Westseite einen freien Raum zu erhalten und die sich sonst aus dem Verbauen der Giebel Fenster des benachbarten Bieweg'schen Hauses, Burgplatz 2, ergebenden Weiterungen zu vermeiden. Die städtische Bauverwaltung wies indessen darauf hin, daß es sich aus verschiedenen Gründen empfehle, das Bauwerk hart an der Grenze des Bieweg'schen Hauses aufzuführen. Frau Bieweg hat sodann die Erlaubniß erteilt, die beiden Giebel Fenster ihres Hauses verbauen zu dürfen und zwar unter der Bedingung, daß ihr bezw. ihren Rechtsnachfolgern gestattet werde, im Falle dereinstiger Beseitigung ihres Gebäudes, Burgplatz 2, ein neues Gebäude auf den Grundlinien des jetzigen zu erbauen, d. h. also, daß die Stadt schon jetzt auf Durchführung der im Jahre 1887 für das fragliche Grundstück festgestellten Baulinie verzichte. Bei Lage der Umstände hält es der Magistrat für zweckmäßig, hierauf einzugehen und die für die beiden hier in Frage kommenden Grundstücke festgestellte Baulinie wieder aufzuheben, so daß alsdann auch die künftige Wiederbebauung des Bieweg'schen Grundstückes innerhalb der Grenzl意思ien des jetzigen Gebäudes zulässig sein würde. Daneben verlangt Frau Bieweg, daß diejenigen baulichen Aenderungen in ihrem Hause, welche das Verbauen der obengedachten Fenster bedingt, und die zu 600 M veranschlagt sind, auf Kosten der Stadt ausgeführt werden. Auch gegen diese Forderung hat der Magistrat nichts einzuwenden. Das vorliegende Project sieht hiernach vor, daß das ehemals Demmer'sche Haus hart am Bieweg'schen Hause aufgeführt und in dem nunmehr zwischen dem Bauwerke und dem Deutschen Hause aufzuführenden neuen massiven Zwischenbau die Haupttreppe nebst drei nughbaren Räumen untergebracht werde. Gegen diese Aenderung hat der Magistrat eine Einwendung ebenfalls nicht zu erheben. Ebenso hat der Magistrat seine

ursprünglichen Bedenken gegen die Herrichtung einer Centralheizung aus Zweckmäßigkeitsgründen fallen lassen.

Während die Kosten des Wiederaufbaues ursprünglich nur zu 36 000 M veranschlagt waren, sind dieselben jetzt zu 51 500 M ermittelt worden und werden die Mehrkosten bedingt durch die Erweiterung der bebauten Grundfläche von 150 auf 180 qm, durch Unterkellerung des ganzen Bauwerkes, durch Wahl einer Centralheizung an Stelle der Ofenheizung und durch die inzwischen eingetretene Steigerung der Löhne und Materialien um 15—20 %. Nicht vorgeesehen sind im Kostenanschlage die Kosten für eine Beleuchtungsanlage, welche sich bei Wahl einer elektrischen Anlage auf 3500 M, einer Gasbeleuchtungsanlage aber auf 2900 M belaufen. Die städtische Bauverwaltung empfiehlt die Anbringung der erstgedachten Anlage, jedoch schlägt der Magistrat vor, die Entscheidung hierüber der Handwerkskammer zu überlassen. Da von dieser eine Erklärung noch nicht eingeholt ist, beantragt der Magistrat, die höhere Summe zu verwilligen, die endgiltige Entscheidung aber ihm zu übertragen. Die gesammten Kosten des Wiederaufbaues würden sich hiernach folgendermaßen stellen:

1) für den Ankauf des Demmer'schen Hauses .	25 000 M	—	„
2) für den Abbruch und die neue Aufmessung des Gebäudes u.	3 573	„	95 „
3) für den Ankauf des Bauplatzes	50 000	„	— „
4) für den Wiederaufbau des Hauses	51 500	„	— „
5) für die Beleuchtungsanlage.	3 500	„	— „
6) für den Umbau des Wieweg'schen Hauses . .	600	„	— „

zusammen 134 173 M 95 „.

Nach Absatz der Zuschüsse von 30 000 M würde mithin die gesammte stadtseitige Aufwendung 104 173,95 M betragen, von welcher Summe die dem Grundvermögen entnommenen 50 000 M durch die Mieteinnahme von 2500 M mit 5 % verzinst werden.

Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, die vorstehend gemachten Vorschläge zu genehmigen und die geforderte Summe zu bewilligen.

Die Baucommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Nieß, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Herr Nieß ist von Anfang an gegen den Ankauf des alten Ständerwerkes gewesen und kann für den Wiederaufbau desselben um so weniger stimmen, als dafür eine ungeheure Summe geopfert werde, deren Zweck er nicht begreifen könne. Wenn man dafür drei oder vier Arbeiterhäuser errichten wollte, würde in dem aufgewendeten Gelde wenigstens ein verbender Zweck liegen. Es komme ihm hiermit so vor, als wenn man einen alten Knopf gefunden habe, an den man

einen Rock machen lassen wolle. Er und seine Freunde könnten sich nicht dafür erklären, für das alte Gerümpel eine so bedeutende Summe auszugeben.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

II. Regulirung der Wendestraße und der Straße „am Wendenthore“.

Der Magistrat legt der Versammlung ein Project vor über die Regulirung der nördlichen Theilstrecke der Wendestraße und der Straße „am Wendenthore“ vor dem Grundstücke des ehemaligen Herzoglichen Krankenhauses nebst Anschlag über diejenigen Kosten, welche durch die Regulirung der Wendestraße zwischen der Wilhelmstraße und der Straße am Wendenthore, sowie der letzteren Straße zwischen der Schubertstraße und der Wendenthorpromenade erwachsen werden. Die ersteren Kosten sind zu 3200 M, die letzteren zu 1800 M veranschlagt, während die noch aufzuwendenden Baukosten für die zwischen den beiden Straßenstrecken gelegene Theilstrecke zu 4500 M ermittelt worden sind. Die gesammten Grunderwerbskosten der letzteren Theilstrecke sind zu 22500 M und die gesammten Baukosten zu 9145,75 M veranschlagt worden, so daß sich der voraussichtliche Anliegerbeitrag auf 338,781 M für 1 m Frontlänge stellen wird.

Dem Ersuchen des Magistrates, das Project nebst Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen, stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Nieke berichtet, zu.

III. Zulassung von Gebäuden am Bürgerparke.

Die Erben des Dachdeckermeisters Meyer haben gebeten, eine Bebauung ihres an der Wolfenbüttlerstraße Nr. 53 gelegenen Grundstücks in der Weise zu gestatten, daß Gebäude unmittelbar an der westlichen Eigenthumsgrenze mit Oeffnungen in der westlichen Grenzwand zugelassen werden. Nach §. 27 der Bauordnung würde eine derartige Bauweise nur zulässig sein, wenn sich die Stadt verpflichtet, den angrenzenden Bürgerpark in einer Entfernung dauernd unbebaut zu lassen, welche gleich ist der Höhe der zu errichtenden Gebäude, abzüglich 4,5 m. Der Magistrat empfiehlt, auf den Antrag einzugehen, sofern folgende Bedingungen erfüllt werden: Die Stadt erhält für den Verzicht eine einmalige Vergütung von 5000 M; auf dem ganzen Meyer'schen Grundstücke dürfen höhere als dreigeschossige Gebäude nicht errichtet werden; an der Hennebergstraße ist ein 2 m breiter Vorgarten zu halten; die Ausgestaltung der Fagaden nach dem Bürgerparke zu unterliegt der besonderen Genehmigung des Stadtbauamtes und wegen Erfüllung der vorstehenden Verpflichtungen sind entsprechende Servituten auf das Meyer'sche Grundstück einzutragen. Es wird anheimgegeben, dem fraglichen Abkommen zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Nieß berichtet, geschieht.

IV. Aufhebung eines Abkommens wegen der Entnahme von Gas.

Die Firma M. Bracke hieselbst hat sich verpflichtet, bis zum Jahre 1902 für ihr Grundstück, Hildesheimerstraße 12 13, jährlich für mindestens 100 M Gas zu entnehmen, und ist daraufhin die Gasleitung nach dem Grundstück gelegt worden. Nachdem inzwischen verschiedene größere Geschäfte in der Gegend entstanden sind, welche ebenfalls Gas abnehmen, ersucht die genannte Firma, sie von der Verpflichtung zur Entnahme dieses Gasquantums zu befreien. Dem Antrage des Magistrates, diesem Ersuchen stattzugeben,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Fiedel.

V. Feststellung eines neuen Ortsbaustatuts. (Schluß.)

Die in der vorigen Sitzung bei §. 48 abgebrochene Berathung — Seite 130 des Berichtes — wird bei §. 48 a wieder aufgenommen.

Der Berichterstatter, Herr Wolff, begründet zunächst den von der verstärkten Statutencommission eingeschalteten §. 48 a mit dem Hinweise, daß von verschiedenen Seiten gewünscht worden sei, es möchten bestimmte Fabrikbezirke gebildet werden. Die Prüfung der Rechtsfrage habe indessen, wie schon in der letzten Sitzung erwähnt, ergeben, daß hier eine Bildung solcher Fabrikbezirke nicht möglich sei, daß jedoch der §. 41 der Bauordnung die Möglichkeit gewähre, indirect das Ziel zu erreichen. Wenn man dieser Bestimmung entsprechend einen Theil der Stadt der Industrie verschließe, so würde dieselbe hierdurch indirect eine Förderung erfahren, während andererseits ein großer Theil der Stadt durch die Versagung der Errichtung von Fabriken eine Unannehmlichkeit erhalten würde. Aus diesen Erwägungen heraus sei der §. 48 a des Entwurfes entstanden. Gegen solches Vorgehen sei nun hervorgehoben, daß es eigentlich schon zu spät dazu sei und es auch als unerläßlich angesehen werden müsse, event. auch solche Gegenden den Fabriken zu verschließen, wo sich derartige Etablissements schon befänden, ohne diese indessen in ihren Rechten zu beschränken. Aus dieser Rücksicht heraus habe man den Absatz 4 c des §. 48 a geschaffen. Hiernach sollen die vorhandenen Etablissements geschützt und auch die beliebigen, für den Betrieb erforderlichen Erweiterungen derselben, sowie die Errichtung von Ersatzbetrieben zugelassen werden. Die Commission habe auch zu Gunsten der Betheiligten eine Aenderung in der Anlage C insofern vorgenommen, als bei dem Eingehen eines Etablissements die Zulassung eines Ersatzbetriebes lediglich an die Bedingung geknüpft sei, daß die neue Fabrik nicht lästiger fallen dürfe, als ihre Vorgängerin; zur Beurtheilung dieser Frage sei eventuell die Anrufung des Verwaltungsgerichtes zulässig. Auf Grund der Erwägungen der Commission sei dann auch das dem §. 48 a beigegebene Verzeichniß der von dem Fabrikbetriebe auszuschließenden Straßen auf-

gestellt worden. Ueber die Zulassung oder Streichung verschiedener Straßen könne man allerdings verschiedener Ansicht sein, jedoch habe die Commission den Promenadengürtel thunlichst schützen wollen und zwar selbst auch da, wo sich schon Etablissements befänden. Das Verzeichniß der Straßen und Plätze lasse sich im Uebrigen leicht ergänzen oder verkürzen. Den Absatz 4 b des Entwurfes empfehle die Commission fortfallen zu lassen, im Uebrigen aber den §. 48 a anzunehmen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bittet, die auf einem Schreibfehler beruhenden Worte im letzten Satze des §. 48 a „mit der Einschränkung“ fortzulassen und diesem Satze folgenden Wortlaut zu geben:

„Im Falle des Eingehens einer der fraglichen Anlagen soll jedoch an Stelle derselben eine der im Eingange dieses Paragraphen erwähnten Anlagen zulässig sein, wenn durch sie eine erhebliche Schädigung oder Belästigung im Vergleich zu der bisherigen Anlage nach Ansicht des Stadtbauamtes nicht zu beforgen ist“.

Herr Rieß möchte beantragen, die Strecke von der Bahnhofstraße bis zur Cellerstraße, vom Umfluthgraben bis einschließlich der Landeseisenbahn gerechnet, nicht in das Gebiet einzuziehen, welches für villenartige Anlagen reservirt bleiben solle, bzw., wenn die Versammlung diesem Antrage sich nicht anschließen sollte, mindestens die Sophienstraße, die Wilmerdingstraße und die Cammannstraße nicht in die Willenviertel einzuziehen, weil diese Straßen schon derartig von Fabrikanlagen durchsetzt seien, daß hier unmöglich die Errichtung neuer Fabriken verboten werden könne.

Herr Bürgermeister Ketemeyer hat in Bezug auf die Formulirung des Antrages zu bemerken, daß die aus dem Verzeichnisse zu streichenden Straßen einzeln zu benennen seien.

Herr Brückmann will anerkennen, daß man der Industrie durch den veränderten Vorschlag entgegengekommen sei, muß aber bedauern, daß man einzelne in Industrievierteln gelegene Straßen herausnehmen wolle. Hierdurch werde eine große Beunruhigung geschaffen, die nur zu Chicanen Veranlassung geben könne. Deshalb bitte er, die Industriebezirke durch solche Einschränkungen nicht zu beeinträchtigen und dem ersten Antrage Rieß zuzustimmen. Sollte die Versammlung aber nicht geneigt sein, den Antrag anzunehmen, so bitte er, wenigstens dem Eventualantrage des Herrn Rieß zuzustimmen.

Herr Blasius muß bitten, den Antrag Rieß im Interesse der Gesundheit jener Stadtgegend abzulehnen. Die bestehenden Etablissements würden bei Annahme des Commissionsantrages in ihren Verhältnissen nicht gestört werden und die Commission bezwecke nur, zu verhindern, daß auch diese Gegend der Stadt sich zu einem vollständigen Fabrikviertel herausbilde und hierdurch die Lungen der Stadt immer mehr beschnitten würden.

Herr Lange kann diesen Ausführungen nicht zustimmen. Die vorgetragenen Bedenken seien auch an anderen Orten z. B. in Hannover und Magdeburg schon genügend erwogen worden und trotzdem habe man dort Fabrikzonen eingerichtet. Er könne nur lebhaft bedauern, daß man in diesem Punkte den Anregungen der Gewerbekammer und der Handelskammer keine Rechnung getragen habe. Wenn man die Eintheilung in Zonen hier nicht bekomme, so werde die Industrie die größten Nachtheile davon haben zum Schaden von Stadt und Bürgerschaft, aber zum Nutzen unserer Nachbarstädte. Wenn es nach den Landesgesetzen nicht zulässig sei, Fabrikzonen zu bilden, so sei es Sache der Landtagsabgeordneten, solche die Industrie und damit die Stadt schädigenden Bestimmungen aus den Gesetzen herauszubringen. Deshalb betrachte er auch die ganze Angelegenheit nur als ein Provisorium und stimme dem ersten Antrage Rieß zu, weil dieser der Eintheilung der Stadt in Fabrikzonen am nächsten komme. Werde dieser Antrag nicht angenommen, so halte er es für selbstverständlich, daß der Eventualantrag zur Annahme gelange, da er es nur als ein Versehen betrachten könne, daß die fraglichen drei Straßen, welche in einem Fabrikbezirke liegen, jetzt von Fabrikbauten ausgeschlossen werden sollen.

Herr Wolff: Der Herr Vorredner habe seinem lebhaften Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Commission nicht Fabrikzonen geschaffen habe und eine Minute später sage er, daß dieses nach den Landesgesetzen nicht zulässig sei; hierin liege ja aber gerade der Grund, weshalb die Commission gar nicht anders habe handeln können. Wenn der Herr Vorredner sodann die Lage der vorhandenen Fabriken mit großer Emphase betone, so könne er dem gegenüber nur auf die Rechtslage verweisen, wie sie durch den Schlußsatz des §. 48a geschaffen sei.

Herr Sander bittet ebenfalls, den Antrag Rieß in der weitergehenden Form abzulehnen. Wenn man sehe, wie sich die Gegend vor dem Petriithore langsam entwickelt habe und man sich freue, daß sie endlich mit den übrigen Stadtvierteln mitgehe, so sei es bedauerlich, daß sie nun mit einem Schlage zu einem Fabrikdistrikte gestempelt werden solle. Hierdurch würden nicht nur die Anlieger erheblich geschädigt, sondern auch die Hypothekgläubiger gefährdet werden, weil dort Niemand mehr seine Wohnungen zu dem jetzigen Preise würde vermietthen können. Außerdem seien die vorhandenen Fabriken hinreichend geschützt und gebe es auch außerhalb des Ringes noch genügend Platz zur Etablirung neuer Fabriken. Wenn die Industrie bei Ablehnung des Antrages Rieß auch etwas beengt würde, so werde sie dadurch doch nicht geschädigt, weil sie sich draußen besser und auch billiger entwickeln könne, als innerhalb des Ringes.

Herr Födel möchte empfehlen, den erweiterten Antrag Rieß anzunehmen, da es von Bedeutung sei, ein großes Viertel zu schaffen, in dem sich Fabriken etabliren können. Große Fabrikanlagen werde man in der von Herrn Rieß bezeichneten

Gegend nicht schaffen, weil dazu das Terrain zu theuer sei, sondern man werde solche Werke auch bei Annahme des Nieß'schen Antrages an die äußere Peripherie der Stadt legen, wo man u. A. auch einen Bahnanschluß erhalten könne. Es würde also durch die Annahme des Nieß'schen Antrages Niemand geschädigt werden.

Herr Nieß will zur Empfehlung seines Antrages noch erwähnen, daß das von der Commission festgestellte Straßenverzeichnis in der vorliegenden Form wahrscheinlich nicht aufgestellt sein würde, wenn es der Commission bei der Dringlichkeit der Berathungen und den wiederholt auf einander folgenden Sitzungen möglich gewesen wäre, eine genaue Durcharbeitung der Straßen vorzunehmen. Heute, wo man sich ein klares Bild davon machen könne, zeige es sich, daß die Fabrikanlagen allerdings noch nicht den fünften Theil dieser Straßen ausmachen, daß aber kein Grund vorliege, dieselben von Fabrikanlagen auszuschließen. Größere Fabrikanlagen würden sich hier nicht schaffen lassen, weil die Grundstücke zu theuer seien. Wenn Herr Sander meine, die Anlieger der Straßen würden ihre Wohnungen bei Annahme des Antrages schlechter oder gar nicht vermietthen können, so beruhe das auf einem Irrthume, denn die Beamten und Arbeiter der Industrie würden gerade hier und nicht anderwärts ihre Wohnungen suchen.

Herr Nieß möchte ersuchen, den ersten Antrag Nieß abzulehnen, da derselbe zu weit gehe. Niemand könne sagen, nach welcher Richtung hin sich die Industrie später ausdehnen werde, zumal man heute noch gar nicht wisse, wohin der neue Bahnhof kommen werde. Wollte man die Straßen nach dem Wunsche des Herrn Nieß aus dem vorliegenden Verzeichnisse streichen, würde die Bürgerschaft darüber mit dem Kopfe schütteln.

Herr Buchler giebt Herrn Nieß in Bezug auf das Zustandekommen des im §. 48 a enthaltenen Straßenverzeichnisses Recht. Wenn die Commission die vor dem Wilhelmi- und dem Hohenthore gelegenen Straßen näher hätte prüfen können, würde sie eine ganze Anzahl Straßen in das Verzeichniß nicht aufgenommen haben. Wenn Jemand an einer Stelle, wo nach dem Verzeichnisse Fabriken nicht mehr zugelassen werden, ein Haus kaufen wolle, so hoffe derselbe doch, von Fabriken entfernt zu wohnen und den Fabrikgerüchen sowie dem Fabriklärm nicht ausgesetzt zu sein. Komme er nun in eine dieser Straßen, so finde er hier und da eine Fabrik und sei nirgend weit davon entfernt. Deshalb sei es nothwendig, dem erweiterten Antrage des Herrn Nieß zufolge diese Straßen aus dem Verzeichnisse zu nehmen. Man mache dadurch ein Unrecht gut, denn es sei doch in gewisser Weise eine Unwahrheit, daß dort keine Fabriken bestehen sollen.

Herr Sander ist im Gegensatz zu Herrn Nieß der Ansicht, daß durch die Einbeziehung der Straßen in die Fabrikviertel die betreffende Gegend sowohl als die Anlieger erheblich geschädigt werden. An solcher Straße werde sich z. B. kein kleiner Rentier anbauen. Wenn Herr Nieß meine, daß trotzdem an diesen Straßen

keine Fabrik errichtet werden würde, so sei der ganze Antrag zwecklos. Deshalb bitte er um Ablehnung desselben.

Herr Wolff will noch erwähnen, daß die Commission bezüglich derjenigen Straßen, auf denen sich schon Fabriketablissemens befinden, erwogen habe, es sei für die betreffende Umgebung immerhin ein Vortheil, wenn dort weitere Etablissemens nicht hinzukämen, während andererseits die vorhandenen Etablissemens geschützt werden sollten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der weitestgehende Antrag Nieß gegen 8 Stimmen abgelehnt und der Eventualantrag Nieß mit 17 Stimmen, ebenso der §. 48 a angenommen.

Zu den §§. 49—57 findet sich nichts zu erinnern.

Bei §. 58 fragt Herr Südel an, welcher Grund vorliege, unter 2. A. a anzuordnen, daß die Häuser von der Straße wenigstens 3 m entfernt liegen müssen.

Herr Stadtbaumeister Röttcher erwidert, daß der Grund ästhetischer Art sei, indem dadurch eine villenartige Bebauung angestrebt werde.

Zu den §§. 59—86 werden Bemerkungen nicht gemacht, so daß die erste Lesung des Entwurfes damit beendet ist.

Herr Wolff möchte bitten, daß der Magistrat ermächtigt werde, diejenigen Aenderungen, welche lediglich die Fassung der Bestimmungen betreffen, allein vorzunehmen. (Zustimmung.)

Herr Bürgermeister Ketemeyer hält es nicht für möglich, die zweite Lesung des Entwurfes vor dem Monat September stattfinden zu lassen.

Herr Wolff bittet noch, zu genehmigen, daß die Fassung der von der Versammlung genehmigten Aenderung zu der Anlage A von der Deputation ohne Weiteres vorgenommen werde. Es handle sich dabei um eine Verschmelzung der unter I und II aufgeführten Bestimmungen, ohne daß dadurch der Sinn derselben irgendwie berührt werde.

(Zustimmung.)

Herr Nieß möchte anheimgeben, zu der zweiten Lesung des Ortsbaustatuts einen Neudruck des Entwurfes in der von der Versammlung beschlossenen Fassung zu veranlassen.

Auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden beschließt die Versammlung dieser Anregung gemäß.

VI. Anfrage Sander: Nachwachswesen in der Außenstadt.

Die in der Sitzung vom 6. Juni 1901 — Seite 71 des Berichtes — gestellte und begründete Anfrage beantwortet Herr Bürgermeister Ketemeyer dahin, daß die Herzogl. Polizei-Direction erklärt habe, es sei nicht möglich gewesen, durchaus geeignete Wächter sofort in voller Zahl zu finden, weshalb erst eine allmähliche

Einstellung neuer Wächter stattgefunden habe. Sobald genügendes Personal vorhanden sei, würde auch die Straße „hinter der Masch“ mit begangen werden.

VII. Anfrage Stegmann: Absperrung der Lutterstraße.

Die Anfrage lautet:

„Ist dem Magistrate bekannt, daß durch die seit einigen Jahren erfolgte Absperrung der Lutterstraße zwischen Heitberg- und Biwegstraße ein unliebsam empfundenenes Verkehrshinderniß besteht? Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu unternehmen, den Mißstand zu beseitigen?“

Nach kurzer Begründung der Anfrage durch Herrn Stegmann erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß über diese Angelegenheit schon längere Verhandlungen mit den Anliegern und der Staatseisenbahn-Verwaltung gepflogen seien. Aus Anlaß des letzten Gesuches einer großen Anzahl Anlieger habe der Magistrat die Eisenbahn-Verwaltung nochmals ersucht, den Weg freizugeben. Dieses Ersuchen sei indessen mit dem Hinweise darauf abgelehnt worden, daß durch die frühere Freigabe der Passage verschiedene Unzuträglichkeiten entstanden seien. Uebrigens handle es sich dort nur um einen alten Graben, der zugeschüttet sei, und habe die Eisenbahn-Verwaltung von ihrem Privatterrain einen Complex liegen lassen, der als Durchgangsweg benutzt worden sei, so daß derselbe den Charakter eines öffentlichen Weges nie befeßen habe. Die Eisenbahn-Verwaltung habe den Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß sie sich darauf nicht eher einlassen könne, bis über die Lage des Ostbahnhofes entschieden sei. Da die Kosten des Ausbaues der Straße zu 52 000 M veranschlagt seien und der Magistrat die Aufwendung dieser Summe für zu hoch halte, so habe derselbe in der Sache noch nichts weiter thun können.

VIII. Antrag Wolff: Aenderung des §. 14 des Verwaltungsstatuts.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle bei dem Magistrate beantragen, zuzustimmen und die Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums dazu herbeizuführen, daß §. 14 des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadt Braunschweig betreffend, vom 24. März 1893, dahin geändert werde: in Zeile 5 wird hinter „Antragsteller“ eingeschaltet „einschließlich desselben.“

Nach kurzer Begründung des Antrages durch Herrn Wolff und einigen Bemerkungen des Herrn Vorsitzenden wird der Antrag der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

IX. Antrag Ohlendorf u. Gen.: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter.

Die Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er seine Zustimmung zu folgenden Aenderungen in Bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf dem Wirthschaftshofe an der Taubenstraße beschäftigten Arbeiter gebe: 1) Erhöhung der Löhne um 10 M monatlich, 2) Festsetzung der Arbeitszeit auf täglich höchstens 10 Stunden, 3) Bezahlung der eventuellen Ueberstunden, 4) Höhere Bezahlung der Sonntagsarbeit, 5) Einrichtung einer Badeanstalt, 6) Anschaffung von neuen Bettdecken, sowie Ueberzeug über dieselben, 7) Anschaffung von Kleiderschränken“,

wird bis zur nächsten Sitzung verschoben, weil der Herr Antragsteller heute nicht zugegen ist.

X. Antrag Jüdel: Erlass einer Fahrordnung für Motorfahrzeuge.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Landesregierung wegen Erlasses einer Fahrordnung für Motorfahrzeuge vorstellig zu werden,“

führt Herr Jüdel aus, daß die Schnellwettfahrt Paris—Berlin ihn nicht zu dem Antrage bewogen habe und er auch nicht beabsichtige, den Motowagen etwas in den Weg zu legen, da er glaube, daß dieses Fahrzeug noch einer großen Zukunft entgegengehe. Zur Zeit beständen indessen auf diesem Gebiete Verhältnisse, welche keineswegs nett, oder gar geeignet seien, Liebhaber für die Sache zu gewinnen, denn es werde in den Straßen häufig mit einer Geschwindigkeit gefahren, welche außerordentlich gefährlich sei. Hier solle die Fahrordnung eingreifen. In Preußen und anderen Staaten habe man solche Fahrordnungen auch schon erlassen. Hierbei möchte er noch den Wunsch äußern, zu der Feststellung der Fahrordnung auch Leute zuzuziehen, welche Motowagen kennen und die wissen, worauf es in dieser Frage ankomme.

Der Antrag wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 5³/₄ Uhr.

1901/1902.№ 7.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 19. September 1901.

Tagesordnung:

I. Terrainerwerb zur Carlstraße	Seite 146
II. Antrag Wolff: Aenderung des §. 14 des Verwaltungsstatuts	146
III. Antrag Fiedel: Erlass einer Fahrordnung für Motorfahrzeuge	147
IV. Instandsetzung des südlichen Fußweges der Giesmaroberstraße	147
V. Ausbau der Straße am Maschplatz	147
VI. Hundesteuer-Erlassgesuche	148
VII. Aufwendungen für den Wirtschaftshof an der Taubenstraße	148
VIII. Enteignung von Terrain nördlich der Kaiser-Wilhelmstraße	149
IX. Aenderung der Straßen-Polizei-Ordnung (betr. den Maulkorbzwang)	149
X. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig	154
XI. Besichtigung der Hauptversammlung des Vereins für das höhere Mädchen-schulwesen	154
XII. Instandsetzung der Tischen- und der Kuhstraße	155
XIII. Ausgabe von Kreis-Obligationen	158
XIV. Statut, betr. Ordnung der directen Gemeindesteuern	158

XV.	Nachtragsproject zum Ausbau eines Theiles der Majchstraße	Seite 158
XVI.	Verkauf von Böschungsterrain am Wendenringe	" 160
XVII.	Instandsetzung verschiedener Straßen	" 160
XVIII.	Remuneration für Hülfsschreiber	" 160
XIX.	Aufhebung einer projectirten Straße am H. Exercierplatze 2c	" 161
XX.	Änderung der Viehtransportwagen	" 163
XXI.	Uebertragung von Mitteln auf das Rechnungsjahr 1901/02	" 164
XXII.	Gesuch, betr. die Entwässerung der Grundstücke an der Eisenbühlstraße 2c.	" 165
XXIII.	Terrainerwerb an der Ferdinandbrücke	" 171
XXIV.	Antrag Müller: Bepflanzung der Fasanenstraße mit Laubbäumen	" 172
XXV.	Gutachten über Maßregeln zur Bekämpfung von Spargelschädlingen	" 172
XXVI.	Beleuchtung der städtischen Gewerbeschule	" 173
XXVII.	Geschäftliche Behandlung des weiteren Theiles der Tagesordnung	" 175

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Engelbrecht und Rieß. Später erscheinen die Herren Meyerhoff und Wollenweber.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst folgende Eingänge bekannt:

- 1) Einladung der Versammlung zur Einweihungsfeier des Schwesternhauses vom Rothen Kreuze am 28. September 1901, Nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 - 2) Eine Anzahl Prospective zur Empfehlung des Buches: „Handbuch der Wirtschaftskunde Deutschlands“, herausgegeben vom Deutschen Verbands für das kaufmännische Unterrichtswesen, welche vertheilt werden.
- Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Terrainerwerb zur Carlstraße.

Zur Verbreiterung der Carlstraße ist eine 26 qm große Fläche des Otto'schen Grundstückes zu erwerben. Dem Antrage des Magistrates, hierfür einen Einheitspreis von 8 M zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Rieke berichtet, zu.

II. Antrag Wolff: Änderung des §. 14 des Verwaltungsstatuts.

In Abwesenheit des Referenten berichtet über den in der Sitzung vom 28./6. 1901 — Seite 142 des Berichtes — gestellten Antrag der Herr Vorsitzende, daß die Statutencommission im Einvernehmen mit dem Antragsteller empfehle, von einer Änderung des Verwaltungsstatuts abzusehen, dasselbe aber im

§. 14 so auszulegen, daß sechs Stadtverordnete einschließlich des Antragstellers genügen, um einen selbstständigen Antrag zur Verhandlung zu bringen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit ohne Ausnahme einverstanden.

III. Antrag Züdel: Erlass einer Fahrordnung für Motorfahrzeuge.

Wie Herr Asmann berichtet, hat sich die Statutencommission dem in der Sitzung vom 28. Juni 1901 — Seite 143 des Berichtes — gestellten Antrage einstimmig angeschlossen und empfiehlt dessen Annahme. Der Antragsteller erstrebe nicht eine Beschränkung in der Benutzung der Motorfahrzeuge, sondern er wolle nur die übrige Bewohnerschaft gegen unzulässiges Fahren schützen, was als berechtigt anzuerkennen sei.

Herr Müller möchte bei dieser Gelegenheit auf einen Uebelstand aufmerksam machen, der das hiesige Droschkenwesen betreffe. Er habe kürzlich Abends 9^{3/4} Uhr nach Ankunft des Harzuges nicht eine einzige Droschke auf dem Bahnhofe angetroffen, was nicht als statthaft angesehen werden könne. Sein Wunsch gehe dahin, daß die Herzogliche Polizeidirection vom Magistrate gebeten werde, dahin zu wirken, daß zu den Hauptzügen auf hiesigem Bahnhofe mindestens 5 bis 6 Droschken vorhanden seien. Das Ansehen und der Fremdenverkehr der Stadt müßten unter solchen Verhältnissen leiden.

Der Antrag Züdel wird darauf angenommen.

IV. Instandsetzung des südlichen Fußweges der Gliesmaroderstraße.

Der Magistrat hält die ordnungsmäßige Instandsetzung des südlichen Fußweges der Gliesmaroderstraße zwischen der Bindestraße und der Oststraße für erforderlich und giebt anheim, dem hierüber aufgestellten Projecte, sowie der Kosten- und Vertheilungsberechnung zuzustimmen. Von den zu 7700 M veranschlagten Kosten würde die Stadt 3543,08 M zu übernehmen haben, während den Rest die Anlieger mit voraussichtlich 4156,92 M = 8,10 M für 1 m Frontlänge zu erstatten haben würden.

Auf Antrag der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

V. Ausbau der Straße am Waschplatze.

Unter Vorlegung eines Projectes über den Ausbau der Straße am Waschplatze giebt der Magistrat anheim, zu genehmigen, daß die im Zuge der Straße stehenden Kastanienbäume beseitigt werden, weil dieselben eine angemessene Ausgestaltung des Straßenkörpers erschweren und den Ausbau auch nicht unwesentlich vertheuern würden. Die Straße soll eine Breite von 14 m und davon die Fahrbahn eine solche von 8 m erhalten. Von der Belegung des östlichen Fußweges

mit Platten will man vorerst absehen, weil noch nicht feststehe, ob der angrenzende Platz dauernd als solcher beibehalten, oder aber in anderer Weise verwerthet werden solle. Das bisher schon als Weg benutzte Terrain ist von der Stadt unentgeltlich zur Verfügung gestellt und nur für das vom Platze zu verwendende Terrain von 853 qm ein Einheitspreis von 7,50 M in Ansatz gebracht worden. Derselbe Preis ist ausgeworfen für die schon früher stadtseitig erworbenen Flächen von zusammen 433 qm und ebenso für die vom Fabrikanten Runge abgetretenen 87 qm. Hier- nach sind die Grunderwerbskosten zu 10500 M und die Baukosten zu 26055 M veranschlagt worden. Da die Straße als eine einseitig zu bebauende nicht behandelt werden kann und die Stadt daher als einseitige Anliegerin die Hälfte der Kosten zu tragen hat, so ist der Anliegerbeitrag zu 101,80 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden. Dem Antrage des Magistrates, den mit dem Fabrikanten Runge abgeschlossenen Vertrag und das betr. Project nebst Kosten- und Vertheilungs- berechnung zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Ebeling berichtet, zu.

VI. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Wittve Rau, des Böttchers Ebers und der Frau Kiedel um Erlaß der Steuer für einen Zieh- und einen Wachhund werden genehmigt, dagegen die Gesuche der Frau Bolling, der Frau Küster und des Herrn Kristen um Erlaß der Steuer für einen Wachhund verworfen.

VII. Aufwendungen für den Wirthschaftshof an der Taubenstraße.

In der Sitzung vom 6. Juni d. Js. — Seite 42 des Berichtes — ist die Beschlußfassung über den Antrag des Magistrates, betr. die Verwilligung der Kosten für Ueberdachung des freien Raumes zwischen den beiden Pferde- ställen an der Taubenstraße zu 1400 M und für eine Transmissionswinde zu 825 M einst- weilen ausgesetzt worden, weil noch weitere Erhebungen für erforderlich erachtet wurden. Wegen der Winde ist solches magistratsseitig geschehen, indem Kosten- anschlätze von den Firmen G. Luther, sowie Amme Giesecke & Konegen eingefordert wurden. Die Firma Luther hat die Kosten einer neuen Aufzugswinde unter Bei- haltung der vorhandenen Kette mit Haken und Rolle zu 450 M, sowie die Kosten des Umbaues der vorhandenen Winde für Transmissionsbetrieb zu 186 M veranschlagt; die Firma Amme Giesecke & Konegen dagegen erachtet einen Umbau nicht für rathsam, empfiehlt vielmehr Anlage einer neuen Winde zum Preise von 797 M und erbiethet sich gleichzeitig, die alte Winde für 135 M abzunehmen, so daß sich die Kosten auf 662 M stellen würden. Der Magistrat glaubt, die

Entscheidung darüber, in welcher Weise die Anlage auszuführen sei, der Versammlung überlassen zu sollen und giebt entsprechende Beschlußfassung anheim.

Nach dem Berichte des Herrn Wolters hat sich die Finanzcommission für das Angebot der Firma Luther entschieden, da man anerkannt habe, daß die vorhandene Kette nebst Rolle noch brauchbar seien. Die Commission empfehle indessen, außer der vorhandenen Bremsvorrichtung noch eine selbstthätige Ausrückung vorzusehen.

Die Magistratsvorlage wird darauf dem Commissionsantrage gemäß angenommen.

VIII. Enteignung von Terrain nördlich der Kaiser-Wilhelmstraße.

Nachdem die Versammlung in der Sitzung vom 6. Juni d. Js. — Seite 44/45 des Berichtes — genehmigt hatte, daß der Ausbau der den Bauplatz der Paulikirche umgebenden Straßen spätestens im Jahre 1904 erfolgen solle, hält es der Magistrat für zweckmäßig, schon jetzt zwei, zusammen 7,52 ar große, an der Nordostseite des betr. Bauplatzes gelegene Theilflächen, welche zur Straßenanlage bezw. zu dem Kirchenbau verwendet werden müssen, zu erwerben. Da die Eigenthümer für die Flächen 40000 M fordern, was einem Einheitspreise von 57,63 M bei der einen und 49,38 M bei der anderen Fläche entsprechen würde, dieser Preis aber dem Magistrate viel zu hoch erscheint, so ersucht derselbe, der Enteignung der Flächen zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Rieke berichtet, geschieht.

IX. Aenderung der Straßen-Polizei-Ordnung (betr. den Maulkorbzwang).

Auf Grund einer von einer größeren Anzahl hiesiger Einwohner an den Magistrat gerichteten Eingabe über Abschaffung des Maulkorbzwanges und nach Einziehung von Erkundigungen über die einschlägigen Verhältnisse in Hannover, Stuttgart, Düsseldorf und Magdeburg, sowie nach Einholung eines Gutachtens vom Kreisthierarzt Dr. Dehmke hat sich die Herzogl. Polizeidirection, mit veranlaßt durch die wenig guten Erfahrungen, welche die gegenwärtigen Bestimmungen in Folge der Unzuverlässigkeit der Hundefänger gezeitigt haben, für eine Beschränkung des Maulkorbzwanges auf die durch ihre Größe oder ihren Charakter für den Menschen nicht ungefährlichen Hunde und Hundearten ausgesprochen. Als dabei in Betracht kommend sind folgende Hundearten bezeichnet worden: Alpenhunde (Bernhardiner, Leonberger und deren Mischrassen), Neufundländer und deren Abarten, Doggen (deutsche, Ulmer, dänische Doggen und Abarten derselben), Bullenbeißer, Bullterrier und sogen. Boxer, Fleischerhunde jeder Art, Ziehunde, so lange sie eingespannt sind, und alle bissigen Hunde.

Der Magistrat hat keine Bedenken getragen, dieser Auffassung der Herzogl. Polizeidirection beizutreten und bringt in Vorschlag, den §. 123 der Straßen-Polizei-Ordnung durch folgende Bestimmung zu ersetzen:

„Maulkorbzwang. Herzogl. Polizeidirection ist befugt, mit Zustimmung des Stadtmagistrates Anordnung dahin zu treffen, daß entweder alle Hunde, oder doch nach Rasse, Gebrauch, Größe, Alter oder Charakter zu bestimmende Arten derselben, welche auf Plätzen und Straßen, sowie an Orten, wo Menschen zu verkehren pflegen, insbesondere in Wirthschafts-localen und öffentlichen Gärten frei umher laufen, mit einem Maulkorb versehen sein müssen, welcher den Hunden das Beißen vollständig unmöglich macht, ohne sie jedoch zu hindern, die Zunge aus dem Maule hängen zu lassen oder zu saufen. Die Besitzer von Hunden sind dafür verantwortlich, daß dieser Vorschrift entsprochen werde“.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit der beabsichtigten Beschränkung des Maulkorbzwanges, sowie mit der veränderten Fassung des §. 123 der Straßen-Polizei-Ordnung einverstanden zu erklären.

Nach dem Berichte des Herrn Wolff ist die Statutencommission allerdings der Ansicht, daß eine Aenderung der bestehenden Bestimmungen zweckmäßig erscheine, jedoch meine sie, es empfehle sich nicht, die Einführung des Maulkorbzwanges einem jedesmaligen übereinstimmenden Beschlusse des Magistrates und der Herzogl. Polizeidirection zu überlassen, sondern es sei vorzuziehen, diese Behörden zu ermächtigen, die Befreiung vom Maulkorbzwange selbstständig anzuordnen. Wenn die Versammlung mit dieser Lösung der Frage einverstanden wäre, würde der Maulkorbzwang an sich bestehen bleiben und der §. 123 der Straßen-Polizei-Ordnung nur folgenden Zusatz erhalten:

„Weitere Ausnahmen können von Herzoglicher Polizeidirection mit Zustimmung des Stadtmagistrates zugelassen werden.“

Die Commission empfehle, demgemäß zu beschließen.

Herr Koch möchte den Magistrat bitten, dahin zu wirken, daß die Hunde an den öffentlichen Anlagen und den Promenaden an einer Leine geführt werden müssen. Wenn man an einem solchen Plage, wie dem Monumentsplatze, wohne und in den Sommermonaten dort täglich das schauerhafte Herumbalgen der Hunde beobachten und dazu die unflätigsten Redereien und Hinweise der sich dort umhertreibenden Burschen mit anhören müsse, so hege man namentlich mit Rücksicht auf die am Monumentsplatze verkehrenden vielen Damen den dringenden Wunsch, daß hier Abhülfe geschaffen werde.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, hierüber einen besonderen Antrag zu stellen, da diese Sache nicht zur Vorlage gehöre.

Herr Hauswaldt ist nicht gegen die Aufhebung des Maulkorbzwanges, kann sich aber mit dem Antrage der Commission nicht befreunden. Hiernach müßte doch jeder Hundebesitzer, welcher sein Thier vom Maulkorbe befreit sehen möchte, sich dieserhalb erst an die Herzogliche Polizeidirection wenden, was zu vielen Unzuträglichkeiten führen würde. (Widerspruch.)

Herr Wolff erwidert, daß diese Auffassung nicht zutreffe. Die Sache wäre so gedacht, daß die Herzogliche Polizeidirection mit Zustimmung des Magistrates bestimmte Classen von Hunden ohne Weiteres vom Maulkorbzwange befreien könne.

Herr Hauswaldt möchte dann dafür sein, lieber den Maulkorbzwang ganz aufzuheben, weil sonst die Hundeverständigen zu beweisen versuchen werden, daß gerade die Hundesorte, welche sie besitzen, nicht bissig sei. Wer wolle aber diese Frage entscheiden? Der unscheinbarste kleine Hund könne dem Menschen gefährlicher sein, als ein gutmüthiger großer Jagdhund. Besser wäre es, zu sagen: nur bissige Hunde müssen den Maulkorb tragen. Es empfehle sich nicht, bei einer halben Maßregel stehen zu bleiben, sondern lieber der Aufhebung des Maulkorbzwanges zuzustimmen.

Herr Ribbentrop: Wenn man der Magistratsvorlage oder dem Commissionsantrage zustimme, so würden einige Classen von Hunden den bissigsten Hunden, welche es gebe, den Bullterriern überliefert, ohne daß erstere sich wehren können. Die Bullterrier dürften auf keinen Fall vom Maulkorbzwange ausgeschlossen werden, denn sie überfielen und zerbissen andere Hunde häufig ohne jede Veranlassung. Nach den aus anderen Städten eingezogenen Berichten seien Schwierigkeiten ohne den Maulkorbzwang nirgends hervorgetreten, während der Unbequemlichkeiten viele durch solchen Zwang hervorgerufen würden. Da nun außerdem durch die Hundesteuer die Anzahl der Hunde ganz wesentlich gegen die Zeit der Einführung des Maulkorbzwanges vermindert sei, auch nach dem Gutachten des Kreisthierarztes der Maulkorb hier einen Schutz gegen tollwüthige Hunde nicht bieten solle, so fallen auch diese Gründe für die Verbeibehaltung desselben weg; er beantrage deshalb, den Maulkorbzwang ganz aufzuheben.

Herr Blasius möchte sich für den Antrag Ribbentrop aussprechen, da ihm der Vorschlag der Statutencommission viele Weitläufigkeiten im Gefolge zu haben scheine. Was den Maulkorbzwang selbst anbetreffe, so sprächen für denselben zwei gewichtige Gründe, indem dadurch die Leute vor Hundebissen im Allgemeinen und dann aber auch vor den Bissen tollwüthiger Hunde geschützt werden sollen. Der letztere Grund sei der wichtigere, weil die Tollwuth nur durch Ueberführung des Speichels eines tollwüthigen Hundes beim Biß, bezw. durch Ueberimpfung auf den Menschen übertragen werden könne. Es sei aber festgestellt worden, daß im Innern Deutschlands die Tollwuth beim Menschen eigentlich gar nicht zur Be-

obachtung komme; er erinnere sich wenigstens nicht, daß bei der von ihm seit Jahrzehnten vorgenommenen Zusammenstellung der Todes- und Krankheitsfälle und ihrer Ursachen hier im Herzogthum je beim Menschen Tollwuth vorgekommen wäre. Unwichtig sei dieser Punkt indessen bei der Beurtheilung der Bedeutung des Maulkorbzwanges im Allgemeinen nicht, da in den deutsch-russischen, deutsch-österreichischen und deutsch-holländischen Grenzdistrikten Tollwuthfälle vorgekommen seien und für diese Gegenden der Maulkorbzwang seine volle Berechtigung habe. Für die hiesige Gegend habe er aber absolut keinen Zweck. Der Maulkorb sei eine Thierquälerei für die Hunde und, was das Schlimmste sei, sie beißen mit dem Maulkorbe ebenso, oder doch ähnlich so, als ohne Maulkorb. Deshalb empfehle er, reine Bank zu machen und entweder Abschaffung des Maulkorbzwanges, oder ordentliche Maulkörbe einzuführen. Auf der Herzogl. Polizeidirection liege wohl das Modell eines vorschriftsmäßigen Maulkorbes aus, wonach man sich hier richten solle, aber es richte sich nur selten Jemand darnach. Die jetzige Bestimmung habe recht wenig genügt und der augenblickliche Zustand sei geradezu unerträglich: es bestehe der Maulkorbzwang und $\frac{3}{4}$ der Hunde laufe ohne Maulkorb umher. Das gehe nicht. Man hebe lieber den Maulkorbzwang im Allgemeinen auf und überlasse der Herzogl. Polizeidirection das Recht, für anerkannt bissige Hunde den Maulkorb vorzuschreiben, aber dann auch einen vorschriftsmäßigen Maulkorb. Die kleinere Zahl dieser Hunde werde dann auch leichter von den Polizeibeamten controlirt werden können. Er schlage vor, den Antrag Ribbentrop anzunehmen.

Herr Böschigt ist auch dafür, den Maulkorbzwang vollständig fallen zu lassen. Wenn heute ein ruhiger Hund einen Maulkorb trage und er werde von einem kleinen maulkorblosen Terrier angebissen, so könne er sich nicht wehren. Es sei nicht recht, eine Kategorie von Hunden zu knebeln und den Bissen anderer Hunde auszusetzen. Dagegen halte er es für nothwendig, daß jeder Hund ein Halsband mit dem Namen seines Besitzers trage, damit dieser leicht festgestellt werden könne, und genüge hierzu die Marke allein nicht.

Herr Stadtrath Meyer: So sehr er sich für die Beschränkung des Maulkorbzwanges aussprechen könne, so wenig könne er sich aber mit dem Antrage Ribbentrop befreunden. Der Maulkorbzwang verfolge auch noch einen anderen Zweck, als Herr Blasius angegeben habe. Bei den früheren Verhandlungen über den §. 123 der St.-P.-O. sei gesagt worden, es wäre im Interesse der Frauen in der Stadt wünschenswerth, wenn die großen Hunde mit einem Maulkorbe versehen wären und zwar nicht etwa deshalb, weil eine besondere Befürchtung vorliege, daß die Frauen gebissen würden, sondern weil bei den Frauen die Furcht bestände, die großen Hunde könnten ihnen etwas thun, welche Begründung auch heute noch stichhaltig sei. Jeder freue sich, wenn ein großer Hund mit einem Maulkorbe versehen sei, weshalb es wünschenswerth erscheine, an diesem Zustande

nichts zu ändern. Die Ansicht des Herrn Ribbentrop, daß man kleinere, aber bissige Hundearten von dem Maulkorbzwange befreien wolle, treffe nicht zu, da gefährliche Hunde, gleichviel ob groß oder klein, demselben unterworfen bleiben sollen, so daß auch der Bullterrier den Maulkorb ferner zu tragen habe. Im Interesse der Stadt erscheine es ihm wünschenswerth, wenn ein beschränkter Maulkorbzwang bestehen bleibe.

Herr Müller ist für den Maulkorbzwang bei allen Hunden. Bei dieser Gelegenheit möchte er auf das Verschmutzen der Fußwege durch die Hunde kommen und anregen, ob es nicht möglich sei, die Straßensieger anzuhalten, für eine Reinigung der Fußwege von den ekelhaften Abgängen zu sorgen. Die Reinlichkeit der Stadt sei sonst gut, nur hier müßte Abhilfe geschaffen werden.

Herr Rathe bittet um Annahme der Magistratsvorlage, da er sich den Ausführungen des Herrn Stadtrath Meyer nur anschließen könne. Sobald der Maulkorbzwang aufgehoben werde, würden sich die auf den Straßen umherlaufenden Hunde bald um das Doppelte vermehren, weil man aus Furcht vor Strafe jetzt viele Hunde in den Häusern zurückhalte. Die Belästigung durch die Hunde sei schon jetzt eine ziemlich große, so daß man nicht noch mehr Hunde auf den Straßen herumlaufen lassen dürfe. Jagdhunde müßten allerdings von dem Maulkorbzwange befreit werden, weil sie den Maulkorb nicht vertragen können und leicht daran zu Grunde gehen.

Herr Wagner möchte gegenüber Herrn Stadtrath Meyer bemerken, daß er sich nicht denken könne, es werde bei einer Dame, die Angst vor großen Hunden habe, diese Angst verschwinden, sobald der Hund einen Maulkorb trage. Man müsse aber nicht nur die Damen, sondern auch die Kinder vor den großen Hunden schützen. Erst gestern habe er am Stadtpark gesehen, wie ein Hund auf eine Schaar von Kindern losgestürzt sei und diese furchtbar in Schrecken gesetzt habe; je rascher die Kinder dann fortliefen, desto stärker sei der Hund hinterher gelaufen und habe es auch nichts genutzt, daß der Eigenthümer des Hundes denselben gerufen habe. Aus diesem und anderen Vorkommnissen schließe er, wie nothwendig es sei, die großen Hunde an der Leine zu führen.

Herr Meyerhoff steht auf dem Standpunkte, wenn der Maulkorbzwang bei einer Classe von Hunden fallen solle, dann müsse er auch bei allen Classen fallen. Man könnte dasselbe Princip anwenden, wie bei den Pferden: wer ein bissiges Pferd habe, müsse ihm einen Beißkorb anlegen, und ebenso sei es bei einem bissigen Hunde. Ein bissiger Hund sei gar nicht werth, daß er existire und müßte derselbe einen durchaus sicheren Maulkorb tragen, auch wenn dieser verhindere, daß der Hund die Zunge herausstecken könne. Deshalb solle man den allgemeinen Maulkorbzwang fallen lassen. In Bezug auf die Kengstlichkeit der Damen siehe er auf dem Standpunkte des Vorredners, jedoch sei die Furcht vor großen Hunden ziem-

lich unbegründet. Durch die Bissigkeit der kleineren Hunde, namentlich der Bullterrier und der Foxterrier, geschehe der meiste Scandal auf den Straßen, denn diese griffen selbst größere Hunde an. Er bitte um Annahme des Antrages Ribbentrop.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Ribbentrop mit 18 : 14 Stimmen abgelehnt und der Commissionsantrag mit 19 : 13 Stimmen angenommen.

X. Urkundenbuch der Stadt Braunschweig.

In dem am 4. April 1894 mit der Firma C. A. Schwetschke & Sohn in Berlin wegen Herausgabe des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig abgeschlossenen Vertrage ist ausbedungen worden, daß die Stadt 50 M für jeden Druckbogen, einschl. der etwa vorkommenden Correcturen im Blei zu zahlen habe. Dieser Bestimmung zuwider hat die Firma für Band III, Abth. 1, Bogen 7 bis 30 des Werkes 329,50 M für Streichsatz und Autorcorrecturen und 45 M für Buchbinderarbeit in Rechnung gestellt. Auf Beanstandung des Magistrats hat sich die Firma zwar dazu verstanden, diese Posten fallen zu lassen, jedoch nur unter der Bedingung, daß der Einheitsatz von 50 M auf 60 M erhöht würde. Da die für eine solche Erhöhung angeführten Punkte (Verwendung echten Büttenpapiers und Lohnerhöhungen) dem Magistrate stichhaltig erscheinen, so ersucht derselbe, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 7. Bogen des III. Bandes des Urkundenbuches ab 60 M Vergütung für den Bogen an die genannte Firma gezahlt werden.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für die der Herr Vorsitzende berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

XI. Bescheidung der Hauptversammlung des Vereins für das höhere Mädchenschulwesen.

Der Deutsche Verein für das höhere Mädchenschulwesen hat an den Magistrat eine Einladung zur Betheiligung an der in Freiburg i. B. stattfindenden Generalversammlung mit der Bitte erlassen, einen sachmännischen Vertreter zu der Versammlung abzuordnen. Da auf der Tagesordnung der Versammlung einige sehr wichtige Beratungsgegenstände stehen, so empfiehlt der Magistrat, für den Director der höheren Mädchenschule, Prof. Krüger, die üblichen Reisefkosten zu bewilligen.

Namens der Schulcommission beantragt Herr Lange Genehmigung des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte zur Empfehlung der Vorlage noch mittheilen, daß der Vorstand der höheren Mädchenschule sich schon seit längerer Zeit mit einer für Laien schwierigen Frage, nämlich der inneren Reorganisation der höheren Mädchenschule, beschäftige und daß dabei auch in Frage komme, ob es

richtig sei, die bisherige Verbindung des Lehrerinnenseminars mit der höheren Mädchenschule beizubehalten, oder nicht, dieser Gegenstand aber auf der Tagesordnung der Freiburger Versammlung stehe.

Herr Stegmann will dahin gestellt sein lassen, ob die Versammlung von so großer Bedeutung sei, daß sie von hier beschickt werden müsse, jedoch wolle er dieses annehmen, und dafür stimmen, da man sich aus derselben Nutzen für das hiesige Schulwesen verspreche. Dabei müsse er es aber für ganz selbstverständlich halten, daß auch bei anderen Delegationen von Wichtigkeit die erforderlichen Mittel vorhanden sein müßten. Der Antrag, die Pariser Weltausstellung durch Arbeiter zu beschicken, sei indessen vom Magistrate abgelehnt worden und ebenso habe derselbe die Bitte der Beisitzer des Gewerbegerichtes um Bewilligung der Mittel zum Besuche einer Generalversammlung abgelehnt, obwohl andere Städte solche Mittel bewilligt haben. Es werde dadurch leicht der Schein erweckt, daß man über Delegationen, wenn es sich um Arbeiter handle, hinweggehe und sagen könne, es seien nur Arbeiter, denen man keine Gelegenheit zu geben brauche, ihr Wissen zu bereichern. Er habe diese Sache hier zur Sprache gebracht, um den Magistrat zu veranlassen, in Zukunft nicht einen so einseitigen Standpunkt einzunehmen.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

XII. Instandsetzung der Taschen- und der Kuhstraße.

Zur Instandsetzung der Taschen- und der Kuhstraße zwischen Dellschlagern und Mitterstraße ist ein Project vorgelegt worden, welches 20 500 M an Baukosten verursachen wird. Hiervon haben die Anlieger 4000 M zu tragen. Der Magistrat ersucht, das Project und dessen Kosten zu genehmigen.

Wie Herr Sander berichtet, ist die Finanzcommission von der Nothwendigkeit des Ausbaues dieser sehr frequenten Straße überzeugt, weshalb Genehmigung der Vorlage anheimgegeben werde.

Herr Koch möchte ersuchen, die Instandsetzung der Straßen recht bald vornehmen zu lassen, da dort schnelligst Wandel geschaffen werden müsse.

Herr Almann: Es könne nur angenehm sein, wenn diese Straßen ausgebaut werden sollen, jedoch möchte er den Wunsch aussprechen, daß mit der Instandsetzung von Straßen auch eine wirkliche Verbesserung verbunden sei und es nicht so gemacht werde, wie an der Gördelingerstraße, wo ein richtiger Knüppeldamm mit kleinen Steinen hergestellt sei. Wenn man hierüber die wahre Meinung der Anlieger einmal gehört hätte, würde man wohl damit brechen, Straßen in solcher Art und Weise in Stand zu setzen, oder vielmehr in Unordnung zu bringen. Besser sei die Straße dadurch nicht geworden, denn sobald der Grand heruntergeregnet sei, werde man den alten Zustand wieder haben. Dazu trete noch der Umstand, daß nur ein

Theil der Anlieger sich für Bordquader erklärt habe und auch hierdurch ein unerträglicher Zustand geschaffen sei. In der Schöppensiedterstraße liegen die Verhältnisse auch nicht besser. Er bitte also, die Straßen in würdiger Weise in Stand zu setzen und wenn man auch nicht gerade quadratische Kopfsteine zu nehmen brauche, so könnten doch die gewöhnlichen Kopfsteine, welche auch nicht viel theurer seien, als die kleinen Pflastersteine, Verwendung finden.

Herr Rieke hat es sehr bedauert, daß der Antrag Müller auf Instandsetzung der Straße an der Catharinenkirche und der Schöppensiedterstraße die Versammlung nicht wieder beschäftigt habe. Man gehe in der Zeit, wo die Versammlung ihre Ferien habe, einfach dabei und buddele die Straßen auf und man könne sich hinterher gar nicht wundern, wenn die Anlieger auffässig werden, sofern man ihnen die alten Knüppelköpfe wieder auf die Straßen setze. Man habe das schöne Steinmaterial im Harze liegen und verwende es nicht, obwohl z. B. die Stadt Bremen sich damit versehen habe. Bei der ungleichmäßigen Behandlung der Schöppensiedterstraße komme man fast auf den Gedanken, daß der eine Theil derselben schlechter sei als der andere, denn sonst hätte man nicht mitten in der Arbeit aufhören und sagen können, man habe kein Geld mehr, die Arbeit fortzusetzen. Daraus komme dann auch die Redensart, daß dieser Theil der Anlieger wohl die Steuern noch nicht bezahlt habe. In der städtischen Verfassung stehe doch aber, daß die Versammlung bei Ausgaben von mehr als 100 M gefragt werden müsse, was hier nicht geschehen sei. Dem betreffenden Beamten müßte ganz gehörig aufgegeben werden, rationelle Arbeit zu liefern und nicht die Straßen in einem Zustande herzustellen, daß gleich wieder die Sümpfe darauf stehen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Im Interesse des Verkehrs müsse es als wünschenswerth bezeichnet werden, daß die Neupflasterungen in einem schnelleren Tempo zur Ausführung gebracht werden, als bisher, jedoch gehören dazu sehr erhebliche Mittel. Wenn man bedenke, daß für die Innenstadt die für die Außenstadt ausgeworfenen Mittel nicht in Betracht kommen und daß allein die Taschen- und ein kleiner Theil der Kuhstraße eine Aufwendung von 20 000 M erfordern, die Stadt aber mit der ihr für die Innenstadt zugebilligten Staatsrente, zuzüglich $\frac{1}{6}$ als städtischen Zuschuß auszukommen suche, so werde man ihr Vorgehen wohl billigen, denn bei dem Burgplatze und diesen beiden Straßen gehe die Rente in diesem Jahre schon darauf. Die Ausbesserungen auf der Schöppensiedterstraße seien durch die Ausführung der Canalisation veranlaßt worden, denn es hätten sich dort so starke Setzungen gezeigt, daß etwas hätte geschehen müssen. Es wäre wohl wünschenswerth gewesen, auch diese Straße neu zu pflastern, jedoch haben die Mittel nicht gereicht. Wenn Herr Rieke übrigens meine, der Magistrat habe hierbei seine Competenzen überschritten, so treffe das nicht zu, denn die erforderlichen Summen

feien durch den Etat zur Verfügung gestellt und überlasse es der Magistrat in solchem Falle der städtischen Bauverwaltung, vorzugehen, wie es für sachgemäß erachtet werde.

Herr Meyerhoff möchte anfragen, ob es nicht möglich sei, wenigstens die Täschenstraße zu asphaltiren. Bei der häufigen Benutzung dieser schmalen Straße durch schweres Fuhrwerk würden die Anwohner erheblich durch das entstehende Geräusch belästigt, so daß sich deren Asphaltirung wohl empfehle.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will nicht entscheiden, ob es angezeigt erscheine, gerade die Täschenstraße zu asphaltiren. In einem anderen Falle, wenn er sich recht erinnere, bei der Salzdahlumerstraße, habe die städtische Bauverwaltung darauf hingewiesen, daß statt des in Aussicht genommenen Großpflasters auch für dasselbe Geld Asphalt genommen werden könne, jedoch habe man von dem Versuche abgesehen.

Herr Rieke hat bedauert, daß z. B. der Pflasterung der Schöppenstedterstraße keine Sitzung stattgefunden habe, weil er sonst diese Angelegenheit zur Sprache gebracht haben würde. Bei Verwendung solcher Steine zum Pflastern gehe jeder fünfte Stein schon beim Rammen entzwei und ein einmaliger starker Winterfrost genüge, um die Steine vollständig aufzureiben. Aus diesem Grunde kosten hier auch die Straßenausbesserungen so viel Geld. Da nun die Versuche mit dem Asphaltpflaster hier bis jetzt ganz gut ausgefallen seien, so könne er den Antrag des Herrn Meyerhoff, die Täschenstraße zu asphaltiren, wohl billigen. Wenn man auf diesem Wege weiter gehe, werde noch manche Straße zur Asphaltirung in Vorschlag gebracht werden. Die Schöppenstedterstraße sei so schlecht in Stand gesetzt, daß man täglich sehen könne, wie eine Masse Leute dort ausgleiten und fallen. Die Böschungen habe man so steil angelegt, daß sie das Ausgleiten veranlassen; wenn Granitquader sich zu theuer stellen, wäre es besser gewesen, Belpfer Quader zu nehmen. Diese reichten vollständig aus, während das Sollinger Material nicht widerstandsfähig genug sei. Jedenfalls müßten die schrägen Gassen, bei denen die Steine oft durch Lastwagen aufgerissen würden, nach Möglichkeit beseitigt werden.

Der Herr Vorsitzende möchte bitten, sich einigermaßen an den zur Verhandlung stehenden Gegenstand zu halten und bei diesem Gegenstande nicht das Pflasterungsgebiet der ganzen Stadt in die Debatte einzubeziehen.

Herr Sander will noch darauf hinweisen, daß für die Täschen- und die Rußstraße Bordquader vorgeesehen seien.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt und gleichzeitig der Magistrat ersucht, die Täschenstraße, wenn möglich, mit Asphaltpflaster zu belegen.

XIII. Ausgabe von Kreis-Obligationen.

Der diesjährige außerordentliche Geldbedarf der Stadt ist, soweit derselbe durch Aufnahme von Anleihen unter Verpflichtung zu regelmäßiger Tilgung derselben, gedeckt werden soll, auf 2498 200 M beziffert worden. In diesem Bedarf ist eine zu 700 000 M angenommene Fehlsomme der Ausführung des Voretats enthalten, die nach dem inzwischen erfolgten Rechnungsabschlusse nur 245 270,43 M beträgt. Durch Vermittelung der Kreiscommunalcasse sollen nach Bestimmung des Stadthaushaltsplanes 2 138 000 M beschafft werden; hiervon sind durch die Landesversicherungsanstalt bereits 120 000 M realisiert worden, so daß noch 2 018 000 M übrig bleiben. Der Magistrat beabsichtigt, von der 1899er Obligationen-Anleihe des Kreiscommunalverbandes Braunschweig zum 1. October 1901 einen Nennwerth von 2 Millionen Mark an den Markt zu bringen, und ersucht demgemäß, die Finanzcommission mit Ermächtigung dahin zu versehen, daß dieselbe in Vereinbarung mit dem Magistrate den Verkaufspreis des Nennwerthes namens des Kreiscommunalverbandes und der Stadt festsetze.

Die Ermächtigung wird auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden ertheilt.

XIV. Statut, betr. Ordnung der directen Gemeindesteuern.

Das früher festgestellte neue Statut, Ordnung der directen Gemeindesteuern in der Stadt Braunschweig betreffend, ist von der Herzoglichen Kreisdirection mit der Bedingung genehmigt worden, daß im §. 24 gesagt werde: „Dieses Statut tritt mit seiner Veröffentlichung in Kraft“. Da die zuerst vorgesehene Inkraftsetzung zum 1. October 1899 ohnehin hinfällig geworden ist, so giebt der Magistrat anheim, der Aenderung zuzustimmen,

was auf Befürwortung des Herrn Vorsitzenden geschieht.

XV. Nachtragsproject zum Ausbau eines Theiles der Maschstraße.

Von den Anliegern der Maschstraße wurde im Laufe des wegen Enteignung ihrer Vorgärten eingeleiteten Schätzungsverfahrens der Antrag gestellt, es möchten die Straßenfluchtlinien derart verschoben werden, daß auf der Westseite der Straße Vorgärten gehalten werden könnten. Diesem Antrage haben die städtischen Behörden entsprochen, weil mit Recht angenommen wurde, daß hierdurch eine Herabminderung der Straßenkosten zu erzielen sei. Nach erfolgter Aenderung des Ortsbauplanes gaben jedoch die Expropriaten Reimann, Heibergott und Himstedt die Erklärung ab, daß sie gleichwohl auf Enteignung derjenigen Flächen ihrer

Grundstücke bestehen müßten, die nach erfolgter Aenderung der Fluchtlinien zur Straße nicht erforderlich seien, auf die jedoch der frühere Enteignungsantrag mit erstreckt gewesen sei. Nach der Ansicht des Magistrates bleibt deshalb nichts Anderes übrig, als diese Flächen stadtseitig zu erwerben und dieses auf die betreffenden, 23 qm großen Flächen der angrenzenden Grundstücke von Könnede und Tolle auszudehnen. Der Anregung der städtischen Bauverwaltung, von der Enteignung dieser Flächen vorerst abzusehen und sie durch Pfähle vom Fußwege abzutrennen, glaubt der Magistrat keine Folge geben zu sollen. Es wird vielmehr ein entsprechendes Nachtragsproject nebst einem über 300 M lautenden Kostenanschlag mit dem Bemerken vorgelegt, daß diese Kosten und ebenso die durch Erwerb der in Rede stehenden Vorgärten erwachsenden Kosten schon aus Billigkeitsgründen die Stadt um deswillen zu übernehmen habe, weil der Anliegerbeitrag ohnehin schon reichlich hoch ist, andererseits aber auch seine lediglich auf die Weigerung der drei Anlieger sich gründende weitere Erhöhung von allen übrigen Anliegern als besondere Härte würde empfunden werden.

Die Versammlung wird deshalb ersucht, dem vorgedachten Verfahren zuzustimmen, das Nachtragsproject zu genehmigen und der Uebernahme der sämtlichen durch seine Ausführung erwachsenden Kosten auf den außerordentlichen Etat mit der Maßgabe zuzustimmen, daß bei Ermittlung der Anliegerbeiträge diese Kosten außer Ansatz bleiben.

Namens der Baucommission giebt Herr Ebeling anheim, der Vorlage zuzustimmen. Dabei wolle er indessen der in der Commission geäußerten Meinung auch öffentlich Ausdruck geben, daß das Verhalten der drei Anlieger gelinde gesagt nicht schön genannt werden könne. Die Herren, welche wüßten, daß zu ihren Gunsten das Straßenproject geändert sei, um ihnen nämlich die Vorgärten zu belassen, beantragten hinterher die Abnahme des ganzen Terrains. Wenn sich nun auch nichts weiter in der Sache machen lasse, so sollte doch die übrige Einwohnerschaft erfahren, auf welche Schwierigkeiten die städtischen Behörden stoßen, wenn sie mit solchen Anliegern zu thun haben.

Herr Sander will sich für das Project aussprechen und gleichzeitig seinem Bedauern Ausdruck geben, daß die Anlieger solche Schwierigkeiten bereiten und den so nöthigen Ausbau der Raschstraße immer wieder verzögern. Den Magistrat möchte er bitten, nunmehr die Sache so viel wie möglich zu beschleunigen und die Straße in einen ordnungsmäßigen Zustand zu versetzen. Vielleicht biete sich jetzt auch Gelegenheit, das Aniepsche Grundstück zu einem annehmbaren Preise zu erwerben und könnte dann auch der untere Theil der Raschstraße verbreitert und ausgebaut werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XVI. Verkauf von Böschungsterrain am Wendenringe.

Der Malermeister Büdcher hat gebeten, ihm eine vor seinem Grundstücke am Wendenringe gelegene Böschungs- und Grabenfläche von 48 qm zum Einheitspreise von 5 M zu verkaufen. Vom Magistrate wird ersucht, dem Antrage zuzustimmen und es wird gleichzeitig bemerkt, daß das Terrain s. Z. zum Einheitspreise von 4,61 M von der Stadt erworben worden sei.

Auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Buchler berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XVII. Instandsetzung verschiedener Straßen.

Die Versammlung wird ersucht, die Instandsetzung folgender Straßen zu genehmigen:

- 1) der Fahrbahn des Wendenringes durch eine Neuschüttung anstatt durch Kleinpflaster,
- 2) der Hamburgerstraße zwischen der Landeseisenbahn und dem Schützenhause,
- 3) der Helmstedterstraße zwischen dem Altemwiefing und dem Riddagshäuserwege und, sofern noch Mittel übrig bleiben,
- 4) der Theilstrecke des südlichen Sommerweges der Cellerstraße zwischen der Petrihorbrücke und der Petristraße mittels Kleinpflasters.

Der laufende Etat enthält für die Herstellung von Kleinpflaster auf dem Wendenringe die Summe von rund 21300 M.

Nach dem Berichte des Herrn Rieke empfiehlt die Baucommission, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Günther möchte anheimgeben, auch die Straße hinter der Masch vollständig in Stand zu setzen. Dem Anscheine nach sei die Straße nur zur Hälfte, nämlich linksseitig fertiggestellt worden, während auf der anderen Seite bei Regenwetter große Sümpfe stehen, welcher Zustand unmöglich so bleiben könne. Er ersuche um Auskunft, weshalb die Straße nicht vollständig fertiggestellt sei.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß der Ausbau der Straße hinter der Masch noch nicht beschlossen worden sei.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

XVIII. Remuneration für Hülfschreiber.

Mehrfache, mit längerer Dienstunfähigkeit verbundene Erkrankungen unter dem Personale der städtischen Hülfs- und Unterbeamten haben den Magistrat genöthigt, einige Hülfskräfte auf Kündigung heranzuziehen und zwar den bisherigen Handlungsgehilfen Bertram gegen eine Vergütung von monatlich 60 M,

den Militäranwärter Meißel gegen eine gleich hohe Vergütung und den Militäranwärter Mette gegen eine Vergütung von monatlich 75 M. Die vom Magistrat beantragte nachträgliche Bewilligung dieser Kosten

wird von der Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für die der Herr Vorsitzende berichtet, genehmigt.

XIX. Aufhebung einer proj. Straße am kl. Exercierplatze 2c.

In der Sitzung vom 13. Juni d. Js. — Seite 90 des Berichtes — ist beschlossen worden, die Magistratsvorlage, betr. den Verkauf des ehemals Wiegand'schen Grundstückes an den Staat 2c., nochmals an den Magistrat zurückzuberweisen, um Erhebungen darüber anzustellen, ob bei Errichtung eines mechanisch-technischen Laboratoriums dort auch eine größere Schornsteinanlage gemacht werden müsse und ob der beantragte Verkaufspreis als ein angemessener anzusehen wäre. Die nunmehr abgeschlossenen Vorerhebungen haben zu folgendem Ergebniss geführt: Nach einer Mittheilung der Herzoglichen Baudirection sollen in dem Laboratorium eine Festigkeitsmaschine, eine Dampfmaschine und eine Gasmaschine Aufstellung finden. Die erstere und die letztere Maschine arbeiten so gut wie geräuschlos. Die Dampfmaschine arbeite kaum länger als zwei Monate im Jahre und sei ihre Aufstellung etwa in der Mitte des langgestreckten Grundstückes geplant, so daß Belästigungen durch dieselbe weder durch Geräusch noch durch Rauch stattfinden dürften. Geräuschvolle Arbeiten würden überhaupt nur selten und dann nur für kurze Zeit vorgenommen. Der Rauchbelästigung werde durch völlig rauchfreie Verbrennung der Rauchgase vorgebeugt. Eine Belästigung für die Nachbarschaft stehe daher nur in demselben Umfange zu befürchten, wie solche schon jetzt durch das Gebäude der technischen Hochschule, ohne zu Klagen Veranlassung gegeben zu haben, herbeigeführt werde. Was die Erhöhung des Kaufpreises des Wiegand'schen Grundstückes um 1540,92 M (Straßenbaukosten) anbetreffe, so sei darauf hinzuweisen, daß die Stadt an einer gedeihlichen Entwicklung der technischen Hochschule erheblich interessirt und daher die Mehrforderung nicht begründet sei.

Der Magistrat giebt unter Vorlage dieser Zuschrift anheim, seine früheren Anträge in Bezug auf den Verkauf des Wiegand'schen Grundstückes und die Aufhebung der über dasselbe projectirten Straße zu genehmigen. Eine nachträgliche Erhöhung des Kaufpreises halte auch er nicht für wünschenswerth.

Wie Herr Buchler berichtet, empfiehlt die Baucommission nach eingehender Berathung, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Herr Wolff will für diesen Antrag stimmen; er hege aber zu der technischen Oberleitung das Vertrauen, daß sie bereit sein und von der Regierung in den Stand gesetzt werde, Alles zu thun, um eine Belästigung der Nachbarschaft durch das Institut auf das thunlichste Mindestmaß herabzudrücken.

Herr Schöttler möchte darauf hinweisen, daß der technischen Hochschule sehr viel daran liege, gerade dieses Grundstück zu bekommen, weil in der Nähe derselben ein anderes geeignetes Grundstück nicht zu haben sei und Werth darauf gelegt werden müsse, das Institut nicht allzuweit von der Hochschule ab zu legen. Mit Rücksicht auf die schon vom Referenten vorgetragenen Verhältnisse könne aber auch die Versammlung den Antrag der Baucommission wohl annehmen, selbst wenn die Belästigung der Nachbarschaft durch das Institut noch etwas größer sein würde, als sie in Wirklichkeit sein werde. Die Stadt sei thatsächlich an dem Wohlergehen und Bestehen der Hochschule sehr stark interessirt und könne es ihr nicht gleichgültig sein, ob hier ein solches Institut bestehe oder nicht; denn abgesehen von der idealen habe dasselbe auch eine finanzielle Bedeutung. Während anderen Städten die Hochschulen theilweise viel Geld kosten, seien hier von der Hochschule noch keine Ansprüche an die Stadt gestellt worden. Beispielsweise sei Darmstadt eingeschritten, als die dortige Hochschule habe aufgehoben werden sollen und habe Opfer gebracht, die sich bis heute auf eine Million beziffern sollen. Der Erfolg hiervon sei dann aber auch ein bedeutender gewesen, denn die damals kleinste deutsche Hochschule nehme jetzt die dritte Stelle ein. Solche Opfer habe man hier noch nicht gefordert und werden voraussichtlich auch nicht gefordert werden, wenn dann aber die Hochschule einmal mit einer, wie der vorliegenden Bitte an die Stadt herantrete, so wäre es wohl in der Ordnung, ihr dann nach Möglichkeit entgegenzukommen, vorausgesetzt, daß dadurch, wie in diesem Falle, große Schädigungen nicht hervorgerufen werden.

Herrn Mann interessirt besonders, daß man die Anlage mit Rußverbrennung herstellen wolle. Bisher hätten die Ingenieure immer behauptet, sie besäßen Apparate zur Rauch- und Rußverbrennung, jedoch habe man dieselben in der Praxis noch nicht kennen gelernt, sie ständen wohl eigentlich nur auf dem Papiere. Es würde höchst interessant sein, hier einen stark rauchenden und einen nicht rauchenden Schornstein neben einander zu sehen, aus welchem Grunde er das Project mit Freuden begrüße und der Hochschule guten Erfolg dazu wünsche.

Herr Blasius kann sich diesen Ausführungen nur anschließen und hofft, daß es der Hochschule gelingen werde, in einem nicht rauchenden Schornstein ein Meisterstück zu construiren. Im Uebrigen könne man ein solches Institut in keiner Weise mit einer Fabrik vergleichen, die fortwährend arbeite, da es z. B. keinerlei störendes Geräusch verursachen werde.

Herr Lange: Der Wunsch, absolute Rauchverbrennung zu erhalten, werde wohl nicht in Erfüllung gehen, wohl aber könne man den Rauch auf ein Minimum herabdrücken. Erfreulich sei es, hier endlich ein mechanisch-technisches Laboratorium zu erhalten, um nicht mehr nach Berlin gehen zu müssen, wenn man

Baumaterialien auf ihre Festigkeit prüfen lassen wolle. Deshalb bitte er dringend, der Sache keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Herr Rieke: Man könnte der Baucommission vielleicht den Vorwurf machen, weshalb sie nicht empfehle, daß der Hochschule aufgegeben werde, sich einen Motor anzulegen. Das sei aber nicht angängig, weil ein solches Lehrinstitut auch in der Lage sein müsse, den Lernenden die Rauchverbrennungsmethode zu zeigen. So schlimm, wie beim Wilhelmsgarten würden die Schornsteine doch wohl nicht rauchen.

Herr Sander möchte anfragen, ob in Aussicht genommen sei, auch das Kohlberg'sche Grundstück an der Spielmannstraße anzukaufen. (Nein.) Das sei bedauerlich, da hier noch entsetzliche Höhlen als Wohnungen dienen.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

XX. Aenderung der Viehtransportwagen.

In der Sitzung vom 13. Juni d. Js. — Seite 102 des Berichtes — hatte die Versammlung auf Antrag des Herrn Wollenweber beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im §. 56 der Str.-P.-O. die Höhe der geschlossenen Seiteneinfriedigung der Viehtransportwagen von 75 auf 30 cm ermäßigt werde. Der Magistrat ist mit der Herzogl. Polizeidirection indessen der Ansicht, daß es sich nicht empfehle, die beantragte Aenderung einzuführen. Der Zweck der festen Umschließung des unteren Theiles der Wagen bestehe hauptsächlich darin, daß die Thiere während des Transportes einerseits nicht vom Wagen fallen, andererseits nicht durchtreten können. Gegen die Anbringung von Ventilationsöffnungen in den festen Umschließungswänden würde aber nichts einzumenden sein, wenn dieselben so eingerichtet würden, daß ein Durchtreten der Thiere während der Beförderung ausgeschlossen sei. Bei der Beförderung von Großvieh würde eine nur 30 cm hohe feste Seiteneinfriedigung diesen Zweck nicht erfüllen und daher unzulänglich sein. Die Zulassung verschiedenartiger Viehtransportwagen für Groß- und Kleinvieh werde aber nicht zu empfehlen sein und voraussichtlich bei den Betheiligten auch nur wenig Anklang finden. Der Magistrat ist hiernach der Ansicht, daß von einer Aenderung der Str.-P.-O. bei Lage der Umstände Abstand zu nehmen sei.

Die Statutencommission nimmt nach dem Berichte des Herrn Wolff denselben Standpunkt ein, wie der Magistrat und giebt anheim, den Antrag damit als erledigt anzusehen.

Herr Wollenweber findet es bedauerlich, daß die Angelegenheit keinen besseren Fortgang genommen habe. Bis dahin sei es von der Polizeibehörde stets strafrechtlich verfolgt worden, wenn die Seitenwände nicht aus dichten Brettern hergestellt seien. Bei Schweinen lasse sich aber ein solcher dichter Wagen im Sommer gar nicht verwenden, weil dieselben bei großer Hitze leicht stinken.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte dazu bemerken, daß die Herzogl. Polizeidirection, wenn sie früher den von Herrn Wollenweber dargelegten Standpunkt thatsächlich eingenommen habe, diese Ansicht inzwischen geändert habe, da sie eine Vergitterung der Seitenwände zulassen wolle, wenn dieselbe nur so engmaschig sei, daß die Thiere nicht durchtreten können.

Herr Wollenweber erklärt sich mit dieser Auffassung der Bestimmung befriedigt.

Die Angelegenheit wird damit als erledigt angesehen.

XXI. Uebertragung von Mitteln auf das Rechnungsjahr 1901/02.

Durch den städtischen Haushaltsplan für das Jahr 1900/01 ist für den Neudruck des Ortsbauplanes der Stadt der Betrag von 1000 M zur Verfügung gestellt worden, während davon nur 256 M verausgabt worden sind. Da es nicht möglich gewesen ist, die zur Herstellung des Planes erforderlichen Arbeiten bis zum Ende des Etatsjahres zum Abschluß zu bringen, diese Arbeiten vielmehr noch etwa zwei Monate Zeit erfordern werden, so ersucht der Magistrat, den noch nicht verausgabten Betrag von 744 M auf das neue Rechnungsjahr zu übertragen.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Südel die Genehmigung des Antrages empfehlen.

Herr Lange fragt an, ob unter dem Neudruck des Ortsbauplanes auch der Neudruck der Sectionspläne mit zu verstehen sei. (Zustimmung.)

Herr Rathe möchte den Magistrat ersuchen, dafür zu sorgen, daß der Ortsbauplan sobald als möglich in Ordnung komme, damit zuverlässiges Material vorhanden sei.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann den Wunsch wohl für gerechtfertigt halten, wenn er sich auch freue, daß die Sache nicht früher zum Abschlusse gekommen sei. Gerade in den letzteren Jahren habe man wesentliche Umgestaltungen in der Außenstadt vorgenommen, welche nun erfreulicherweise noch in den Ortsbauplan aufgenommen werden können. Allerdings stehe in der Umgebung des Nordbahnhofes wiederum eine vollständige Umarbeitung des Ortsbauplanes der östlichen Außenstadt bevor, welche nicht mehr berücksichtigt werden könne.

Herr Lange würde es für richtiger gehalten haben, wenn die Aenderungen schon vor einem Jahre vorgenommen wären, weil man dann namentlich im Stadtbauamte viele Zeit hätte ersparen können. Gerade im Stadtbauamte sei es manchmal schmerzlich empfunden worden, daß die Sachen nicht genau stimmten, da es schwer sei, sich aus den Ortsbauplänen und den Sectionsplänen herauszufinden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will zur Verhütung unrichtiger Auffassungen darauf hinweisen, daß gerade im Anfange dieses Jahres noch ganz wesentliche Umgestaltungen der nordwestlichen Außenstadt vorgenommen seien, welche nun dem Ortsbauplane noch eingefügt werden könnten.

Die Magistratsvorlage wird darauf gutgeheißen.

XXII. Gesuch, betr. die Entwässerung der Grundstücke an der Eisenbüttlerstraße 2c.

I. Die Grundbesitzer an der Eisenbüttlerstraße haben die Versammlung ersucht, der zuständigen Behörde anheimzugeben, ihnen die Zuführung der Abwässer in die Oker zu gestatten. Auf verschiedene an den Magistrat eingereichte Gesuche, die Straße an das städtische Canalnetz anzuschließen, oder die Zuführung der Abwässer in die Oker zu gestatten, sei ihnen ein abschlägiger Bescheid erteilt worden, so daß sie nunmehr den Weg der Beschwerde beschreiten müßten. Die Bittsteller erklären sich bereit, vorschriftsmäßige Senkgruben herzustellen, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Abwässer, nachdem sie sich gesetzt haben, der Oker zugeführt werden dürfen, weil ihnen die Abfuhr derselben sonst zu große Kosten verursachen würde. Wie in der Eingabe weiter ausgeführt wird, gestatte man der Staatseisenbahn-Verwaltung dieselbe Einrichtung, indem diese 10—13 solcher Senkgruben besitze, deren Inhalt in die Oker abgelassen werde. Indem die Eingabe schließlich noch auf die Belästigungen hinweist, welche durch die Aufschüttungen im Bürgerpark den Bittstellern erwachsen, ersuchen dieselben, den Sprengwagen auch einmal über die Eisenbüttlerstraße zu schicken und außerdem die Ableitung der Schmutzwässer in die Oker zu gestatten.

Namens der Statutencommission berichtet über diese Eingabe Herr Wolff: Gelegentlich der Vorberatung des Gesuches habe Herr Bürgermeister Ketemeyer ergänzend ausgeführt, daß sich die Unmöglichkeit der Ableitung der Abwässer in den Canal der Wolfenbüttlerstraße aus den Niveauverhältnissen ergebe und dieses durch den Bürgerpark schon des bösen Untergrundes wegen nicht möglich sei. Der Magistrat sei durchaus nicht abgeneigt, ein bedeutendes Capital für einen Canal aufzuwenden, wenn sich der Canal mit Sicherheit als eine definitive und angemessene Aufwendung ausführen lasse. Es sei indessen nicht möglich, mit Rücksicht auf die in Fluß befindliche Umgestaltung des hiesigen Bahnhofes eine Trace für den Canal auszuwählen und durchzuführen, welche als ein Definitivum angesehen werden könne. Es ließe sich das höchstens in dem Wege an der Oker entlang machen, jedoch käme dort eine weitere Veruutzung des Canals nicht in Betracht, weil hier niemals eine Straße angelegt werden würde. Angesichts dieser Verhältnisse habe sich der Magistrat nicht in der Lage erklärt, für die Anlieger der Eisenbüttlerstraße einen Canal beschaffen zu können. Auf der anderen Seite sei

von dem genannten Magistratsmitgliede betont worden, daß die Zuführung der Abwässer in die Oker der Competenz einer anderen Behörde unterstehe und die Genehmigung hierzu nicht zu erlangen sei; weshalb nichts Anderes übrig bleibe, als Senkgruben einzurichten. Im Verlaufe der weiteren Debatte über diesen Punkt habe dann Herr Bürgermeister Ketemeyer für seine Person erklärt, er halte es nicht für unmöglich, daß der Magistrat den Anliegern in Bezug auf die Abfuhr der Abwässer entgegenkommen werde, da ein öffentliches Interesse vorliege, hier Abhülfe zu schaffen. Für die Stadt liege aber auch thatsächlich hier ein großes Interesse schon mit Rücksicht auf die Nähe der Badeanstalten vor, eine offene oder geheime Verunreinigung der Oker zu verhüten, und dieser Grund, sowie der Wunsch, den Anliegern zu Hülfe zu kommen, habe die Statutencommission veranlaßt, der Versammlung zu empfehlen, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, daß man den theilhaftigen Anliegern mit Rücksicht auf das vorliegende öffentliche Interesse bei der Abfuhr ihrer Abwässer thunlichst entgegenkomme. Die Abfuhr könne möglicherweise durch das städtische Fuhrwesen geschehen und lasse sich der Preis in entgegenkommender Weise bemessen. Hierdurch würde eine wenn auch nicht ganz ausreichende Abhülfe geschaffen und bestehe die Hoffnung, daß sich eine Canalisation nach Klärung der Bahnhofsverhältnisse durchführen lassen werde.

Herr Asmann ist der Ansicht, daß sich diese Anlieger in einer außerordentlich mißlichen Lage befinden und daß die übrige Einwohnerschaft der Stadt dadurch in Mitleidenchaft gezogen werde, sobald die Abwässer der Oker zugeführt würden, oder, wie es leicht vorkomme, aus undichten Abortgruben hineinlaufen. Für die Abfuhrung der Schmutzwässer in die Oker werde wohl Niemand sein, und halte er es für zweckdienlicher, zugleich aber für ein radikales Mittel, diesen Stadttheil mit dem Canalneze zu verbinden. In Bezug auf die Aufwendung von 45 000 M für den Canalanschluß und auf die hiesigen Bahnhofsverhältnisse müßte der Magistrat doch anderen Grundsätzen huldigen; denn wenn auch der Bahnhof einmal weiter hinausgelegt werden müßte, so denke doch wohl Niemand aus der Versammlung daran, das noch zu erleben. Man sei hierbei an das „Langsam voran“ gewöhnt, und könne die Anlieger der Eisenbüttenstraße darauf nicht warten lassen. Es dürfe dabei auch keine Rolle spielen, daß nur 161 M Canalsteuer zu zahlen seien, denn die Stadt müsse manches Mal Ausgaben machen, die sich nicht verzinsen. Da der Canal den schwarzen Weg an der Oker entlang 45 000 M, über die Wolfenbüttenstraße aber 36 000 M kosten solle, auf letzterer Strecke indessen schlechter Untergrund sei, so würde er sich für die Legung über den schwarzen Weg aussprechen. Er ersuche deshalb den Magistrat, der Versammlung eine Vorlage zu machen, nach welcher die Canalisation dieser Straße ernstlich ins Auge gefaßt werde.

Herr Blasius kann mittheilen, daß die Anlegung sogenannter wasserdichter Senkgruben den Anliegern der Eisenbütlerstraße aufgegeben worden sei, als sich bei den Besuchern der Flußbadeanstalten Krankheitserscheinungen zeigten, welche auf eine Einwirkung schädlicher Abflüsse hinwiesen. Die Stadt besitze oberhalb der Badeanstalten bedauerlicherweise einen nicht canalisirten kleinen Stadttheil, durch welchen die Oker fortgesetzt verunreinigt werde und sei es nicht nur ekelhaft, sondern geradezu gefährlich, in solchem Wasser zu baden. Aus der Praxis wisse man, daß wasserdichte Senkgruben diese Eigenschaft nur kurze Zeit behalten und darauf deren Inhalt durch den Boden in den Fluß gehe. Deshalb müßte Alles geschehen, um zu verhindern, daß noch weitere Senkgruben angelegt werden. Da die von den Eisenbütler Anliegern gemachten Vorschläge nicht angenommen werden könnten, so müßte die Stadt wohl oder übel in den sauren Apfel beißen und dort einen Canal anlegen. Niemand wisse heute, wann der neue Centralbahnhof kommen werde, weshalb es ein Unrecht gegen die Bewohner der Eisenbütlerstraße und der ganzen Stadt sein würde, wenn man darauf mit der Entwässerung der Straße warten wollte. Es empfehle sich daher, den Magistrat aufzufordern, ein Canalisationsproject für die Eisenbütlerstraße vorzulegen.

Herr Ebeling muß anerkennen, daß die Leute dort in einer sehr üblen Lage seien und freue er sich, daß auch die Commission auf Abhülfe dringe. Er sei immer für diese Leute eingetreten, bei deren Grundstücken es sich um ehemals städtische Baustellen handle, da die jetzigen Inhaber in einer Zwickmühle sitzen. Auf dem ganzen Bahnhofsterrain sollen die Abgänge der Aborte und der Pissoirs in die Oker fließen, denn wenn auch einige Gruben vorhanden seien, so sollen dieselben doch nicht regelmäßig entleert werden. Sofern man sich für die Legung eines Canals über den schwarzen Weg entscheide, liege es im Interesse der Eisenbahn-Verwaltung, denselben ebenfalls zu benutzen. Mit Senkgruben lasse sich eine wirksame Abhülfe nicht schaffen, das sei vielmehr nur durch einen Canal möglich, denn durch einen tüchtigen Regen würden die Gruben gefüllt und dann wisse man nicht, wohin deren Inhalt gebracht werden solle. (Ruf: In den Canal.)

Herr Ribbentrop kann hierzu mittheilen, daß die Straßenbahn-Gesellschaft ihre sämtlichen Abwässer in einer Senkgrube sammle und sie mittels einer kleinen Pumpe in den Canal der Wolfenbütlerstraße drücke. Eine derartige Einrichtung ließe sich vielleicht auch in Eisenbütler treffen, und könnte die Kraft für den Motor durch die Mühle oder durch die Straßenbahn beschafft werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Das Radicalste und Nationellste wäre, für die Eisenbütlerstraße eine Canalisation vorzunehmen und habe sich der Magistrat auch schon lange auf diesen Standpunkt gestellt. Die Idee der Canalisation sei keineswegs von Herrn Ahmann ausgegangen, sondern der Magistrat habe ein entsprechendes Project schon früher ausarbeiten lassen; dabei sei jedoch von der städtischen

Bauverwaltung darauf hingewiesen, daß es bedenklich wäre, das Canalproject, welches auf dem schwarzen Wege bis zum Eisenbahnverwaltungsgebäude und dort durch die Oker bis zur Leopoldstraße gehe, jetzt auszuführen, weil beabsichtigt werde, den Hauptbahnhof zu verlegen. Da nun außerdem auch der Präsident Träger in Magdeburg kürzlich erklärt habe, daß diese Verhandlungen in nächster Zeit wieder eröffnet werden würden, so habe es der Magistrat für angezeigt gehalten, hier zunächst ein Provisorium in Bezug auf die Entwässerung eintreten zu lassen. Wenn solche Abfuhr auch nicht als etwas Vollkommenes angesehen werden könne, so handle es sich doch nur um ein paar Jahre, in welchen den schwersten Uebelständen abgeholfen werde, und sei eine so wesentliche Verunreinigung, wie sie jetzt bestehe, auch nicht annähernd zu befürchten, zumal die Sentgruben nicht unmittelbar an der Oker liegen. Den Antrag Alßmann anzunehmen, würde nicht richtig sein, weil sich dann vielleicht gar nichts erreichen lasse, denn der Magistrat werde wohl nicht zu bewegen sein, 45 000 M für einen Canal aufzuwenden, die eventuell vollständig weggeworfen sein würden. Ein solcher provisorischer Canal sei noch niemals gebaut worden. Wenn auch eine volle Verzinsung der Bausumme vom Magistrate nicht gefordert sei, so müßte doch in absehbarer Zeit ein einigermaßen erträgliches Geschäft mit dem Anlagecapitale gemacht werden, was hier indessen nicht zu erwarten sei. Deshalb bitte er, zunächst den Antrag der Commission und vielleicht den Antrag Alßmann als Eventualantrag anzunehmen.

Herr Alßmann: Wenn die Angaben des Herrn Ebeling richtig seien, daß vom Bahnhofsterrain aus die Abwässer ebenfalls in die Oker gelassen werden, so sei dieses um so gefährlicher und müßte dort um so eher ein Canal gelegt werden. Seiner Ansicht nach sei das Anlagecapital auch nicht ohne Weiteres fortgeworfen, denn wenn auch der Canal in 20 Jahren überflüssig werden sollte, so seien schon manche Canäle selbst nach 15 Jahren umgelegt worden. Der Umstand, daß der Canal mit Bestimmtheit später verlegt werden müsse, sollte die Versammlung nicht abhalten, dessen Anlegung zu beschließen. Bei der Annahme des Commissionsantrages als Nothbehelf, würden die Anlieger noch Sentgruben anlegen müssen, wodurch ihnen nur doppelte Kosten erwachsen würden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte auf die letzteren Ausführungen erwidern, daß die Anlieger schon sämmtlich Sentgruben besitzen, diese aber undicht geworden und nun deren Eigenthümer aufgefordert seien, die Gruben in den Stand zu setzen, was bis auf zwei Gruben auch geschehen sein solle. Ferner habe die städtische Bauverwaltung auch darauf hingewiesen, daß dieser Canal, wenn nach etwaiger Parcellirung des Bahnhofsterrains an Stelle des schwarzen Weges eine Straße angelegt werden sollte, nicht genügen würde, um die Abwässer aus den

einzelnen Grundstücken aufzunehmen. Die Aufwendung von 45 000 M würde also auf jeden Fall vollständig weggeworfen sein.

Herr Löschigt muß seinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß dem Eisenbahnfiscus gestattet werde, seine ganzen Abwässer direct der Oker zuzuführen. Wenn man andere Anlieger zwingen wolle, Senkgruben anzulegen und deren Inhalt abfahren zu lassen, so dürfe man bei dem Eisenbahnfiscus keine Ausnahme machen. Da ihm die Sache unwahrscheinlich klinge, so frage er den Magistrat, ob die betr. Auslassung des Herrn Ebeling zutreffe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß leider anerkennen, daß die Angabe richtig und auch dem Magistrate nicht unbekannt sei. Letzterer habe die Eisenbahnverwaltung bereits aufgefordert, den Bahnhof ordnungsmäßig zu entwässern und ihren Canal mit der städtischen Canalanlage in Verbindung zu bringen, die Eisenbahnverwaltung habe indessen ersucht, mit Rücksicht auf den bevorstehenden Bahnhofsumbau davon vorläufig noch Abstand zu nehmen. Wahrscheinlich würde auch der Magistrat mit der Auslage sofortiger Ausführung nicht durchgekommen sein.

Herr Wolff will bezüglich einer Aeußerung des Herrn Ahmann darauf hinweisen, daß von größeren Ausgaben der Anlieger für Anlegung von Senkgruben keine Rede sein könne, da solche Gruben thatsächlich schon vorhanden seien. Es sei daher vom Standpunkte der Freunde des Ahmann'schen Antrages wohl das Wichtigste, den Commissionsantrag anzunehmen und gleichzeitig den Magistrat zu ersuchen, ein Canalproject vorzulegen.

Herr Lange kann bei Lage der Verhältnisse nicht für einen Canal stimmen, weil derselbe nicht von Dauer sein könne. Für den Fall der Ablehnung des Antrages Ahmann beantrage er, den Commissionsantrag dahin zu ändern, daß der Magistrat ersucht werde, die Abfuhr des Inhaltes der Senkgruben stadtseitig zu übernehmen.

Herr Riecke: Die Gesundheitspolizei habe den jetzigen Zustand in Eisenbüttel bemängelt und müsse es auffallen, daß dieselbe nicht auch der Eisenbahnverwaltung an den Kragen gegangen sei. (Zustimmung.) Wenn man der Eisenbahnverwaltung eröffne, daß der jetzige Zustand nicht weiter fortbestehen könne, so werde sie sich bald bequemen, der Ausführung des Bahnhofsumbauprojectes näher zu treten. Was die Senkgruben anlange, so sei es bei dem heute vorhandenen Materiale eine Kleinigkeit, dichte Senkgruben zu erhalten, jedoch wolle man dieselben meistens gar nicht haben. Könnte man einigermaßen feststellen, daß der Canal auf dem schwarzen Wege liegen bliebe, so wäre dabei nicht maßgebend, daß derselbe vielleicht später die Abwässer nicht sämmtlich aufnehmen könnte, weil man ihn dann jetzt gleich so viel weiter anlegen müßte. Wenn ein Canal aber nicht gelegt werden sollte, so genüge für die Eisenbüttler Anlieger eine Senkgrube nicht, sondern es müßten deren mehrere angelegt werden. (Rufe: Ist geschehen.) Jedenfalls sei die Zuführung der Theer- und Delabfälle und der Excremente vom Bahnhofe in die Oker viel

schädlicher, als die Zuführung des abgeklärten Inhaltes der Sentgruben in Eisenbüttel, weshalb man die Eisenbahnverwaltung drängen müsse, dem Bahnhofsumbau baldigst näherzutreten.

Herr Löschigk muß es für nothwendig halten, den Anliegern der Eisenbüttlerstraße zu helfen, jedoch sei er starr, daß hier solche Zustände herrschen, wie am Bahnhofe, da er der festen Ueberzeugung gewesen sei, daß der Bahnfiscus sich dem Canalneze auch angeschlossen habe. Wenn derselbe das nicht nöthig habe, so verstehe er nicht die Gleichberechtigung Aller vor dem Gesetze, denn gleiches Recht solle doch für Alle gelten.

Herr Meyerhoff stimmt den Ausführungen des Herrn Blasius zu und ist der Ansicht, daß es die Eisenbahnverwaltung mit Freuden begrüßen müßte, wenn ihr gestattet würde, ihre Abwässer dem städtischen Canale zuzuführen. Wenn er auch von dem weiteren Projecte, den ganzen Bahnhof zu entwässern, absehen wolle, so dürften doch die Fettabwässer, die Condenswässer und die Abortwässer nicht ferner ungeklärt in die Oker laufen. Der Flußpolizist habe sich schon den Kopf darüber zerbrochen, woher die Fettschicht auf der Oker komme und habe die Chininfabrik und die städtische Gasanstalt zu Unrecht in Verdacht gehabt. Die Eisenbahnverwaltung brauche nicht ihr ganzes Terrain zu entwässern, wohl aber könne verlangt werden, daß sie alle Abflüsse, welche sie jetzt der Oker zuführe, in den städtischen Canal leite und sie dafür einen Antheil an den Kosten des Canals trage. Es scheine ihm nicht zu hoch zu sein, wenn die Eisenbahnverwaltung sich bereit erklären würde, die größere Hälfte dieser Kosten zu tragen. Aus diesem Grunde bitte er, den Commissionsantrag nicht anzunehmen, sondern die Eisenbahnverwaltung zur Tragung eines Theiles der Kosten heranzuziehen.

Herr Blasius möchte um Auskunft bitten, wohin die verschiedenen Anstalten des Bahnhofes entwässern. Es gebe gar keinen Ausdruck dafür, daß der ganze Staatsbahnhof seine Abwässer direct der Oker zuführe. Das hier allgemein bekundete Erstaunen über diese Einrichtung möchte er dahin zusammenfassen, daß die Versammlung den Magistrat ersuche, die Staatseisenbahnverwaltung aufzufordern, sich der städtischen Canalisation anzuschließen, damit diese ganz unbeschreiblichen Zustände aufhören.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat sei bekanntlich nicht Flußpolizeibehörde. Pläne und Zeichnungen über solche Grundstücke, welche in die Oker entwässern, gebe es nicht, sondern es seien Zeichnungen über Hausentwässerungen nur für solche Grundstücke vorhanden, welche an das Canalnetz angeschlossen seien; da hier bei dem Bahnhofe dieser Anschluß fehle, so könne auch nicht mitgetheilt werden, wie der Eisenbahnfiscus, allerdings in unzulässiger Weise, den Bahnhof entwässere. Die Polizeibehörde hätte hier schon längst einschreiten können. Nach den Verhandlungen, welche Redner als Vertreter des Magistrates mit dem Ver-

treter der Königlichen Eisenbahn-Direction in Magdeburg geführt habe, bezweifle er, daß der Eisenbahnfiscus sich zu einer irgendwie nennenswerthen Aufwendung für die Kosten des Canals verstehen werde; der Magistrat sei schon froh gewesen, daß die Eisenbahnverwaltung zugestanden habe, die Verlegung des Canals über ihr Terrain ohne Vergütung gestatten zu wollen. Im Uebrigen erkläre er sich namens des Magistrates gern bereit, die Sache nochmals anzuregen und die Herzogliche Polizeidirection aufzufordern, die Verunreinigung der Oser durch die Eisenbahnverwaltung abzustellen, jedoch erscheine es ihm zweifelhaft, ob dieser Schritt zum Ziele führen werde.

Herr Meyerhoff will noch darauf aufmerksam machen, daß nach den Bestimmungen des Statutes, die Entwässerung der Stadt Braunschweig betreffend, jedes bebaute Grundstück an den Canal angeschlossen werden müsse und man daher nur die Vorschrift des Statutes geltend zu machen brauche.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Statutencommission und der Antrag Ahmann angenommen.

II. Sodann wird noch ein Antrag des Restaurateurs Bertram an der Eisenbühlstraße zur Berathung gestellt. Derselbe beklagt sich in einer besonderen Eingabe über die Belästigungen und Geschäftsschädigungen, welche ihm durch die Aufschüttungen im Bürgerparke erwachsen und ersucht, diese Belästigungen nach Möglichkeit herabzumindern und ihm als Ersatz für die Geschäftsschädigung die Gemeindesteuern für das laufende Jahr zu erlassen.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, hat der Magistrat Anordnung getroffen, daß die von dem Bittsteller hervorgehobenen Uebelstände nach Möglichkeit beseitigt werden. Was das von dem Magistrate an die Versammlung abgegebene Gesuch um Erlaß der Gemeindesteuern für 1901/02 anlange, so seien früher derartige Gesuche um Steuererlaß wegen der Belästigungen bei länger dauernden Straßenpflasterungen und Canalisationen stets abgelehnt worden, weil daraus sonst bedenkliche Consequenzen entstehen könnten. Es sei in manchen Fällen nicht zu leugnen, daß die im öffentlichen Interesse geschehenen Arbeiten erhebliche Schädigungen der Anlieger im Gefolge haben können, andererseits dürfe man aber auch nicht das Princip aufstellen, daß die Commune den Einzelnen für solche Nachtheile zu entschädigen habe. Deshalb beantrage er, das Gesuch principiell abzulehnen, was geschieht.

XXIII. Terrainerwerb an der Ferdinandbrücke.

Durch den Neubau der Ferdinandbrücke wird es nöthig, einige am linken Ufer neben der Brücke gelegene Terrainflächen stadtseitig zu erwerben. Die städtische Bauverwaltung empfiehlt den Ankauf dieser insgesammt 231 qm großen Flächen

zum Einheitspreise von 10 M, und giebt der Magistrat anheim, diesem Antrage zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Ebeling berichtet, geschieht.

XXIV. Antrag Müller: Bepflanzung der Fasanenstraße mit Laubbäumen.

Ueber den in der Sitzung vom 25. April d. Js. — Seite 30 des Berichtes — gestellten Antrag berichtet Namens der Baucommission Herr Buchler: Bei einer Umfrage haben sich von 36 Eigenthümern mit 39 Häusern 25 Eigenthümer mit 27 Häusern bereit erklärt, die Hälfte der Kosten für die Bepflanzung der Fasanenstraße mit Rothdornbäumen zu tragen, so daß sich nur 11 Grundstücksbesitzer mit 12 Häusern ausgeschlossen haben. Die Kosten werden rund 1900 M betragen und entfielen hiervon 616 M auf die Anlieger, während die Stadt rund 1300 M zu übernehmen haben würde. Wenn die Baucommission auch gewisse Bedenken gehabt habe, dem Antrage zuzustimmen, und zwar wegen der nicht übermäßigen Breite der Fasanenstraße und wegen der Schaffung eines Präcedenzfalles, so empfehle sie dennoch, den Antrag dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Die Versammlung schließt sich diesem Botum an.

XXV. Gutachten über Maßregeln zur Bekämpfung von Spargelschädlingen.

Das Herzogliche Staatsministerium übersendet dem Magistrate die Abschrift einer an die Kreisdirectionen Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt gerichteten Verfügung, in welcher dieselben aufgefordert werden, sich über die Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der in den Gutachten des Vertreters des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, Regierungsrathes Dr. Freiherr von Tudeuf, und des Vorstandes des landwirthschaftlichen Centralvereins Braunschweig zur Vertilgung der Spargelschädlinge vorgeschlagenen Maßnahmen gutachtlich zu äußern, mit dem Auftrage, auch magistratsseitig, nach Anhörung der Stadtverordnetenversammlung, entsprechend zu berichten. Der Magistrat ersucht demgemäß die Versammlung um gutachtliche Äußerung und bemerkt, daß von dem Erlasse eines städtischen Statuts vorläufig Abstand zu nehmen sein dürfte, weil aller Wahrscheinlichkeit nach eine Regelung auf dem Wege der Landesgesetzgebung erfolgen werde und auch zu erwarten stehe, daß in den benachbarten preussischen Landestheilen ähnliche Maßnahmen ergriffen würden.

Nach den beiden vorliegenden Gutachten kann die Bekämpfung des Kosses und der Spargelfliege nur in einem Abstecken der Spargelpflanze unter der Erde, im Ver-

brennen des gesammten Krautes, sowie im Einrechen und Uebererden der kleineren Reste auf dem Felde bestehen. Die Puppen der Spargelfliege sollen durch das tiefe Abstechen der Pflanze mit entfernt und verbrannt werden. Da die befallenen Stengel bald verrotten, wäre es zweckmäßig, die von der Fliege befallenen zweijährigen Anlagen schon frühzeitig auszusteichen. Mit Rücksicht auf den Krost könne das Verbrennen des Strohes bis zum November verschoben werden und sollte bis zum 15. November sicher beendet sein. Diese Maßnahmen müßten alljährlich und allgemein durchgeführt werden.

Wie Herr Blasius berichtet, ist die Bewegung gegen die Spargelschädlinge mit veranlaßt worden durch den in der Sitzung vom 25. October v. Js. — Seite 147 des Berichtes — gestellten und in der Sitzung vom 10. Januar d. Js. — Seite 177 — durchberathenen Antrag des Herrn Brückmann. Da nun die Berichte der hiesigen Conservenfabriken zahlenmäßig ergeben, daß, so lange der Krost hier herrsche, der Ertrag an Primaqualität des Spargels bedeutend nachgelassen habe, so erscheine es wohl angezeigt, den Vorschlägen in den beiden Gutachten auch Seitens der Versammlung zuzustimmen. Es werde deshalb empfohlen, sich gutachtlich dahin zu äußern, daß die Versammlung mit den in den Gutachten gemachten Vorschlägen einverstanden sei und sie von dem Erlaß eines städtischen Statuts vorläufig Abstand nehmen wolle. Wenn nun auch verlautete, daß eine reichsgesetzliche Regelung dieser Sache bevorstehe, so solle man sich nach den Erfahrungen mit dem Fleischbeschaugeetze, welches schon seit drei Jahren fertig, aber heute noch nicht in Kraft gesetzt sei, darauf nicht verlassen, sondern darnach sehen, daß man ein Landesgesetz erhalte.

Der Antrag des Herrn Blasius wird darauf angenommen.

XXVI. Beleuchtung der städtischen Gewerbeschule.

Wie Herr Stadtrath Meyer ausführt, ist der von der Versammlung genehmigte Neubau der städtischen Gewerbeschule in seinem einen Theile, nämlich dem ehemaligen Mannschaftsgebäude des Husaren-Casernements, so weit fertiggestellt, daß derselbe zum 1. October bezogen werden könne. Nach dem ursprünglichen Beschlusse der Versammlung sollte die neue Schule mit Gasbeleuchtung versehen werden und seien dafür auch bereits 1000 M bewilligt worden. Nachdem inzwischen aber einige Herren eine Studienreise unternommen haben, um an anderen Orten die inneren Einrichtungen von Gewerbeschulen kennen zu lernen, und dieselben hierbei in erster Linie ihre Ermittlungen auf die Beleuchtungsfrage erstreckt haben, sei von ihnen die elektrische Beleuchtung als die praktischste befunden worden, denn überall, wo bislang Gasbeleuchtung gewesen sei, habe man hinterher elektrische Beleuchtung eingeführt. Andererseits habe sich die Commission für eine

bestimmte Art dieser Beleuchtung aber noch nicht entscheiden können, weshalb vorgeschlagen werde, man möchte in dem umgebauten alten Gebäude einen Versuch mit der elektrischen Beleuchtung machen und nach dessen Ausfall den Neubau mit Beleuchtungskörpern versehen. Da die städtischen Behörden nur die Mittel für eine Gasanlage bewilligt haben, sei es nöthig, einen anderweiten Beschluß zu fassen, und ersuche der Magistrat mit Rücksicht auf die Eile der Sache, von einer schriftlichen Vorlage abzugehen. Früher habe sich die Angelegenheit magistratsseitig nicht in Angriff nehmen lassen, weil der Bericht der städt. Bauverwaltung erst heute Morgen eingegangen sei. In diesem Berichte habe die städt. Bauverwaltung in Aussicht genommen, daß die elektrische Zuleitung als dauernd anzusehen sei, daß aber die Anbringung der Beleuchtungskörper als ein Provisorium gedacht werden solle und dieselben je nach ihrer Bewährung bleiben oder wieder fortgenommen werden. Sollte sich die Beleuchtung nicht bewähren, habe sich die betr. Firma bereit erklärt, die Anlage gegen eine geringe Entschädigung wieder zu beseitigen und durch eine andere Anlage zu ersetzen. Der Versammlung werde demnächst eine Vorlage über die gesammte Beleuchtung der Gewerbeschule zugehen. Für heute werde nur gebeten, zuzustimmen, daß an Stelle der in Aussicht genommenen Gasbeleuchtung die elektrische Beleuchtung genommen und — einstweilen ohne festen Kostensatz — zunächst das alte Gebäude mit elektrischer Beleuchtung versehen werde.

Die sofortige Berathung dieser Vorlage wird von der Versammlung genehmigt.

Herr Hauswaldt möchte anfragen, ob die Versammlung hier etwas bewilligen solle, ohne zu wissen, welche Summe.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß die elektrische Beleuchtung sich natürlich theurer stellen würde, als die Gasbeleuchtung und man vielleicht auf die doppelten Anlagekosten rechnen könne. Die Kosten der Beleuchtungskörper sollen nach dem vorliegenden Berichte 1500—1800 M betragen, daneben seien ausgeworfen für die Legung der Leitung innerhalb des Gebäudes 400—500 M, sowie für das Kabel bis zum Gebäude 180 M, während nach dem früheren Projecte nur 1000 M für die Gasanlage gefordert seien.

Herr Blasius möchte bitten, den Vorschlag des Magistrates anzunehmen, auch wenn die Anlage und die Unterhaltung der elektrischen Beleuchtung sich theurer als die Gasbeleuchtung stellen sollte. Das Licht sei für die Augen so viel besser und man habe auch in vielen Gewerbeschulen mit der elektrischen Beleuchtung sehr gute Erfahrungen gemacht.

Herr Böschigt will vorschlagen, die elektrische Beleuchtung für die Gewerbeschule im Principe zu genehmigen und wegen der Kosten später Beschluß zu fassen. Der Antrag des Magistrates wird darauf angenommen.

XXVII. Geschäftliche Behandlung des weiteren Theiles der Tagesordnung.

Mit Rücksicht auf die ziemlich umfangreiche Tagesordnung für die vertrauliche Sitzung macht der Herr Vorsitzende den Vorschlag, die Begründung der eingereichten Anträge bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen und die öffentliche Sitzung jetzt zu schließen.

Herr Ohlendorf möchte ersuchen, die Tagesordnung so zu erledigen, wie sie veröffentlicht worden sei und den von ihm eingebrachten, wiederholt auf der Tagesordnung befindlich gewesenen Antrag zunächst noch zu behandeln, zumal derselbe nicht viel Zeit in Anspruch nehmen werde. Die in der heutigen Sitzung neu eingebrachten Anträge könnten dann später Erledigung finden.

Auf Anfrage des Herrn Vorsitzenden beschließt die Versammlung, von der Behandlung der vorliegenden Anträge, einschl. des Antrages Ohlendorf, für heute abzusehen, worauf

die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

Dauer von 4 bis gegen 7^{1/2} Uhr.

1901|1902.N^o 8.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. October 1901.

Tagesordnung:

I.	Verlängerung des Canals in der Helmstedterstraße	Seite 178
II.	Antrag Böschigt und Gen.: Anschluß der Eisenbahn-Grundstücke an das Canalnetz	" 178
III.	Beleuchtung des Altstadtmarktes und des Kuhfautchenplatzes	" 179
IV.	Ausbau eines Theiles der Salzdahlumerstraße	" 179
V.	Belegung eines Theiles der Amalienstraße mit einem Wasserhauptrohre	" 180
VI.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	" 180
VII.	Erwerb einer weiteren Grundfläche für das neue Wasserwerk	" 180
VIII.	Austausch von Grundflächen an der Wendemannsstraße	" 181
IX.	Antrag Ohlendorf u. Gen.: Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter	" 183
X.	Antrag Sander: Belegung der unteren Roßstraße mit einem Wasserrohre	" 185
XI.	Antrag Sander: Förderung der Krumme-Stiftung	" 185
XII.	Antrag Günther: Verhütung von Unglücksfällen beim Fensterputzen	" 186
XIII.	Antrag Koch: Schutz öffentlicher Anlagen gegen Hunde	" 186
XIV.	Anfrage Ohlendorf: Beschäftigung von Arbeitslosen	" 187
XV.	Feststellung eines neuen Ortsbaustatuts (Zweite Lesung)	" 188

Am Magistratsstische die Herrn Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg, sowie Stadtbaumeister Röttcher und Regierungs-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Födel, Lange, Lupprian, Nolte und Wolters; später erscheint Herr Buchler.

Nach Eröffnung der Sitzung giebt der Vorsitzende, Herr Semler, zunächst bekannt, daß von der Firma Louis Bremer & Co. hieselbst ein Schreiben eingegangen sei, in welchem sich dieselbe beklage, daß der Magistrat in Uebereinstimmung mit der Finanzcommission es abgelehnt habe, von ihr ein Gebot auf den am 1. October 1901 zur Ausgabe bestimmten Anleihebetrag des Kreis-Communal-Verbandes Braunschweig entgegenzunehmen. Die Versammlung werde ersucht, dahin zu wirken, daß in Zukunft bei Ausgabe dieser Obligationen das öffentliche Ausschreibeverfahren angewandt werde. — Da in der Sache sich einstweilen nichts thun läßt, wird das Schriftstück zu den Acten genommen.

Hierauf wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Verlängerung des Canals in der Helmstedterstraße.

Die Braunschw. Baugenossenschaft beabsichtigt, auf ihrem an der Helmstedterstraße gegenüber dem Centralfriedhofe gelegenen Grundstücke ein Doppelwohnhaus zu erbauen und hat gebeten, den Straßencanal bis zu ihrem Bauplatze zu verlängern. Im Hinblick auf die gemeinnützigen Ziele der Genossenschaft ersucht der Magistrat, dem Antrage stattzugeben und für den Canal 2500 M zu bewilligen, was auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Hauswaldt berichtet, geschieht.

II. Antrag Pöschigt u. Gen.: Anschluß der Eisenbahn-Grundstücke an das Canalnetz.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dem preussischen Eisenbahnfiscus aufzugeben, seine Grundstücke umgehend ordnungsmäßig an das städtische Canalnetz anzuschließen, damit die Verunreinigung der Oser durch dieselben aufhört.“

Nach der Erklärung des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer ist ein Auftrag in der vom Antrage beabsichtigten Richtung bereits erteilt worden, so daß der Antrag damit seine Erledigung findet.

III. Beleuchtung des Altstadtmarktes und des Ruhfäutchenplatzes.

In Folge einer Vereinbarung zwischen der städt. Bauverwaltung und der Straßenbahn-Gesellschaft sind die beiden auf den Inselperrons, Ost- und Westseite des Altstadtmarktes, befindlichen Straßenbahnmasten, sowie auch derjenige auf dem Inselperron des Ruhfäutchenplatzes, neu ausgestaltet. Zur Verbesserung der Beleuchtung der betr. Plätze hat der Magistrat an jedem der Masten drei Beleuchtungskörper anbringen lassen und giebt anheim, diese Einrichtung nachträglich zu genehmigen und die Kosten mit rund 400 M zu bewilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Hauswaldt ist die Finanzcommission der Ansicht, daß die Anlage der betr. Beleuchtungskörper den beiden schönen Plätzen nicht angemessen erscheine. In welcher Weise sich hier Abhülfe schaffen lasse, habe die Commission nicht feststellen können; möglicherweise seien die Laternen zu niedrig angebracht, oder man müsse dieselben durch ein Gitterwerk von den Masten ganz loslösen. Da indessen die Anlage nur als ein Provisorium angesehen werden könne, so empfehle die Finanzcommission, die Bewilligung der 400 M zu beschließen, dabei aber den Magistrat zu ersuchen, für eine Verbesserung der Anlage Sorge tragen zu wollen. Nach einer Mittheilung der Magistratsmitglieder in der Commissions-sitzung werde sich der Magistrat mit dieser Sache weiter befassen und dem geäußerten Wunsche Rechnung tragen.

Herr Stadtrath Haake giebt die Erklärung ab, daß der Magistrat bereit sei, eine Besserung der Beleuchtung herbeizuführen.

Der Antrag der Finanzcommission wird darauf angenommen.

IV. Ausbau eines Theiles der Salzdhahmerstraße.

Der Magistrat legt ein Project über den Ausbau der Salzdhahmerstraße auf der Strecke zwischen Leisewig- und Elmstraße mit folgenden Bemerkungen vor: Ueber die Baulinie springen noch vier Gebäude vor und zwar die *M. ass.* 3542, 3177, 3504 und 3440, deren vorläufige Beibehaltung für zulässig erachtet wird, jedoch kann der Vorgarten von Tönniges (*M. ass.* 3542) und eine 3 qm große Theilfläche des Buttler'schen Grundstücks (*M. ass.* 3440) schon jetzt zur Straße genommen werden. Da der projectirte Straßenbau durch das Vorspringen des Bessel'schen Hauses (*M. ass.* 3177) wesentlich beeinträchtigt wird, schlägt der Magistrat vor, die Straße bis zum Niederlegen desselben nach Osten zu verschieben und zu dem Zwecke die gegenüberliegenden Vorgärten von Jahnß, Berthman und Wädge im Gesammtumfange von 97 qm für jährlich 150 M bis zur Beseitigung des Bessel'schen Hauses auf Kosten der Stadt zu pachten.

Die 8 m breite Fahrbahn soll mit Gabbropflaster belegt und jeder der beiden 2,85 m breiten Fußwege mit Granitbordquadern eingefast und mit einem 1,5 m

breiten Plattenbelage versehen werden. Veranschlagt sind die Grunderwerbskosten zu 25 500 M und die Baukosten zu 60 100 M, woraus sich ein Anliegerbeitrag von 123 M für 1 m Frontlänge ergeben würde. Da es sich aber um eine ältere, schon früher behaute Straße handelt, so giebt der Magistrat anheim, bei Berechnung der Kosten nur den Preis der Chauffirung der Fahrbahn zu Grunde zu legen und den Anliegerbeitrag auf 85,90 M für 1 m Frontlänge festzusetzen.

Mit Rücksicht darauf, daß für das zu erwerbende Vorgartenterrain verschieden hohe Preise gefordert werden, ersucht der Magistrat weiter, die sämtlichen in Frage kommenden Flächen zu enteignen, wobei von der Erwerbung der nahezu ganz bebauten Flächen der Grundstücke *N. ass.* 3504 und 3440 bis auf die schon erwähnte 3 qm große Fläche bis auf Weiteres Abstand genommen werden soll. Die Versammlung wird ersucht, das Project, nebst Kosten- und Vertheilungs-berechnung, sowie den mit den Anliegern Fahnz, Verfhan und Wädge abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die zur Durchführung des Projectes erforderlichen Vorgartenflächen im Wege der Enteignung erworben werden.

Auf Empfehlung der Baucummission, für welche Herr Ebeling berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

V. Belegung eines Theiles der Amalienstraße mit einem Wasserhauptrohre.

Auf Antrag zweier Anlieger der Amalienstraße giebt der Magistrat anheim, die Belegung der Amalienstraße zwischen dem Amalienplatze und der Spinnerstraße mit einem Hauptrohre der Wasserleitung zu genehmigen und dafür 1075 M Kosten zu bewilligen,

was geschieht, nachdem Herr Wagner den Antrag im Namen der Finanzcommission befürwortet hatte.

VI. Gundesteuer-Erlaßgesuch.

Das Gesuch der Wittwe Knipping um Erlaß der Steuer für einen Wachhund wird auf Antrag des Herrn Vorstehenden verworfen.

VII. Erwerb einer weiteren Grundfläche für das neue Wasserwerk.

Um ein starkes Absinken des Grundwasserspiegels am Domesee zu verhüten, hält die Quellwasserdeputation schon jetzt eine Erweiterung der Wasserfassung für zweckmäßig und zwar sollen 9 Rohrbrunnen auf einer 1 ha 4 a 91 qm haltenden Theilfläche eines der Herzoglichen Cammer gehörigen Planes angelegt werden. Es empfiehlt sich daher, diese Fläche stadtseitig zu erwerben. Die Herzogl. Cammer ist zur Abtretung derselben bereit, indessen nicht in der Lage, den Preis zu bestimmen, weil das Enteignungsverfahren wegen der übrigen, für Zwecke des neuen

Wasserwerks stadtsseitig bereits in Besiz genommenen Flächen noch nicht beendet ist. Aus diesem Grunde wird empfohlen, die Fläche zu enteignen, jedoch dürfte es unbedenklich sein, in dem vorhergehenden Güteverfahren einer gütlichen Vereinbarung dahin zuzustimmen, daß die für die benachbarte Fläche festzustellende Vergütung stadtsseitig auch für diese Fläche zugebilligt werde. Der Magistrat ersucht, ihn entsprechend zu ermächtigen. Die betr. Fläche ist mit Spargelanlagen versehen und an den Gärtner Hermann Salbach für jährlich 135 M bis zum 1. October 1910 verpachtet. Nach der Tage eines Sachverständigen belaufen sich die Kosten dieser Spargelanlage auf 1280 M und hat sich Herr Salbach bereit erklärt, die Herrichtung der 9 Brunnen und die Verlegung der Heberleitung neben denselben zu gestatten, wenn ihm die erwähnte Summe gezahlt und außerdem gestattet werde, daß er die Spargelanlage unter Verzicht auf jede Düngung noch bis zum 1. Juli 1905 gegen Zahlung eines Pachtgeldes von 60 M jährlich bewirthschafte. Der Magistrat empfiehlt, auch dieses Abkommen zu genehmigen.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, hat in der Finanzcommission die Idee, schon jetzt an der Anlage des neuen Wasserwerkes Aenderungen vornehmen zu müssen, zuerst beängstigt, jedoch sei vom Referenten des Magistrates mitgetheilt worden, daß nur aus Gründen der Vorsicht der Terrainstreifen erworben werden solle. Da die verabredeten Bedingungen für die Stadt vortheilhaft erscheinen, habe er Namens der Commission die Genehmigung der gesammten Vorlage zu empfehlen.

Der Vorlage wird darauf zugestimmt.

VIII. Austausch von Grundflächen an der Wendenmaschstraße.

Der bevorstehende Ausbau der Wendenmaschstraße läßt die baldige Beseitigung der über die Baulinie vorspringenden Theile der Gebäude auf den tiefliegenden Grundstücken *N* ass. 3042 und 3601 als dringend wünschenswerth erscheinen. Der Magistrat trug Bedenken, dem Ersuchen der Eigenthümer der beiden Grundstücke, diese ganz anzukaufen, zu entsprechen, zumal die geforderten Preise von je 28000 M ihm reichlich hoch erschienen; er hat vielmehr mit dem jetzigen Besitzer derselben, Werkmeister Edmund Richter, eine Vereinbarung dahin getroffen, daß der stadtsseitige Grunderwerb sich lediglich auf diejenigen Flächen beschränkt, die von den fraglichen beiden Grundstücken zu den dort projectirten Straßen erforderlich sind. In dem Vertrage mit Herrn Richter ist Folgendes vereinbart worden:

1. Vom Grundstücke *N* ass. 3042 werden zwei 404 qm haltende Flächen an die Stadt abgetreten, während Letztere tauschweise vom angrenzenden Grundstücke der ehemaligen Rathhsbleiche eine 10 a 65 qm haltende Fläche Herrn Richter mit der Maßgabe überläßt, daß dieser die überschießenden 661 qm mit 5 M pro qm bezahlt.

2. Vom Grundstücke *M* ass. 3601 erhält die Stadt zwei 670 qm große Flächen, während sie dagegen tauschweise den an der Südseite der Wendenmaischstraße gelegenen 13,66 a haltenden sogenannten Bleichergarten (mit den Anlandungen hält derselbe 16,36 a), das davor liegende verfügbar werdende Wegeterrain zu 3 a und eine 5,42 a haltende Theilfläche der ehemaligen Rathsbleiche, mithin zusammen 22,08 a bezw. 24,78 a an Richter mit der Maßgabe überläßt, daß dieser die überschießenden 15,38 a bezw. 18,08 a mit 7 *M* pro qm bezahlt. Ob die Anlandung stadtseitig veräußert werden kann, soll erst noch festgestellt werden.

3. Die vereinbarten Einheitspreise von 5 und 7 *M* sind unter Werth und dürfte ein Preis von 10 *M* angemessen sein. Bei der Verrechnung der Straßenkosten soll deshalb der letztere Werth angenommen und die sich danach ergebende Differenz zwischen Werth und Erlös als Vergütung für die von Richter zu beseitigenden Gebäude in Ansatz gebracht werden.

4. Um zu verhüten, daß in der Gegend zu viele Bauplätze gleichzeitig aufgeschlossen werden, hat der Magistrat sich verpflichtet, die Verlängerung der Bammelsburgerstraße auf Kosten der Stadt vor dem Jahre 1903 nicht auszubauen, und ferner zugestanden, daß, wenn Richter diese Straßenanlage bezw. die zwischen dieser und der Wendenmaischstraße vorgesehene Verbindungsstraße auf eigene Kosten als Unternehmer ausbauen sollte, ihm capitalisirte Unterhaltungskosten in größeren Beträgen als 2000 *M* und bezw. 1500 *M* nicht zur Last gelegt werden sollen. Endlich soll nach dem Vertrage die Stadt verpflichtet sein, eine 9 qm große Fläche des Bank'schen Grundstücks, falls sie demnächst diese Fläche erwerben sollte, an Herrn Richter zum Selbstkostenpreise abzutreten.

Der Magistrat hält die Vereinbarung für zweckmäßig und giebt anheim, den Vertrag nebst einer nachträglich beantragten Berichtigung desselben zu genehmigen.

Wie Herr Nieß berichtet, handelt es sich bei dieser Vorlage um eine ganz bedeutende Arbeit des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer, dem es gelungen sei, hier unter schwierigen Verhältnissen eine Einigung zu Stande zu bringen. Die Baucommission habe beschlossen, die Magistratsvorlage zur Genehmigung zu empfehlen.

Herr Nieke ist der Ueberzeugung, daß diese Vorlage wohl eine der beachtenswertheiten und interessantesten für die Stadt sei, da durch dieselbe ein großes Bau terrain in nächster Nähe der Stadt aufgeschlossen werden solle. Während man im Osten der Stadt bis zur Gliesmaroder und Rautheimer Grenze gebaut habe, sei hier fast unmittelbar am Umfluthgraben mit dem Bauen Halt gemacht worden. Hier finde sich Terrain, welches schon längst hätte bebaut sein können und welches sich auch zum Bau von Wohnungen für Minderbemittelte eigne. Außerdem fehle es in der Stadt an Arbeitsgelegenheit, die sich hier reichlich biete, und ferner habe man zu berücksichtigen, daß sich die Stadt dabei insofern gut stehe, als die Ausgaben für die Herrichtung der Straße schneller in den Stadtfädel zurückfließen,

als bei weit hinaus liegenden Straßen. Andererseits sei dort die Schule eben fertig geworden und es bestehe deshalb auch die Hoffnung, daß die Bammelsburger Brücke endlich gebaut werde, auch lasse sich eine baldige Verwerthung der theueren Bauplätze am Wendenringe hierdurch erhoffen.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

IX. Antrag Ohlendorf u. Gen.: Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter.

Der in dem Berichte über die Sitzung vom 28. Juni d. Js. — Seite 143 — aufgeführte Antrag wird von Herrn Ohlendorf wie folgt begründet: Der Antrag bezwecke, die Lebenslage der Arbeiter, welche bei dem städtischen Abfuhrwesen beschäftigt seien, zu verbessern. Zunächst habe er beantragt, den Leuten eine Lohnzulage von 10 M monatlich zu gewähren. Zur Zeit erhalten die Fahrer im ersten Jahre 70 M monatlich und im zweiten Jahre 80 M, während die Begleiter 70 bzw. 75 M Monatslohn beziehen. Wenn man erwäge, wie schwer, unangenehm und ungesund die Arbeit dieser Leute sei, so müsse jeder rechtlich denkende Mensch diesen Lohn für zu niedrig halten. Aber nicht nur in der Arbeit selbst sei eine Lohnerhöhung begründet, sondern auch in der stetig wachsenden Erhöhung der Lebensmittelpreise und der sonstigen nothwendigen Bedarfsartikel. Dazu trete noch der Umstand, daß den Leuten von jeher gestattet sei, die noch verwertbaren Sachen aus dem Inhalte der Abfuhrwagen zu sammeln und sich hierdurch einen Nebenverdienst zu schaffen, was ihnen jetzt bei Strafe verboten sei. Er wisse nicht, auf welcher Grundlage dieses Verbot, das einen Einnahmeausfall von 30 S für den Mann und den Tag bedeute, erlassen sei, da doch alle anderen Menschen das Recht haben, im Bürgerparke Abfallstoffe zu sammeln. Während also einerseits die heutigen Verhältnisse darnach angethan seien, diesen Arbeitern eine Lohnzulage zu gewähren, erscheine es ihm andererseits nicht recht, den Leuten das Einsammeln der noch verwendbaren Abfälle zu verbieten und ihnen hierdurch das Einkommen zu kürzen.

Die zweite Forderung des Antrages gehe dahin, die Arbeitszeit der Leute auf täglich höchstens zehn Stunden festzusetzen. Es werde nicht allgemein bekannt sein, daß die Leute noch 11—13 Stunden täglich arbeiten müssen und wenn man fordere, daß die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabgemindert werde, so sei dieses angesichts der Bestrebungen auf Einführung des Achtstundentages heutzutage als eine bescheidene Forderung zu bezeichnen. Die Stadt solle den anderen Arbeitgebern mit gutem Beispiele vorangehen und hinfie hier nach, weshalb eine Aenderung eintreten müsse. Um nun schrittweise eine Besserung herbeizuführen, werde empfohlen, die Beschäftigungszeit zunächst auf zehn Stunden herabzusetzen. Schon der Umstand, daß heute Hunderte und Tausende von Arbeitern

beschäftigungslos umherlaufen, müßte die Stadt veranlassen, möglichst kurze Arbeitszeiten einzuführen, um mehr Arbeitskräfte einstellen zu können.

Weiter solle durch den Antrag die Bezahlung der eventuellen Ueberstunden gefordert werden. Obßhon die Einführung einer einheitlichen Arbeitszeit und die Vermeidung von Ueberstunden angestrebt werde, müßten letztere, soweit sie sich nicht umgehen lassen, doch mindestens auch bezahlt werden. Kein Arbeitgeber verlange, daß seine Leute umsonst Ueberstunden machen, aber im städtischen Betriebe müßten die Arbeiter so lange thätig sein, wie es noth thue, ohne daß ihnen die Ueberstunden vergütet würden und das sei der Stadt nicht würdig.

Hinsichtlich der sodann geforderten höheren Bezahlung der Sonntagsarbeit sei zu bemerken, daß die Arbeiter am liebsten Sonntags von der Arbeit ausruhen, wie jeder andere Mensch, daß die Stadt aber, wenn sie am Sonntage nothwendige Arbeiten, wie Straßensprengen und dergl., verrichten lassen müsse, diese auch entsprechend zu vergüten habe. Hier zahle man den Leuten für diese Arbeit einen Lohnsatz, der, auf das Jahr ausgerechnet, noch nicht 20 $\%$ für den Sonntag betrage, also geringer sei, als der Alltagslohnsatz, während sonst für Sonntagsarbeit ein Lohnzuschlag bewilligt zu werden pflege.

Die weiter beantragte Einrichtung einer Badeanstalt könnte übergangen werden, weil solche Anstalt inzwischen eingerichtet sei. Es würde erfreulich gewesen sein, wenn man den übrigen Forderungen auch schon näher getreten wäre.

Was sodann die geforderte Anschaffung von neuen Bettdecken, sowie Ueberzeug über dieselben anlange, so sei ein Theil der Leute gezwungen, im Interesse der Stadt auf dem Wirthschaftshofe zu nächtigen. Wer aber einmal die Betten der Leute gesehen habe, werde dieser Forderung gern zustimmen und empfehle er, sich die Betten einmal näher anzusehen. Man finde hier immer je zwei über einander stehende Betten mit Wolldecken, welche den Eindruck machen, als wenn sie schon längere Zeit als Pferdedecken gedient haben. Sollte diese Einrichtung noch jetzt bestehen, müßte sie schleunigst geändert werden, da die Stadt die Verpflichtung habe, für anständige Betten zu sorgen.

Schließlich habe er noch die Anschaffung von Kleiderschränken beantragt. Wenn die Leute Tag und Nacht auf dem Wirthschaftshofe verbleiben müssen, habe man ihnen auch ein Gelaß für ihre Kleider zu überweisen.

Bei dieser Gelegenheit möchte er auch noch außerhalb des Antrages empfehlen, von diesen Leuten, wie das in allen großen Betrieben üblich sei, einen Arbeiterausschuß wählen zu lassen, der berechtigt sei, etwaige Wünsche der Arbeiterschaft an zuständiger Stelle vorzutragen. Ferner möchten die Leute wissen, wo die von ihnen leider zu zahlenden Strafgeelder verbleiben. Wenn es auch gesetzlich zulässig sei, daß die Arbeitgeber unter gewissen Umständen von ihren Arbeitern

Strafgelder einziehen dürfen, so sei andererseits aber auch gesetzlich festgelegt worden, daß diese Gelder nur im Interesse der Arbeiter selbst Verwendung finden dürfen. — Er bitte, dem Antrage, welcher für die Stadt nur geringe Kosten, für eine Anzahl Familien aber eine wesentliche Hülfe im Gefolge haben werde, in allen Punkten zuzustimmen.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

X. Antrag Sander: Belegung der unteren Roßstraße mit einem Wasserrohre.

Den Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die untere Roßstraße mit einem Wasserrohre zu belegen“, begründet Herr Sander damit, daß die betr. Anlieger in einer üblen Lage seien, indem die dort vorhandenen Brunnen weder genügendes, noch zum Trinken geeignetes Wasser liefern. Die Anlieger seien bereit, die nach dem Wasserregulativ zu zahlenden Mindestbeiträge zu leisten.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Finanzcommission zur Vorberathung.

XI. Antrag Sander: Förderung der Krumme-Stiftung.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu der Krumme-Stiftung eine einmalige Subvention von 3000 M, oder einen jährlichen Zuschuß von 300 M geben zu wollen“.

Zur Begründung führt Herr Sander etwa folgendes aus: Anlässlich des 25jährigen Bestehens der städtischen Oberrealschule seien von ehemaligen Schülern der Anstalt und hiesigen Bürgern ungefähr 4000 M zur Gründung einer Stipendiumstiftung zusammengebracht worden, welche das Andenken an den verdienstvollen ersten Leiter der Anstalt, den verewigten Schuldirector Krumme, wach- erhalten solle. Diese Stiftung solle bezwecken, solchen Schülern der städtischen Oberrealschule, welche dieselbe durchgemacht und sich durch Fleiß, hervorragende Leistungen und tadelloses Betragen ausgezeichnet haben, die weitere Fortbildung zu ermöglichen. Das sei aber ein so edler Zweck, daß sich der Magistrat der Verpflichtung zur Unterstützung einer derartigen Gründung nicht gut entziehen könne, zumal es sich dabei um eine städtische Anstalt handle. Außerdem werde im Cap. IV des Haushaltsplanes nur so wenig für Kunst und Wissenschaft ausgegeben, daß dieses Capitel noch recht gut eine jährliche Mehrbelastung von 300 M vertragen könne.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XII. Antrag Günther: Verhütung von Unglücksfällen beim Fensterputzen.

Der Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er seine Zustimmung dazu gebe, daß die Straßen-Polizei-Ordnung eine Bestimmung erhalte, nach welcher Unglücksfälle beim Fensterputzen verhütet werden“,

wird von Herrn Günther wie folgt begründet: Als vor bald Jahresfrist auf dem Kohlmarke eine Fensterputzerin aus dem Fenster gefallen sei, hörte man allgemein, daß Schritte gethan und Vorkehrungen getroffen werden müßten, um solche Unglücksfälle hinfort zu vermeiden. Dabei sei es dann aber geblieben. Ebenfogut, wie man Vorkehrungen zur Vermeidung von Unglücksfällen im Innern der Häuser treffe, indem z. B. die Treppen bei Dunkelheit beleuchtet werden müssen, habe man auch in dieser Beziehung entsprechende Vorkehrungen zu treffen. In welcher Weise solche Unglücksfälle zu verhüten seien, könne er nicht sagen und überlasse geeignete Vorschläge der Commission.

Der Antrag findet ausreichende Unterstützung und wird der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XIII. Antrag Koch: Schutz öffentlicher Anlagen gegen Hunde.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß Hunde in den öffentlichen Anlagen und Promenaden nicht frei umherlaufen, sondern an einer Leine geführt werden müssen“.

Zur Begründung führt Herr Koch, unter Hinweis auf seine Auslassungen in der letzten Sitzung — Seite 150 des Berichtes — aus, daß die öffentlichen Plätze in der schauerhaftesten Weise durch die Hunde mitgenommen werden. Im Bürgerparke und Eisenbahnparke sei polizeilicherseits angeordnet worden, daß die Hunde an einer kurzen Leine geführt werden müssen und empfehle es sich, daß bezüglich der mit Anlagen versehenen öffentlichen Plätze eine gleiche Vorschrift erlassen werde. Wenn der Burgplatz, welcher eine Zierde der Stadt sei, den Hunden freigegeben werde, wie das bei dem Monumentsplatz thatsächlich schon lange der Fall sei, so würden die schönen Biersträucher desselben in einigen Jahren ruinirt sein.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

XIV. Anfrage Ohlendorf: Beschäftigung von Arbeitslosen.

Herr Ohlendorf begründet seine Anfrage:

„Was gedenkt der Magistrat für die schon jetzt in großer Anzahl vorhandenen Arbeitslosen, deren Zahl sich im Winter voraussichtlich noch stark vermehren wird, in diesem Winter zu thun, und welche Arbeiten sind von dem Magistrate eventuell für die Arbeitslosen-Beschäftigung in Aussicht genommen?“

wie folgt: Wohl jeder Winter habe zur Folge, daß eine große Zahl Arbeiter und namentlich solche, welche draußen beschäftigt seien, arbeitslos werden. In diesem Jahre gebe es aber schon vor Beginn des Winters eine große Zahl Arbeitsloser, welche in den Fabriken gearbeitet haben und die in Folge der vielen Entlassungen brotlos gemacht seien. Da diese Entlassungen zum Winter voraussichtlich noch zunehmen werden, so müsse entsprechend vorgebeugt werden. Schon im vorigen Winter habe das Gewerkschaftskartell durch Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik festgestellt, daß in hiesiger Stadt an einem Sonntage über 1500 Arbeitslose, darunter über 1000 Verheirathete, vorhanden gewesen seien, welche 2323 Kinder gehabt haben. In diesen Zahlen liege schon ein großes Uebel, das aller Wahrscheinlichkeit nach im nächsten Winter noch erheblich zunehmen werde. Deshalb müßte schon jetzt etwas gethan werden, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Da der Magistrat sich voraussichtlich schon mit dieser Frage befaßt habe, so bitte er um Auskunft, was derselbe zu thun gedenke und welche Arbeiten in Angriff genommen werden sollen, um die Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit einzuschränken.

Herr Oberbürgermeister Pockels: In Folge des Rückganges der allgemeinen wirthschaftlichen Lage werde man wohl mageren Zeiten entgegensetzen und zwar Zeiten, in denen die Arbeiter und nicht nur diese, sondern auch die Handwerker und die kleinen Geschäftsleute sich nach der Decke werden strecken müssen (Zustimmung), aber so schlimm wie der Vorredner sehe er die augenblickliche Lage in Braunschweig nicht an. Sollte ein wirklicher Nothstand eintreten und derselbe sich vielleicht durch langandauernden Frost verschärfen, so werde der Magistrat, welcher sich mit der Angelegenheit einstweilen noch nicht befaßt habe, darauf Bedacht nehmen, Nothstandsarbeiten, wie vor einigen Jahren, einzurichten. Derartige Arbeiten kommen der Stadt außerordentlich theuer zu stehen, in Folge dessen man sich auch auf das Allernöthigste beschränken müsse und nicht auch solche Arbeiter durch den Winter bringen werde, welche hier ein oder zwei Jahre gearbeitet haben. Diesen Arbeitern müsse es überlassen werden, in ihre Heimath zu gehen, oder sich anderweit Arbeit zu suchen. So z. B. solle in der Landwirtschaft noch immer Mangel an Arbeitern sein und könnte dort Mancher, welcher hier keine Beschäftigung

finde, unterkommen. Aus diesen Gründen habe der Magistrat augenblicklich noch keine Veranlassung gehabt, schon darüber Rücksprache zu nehmen, welche Arbeiten er etwa ausführen lassen wolle. Naturgemäß würden sich diese Arbeiten wohl auf Erdarbeiten beschränken müssen und würde sich Gelegenheit, dieselben in größerem Umfange ausführen zu lassen, wenn nöthig, schon finden. Zur Zeit sehe er die Sache noch nicht so schwarz an, wie der Vorredner.

XV. Feststellung eines neuen Ortsbaustatuts. (Zweite Lesung.)

Nachdem in der Sitzung vom 20. Juni d. Js. — Seite 107 des Berichtes — beschlossen worden ist, eine zweite Lesung des Entwurfes eines Ortsbaustatuts, welcher in den Sitzungen vom 20. und 28. Juni d. Js. einer ersten Lesung unterzogen war, vorzunehmen, wird diese zweite Lesung nunmehr in Angriff genommen.

Wie Herr Wolff berichtet, ist der Entwurf in der Statutencommission nochmals vorberathen worden und hat dieselbe beschlossen, eine ganze Reihe von Aenderungen, wesentlich allerdings untergeordneter Natur, der Versammlung zur Genehmigung vorzuschlagen. Während die Versammlung sich mit dem Ortsbaustatute bereits befaßt habe, sei auch eine Umarbeitung der Unfallverhütungsvorschriften vorgenommen und habe Herr Stadtbaumeister Röttcher die im Statute enthaltenen Vorschriften in Bezug auf die Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze von Personen einer Prüfung unterzogen, um festzustellen, welche Aenderungen mit Rücksicht darauf zweckmäßig erscheinen, daß eine thunlichste Uebereinstimmung der Vorschriften mit dem Statute statfinde. Diese Prüfung habe in Verbindung mit der Berathung der Statutencommission zu folgenden Aenderungsanträgen geführt.

Im §. 9 unter 2, a, soll Absatz 2 lauten: „Aufschäfter müssen auf Klammern oder Anaggen gestellt und auf 1,5 m Länge durch Hanfseile, Latten und Reile an den Standbäumen sicher befestigt werden“. — Unter 2, b, Absatz 3 würde hinter dem Worte „Haken“, das Wort „Drahtseile“, einzuschalten sein. — Die Ziffer 5 hätte folgenden Wortlaut zu erhalten: „Leitergerüste sind nur zulässig bei Anstreicher- und Reparatur-Arbeiten mit ganz geringem Materialbedarf, keineswegs aber bei umfangreichen Buzerneuerungen oder Ausmauerungen von Fachwerkwänden. Lothrechte Leitergerüste sind an der der Gebädefront abgewendeten Seite mit einer Brustwehr zu versehen. Die dazu verwendeten Leitern müssen eingebohrte oder eingestemmte Sprossen haben; auch müssen Leitergerüste mit durchgehend anzubringenden Diagonalverstreben versehen werden, ihrer Länge entsprechend stark und mindestens 50 cm im Lichten breit sein“. — Bei Ziffer 8, Zeile 4 wird empfohlen, statt „denselben“ zu sagen „den Belag“.

Der §. 10 erhält folgenden Zusatz: „Nach jedem Sturmwind sind die Gerüste auf ihre Festigkeit zu prüfen, etwaige Lockerungen sofort zu beseitigen“.

Im §. 12, Absatz 1 ist an Stelle des zu streichenden letzten Satzes zu sagen: „Schutzdächer an Fußgerüsten können aus 2 cm starken Brettern hergerichtet werden“.

§. 14, Absatz 2, Zeile 3 ist hinter „haben“ einzuschalten „oder bevor der Dachverband aufgestellt ist,“. — Der letzte Absatz soll lauten: „Sämmtliche Abdeckungen und Brustwehren müssen bis zur Inangriffnahme der Herstellung der endgültigen Decken erhalten bleiben“.

Im §. 16 ist in den Absätzen 2 und 3 statt „I-Träger“ bezw. „I-Trägern“ zu setzen „der eisernen Träger“ bezw. „eisernen Trägern“.

Die §§. 17—21 werden wie folgt umgestellt: §. 20 wird §. 17, §. 21 wird §. 18, §. 17 wird §. 19, §. 18 wird §. 20 und §. 19 wird §. 21.

Zum §. 23 hat nach der Mittheilung des Herrn Vorsitzenden Herr Stegmann beantragt, in der ersten Zeile statt „angemessene“ zu setzen: „überdachte, mit Brüstungen und Stoßbrettern versehene, in Abtheilungen für je eine Person getrennte“. In der Statutencommission habe man gemeint, daß diese Vorschrift gedeckt werde durch die Bestimmung des Statuts, nach welcher Sitte und Anstand bei den Abortsanlagen gewahrt bleiben müsse, so daß die Aenderung überflüssig erscheine.

Herr Stegmann will zunächst einleitend bemerken, daß er von den bei der ersten Lesung des Statuts gestellten zahlreichen Anträgen heute nur zwei wiederholen wolle, weil er hinsichtlich der übrigen, seiner Ansicht nach durchaus nicht minderwerthigen Anträge glaube annehmen zu sollen, daß dieselben keine Aussicht auf Annahme haben. Da indessen die Bauhandwerker gerade auf diese beiden Anträge besonderen Werth legen, so werde er dieselben wiederholen. Bezüglich des vorliegenden Antrages habe Herr Stadtbaumeister Röttcher bei der ersten Lesung die beste Begründung gegeben, indem derselbe erklärte, daß er die Anforderungen des Antrages für durchaus nothwendig erachte und er diese Forderungen bei seinen Revisionen ebenfalls stellen würde, sofern sich dabei minderwerthigere Einrichtungen vorfinden sollten. Wenn aber Herr Stadtbaumeister Röttcher den Antrag als berechtigt anerkenne, so sei nicht einzusehen, weshalb man die Bestimmung nicht in das Statut aufnehmen wolle. Geschehe das nicht, so werde unfehlbar nach dem bisherigen Brauche weiter verfahren und eine Rüge des revidirenden Beamten als Chikane aufgefaßt werden. In jeder Fabrik und in den gewöhnlichsten Arbeiterwohnungen besitze man Abortanlagen, wie sie der Antrag fordere, deshalb solle man auch auf den Baustellen solche vorschreiben. Die Bauhandwerker, welche heutzutage anders als vor 20 Jahren und mit der Cultur fortgeschritten seien, empfänden es als einen Ekel, solche Anstalten besuchen zu müssen und auf die aus anderen Gegenden zugezogenen, von der Cultur noch weniger belehten Handwerker würde es erzieherisch wirken, wenn man ihnen in der Beziehung etwas Besseres biete. Er bitte um Genehmigung der Aenderung.

Herr Wolff muß es für eine Geschmackssache halten, ob man hier so specielle Vorschriften schaffen wolle. Das Statut enthalte eine ganze Reihe von Bestimmungen, in denen die Einrichtungen zc. bei Neubauten dem pflichtmäßigen Ermessen der Baupolizei überlassen seien und erscheine es ihm zweifelhaft, ob man diese Bestimmung präcisiren solle oder nicht. Der Eine möchte es der Baupolizeibehörde überlassen, der Andere wolle specielle Vorschriften haben. Den Standpunkt des Herrn Stadtbaumeisters Röttger, daß die Forderung des Herrn Stegmann an sich gerechtfertigt sei, nehme auch die Statutencommission ein; es frage sich nur, ob man gerade hier so specielle Bestimmungen treffen solle.

Herr Ahmann will um Annahme des Antrages bitten. Da die Vorschriften zweckdienlich seien und eine Belästigung der Bauunternehmer nicht in sich schließen, liege kein Grund vor, sie abzulehnen. Jedenfalls sei die Baupolizeibehörde gar nicht im Stande, alle Abortsanlagen auf den Baustellen daraufhin revidiren zu lassen, ob sie Sitte und Anstand entsprächen, weshalb es ihm nothwendig erscheine, die Forderungen im Statute festzulegen. Bedauerlich sei es, daß man heute noch Schwierigkeiten in der Richtung mache, da bei zu allgemeiner Fassung der Bestimmungen die Baupolizeibeamten nur unangenehme Auseinandersetzungen bei ihren Revisionen haben werden. Es gebe Gegenden, in denen sich Niemand geniere und selbst Leute aus den besseren Classen nichts darin finden, in einer Reihe zu sitzen, was hier jedoch nicht angebracht sei.

Herr Löschigt tritt ebenfalls für den Antrag Stegmann ein. Die Bestimmung des Ortsbaustatuts sei zu dehnbar und halte der Eine dies, der Andere das für angemessen. Es sei deshalb vorzuziehen, wenn eine präcisirte Vorschrift erlassen werde.

Der §. 23 wird darauf mit dem Antrage Stegmann angenommen.

Herr Hauswaldt möchte Herrn Stegmann fragen, ob derselbe die bei der ersten Lesung gestellten, heute aber nicht wiederholten Änderungsanträge fallen lassen habe, weil seinen Wünschen durch andere Bestimmungen Rechnung getragen sei, oder welche Gründe ihn veranlaßt haben, jene Anträge nicht wieder einzubringen.

Der Herr Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß er eine derartige private Unterhaltung nicht zulassen könne.

Herr Hauswaldt kann nicht einsehen, weshalb die übrigen Stegmann'schen Anträge heute nicht noch einmal besprochen werden sollen, wenn Herr Stegmann sie noch für richtig halte und Letzteres wolle seine Anfrage feststellen.

Der Herr Vorsitzende möchte dazu bemerken, daß Herr Stegmann nicht verpflichtet sei, die Frage zu beantworten.

Herr Stegmann will Herrn Hauswaldt erwidern, daß er die übrigen Anträge nur deshalb nicht wiederholt habe, weil er befürchtete, daß dieselben doch nicht angenommen würden.

Zum §. 24 beantragt Herr Wolff Namens der Statutencommission, in Zeile 7 statt „ $\frac{1}{8}$ “ zu sagen „ $\frac{1}{12}$ “, da diese Größe der Fenster genüge.

Als §. 24a beantragt Herr Stegmann folgende Bestimmung einzuschalten:

„Der Arbeitgeber ist verpflichtet, auf jedem Neubau und jeder umfangreichen Baustelle einen staubdicht verschließbaren Sanitätskasten zu unterhalten, welcher mindestens enthalten muß: 200 g dreiprocentige Lysol-lösung, 10 g Lysol, 100 g Leinöl-Kalkwasser mit einprocentigem Thymol, 10 g Ammoniakflüssigkeit, 10 g Hoffmannstropfen, 1 Rolle Sublimatwatte, 1 Stück Bor-Lint, 1 Stück entfettete Watte, 1 Blechbüchse mit Stückenzucker, 1 Löffel aus Sublimatwatte, 5 große dreieckige Tücher, 4 Holzschienen, 1 Scheere, 5 Binden, 1 elastische Binde, 1 Waschbecken.

Zugleich sind nach der näheren Bestimmung des Stadtbauamtes Anweisungen über die erste Hülfe bei Unfällen anzubringen“.

Zur Begründung führt derselbe aus, daß die Baugewerkeninnung nach der bei der ersten Lesung gemachten Mittheilung des Herrn Rieß sich bereit erklärt habe, einen Verbandskasten für jedes Mitglied zu beschaffen. Wenn nun trotzdem sein Antrag abgelehnt werde, stehe zu befürchten, daß die Baugewerkeninnung ihren Beschluß zurückziehe. Herr Blasius habe ihm erklärt, daß es vielleicht angebracht sei, den Antrag in anderer Form wieder einzubringen und hoffe er, daß Herr Blasius solches eventuell thun werde. Bei der ersten Lesung sei betont worden, daß es gefährlich sei, einen derartigen Verbandskasten bereitzuhalten, jedoch könne er dieser Ansicht nicht beistimmen. Wenn man auch stets bestrebt sein werde, den Arzt bei jedem Unfälle schnell zu holen, so sei derselbe doch aber nicht gleich da; es müßten deshalb Mittel vorhanden sein, welche größere Blutungen zu verhüten vermöchten, weil sonst ein schmutziges Taschentuch oder ein Stück Rockfutter verwendet würden, um Blutungen zu stillen. Wenn aber auch wirklich einmal eine kleine Verunreinigung des Kastens vorkäme, so würde das nicht so schlimm sein, als wenn schmutzige Taschentücher u. dgl. die Stelle von Binden vertreten müßten. Die Parlierer, welche meist nicht so schmutzige Hände haben und die sich auch leicht waschen können, würden die Verbände anzulegen haben, so daß sich die Einrichtung wohl bewähren werde, namentlich wenn auch noch die Vorschriften über die erste Hülfe bei Unfällen an passender Stelle ausgehängt würden. Da man indessen nicht wissen könne, welche Vorschriften sich am besten eignen, so empfehle es sich, vielleicht Herrn Blasius um Ausarbeitung einfacher Vorschriften über die erste Hülfe bei Unfällen zu ersuchen, was dieser jedenfalls gern thun werde. Er bitte um Annahme des Antrages.

Herr Blasius muß sich gegen den Antrag Stegmann in der heute nochmals vorgetragenen Fassung wiederum aussprechen. Bei dem Vorhandensein eines

solchen Verbandsapparates auf dem Bauplatze liege eine große Gefahr darin, daß bei dem Vorkommen eines Unglücksfalles angenommen werde, es seien Leute vorhanden, welche einen Verwundeten verbinden können. Nach der ihm von größeren Baugeschäften ertheilten Auskunft solle es nur für nöthig gehalten werden, wenn auf den Bauplätzen etwas Verbandwatte und zwei Binden vorhanden wären, um bei Blutungen rasch einen Verband anlegen zu können. Von den chirurgischen Oberärzten der hiesigen Hospitäler habe er erfahren, daß ihnen nichts unangenehmer wäre, als wenn Verwundete kämen, an denen schon viel herumgearbeitet sei; man dürfe Wunden nur mit ganz reinen Händen und Instrumenten berühren, sonst liege eine große Gefahr vor. Deshalb nehmen die Aerzte der Krankenhäuser am liebsten solche Verwundete auf, welche möglichst unberührt von fremder Hand überliefert werden und an denen sie die ganze antiseptische Kunst ausüben können. Das Aufhängen der Tafeln von Esmarck auf den Baustellen würde er dagegen für ganz praktisch halten. Wenn man den Wünschen des Herrn Stegmann nach Möglichkeit entgegenkommen wolle, so beantrage er zu sagen, daß ein Verbandskasten mit Verbandswatte und zwei Binden auf jeder Baustelle bereit zu halten sei, auch die Tafeln von Esmarck dort aufgehängt würden. Durch die anderen Mittel, welche Herr Stegmann vorgeschlagen habe, könnte mehr Schaden als Vorthail angerichtet werden.

Herr Wolff möchte Herrn Blasius fragen, worin derselbe eine Gewähr dafür finde, daß die Verbandswatte und die Binden sauber erhalten würden. Es sei wohl jedes Mitglied der Versammlung bestrebt, das Wohl der Arbeiter mit allen Kräften zu fördern und nicht etwa aus Rücksicht auf die Unternehmer den Antrag Stegmann abzulehnen. Wenn die Gewähr gegeben würde, daß man damit den Arbeitern helfen könnte, würde er keine Bedenken tragen, den Unternehmern noch mehr Vorschriften aufzudrücken, jedoch fürchte er, daß in dem vorliegenden Falle die Sachen nicht sauber erhalten werden könnten.

Herr Brückmann kann mittheilen, daß sich die Verbandskästen in der Praxis der Fabrikbetriebe vorzüglich bewährt haben. Er könne den Antrag Stegmann wohl unterstützen, wenn auf den Baustellen Leute vorhanden seien, welche den Inhalt der Kästen bei vorkommenden Unglücksfällen richtig anzuwenden wüßten. Die meisten Fabriken haben eine größere Anzahl von Arbeitern, welche im Samariterdienste ausgebildet seien und könne es sein, daß gerade dieser Umstand dazu beigetragen habe, daß die Verbandskästen sich so vorzüglich bewährt haben. Sofern im Baugewerbe ebenfalls Samariter ausgebildet worden seien, würde er den Antrag Stegmann gern unterstützen. Dem Vorhalte des Herrn Blasius könne er nicht beistimmen, da im Fabrikbetriebe solche Erfahrungen nicht gemacht seien. Man müsse es immer mit Freuden begrüßen, wenn einem Verunglückten eine Linderung zu Theil würde und wenn es auch nur für Stunden sei.

Herr Aßmann ist der Ansicht, daß Herr Blasius mit Rücksicht auf seine früher geäußerten Anschauungen heute zu vorsichtig auftrete. Wenn derselbe als Fachmann eine Laienarbeit nicht haben wolle, so sei das von dessen Standpunkte aus zu verstehen, aber hier handle es sich um einen Nothstand. Man müsse berücksichtigen, daß jetzt zur Stillung von Wunden schmutzige Taschentücher und altes Rodfutter verwendet werden, welche Sachen außerordentlich gefahrbringend seien. Die Vereithaltung von Leinwand und Watte sei allerdings schon als ein Fortschritt anzusehen. Wenn man sich auf den Standpunkt des Herrn Wolff stelle, daß auch Watte und Binden beschmutzt werden könnten, so müsse man die ganzen Unfallverhütungsvorschriften für unnöthig halten. Deshalb bitte er um Annahme des Antrages Stegmann. Das Bauunternehmertum besitze allerdings eine besondere Antipathie gegen diese Verbandskästen und habe er darüber auch mit einem Herrn eine lange Discussion gehabt, in welcher dieser schließlich zugegeben habe, daß die Kästen nicht so gefährlich seien, wie man wohl hier und da annehme. Wenn man berücksichtige, daß die armen Verunglückten ohne solchen Kästen oft Stunden lang auf Hülfe warten müßten und ein Sanitätskasten nicht viel koste, so müsse man dem Antrage zustimmen.

Herr Rieß möchte bitten, den Antrag Stegmann und auch den Antrag Blasius abzulehnen, da beide Anträge nicht im Interesse Derjenigen liegen, für die sie Verwendung finden sollen. Wenn übrigens einer der Vorredner gemeint habe, die Baugewerkeninnung könnte sich bei Ablehnung dieser Anträge veranlaßt sehen, von ihrem Beschlusse auf Beschaffung von Verbandskästen zurückzukommen, so wolle er darauf erwidern, daß die Baugewerkeninnung aus ihrer Cassé für jedes ihrer Mitglieder einen Verbandskasten bereits angeschafft habe, um dieses nicht in das Belieben des Einzelnen zu stellen, daß sie es aber abgelehnt habe, weder für jetzt noch später irgend welche Verantwortung für die ordnungsmäßige Behandlung der Verunglückten zu übernehmen. Die Kästen seien angeschafft, um der Anschauung entgegenzutreten, als ob die paar Mark für dieselben dem Einzelnen ans Herz gewachsen sein könnten. Wenn man gegen den Werth der Kästen spreche, so werde gleich der Grund vorgehoben, als ob Einem an den paar Mark liege, daß mit den Kästen aber in Folge von Kenntnißlosigkeit ein großer Unfug getrieben werden könne, davon dürfe Niemand sprechen. Was solle auf einer Baustelle Alles vorhanden sein? Außer den Unfallverhütungsvorschriften, der städtischen Bauordnung wolle man nun auch noch Sanitätsvorschriften aushängen, dazu die Closets mit Einzelabtheilungen zum Schlafen oder Lesen, das sei bald zu viel. Wenn man bedenke, daß man diese Vorschriften zum Theil ganz kleinen Leuten aufhalsen wolle, so fehle das Verständniß dafür, wie dieselben das durchführen sollen. Da außerhalb des städtischen Baugrundes nicht gebaut werden dürfe, so lasse sich Verbandswatte, wenn sie auf dem Bauplatze nicht vorhanden sein sollte, bald aus dem nächsten Hause herbei-

schaffen, so daß die Einrichtung von Verbandskästen überflüssig erscheine und die Sachlage nur erschwere.

Herr Blasius will noch bemerken, daß die Watte und die Binden natürlich wohl verschlossen aufbewahrt werden müssen. Wenn vorgeschrieben werde, daß ein Verbandkasten mit mindestens einem Paß Verbandswatte und zwei wohlverschlossenen Binden auf jeder Baustelle gehalten werden müsse, so erwachse daraus keine große Schwierigkeit. Ebenso würde er es für sehr wichtig halten, wenn die Esmarck'schen Tafeln über die erste Hilfe bei Unglücksfällen auf den Baustellen ausgehängt würden.

Herr Repliez kann nicht einsehen, daß ein so wesentlicher Unterschied zwischen den Anträgen Blasius und Stegmann bestehen solle, da Herr Blasius ebenfalls einen Verbandkasten mit Verbandzeug auf der Baustelle zu haben wünsche. Die Ausführungen des Herrn Rieß haben mehr für, als gegen den Antrag Stegmann gesprochen, da derselbe erwähnt habe, daß die Baugewerkeninnung schon solche Verbandskästen angeschafft und ihren Mitgliedern zur Verfügung gestellt habe, dieselbe nur die Verantwortung für die richtige Handhabung der Kästen ablehne. Eine solche Verantwortung brauche aber auch Niemand bei Annahme des Antrages Stegmann zu tragen. Da nun die Bauarbeiter selbst dringend wünschen, daß die Aufstellung solcher Kästen auf den Baustellen beschlossen werden möchte, diese Einrichtung nach den Ausführungen des Herrn Rieß aber theilweise schon bestehe und sie auch von den Nichtbetheiligten für nothwendig gehalten werde, ohne die Unternehmer wesentlich zu belasten, so könne man den Wünschen auch Rechnung tragen. Wenn Herr Blasius vielleicht befürchte, daß die Leute bei der Durchführung des Antrages auf ärztliche Hülfeleistung verzichten könnten, so treffe das nicht zu, da die Leute lieber zweimal, als einmal zum Arzte gingen, zumal ihnen Kosten daraus nicht erwachsen. Bei Blutungen sei es besser, wenn die Wunde verbunden würde, als daß sie weiter blute, weil eine längere Blutung großen Schaden verursachen könne. Da der Antrag Stegmann also in jeder Beziehung vortheilhaft wirken werde, so liege auch kein Grund vor, ihn abzulehnen.

Herr Stegmann muß die Bekämpfung seines Antrages als kleinlich bezeichnen. Jedenfalls sei die Gefahr für einen Verunglückten größer, wenn Lumpen zum Verbinden der Wunden genommen würden und man auf den Sanitätswagen warten solle, als wenn sofort blutstillende Mittel vorhanden wären, die Anwendung finden könnten. Ein Verbandkasten lasse sich sehr wohl staubdicht halten und auch die Hände könnten bald gewaschen werden. Wenn Herr Rieß meine, die Einrichtung liege gar nicht im Interesse der Betheiligten, so habe er darauf zu erwidern, daß die Bauhandwerker besser wissen, was ihnen gut sei und dieselben Herrn Rieß wohl nicht zu ihrem Sachwalter nehmen würden. Nach den Ausführungen des Herrn Rieß haben die Arbeiter weiter nichts zu thun, als auf dem Aborte zu sitzen und

zu lesen oder zu schlafen, welche Aeußerungen Herrn Nieß so recht als Arbeiterfreund charakterisiren. Sollte sein Antrag der Versammlung zu weitgehend erscheinen, so bitte er wenigstens um Annahme des Antrages Blasius.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf aufmerksam machen, daß bei Annahme des Blasius'schen Antrages gleichzeitig die Maurer, die Dachdecker, die Zimmerer solche Kasten auf dem Bau unterhalten müßten, wenn sie auf einem Bau zusammen zu arbeiten haben.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Stegmann abgelehnt und der Antrag Blasius bezüglich der Bereithaltung von Verbandswatte und Binden angenommen, dagegen bezüglich der Aushängung einer Tafel mit Vorschriften über die erste Hülfe bei Unglücksfällen nach einigen Bemerkungen der Herren Bürgermeister Ketemeyer und Blasius abgelehnt.

Persönlich bemerkt Herr Nieß, daß er sich bezüglich seiner Aeußerung zu diesem Punkte auf den stenographischen Bericht beziehe. Nach seinem Gefühle habe ihm Herr Stegmann eins anhängen wollen. Er habe keine Veranlassung darauf weiter einzugehen, denn wenn der Herr ihn gelobt haben würde, hätte er nur glauben können, er habe etwas falsch gemacht.

Zum §. 26 beantragt Herr Wolff namens der Statutencommission an Stelle des ersten Absatzes zu sagen: „Alle von der Straße ab sichtbaren Theile eines Gebäudes müssen eine angemessene architektonische Ausbildung erhalten“.

Herr Meyerhoff kann diesem Vorschlage nicht zustimmen. Während man sich bis jezt damit begnügt habe, den vorderen Theil eines Giebels zu verblenden, müßte nach dieser Bestimmung der ganze Giebel verblendet, bezw. architektonisch ausgeschmückt werden.

Herr Wolff will darauf erwidern, daß das vernünftige Ermeßen auch hier entscheiden müsse und daß bei unangemessenen Forderungen seitens der Baubehörde der Klageweg offen stehe. Es solle hier heißen: „... — müssen eine ihrer Benutzung entsprechende Ausbildung erhalten“. Von einer Ausschmückung sei gar keine Rede. Diese Forderung sei aber von jeher seitens der Baupolizeibehörde verlangt worden, und enthalte dieselbe nichts Neues.

Herr Kathe hat diese Bestimmung bei seinen Bauten immer als lästig und unpraktisch empfunden. Wenn man einen Brandgiebel bis in das oberste Stockwerk hinauf verblenden lassen müsse, so sei derselbe fast niemals dicht, weshalb er die Bestimmung für technisch-unrichtig halten müsse. Zu welchen Unannehmlichkeiten solche Vorschrift führe, könne man bei seinem Hause wahrnehmen. Deshalb müßte von einer Ausschmückung der Brandgiebel abgesehen werden.

Herr Engelbrecht kann dieser Ansicht nicht beipflichten. Es heiße „eine angemessene“, also eine den Verhältnissen angemessene Ausbildung, so daß man

nichts weiter beabsichtige und verlange, als daß eine nicht verdeckte Wand ein anständiges Aussehen erhalten solle.

Der §. 26 wird darauf in der von der Commission befürworteten Fassung angenommen.

Zum §. 27 beantragt der Herr Referent, unter Ziffer 2, Zeile 3 hinter „Gebäude“ einzuschalten: „entweder durch massive Einfriedigungen völlig verdeckt werden, oder daß dieselben“ . . .

Der Paragraph wird mit dieser Ergänzung angenommen.

Für den §. 29 bringt die Statutencommission folgende Fassung in Vorschlag:

„I. Die Höhe aller Gebäude, welche weder zu den öffentlichen gehören, noch Handelszwecken oder sonstigen gewerblichen Zwecken dienen, darf in der Außenstadt, d. h. in dem außerhalb der Umfluthgräben belegenen Stadtgebiete, 18 m nicht übersteigen.

II. Bezüglich der zu Handelszwecken und sonstigen gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude sind folgende Einschränkungen maßgebend:

1) Für die zu Handelszwecken dienenden Gebäude ist in der Innenstadt, d. h. in dem innerhalb der Umfluthgräben belegenen Stadtgebiete, eine größere Höhe als 20 m unzulässig.

2) Bei den zu sonstigen gewerblichen Zwecken dienenden Gebäuden ist im ganzen Stadtgebiete und bei den zu Handelszwecken dienenden Gebäuden in der Außenstadt eine größere Höhe als 20 m nur insoweit zulässig, als solches im Einzelfalle durch die Natur des gewerblichen Betriebes bedingt wird“.

Diese Fassung wird gutgeheißen.

Für die §§. 30—54 beantragt sodann Herr Wolff namens der Statutencommission folgende Aenderungen, bezw. Ergänzungen:

Im §. 30 fällt die Bestimmung unter III fort und wird in den §. 34 als Absatz 2 aufgenommen.

Im §. 35 ist unter Ziffer 2 in Zeile 6 statt „dienende“ zu setzen „erforderliche“.

Der §. 44 ist in der ersten Zeile hinter „Balkone“ zu ergänzen durch die Worte: „sind nur mit einer Ausladung von höchstens 1 m über die Straßenflucht hinaus zulässig und“ . . . ; ferner ist in der zweiten Zeile hinter „Breite“ das Wort „überhaupt“ einzuschalten.

Bei §. 45 ist in der letzten Zeile statt „Gebäudelänge“ zu setzen „Straßenfront des Gebäudes“.

Im §. 53 ist der Absatz 3 unter I als besonderer Abschnitt III an den Schluß zu setzen.

Sämmtliche Anträge werden von der Versammlung angenommen.

Die Berathung über §. 55 wird an den Schluß gesetzt.

Zum §. 60 bemerkt Herr Rathe, daß ihm die Bestimmung des zweiten Absatzes, nach welcher die Grundmauern der Umfassungswände eines Wohnhauses oberhalb des das Bauwerk umgebenden Erdbodens mit einer das Aufsteigen „des Grundwassers“ verhindernden Isolirsicht zu versehen sind, nicht richtig erscheine, da das Grundwasser nie so hoch steigen könne. Er empfehle deshalb, statt „des Grundwassers“ zu setzen „der Grundfeuchtigkeit“.

Herr Blasius: Der Unterschied zwischen Grundwasser und Grundfeuchtigkeit sei folgender: Bei dem Grundwasser seien die sämtlichen Luftporen des Bodens mit Wasser ausgefüllt und bei der Grundfeuchtigkeit nur ein Theil derselben. Bis zu einer bestimmten Tiefe seien alle Poren mit Wasser ausgefüllt, während in den höheren Schichten dieses nur bei einem Theile zutreffe. Grundwasser bekomme man nur bei starkem Steigen desselben und bei Ueberschwemmungen in die Häuser, während die Isolirsichten die Grundfeuchtigkeit von den Häusern fernhalten sollen. Um den Bedenken des Herrn Rathe entgegenzukommen, könne Beides aufgeführt werden.

Herr Rathe wundert sich, daß Herr Nieß sich hierüber nicht ausspreche. Wenn die Isolirsicht im Grundwasser liege, habe sie überhaupt keinen Zweck, sondern nur dann, wenn sie über dem Grundwasserstande ihren Platz erhalte, indem sie verhindern solle, daß die Grundfeuchtigkeit aufsteige und Schwamm erzeuge. Er bitte um entsprechende Aenderung dieser Bestimmung.

Herr Nieß ist der Ansicht, daß die Bestimmung so stehen bleiben könne, wie sie im Entwurfe vorgesehen sei, da sie Alles besage. Die Isolirsichten sollen gleichzeitig das Aufsteigen von Grundfeuchtigkeit hindern.

Herr Stadtbaumeister Röttcher möchte anheimgeben, statt „des Grundwassers“ zu setzen „der Feuchtigkeit“. Wenn Jemand mit seinem Gebäude, z. B. bei Anlegung von Baarenkellern u. dgl., so tief in die Erde gehe, daß er in das Grundwasser gerathe, so würde es nothwendig sein, nicht nur das Sockelmauerwerk, sondern auch das ganze Kellermauerwerk mit Isolirsichten zu umgeben.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Herrn Rathe und des Herrn Vorsitzenden wird beschlossen, zu sagen „der Grundfeuchtigkeit“.

Zum §. 66 beantragt Herr Wolff, unter 2. A. a die Worte „in Fachwerkstil“ fortzulassen; sowie unter 2. B., Zeile 6 statt „oder“ zu setzen „und“ und im Absatz 2 das letzte Wort „werden“ abzuändern in „sein“.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

Ferner wird auf Antrag der Statutencommission beschlossen, im §. 77, Punkt 4, Zeile 5 und 6 die Worte „bei Schlafräumen aber mindestens $\frac{1}{12}$ “ zu streichen, sowie als Absatz 3 folgende Bestimmung einzufügen: „Die Mindesthöhe eines solchen Fensters wird auf 1,10 m, die Mindestbreite auf 0,60 m festgesetzt“.

Auch ist die Versammlung damit einverstanden, daß im §. 78. Zeile 6 statt „nicht unter“ gesetzt wird „mindestens“.

Den §. 79 beantragt die Statutencommission wie folgt zu fassen:

„Alle für den dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räume — zu denen im Sinne dieses Paragraphen auch Schlafräume, Arbeitsräume, Werkstätten, Koch- und Waschküchen, Geschäfts- und Versammlungsräume zu rechnen sind — sowie alle Badezimmer und Treppenhäuser müssen Fenster erhalten. Die — im Lichten gemessene — Gesamtgröße der Fenster jedes Raumes muß wenigstens $\frac{1}{10}$ der Fußbodenfläche betragen. Bei Treppenhäusern wird die Berechnung für jedes Stockwerk gesondert bewirkt. Bei Dachwohnungen gelten die Bestimmungen des §. 77, 4, für Baubuden die des §. 24“.

Bei dieser Fassung des §. 79 würden die Aborte ausfallen und erscheine es nicht nöthig, daß Closets, welche im Innern der Häuser angebracht werden, unter allen Umständen Fenster erhalten.

Herr Brückmann kann es nicht für angängig halten, die Aborte ohne Fenster bauen zu lassen, weil man sonst die Closets auch in die Mitte der Häuser verlegen würde, was nicht richtig sei. Bei solchen Einrichtungen würden in den Häusern Gerüche erzielt werden, welche nicht geeignet seien, die Gesundheit zu fördern, selbst wenn auch Abzugsrohre angebracht würden. Da es auch nicht der Hygiene entspreche, Closets ohne Fenster anlegen zu lassen, so beantrage er, zu beschließen, daß die Aborte nur mit Fenstern zum Lüften angelegt werden dürfen.

Dieser Antrag wird abgelehnt und der §. 79 in der commissionsseitig beantragten Fassung angenommen.

Zu den §§. 80—95 hat die Statutencommission Änderungsanträge nicht zu stellen.

Herr Rathe möchte zum §. 82. Abs. 3 bemerken, daß die Bestimmung, nach welcher bei zwei oder mehreren unter einem Dache vereinigten Gebäuden, die nach Außen als einheitliches Ganzes erscheinen, Fuß und Ausstrich gleichartig angelegt und unterhalten werden sollen, in der Bürgerschaft Befremden erregt habe, indem man sage, es würde durch diese Vorschrift in das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen eingegriffen. Wenn z. B. ein Malermeister einen Theil des Gebäudes im Jugendstiele oder roth oder grün anstreichen ließe, so müßte der Eigenthümer des anderen Theiles ihm hierin folgen, was doch wohl nicht verlangt werden könne. Er bitte deshalb, diese Bestimmung einzuschränken, oder ganz fallen zu lassen.

Herr Engelbrecht will darauf erwidern, daß Leute von so ausgesprochener Geschmackrichtung überhaupt keine Doppelhäuser bauen, bezw. kaufen sollten.

Herr Wolff bittet um Ablehnung des Antrages Rathe. Wenn zwei Häuser als einheitliches Ganzes erscheinen, so müßten deren Eigenthümer sich auch gefallen

lassen, daß man dieser Einheitlichkeit nach Außen hin Rechnung trage. Das sei eine nothwendige und durchaus gesunde Bestimmung.

Nachdem auch Herr Blasius gebeten hatte, die Bestimmung des Statutenentwurfes bestehen zu lassen, da es nicht angehe, daß der Eine z. B. seinen Hausantheil grün und der Andere gelb anstreichen lasse, zieht Herr Rathe seinen Antrag zurück.

Herr Stegmann beantragt, dem §. 83 folgenden Zusatz zu geben:

„Zur Ueberwachung der in den §§. 8—25 des Ortsbaustatuts angeordneten Sicherheitsvorkehrungen werden seitens der Stadt zwei aus den Arbeitnehmerkreisen des Baugewerbes zu wählende Baucontroleure angestellt. Zum Zwecke der Anstellung der Baucontroleure werden zwei Vorschlagslisten aufgestellt, und zwar eine von den Arbeitgebern, eine von den Arbeitnehmern. Aus jeder der Vorschlagslisten wählt der Magistrat einen der Baucontroleure. Die Functionen der Baucontroleure werden in einer besonderen Dienstvorschrift bestimmt“.

Ferner beantragt Herr Stegmann, den Magistrat zu ersuchen, die Ausarbeitung der Dienstvorschrift für die Baucontroleure der erweiterten Statutencommission für das Ortsbaustatut zu übertragen.

Zur Begründung führt der Herr Antragsteller etwa Folgendes aus: Wenn auch zuzugeben sei, daß durch das neue Ortsbaustatut manche Verbesserungen in Bezug auf die Sicherheit der bei Bauten beschäftigten Personen geschaffen seien, so fürchten die Bauhandwerker doch, daß manche Bestimmungen nur auf dem Papiere stehen würden, wenn sein Antrag nicht angenommen würde. Den Bauhandwerkern könne man die Controle über die Bauten nicht überlassen, einmal weil dadurch nur fortgesetzt Streitigkeiten und Differenzen mit dem Unternehmer entstehen würden und weil die Arbeiter bei schlechter Lage des Bauhandwerkes auch nicht den nöthigen Druck auf die Bauunternehmer ausüben könnten. Zu den Posten der Controleure würden Bauhandwerker die geeignetsten Leute sein, weil sie die Einrichtungen bei Bauten am besten kennen. Wenn auch in den §§. 89 und 90 des Statuts Bestimmungen in Bezug auf die Ueberwachung von Bauten durch Beamte des Stadtbauamtes getroffen sein, so genügten dieselben doch nicht, weil eine Revision alle paar Tage stattfinden müsse und es hierzu den Beamten des Stadtbauamtes an Zeit fehle. Außerdem sei es auch richtiger, zu solchen Revisionen vollständige Sachverständige zu nehmen und das seien die Bauhandwerker selbst. Es werde allerdings gesagt, daß solche Einrichtungen hier schon beständen, aber kein Bauhandwerker habe davon bislang etwas gemerkt. Unter den vielen Mißständen, welche bei dem gegenwärtigen Zustande von der Presse constatirt worden, wolle er nur folgende hervorheben: Im vorigen Jahre sei von dem Bauunter-

nehmer Rosenthal, der in dieser Beziehung gewissermaßen berichtigt sei, an der Biewegstraße ein Haus aufgeführt worden, ohne daß sich an der Straßenfront desselben ein Schutzbach befunden habe. Erst die Herzogliche Polizeidirection habe die Anbringung des Schutzbaches anordnen müssen. Auch der Bau des Unternehmers Funke an der Heinrichstraße sei drei Etagen hoch ohne Schutzbach aufgeführt worden und habe überhaupt so mangelhaftes Rüstzeug gehabt, daß in Folge mehrfacher Notizen im Volksfreunde die Arbeiten an diesem Bau zwei Mal sistirt seien. Auch der Unfall bei dem Neubau an der Friedrich-Wilhelmstraße, bei welchem einige Arbeiter durch Einsturz des Mauerwerkes verletzt seien, hätte sich bei größerer Vorsicht leicht vermeiden lassen. Bei der Legung von Wasserrohren in der Parkstraße durch einen fremden Unternehmer sei versäumt worden, das Erdreich abzusteißen, in Folge dessen ein Stück von 3 m Länge eingestürzt sei; nur dem Umstande, daß dieser Einsturz während der Mittagspause sich ereignet habe, sei die Vermeidung eines Unglücksfalles zu danken. Erst auf mehrmalige Hinweis im Volksfreunde habe dann der Unternehmer eine vorschriftsmäßige Absteifung vornehmen lassen. Die wenigsten Verfehlungen gegen die bestehenden Vorschriften gelangten indessen in die Oeffentlichkeit, weshalb die Thätigkeit der Controleure eine sehr segensreiche werden könnte. Wenn die Bauunternehmer verdienen wollten, so sei das ihr gutes Recht, aber es dürfe das nicht auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter geschehen und das sei der Fall, wenn sie möglichst an Rüstzeug zu sparen suchen. An anderen Orten habe man solche Baucontroleure auch schon eingeführt, so z. B. in Frankfurt a. M., welches wirkliche Bauarbeiter als Controleure angestellt habe, und im vorigen Jahre sei von der bayerischen Regierung verordnet worden, daß die Städte, welche hierzu ein Bedürfniß empfinden, solche Controleure anstellen könnten. Daraufhin seien auch die meisten Städte in Bayern damit vorgegangen, nur Würzburg nicht, jedoch habe dieses, von der Regierung veranlaßt, zum 1. October ebenfalls solche Controleure angestellt. Die Stadt München habe zehn Controleure angestellt. Dort werden die Bauten alle vier Tage controlirt und gefährliche Bauten jeden Tag. Man habe den Controleuren besondere Dienstvorschriften gegeben, welche er gern zur Verfügung stelle.

Was den von ihm vorgeschlagenen Wahlmodus anlange, so habe er dabei die Münchener Einrichtung im Auge gehabt. Werde hiernach verfahren, so würden die Baucontroleure auch das nöthige Vertrauen besitzen. Alles Uebrige müsse selbstverständlich in einer Dienstvorschrift geregelt werden, und habe er bezüglich der Feststellung derselben einen besonderen Antrag gestellt, weil diese Angelegenheit nicht in das Statut gehöre. Wenn also gewünscht werde, daß die Bestimmungen in den §§. 8—25 des Statutentwurfes nicht nur auf dem Papiere stehen, sondern auch befolgt werden, so müsse eine Controle durch Leute von praktischer Erfahrung ausgeübt werden. Im Interesse von Leben und Gesundheit der Bau-

handwerker ersuche er dringend, der Stadt das kleine Opfer aufzuerlegen und das Gehalt der beiden Controleure zu bewilligen.

Der Herr Vorsitzende will darauf aufmerksam machen, daß Herr Stegmann in Verbindung mit §. 83 auch eine Aenderung des §. 86 des Statutentwurfes insofern wünsche, als dort unter 1 die letzten Worte „und §§. 8—25 des Ortsbaustatuts“ wegfallen sollen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Wenn auch nicht bestritten werden solle, daß die Controle der Bauten in verschiedenen Fällen ungenügend sei und daher immer noch weiter verbessert werden könne, so glaube er doch nicht, daß dieser Zweck durch die Annahme des Antrages Stegmann sich erreichen lasse. Welche Functionen sollen die Baucontroleure haben, sollen sie über die Angemessenheit der Bauausführungen zc. entscheiden, oder sollen sie nur umhergehen und dieselben überwachen und bei dem Auffinden von Verstößen der Baupolizeibehörde Anzeige machen? Möge das Eine oder das Andere zutreffen, jedenfalls finde er den Antrag insofern bedenklich, als damit ein vollständig neues Princip in die hiesige Stadtverwaltung eingeführt werden würde. Wenn Herr Stegmann wünsche, daß praktische Leute zu Baucontroleuren genommen würden, so sei das anzuerkennen, jedoch möchte er von Herrn Stegmann wissen, woher denn die mit den Functionen von Controleuren betrauten Unterbeamten des Stadtbauamtes bisher anders genommen seien, als direct von den Bauten. Wenn man nun dem Antrage Stegmann weiter folge, so sollen zwei neue städtische Unterbeamte angestellt werden, welche, entgegen den Vorschriften der Städteordnung, nicht durch die städtischen Behörden ernannt werden, sondern durch Bauunternehmer und Bauhandwerker. Das gehe nicht. Der Stadtmagistrat könne sich nicht von fremden Wahlkörpern Beamte octroyiren lassen und die Stadtverordnetenversammlung brauche sich nicht das Recht nehmen zu lassen, bei dieser Wahl mitzuwirken. Aus diesen Gründen bitte er, von dem Vorschlage Abstand zu nehmen.

Herr Nieß: Wenn davon die Rede gewesen sei, daß die Bauunternehmer eine Vorschlagsliste aufstellen sollen, so bemerkte er, daß ihm ein solcher Wunsch der Bauunternehmer nicht bekannt sei und er daher bitten möchte, dieselben auszuscheiden, da sie eine solche Liste nicht wünschen. Außerdem erkläre er sich auch gegen die Anstellung von zwei Bauarbeitern als Baucontroleure. Wie viel die Versammlung ihm als Sachverständigen in diesem Punkte zutraue, wisse er nicht und möchte er zu seiner Legitimation erklären, daß er neben der Lehr-, Gesellen- und Wanderzeit auch die Baugewerkschule und das Polytechnicum besucht, sowie sich sonstige theoretische und praktische Kenntnisse angeeignet habe. Nun solle Jemand, der nichts weiter gethan habe, als daß er ein Handwerk erlernte und das vielleicht noch nicht einmal vollkommen, sondern der oft nur im Besitze einer guten „Schwarte“ sei, als Baucontroleur angestellt werden und auf der Baustelle ent-

scheiden, was Recht und Unrecht sei. Das sei ein Unding. Sodann spräche auch noch ein anderer Grund dagegen. Im Jahre 1885 sei das Unfallversicherungsgesetz eingeführt worden und haben sich die Vorschriften desselben noch nicht vollständig eingelebt, so daß die vorliegende Materie wohl verbesserungsfähig sei, wenn auch nicht auf dem Wege, welchen der Antragsteller vorgeschlagen habe. In den beiden Vorjahren sei nun die Hannoversche Bauberufsgenossenschaft durch Beschluß der Genossenschaftsversammlung in den Stand gesetzt worden, drei Bauaufseher, welche praktisch und theoretisch ausgebildet seien, anzustellen, damit dieselben dauernd das Gebiet der Berufsgenossenschaft bereisen. Außerdem habe die letzte Sectionsversammlung den Vorstand ermächtigt, noch einen besonderen technisch und praktisch ausgebildeten Controleur anzustellen. Selbstverständlich könne der Baucontroleur nicht eher Vorstellungen erheben, als der Bau begonnen sei, auch hätten die Verbesserungen bei dem Funke'schen Bau erst eintreten können, nachdem Anzeige darüber erstattet worden. Das werde wohl immer so bleiben. Da die Stadtbauverwaltung vom Magistrate angewiesen sei, der Geschäftsstelle der Section 3 der Berufsgenossenschaft sämtliche genehmigte Bauten mitzutheilen, so wisse diese immer ganz genau, wo mit einem Bau begonnen werde, es werde also Alles auch ohne Baucontroleure gemacht werden. Sobald ein Verstoß vorkomme, müsse derselbe erst zur Kenntniß der Behörden gebracht werden, ehe diese einschreiten können, jedoch pflege in solchem Falle die Herzogliche Polizeidirection mit der Sistrirung des Baues nicht zu zögern. Er bitte deshalb, den Antrag abzulehnen und zwar unter dem Gesichtspunkte, daß die bis jetzt schon angestellten, technisch und praktisch ausgebildeten Beauftragten der Genossenschaft ohne Zuthun von Anträgen des Herrn Stegmann noch vermehrt werden, sobald sich das Bedürfniß hierzu herausstelle.

Herr Stegmann möchte seinen Ausführungen noch ergänzend hinzufügen, daß die beiden Controlbeamten natürlich dem Stadtbauamte unterstehen sollen und daß nichts dagegen zu erinnern sei, wenn die Versammlung die Beamten wähle. Die Befürchtungen des Herrn Rieß könne er nicht theilen, auch wisse derselbe heute noch gar nicht, ob die Bauunternehmer solche Vorschlagsliste nicht haben wollen. Am liebsten würden die Bauarbeiter selbst ihre Leute wählen, da dieses aber doch nicht genehmigt würde, so habe er den Mittelweg gewählt, daß sie wenigstens die Vorschläge dazu machen. Aus demselben Grunde sei auch vorgeschlagen, daß die Bauunternehmer ebenfalls eine Vorschlagsliste einreichen sollen. Wenn Herr Rieß meine, die betreffenden Leute verstünden nichts vom Bau, so glaube er, daß praktische Bauleute häufig mehr davon verstehen, als technisch gebildete Beamte. Man wolle durch diese Controleure ja gerade verhindern, daß Anzeigen erstattet werden müssen, indem von Grund auf fortgesetzt controlirt werden solle, wie das in München und anderen Städten geschehe. Sodann habe Herr

Nieß gesagt, in Zukunft würde Alles von der Bauberufsgenossenschaft gemacht werden; daran glaube er indessen nicht. Die Controle von der Bauberufsgenossenschaft werde nie eine unparteiische sein, und werde den Bauunternehmern hierdurch nicht zu viel geschehen. Solle die Controle eine gründliche und zuträglich sein, müsse sie von unabhängigen Beamten ausgeübt werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann die Ansicht des Herrn Nieß nicht theilen, daß die Baupolizeibehörde nur einzugreifen habe, wenn eine Anzeige vorliege; die Baupolizeibehörde habe vielmehr die Pflicht, die Baustellen dauernd controliren zu lassen.

Herr Stegmann will die frühere Anfrage des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer noch dahin beantworten, daß durch den Antrag nicht beabsichtigt werde, den Controleuren die Ermächtigung zu erteilen, einen Bau zu inhibiren. Dieselben sollen von Unregelmäßigkeiten vielmehr Anzeige machen und nur bei besonders gefährlichen Fällen Abhülfsmaßnahmen anordnen dürfen.

Herr Nieß muß es dem Urtheile der Versammlung überlassen, ob dieselbe der Ansicht des Herrn Stegmann sei, daß die von der Berufsgenossenschaft zur Controle der Bauten angestellten Beamten deshalb nicht unparteiisch sein sollen, weil sie von der Berufsgenossenschaft angestellt seien. Gegen solche Unterschließung müsse er protestiren. Bezüglich der von Herrn Bürgermeister Ketemeyer kritisirten Aeußerung bemerke er, daß sich dieselbe auf den Zustand vor Erlass dieser Bestimmungen bezogen habe. Wenn er ferner gesagt habe, daß die Bauunternehmer keine Arbeitercontroleure wünschten, so bemerke er Herrn Stegmann gegenüber, daß er wohl wisse, was er sage; denn es sei seit Jahren darüber gesprochen und man sei abgeneigt, sich daran zu betheiligen. Wenn Herr Stegmann glaube, sagen zu dürfen, ohne sich zu schämen, daß die Controleure der Berufsgenossenschaft parteiisch seien, so bemerke er, daß die Bauunternehmer keine Arbeitercontroleure wünschen, weil sie sicher seien, daß ihnen nur Socialdemokraten geschickt würden, denen die Controle auf den Bauten als Agitationsfeld dienen sollte und das müßte verhütet werden.

Herr G ü n t h e r findet es nicht verwunderlich, daß der Antrag auf Schwierigkeiten stoße, da derselbe etwas Neues wolle und bei neuen Einrichtungen sich stets Erstaunen und Widerwillen einstelle. Soviel stehe aber fest: wenn der Antrag heute abgelehnt werde, werde er in einigen Jahren wiederkommen und angenommen werden. Herr Nieß und die sämtlichen Unternehmer würden dann einfach gezwungen werden, dem Antrage Folge zu leisten, wie das die Unternehmer heutzutage schon bei vielen reichsgefehligen Bestimmungen wider ihren Willen haben thun müssen. Wenn Herr Bürgermeister Ketemeyer meine, der Antrag sei gegen die jetzige Gewohnheit, so habe man doch Beispiele genug, daß auch anderwärts solche Neuerungen eingeführt seien und sich bewährt haben. Es sei auch nicht

richtig, zu sagen, man habe wohl solche Vorschriften, aber sie würden nicht befolgt, denn die Baupolizeibehörde sei vielfach nicht in der Lage gewesen, Maßregeln zu treffen, weil sie keine gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften hinter sich gehabt habe. Dem Arbeiter sei es nicht zu verdenken, wenn er darauf halte, daß solche Einrichtungen getroffen werden, da das Mißtrauen gegen die Unternehmer gerechtfertigt sei. Der Unternehmer treffe die Sicherheitsvorkehrungen im Interesse der Arbeiter erst dann, wenn er dazu gezwungen werde, das habe Herr Rieß selbst ausgesprochen. Man möge auch nicht so engherzig sein und sagen, man wolle von Außenstehenden und von Arbeitern keine Vorschriften haben, denn es handle sich doch nur darum, daß die Arbeiter die Vorschläge für die Wahl machen, während die Versammlung die Controleure zu wählen haben würde. Er bitte um Annahme des Antrages Stegmann.

Herr Brückmann hat gefunden, daß die Controle des Stadtbauamtes stets prompt und correct gewesen sei und mit Nachdruck auf nothwendige Aenderungen gedrungen habe; er sehe daher nicht ein, weshalb man nicht dabei bleiben solle. Das Vertrauen, welches man den Baubeamten bisher geschenkt habe, bitte er, denselben auch ferner zu erhalten.

Herr Riese: Der Antrag sei mit in der Annahme gestellt worden, daß man befürchtet habe, das Stadtbauamt, welches die Controle in technischer Beziehung vollständig behalte, sei dieser neuen Aufgabe nicht noch gewachsen und es könnten hier, wie in anderen deutschen Städten, Baucontroleure segenreich und zweckmäßig wirken. Auch sei schon mehrfach erörtert worden, daß die Polizeibehörde in den meisten Fällen nicht einmal geeignetes Material an Leuten besitze, um die Bauten revidiren zu können. Dem Maurermeister Eicke sei z. B. einmal eine einfache Ausbesserung inhibirt worden, wobei man hätte sehen können, daß die Polizei sich manches Mal um Dinge kümmere, die sie nicht verstehe. Deshalb müßten aus der Praxis heraus Maurer- und Zimmergesellen als Baucontroleure gewählt werden. Die Hannoversche Berufsgenossenschaft habe auch einen Beamten angestellt, welcher die Geschäftsbücher zu revidiren habe, derselbe habe ihm geschrieben, daß er zur Revision kommen werde und die Bücher bereit gehalten werden müßten; falls dieselben nicht zu Hause angetroffen würden, erfolge die Revision auf Redners Kosten. Die Bücher hätten nun schon sechs Wochen vergeblich bereit gelegen. Wenn das mit den Baucontrollen auch so geschehe, könne man nicht allzuviel darauf geben. Deshalb bitte er um Annahme des Antrages. Die f. B. von ihm beantragte und von der Versammlung genehmigte Ausführung der Wohnungsenquête könne mit der Thätigkeit dieser Controleure zusammenfallen. Werde der Antrag heute nicht angenommen, so werde derselbe sicher wiederkommen und schließlich werde man wohl auch noch ein Reichswohnungsgezet erhalten. Ob er und seine Freunde Socialdemokraten genannt würden, sei ihnen gleichgültig, denn das seien nur Verlegenheitsphrasen.

Herr Ohlendorf möchte Herrn Nieß Einiges erwidern. In demselben Augenblicke, wo derselbe Herrn Stegmann vorgeworfen habe, daß dieser sich nicht schäme, die Unparteilichkeit der Controleure der Berufsgenossenschaft anzuzweifeln, habe Herr Nieß sich nicht geschämt, Herrn Stegmann und dessen Freunden zu unterstieben, daß diese mit dem Antrage agitatorisch wirken wollten. Man beabsichtige aber gar nicht, daß städtische Beamte als Agitatoren wirken sollen, sondern man wünsche die vorhandenen Uebelstände beseitigt zu sehen. Herr Nieß, merken Sie sich sehr,

Der Herr Vorsitzende, den Redner unterbrechend, ersucht, zur Versammlung zu sprechen.

Herr Ohlendorf erwidert, daß Herr Nieß auch nicht unterbrochen sei.

Der Herr Vorsitzende verbittet sich eine solche Widerrede, die sich nicht gehöre, da Niemand dem Vorsitzenden in das Wort zu fallen habe.

Da sich Niemand weiter zum Wort gemeldet hat, wird die Besprechung dieses Punktes geschlossen und erhält das Schlußwort als Antragsteller

Herr Stegmann: Wenn Herr Brückmann die technische Controle der Bauten bei dem Stadtbauamte belassen wolle, so handle es sich darum hier gar nicht; die Baucontroleure sollen sich vielmehr darauf beschränken, zu überwachen, daß die Schutzvorrichtungen bei den Bauten innegehalten werden. Die Controleure seien städtische Beamte und nicht mehr Arbeiter, welche von der Arbeiterschaft abhängig seien. Wenn Herr Nieß es ungeheuerlich finde, daß er an der unparteiischen Controle, welche von der Berufsgenossenschaft ausgeübt werde, zweifle, so werde der Beweis für seine Behauptung schon dadurch erbracht, daß sich der Vertrauensmann der Genossenschaft überhaupt nicht sehen lasse, denn die Bauhandwerker haben schon jahrelang keinen Controlebeamten gesehen. Im Uebrigen wolle er bemerken, daß er sich auf Herrn Nieß' Veranlassung durchaus nicht schäme; wenn dieser sich nicht schäme, einen solchen Antrag zu bekämpfen, so habe er das auch nicht nöthig.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge Stegmann abgelehnt.

Zum §. 89 hat Herr Stegmann der Antrag gestellt, in der dritten Zeile von oben hinter „stattfinden“ einzuschalten: A. Zur vorschriftsmäßigen Ausführung der Sicherheitsvorkehrungen (§§. 8—25 des Ortsbaustatuts): 1) bei Hochbauten während der Ausschachtung und während der Herstellung des Erdgeschosses mindestens je eine, während der Aufführung jeder Etage mindestens zwei; 2) bei Tiefbauten mindestens an jedem dritten Arbeitstage. B. Zur vorschriftsmäßigen Ausführung des Baues selbst:

Zur Begründung führt Herr Stegmann aus, daß, wenn auch die Anstellung von Baucontroleuren abgelehnt worden sei, die Versammlung doch damit die Controle über die Ausführung der Schutzvorschriften unmöglich habe beseitigen wollen. In München sei eine Controle an jedem vierten Tage und bei kleineren

Bauten in noch kürzeren Zeiträumen vorgeschrieben, während man hier nicht so weit gehen wolle. Hoffentlich würden diesem Antrage keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erklärt, sich heute weder für noch gegen den Antrag auszusprechen zu können. Es erscheine ihm zweifelhaft, ob es angezeigt sei, der Baupolizeibehörde in dieser Beziehung die Hände zu binden. Bei manchen Bauten genüge noch nicht einmal die Controle in dem von Herrn Stegmann gewünschten Umfange, während bei einer Menge von Bauten eine solche Controle nicht nöthig sei. Deshalb solle man das doch lieber dem vernünftigen Ermessen des an der Spitze der Baupolizeibehörde stehenden Beamten überlassen und nicht mit solchen beengenden Vorschriften kommen.

Der Antrag Stegmann wird darauf abgelehnt.

Nunmehr schreitet die Versammlung zur Verathung des §. 55 des Statutenentwurfes.

Dazu liegen zwei Anträge vor, nämlich:

- 1) Antrag Löschigt: Die Versammlung wird gebeten, die Sophien-, Wilmerding- und Cammannstraße wieder in das Verzeichniß der fabrikkfreien Straßen einzustellen“.
- 2) Antrag Blasius: „Die Versammlung wird ersucht, dem Straßenverzeichnis zwischen Obergstraße und Hohestieg noch folgende Straßen hinzuzufügen: Juliusstraße, Hedwigstraße, Döringstraße, Luisestraße, Al. Döringstraße, Wilmerdingstraße, Cammannstraße und Sophienstraße“.

Wie Herr Wolff Namens der Statutencommission berichtet, seien hierzu vier Eingaben hiesiger Einwohner eingelaufen, welche bitten, den auf Antrag des Herrn Nieß in der Sitzung vom 28. Juni d. Js. — Seite 138 des Berichtes — gefaßten Beschluß wieder aufzuheben. — Die Eingaben werden verlesen. — Die Statutencommission habe nach eingehender Verathung beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, es bei dem Antrage Nieß zu belassen. Von einer Seite sei dabei geltend gemacht, daß die Bebauung in den betr. Straßen schon jetzt als eine fabrikkartige Bebauung angesehen werden müsse und diese Anschauung auch schon in gerichtlichen Erkenntnissen zu Tage getreten sei. Von anderer Seite sei betont worden, daß eine weitere Fabrikkbebauung wohl ausgeschlossen sei, daß also die Anwohner nicht geschädigt würden, wenn man die Straßen aus dem Verzeichniß fortlasse. Andererseits werde aber durch die Aufnahme der drei Straßen in das Verzeichniß der fabrikkfreien Straßen entschieden ein Zustand geschaffen, der die Anwohner zum Vorgehen gegen die Einwirkungen des Fabrikkbetriebes anrege und müßte deswegen von der Aufnahme in das Verzeichniß abgesehen werden. Schließlich sei auch geltend gemacht, daß ein entgegenstehender Beschluß der städtischen Behörden einen Eindruck auf die Rechtsprechung zum Nachtheile der dort wohnenden Fabrikanten ausüben könne.

Der Herr Vorsitzende will mittheilen, daß ihm persönlich ein Antrag des Vereins der Grundbesitzer der Stadt Braunschweig zugegangen sei, in welchem derselbe um Ablehnung des Antrages Rieß bitte.

Herr Blasius: Bei der Aufstellung des Straßenverzeichnisses zum §. 55 des Statutentwurfes habe der erweiterten Statutencommission der Gedanke vorgeschwebt, um die ganze Stadt herum innerhalb und außerhalb der Umfluthgräben einen Bezirk zu schaffen, der nur möglichst villenartige Häuser aufweise und nicht durch Ansammlung von Fabriken das Wohnen von Menschen in gesundheitlicher Beziehung störe. Bei Annahme des Antrages Rieß werde aber ein großer Bezirk außerhalb des Umfluthgrabens aus dieser Vergünstigung herausgenommen. Es liegen dort z. B. vier Fabriken, nämlich die Fabriken von Brückmann, Selwig & Lange, Buchler und die Dampfmühle. Auf der in der Sitzung vom 28. Juni d. Js. hier ausgelegten Zeichnung seien die Fabrikgrundstücke nicht richtig dargestellt, indem nur verhältnißmäßig kleine Strecken als eigentliche Fabriken benutzt werden, während das Uebrige einen freien Raum bilde, trotzdem aber Alles als Fabrik gezeichnet sei. Durch den §. 55 solle keine der bestehenden Fabriken geschädigt werden, indem jede Fabrik ungehindert ihren Betrieb ausüben und sich auf ihrem Grundstücke auch weiter ausdehnen könne, jedoch müsse man die umliegenden Straßen gegen neue Fabrikanlagen schützen. Aus diesem Grunde habe er seinen Antrag gestellt. Bei Aufrechthaltung des Beschlusses der ersten Lesung würden außerdem die betr. Hausbesitzer erheblich geschädigt, indem bald ein Nachlaß der Miethen eintreten würde.

(Herr Wolff übernimmt den Vorsitz.)

Herr Löschigt hat sich über den Beschluß bei der ersten Lesung, welcher er in Folge einer Reise nicht habe beiwohnen können, sehr gewundert, da er bei dem Vorhandensein von nur 4 oder 5 Fabriken in den betr. Straßen keinen gewichtigen Grund für die Annahme des Antrages Rieß habe finden können. Wie er aus den Verhandlungen vom 28. Juni d. Js. entnommen habe, sei die Ausschließung der drei Straßen aus dem sogenannten Villenbezirke nur im Interesse des sogenannten Fabrikbezirkes beschlossen worden. Die Fabriken seien hieran aber gar nicht so sehr interessirt, da neue größere Fabriken dort doch nicht erbaut werden würden, die bestehenden Fabriken aber sich ungehindert weiter ausdehnen könnten und somit kein Grund vorliege, diese noch weiter zu schützen. Andererseits haben sich aber die Anlieger der drei Straßen dort unter der Voraussetzung angekauft, daß Fabriken dort nicht weiter angelegt werden würden und nun mit einem Male wolle man die Straßen zu einem Fabrikviertel stempeln. Jeder möge seine Interessen vertreten, aber die Anlieger dieser Straßen haben auch ein Recht auf Schutz, weshalb er bitte, das ursprüngliche Verzeichniß ohne den Antrag Rieß wieder herzustellen.

Herr Nieß: Nach dem ursprünglich von ihm gestellten Antrage sollte die ganze Westseite der Stadt von dieser Ausnahmestellung befreit werden, weil es keinen Zweck habe, diese Straßen in das Verzeichniß einzubeziehen und man dadurch nur den Leuten einen moralischen Anspruch in die Hand drücke, welcher in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sei, der aber zu fortwährenden Belästigungen führe. Dieser Antrag sei abgelehnt worden. Welcher Erfolg damit verbunden sei, könne man z. B. daraus entnehmen, daß sich die Anlieger der Ebertstraße beschwerdeführend an das Gericht gewandt haben, um das Walzwerk zu veranlassen, von dort zu verziehen. In Hannover habe sich eine ähnliche Richtung wie hier geltend gemacht, indem dort versucht worden sei, die Stadt zu einer Villenstadt zu stempeln. Am liebsten zöge man mitten über die Straße eine Kette, das sei das Ideal, damit nur Derjenige über die Straße fahren dürfe, welcher dazu die Erlaubniß der Anlieger besitze. Von diesen Herrschaften, welche noch 4–6 Wochen im Bade leben, solle die Stadt existiren, was durchaus nicht zutrefte, denn die Stadt existire von der Blüthe ihrer Industrie. In Hannover habe sich diese Richtung breit gemacht und veranlaßt, daß nach und nach eine Anzahl großer Werke, wie Gebr. Knövenagel, Garvens & Co., Gebr. Körting u. A., aus dem Stadtbezirke hinausgelegt seien. Die Stadt Hannover fühle es aber schon sehr in ihren Einnahmen, daß sie diese Verdrängung gutgeheißen habe. Möge die Versammlung nun beschließen, was sie wolle, ihm solle es gleichgültig sein. Herr Fiedel habe als Vertreter der Handelskammer und der Industrie schon fortwährend sein Wort dafür eingelegt, daß man die Industrie nicht mehr, als durchaus nöthig sei, durch chikanöse Bestimmungen belästigen möchte und hier handle es sich um eine Bestimmung, die schließlich einen chikanösen Charakter annehme. Die Versammlung habe beschlossen, für die Stadt eine Zone festzulegen, in der neue Fabriken nicht mehr erbaut werden dürfen, indem ein Verzeichniß bestimmter Straßen in das Ortsbaustatut aufgenommen sei, welchen man dadurch den Charakter von Villenstraßen gegeben habe. Wo finde man aber in der Gammann-, der Sophien- und der Wilmerdingstraße eine Villa? Dort seien wohl Häuser mit 8–12 Wohnungen, aber doch keine Villen vorhanden. Die dort liegenden Fabriken haben aber eher existirt, als die Wohnhäuser und hätten die Eigenthümer der letzteren sich anderwärts anbauen können, wenn ihnen die Nähe der Fabriken nicht gepaßt habe. An dem dort vorhandenen Zustande werde auch nichts geändert, wenn das Ortsbaustatut in der jetzigen Fassung erhalten bleibe. Die Eigenthümer der Wilmerdingstraße haben sich sogar das Recht in das Grundbuch eintragen lassen, daß dort kein Grundstück mit einer Fabrik belastet werden dürfe, so daß ihnen durch seinen Antrag nichts geschehen könne. Wenn aber diese drei Straßen schon das Recht haben sollen, in dem Verzeichnisse der fabrikkfreien Straßen aufgeführt zu werden, so haben alle Straßen das gleiche Recht und dann könne das Verzeichniß

nur alle Straßen umfassen, oder ganz fortfallen. Stelle man sich auf diesen Standpunkt, so müsse man mindestens den Antrag Blasius annehmen. Wenn man indessen nicht weitgehende Schädigungen hervorrufen wolle, so dürfen die Anträge Blasius und Böschigt nicht angenommen werden.

Herr Ebeling: Als in Aussicht genommen sei, auch die Tammannstraße in das Verzeichniß einzubeziehen, habe er die Befürchtung gehegt, daß hierdurch möglicherweise Belästigungen der Anlieger, namentlich der Professionisten, entstehen könnten. Als eine Schlachterei sich eine elektrische Zuleitung habe anlegen lassen und aus der Schlachterei eine Wurstfabrik geworden sei, habe man sofort eine mit 150 Unterschriften versehene Petition dagegen losgelassen. Was aber heute einem Schlachter, könne morgen einem Schlosser, einem Bäcker u. passiren. Deshalb möchte er zunächst bitten, den Begriff einer Fabrik fester zu normiren. Bei den gegen diese Bestimmung des Statuts einberufenen Protestversammlungen sei man übrigens hinsichtlich der Einladungen nicht consequent vorgegangen, da z. B. eine Menge Professionisten dabei übergangen seien. Man hätte auf den Versammlungen wenigstens jeden Interessenten zu Worte kommen lassen müssen. Da in der Gegend größere Fabriken doch nicht mehr entstehen würden, so könnte der ganze Bezirk einbezogen werden. Unter Umständen verursache eine Schlachterei mit nur zwei Gesellen mehr Lärm, als eine große Wurstfabrik, deshalb müsse zunächst statutarisch festgelegt werden, was man unter dem Begriff einer Fabrik überhaupt zu verstehen habe.

Nach einer geschäftlichen Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters Bockels, welcher anheimgiebt, die vertrauliche Sitzung für heute ausfallen zu lassen, theilt der Herr Vorsitzende mit, daß Herr Brückmann beantragt habe, den ganzen §. 55 zu streichen.

Herr Engelbrecht möchte sich zunächst gegen den Antrag Blasius wenden, obwohl ihm der Antrag Brückmann sehr zusage. Da hier etwas Neues geschaffen werden solle, so müsse man dasselbe möglichst der bisherigen Entwicklung der Stadt anzupassen suchen, denn wenn das nicht geschehe, greife man in die Rechtslage der Grundstücke ein. Hier liege die Sache folgendermaßen: Wie Niemand bestreiten werde, habe sich im Westen der Stadt ein Fabrikviertel entwickelt. Bedauerlicherweise liege dasselbe im Westen, so daß bei den häufigen Westwinden der Rauch über die Stadt weggehe. Dieser Zustand sei aber nicht nur in der Stadt allgemein bekannt, sondern sei auch schon in der Rechtsprechung berücksichtigt, indem das Oberlandesgericht betont habe, daß die Anlagen im Osten der Stadt anders beurtheilt werden müßten, als diejenigen im Westen. Bei der westlichen Gegend der Stadt müsse man sich daher zunächst überlegen, welcher Theil derselben sich als Fabrikviertel herausgebildet habe, und das sei der Theil vom Hohen-

thore bis nach Eisenbüttel. Die unmittelbare Folge hiervon sei aber, daß in dieser Fabrikgegend auch Wohnhäuser entstehen müßten, um den Beamten und Arbeitern der Etablissements Gelegenheit zu geben, in der Nähe ihrer Arbeitsstätten Wohnung zu nehmen. Wenn nun die Eigenthümer der in dieser Gegend liegenden Wohnhäuser jetzt die Etablissements dort verdrängen möchten, so bleibe doch der Charakter der Gegend derselbe, da sie sich einmal als ein Fabrikviertel herausgebildet habe. Den Anliegern der Wilmerdingstraße müsse dieses auch von vornherein klar gewesen sein, indem auf einen Theil ihrer Grundstücke ein dingliche Belastung dahingehend eingetragen sei, daß sie gegen die Fabrik von Selwig & Lange keinen Anspruch erheben können, sofern sie durch diese belästigt werden sollten. Diese Grundstücksbesitzer hätten also von vornherein gewußt, daß sie in einem Fabrikviertel säßen und wäre es unrecht, trotzdem so weit zu gehen, daß man jetzt in den Charakter der Gegend eingreifen wolle. Aus diesem Grunde sei er gegen die Anträge von Böschigt und Blasius.

Herr Bues ist mit Herrn Nieß der Ansicht, daß zu der gedeihlichen Entwicklung eines Gemeinwesens Handel und Industrie nöthig seien, und man deshalb die Fabriken nicht verdrängen dürfe. Da man nun aber in dem Statute einmal 105 Straßen herausgegriffen und ihnen den Charakter als Villenstraßen gegeben habe, so hätte man auch diese drei Straßen nicht aus dem Verzeichnisse herausreißen dürfen, sondern Herr Nieß hätte müssen beantragen, alle 105 Straßen zu streichen. Deshalb halte er es für ein Unrecht, gerade diese drei Straßen herauszunehmen, zumal auch bezüglich der übrigen, im Verzeichnisse fortgelassenen Straßen durchaus kein Widerspruch erfolgt sei. Aus diesem Grunde sei er gegen den Antrag Nieß.

Herr Böschigt kann die Begründung von Herrn Nieß nicht für stichhaltig anerkennen, da ähnliche Bestimmungen nicht in das Statut kommen sollen. Auch sei zu bestreiten, daß die Anlieger nach der Streichung der Straßen in dem Verzeichnisse des §. 55 kein Recht haben sollen, sich über ungerechtfertigte Belästigungen durch Fabriken zu beschweren. Derartige Beschwerden könnten auch in der Innenstadt jederzeit erhoben werden. Die von Herrn Nieß vorgelegte Zeichnung sei thatsächlich zu trüb ausgefallen und könnte auf den ersten Blick einen gewissen Schrecken hervorrufen. Auch bei Wiederaufnahme der drei Straßen in das Verzeichniß könne den dort vorhandenen Fabriken nichts geschehen. Das auf die Grundstücke der Wilmerdingstraße eingetragene dingliche Recht involvire noch nicht, daß sich dort Niemand über Belästigungen durch Fabriken beklagen dürfe, da der Beschwerdeführer ein Miether, oder ein Dienstmädchen sein könne; rechtliche Gültigkeit besäßen solche Einschränkungen nicht. Am besten wäre es, den ganzen §. 55 fallen zu lassen, dann möge das Gesetz entscheiden. Man solle allerdings die Industrie thunlichst schützen, müsse aber auch den Anliegern gerecht werden.

— Herr Semler übernimmt den Vorsitz wieder. —

Herr Sander muß auch heute den Antrag Nieß bekämpfen und ist sogar für den Antrag Blasius. Wenn die betr. Straßen in das Verzeichniß des §. 55 aufgenommen würden, werde dadurch Niemand geschädigt, denn den Fabriken lege man dadurch keine Fesseln an. Im Interesse von Hunderten von Anliegern bitte er um Annahme des Antrages Blasius.

Herr Altmann findet mit verschiedenen Vorrednern, daß der Antrag Nieß eine Inconsequenz in sich berge, weshalb er dafür sei, den ganzen §. 55 zu streichen. Wenn man die als Villenstraßen angenommenen Straßen schützen wolle, so komme man oft zu einem eigenthümlichen Ergebnisse; so z. B. würde es schwer halten, die Anlieger der Adolf- und Willierstraße zu schützen, sobald in der Bertramstraße, welche nicht in dem Verzeichnisse enthalten sei, Fabriken angelegt werden sollen. Ein Hinausdrängen der Fabriken sei aber auch nicht angängig. Würden dieselben eine halbe Meile weit vor das Wilhelmithor hinaus verlegt werden und die Arbeiter und Beamten müßten mit ihren Wohnungen dahin folgen, so habe man dasselbe Verhältniß wie heute. Da die Fabriken einmal im Westen der Stadt liegen und der Wind meist von Westen komme, so sei eine Belästigung der Stadt und speciell des Bürgerparkes durch Rauch und Ruß nicht zu vermeiden. Er habe übrigens die Aufregung des ganzen Wilhelmithorbezirktes nicht begreifen können, als an der Cammannstraße die Errichtung einer Wurstfabrik geplant worden sei, denn so schlimm sei doch die ganze Sache nicht, zumal die Anwohner gegen die Rauch- und Rußbelästigung durch ein besonderes Statut geschützt seien.

Herr Brückmann: Von allen Seiten habe wegen dieser Sache eine Unruhe Platz gegriffen, welche man kaum verstehen könne, da es wirklich ganz einerlei sei, ob man für oder gegen den Antrag Nieß stimme. Als die richtigste und praktischste Lösung dieser Frage möchte er empfehlen, die Entwicklung der einzelnen Straßen den Verhältnissen zu überlassen und den §. 55 ganz aufzuheben.

Herr Blasius bittet um Ablehnung des Antrages Brückmann. In der Statutencommission sei nach eingehenden Verhandlungen dafür gestimmt, der Stadt Braunschweig eine Lunge rings um die Umfluthraben herum zu schaffen und das dürfe man durch diesen Antrag nicht wieder aufheben. Für das Gedeihen der Stadt sollte es ihm leid thun, wenn man diese Gelegenheit nicht benutzen und die Gesundheitsverhältnisse verbessern wollte. Herr Engelbrecht scheine ihm auf einer sehr gefährlichen Bahn zu sein, denn wenn in den städtisch-rechtlichen Verhältnissen nichts geändert werden solle, dann dürste auch kein Fortschritt angestrebt werden, der mit dem Bestehenden im Widerspruch stände. Er halte das für einen gefährlichen Standpunkt, weil dann alle Verbesserungen, welche doch häufig rechtliche Aenderungen mit sich brächten, die größten Bedenken erregen müßten. Die Karte

des Herrn Nieß und dessen Auseinandersetzungen über Hannover seien gar zu schwarz gemalt und möchte er nur wünschen, daß Braunschweig einmal eine solche Entwicklung nehme, wie Hannover. Letzteres habe durch sein Vorgehen erreicht, daß es die großen Villenviertel geschaffen und die großen Fabriken hinaus gebracht habe, ohne daß ihm die Einnahmen aus diesen entgangen seien.

Herr Meyerhoff: Ein Gesichtspunkt sei noch nicht in Betracht gezogen worden. Die Hausbesitzer haben wohl gewußt, wo sie sich ankaufen, aber gegenüber ihren Miethern befänden sie sich doch in einer schlechten Lage. Er wisse auch nicht, ob dieselben den Miethern mitgetheilt haben, daß sie gegen Fabrikbelästigungen nicht einsprechen dürften. Am besten wäre es, gar keine Ausnahme zu machen. Der §. 55 sei aus dem Wunsche entstanden, einerseits die Fabriken, andererseits aber auch die Mitbürger gegen die Fabriken zu schützen. Da es nach der Bauordnung nicht angängig gewesen sei, bestimmte Fabrikzonen zu schaffen, so habe man dieses Zwitterding gewählt und habe dasselbe Anfangs auch allgemeinen Anklang gefunden. Mit einem Male sei dann der Sturm wegen der drei Straßen losgebrochen und wundere er sich nur, daß sich nicht noch Anlieger von anderen Straßen beschwert haben. Vielleicht kämen aber noch weitere Einsprachen gegen das Statut. Er sei für den Antrag Brückmann.

Herr Aßmann möchte nochmals erklären, daß er für die Aufhebung des ganzen Paragraphen sei.

Herr Engelbrecht: Wenn er die Aeußerungen des Herrn Blasius so verallgemeinern wollte, wie dieser das mit seinen Aeußerungen gethan habe, so könnte er auch sagen, Herr Blasius hätte nur villenartige Straßen in der Stadt haben wollen. Seine Ansicht gehe dahin, einerseits die Fabriken, andererseits aber die übrige Einwohnerschaft in ihrem Besitzstande zu schützen. Deshalb halte er es für die Pflicht der Versammlung, nicht in die Fabrikviertel einzugreifen, aber auch außerhalb dieser Fabrikviertel die Errichtung neuer Fabriken nach Möglichkeit zu verhindern. Also: Schutz den Fabriken, wo sich einmal ein Fabrikviertel gebildet habe, und Schutz den Einwohnern, wo sich solches noch nicht gebildet habe.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Brückmann auf Streichung des §. 55 mit 15 : 14 Stimmen abgelehnt und der Antrag Blasius mit 16 : 13 Stimmen angenommen. Ebenso genehmigt die Versammlung das Statut im Ganzen.

Hierauf wird die Versammlung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8¹/₄ Uhr.

1901/1902.N 9.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 17. October 1901.

Tagesordnung:

I.	Ausbau des nördlichen Fußweges der Helmstedterstraße	Seite 214
II.	Antrag Sander: Förderung der Krumme-Stiftung.	" 214
III.	Antrag Günther: Verhütung von Unglücksfällen beim Fensterputzen . .	" 214
IV.	Antrag Sander: Belegung der unteren Hofstraße mit einem Wasserrohre	" 218
V.	Antrag Koch: Schutz öffentlicher Anlagen gegen Hunde	" 218
VI.	Asphaltirung der Taschenstraße und eines Theiles der Kuhstraße . . .	" 219
VII.	Verkauf eines Bauplatzes an der Osterstraße	" 220
VIII.	Ausschmückung der Kaiser Wilhelm-Brücke	" 220
IX.	Antrag Lange: Auslegung der §§. 65 und 66 der Landesbauordnung .	" 224

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg, sowie Regierungs-
Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Schöttler und Wollenweber.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Vorsitzende, Herr Semler, der Versammlung mit, daß der Verwaltungsbericht des Stadtmagistrates für die Zeit vom 1. April 1896 bis 31. März 1901 fertiggestellt und jedem Mitgliede der Versammlung zugegangen sei.

Darauf wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Ausbau des nördlichen Fußweges der Helmstedterstraße.

Der nördliche Fußweg der Helmstedterstraße zwischen der Kastanienallee und der Herderstraße befindet sich z. B. in einem so mangelhaften Zustande, daß beabsichtigt wird, denselben auszubauen. Dieses soll nach dem Vorschlage des Magistrates in der Weise geschehen, daß an der Hausflucht ein 2 m breiter Streifen mosaikartig gepflastert und der übrigbleibende Streifen des Fußweges chaussirt wird. Die jetzt in einem Abstände von 2 m von der Hausflucht befindlichen, meist abgängigen Bäume gedenkt man auszuroden und durch eine neue Baumreihe nahe den Bordquadern zu ersetzen. Die Gesamtkosten des auf den Antrag mehrerer Straßenanlieger ausgearbeiteten Projectes sind zu 10800 M veranschlagt worden, und würden hiervon auf die Stadt 4500 M und auf die Anlieger 6300 M entfallen. Der von den Anliegern zu erstattende Einheitsbetrag berechnet sich darnach auf etwa 13,80 M für 1 m Frontlänge. Dem Ersuchen des Magistrates, den Ausbau des betr. Fußweges für das nächste Jahr zu genehmigen und den stadtseitig zu tragenden Kostenanteil von 4500 M zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, zu.

II. Antrag Sander: Förderung der Krumme-Stiftung.

Wie Herr Asmann berichtet, hat die Statutencommission den in der letzten Sitzung begründeten Antrag — Seite 185 des Berichtes — geprüft und dabei festgestellt, daß z. B. eine Krumme-Stiftung überhaupt noch gar nicht bestehe und man daher nicht wisse, an wen eventuell eine Zuwendung abzuführen sei; es werde deshalb Uebergang zur Tagesordnung empfohlen.

Herr Sander will dazu bemerken, daß er seinen Antrag allerdings nicht richtig abgefaßt habe. Da indessen die Statutencommission nicht principiell gegen den Antrag sei, so werde er denselben zu gegebener Zeit wiederholen.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

III. Antrag Günther: Verhütung von Unglücksfällen beim Fensterputzen.

Der in der letzten Sitzung begründete Antrag — Seite 186 des Berichtes — ist in der Baucommission vorberathen worden und berichtet im Namen derselben Herr Buchler: In der Straßen-Polizei-Ordnung, welche durch den Antrag

ergänzt werden solle, fänden sich Bestimmungen, welche die Polizeiverwaltung ermächtigten, in die Rechte der Hauseigenthümer innerhalb der Häuser einzugreifen, nicht vor; auch habe die Stadtverwaltung nach der in der Commissionsitzung abgegebenen Erklärung des Herrn Bürgermeisters Metemeyer überhaupt nicht das Recht, die Bestimmungen der Straßen-Polizei-Ordnung auf die Einrichtungen innerhalb des bewohnten Hauses auszudehnen, sondern der Wirkungskreis der Straßenpolizei höre an der Thüre der Häuser auf und beziehe sich lediglich auf die Aufrechterhaltung des Verkehrs in den Straßen u. Hiernach sei aber der Antrag Günther hinfällig und empfehle deshalb die Baucommission Ablehnung des Antrages.

Herr Günther will hierzu bemerken, daß er bei Stellung seines Antrages irrthümlich davon ausgegangen sei, daß solche Bestimmungen in die Straßen-Polizei-Ordnung aufgenommen werden könnten, in der Annahme, daß seitens der Ortspolizei auch Bestimmungen getroffen seien über die Beleuchtung der Treppen und Hausflure. Derartige Bestimmungen bestehen nun allerdings nicht, wie er in der Commissionsitzung vom Herrn Magistratsreferenten belehrt worden sei, sondern es habe sich nur im Publicum die Ansicht gebildet, daß Hausbesitzer und Miether verpflichtet seien, die Treppen und Hausflure zu beleuchten, während eine solche gesetzliche Vorschrift nicht bestehe. Da nun die Baucommission von dem Standpunkte ausgegangen sei, daß die Ergänzung der Straßen-Polizei-Ordnung in der beantragten Weise nicht zulässig erscheine, so ändere er seinen Antrag dahin, daß eine entsprechende Bestimmung in das Ortsbaustatut aufgenommen werde. Aus ersterem Grunde sei die praktische Seite des Antrages nicht genügend in der Commission ventilirt worden, obwohl man den vorhandenen Uebelstand thatsächlich allgemein anerkannt habe und beseitigt sehen möchte. Wenn aber nur in zwei bis drei Jahren einmal der Fall vorkäme, daß ein Fensterputzer oder eine Fensterputzerin bei ihrer Arbeit herabstürzte, so wäre dieses schon hinreichend, eine derartige Bestimmung zu treffen, leider kämen aber solche Fälle viel öfter vor. In Chemnitz existiren bereits ähnliche Bestimmungen und besitze dort die Polizei die Befugniß, darauf zu achten, daß entsprechende Vorsichtsmaßregeln beim Fensterputzen angewendet werden. Auf die praktische Lösung der Frage, welche Vorschriften in dieser Beziehung zu erlassen seien, wolle er nicht speciell eingehen, jedoch könne er mittheilen, daß z. B. Treppen existiren sollen, welche in den Fenstern angebracht werden, um zu ermöglichen, daß die Oberlichtfenster, und zwar in sitzender Stellung, von den betreffenden Personen gefahrlos gereinigt werden können. Diese Treppen sollen allerdings von den Diensthoten aus Rücksichten der Bequemlichkeit nicht gern benutzt werden, jedoch könne man solche Gründe nicht gelten lassen, weil sonst z. B. die ganzen Unfall-Verhütungsvorschriften illusorisch würden. Wenn dann ferner gesagt werde, man wolle sich die Polizei nicht in sein Haus reden lassen, so mache er darauf aufmerksam, daß gesetzliche

Bestimmungen doch für Fabriken existiren, indem beispielsweise die Polizei die Aufgabe habe, die Bestimmungen der Gewerbeordnung zu überwachen. Ebenso gehe die Polizei zur Ueberwachung der Maß- und Gewichtsordnung und zur Erledigung anderer dienstlichen Geschäfte in die Häuser und die Familien, so daß dieser Gesichtspunkt nicht maßgebend sein könne. Auch treffe die Behauptung nicht zu, daß die Bestimmung für alle 30 000 Wohnungen zu erlassen und deshalb schwer zu überwachen sei. Eine große Anzahl niedriger Wohnungen mit kleinen Fenstern, deren Scheiben sich ohne Besteigen der Fensterbänke reinigen lassen, würden z. B. von der Anordnung der Schutzmaßregel auszuschließen sein, da nur Fenster vielleicht von Manneshöhe unter die Bestimmung fallen könnten. Was die Art solcher Schutzmaßnahmen anlange, so würde er es für das Wichtigste halten, oben am Fenster einen Haken anzubringen, an welchem ein Gurt befestigt würde. Nachdem andere Städte in dieser Beziehung schon vorausgegangen seien, könne man sich hier unmöglich ablehnend verhalten. Sollte der Antrag in der vorliegenden Fassung nicht annehmbar erscheinen, könnte derselbe entsprechend geändert werden. Jedenfalls dürfe man sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß irgend welche Vorschriften doch nichts nützten, weil dann auch alle Vorschriften über die Vermeidung von Unglücksfällen auch aufgehoben werden müßten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer ist der Ansicht, daß Herr Günther seinen Antrag in der vorliegenden Form fallen gelassen habe und damit die Sache erledigt sei. Da indessen aus den Äußerungen des Herrn Günther entnommen werden könnte, daß Redner in der Commission erklärt habe, es gebe keine Vorschrift, nach welcher ein Hausbesitzer verpflichtet sei, seine Treppen zu beleuchten, so möchte er Herrn Günther, falls derselbe Hausbesitzer sei, vor Schaden bewahren und nochmals erklären, daß es allerdings keine statutarische Vorschrift, welche die Beleuchtung der Treppen vorschreibe, gebe, daß er aber doch den Hausbesitzer für verpflichtet halte, seine Treppen zu beleuchten. Wenn also behauptet werde, er hätte in der Commission erklärt, daß solche Verpflichtung nicht bestände, so möchte er dagegen Verwahrung einlegen.

Herr Engelbrecht will auch bestätigen, daß Herr Bürgermeister Ketemeyer nur erklärt habe, es gebe keine statutarische Bestimmung in Bezug auf die Beleuchtung der Treppen, das Bestehen einer gesetzlichen Bestimmung habe derselbe nicht in Abrede gestellt. Wenn Herr Günther dann weiter gesagt habe, die praktische Seite seines Antrages sei in der Commission nicht ventilirt worden, so treffe das ebenfalls nicht zu, denn obwohl die Mehrzahl der Commissionsmitglieder der Ansicht gewesen sei, daß eine gesetzliche Grundlage zur Statutargesetzgebung nicht vorliege, so habe man doch ausführlich darüber gesprochen, ob sich nicht eine praktische Regelung der Sache herausfinden lasse, jedoch seien dabei so viel Meinungen, wie Commissionsmitglieder vorhanden gewesen, so daß man zu einem Ergebniß nicht gekommen sei. Es sei sodann auch die Frage besprochen

worden, ob sich vielleicht eine entsprechende Ergänzung des Ortsbaustatuts ermöglichen lasse, jedoch sei man in der Commission allgemein der Ansicht gewesen, daß man nur die Bauart der Häuser beschränken könne. Aus diesen Gründen habe die Baucommission, was er als deren Vorsitzender hier constatiren wolle, zu einem praktischen Resultate nicht gelangen können, obwohl die Sache, um dem Antragsteller entgegenzukommen, auf das Ausführlichste besprochen worden sei. Wenn der Herr Referent dieses nicht zum Vortrage gebracht habe, so sei es geschehen, weil derselbe es für das Wichtigste gehalten habe, die Versammlung nicht mit ergebnislosen Auseinandersetzungen aufzuhalten.

Herr Rathe stimmt der Absicht des Antrages Günther vollständig zu, da man die große Gefahr, in welcher die Fensterputzer schweben, täglich beobachten könne, jedoch sei der Antrag nicht nothwendig, weil Jemand, der seine Fenster ohne jede Vorsichtsmaßregel putzen lasse, die öffentliche Sicherheit in unverantwortlicher Weise gefährde und die Polizei, sofern Jemand durch das Fensterputzen sich oder Andere in Gefahr bringe, genügende Maßnahmen besitze, um den verantwortlichen Auftraggeber haftbar zu machen. Seiner Ansicht nach habe Niemand das Recht, einen Diensthoten zc. ohne Schutzmaßnahmen in das Fenster zu stellen und die Scheiben putzen zu lassen.

Herr Günther möchte Herrn Bürgermeister Ketemeyer erwidern, daß er sich über dessen Aeußerungen in der Commission nicht klar sei. Derselbe habe etwa gesagt, es wäre noch schöner, wenn er die Verpflichtung haben sollte, sein Haus bezw. seine Treppen zu beleuchten; wenn sich dort Jemand Schaden thue, so wäre es dessen Sache. Seiner Ansicht nach müßte es doch aber eine Bestimmung geben, nach welcher man zur Beleuchtung der Treppen bei Dunkelheit verpflichtet sei, wenn ihm auch auf der Polizei gesagt worden sei, daß solche Verpflichtung nicht existire.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf nur kurz Folgendes erwidern: Herr Günther habe seine ganze Theorie, daß es möglich sein müsse, eine entsprechende statutarische Vorschrift in die Straßen-Polizei-Ordnung einzufügen, darauf gegründet, daß derselbe behauptete, die Beleuchtung der Treppen sei dort auch vorgeschrieben. Darauf habe Redner erwidert, daß er solche Bestimmung in der Str.-P.-O. zu seinem Leidwesen nicht finden könne, obwohl er sich als Verfasser derselben bekennen müsse. Sodann habe er weiter gesagt: wenn er ein Haus besitze, in dem er allein wohne, also keinen Miether habe, so sei er auch nicht verpflichtet, dieses Haus bei Dunkelheit zu beleuchten. Sobald jedoch Miether in einem Hause wohnen, sei der Wirth verpflichtet, die Treppen zu beleuchten. Eine eingehende Erläuterung darüber, auf Grund welcher rechtlich-gesetzlichen Bestimmung eine solche Verpflichtung bestehe, habe hier wohl keinen Zweck.

Der Herr Vorsitzende möchte noch darauf aufmerksam machen, daß §. 823 des B. G.-B. hier eine Handhabe bieten dürfte. Derselbe laute: „Wer vorsätzlich

oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigenthum oder ein sonstiges Recht eines Anderen widerrechtlich verletzt, ist dem Andern zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet". Wenn Jemand nicht genügende Vorsichtsmaßregeln treffe, um seine Treppen und Vorräume zu beleuchten, gleichviel ob er Miether habe oder nicht, so sei derselbe seiner persönlichen Anschauung nach haftbar. Aus demselben Gesichtspunkte hafte auch Derjenige, welcher Fenster putzen lasse und dabei nicht die nöthigen Vorsichtsmaßregeln treffe, für den entstehenden Schaden, und könnte derselbe leicht zur Zahlung einer dauernden Rente an den Verletzten verurtheilt werden. Bestimmte Vorschriften gegen Fahrlässigkeiten beim Fensterputzen gebe es allerdings nicht, sondern die Vorschriften seien ganz allgemein gehalten, aber man pflege auch nicht für jeden Specialfall Vorschriften zu geben, sondern habe meist nur allgemeine Rechtsgrundsätze. Eine weitere Erörterung dieses Punktes würde nur zu juristischen Weitläufigkeiten führen und dürfte zwecklos sein.

Die Versammlung beschließt darauf, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

IV. Antrag Sander: Belegung der unteren Hofstraße mit einem Wasserrohr.

Nach dem Berichte des Herrn Jüdel hat sich bei der Berathung dieses in der letzten Sitzung begründeten Antrages — Seite 185 des Berichtes — herausgestellt, daß auf dem hier in Frage kommenden Theile der Hofstraße ein städtischer Canal noch nicht liege. Da nun bisher stets so verfahren sei, daß die Stadt die Anlage eines Wasserrohres abgelehnt habe, wenn in der betr. Straße nicht schon ein Canal liege, so empfehle die Finanzcommission, den Antrag abzulehnen, wenn sie auch anerkenne, daß es für die betr. Anlieger betrübend sei, kein Wasser von der Stadt erhalten zu können.

Herr Sander muß es für bedauerlich halten, daß Bewohner der Stadt, welche ihre Häuser auf städtischem Baugrunde errichtet haben und die städtischen Steuern zahlen müssen, der Wohlthaten, welche die Stadt biete, nicht theilhaftig werden sollen. Da es noch mehrere Straßen bezw. Häuser geben solle, welche weder Canal noch Wasserleitung besitzen, so empfehle er, dieselben nach und nach an beide anzuschließen. Wenn das nicht geschehe, könnten sich beim Ausbruch einer Epidemie Zustände zeigen, welche veranlassen würden, daß sich die Stadtverwaltung die schwersten Vorwürfe zu machen habe.

Der Antrag wird sodann durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

V. Antrag Koch: Schutz öffentlicher Anlagen gegen Hunde.

Ueber den in der letzten Sitzung begründeten Antrag — Seite 186 des Berichtes — wird von Herrn Wolff im Namen der Statutencommission Uebergang

zur Tagesordnung beantragt. Die Commission habe dabei erwogen, daß die von Herrn Koch gewünschte Maßregel einerseits eine ganz erhebliche Qual für die Hunde in sich schließe, andererseits aber auch das Führen der Hunde an der Leine eine unerträgliche Belästigung für das Publicum darstelle. Unter Hinweis auf die gelegentlich der Verathung der Straßen-Polizei-Ordnung hierüber geführten Verhandlungen möchte er noch bemerken, daß die Maßregel auch zu einer erheblichen Verminderung der hier vorhandenen Hunde führen würde, ohne daß dafür ein erhebliches öffentliches Interesse vorliege und dieses eine bedeutende Beeinträchtigung der Abgabe für Hunde involviren dürfte, was nicht wünschenswerth erscheine. Außerdem würde auch die Maßregel eine Abhilfe in der von Herrn Koch erstrebten Weise nicht herbeiführen, so daß sie zwecklos sein dürfte.

Herr Koch muß bedauern, daß der Antrag in der Commission so wenig Anklang gefunden habe, trotzdem das zügellose Umhertreiben der Hunde allgemein gemißbilligt werde. In der Commissionsitzung habe auch der Herr Oberbürgermeister erklärt, daß er ganz skandalöse Sachen in dieser Beziehung beobachtet habe. Wenn die Mitglieder der Statutencommission an einem solchen Platze, wie dem Monumentsplatze, wohnten, würden sie wohl nicht so leicht über den Antrag hinweggegangen sein. Wie ihm mitgetheilt sei, sollen die Hunde auf dem jetzt so schön in Stand gesetzten Burgplatze bereits einen Sammelplatz haben und solle dort schon Stacheldraht angebracht sein, damit die Ziersträucher nicht durch die Hunde ruiniert werden. Wenn die Stadt noch weitere Plätze mit Gartenanlagen versee, werde sie schon auf den Antrag zurückkommen.

Die Versammlung beschließt hierauf Uebergang zur Tagesordnung.

VI. Asphaltirung der Täschenstraße und eines Theiles der Kuhstraße.

Laut Beschlusses der Versammlung vom 19. September d. Js. — Seite 157 des Berichtes — ist der Magistrat ersucht worden, bei der in Aussicht genommenen Instandsetzung der Täschenstraße die Fahrbahn derselben möglichst mittels Asphaltes zu befestigen. Die städt. Bauverwaltung empfiehlt daraufhin, nicht nur auf der Täschenstraße, sondern auch auf der angrenzenden Theilstrecke der Kuhstraße zwischen Täschen- und Mandelnstraße gepreßte Asphaltplatten, wie solche auf der Ferdinandbrücke verlegt sind, zu verwenden. Die dadurch erwachsenden Mehrkosten sind zu 1200 M veranschlagt. Vom Magistrate wird nun ersucht, der fraglichen Aenderung des Projectes zuzustimmen und den Betrag von 1200 M nachzubewilligen.

Wie Herr Sander berichtet, empfiehlt die Finanzcommission, der Vorlage zuzustimmen. Es handle sich hier um ein Pflaster von regelmäßigen Betonprismen, bei welchen die Asphaltdecke aus Löhr'schen Asphaltcementplatten bestehe und wie es sich in engen Straßen Magdeburgs sehr bewährt haben solle.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

VII. Verkauf eines Bauplatzes an der Osterstraße.

Von dem zur Regulirung der Osterstraße stadtseitig angekauften Hatten-sauer'schen Grundstücke ist ein 10,55 a haltender Bauplatz verfügbar geblieben. Der Magistrat hat denselben frei von Straßenbaukosten versteigert und ist dabei von dem Fabrikbesitzer Ad. Fuhrmann das Höchstgebot mit 24500 M (23,22 M pro qm) abgegeben worden. Da voraussichtlich in absehbarer Zeit ein höherer Preis nicht zu erzielen ist, so giebt der Magistrat anheim, ihn zu ermächtigen, dem Herrn Fuhrmann auf dessen Gebot den Zuschlag zu ertheilen.

Nachträglich hat sich der Bauunternehmer Passier, welcher das dritthöchste Gebot mit 21200 M abgegeben hatte, der Versammlung gegenüber bereit erklärt, sein Gebot auf 25000 M zu erhöhen.

Wie Herr Rieke berichtet, giebt die Baucommission anheim, dem Herrn Fuhrmann den Zuschlag zu ertheilen. Zu dem Antrage des Herrn Passier habe die Commission nicht Stellung nehmen können, weil ihr derselbe nicht vorgelegen habe. Wenn auch der von dem Fabrikbesitzer Fuhrmann gebotene Preis als ein recht niedriger zu bezeichnen sei, so bleibe doch unter den vorliegenden Verhältnissen nichts Anderes übrig, als demselben den Zuschlag zu ertheilen. Es sei eine alte Erfahrung, daß für Terrain, welches die Stadt zu verkaufen habe, Niemand etwas geben wolle.

Der Antrag der Baucommission wird nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Sander genehmigt.

VIII. Ausschmückung der Kaiser Wilhelm-Brücke.

Bei den Verhandlungen wegen Ausschmückung der Kaiser Wilhelm-Brücke war in Aussicht genommen, die östlichen Eckpfeiler der Brücke mit Vasen oder ähnlichen Zierstücken zu versehen, deren Auswahl s. B. vorbehalten wurde. Es ist indessen nicht gelungen, für diese Schmuckstücke eine befriedigende Lösung zu finden und haben daher der Bildhauer Müller und der Stadtbaurath Winter vorgeschlagen, gleiche Löwen, wie sie für die westlichen Eckpfeiler der Brücke in Aussicht genommen sind, auch auf den östlichen Eckpfeilern aufzustellen. Die mit der Ueberwachung der Brückenausschmückung betraute gemischte Deputation hat diesen Vorschlag unterstützt, weshalb der Magistrat kein Bedenken trägt, demselben auch seinerseits zuzustimmen. Für die beiden Schmuckstücke war im Kostenanschlage der Betrag von 3500 M ausgeworfen, jedoch würde sich dieser Betrag bei der Beschaffung von zwei weiteren Löwen an Stelle von Urnen um 1500 M erhöhen. Der Magistrat giebt anheim, die Schmückung der östlichen Eckpfeiler mit Löwen unter diesen Umständen zu genehmigen und die Summe von 1500 M nachzuverwilligen.

Namens der Finanzcommission berichtet hierüber Herr Lord: Bei der früheren Verathung dieser Angelegenheit in der Sitzung vom 4. Mai 1899

— Seite 38—41 des Berichtes — habe die Versammlung von der Beschaffung von Löwen deshalb Abstand genommen, weil die zu diesem Zwecke eingesetzte gemischte Deputation eine Schmückung der östlichen Eckpfeiler mit Löwen einstimmig für absolut unmöglich erklärt habe. Nachdem es nun aber nicht gelungen sei, für die beiden östlichen Eckpfeiler eine genügende künstlerische Lösung zu finden, so beantrage der Magistrat im Einverständniß mit der gemischten Deputation, auch hier Löwen zu verwenden. Da diese beiden Löwen theurer kommen sollen, wenn sie erst nach Vollendung der beiden anderen Löwen in Angriff genommen würden, so werde beantragt, die Mehrausgabe von 1500 M. schon jetzt zu bewilligen. Die Finanzcommission als solche lehne es ab, auf die künstlerische Seite der Sache hier näher einzugehen, weil sie der Meinung sei, daß dieses die gemischte Deputation zu vertreten habe, sie beschränke sich deshalb auf die finanzielle Seite der Angelegenheit. In dieser Beziehung vertrete sie die Meinung, daß gegen eine Mehrbewilligung der beantragten 1500 M. nichts einzuwenden sei, sofern die Versammlung beschließen sollte, auch auf den östlichen Eckpfeilern Löwen aufzustellen. Dabei behalten sich die Mitglieder der Finanzcommission das Recht vor, ihre in Bezug auf die künstlerische Ausschmückung der Eckpfeiler etwa abweichende Meinung zur Geltung zu bringen.

Der Herr Vorsitzende muß diesen Beschluß der Finanzcommission für ein Curiosum halten, da dieselbe ihren Bericht und ihre Beschlussfassung auf die gesammte Magistratsvorlage hätte ausdehnen müssen. Anscheinend habe sich die Commission als solche auch dem Urtheile der gemischten Deputation gefügt und nur ihren einzelnen Mitgliedern die Kritik über die Art der Ausschmückung vorbehalten wollen.

Herr Lord möchte darauf erwidern, daß die Finanzcommission denselben Standpunkt auch bei der Verathung am 4. Mai 1899 eingenommen habe und derselbe von der Versammlung damals gebilligt worden sei.

Wenn er als Mitglied der Versammlung und nicht als Commissionsreferent hierzu noch das Wort nehmen dürfe, so möchte er hervorheben, daß ein gewisser Widerspruch zwischen den Beschlüssen der gemischten Deputation von damals und von jetzt bestehe. Damals habe sie erklärt, daß die Anbringung von Löwen auf den östlichen Eckpfeilern unmöglich sei und jetzt halte sie dieses für angängig. Er habe ursprünglich auch den Standpunkt vertreten, daß es wunderbar aussehn würde, wenn man die Brücke auf der einen Seite mit Löwen und auf der anderen mit Urnen zc., oder gar nicht ausschmücken wollte, jedoch habe er sich schon damals reformiren lassen. Thatsächlich sei ja die Ansicht des Herrn Engelbrecht über diesen Punkt abweichend von der der übrigen Mitglieder der gemischten Deputation. Derselbe habe die Ansicht ausgesprochen, daß die Brücke als ein Zugang zur Kaiser-Wilhelmstraße anzusehen sei und demzufolge sich die nach der Stadt zu liegende Seite ganz anders darstelle, als die nahe an die Häuser herantretende

Seite an der Kaiser-Wilhelmstraße, so daß die Löwen auf diesen Postamenten erdrückt werden würden. Freilich sei Herr Meyerhoff dem gegenüber der Ansicht, daß Löwen sich nicht so leicht erdrücken ließen, was auch zutreffen möge.

Im Uebrigen sei er nach wie vor der Meinung, daß die Sache so nicht gehe. Bei der angestellten Probe sei das Gypsmodell auch nicht auf einen der in Frage kommenden Eckpfeiler, sondern auf den daneben liegenden Pfeiler gestellt, so daß sich die Deputation doch kein richtiges Bild davon habe machen können. Deshalb möchte er beantragen, die Sache noch weiter schweben zu lassen, da es vielleicht dem Künstler und der Deputation gelinge, eine andere und zwar glücklichere Lösung zu finden. Es gebe so manche passende Ausschmückungsstücke, z. B. die Embleme der Kaiserlichen Gewalt, also Krone und Scepter, welche sich vielleicht anbringen ließen, aber Löwen so dicht an die Häuser zu legen, halte er für unmöglich. Sein persönlicher Antrag gehe also dahin, die Sache noch in der Schwebe zu lassen und damit bis zur Fertigstellung der anderen Ausschmückungsgegenstände der Brücke zu warten. Die dadurch erwachsenden geringen Mehrkosten könnten mit Rücksicht darauf, daß sich inzwischen vielleicht eine glücklichere Lösung finde, wohl geopfert werden.

Der Herr Vorsitzende faßt diesen Antrag dahin auf, daß Herr Lord den betreffenden Theil der Vorlage nochmals an die Deputation zurückverwiesen sehen möchte, damit sich diese noch weiter bemühe, eine glückliche Lösung der Frage zu finden.

Herr Wagner: Die Deputation habe wohl erklärt, daß ihrer Ansicht nach die Aufstellung der Löwen auf die östlichen Eckpfeiler nicht recht passend erscheine, sie jedoch nicht als geradezu unmöglich beanstandet. Sie habe eben gemeint, es fände sich wohl noch eine andere Lösung durch Aufstellung von Vasen oder Urnen. Nachdem nun die hierfür maßgebendsten Persönlichkeiten, die Herren Stadtbaurath Winter und Bildhauer Müller, zu der Ueberzeugung gekommen seien, daß Löwen dort ganz gut hinpaßten, habe man die Deputation berufen, sich die Sache an Ort und Stelle anzusehen, um darauf das Urtheil zu stützen. Da es nun nicht angebracht gewesen sei, das leicht zu beschädigende Gypsmodell auf einen der Sockel, um die es sich handelt, zu stellen, so habe er den Wunsch ausgesprochen, mit einem Beschlusse noch zu warten und das Endurtheil abzugeben, sobald der erste im Guß fertiggestellte Löwe versuchsweise auf einen der östlichen Ecksockel gestellt werden könne. Die Herren Müller und Hinkleben hätten darauf erklärt, daß dieses angängig sei und daß der Löwe auch sofort eine dunklere Färbung erhalten könne, damit er so aussehe, wie er später erscheinen würde. Es sei übrigens nicht zutreffend, daß die Versammlung sich rasch entscheiden müsse, wenn sie der Stadt Mehrausgaben ersparen wolle, da ihm der Kunstgießer Hinkleben gesagt habe, daß unbedingt wieder eine neue Form gemacht werden müsse, sobald ein zweiter Löwe nach demselben Modell gegossen werden solle. Deshalb versäume man nichts,

wenn mit einer Beschlußfassung über die Bekrönung der östlichen Giepfeiler gewartet werde, bis der erste gegossene Löwe dort versuchsweise aufgestellt werden könne und das werde sich voraussichtlich im Januar ermöglichen lassen. Er bitte um Annahme des Antrages der Finanzcommission.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte mittheilen, daß der Bildhauer Müller ausdrücklich erklärt habe, es würden Kosten erspart, sofern sich die Herstellung des dritten und vierten Löwen den beiden ersten Löwen sofort anschlüsse, jedoch sei über die Höhe der Mehrkosten nichts gesagt worden. Nur mit Rücksicht hierauf habe sich der Magistrat entschlossen, mit seiner Vorlage der Versammlung schon jetzt zu kommen. Wenn es aber richtig sei, daß für jeden Löwen ein neues Modell angefertigt werden müsse, so empfehle es sich allerdings, zunächst einmal die beiden ersten Löwen versuchsweise auf die östlichen Giepfeiler zu setzen und die Deputation erst dann ihre Entscheidung treffen zu lassen.

Der Herr Vorsitzende will hiernach anheimgen, den Geldbetrag zu bewilligen und die Deputation gleichzeitig zu ersuchen, sich die Sache nach Fertigstellung der ersten beiden Löwen noch einmal anzusehen, um danach ihren Beschluß zu fassen.

Herr Meyerhoff möchte ebenso wie bei der ersten Berathung auch jetzt für die Bekrönung beider Brückenabschlüsse mit Löwen eintreten. Wenn man den Anfang der Brücke mit den wirklich sehr gut gerathenen Löwen mache und komme hinterher mit Urnen oder Vasen, so werde das ein Wischmasch, und obwohl er nicht Künstler sei, so müsse er doch sagen, daß das nicht gehe. Deshalb empfehle er, die 1500 M zu bewilligen und vier Löwen in Bestellung zu geben. Ein neues Modell brauche nicht gemacht zu werden, wohl aber eine neue Form und werde eine Verbilligung wahrscheinlich dadurch erzielt werden, daß die Leute bei der Herstellung der Formen unmittelbar hinter einander besser eingearbeitet seien und in Folge dessen sicherer arbeiteten, als wenn sie die Formen in größeren Zeitabständen zu machen hätten.

Herr Nieß: Bei der Aufstellung des Modells habe Herr Stadtbaurath Winter erklärt, daß es ihm nicht gelungen sei, einen anderen Abschluß für die Krönung der östlichen Postamente zu finden, obwohl er die verschiedensten Versuche gemacht habe, einen architektonischen Zierrath herauszufinden, der sich den Figuren gegenüber abhabe. Einer der bei der Besichtigung anwesenden Herren habe auch erklärt, wenn vorn auf den Eingang zur Brücke Löwen hintämen und hinten keine, so würde das den Eindruck machen, als hätte das Geld für diese Seite der Brücke nicht ausgereicht, welche Ansicht etwas für sich habe. Der Anregung des Herrn Vorsitzenden entsprechend wolle er beantragen, die 1500 M heute zu bewilligen und der Deputation die Entscheidung zu überlassen, ob auch auf den östlichen Giepfeilern Löwen Aufstellung finden sollen.

Herr Engelbrecht will nur mittheilen, daß er seine frühere Ansicht aufrecht erhalte, nach welcher man versuchen müsse, einen architektonischen Abschluß an die angrenzenden Häuser zu schaffen, jedoch sei er in der Deputation mit seiner Ansicht allein geblieben.

Die Versammlung beschließt hierauf, die 1500 M zu bewilligen und die Aufstellung von vier Löwen zu genehmigen, sofern die Deputation deren Aufstellung guthesse.

IX. Antrag Lange: Auslegung der §§. 65 und 66 der Landesbauordnung.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, Herzogliches Staatsministerium zu bitten, zur Beseitigung entstandener Zweifel über die in den §§. 65 und 66 der Landesbauordnung gebrauchte Bezeichnung „zum dauernden Aufenthalt von Menschen“ gütigst eine Erklärung darüber veranlassen zu wollen, ob die Bestimmungen jener Paragraphen, bei Berücksichtigung der in den Motiven zu §. 66 gebrauchten Bezeichnung „zum zeitweiligen Aufenthalt von Menschen“, auch auf Räume anzuwenden sind, welche nur zum zeitweiligen Aufenthalt von Menschen dienen und deren Verwendung die im §. 65 der Landesbauordnung geforderte Höherlegung des Fußbodens nicht gestattet, wie z. B. auf Kesselschmieden, Gießereien und Formereien, Betriebswerkstätten und Montagen, in welche mit Lastwagen gefahren werden muß“.

Wie Herr Lange ausführt, ist der Antrag so ausführlich gefaßt, daß derselbe einer weiteren Begründung kaum bedürfe. Die Bezeichnung „zum dauernden Aufenthalt von Menschen“ habe im Stadtbauamte schon so viel Differenzen veranlaßt, daß es dringend nothwendig erscheine, eine Klärung dieses Begriffes herbeizuführen. Aus einer Besprechung mit Sr. Excellenz dem Herrn Geh. Rath Hartwig dürfe er annehmen, daß das Herzogliche Staatsministerium der Sache nähertreten werde, sobald ein entsprechender Antrag an dasselbe komme, weil anerkannt werde, daß eine Klärung dieser Sache wünschenswerth erscheine.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baucommission zur Vorberatung und wird darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 5 bis nach 6 Uhr.

1901|1902.N^o 10.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. November 1901.

Tagesordnung:

I. Antrag Ohlendorf u. Gen.: Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter	Seite 226
II. Erklärung des Magistrates wegen der Beschäftigung Arbeitsloser	" 240
III. Herausgabe eines Führers durch Deutschlands Städte	" 241
IV. Errichtung einer mittleren Knabenbürgerschule.	" 244
V. Zuschuß für einen Zweigcanal.	" 249
VI. Ausbau und Uebernahme der Straße „a. d. Neustadtmühle“	" 252
VII. Hundesteuer-Erlaßgesuch.	" 254
VIII. Klage-Erhebung	" 254
IX. Schaffung einer gesonderten Canalbau-Abtheilung	" 254
X. Mobiliarbeschaffung für Bürgerschulen	" 255
XI. Grenzregulirung am Magnithore	" 255
XII. Aufnahme eines Processes.	" 256
XIII. Baulichkeiten auf dem Wirthschaftschofe an der Taubenstraße	" 257
XIV. Antrag Stegmann: Bereitstellung von Mitteln zur Beschäftigung Arbeitsloser	" 257

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-Assessor Pingel.

Es fehlt: Herr Engelbrecht.

Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet und die Leitung derselben kurz nach ihrer Eröffnung von dem Vorsitzenden, Herrn Semler, bis zum Schluß übernommen.

Folgende Eingänge werden der Versammlung bekannt gegeben:

- 1) Einladung des Männer-Turn-Vereins zur Feier seines 41jährigen Bestehens am 24. d. Mts.
- 2) Einladung von Heinrich Dieß in Leipzig-Reudnitz an alle Deutschen ohne Unterschied des Glaubens zur Mitwirkung bei der Errichtung einer deutschen Nationalkirche unabhängig von Rom; das Schriftstück wird herumgereicht.
- 3) Eingabe der Braunschweigischen Stadt-Rechtspartei, welche erklärt, es angehe der in der Stadt Braunschweig schon seit geraumer Zeit wahrnehmbaren und nach aller Voraussicht in der nächsten Zeit noch erheblich zunehmenden erschreckenden Arbeitslosigkeit für dringend erforderlich zu halten, daß städtischerseits sofort erhebliche Summen zu Nothstandsarbeiten verfügbar gemacht werden, und an die Versammlung die Bitte richtet, in schleunige Erwägung der geeigneten Maßnahmen einzutreten. — Diese Eingabe wird durch die Erklärung unter Punkt 2 der Tagesordnung für erledigt angesehen.

I. Antrag Schlendorff u. Gen.: Lohn- und Arbeitsverhältnisse städtischer Arbeiter.

Der in der Sitzung vom 6. Juni 1901 gestellte und am 10. October 1901 — Seite 183 des Berichts — begründete Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er seine Zustimmung zu folgenden Aenderungen in Bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf dem Wirthschaftshofe an der Taubenstraße beschäftigten Arbeiter gebe: 1) Erhöhung der Löhne um 10 M. monatlich, 2) Festsetzung der Arbeitszeit auf täglich höchstens 10 Stunden, 3) Bezahlung der eventuellen Ueberstunden, 4) Höhere Bezahlung der Sonntagsarbeit, 5) Einrichtung einer Badeanstalt, 6) Anschaffung von neuen Bettdecken, sowie Ueberzeug über dieselben, 7) Anschaffung von Kleiderschränken“.

Namens der Finanzcommission berichtet über diesen Antrag Herr Wolters: Alles, was der Antragsteller über den Punkt 1 des Antrages in der öffentlichen Sitzung vom 10. October d. Jz. und in der Sitzung der Finanzcommission geäußert hat, läßt sich in drei Gesichtspunkte zusammenfassen, nämlich 1) die Höhe der Monatslöhne im Verhältniß zu den übrigen städtischen Arbeitern und zur wirthschaftlichen Lage; 2) den Hinweis auf die Art der Arbeit, welche gerade diese Arbeiter zu leisten haben und 3) den Hinweis darauf, daß ihnen neulich das Sammeln von Abfallstoffen verboten sei, wodurch ihnen ein Einnahmeausfall von täglich 30 S erwachsen solle. Die von dem Antragsteller in der Sitzung vom 10. October d. Jz. gemachten Angaben über die Höhe der Monatslöhne sind insofern nicht ganz richtig, als die Fahrer im zweiten Jahre 85 M Monatslohn erhalten; auch sind zwei fernere Gesichtspunkte, welche einen Mehrbetrag des Einkommens darstellen, nicht erwähnt worden, nämlich die Aussicht der städtischen Arbeiter auf den Bezug von Pension und die diesen Arbeitern zugebilligten Competenzen in Form von Kleidungsstücken. Letztere stellen einen Jahreswerth von 65 M für die Fahrer und 40,25 M für die Begleiter dar. Wenn der Antragsteller meint, diese Competenzen würden den Arbeitern nicht in voller Höhe zugebilligt, so ist diese Ansicht in der Verallgemeinerung nicht richtig. Man hat allerdings zu dem Zeitpunkte, wo eine Neulieferung der Sachen einzutreten hatte, einmal eine Reparatur derselben vorgenommen, wodurch indessen kaum eine Beeinträchtigung der Leute eingetreten sein dürfte. Die Jahreslohnung der Fahrer beträgt 1023,50 M, was bei einer Arbeitsleistung von 322 Tagen für den Arbeitstag 3,17 M ausmacht, während die Begleiter bei einer Jahresleistung von 310 Tagen 940,25 M, also für den Arbeitstag 3,03 M bezogen haben. Wenn nun auch die Fahrer, welche ein so werthvolles städtisches Material zu verwalten haben, nach Ansicht der Finanzcommission gegenüber den Begleitern nicht gut genug bezahlt werden können, so würde es doch falsch sein, eine Ermäßigung der Löhne der Begleiter vorzunehmen, welchen ein festes Einkommen zusteht, und andererseits würde es auch nicht gerechtfertigt erscheinen, die an sich schon guten Löhne der Fahrer noch weiter zu erhöhen, zumal diese Löhne bei der einheitlichen Regelung des Einkommens der städtischen Arbeiter vor 1½ Jahren schon um 60 M erhöht worden sind. Dadurch würde auch eine Sonderabtheilung von Arbeitern vor den anderen besonders bevorzugt werden, was sich nicht empfehlen dürfte. Die jetzige Art und Weise der Abmessung der Löhne entspricht einem gerechten Verhältnisse, indem die Arbeit nach ihrem Werthe bezahlt wird. Wenn von diesen Arbeitern nun auch eine saure und schwere Arbeit zu leisten ist, so ist doch nachgewiesen, daß das Aufladen der Wagen, welches als besonders schwierig zu betrachten ist, täglich nur drei Stunden für den Arbeiter in Anspruch nimmt, was nicht als übermäßig lange anzusehen ist. Manche anderen städtischen Arbeiter, z. B. die Feizer, haben eine noch schwierigere und verant-

wortungsvollere Arbeit zu verrichten und müssen außerdem eine gewisse berufliche Vorbildung genossen haben, auch sind verschiedene andere städtische Arbeiter im Punkte der Intelligenz höheren Anforderungen ausgesetzt, wie z. B. die im maschinellen Betriebe beschäftigten Arbeiter. Diese Leute müßten dann in ihrem Einkommen ebenfalls aufgebeßert werden. Die Löhne sind aber auch in das richtige Verhältniß zum Arbeitsmarke zu setzen. Wenn der Antragsteller darauf hingewiesen hat, daß nicht nur in der Arbeit selbst, sondern auch in der stetig wachsenden Erhöhung der Preise für Lebensmittel und sonstige notwendige Bedarfsartikel eine Lohnverbesserung begründet sei, so ist zuzugeben, daß einmal für den persönlichen Schutz des Arbeiters heute schon außerordentlich viel gethan wird, andererseits allerdings auch eine von Jahr zu Jahr steigende Vermehrung der Ausgaben für die persönliche Lebenshaltung eingetreten ist; ferner trifft es zu, daß durch den allgemeinen wirthschaftlichen Niedergang die Arbeitsverhältnisse und die Löhne gesunken sind und Noth und Armuth eingetreten ist. Dem gegenüber würde es aber falsch sein, wenn die Stadt mit Rücksicht auf die vorhandenen vielen Arbeitslosen die Löhne herunterdrücken wollte, während sie andererseits in solcher Zeit aber auch nicht an Lohnerhöhungen denken kann, zumal man noch nicht weiß, wie der Executionssatz der Sämmercasse ausfallen wird. Wenn man nach Maßgabe der vorliegenden Verhältnisse mit möglichster Sparsamkeit wirthschaften will, so ist es jedenfalls ein gerechter Gesichtspunkt, die zur Verfügung stehenden Mittel dorthin zu geben, wo die größte Noth ist, also Nothstandsarbeiten einzurichten, nicht aber einer bestimmten Classe der städtischen Arbeiter eine Lohnerhöhung zukommen zu lassen, obwohl deren Lohnsätze schon als einigermaßen auskömmlich zu bezeichnen sind. Der Antragsteller dürfte sich in diesem Punkte wohl kaum selbst mit seinen Freunden in Uebereinstimmung befinden.

Der Antragsteller hat dann auch auf die unangenehme und gesundheitsgefährdende Art der Beschäftigung dieser Leute hingewiesen. Es trifft zu, daß die Auf- und Entladung des Rehrichts nicht allein lästig und unangenehm, sondern unter Umständen auch mit Gefahren für die Gesundheit verbunden ist; aus diesem Grunde sind die Stadtverwaltungen auch ständig bemüht, den üblen Folgen solcher Beschäftigung abzuwehren. Man hat Straßen-Rehrichtmaschinen, Müllschornsteine, Müllverbrennung u. dgl. eingeführt, man hat bessere Bauarten für die Abfuhrwagen geschaffen u., aber zu einem befriedigenden Ergebnisse ist man immer noch nicht gekommen. Auch hier hat man die Entladung der Wagen vereinfacht und gute sanitäre Einrichtungen getroffen, z. B. die Anlage einer Bade- und Wascheinrichtung, die Einrichtung eines Bohnzimmers und verschiedene andere bauliche und sonstige Anlagen im Interesse dieser Arbeiter. Ferner ist vom Antragsteller darauf hingewiesen, daß neuerdings ein Verbot gegen das Sammeln der Abfallstoffe erlassen worden sei. Es hat aber eine solche Erlaubniß noch nie bestanden

und ist die Deputation nur bemüht gewesen, einem Uebelstande abzuhelpen, der nicht auszurotten gewesen ist. Wenn eine derartige Erlaubniß officiell ertheilt würde, hätte dieses nicht nur eine Verlängerung der Arbeitszeit, welche der Antragsteller gerade verkürzt zu sehen wünscht, nothgedrungen im Gefolge, sondern es würde in der Sammlung und Mitführung der Abfallstoffe auch eine Gefahr für Leben und Gesundheit der Menschen und der Thiere liegen. Aus allen diesen Gründen empfiehlt die Finanzcommission Ablehnung des ersten Theiles des Antrages.

Was den zweiten und dritten Punkt des Antrages betrifft, so ist es wohl richtig, daß die Leute täglich länger als 10 Stunden im Dienste sind, jedoch trifft es nicht zu, daß sie unter Abrechnung der Ruhepausen länger als 10 Stunden arbeiten müssen. Man wüßte aber auch gar nicht, wie sich die Arbeit anders einteilen läßt, wenn man von dem Gesichtspunkte ausgeht, daß die Pferde angemessen zu beschäftigen sind und diese drei Mal täglich doch mindestens eine Fahrt zu leisten haben. Wollte man die Arbeiter aber von der dritten Fahrt entbinden, so würde die zehnstündige Arbeitsdauer nicht herauskommen, was man doch wohl nicht beabsichtigt. Es ist auch der Versuch gemacht worden, eine Verkürzung der Dienstdauer dadurch herbeizuführen, daß man Morgens später mit dem Dienste begonnen hat, jedoch sind die Arbeiter hiermit nicht zufrieden gewesen und haben gewünscht, den früheren Zustand wieder herbeizuführen. Die Finanzcommission empfiehlt deshalb, auch diese beiden Punkte abzulehnen.

Hinsichtlich des Punktes 4: „Höhere Bezahlung der Sonntagsarbeit“, ist zu bemerken, daß die im städtischen Interesse zu leistende Sonntagsarbeit auf das äußerste Maß beschränkt wird. Auf dem Wirthschaftshofe ist Sonntags eine Wache von 8 Mann, jedoch haben die Arbeiter diese Wache nur jeden dritten Sonntag zu leisten. Eine besondere Bezahlung wird für diesen Wachdienst nicht gewährt, weil eine eigentliche Arbeitsleistung damit nicht verbunden ist. Bei anderen städtischen Arbeitern, z. B. bei den Heizern, liegen die Verhältnisse ebenso. In allen Fällen, wo am Sonntag eine Arbeitsleistung gefordert wird, tritt auch eine Bezahlung ein, so z. B. für die einmalige Abfuhr des Rehrichts, für das Besprengen der Wege etc. Hierfür erhält der Arbeiter eine Mark, obwohl nur bis 9 Uhr gearbeitet werden darf. Eine religiöse Einwirkung hat man damit nicht verbinden wollen, sondern es darf wegen der äußeren Heilighaltung des Sonntags nicht länger gearbeitet werden. Da die Finanzcommission der Ansicht ist, daß der Satz von 1 M. für 3 Stunden Sonntagsarbeit genügt, so ersucht sie auch hier um Ablehnung des Antrages.

Mit dem Punkte 5 des Antrages: „Einrichtung einer Badeanstalt“ hat sich die Commission nicht weiter befaßt, weil solche Einrichtung bereits beschlossen ist, ehe der Antrag eingereicht wurde.

Der Punkt 6: „Anschaffung von neuen Bettdecken u.“ stützt sich auf Erfahrungen, welche der Herr Antragsteller gelegentlich eines Besuches auf dem Wirthschaftshofe gesammelt hat. Die Finanzcommission ist mit dem Antragsteller der Meinung, daß Alles, was zur Behaglichkeit und Erleichterung des Dienstes geschehen kann, auch geschehen soll, jedoch ist sie nicht in der Lage, die Angaben objectiv zu bestätigen, wenn ihr auch mitgetheilt worden ist, daß zur Zeit des früheren Verwalters zuweilen Veranlassung zur Beschwerde vorgelegen haben soll. Aber selbst wenn man sich auch sachlich auf den Standpunkt des Herrn Ohlendorf stellen wollte, so ist die Finanzcommission doch der Meinung, daß die zur Beseitigung dieser angeblichen Mißstände ergriffenen Schritte nicht die richtigen gewesen sind, sondern daß diese Beschwerden besser durch die zuständige Deputation erledigt wurden, als daß sie hier zur öffentlichen Verhandlung kamen. Im Februar d. Js. ist auf Anregung der Deputation ein Arbeiterausschuß ins Leben gerufen worden und wäre dieser vielleicht die richtige Instanz gewesen, die Beschwerden zum Austrage zu bringen. Der Herr Antragsteller erklärte nun in der Commissions-sitzung, daß er auf diesen Arbeiterausschuß nicht viel gebe, weil einzelne Mitglieder desselben bald nach ihrer Wahl wieder entlassen seien. Was würde es aber wohl für einen Zweck gehabt haben, den Ausschuß einzusetzen, wenn man dessen Mitglieder alsbald wieder entlassen wollte? Es scheint vielmehr eine nicht vollkommene Würdigung des Ausschusses vorzuliegen, die durch nichts begründet ist, auch dürfte es richtiger gewesen sein, dem Ausschusse oder der Deputation das Wort zu gönnen, worauf die Mißstände wohl beseitigt wären, als daß man sie in die Oeffentlichkeit brachte. Die Finanzcommission kann hierzu Anträge nicht stellen, weil alle Uebelstände, welche zur Kenntniß der Deputation gekommen sind, auch ihre Erledigung gefunden haben.

Hinsichtlich des letzten Punktes, betreffend die Anschaffung von Kleiderschränken, ist es nicht für angemessen befunden worden, Arbeitszeug bei dieser Art der Beschäftigung unter Verschuß zu legen, weil dasselbe unter ständiger Controle bleiben muß. Die Versammlung hat daher in der Sitzung vom 6. Juni d. Js. — Seite 42 des Berichtes — beschlossen, nur Schränke zur Unterbringung von Schwaaren herstellen zu lassen. Da sich seit der Zeit nichts an den Verhältnissen geändert hat, so dürfte dieser Punkt wohl auch als erledigt anzusehen sein.

Somit sind sämtliche Punkte des Antrages von der Finanzcommission nicht zur Annahme zu empfehlen, weshalb um Ablehnung desselben gebeten wird.

Herr Ohlendorf: Ich bedaure, daß die Finanzcommission meinen Wünschen auch nicht in einem einzigen Punkte stattgiebt. Wenn ich das Einkommen der Leute thatsächlich nicht richtig sollte angegeben haben, so muß das auf einem Irrthum meinerseits beruhen, da ich überzeugt bin, daß mir die Leute die Wahrheit gesagt haben. Bezüglich des Mehreinkommens derselben in Form von Zeug

und Stiefeln stimmen die Angaben des Referenten nicht mit der Wirklichkeit, indem die Leute die ihnen zustehenden Sachen früher leider nicht bekommen haben. (Widerspruch.) Wenn das jetzt anders geworden ist, sollte es mich freuen. Bei den früheren Verhältnissen, die Herr Bürgermeister Ketemeyer in der Commission selbst zugegeben hat, konnte man aber die Sachen nicht ohne Weiteres zu dem Lohne rechnen. Auch die Ruhepausen können nicht in dem Maße vorhanden sein, wie es Herr Wolters hingestellt hat, weshalb hierüber noch eine Aufklärung am Platze sein dürfte. Jedenfalls ist die Arbeitszeit der Leute recht lang, so daß sie auch einen guten Lohn verdienen müssen. Dem Anscheine nach ist indessen an eine Erhöhung der Löhne so lange nicht zu denken, wie Mitglieder der Commission erklären, daß ein Lohnsatz von 2 M bis 2,25 M ein guter zu nennen ist. Wenn dieses als richtig angenommen wird, dann erhalten allerdings die städtischen Arbeiter ganz enorm hohe Löhne. Das ist aber glücklicherweise nicht zutreffend, da doch sogar der ortsübliche Tagelohn höher ist als 2,25 M. Wenn dieser Satz als ein guter und ausreichender anzusehen wäre, würde die Versammlung den ortsüblichen Tagelohnsatz wohl nicht kürzlich höher geschraubt haben, denn dieser ist ein Minimallohnsatz, unter dem kein Arbeiter verdienen soll. Was die heutige ungünstige Lage des Arbeitsmarktes anlangt, so darf die Stadt darauf keine Rücksicht nehmen und ihren Arbeitern aus diesem Grunde eine Lohnerhöhung nicht vorenthalten. Diese Gründe und dazu die Steigerung der Preise für Lebensbedürfnisse sollten vielmehr jeden Arbeitsgeber veranlassen, den Arbeitern eine Lohnerhöhung zu bewilligen. Der Herr Referent sagt sodann, daß bei Genehmigung der Erhöhung auch die anderen städtischen Arbeiter mit Wünschen auf Lohnerhöhung hervortreten würden; Sie können versichert sein, daß derselben unsererseits nichts im Wege steht, da wir der Meinung sind, daß die Leute mehr verdienen müssen. Wenn in der Commission erwähnt worden ist, daß die Arbeit dieser Leute gar nicht so schrecklich sei, so möchte ich dem gegenüber aber Niemand von Ihnen wünschen, die Leute einmal bei der Drecksfuhr ablösen zu müssen. Die von dem Referenten herausgerechneten 320 Arbeitstage mögen wohl herauskommen, wenn man nach Tagen zählt, wir sind aber weit genug vorgeschritten, um nach Arbeitsstunden zu zählen und diese sodann auf Arbeitstage zu je 10 Stunden umzurechnen, wobei wohl mehr als 320 Arbeitstage herauskommen werden. Gegenüber der Behauptung, daß noch niemals eine Erlaubniß zum Sammeln von Abfallstoffen bestanden habe, kann festgestellt werden, daß die Leute Jahre hindurch von einem Verbote nichts gewußt und sich den kleinen Verdienst verschafft haben. Erst jetzt ist ihnen das Verbot bekannt gegeben, und zwar soll es geschehen sein auf Veranlassung der Leute, welche den Müll auf den Abladeplätzen auseinander zu bringen und zu vertheilen haben und die sich beschwert haben, daß ihnen die Fuhrwerksbegleiter Alles vorwegnehmen. Wenn die Stadt solche Leute auf den Ablade-

stellen halten muß, so möge sie sie auch so besolden, daß hierauf keine Rücksicht genommen zu werden braucht. Bezüglich der Ausnutzung der Pferde bin ich der Meinung, daß es genügt, wenn Menschen und Pferde täglich 10 Stunden arbeiten. In vielen anderen Betrieben werden die Gespanne noch nicht einmal so lange ausgenutzt, weshalb man hier einmal darüber nachdenken mag, wie sich der Dienst unter Beobachtung einer Arbeitszeit von 10 Stunden einrichten läßt.

Die Bezahlung der Ueberstunden lehnt die Commission mit dem Hinweise darauf ab, daß die Leute in einem festen Monatsgehälter stehen. Das darf doch aber kein Hinderniß sein, den Leuten eine Lohnaufbesserung zu Theil werden zu lassen, da man leicht die bisherigen Monatssätze entsprechend erhöhen kann. Jedensfalls entsteht daraus kein Recht, die städtischen Arbeiter so lange als möglich zu beschäftigen, denn in jedem Betriebe mit geordneten Verhältnissen ist eine gewisse Arbeitszeit festgelegt, während hier die Arbeiter niemals genau wissen, wann sie Feierabend haben und wann die Ruhepausen sind. Eine Regelung dieser Angelegenheit muß im städtischen Betriebe auch möglich sein. Während die Commission die Entschädigung für die Sonntagsarbeit mit 1 M., bezw. 20 S. für die Stunde, für ausreichend erachtet, bin ich der Meinung, daß dieses viel zu wenig ist, weil Sonntagsarbeit besser als Alltagsarbeit bezahlt werden muß. Dazu kommt auch noch, daß man durch die Sonntagsarbeit die Leute hindert, zur Kirche zu gehen. In Betreff der Einrichtung einer Badeanstalt kann der Antrag als erledigt angesehen werden. Wenn ich wegen der Beschaffung von Decken nach der Ansicht der Commission nicht den richtigen Weg eingeschlagen haben soll, so will ich mittheilen, weshalb ich so wie geschehen vorgegangen bin. Bei der Wahl der Deputations- und Commissionsmitglieder in der Sitzung vom 3. April d. Js. hatten wir den Wunsch, in den Commissionen zc. auch mit zu arbeiten, wurden aber daran durch die Beschlüsse der Versammlung verhindert, und rief mir der Herr Vorsitzende zu, ich könnte ja in den öffentlichen Sitzungen Anträge stellen. Das habe ich hier gethan und werde es auch in Zukunft thun, denn man hat doch als Stadtverordneter nicht nöthig, indirecte Wege zu gehen, sondern kann mit seinen Wünschen stets vor die Oeffentlichkeit treten.

In Bezug auf den Arbeiterausschuß habe ich mich so ausgedrückt, wie der Herr Referent vorgetragen hat, auch konnte ich mich an diesen nicht wenden, weil keiner vorhanden ist. Als dort bei einer Differenz Herr Bürgermeister Ketemeyer die Arbeiter aufgefordert hatte, einen dreiköpfigen Arbeiterausschuß zu wählen, welcher die Wünsche der Arbeiter vortragen könnte, da ist dieses geschehen. Hinterher sind aber die Leute davon nicht sehr erbaut gewesen, weil sie die üble Erfahrung gemacht haben, daß zwei von den gewählten drei Leuten recht bald entlassen worden sind.

Wenn Herr Wolters glaubt, mir in der Commission sagen zu müssen, ich hätte für meine Behauptung, daß die Betten im Wirthschaftshofe nicht menschenwürdig seien, den Beweis nicht erbracht, so glaube ich, diesen Beweis am besten dadurch erbracht zu haben, daß einige Tage nach Einbringung meines Antrages die von mir in Bezug auf die Betten vorgebrachten Wünsche in jeder Beziehung erfüllt worden sind. Wie aber die Finanzcommission trotzdem die Ablehnung dieses Theiles des Antrages empfehlen kann, verstehe ich nicht. Ebenso weiß ich nicht, weshalb die Commission keine Kleiderschränke für die Leute beschaffen will. Dieselben müssen doch, wenn sie nach Feierabend nicht nach Hause gehen können, sondern auf dem Wirthschaftshofe nächtigen, einen Behälter für ihre Kleidung haben. Ich bitte deshalb auch diesen Punkt des Antrages zu genehmigen.

Schließlich möchte ich nochmals fragen, wo die den Leuten abgenommenen Strafgeelder verbleiben. So viel ich weiß, muß der Arbeitgeber die den Arbeitern gekürzten Strafgeelder zu Gunsten derselben verwenden, sie also der Krankencasse oder dergleichen überweisen. So soll es im Gesetze stehen, aber hier wissen die Arbeiter nicht, was mit den Geldern geschieht. Am besten wäre es, wenn überhaupt keine Strafgeelder erhoben würden. Sollte die beantragte Lohnerhöhung nicht im vollen Umfange bewilligt werden können, so bitte ich, wenigstens eine kleine Aufbesserung zu bewilligen.

Vorsitzender: Da der Herr Vorredner soeben 19½ Minuten gesprochen hat, so mache ich die Herren darauf aufmerksam, daß sich jeder Redner nach der Bestimmung im §. 15 des Verwaltungstatuts auf eine Sprechdauer von 10 Minuten zu beschränken hat. Den Herrn Antragsteller möchte ich sodann noch fragen, welche Punkte seines Antrages seiner Auffassung nach als erledigt anzusehen sind, da doch unmöglich noch über erledigte Sachen abgestimmt werden kann.

Herr Ohlendorf: Die Finanzcommission hat empfohlen, den Antrag auf Anschaffung von Decken abzulehnen; ich bitte aber darum, auch diesen Antrag anzunehmen.

Herr Bürgermeister Netemeyer: Der Herr Vorredner hat gebeten, wenigstens die Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Ich möchte als gutes Beispiel eines Stadtverordneten in meinem Sinne Herrn Riefe vorführen, welcher im vorigen Jahre einen ähnlichen, aber consequenteren Antrag stellte, nämlich, den Lohn der städtischen Arbeiter allgemein um 10 % zu erhöhen. Darüber läßt sich wenigstens sprechen, aber ein Antrag, nach welchem wenige Arbeiter herausgegriffen und mit einer Zulage bedacht werden sollen, ist unannehmbar. In Bezug auf die Höhe des Lohnes will ich erwähnen, daß acht Fahrer eine weitere Zulage von 5 M monatlich erhalten, weil sie Nachts die Rehrmaschine zu fahren, bezw. in den Ställen zu schlafen haben. Bezüglich der Lieferung von Zeug und Stiefeln muß ich anerkennen, daß der frühere Verwalter in der Beziehung nicht immer ganz correct ver-

fahren ist, nicht etwa aber, um zu seinen Gunsten etwas herauszuschlagen, sondern im Interesse der Stadt, wie das aus den Rechnungen klar hervorgeht. Er ist nämlich der Ansicht gewesen, daß er die Stiefel der Leute, wenn sie noch reparaturfähig waren, konnte vorstücken lassen, statt neue Stiefel zu beschaffen, und hat in diesem Punkte den Beschluß der Deputation, den Leuten alle Jahr ein Paar Stiefel und einen Anzug zu gewähren, nicht beachtet. Als bald nach dem am 1. Mai d. Js. erfolgten Tode des Verwalters hat die Deputation dann aber beschlossen, strenge durchzuführen, daß jeder Fahrer und jeder Begleiter das erhält, was ihm zusteht. Da wir es für richtiger halten, die Sachen den Leuten nicht mit dem Beginne des Finanzjahres, sondern beim Eintritt des Winters zu liefern, so hat möglicherweise der eine oder andere Arbeiter seine Sachen noch nicht erhalten, woraus aber nicht gefolgert werden darf, daß er sie überhaupt nicht erhält. Wenn jedann über die äußerst unangenehme und schlechte Arbeit dieser Leute geredet wird, so kann ich ein schlagendes Beispiel dafür anführen, daß diese Ansicht von den Leuten selber kaum getheilt wird. Es ist nämlich vorgekommen, daß zeitweilig ein Fahrer von der Feuerwehr die Rehrichtabfuhr zu besorgen hatte und es stellte sich heraus, daß der Mann darüber sehr erfreut war, daß für ihn aber auch kein Anderer den Dienst bei der Feuerwehr übernehmen wollte, obwohl es doch ein Vergnügen sein muß, mit so schönen Pferden zu fahren. Deshalb kann Herr Ohlendorf nicht behaupten, daß der Dienst bei der Rehrichtabfuhr so furchtbar schwer sein soll. Das Ausschuchen von Lumpen und Knochen ist den Leuten niemals erlaubt, sondern ihnen vielmehr stets verboten gewesen, weshalb ich auch bezweifeln möchte, daß irgend einer von den Leuten mit gutem Gewissen behaupten kann, er hätte dieses Verbot nicht gekannt. Es sind dieserhalb so viele Klagen, Verwarnungen und Strafverfügungen ergangen, daß ich dabei bleibe, es hat Niemand glauben können, daß dieses erlaubt sei.

Was die Arbeitsdauer der Leute betrifft, so wird im Sommer um 6 Uhr und im Winter um 7 Uhr angespannt und haben die Rehrichtwagen zwei Mal des Morgens und ein Mal des Nachmittags zu fahren. Nach der zweiten Fahrt kehren die Wagen je nachdem zwischen 10 und 11 Uhr, manchmal schon vor 10 Uhr zurück und fahren um 1½ Uhr wieder fort, um zwischen 4 und 5 Uhr wieder nach dem Wirthschaftshofe zurückzukehren. Das ist der schwere und lange Dienst, von dem Herr Ohlendorf spricht. Wie lange fahren dem gegenüber die Leute des Fuhrherrn Friede wohl auf der Straße umher, obwohl sie noch früher anfangen; also so übermäßig lange ist der Dienst nicht. Aber selbst wenn es verhältnißmäßig lange wäre, so ließe sich eine Aenderung doch nicht treffen, denn die vor den Häusern stehenden Rehrichtgefäße müssen doch abgeholt werden und können nicht stehen bleiben, weil die Arbeitszeit der Leute um ist. Eine Abmessung der Dienstzeit nach Stunden läßt sich demnach nicht durchführen. Wenn z. B. Kohlen abgefahren werden müssen und die Gespanne können nicht gleich an den

Eisenbahnwagen kommen, so dürfen sie doch nicht leer nach Hause fahren, nur weil vielleicht ihre Zeit abgelaufen ist? Das wäre ein merkwürdiger Betrieb, den wir nicht einrichten können.

Hinsichtlich des Arbeiterausschusses bin ich der Ansicht gewesen, daß derselbe ständig da sein sollte; wenn die Leute das aber nicht wollen, so thut es mir leid, jedoch bin ich bereit, dieselben nochmals darauf aufmerksam zu machen. Herr Ohlendorf hat sodann angedeutet, es läge der Verdacht vor, daß zwei Leute entlassen seien, weil sie dem Arbeiterausschusse angehört hätten. Was sollte aber der Verwalter für eine Veranlassung gehabt haben, die Leute aus diesem Grunde zu entlassen? Ich habe mich erkundigt, weshalb die Entlassung erfolgt ist und kann mittheilen, daß dazu andere Gründe vorgelegen haben. Wenn sodann Herr Ohlendorf meint, es könnte nicht Wunder nehmen, daß die Leute so wie geschehen, vorgehen, so möchte ich dem gegenüber auf Eins aufmerksam machen. Es kann den Leuten von keiner Seite verdacht werden, daß sie ihre Lage zu verbessern suchen, und ich glaube auch, es erweckt ein gewisses Hochgefühl bei einem Stadtverordneten, wenn er Schäden in der Verwaltung aufdecken kann, und dieses Hochgefühl wird um so intensiver, je schwerer diese Schäden sind; aber ich möchte doch bitten, hierbei Folgendes zu berücksichtigen: Gesezt den Fall, Herr Ohlendorf wäre im Anfange dieser Finanzperiode in die Deputation für das Reinigungswesen gewählt und hätte hier die Aufgabe erhalten, speciell für das Wohl der Arbeiter zu sorgen, er hätte hier dann Alles nach den Wünschen der Leute hübsch zurecht gemacht und dieselben darauf gefragt, welche Wünsche sie noch hätten, worauf ihm erwidert wäre, daß sie zufrieden seien. Hinter dem Rücken des Herrn Ohlendorf würden dann die Leute zu einem anderen Stadtverordneten gehen und ihn bitten, noch eine Reihe von Wünschen in der Stadtverordneten-Versammlung vorzubringen; ich glaube, Herr Ohlendorf würde dann sagen: ich werde mich hüten, mich noch ferner um die Leute zu kümmern. Aus diesem Grunde war das Vorgehen der Leute nicht correct, was Herr Ohlendorf wohl anerkennen wird, denn es geht dabei das gegenseitige Vertrauen verloren. Es handelt sich hier um ein paar uns bekannte Leute, da die große Mehrzahl derselben erklärt hat, sie hätten mit dem Antrage nichts zu thun. Solche unzufriedenen Elemente soll man aber nicht halten.

Sodann hat Herr Ohlendorf noch die Strafgeelder berührt. Ich bin für jede Belehrung über gesetzliche Bestimmungen dankbar und ich möchte deshalb Herrn Ohlendorf um Aufklärung bitten, wo es steht, daß die Strafgeelder im Interesse der Leute verwendet werden müssen. Da Herr Ohlendorf wissen will, wo die Strafgeelder geblieben sind, so erkläre ich, daß dieselben in die Casse gethan worden sind, aus welcher die Löhne bezahlt wurden und halte ich dieses Verfahren für durchaus correct. Die Deputation hatte sich früher einmal vorbehalten, die Straf-

gelder zu Gunsten der Leute wieder zu verwenden, da indessen nur recht wenig Strafgeelder erhoben wurden — seit 1889 sind es etwa 29 M gewesen — sind sie wieder vereinnahmt worden. Neuerdings hat nun die Deputation beschlossen, Strafgeelder überhaupt nicht mehr zu erheben, sondern im Bedarfsfalle die Leute zwei Mal zu verwarnen und sie dann bei wiederholten Vergehen zu entlassen. Dadurch ist die Strafgeelderfrage wohl erledigt.

Herr Löschigt: Als Mitglied der Deputation möchte ich mich dagegen verwahren, daß wir nicht Alles gethan hätten, was im Interesse der Leute erforderlich war. Im ersten Jahre meines Amtes erkannten wir z. B., daß die Löhne von 65 und 70 M für die Fahrer und 60 und 65 M für die Begleiter nicht genügend seien und besserten dieselben ohne Zuthun der Leute auf; außerdem wurden noch verschiedene andere Wohlfahrtseinrichtungen aus eigenem Antriebe getroffen. Wenn nun Herr Ohlendorf meint, die Leute schliefen in menschenunwürdigen Betten und man habe ihnen alte Pferdedecken geliefert, welche früher den Pferden aufgelegt seien, so muß ich dagegen protestiren, denn wenn auch sogenannte Pferdedecken geliefert werden, so sind dieselben doch vollständig neu und noch nicht anderweit verwendet, was sämtliche Arbeiter bestätigen werden. Außerdem sind die Decken in einem Ueberzuge, was auch nicht erwähnt worden ist. Hinsichtlich der Ueberzüge möchte ich bemerken, daß ein Theil der Leute sich dieselben mitgebracht hatte, während wir annahmen, sie seien geliefert. Als dieses zu unserer Kenntniß kam, ist dem abgeholfen worden. In dem jetzigen Verwalter haben wir übrigens einen so tüchtigen Beamten erhalten, daß derartige Sachen nicht mehr vorkommen werden. Aber selbst in früherer Zeit sind die Betten und die Decken doch nicht in einem so schlechten Zustande gewesen, wie Herr Ohlendorf angedeutet hat, sonst würden sich die Leute schon selbst dagegen aufgelehnt haben. Die Leute sind von uns aufgefordert worden, ihre sämtlichen Wünsche vorzubringen und sie haben sich niemals vergeblich an uns gewandt. In Betreff der Schränke hatte die Deputation beantragt, solche anzuschaffen, jedoch wurde unser Antrag abgelehnt. Wenn ich der betr. Sitzung hätte beiwohnen können, würde ich dafür gesprochen haben. Die Eßschränke waren getrennt für sich vorgeesehen und darunter sollten Kleiderspinde angebracht werden, jedoch ist der Antrag abgelehnt worden. Ich möchte wohl bitten, diesen Wunsch der Deputation noch nachträglich zu genehmigen.

Herr Stegmann: Als ich bei der Rede des Herrn Ohlendorf auf vielen Gesichtern ein Rächeln bemerkte, habe ich mir gesagt, daß keine Aussicht auf Annahme des Antrages vorhanden sei. Wenn der Herr Referent sagt, die Fahrer verdienen schon ein ganz gutes Stück Geld, während bei anderen Arbeitern, welche mehr Geld verdienen, auch mehr Intelligenz gefordert werde, so muß hier berücksichtigt werden, daß bei diesem Geschäfte die Gesundheit leicht gefährdet wird. Das wiegt die Intelligenz wohl auf und macht eine bessere Bezahlung nothwendig.

Ferner hat die Commission die Lohnerhöhung in Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Depression abgelehnt. Von diesem Standpunkte sollte aber eine Stadtgemeinde nicht ausgehen, daß nämlich die städtischen Arbeiter in der Noth verbleiben müssen, weil ein allgemeines Elend herrscht. Was würden die Leute außerdem wohl sagen, wenn ein Privatunternehmer seine Leute für Sonntagsarbeit nicht bezahlte, er würde als ein Ausbeuter gescholten werden. Wenn daher Arbeiter Sonntags in Anspruch genommen werden, so müssen sie dafür auch bezahlt werden. Die wirtschaftliche Lage darf hierbei keine Rolle spielen, weil man bei den Beamtenbesoldungen auch von anderen Grundsätzen ausgeht und deren Gehälter von den obersten Stellen bis zu den Hülfschreibern herunter erhöht hat. Deshalb sollte man consequent sein und auch diesen Arbeitern eine Lohnerhöhung bewilligen. Sollten sich noch andere städtische Beamte oder Arbeiter finden, welche eine Einkommenserhöhung verdient haben, so würde dagegen nichts zu erinnern sein.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag auf Schluß der Besprechung eingebracht. Will Jemand gegen den Schluß sprechen?

Herr Rieke: Wenn das Thema auch für manchen Herrn ein heißes sein mag, so ist es doch besser, Dinge, welche im allgemeinen Interesse liegen, öffentlich zum Austrage zu bringen, als sie durch Schlußanträge todzumachen. Da es wohl nicht darauf ankommen wird, ob die Pellkartoffeln heute Abend einmal kalt werden, ersuche ich Sie, gegen den Schlußantrag zu stimmen, zumal mich Herr Bürgermeister Metemeyer persönlich in die Debatte gezogen hat.

Vorsitzender: Wer ist für den Schluß der Besprechung? — Der Antrag ist abgelehnt.

Herr Alßmann: Der Herr Vorsitzende hat gefragt, welche Punkte des Antrages etwa zurückgenommen werden sollen. Da die Commission beantragt hat, sämtliche Punkte abzulehnen, so halte ich es für gerechtfertigt, zu erklären, nichts von dem Antrage zurückzuziehen, trotzdem schon zwei Punkte desselben erledigt sind. Die Commission hat es anscheinend nicht übers Herz bringen können, zu sagen, daß die beiden Sachen schon erledigt sind, damit nicht der Verdacht erweckt werden könnte, sie seien in Folge des Antrages zur Ausführung gekommen. Der Antrag ist, wie schon erwähnt, in derselben Sitzung eingebracht worden, in welcher die Einrichtung einer Badeanstalt beschlossen wurde und zwar ist das geschehen, weil man häufig den Referenten einer Magistratsvorlage gar nicht verstehen kann. Das liegt an verschiedenen widrigen Verhältnissen und nicht zum Mindesten daran, daß man nicht bei jedem Stadtverordneten ein kräftiges Organ voraussetzen kann. Wenn man aber nicht Alles versteht, kann man auch nicht verlangen, daß man sofort dagegen vorgeht, wie z. B. bei den Kleiderschränken. Der Herr Referent hat heute auch wieder betont, daß die Kleiderschränke aus gesundheitlichen Rücksichten abgelehnt

seien, damit nämlich nicht Brutstätten für Bacillen dadurch geschaffen würden. Es handelt sich aber darum, die Kleidungsstücke unterzubringen, welche die Leute auf dem Wege zum Wirthschaftshofe und zurück nach ihrer Wohnung tragen, und begreife ich die Knauferei in diesem Punkte nicht. Vielleicht zieht man hieraus auch die Lehre, daß die Referenten in Zukunft von der Mitte des Saales aus sprechen. Bei der Berathung der Vorlage über Neuanschaffungen für den Wirthschaftshof hatte sich übrigens Herr Ohlendorf zum Worte gemeldet, erhielt es jedoch nicht, weil die Besprechung schon geschlossen war. Ich führe das aber nicht an, um uns zu entschuldigen, daß wir nicht rechtzeitig die Mängel der damaligen Vorlage erkannt haben, sondern um zu beweisen, daß nicht Böswilligkeit unsererseits vorliegt, um lange Debatten zu veranlassen, wir vielmehr diese Anträge für nothwendig halten. Herr Bürgermeister Ketemeyer hat hier sodann die merkwürdige Erklärung abgegeben, daß bis auf einige Wenige die Arbeiter des Wirthschaftshofes gesagt hätten, sie hätten mit dem Antrage nichts gemein. Soviel mir bekannt, ist der Antrag von den Arbeitern überhaupt nicht ausgegangen, sondern entspringt der eigenen Initiative der Antragsteller. Wir sind also nicht geschoben und lassen uns in der Richtung auch nicht schieben. Wenn die Leute genug Mannesmutz besaßen, brauchten sie nicht mit einem Kragbündel zu kommen und zu sagen, wir haben mit der Sache nichts zu thun, um auf diese Weise die räudigen Schafe herauszubekommen. Ich finde darin ein wenig collegialisches Verhalten und meine, daß solche Leute meistens diejenigen sind, welche mit allen zehn Fingern nach einem günstigen Erfolge des Vorgehens lecken und mehr danach lecken, als die ehrlichen Teufel, welche nichts gesagt haben.

Herr Rieke: Der Antrag ist wohl dadurch entstanden, daß die Arbeiterschaft, wenn sie auch in anderer Beziehung noch zurückgeblieben sein mag, so viel Intelligenz besitzt, um herauszufinden, daß sie ebenfalls an eine Lohnaufbesserung denken darf, nachdem die Gehälter der Beamten von Oben bis Unten erhöht worden sind. Mein damaliger Antrag ist übrigens auch nicht berücksichtigt worden. Damals war ich allein in der Versammlung und konnte das nicht durchsetzen, während wir jetzt zu sechs hier sind, die für die unteren Classen sorgen können, denn für die oberen Classen sorgen die Herren allein. Bei mir sind die Leute auch gewesen und haben sich beklagt und ich pflege solchen Klagen dann auf den Grund zu gehen. Es geht auch fast kein Tag hin, daß ich nicht in der Wohnung oder auf der Straße von Unzufriedenen behelligt werde und habe ich davon mehr Arbeit, als mancher Beamter, der dafür ein anständiges Gehalt bezieht. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang, denn die Arbeiter wissen nicht, wenn sie nach Oben gehen, ob sie vorgelassen werden, obwohl mancher höhere Beamte in dieser Beziehung coulant ist. Wenn man die Dinge hier einfach ablehnte mit Rücksicht auf die allgemeine wirthschaftliche Depression, so ließe sich das noch hören; statt dessen will man aber die

Sachen aus der Welt schaffen und consequent alle Anträge aus nichtigen Gründen ablehnen. Besser wäre es, einmal Erhebungen über das Einkommen der sämtlichen städtischen Arbeiter anzustellen und dieselben nach den zunehmenden Zöllen und nach den Preisen der Nahrungsmittel und sonstigen Lebensbedürfnisse aufzubessern. Das wäre eine Radicalcur, mit der man allgemeine Zufriedenheit herbeiführen würde. Uebrigens ist es leicht begreiflich, daß die Leute Herrn Bürgermeister Ketemeyer sagen, sie hätten mit dem Antrage nichts zu thun. Der Herr Bürgermeister ist zum Nutzen der Stadt sehr oft auf dem Wirthschaftshofe zu finden und wird dort lieber gesehen, als manches Deputationsmitglied, trotzdem habe ich aber schon oft die Bemerkung gehört: was thut der da? welche Aeußerung ich aber stets zurückgewiesen habe. Ich habe im Laufe meiner langjährigen Thätigkeit stets den Eindruck gewonnen, daß durch das Eingreifen in verschiedene städtische Angelegenheiten schon manche Verbesserung erzielt ist und ich muß mich nur wundern, daß Herr Bürgermeister Ketemeyer von diesen Dingen nicht ganz genau Bescheid weiß. Deshalb darf man sich aber auch nicht wundern, wenn diese Sachen nun öffentlich verhandelt werden. Es ist traurig genug, daß man Aeußerungen hört, der frühere Verwalter habe die ersparten Summen für sich verbraucht, obwohl daran gar nicht zu denken ist, und daher ist es besser, solche Behauptungen oder Vermuthungen öffentlich zurückzuweisen. Heute waren schon Vertreter einer anderen Kategorie von städtischen Arbeitern bei mir, um zu fragen, ob sich die Verbesserungen auch auf sie erstrecken sollten, was ich mit dem Bemerken verneinte, daß das noch folgen würde.

Herr Ohlendorf: Ich möchte Herrn Bürgermeister Ketemeyer erwidern, daß ich nicht weiß, woher er den Eindruck bekommen hat, daß ich und meine Freunde, die wir den Antrag eingebracht haben, von den betr. Arbeitern damit beauftragt seien. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, mir die Einrichtungen auf dem Wirthschaftshofe anzusehen und habe mich darauf veranlaßt gefunden, den Antrag in Gemeinschaft mit meinen Freunden einzubringen. Wenn Herr Löschigt sagt, ich hätte behauptet, die Leute müßten Pferdebedecken als Schlafdecken benutzen, so ist das insofern nicht richtig, als ich gesagt habe, die Decken machten den Eindruck, als wenn sie schon längere Zeit als Pferdebedecken gedient haben, und diesen Eindruck werden sie wohl auch auf Andere gemacht haben.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Diese Sache verhält sich folgendermaßen: Die Leute haben eine Seegrasmatratze und zwei wollene Decken geliefert erhalten. Das war aber einigen Leuten nicht genügend und wollten diese Strohsäcke haben. Darauf hat ihnen der frühere Verwalter gesagt, daß sie sich dann Strohsäcke mitbringen möchten. Ich bin nun des Glaubens gewesen, daß die Strohsäcke der Verwaltung gehörten und werden dieselben, nachdem die Deputation den Sachverhalt erfahren hatte, verwaltungsseitig geliefert. Für die Decken waren ursprünglich

keine Ueberzüge vorhanden und sind, sobald die Deputation hiervon Kenntniß erhalten hat, für jeden Mann zwei Laten und zwei Ueberzüge beschafft worden. Im Uebrigen habe ich nicht behauptet oder angedeutet, daß ich es nicht für correct halte, wenn sich ein Arbeiter an einen Stadtverordneten wendet, sofern seine Wünsche bei der Deputation keine Berücksichtigung finden. Das ist vielmehr das wichtigste Recht der Leute; aber zum Vorwurf mache ich ihnen, wenn sich die Leute nicht zuerst an die ihnen vorgesezte Deputation wenden, denn sie sind von mir ausdrücklich nach ihren Wünschen gefragt worden und haben nichts davon erwähnt.

Herr Wolters: Bei der Verhandlung über die Beschaffung der Schränke in der Sitzung vom 6. Juni d. Js. ist commissionsseitig Folgendes vorgetragen worden: „Die Wünsche gehen dahin, daß das unterste Fach der Schränke nicht von einer Holzleiste umgeben werden möchte, um die Reinigung des Raumes nicht zu behindern, ferner die Decke der Schränke dachförmig schräg herzurichten, damit dieselbe nicht mit Stiefeln und sonstigen Sachen belegt werden kann, und endlich die Schränke kleiner, als in der Vorlage angenommen, herzustellen, um zu verhüten, daß in denselben auch Kleidungsstücke u. aufbewahrt werden.“ Hieraus aber geht klar hervor, daß bei dem damaligen Beschlusse der Kostenpunkt nicht maßgebend gewesen ist und daher von Knauserei keine Rede sein kann. Ferner möchte ich noch darauf hinweisen, daß die Verbesserung der Gehälter und der Löhne stets Hand in Hand geht und der hiergegen erhobene Vorwurf demnach nicht zutrifft. Endlich habe ich auch nicht behauptet, daß von Herrn Ohlendorf der Beweis nicht erbracht sei, sondern ich habe gemeint, Herr Ohlendorf sei allein hinausgegangen und habe eine vorherige Verständigung mit der Finanzcommission nicht abgewartet.

Bei der nun folgenden Abstimmung lehnt die Versammlung die Punkte 1—6 des Antrages ab und stimmt dem Punkte 7 auf Anschaffung von Kleiderschränken zu.

II. Erklärung des Magistrates wegen der Beschäftigung Arbeitsloser.

Herr Oberbürgermeister Bokels: Der Magistrat hat in neuerer Zeit bei verschiedenen zuverlässigen Stellen Erkundigungen eingezogen über die gegenwärtige Lage des hiesigen localen Arbeitsmarktes und hält hiernach dafür, Ihnen jetzt Mittheilung zu machen darüber, welche Stellung er einnimmt zu der vor längerer Zeit hier schon einmal angeregten Frage wegen Einrichtung von sogenannten Nothstandsarbeiten. In der Eisenbranche ist für recht viele Arbeiter in Folge von Entlassungen die Lage bedrohlich geworden, auch in einigen anderen Industriezweigen macht sich ein Rückgang an Arbeitsgelegenheit fühlbar. Hiervon abgesehen haben wir etwas Besonderes nicht ermitteln können, insbesondere hat sich die Lage der großen Gruppe der Bauhandwerker, Maurer, Zimmerleute und ungelerten

Handarbeiter noch gar nicht ungünstig gestaltet. Es steht der Winter bevor. Daß während der Zeit, wo die Beschäftigung im Freien der Witterung wegen ruht, sich eine gewisse Zahl von Arbeitern ohne Arbeit behelfen muß, ist eine Erscheinung, die mit Naturnothwendigkeit alle Jahre wiederkommt. Ganz ohne Arbeitslosigkeit wird es bei unserem Klima niemals abgehen. Es ist aber nach Ansicht des Magistrats zu befürchten, daß im kommenden Winter die Lage auch für die Bauhandwerker und ungelerten Arbeiter eine sehr ungünstige sein kann, weil diesen Arbeitern bei dem allgemeinen Rückgange der wirtschaftlichen Lage es sehr schwer werden wird, zeitweilig Unterkommen in anderen Industriezweigen zu finden. Der Magistrat hat deshalb in Aussicht genommen, zunächst und alsbald solche Arbeiten ausführen zu lassen, für die Mittel schon zur Verfügung gestellt sind, alsdann aber auch je nach Bedarf solche außergewöhnlichen Arbeiten einzurichten, die über kurz oder lang, zumeist schon im nächsten Sommer, ohnehin würden zur Ausführung gebracht werden müssen. Diese Arbeiten beschränken sich naturgemäß in der Hauptsache auf Tiefbauarbeiten. Gewerbliche Gehülfen in ihrem eigentlichen Berufe zu beschäftigen, ist uns, abgesehen von den Tischlern, für die sich viel Arbeit ergeben wird, nicht möglich. Wir haben die städtische Bauverwaltung beauftragt, die nöthigen Vorbereitungen zur Inangriffnahme der Arbeiten zu treffen, so daß jeden Augenblick mit denselben begonnen werden kann. Es werden nun die Eisenarbeiter und die sonstigen, inzwischen arbeitslos gewordenen und in Noth befindlichen gewerblichen Arbeiter sofort bei Tiefbauarbeiten beschäftigt werden können, und mögen sie sich zu dem Zwecke nur bei dem städtischen Arbeitsamte melden. Dabei muß ich aber ausdrücklich bemerken, daß es nicht unsere Aufgabe ist und sein kann, ortsfremden Arbeitern durch den Winter zu helfen, und zwar um so weniger, als wir unseren einheimischen Arbeitern, in erster Linie den Familienvätern, auch nur vorübergehend, d. h. in wechselnder Reihenfolge, Beschäftigung geben können. Besonders werden wir aber, um nicht allzu große Hoffnungen anzuregen, sehr vorsichtig sein müssen in der Ausmessung der Höhe des Arbeitslohnes. Wollten wir etwa Löhne gewähren, die den Werth der wirklich geleisteten Arbeit erheblich übersteigen, dann würde sich die Arbeitsgewährung kaum unterscheiden von einer Armenunterstützung, und die wird von den Arbeitern selbst nicht gewünscht.

III. Herausgabe eines Führers durch Deutschlands Städte.

Der graphische Kunstverlag in Berlin beabsichtigt, einen illustrierten Führer durch Deutschlands Städte herauszugeben, in dem etwa 100 der größten deutschen Städte in Wort und Bild geschildert und ihre Sehenswürdigkeiten besprochen werden sollen. Für jede in dem Führer belegte Seite sind 30 M zu zahlen und erhält dafür die betr. Stadt 10 Exemplare des Werkes zur beliebigen Verwendung.

Da der Magistrat der Ansicht ist, daß der Führer wohl geeignet erscheint, die Aufmerksamkeit der Fremden auf die Vorzüge und Sehenswürdigkeiten der einzelnen Orte zu lenken und so zur Hebung des Fremdenverkehrs beizutragen, so beantragt derselbe, 16 Seiten des Buches seitens der Stadt zu belegen und daneben noch ein Vollbild in demselben anzubringen, welches 45 M. kosten würde. Die Gesamtkosten werden sich demnach auf 525 M. belaufen und wird deren Bewilligung anheimgegeben.

Nach dem Berichte des Herrn Lord gingen die Ansichten in der Finanzcommission über die Vorlage zu Anfang sehr auseinander. Man habe betont, daß derartige Veranstaltungen zunächst zu Gunsten des Unternehmers geplant würden, was zuzugeben sei. Nichts destoweniger habe sich aber nach und nach die Ansicht durchgerungen, daß eine anständige Reclame für die Stadt nicht ganz unangebracht sei und der Passus in dem Anschreiben des Verlages: „Städte, die sich nicht rühren, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, sondern die selbstbewußt und stolz reservirt bei Seite stehen, werden keinen Zuwachs erfahren, wenn nicht besondere Verhältnisse ihnen günstig sind“, zutreffe. Die Commission schlage deshalb die Genehmigung der Vorlage vor und empfehle außerdem, den Magistrat zum Bezuge einer Anzahl Separatabzüge der 16 Seiten behufs Vertheilung zu ermächtigen.

Herr Rathe hält es für selbstverständlich, daß der Vorlage zugestimmt werden müsse, da die Stadt durch solchen Führer doch etwas bekannter und von Fremden mehr aufgesucht werde. Die Rehrseite der Medaille bestehe aber darin, daß die Unternehmer eine Rundreise bei den Geschäftsleuten der Stadt antreten und erklären würden: wir haben ein von der Stadt sanctionirtes Unternehmen und fordern Euch auf, recht viele Seiten mit Inseraten zu belegen und diese flott zu bezahlen. Wenn man wisse, wie die Geschäftsleute mit solcher Reclame belästigt werden, könne man sich mit dem Unternehmen nicht befreunden. Es bestehe hier ein Verein zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs, der recht rührig sei, und außerdem würden noch anderweit Annoncen gesammelt, sodaß Braunschweig schon genug in Wort und Bild verherrlicht würde, um diese Reclame überflüssig zu machen. Aus diesem Grunde könne er nicht für die Vorlage stimmen.

Herr Günther erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag. Die 525 M. kämen nur dem Unternehmer zu Statten, welcher eine ganz bedeutende Summe herausbekommen müsse, wenn sich 100 Städte an dem Führer beteiligen würden. Er bezweifle, daß Braunschweig, welches sich selbst empfehle, solche Reclame brauche und glaube, daß der Führer am allerwenigsten zur Hebung der Stadt beitragen würde.

Herr Meyerhoff ist gleichfalls gegen die Vorlage. Besser erscheine es ihm, den Verein zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs, welcher auch einen Führer herausgebe, zu unterstützen. Dieses Unternehmen laufe doch auf Inseratenjägerei heraus und meine er, daß die Stadt keine fremde Buchhandlung gebrauche, um solche Reclame zu machen.

Herr Lord will noch erklären, daß weder der Magistrat, noch die Finanzcommission großen Werth auf die Vorlage legen, jedoch sei Letztere der Ansicht gewesen, daß die Stadt Braunschweig eine anständige Reclame sehr wohl vertragen könne, zumal selbst Städte wie Nürnberg sich nicht geniren, Reclame zu machen. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß die Inseratenjägerei lebhaft betrieben werden würde, so lasse sich andererseits aber auch nicht verkennen, daß das Unternehmen ohne Inserate überhaupt nicht möglich sei.

Herr Blasius möchte um Annahme der Vorlage bitten. Als Vertreter der Stadt seien die Mitglieder der Versammlung moralisch gezwungen, Alles zu thun, was der Stadt zum Besten dienen könne. Dieses Vorgehen werde auch im Sinne des Vereins zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs wirken. Wenn in dem Buche alle namhafteren Städte vertreten sein würden, dürfe Braunschweig unter keinen Umständen darin fehlen.

Herr Kieße würde dafür sein, wenn Braunschweig den Führer selbst herausgeben wollte, da es nicht nöthig habe, dieserhalb einen fremden Buchhändler zu subventioniren. Außerdem ließen sich die hiesigen Sehenswürdigkeiten auf 16 Seiten nicht unterbringen und sei es die höchste Zeit, daß die Stadt einen eigenen Führer herausgebe, nachdem ihr schon viele andere Städte mit gutem Beispiele vorangegangen seien. Es sei allerdings Pflicht der Stadtverwaltung, für die Heranziehung von Fremden etwas zu thun, jedoch halte er es für das Beste, wenn die Stadt selbst einen guten Führer herausgebe.

Herr Födel muß es für wichtig halten, daß es möglich sein werde, für einen so billigen Preis eine anständige Reclame zu machen und außerdem eine große Anzahl von Separatabzügen zu einem außerordentlich billigen Preise behufs Verbreitung zu erhalten. Der Führer selbst werde in den weitesten Kreisen Verbreitung finden und z. B. auch auf jedem nach Deutschland fahrenden Schiffe des Norddeutschen Lloyd ausliegen, was von nicht zu unterschätzender Bedeutung sei. Es gebe keinen anderen Weg, um auch nur annähernd zu einem so billigen Preise eine anständige Reclame ins Werk zu setzen.

Herr Meyerhoff ist der Ansicht, daß sich keine 100 Städte finden werden, welche sich dem Unternehmen zur Verfügung stellen. Der Idee des Herrn Födel stimme er wohl zu, jedoch wünsche er, daß die Stadt die Reclame selbst mache und einen Führer herausgebe, oder den Verein zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs unterstütze. Wenn dieses auch etwas theurer kommen werde, so

schade das nichts und würde er dann gern die dreifache Summe dafür bewilligen. Meistens werde bei solchen allgemeinen Führern nicht Reclame für die betreffenden Städte, sondern für einzelne Waarenhäuser zc. gemacht.

Herr Nolte möchte noch darauf hinweisen, daß ein von der Stadtverwaltung herausgegebener Führer für die Stadt Braunschweig doch nicht die Wirkung haben könne, welche ein großer Führer haben werde, da die Fremden einen Führer für Braunschweig allein nicht leicht zu lesen bekämen. Für die Stadt sei es daher von größtem Interesse, daß sie aus solchem allgemeinen Führer nicht wegbleibe. Neulich habe er Gelegenheit gehabt, einige auswärtige Herren von dem Ausschusse der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften zu sprechen, welche erklärten, daß hier im December eine Versammlung von Vertretern der gesammten landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften stattfinden werde und daß solche Versammlung hier schon längst einmal abgehalten worden wäre, wenn man gewußt hätte, wie hübsch es hier sei.

Die Anträge der Finanzcommission werden darauf mit 19 : 15 Stimmen angenommen.

IV. Errichtung einer mittleren Knabenbürgerschule.

Es hat sich das Bedürfniß zur Schaffung einer neuen mittleren Knabenbürgerschule herausgestellt. Nach den vom Schulvorstande angestellten Ermittlungen muß die neue Schule in der östlichen Außenstadt und zwar soweit thunlich zwischen Nußberg- und Marienstraße erbaut werden, indem alsdann durch Verschiebung der Schulbezirke alle vier Knabenbürgerschulen entlastet werden können. Das Schulgebäude wird 20 Classen zu enthalten haben und danach einen Bauplatz in der Größe von 45—50 a erfordern. Es ist dem Magistrat gelungen, einen sehr günstig gelegenen Bauplatz zu einem annehmbaren Preise zu erwerben und zwar das unter № 90 der Karte der Feldmark Hagen gelegene, 42,16 a haltende Grundstück des Kaufmanns Wilh. Brücher für den Preis von 49 000 M = etwa 11,62 M für 1 qm und das daselbst unter № 89 gelegene, 16,98 a große Grundstück des Kaufmanns August Rimpau für 19 500 M = etwa 11,46 M für 1 qm. Von diesem Gesamtareale zu 59,14 a soll als Bauplatz für die Schule eine Fläche von 46,31 a zur Verfügung gestellt werden, während die Restflächen theils (7,96 a) zu Straßenanlagen Verwendung finden müssen, theils (4,87 a) als Bauplatz wieder zu verkaufen sein werden. Hiernach wird beantragt, die Errichtung einer 20classigen mittleren Knabenbürgerschule in der östlichen Außenstadt im Princip zu beschließen und zu solchem Zwecke den Ankauf der beiden bezeichneten Grundstücke zu genehmigen.

Namens der Schulcommission empfiehlt Herr Blasius die Vorlage zur Annahme, da der Bauplatz sehr günstig gelegen sei und auch der Baugrund den Anforderungen entspreche.

Wie der Herr Vorsitzende mittheilt, hat hierzu Herr Bues den Antrag gestellt, die geplante mittlere Bürgerschule vor dem Augustthore, etwa in der Nähe der Salzbadlumerstraße, zu errichten, welcher Antrag mit zur Berathung gestellt werde.

Herr Günt her findet an der Vorlage zu tabeln, daß der Bauplatz zu weit in den Osten der Stadt hinein verlegt, und dabei das Augustthor außer Betracht gelassen sei. Die Kinder von der Salzbadlumerstraße und deren Nebenstraßen müßten z. B. nach der Ottmerstraße oder dem Prinzenwege, welcher Weg zu weit sei, und erscheine es ihm angebrachter, die Schule in den Augustthorbezirk zu verlegen. Ferner möchte er der Einrichtung der Einheitschule das Wort reden. Es müsse dem Magistrate auch schon aufgefallen sein, daß die Stadt bei ihren Schulhausbauten in Folge des Zweischulsystems oft in eine recht üble Lage gerathe und es sich empfehle, eine Aenderung zu treffen. Bei dem Vorhandensein einer Einheitschule würde man mit den Schulhausbauten viel leichter vorwärts kommen, als bei dem Zweischulsystem. Deshalb werde er mit seinen Freunden in nächster Zeit mit einem derartigen Antrage herauskommen. Außerdem bitte er, bei der neuen Schule auf die Anlegung eines Brausebades Rücksicht zu nehmen, da auch die mittleren Bürgerschulen eines solchen Bades bedürftig seien und bei dem Vorhandensein desselben leichter eine mittlere als untere Bürgerschule benutzt werden könne. Wolle man das Baden in den mittleren Schulen nicht obligatorisch einführen, möge man es bei der facultativen Einführung belassen. Außerdem schließe er sich dem Antrage Bues an.

Herr Oberbürgermeister Podels: Sobald die Nothwendigkeit der Errichtung einer neuen Bürgerschule dem Schulvorstande bekannt werde, sei es bisher dessen erste Aufgabe gewesen, wie in dem vorliegenden Falle diejenige örtliche Lage zu ermitteln, welche nach den Wohnungen der unterzubringenden Schulkinder die richtigste sei. So habe sich denn der Schulvorstand schon vor einem Jahre schlüssig gemacht, daß die neu zu errichtende mittlere Knabenschule ihren Platz zwischen Rußberg- und Marienstraße haben müsse. Bei einer nochmals stattgehabten Auszählung habe sich das Ergebniß bestätigt. Hierauf sei der in der Vorlage bezeichnete Platz als derjenige erworben worden, welcher sich am besten als Mittelpunkt für den demnächstigen neuen Schulbezirk eigne. Als Herr Bues vor einiger Zeit angeregt habe, an der Salzbadlumerstraße die neue Schule zu errichten, sei eine Auszählung der Schulkinder in der Richtung vorgenommen worden, welche wohl in diese Schule geschickt werden könnten, und da seien 247 Jungen ermittelt worden. Für eine so geringe Zahl Schüler könne die Stadt aber keine selbstständige Schule bauen.

Herr Kiele findet gegen die Lage und den Plan der Schule an sich nichts auszusetzen, muß sich aber auch dafür aussprechen, dieselbe mehr in den Augustthorbezirk zu verlegen. Wenn die Kinder vom Lämmchenteiche nach dem Prinzen-

wege zur Schule gehen müßten, so sei das ein unverhältnißmäßig weiter Weg. Ein vom Schulvorstande vorgelegter Plan, nach welchem die Kinder höchstens 1100 bis 1300 m zu gehen haben, könne unmöglich stimmen. In der Gegend der Charlotten- oder der Elmstraße (vielleicht auf dem Grundstücke des Gärtners Löhre) wäre die Schule doch wohl besser angebracht gewesen. Wenn indessen nach der Auszählung die Schule mehr in die Nähe der Rußbergstraße gehöre, so möchte er darauf hinweisen, daß der dort ausgesuchte Baugrund recht theuer sei. Ihm sei von Herrn Winkelmann in der Umgebung des Riddagshäuserweges ein Platz von 91 a zum Preise von 8 M pro qm angeboten worden, von dem die Stadt noch 5 Bauplätze verkaufen könne. Wenn man aber den Grund und Boden so viel billiger zu kaufen vermöge und derselbe den gesundheitlichen Verhältnissen entspreche, so solle man diese Gelegenheit nicht ungenutzt vorübergehen lassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will hierzu bemerken, daß der Schulvorstand, bezw. die städtische Bauverwaltung nicht nur um dieses Grundstück gehandelt, sondern auch mit anderen Grundstückseigenthümern in Verhandlung gestanden habe, jedoch seien diese Grundstücke schließlich wegen ihrer besseren Lage und ihrer größeren Billigkeit gewählt worden. Verschiedene andere Grundstücke seien nur zu einem Einheitspreise von 13—18 M pro qm zu haben gewesen und würde dann der Schulhausbau um etwa 22000 M theurer gekommen sein, ohne aber das zu bieten, was gerade dieser Platz biete.

Herr Bues: Vor 2½ Jahren habe er schon einmal den Antrag gestellt, ein Schulhaus vor das Augustthor zu bauen, weil damals kleine Mädchen von der Salzdhumerstraße jenseits der Eisenbahn nach der Sidonienstraße zur Schule gehen müssen. Da indessen der damalige Bauplatz an der Wendenmaße der Stadt bereits gehörte, sei von dem Antrage Abstand genommen und habe er den Wunsch ausgesprochen, daß bei dem nächsten Schulbau das Augustthor möchte berücksichtigt werden. Wenn die Zahl der schulpflichtigen Kinder in dem Augustthorbezirke so gering sei, wie der Schulvorstand ermittelt habe, so komme das daher, daß Leute mit schulpflichtigen Kindern mit Rücksicht auf die weiten Schulwege lieber gar nicht dorthin ziehen. Bauplätze seien auch vor dem Augustthore, z. B. zwischen Friedrich- und Elmstraße, genügend vorhanden und werde der Baugrund dort besser sein, als an der Rußbergstraße mit ihrem Mooruntergrunde. Wenn man vor dem Augustthore Schulen schaffe, würden sich auch schon Kinder dazu finden. Merkwürdig und auffallend sei es jedenfalls, daß vor einem so schönen Thore, wie dem Augustthore, die Wohnungen so billig seien und könne er sich das nur damit erklären, daß die Leute die Gegend wegen der weiten Schulwege verlassen.

Herr Blasius: Von den hier geäußerten Wünschen, eine Schule in der Augustthorgegend zu errichten, sei der Commission nichts bekannt geworden und

habe dieselbe angenommen, daß der Vorlage eine genaue Zusammenstellung über die von den Kindern zurückzulegenden Schulwege zu Grunde liege. Die Commission habe sich deshalb nur um die Frage gekümmert, ob der Schulbau nöthig und der Bauplatz gut sei, welche Fragen man habe bejahen müssen. Der Moorboden komme dabei weniger in Betracht, weil er weggenommen werde und der Keller dorthin komme. Die Vorlage habe indessen durch Herrn Riele einen neuen Gesichtspunkt erhalten, und müsse er mit Rücksicht darauf, daß ein so billiger Bauplatz angeboten werde, beantragen, die Vorlage nochmals in die Schulcommission zurückzuverweisen. Zu diesem Antrage werde er auch mit veranlaßt, um noch prüfen zu können, ob thatsächlich von einer Anzahl Kinder so weite Schulwege zurückzulegen seien, wie das hier behauptet werde.

Auf Beschluß der Versammlung wird sodann die Vorlage in die Schulcommission zurückverwiesen.

Nach Verathung des nächsten Punktes der Tagesordnung macht Herr Oberbürgermeister Pockels der Versammlung folgende Mittheilung: Ich habe vorhin die Erklärung abgegeben, daß es möglich sein werde, eine gewisse Anzahl von augenblicklich arbeitslosen gewerblichen Arbeitern schon in diesen Tagen mit Tiefbauarbeiten zu beschäftigen. Leider bin ich in der Lage, diese Erklärung zurücknehmen zu müssen. Ich war nämlich davon ausgegangen, daß gegen die Anlage der Schule an der Ruffbergstraße kein Widerspruch erhoben würde, und hatte deshalb die Canalbauverwaltung aufgefordert, die nöthigen Vorarbeiten so zu beschleunigen, daß mit der Aushebung des Baugrundes, der Fundamentirung und Canalisirung der neu anzulegenden Straße morgen hätte angefangen werden können. Da nun z. B. weiter nichts vorbereitet worden ist, so werden wir mit den Arbeiten noch längere Zeit warten müssen. Ich halte mich für verpflichtet, diese Erklärung hier noch abzugeben.

Nach Erledigung des Punktes 13 der Tagesordnung stellt darauf Herr Hauswaldt den Antrag auf Wiederaufnahme der Verhandlungen über Punkt 4 und begründet den Antrag folgendermaßen: Wenn es auch nothwendig gewesen sei, die Vorlage wegen der großen Differenz in den Preisen in die Commission zurückzuverweisen, so habe sich doch inzwischen herausgestellt, daß Herr Riele ein vom Riddagshäuserwege, dem alten Exercierplatze und dem Hopfengarten begrenztes Grundstück meine, welches zur Feldmark Riddagshausen gehöre. Wenn man dieses Grundstück auch wirklich billiger erhielte, so müßte es doch erst der Gemeinde Braunschweig gegen ein Abstandsgeld an Riddagshausen zugelegt werden, was so lange dauern würde, daß der Schulbau darauf nicht warten könnte. Außerdem liege das Grundstück so abgeschlossen, daß der Schulvorstand sich wohl nicht dafür erklären würde; denn man könnte nur vom Riddagshäuserwege aus auf dasselbe kommen. Nach dieser Aufklärung könne man wohl mit gutem Gewissen auf das

alte Grundstück zurückkommen und die Verhandlungen darüber wieder aufnehmen, zumal sonst auch nicht sofort Nothstandsarbeiten in Angriff genommen werden könnten.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß das Grundstück auch von der Korfesstraße aus zugänglich sei. Wenn der Staat ebenso rasch arbeiten würde wie die Stadt, wäre es ja ein Leichtes, das Grundstück aus der Ribdagshäuser Feldmark herüberzunehmen, aber das dauere meistens ziemlich lange. Es handle sich für ihn nur darum, daß für den Bauplatz an der Rußbergstraße sehr viel gefordert werde, da dieser Platz im Uebrigen ausgezeichnet sei. Weniger Werth lege er darauf, daß die Schule direct an der Straße liege, denn im anderen Falle werde der Unterricht durch das Straßengeräusch nicht gestört. Der Grund, daß hier Nothstandsarbeiten ausgeführt werden sollten und diese hinausgeschoben würden, könne nicht maßgebend sein, weil der Magistrat wohl auch noch andere Arbeiten in Bereitschaft haben würde, wenigstens sei er in der Lage, solche Arbeiten bezeichnen zu können.

Herr Göcke möchte empfehlen, den in der Vorlage erwähnten Bauplatz zu wählen. Bei dem durch Herrn Rieke in die Debatte gezogenen Plage handle es sich um das Terrain hinter dem Zinkeisen'schen Grundstücke am Ribdagshäuserwege, welches gegenüber der neuen Caserne liege. Dieses Grundstück möchte sich wohl auch für eine Schule eignen, aber weit besser sei doch das Terrain an der Rußbergstraße.

Herr Blasius ist der Ansicht, daß sich solche Sachen nicht so schnell aufklären lassen und es nichts verschlage, wenn mit der Erledigung der Vorlage noch 14 Tage gewartet werde. Die städtische Bauverwaltung müßte sich doch erst einmal erkundigen, ob der von Herrn Rieke vorgeschlagene Bauplatz geeignet sei und auf Braunschweiger Feldmark liege, ehe man darüber weggehe. Ebenso solle die Statistik wegen der Länge der Schulwege schon vor 2—3 Jahren aufgestellt sein und würde es von Wichtigkeit sein, zu constatiren, ob die Kinder von der Salzdhallumerstraße wirklich den Weg bis zum Prinzenwege zurückzulegen haben. Warum solle das überstürzt werden, da doch die Kaufverträge auch noch in 14 Tagen gültig seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Darüber, wo die neue Schule am zweckmäßigsten liege, müsse der Schulvorstand naturgemäß am besten befinden können. Die der Versammlung mitgetheilten Frequenzziffern über die Schulgänge der Kinder sollen nach einer Erklärung des Schuldirectors Schaarschmidt auch jetzt noch maßgebend sein. Eine zweckmäßige Entlastung der anderen 4 mittleren Knabenschulen könne außerdem nur stattfinden, wenn die neue Schule in die bezeichnete Gegend komme. In der Feldmark Ribdagshäusen könne die Stadt aber unmöglich eine

Schule errichten. Er möchte dringend bitten, die Angelegenheit heute fertig zu machen. Wenn der Herr Referent meine, 14 Tage machten hierbei nichts aus, so wolle er dazu bemerken, daß im ganzen Winter nicht an dem Schulbau gearbeitet werden könne, sobald die Versammlung nach 14 Tagen zu einem anderen Entschlusse kommen sollte.

Herr Günther würde sich dagegen erklären müssen, an der Peripherie der Stadt ein Schulhaus zu erbauen und handle es sich für ihn hauptsächlich darum, ob die Schule nicht besser vor das Augustthor käme. Hinsichtlich der Nothstandsarbeiten könnte es auf die 14 Tage nicht ankommen, weil so viele Leute bei der Aushebung des Grundes für die Schule doch nicht beschäftigt werden könnten. Er könnte sich vielleicht damit trösten, daß in zwei Jahren im Augustthorbezirke doch eine Schule erbaut werden müßte, jedoch meine er, daß man ruhig noch 14 Tage warten könne.

Herr Hauswaldt kann nicht einsehen, weshalb man ohne Noth die Sache verschieben wolle, da der von Herrn Rieke bezeichnete Platz zwischen Korkestraße, Hopfengarten und Riddagshäuserweg auf Riddagshäuser Feldmark liege.

Herr Südel will darauf hinweisen, daß vor dem Augustthore wohl eine Mädchenschule nothwendig sei, aber nicht eine Knabenschule, weshalb diese Frage hier ganz ausgeschlossen werden könne.

Herr Löschigt muß sich wundern, daß Herr Günther keinen besonderen Werth auf die schnelle Inangriffnahme der Nothstandsarbeiten lege, zumal doch jeden Tag sich Frost und Schnee einstellen könne. Da andere Arbeit augenblicklich nicht vorhanden sei, so empfehle es sich schon aus diesem Grunde, die Vorlage heute anzunehmen.

Herr Günther erwidert, daß es ihm hierbei deshalb nicht auf die 14 Tage ankomme, weil doch nur eine geringe Zahl von Arbeitern an dem Bau beschäftigt werden könne.

Die Magistratsvorlage wird hierauf nachträglich genehmigt.

V. Zuschuß für einen Zweigcanal.

Daß am Siegesplatze Nr. 4 gelegene Grundstück der Hollandt'schen Erben entwässert zur Zeit noch in den offenen Burgmühlengraben. Nachdem Herzogl. Baudirection jetzt zugestanden hat, daß für das Grundstück innerhalb der Promenade ein besonderer Hauscanal angelegt werden darf, durch diesen, 81 m langen Canal aber etwa 960 M Kosten erwachsen, so hält es der Magistrat für billig, daß den Hollandt'schen Erben zu den ihnen in Folge Fehlens des Straßencanals auf der Südseite des Siegesplatzes erwachsenden erheblichen Kosten ein stadtseitiger Zuschuß von 240 M gewährt werde und giebt anheim, diesen Betrag zu bewilligen.

Wie Herr Wagner berichtet, empfiehlt die Finanzcommission die Genehmigung des Antrages. Es handle sich dabei um die Beseitigung eines Uebelstandes, der Jeder mit Freuden zustimmen werde und zwar um so mehr, als kürzlich in der Versammlung ein allgemeines Erstaunen über die z. B. bestehende unvorschriftsmäßige Entwässerung des hiesigen Staatsbahnhofes geherrscht habe. Der Magistrat werde um eine Aeußerung darüber gebeten, welche Schritte gethan seien, um diesem Uebelstande abzuhelpen und mit welchem Erfolge.

Herr Ahmann muß seinem Befremden Ausdruck geben, daß es den „armen“ Holland'schen Erben so lange gestattet sei, die Abwässer dem offenen Oergraben zufließen zu lassen. Es habe wohl Niemand geglaubt, daß hier solche Zuführung immer noch stattfinde; auch begreife er nicht, daß die Stadt noch einen Zuschuß leisten solle, wenn man dem Uebelstande endlich abhelfen wolle. Wenn geltend gemacht werde, daß an der Südseite des Siegesplatzes kein Canal liege, so bitte er um Aufklärung, ob in solchen Fällen stets Zuschüsse geleistet würden, denn aus besonderen Nothstandsücksichten brauche hier wohl die Stadt nicht zuzuschießen. Seiner Ansicht nach gehe die Sache zu weit. Wenn die Holland'schen Erben schon mehrere Jahre die Canalsteuer für das Grundstück erspart hätten, wären die 240 M. dadurch allein eingebracht. Er werde gegen die Vorlage stimmen.

Herr Wagner will darauf erwidern, daß in der Finanzcommission ebenfalls geäußert sei, es wäre nicht angebracht, den wohlhabenden Holland'schen Erben ein derartiges Entgegenkommen zu zeigen, jedoch sei man allgemein der Ansicht gewesen, daß hierbei auf die Vermögensverhältnisse keine Rücksicht genommen werden dürfe, sondern daß dem Einen recht, was dem Andern billig sei. Da nun der Magistrat erklärt habe, daß in solchem Falle Zuschüsse gewährt würden, so lasse sich nichts Anderes machen, als dem Antrage zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Die Sache liegt folgendermaßen: Jeder Bürger ist verpflichtet, auf seine Kosten einen Hausanschluß machen zu lassen. Von einem Hausanschlusse im gewöhnlichen Sinne kann hier aber keine Rede sein, denn ein so theurer Hausanschluß ist noch nirgend einem Hausbesitzer auferlegt worden, so daß Billigkeitsansprüche hier wohl vorliegen. Der Zuschuß ist durch den Umstand veranlaßt worden, daß die Stadt aus Ersparnißrücksichten auf der Südseite des Siegesplatzes keinen Canal hergerichtet hat, und könnte man darüber streiten, ob der Hausbesitzer verpflichtet sei, in solchem Falle einen so langen Canal zu legen. Nicht zutreffend war die Angabe des Herrn Ahmann, daß die Holland'schen Erben bislang die Canalsteuer für das Grundstück erspart hätten, da deren Grundstück, auf welchem noch andere Wohnhäuser mit Canalanschluß liegen, bereits zur Steuer herangezogen ist.

Nun hat Herr Wagner vom Magistrate eine Erklärung wegen der Entwässerung des Hauptbahnhofes gewünscht. Ich nehme um so lieber Ver-

anlassung, diese Sache kurz zu besprechen, als nach der letzten Berathung über diesen Gegenstand in der Stadt die Ansicht entstanden war, der Magistrat hätte vergessen, daß gleiches Recht für Alle gelte. Das haben wir aber noch nicht vergessen, wie ich beweisen werde. Wir haben am 16. November 1893 das frühere Königliche Eisenbahn-Betriebsamt aufgefordert, den Hauptbahnhof an das Canalnetz anzuschließen und haben dieses Ersuchen im Jahre 1894 noch drei Mal wiederholt. Darauf hat das Betriebsamt ein Project eingereicht, das der Magistrat unterm 25. Mai 1895 genehmigte. Da mit der Ausführung nicht begonnen wurde, so ist unterm 19. December 1895 an die Ausführung erinnert. Unterm 14. Januar 1896 theilte die Eisenbahndirection Magdeburg dem Magistrate mit, es seien mehrere Projecte über den Umbau des Bahnhofes ausgearbeitet, da aber noch nicht feststehe, welches Project gewählt würde, so möge man einstweilen von der Ausführung der Canalisation Abstand nehmen, weil möglicherweise die — angeblich auf 40 000 bis 50 000 M veranschlagten — Kosten sonst weggeworfen sein würden. Der Magistrat hat dann allerdings Bedenken getragen, der Direction gegenüber eine Befristung ausdrücklich zuzugestehen, er hat aber einstweilen die Sache ruhen lassen, weil uns bekannt geworden war, daß das Project in nächster Zeit eingehen würde. Das Bahnhofproject ist Anfang 1897 eingegangen und hat zu eingehenden Erörterungen geführt; das erste Project wurde Seitens der Stadt beanstandet und ein neues Gegenproject eingereicht, eine Entscheidung darüber ist aber noch nicht getroffen. Nun waren wir der Ansicht, daß im Laufe der Verhandlungen über den Umbau des Hauptbahnhofes, insbesondere darüber, welches Project vorzuziehen sei, das Aufwerfen der Frage nach der Canalisation des jetzigen Bahnhofes nicht zweckmäßig sein würde. Das wird auch von der Versammlung anerkannt werden müssen, denn hätten wir im Laufe der Umbau-Verhandlungen die Canalisationsfrage hineingeworfen, so hätte man uns doch gesagt: Wollen wir nicht erst abwarten, welches Project zur Ausführung kommt? Darüber ist nun allerdings leider eine lange Zeit ins Land gezogen, ohne daß die Umbaufrage zur Erledigung gekommen wäre, und sie ist auch heute noch nicht erledigt. Der Magistrat hat nun, als seiner Zeit hier von einigen Herren mit grobem Geschütz vorgegangen wurde und eine Anfrage wegen der Verzögerung der Canalisation erfolgte, ohne einen Beschluß der Versammlung abzuwarten, sich sofort an die Eisenbahndirection gewandt und ihr mitgetheilt, so und so geht es uns in der Versammlung, und gesagt, wir wollen kein Fehl daraus machen, wenn wir den Verlauf der Verhandlungen wegen des Umbaues gekannt hätten, würden wir die Entwässerung nicht ruhen gelassen haben. Darauf ist zunächst keine Antwort erfolgt, nach nochmaliger Erinnerung hat die Direction Magdeburg vor 14 Tagen einen Vertreter hierher geschickt, um mit uns zu verhandeln. Der Vertreter hat sich Namens der Direction bereit erklärt, die Mittel für die Canalisation beim Minister zu erbitten; ob es aber zur Entwässerung

kommen wird oder nicht, das steht allerdings dahin. Wir sind der Ansicht, wenn es auch wirklich nicht dazu kommen sollte, so wird doch die Neuaufwerfung der Frage ein kräftiger Antrieb sein, die Umbaufrage des Bahnhofes wieder einmal zur Verhandlung zu bringen und hoffe ich, daß dieser Erfolg nicht ausbleibt. Der Vertreter erwähnte auch, ob man nicht einen provisorischen Canal bauen könne; nach dem, was ich gehört habe über die voraussichtliche Dauer des Umbaues, es wurden mir von einem Fachmann 8—10 Jahre genannt, bin ich zu der Ansicht gekommen, daß man allerdings vielleicht einen provisorischen Canal werde in Erwägung ziehen müssen, vorausgesetzt, daß die Eisenbahndirection einen angemessenen Zuschuß leistet. Darüber schweben aber noch die Verhandlungen.

Herr Löschigk möchte anfragen, ob die Bedürfnisanstalt am Siegesplatze auch in den Okergraben entwässere.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß für diese Anstalt ein besonderer Canal bestehe, in den das Holland'sche Haus aber nicht entwässern könne.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

VI. Ausbau und Uebernahme der Straße an der Neustadtmühle.

Nach Vollendung des Ausbaues der Okerstraße ist in Folge des starken Gefälles an ihrem Ostende ein Ausbau und insbesondere eine Erhöhung der anstoßenden Straße „an der Neustadtmühle“, zugleich damit aber auch eine Verbreiterung der benachbarten Okerbrücke dringend erforderlich geworden. Ueber die Abtretung des hierbei in Frage kommenden staatlichen Terrains an die hiesige Stadtgemeinde ist mit der Herzogl. Baudirection ein Vertragsentwurf vereinbart worden, welcher als annehmbar zu bezeichnen ist, der Magistrat beantragt daher zunächst, dem Abschlusse des Vertrages zuzustimmen.

Für den Ausbau der Straße, sowie die Verbreiterung der Brücke ist folgendes Project in Aussicht genommen: Die Fahrbahn der Straße erhält eine Breite von 8 m, der Fußweg von je 3 m. Der nordöstliche Fußweg kann hierbei in Folge der tiefen Lage des Schornsteins und der Kohlenschuppen der Neustadtmühle nur theilweise in der Höhe der angrenzenden und zu erhöhenden Fahrbahn angelegt werden, während der unmittelbar an den Schuppen grenzende Theil des Fußweges in der jetzt vorhandenen Höhe zu erhalten ist. Der Höhenunterschied zwischen den beiden Fußwegtheilen soll durch eine Futtermauer aus Cementbeton mit eisernem Abschlußgelenk vermittelt werden; außerdem ist eine Treppe unmittelbar vor der Thür zum Kohlenschuppen vom oberen bis zum unteren Theile des Fußweges in Aussicht genommen. Für die Okerbrücke wird eine Verbreiterung um 3,50 m beabsichtigt und läßt sich dadurch eine nützliche Breite von etwa 9,60 m erzielen. Nach der demnächstigen Niederlegung des Hauses *N* 1199

würden Straße und Brücke noch weiter zu verbreitern sein. Als Befestigung der Fahrbahn ist schiefwinkliges Gabbropflaster und als Befestigung der Fußwege Gußasphalt auf Betonunterlagen vorgesehen; die Kosten für die Verbreiterung der Brücke sind auf 1500 M, diejenigen für den Ausbau der Straße auf weitere 5750,²⁵ M veranschlagt, und empfiehlt der Magistrat bei Ermittlung der Anliegerbeiträge die Brückenbaukosten nicht zu berücksichtigen. In diesem Falle würden die Anliegerbeiträge voraussichtlich 111,⁴⁴ M für 1 m Frontlänge betragen. Der weitere Antrag des Magistrates geht dahin, dem Ausbau der genannten Straße und der Verbreiterung der benachbarten Straße über den Neustadtmühlengraben zuzustimmen und die Kosten zu insgesammt 7250,²⁵ M zu verwilligen, die Vertheilungsberechnung zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die Straße zur Ortsstraße erklärt werde.

Wie Herr Nieß berichtet, hat die Baucommission gegen die Vorlage nichts zu erinnern gefunden und giebt deren Genehmigung anheim.

Herr Seele möchte anfragen, ob sich nicht eine Durchführung der Fahrbahn bis nach der Promenade hin ermöglichen lasse.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß der Versuch hierzu wohl unternommen, aber mißglückt sei, daß jedoch ein neuer Versuch vielleicht Erfolg habe. Das Project sei übrigens so gedacht, daß die Fahrbahn nach der Promenade jederzeit gebaut werden könne.

Herr Lord findet, daß die Vorlage in Bezug auf die Verbesserung der Gegend nicht das Richtige treffe. Nach dem vorliegenden Plane werde die Brücke durch ihre Verbreiterung aus der Achse der Straße hinausgeschoben; es hätte deshalb die Verbreiterung auf der anderen Seite der Brücke, wo z. B. allerdings ein Haus im Wege stehe, vorgenommen werden müssen. Da nun der Verkehr eine Verbreiterung der Brücke nicht bedinge, so möchte er vorschlagen, die Vorlage abzulehnen und nur eine Instandsetzung der Passage durchzuführen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß es für bedenklich halten, ein Provisorium zu schaffen und dadurch der Stadt die Möglichkeit zu nehmen, einen großen Theil der Kosten den Anliegern zur Last zu legen. Sobald nämlich eine Straße als Ortsstraße ausgebaut werde, müßten die Anlieger die Kosten mit tragen, sonst nicht. Die Verbreiterung der Brücke müßte allerdings eigentlich nach der anderen Seite hin erfolgen, da hier jedoch ein Haus im Wege stehe, welches der Stadt gehöre und noch anderweit benutzt werde, so wolle man davon z. B. absehen. Im Uebrigen halte er es für ganz selbstverständlich, daß die Brücke später auch noch auf ihrer Ostseite verbreitert werde, jedoch erscheine es nothwendig, jezt erst einmal die eine Seite der Brücke zu verbreitern, um zu ermöglichen, daß sich auf derselben zwei Wagen begegnen können, ohne die Passanten zu gefährden. Er bitte daher, dieses einstweilen als Abschlagszahlung entgegenzunehmen, da man

sonst noch lange auf eine Verbesserung der Passage warten könne, indem die Herzogliche Baudirection die Schaffung neuer Zugangswege nach der Promenade hin nicht liebe.

Herr Seele will auch bitten, die Vorlage nicht abzulehnen. In Bezug auf den Verkehr habe er zu bemerken, daß dort ein sehr lebhafter Fußgängerverkehr namentlich durch die Schule an der Okerstraße herrsche und die Passanten leicht in Gefahr geriethen, sobald ein Wagen die Brücke passire.

Der Vorlage wird darauf zugestimmt.

VII. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Dem Antrage der Wittve Höppner auf Erlaß der Steuer für einen Ziehhund stimmt die Versammlung, nach Befürwortung durch den Herrn Vorsitzenden, zu.

VIII. Klageerhebung.

Auf Ansuchen des Gärtners Kortegast ist für das an der Goslarischenstraße Nr. 19 gelegene Grundstück eine gepflasterte Einfahrt über den Fußweg unter Aufwand von 143,93 M hergerichtet worden und hat der Genannte sich verpflichtet, diese Schuld in monatlichen Theilbeträgen von 10 M zu tilgen. Nachdem derselbe schon die ersten Raten sehr unpünktlich bezahlt hat, ist er mit der October- und Novemberrate trotz Mahnung im Rückstande geblieben. Dem Antrage des Magistrates, ihn zur Klageerhebung gegen Kortegast zu ermächtigen,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Vorsitzenden zu.

IX. Schaffung einer gesonderten Canalbau-Abtheilung.

Im Hinblick auf die dauernde und voraussichtlich stetig steigende Ueberlastung des Vorstandes der Tiefbauabtheilung beantragt der Magistrat, daß das Canalbauwesen von dem Straßenbau getrennt und zu einer besonderen Abtheilung der städtischen Bauverwaltung gemacht werde, befürwortet aber, daß dem Inhaber des danach neu zu schaffenden Vorsteheramtes ausdrücklich die Verpflichtung aufzuerlegen sei, nach Bestimmung des Magistrates die Verwaltung auch eines Straßenbaubezirkes zu übernehmen.

Nach dem Berichte des Herrn Schöttler hat die Statutencommission die beabsichtigte Theilung der Tiefbauabtheilung als zweckmäßig anerkannt und giebt die Genehmigung der Vorlage anheim. Die in der Commission angeregten Bedenken hinsichtlich der Zweckmäßigkeit einer Theilung des Straßenbaues zwischen zwei selbstständige Abtheilungen habe der Magistrat widerlegt und hervorgehoben, daß keine Gefahr darin liege, weil die örtliche Abtrennung der Straßenbauangelegenheiten so getroffen werden könnte, daß keine Collisionen zu befürchten seien und außerdem auch der Stadtbaurath als oberste Instanz vorhanden sei. Auf das fernere Be-

denken, ob eine Vermehrung der Instanzen nicht etwa für das Publicum, welches mit Straßenbauten zu thun habe, unangenehm sein könnte, habe der Magistrat erwidert, daß solches unbegründet erscheine, da auch bei der jetzigen Einrichtung ein mehrmaliges Aufreißen der Straßen nicht zu vermeiden gewesen sei, um eine vollständige Sperrung derselben zu verhindern. Der Verkehr auf solchen Straßen lasse sich meist nur dann aufrecht erhalten, wenn deren Instandsetzung bezw. Ausbau nach einander und nicht gleichzeitig stattfinde. Jedenfalls könne durch eine örtliche Theilung des Straßenbaues ein unnöthig wiederholtes Aufreißen der Straße nicht wohl herbeigeführt werden.

Die Vorlage wird darauf gutgeheißen.

X. Mobiliarbeschaffung für Bürgerschulen.

Mit dem Beginne des Schuljahres 1902/03 ist in der 2. mittleren Mädchenbürgerschule an der Sidonienstraße für zwei erste Classen und in der 3. mittleren Knabenbürgerschule am Hohenstiege für die zweite Classe die Neubeschaffung von Classenmobiliar erforderlich und werden dafür 2950 M. gefordert. Dem Ersuchen des Magistrates, einen Credit in dieser Höhe zu Lasten des nächstjährigen Etats der Bürgerschulcasse schon jetzt zu bewilligen,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Schulcommission, für welche Herr Müller berichtet.

XI. Grenzregulirung am Magnithore.

Nach dem bereits genehmigten Projecte wegen Errichtung eines neuen städtischen Museums — Seite 18 des Berichtes über die Sitzung vom 25. April 1901 — springt die nordöstliche Ecke des Bauwerkes etwas über die jetzige Grenze des Bauplatzes in das angrenzende Promenadenterrain vor, weshalb in dem Projecte eine entsprechende Grenzregulirung vorgesehen war, die gleichzeitig eine Verbreiterung der Straße am Magnithore im Gefolge haben sollte. Da dem Magistrate indessen eine so wesentliche Verbreiterung dieser Straße nicht erforderlich erscheint, zumal sie auch die Aufwendung sehr erheblicher Pflasterkosten im Gefolge haben würde, so bringt derselbe eine anderweite Fluchtilinie in Vorschlag, nach welcher der Straße „am Magnithore“ eine 1,14 a große Fläche zuzulegen sein würde. Bei Durchführung dieses Projectes würde die Stadt eine 1,31 a große Fläche der Promenade zu erwerben und eine 29 qm umfassende Fläche an den Staat abzutreten haben. Die Herzogliche Baudirection hat sich mit diesem Terraintausch unter folgenden Bedingungen einverstanden erklärt: Für beide Flächen wird ein Einheitspreis von 45 M. pro qm gezahlt, so daß die Stadt an den Staat 4590 M. baar herauszuzahlen hat, auch übernimmt die Stadt die Kosten der grundbuchamtlichen Regelung der Angelegenheit. Außerdem trägt sie die Kosten der Aenderung an der Einfriedigung ihres Grundstücks und die Kosten der geplanten Verlegung des angrenzen-

den Fußwegeß. Diese wegebaulichen Arbeiten, ebenso die Beseitigung der in Wegfall kommenden und die Anpflanzung neuer Alleeabäume erfolgt auf Kosten der Stadt durch die Promenadenverwaltung und zwar nach Ausführung des Museumsbaues. Für etwaige während dieses Baues den Promenaden erwachsende Schäden hat die Stadt aufzukommen.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß die Stadt auf diese und einige andere nebensächliche Bedingungen eingehen kann und ersucht, das Abkommen zu genehmigen, sowie die zu seiner Ausführung erforderlichen Mittel von 4590 M Grunderwerbs- und 5500 M Straßenbaukosten, zusammen 10090 M mit der Maßgabe zu verwilligen, daß auch diese Summe im Laufe der nächsten 20 Jahre in Gemäßheit des Beschlusses vom 25. April d. Js. aus dem Schulhausbaufonds dem Extraordinarium erstattet werde.

Nach dem Berichte des Herrn Nieß giebt die Baucommission Genehmigung dieser Vorlage anheim.

Herr Koch möchte, unter Bezugnahme auf seinen Antrag vom 6. Juni d. Js. — Seite 71 des Berichtes — nochmals um baldige Ausführung der projectirten Verbreiterung der Straße am Magnithore ersuchen. Die Straße sei schon jetzt sehr stark mit Fuhrwerken belastet und werde durch den Museumsbau noch weit stärker belastet werden, so daß es sich empfehle, die Verbreiterung vor der Inangriffnahme dieses Baues durchzuführen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bittet, es bei der Vorlage zu belassen, damit diese Sache weiter komme. Da die Bedingungen für die Regulirung der Grenzen von der Herzogl. Baudirection vorgegeschrieben seien, so würde bei einer Aenderung derselben eine Stockung eintreten, so daß diese Erdarbeiten, welche ebenfalls als Nothstandsarbeiten in Aussicht genommen seien, auch noch nicht zur Ausführung kommen könnten.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XII. Aufnahme eines Proceßes.

Zwecks Beitreibung der von dem Uhrmacher Oppermann für 1900/01 rückständig gelassenen Gemeinde-Einkommen- und Kirchensteuer zu 9,06 M hat der zuständige Executor in der Wohnung des Schuldners einen Federtransportwagen gepfändet, welcher ihm von der Ehefrau Oppermann als im Eigenthum ihres Mannes stehend ausdrücklich bezeichnet war. Gleichwohl hat die Frau Oppermann gegen den Magistrat Klage auf Freigabe des Wagens mit der Begründung erhoben, daß derselbe ihr Eigenthum sei, und auch einen Gerichtsbeschuß dahin erwirkt, daß nach einer Sicherheitsleistung von 5 M. der gepfändete Wagen vor Entscheidung des angestregten Proceßes nicht versteigert werden dürfe. Die 5 M. sind indeß nicht hinterlegt und so ist der Wagen mit einem Erlöse von 25,50 M öffentlich ver-

steigert worden. Da jetzt die Frau Oppermann auf Zahlung einer Entschädigung von 150 M klagt, so wird die Versammlung ersucht, der Aufnahme des Processes zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, geschieht.

XIII. Baulichkeiten auf dem Wirthschaftshofe an der Taubenstraße.

Die städtischen Gespanne haben müssen dem vorliegenden Bedürfnisse entsprechend auf 30 vermehrt werden, und giebt sich der Magistrat der Hoffnung hin, daß die Aufwendung der durch die Vermehrung der Gespanne erwachsenen Mehrausgaben bei der Rechnungslegung nicht weiter beanstandet werden wird. Da dieser Pferdebestand dauernd heibehalten werden muß, so empfiehlt die Straßenreinigungs-Deputation die Erbauung eines neuen Krankenstalles für 4 Pferde mit der Begründung, daß der bisherige Krankenstall hat dauernd in Benutzung genommen werden müssen. Außerdem hat sich schon seit längerer Zeit das Bedürfnis herausgestellt, die Zahl der zur Unterbringung der Fahrgeräthe dienenden Schuppen zu vermehren, weshalb in Aussicht genommen ist, die Außenmauer des vorhandenen östlichen Schuppens zu verlängern und an dieser Mauer sodann einen Schuppen und einen Krankenstall aufzuführen. Diese Bauten lassen sich für 6000 M herstellen und können voraussichtlich noch im bevorstehenden Winter fertig gestellt werden. Es wird daher die Verwilligung dieser Summe anheimgegeben.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Sander berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XIV. Antrag Stegmann: Bereitstellung von Mitteln zur Beschäftigung Arbeitsloser.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

- 1) zur schleunigen Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten als erste Rate 30 000 M zu bewilligen,
- 2) seine Zustimmung zur Einsetzung einer zehnköpfigen gemischten Deputation zur Organisation der Arbeitslosen-Beschäftigung zu geben.“

Zur Begründung führt Herr Stegmann etwa Folgendes aus: Nachdem sich die Regierungen verschiedener Bundesstaaten mit der Frage der Arbeitslosen-Beschäftigung befaßt haben, war es selbstverständlich, daß auch der hiesige Magistrat der Frage nähertreten mußte. Die von dem Herrn Oberbürgermeister in Aussicht gestellte Beschäftigung reicht aber nicht im Entferntesten hin, um den hier herrschenden Nothstand zu beseitigen, da nur etwa 50 Arbeiter davon Nutzen haben

können. Das hiesige Gewerkschafts-cartell hat eine freiwillige Zählung der Arbeitslosen vorgenommen und haben sich bei demselben 407 gelernte und 275 ungelernte, zusammen 682 Arbeiter gemeldet, wovon 217 verheirathet waren. Diese Zahlen sind um so höher anzuschlagen, als zu berücksichtigen ist, daß die Bauarbeiten noch im Gange gemessen sind. Andererseits stellen die Zahlen aber auch die Arbeitslosigkeit nicht in dem Maße dar, wie sie thatsächlich vorhanden ist, weil es nicht Jedermanns Sache ist, sich bei solcher Zählung zu melden und Mancher auch kein Interesse daran zeigt. Nach ungefährrer Schätzung sollen sich 400 Arbeitslose bei der Zählung nicht gemeldet haben, welche Zahl näher begründet wird. Ein ähnliches Resultat haben die Erhebungen der Handelsammer ergeben. Dort ist festgestellt worden, daß am 15. October in 28 Betrieben 609 Arbeiter weniger als im Vorjahre beschäftigt wurden. Der beste Maßstab für die Arbeitslosigkeit ist wohl das Arbeitsamt. Im October 1900 waren 315 Arbeitgeber verzeichnet, während sich 322 Arbeiter gemeldet hatten, und im October 1901 betrugen diese Zahlen 312 bezw. 443. 665 Arbeitergesuche blieben bis jetzt unerledigt und 675 konnten keine Stelle bekommen. Viele Arbeiter melden sich aber überhaupt nicht bei dem Arbeitsamte. Da sich annehmen läßt, daß sich die Zahl der Arbeitslosen bald verdoppeln wird, so leuchtet es ein, daß unbedingt Hülfe geschaffen werden muß und dürfte es auch Pflicht des Staates sein, Arbeiten in Aussicht zu nehmen. Außerdem wäre es nothwendig, daß auf dem Gebiete der socialen Reform nicht gebremst und daß eine Arbeitslosen-Versicherung eingeführt würde. Jetzt, nachdem der Polltarif zur Verhandlung kommt,

Der Herr Vorsitzende ersucht, bei dem Gegenstande zu bleiben.

Herr Stegmann: Da der Staat seine Schuldigkeit nicht thut, so muß die Commune eingreifen. Wenn ich beantragt habe, zu dem Zwecke 30000 M als erste Rate einzustellen, so mag das eine große Summe scheinen, aber in Anbetracht der Größe der Arbeitslosigkeit ist sie noch gering, und es muß später noch mehr bewilligt werden, da wir jetzt nur den Anfang der Krisis haben. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Antrages bitte ich um sofortige Beschlußfassung. Die beim Schulhausbau zu beschäftigenden 50 Arbeiter können gegen die tausend Arbeitslosen keinen großen Ausschlag geben, weshalb wir heute schon den Magistrat ersuchen müssen, eine größere Anzahl von Arbeitern zu beschäftigen, von denen viele seit Wochen und Monaten arbeitslos sind. Eine Armenunterstützung wollen diese Leute nicht, sondern sie wollen Gelegenheit erhalten, ihren Lebensunterhalt zu erwerben.

Was den zweiten Theil des Antrages betrifft, so bezweckt derselbe eine gemischte Deputation einzusetzen, welche sich über die einschlägigen Verhältnisse orientiren, also z. B. auch die Größe der Arbeitslosigkeit beobachten soll, um später geeignete Vorschläge auf Abhülfe-maßnahmen machen zu können. Außerdem

möchte ich bitten, auch die Braunschweigische Regierung zu ersuchen, zur Frage der Arbeitslosen Stellung zu nehmen. Es könnten vielleicht auch dort Arbeiten vorhanden sein, welche in Folge der Arbeitslosigkeit schon jetzt in die Hand genommen werden können. Auch würde es angebracht sein, wenn sich der Magistrat an die Eisenbahn-Verwaltung wendete, damit diese keine Entlassungen vornähme. Eine Verkürzung der Arbeitszeit soll hier schon in den Werkstätten vorgenommen sein. Ferner würde es zu empfehlen sein, wenn in der Zeit des Weihnachtsverkehrs die Post nicht Soldaten, sondern Arbeitslose einstellte, um diesen den Verdienst zukommen zu lassen, und bitte ich, daß sich der Magistrat dieserhalb mit der Postverwaltung in Verbindung setzt. Die Behauptung der Postverwaltung, daß sie bei den Arbeitslosen nicht mit zuverlässigen Leuten zu thun habe, ist wenig stichhaltig, da sich unter den Arbeitslosen zuverlässige Leute in hinreichender Zahl vorfinden. Außerdem müßten gewisse Arbeiten hier ausgeführt werden, so hat z. B. ein hiesiger Unternehmer, welcher 10—15 Leute mit der Anfertigung von Trottoirplatten beschäftigt, erklärt, er müßte diese Leute entlassen, weil der Staat die Platten aus Holzwinden beziehen wolle. Wenn man die Leute auf die Armenverwaltung verweist, so muß dabei berücksichtigt werden, daß es nicht Jedermanns Sache ist, solche Unterstützung zu nehmen und daß es noch nicht die schlechtesten Leute sind, welche diese zurückweisen. Lassen Sie uns die Sache nicht verschieben, sondern heute verhandeln, damit die Leute nicht bis Weihnachten auf der Straße liegen und hungern müssen, sondern wenigstens so viel verdienen, um dem Weihnachtsfeste, diesem Feste der Liebe, nicht mit Kummer entgegensehen zu müssen.

Für den genügend unterstützten Antrag wird die Dringlichkeit beschlossen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Antrag ist unbedenklich und hat gar keine materielle Bedeutung. Der Herr Vorredner erinnert sich wahrscheinlich, daß schon bestimmte Credite bewilligt worden sind, welche verwendet werden können. Wir haben noch einen ziemlichen Geldvorrath zu verschiedenen Arbeiten, welche noch auszuführen sind und auch ausgeführt werden können. Außerdem halten wir uns nach der bisherigen Gebahrung der Versammlung für ermächtigt, solche Arbeiten, die im Principe genehmigt sind, auch ausführen zu lassen. (Zustimmung.) Deshalb habe ich z. B. nicht erklärt, den Grund und Boden zu der neuen Schule schon jetzt zu Lasten des nächstjährigen Etats ausheben lassen zu wollen, indem ich vorausgesetzt habe, daß ich zu dieser Ausgabe nachträglich die Genehmigung erhalten würde. (Zustimmung.) Wir werden also Nothstandsarbeiten einrichten und werden, wenn uns die Zeit fehlen sollte, die erforderlichen Mittel bewilligen zu lassen, nachträglich um Indemnität bitten.

Herr Hauswaldt: Ich bin selbstverständlich der Ansicht, daß die Stadt nach ihren Kräften für Arbeit zu sorgen hat, sobald Noth eintritt; ich halte es

aber für verfehlt, wenn die Stadt allein vorgeht, und müssen wir den Magistrat ersuchen, sich bei dieser Sache mit der Landesregierung zusammenzuthun. Wir müssen mit dem Lande zusammengehen, denn wenn wir einseitig vorgehen, würden wir keinen Erfolg haben und auch Gefahr laufen, daß die Arbeitslosen aus den übrigen Städten des Landes hierher kämen, um Arbeit zu erhalten. Von dem Antrage läßt sich nur das Eine annehmen, daß der Magistrat ersucht werde, sich an die Regierung zu wenden, um mit dieser die Schritte zu überlegen, welche bei vorhandenem Nothstande einzuschlagen sind.

Herr Stadtrath von Frankenberg: Es ist entbehrlich, eine Deputation, wie sie der Antrag wünscht, einzusetzen, da sich der Magistrat an den Ausschuß für das städtische Arbeitsamt wenden könnte, wenn er sich Rath holen will. Da diesem Ausschusse 4 Arbeitgeber und 4 Arbeitnehmer angehören, so bin ich der Ansicht, daß der Magistrat eben so gut mit diesem Ausschusse wird operiren können, wie mit einer neuen Deputation, zumal der Ausschuß schon über gewisse Erfahrungen verfügt.

Herr Günther: Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters klingen heute schon anders, als das letzte Mal, wo derselbe jeden Nothstand in Abrede stellte. Mit dem, was der Herr Oberbürgermeister heute versprochen hat, ist aber noch nicht gesagt, ob nun auch wirklich für alle Arbeitslosen gesorgt wird, denn es ist deren eine große Zahl, während die vom Magistrate in Aussicht genommenen Arbeiten bei Weitem nicht hinreichen, um die Zahl der Arbeitslosen zu beschäftigen. Wenn durch eine Hinausschiebung des Schulbaues die dort zu beschäftigenden 50 Mann nicht gleich hätten in Arbeit treten können, so wäre das so schlimm nicht geworden, weil dieselben dann mit anderer Arbeit hätten beschäftigt werden können. Aus diesem Grunde würde die beantragte Commission dem Magistrate nutzbringend zur Seite stehen können. Bei Annahme des Antrages werden wir ein gutes Stück vorwärts kommen und manchem Uebelstande abhelfen.

Herr Rieke: Wenn ich einer Commission das Wort rede, so leitet mich dabei Folgendes: Bei früheren Nothstandsarbeiten in Karlsruhe zc. habe ich die Beobachtung gemacht, daß man mit den getroffenen Einrichtungen und Anordnungen zuerst kein Glück hatte. Nachher hat man sich damit geholfen, von je 10 Mann einen auszuwählen, der die Aufsicht hatte, und soll sich dieses Verfahren sehr gut bewährt haben. Es wurde auch früher einmal erwähnt, daß bei den Nothstandsarbeiten das alte Bürgerholz soll sehr theuer gekommen sein; das ist aber nicht zu verwundern, denn wenn Sie einen Schneider oder Buchdrucker mit solchen Arbeiten beschäftigen, so werden diese nicht auf ihren Lohn kommen. Andererseits können und wollen wir aber auch den Magistrat nicht verpflichten, allen Beschäftigungslosen Arbeit zu geben. Mit einer solchen Commission würde die Sache im Interesse der

Stadt und der Arbeitslosen vor sich gehen, ich kann mich aber auch mit dem Vorschlage des Herrn Stadtraths von Frankenberg befriedigt erklären.

Herr Födel: Es scheint mir selbstverständlich zu sein, daß auch Seitens der Regierung Maßnahmen erwogen werden, wie dem Nothstande abgeholfen werden kann. Bei den angestellten Erhebungen hat sich gezeigt, daß der Nothstand sich keineswegs auf unser Land, sondern ausschließlich auf die Stadt Braunschweig erstreckt und zwar zumeist auf die Eisenindustrie. Nun würde ich dem Antrage auf Bewilligung einer Summe gern das Wort reden, wenn es möglich wäre, vorzuschlagen, wie die gewerblichen Arbeiter in geeigneter Weise beschäftigt werden könnten. Gewerbliche Arbeiter, welche lange Jahre hinter dem Schraubstocke gestanden haben, sind nämlich für Arbeiten im Freien, also namentlich für Erdarbeiten, welche in genügender Masse vorliegen, außerordentlich schwer zu gebrauchen. Wer immer unter Dach und Fach gearbeitet hat, kann in dieser Jahreszeit nur höchst selten dauernd und mit Erfolg zu Erdarbeiten im Freien benutzt werden und wird bald die Krankencasse belasten. Wenn uns Arbeiten vorgeschlagen werden könnten, welche für gewerbliche Arbeiter geeignet wären, würde ich dringend für deren Ausführung eintreten; daran fehlt es aber. Aus den Veröffentlichungen der Handelskammer ist Ihnen bekannt, daß thatsächlich in einer ganzen Anzahl von Betrieben eine erhebliche Arbeiterzunahme gegen die Vorjahre zu constatiren ist und daß der Verlust an Arbeitern im Wesentlichen auf die Stadt Braunschweig entfällt. Das wird durch die bei der Landesversicherungsanstalt eingekommenen Beiträge bestätigt. Es sind nämlich eingezahlt:

im August 1898 =	94 000 M,	1899 =	98 000 M,	1900 =	104 000 M
	und 1901 =	108 000 M;			
im September 1898 =	99 000 M,	1899 =	105 000 M,	1900 =	105 000 M
	und 1901 =	104 000 M;			
im October 1898 =	105 000 M,	1899 =	99 200 M,	1900 =	111 400 M
	und 1901 =	114 700 M.			

Hiernach kann aber im Lande von einem Nothstande unmöglich die Rede sein, sondern er beschränkt sich im Wesentlichen auf die Stadt. Wenn es nicht möglich ist, bestimmte Arbeiten, die sich auch für gewerbliche Arbeiter eignen, zu bezeichnen, so hat es auch keinen Zweck, eine Summe zu bewilligen, da der Magistrat schon erklärt hat, für Erdarbeiten genügende Mittel zu besitzen.

Herr Stegmann: Die richtigen Arbeiten auszuwählen, würde Sache der Deputation sein; jedoch bin ich auch bereit, auf den Antrag des Herrn Stadtraths von Frankenberg einzugehen. Eine Auswahl an Arbeiten zu treffen, wie Herr Födel will, wird nur in den wenigsten Fällen möglich sein, da es sich hauptsächlich

um Erdarbeiten handeln wird und etwas Anderes kaum zu machen sein dürfte. Diese Auswahl soll gerade die Deputation treffen. Wenn Sie mit der Einsetzung einer solchen aber nicht einverstanden sind, so nehmen Sie wenigstens den Vorschlag des Herrn Stadtraths von Frankenberg an.

Herr Bürgermeister Metemeyer: Ich will nur noch bemerken, daß der Magistrat das Recht für sich in Anspruch nimmt, nicht nur 30 000 M, sondern über 100 000 M zu dem fraglichen Zwecke zu verwenden, da ihm dieselben zur Verfügung stehen.

Herr Stegmann zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 8 Uhr.

1901|1902.N^o 11.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 19. December 1901.

Tagesordnung:

I.	Antrag Lange: Auslegung der §§. 65 und 66 der Landesbauordnung .	Seite 265
II.	Errichtung eines dritten Volksbades	" 265
III.	Rückzahlung von Canalbaukosten	" 266
IV.	Einsprachen gegen Aufhebung der projectirten Verbindungsstraße am fl. Exercierplatze	" 267
V.	Verlegung der Osterbrücke bei den städtischen Badeanstalten	" 269
VI.	Kosten für Reinigung des Galggrabens	" 271
VII.	Rückzahlung von Pachtzins für Benutzung von Staatsstraßenterrain	" 271
VIII.	Kosten für den Neudruck des Ortsbauplans	" 272
IX.	Grundsteuer-Erlaßgesuche	" 272
X.	Nachverwilligung von Druckkosten	" 272
XI.	Zulassung einer an der Weststraße projectirten Straße	" 273
XII.	Zuschuß an den Geschichtsverein des Herzogthums Braunschweig	" 278
XIII.	Ausbau zweier von der Eichthalstraße abzweigenden Straßenzüge	" 279
XIV.	Einbau von Schieberhähnen in das Rohrnetz der Wasserleitung	" 280
XV.	Aufnahme einer Klage	" 281
XVI.	Verkauf einer Fläche der Leonhardstraße	" 282
XVII.	Erhöhung des Schulgelbes der Fortbildungs- und Gewerbeschule	" 282

XVIII.	Bewilligung von Canalkosten	Seite 285
XIX.	Nachbewilligung von Kosten für die Brücke am Rosenthal	" 285
XX.	Beihilfe für den Verein gegen Bettelerei	" 286
XXI.	Antrag Pöplies: Einrichtung eines Wartezimmers beim Arbeitsamte	" 289
XXII.	Antrag Riefe: Zustandsetzung der Höfenstraße	" 290
XXIII.	Anfrage Riefe: Stand der Wohnungsenquête	" 290
XXIV.	Anfrage Stegmann: Zuangriffnahme von Nothstandsarbeiten	" 291
XXV.	Antrag Aßmann: Bewilligung von Mitteln für Nothstandsarbeiten	" 293
XXVI.	Wahl eines Mitgliedes der Baucommission	" 294
XXVII.	Geschäftsordnungs-Debatte	" 294

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pöckels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Göcke, Kathe, Koch, Lord, Wagner und Wollenweber.

Der Vorsitzende, Herr Semler, theilt nach Eröffnung der Sitzung zunächst mit, daß an Stelle des Herrn Engelbrecht der Regierungs-Baumeister Herr Otto Frühling als Mitglied in die Versammlung gewählt sei, und heißt denselben willkommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ersucht Herr Stegmann, öfter Sitzungen mit weniger umfangreichen Tagesordnungen abzuhalten und bei den zur Verhandlung gestellten Anträgen auch kurz deren Inhalt anzugeben. Außerdem empfehle es sich, die in einer Sitzung unerledigt bleibenden Punkte nicht an den Schluß der folgenden Tagesordnung zu setzen, sondern an deren Spitze, damit es nicht, wie bei einigen Anträgen seiner Freunde, den Anschein erwecken könne, als ob die Sachen absichtlich zurückgeschoben würden.

Nachdem der Herr Vorsitzende erwidert hatte, daß er dieses in Erwägung nehmen werde, theilt derselbe den Eingang folgender Schriftstücke mit:

- 1) Schreiben des Magistrates, nach welchem derselbe Bedenken tragen muß, dem Beschlusse der Versammlung vom 21. November 1901 — Seite 240 des Berichtes — in Betreff der Beschaffung von Kleiderschränken für die Arbeiter des städtischen Wirthschaftshofes, Folge zu geben, weil für die zu beschaffenden 41 Schränke die vorhandenen Räume und Gebäude nicht ausreichten. Aber auch, wenn nur für die 25 Fahrer Schränke beschafft werden sollten, würden die Räume nicht genügen, ohne wesentliche Beeinträchtigung des Zweckes derselben. Die Kleidungsstücke ließen sich auch ohne Schränke gut unterbringen und die Fahrer hätten bis auf einen erklärt, daß sie auf die Beschaffung von Kleiderschränken verzichteten.

- 2) Die Hannoversche Baugewerk-Vereinsgenossenschaft, Section III Braunschweig, übersendet mit Bezug auf die von Herrn Riefe in der Sitzung vom 10. October 1901 — Seite 204 des Berichtes — gethanen Aeußerungen ein Schreiben des Vorstandes dieser Vereinsgenossenschaft folgenden Inhalts: Unter Bezugnahme auf die von einem Stadtverordneten gemachte Aeußerung über die diesseits angeordnete Controle theilen wir mit, daß der Rechnungsbeamte Lompeck am 7. und 9. September in der Wohnung des Maurereibetriebs-Inhabers Riefe erschienen ist, um dessen Lohnbuch zu revidiren, beide Male aber denselben nicht angetroffen hat. Bei einer kürzlich wiederum stattgefundenen Controle wurde festgestellt, daß Riefe, obwohl er einen Gesellen und zeitweise auch einen Arbeitsmann beschäftigte, bis jetzt keinerlei Eintragungen in seinem Lohnbuche gemacht hat und wird dieser Umstand Veranlassung geben, eine Ordnungsstrafe über ihn zu verhängen.

Ein Antrag des Herrn Aßmann auf Besprechung des unter 1 aufgeführten Magistrats-Schreibens findet nicht die genügende Unterstützung.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Antrag Lange: Auslegung der §§. 65 und 66 der Landesbauordnung.

Der in der Sitzung vom 17. October 1901 — Seite 224 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag ist von der Baucommission vorberathen worden und berichtet namens derselben Herr Riefe: Nachdem Herr Bürgermeister Kete-meyer in der Commission seine Meinung dahin kundgegeben habe, daß das Herzogliche Staats-Ministerium ohne Mitwirkung der Landesversammlung nicht in der Lage sei, eine Erklärung in der von Herrn Lange gewünschten Richtung abzugeben, habe sich Herr Lange mit einer entsprechenden Aenderung seines Antrages einverstanden erklärt. Hiernach empfehle die Baucommission, den Magistrat zu ersuchen, an zuständiger Stelle dahin wirken zu wollen, daß der §. 65 der Landesbauordnung folgenden Zusatz erhalte: „Da wo der Betrieb eines gewerblichen Unternehmens es erfordert, kann die zuständige Behörde von der Erfüllung der Bestimmungen dieses Paragraphen absehen.“

Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

II. Errichtung eines dritten Volksbades.

Dem Antrage der Versammlung vom 11. Januar 1900 entsprechend ist neben dem Neubau der städtischen Gewerbeschule an der Ritterstraße ein Bauplatz zur Errichtung eines dritten Volksbades freigelassen, auch ist zur theilweisen Bestreitung der Baukosten in den diesjährigen Haushaltsplan die Summe von 24000 M eingestellt worden. Die Kosten eines solchen Volksbades sind unter Zugrundelegung

eines der Genehmigung der Versammlung unterbreiteten Projectes zu 38 500 M und, wenn die Wände der Badezellen nicht aus Beton, sondern aus doppelseitig glasierten Barnsteinen gefertigt werden, auf 40 000 M veranschlagt worden. Da der Magistrat das letztere Material für zweckmäßiger hält, so giebt derselbe anheim, dieses Project zu genehmigen und dafür 31 000 M zu verwilligen. Von den übrigen 9000 M wird das Herzogliche Staats-Ministerium 3000 M und der Verein für das Wohl der arbeitenden Classen 6000 M aufbringen. Wegen Deckung der noch nachzubewilligenden 7000 M behält sich der Magistrat einen besonderen Antrag vor.

Namens der Finanzcommission empfiehlt Herr Hauswaldt die Genehmigung der Vorlage.

Herr Hßmann muß es für an der Zeit halten, daß endlich die Stadt die Verwaltung der Brausebäder selbst in die Hand nehme, da die Hauptausgabe auch von der Stadt bestritten werde. Es solle damit der bisherigen Leitung kein Tadel ausgesprochen werden, sondern er wolle nur zum Ausdruck bringen, daß es die Pflicht und das Recht der Stadt sei, die Sache selbst zu leiten und daß nicht ein einzelner Verein als Vertreter dieser Badeanstalten gelten dürfe. Dabei wolle er nicht unerwähnt lassen, daß der Wunsch auf Errichtung eines großen städtischen Winter-Schwimmbades durch diese Brausebäder nicht in den Hintergrund gedrängt werden möchte.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

III. Rückzahlung von Canalbaukosten.

Im Jahre 1899 ist auf Kosten des Maurermeisters Albert Wiethake der Canal der Giesmaroderstraße mit einem Kostenaufwande von 874,69 M um 55 m verlängert worden. Da die Vorbedingungen erfüllt sind, giebt der Magistrat anheim, der Rückzahlung dieses Betrages aus der Canalbaucaße zuzustimmen,

welchem Antrage sich Herr Hauswaldt im Namen der in der Sitzung zugegen gewesenen Mitglieder der Finanzcommission anschließt.

Herr Günther möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß seitens des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege kürzlich gegen den Magistrat insofern ein Tadel ausgesprochen worden sei, als man behauptet habe, es seien verschiedene wohlhabende Leute mit ihren Grundstücken noch nicht an das Canalnetz angeschlossen und sie würden hierzu auch vom Magistrate nicht angehalten. Wenn diese Behauptung zutreffe, so sei das außerordentlich traurig und möchte er in diesem Falle den Magistrat ersuchen, die Namen der betreffenden Leute zu nennen und den Anschluß derselben baldigst zu erzwingen, damit von ihnen die Oer nicht weiter verunreinigt würde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Erklärung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in dieser Form nicht abgegeben sei, der Verein habe vielmehr an den Magistrat geschrieben, er hätte erfahren, daß eine größere Zahl hiesiger Einwohner ihre Grundstücke noch nicht an das Canalnetz angeschlossen hätten, vielmehr ihre Abwässer nach wie vor der Oker zuführten, und bäte er um Uebersendung eines Verzeichnisses dieser Leute, um dem Magistrate in dieser Angelegenheit behülflich sein zu können. Darauf habe der Magistrat erwidert, daß ein derartiges Verzeichniß nicht geführt würde, weil ihm solche Grundstücke nicht bekannt seien, und würde er dem Vereine für die Einsendung seines Verzeichnisses dankbar sein, da die betreffenden Einwohner dann schon seitens des Magistrates gezwungen werden würden, den Anschluß zu bewerkstelligen. Richtig sei es, daß eine Anzahl von Grundstücken thatsächlich nicht an den Canal angeschlossen seien und zwar aus ganz besonderen Gründen, die in jedem einzelnen Falle geprüft worden seien. Das Wesentliche liege aber bei der Aeußerung des Herrn Günther darin, daß die Oker durch diese Grundstücke nach wie vor verunreinigt werden solle. Wenn indessen Herr Günther die Fälle, in welchen der Magistrat im Einvernehmen mit der Herzoglichen Polizei-Direction Befristungen erteilt habe, prüfen würde, so würde derselbe wohl auch zu der Ueberzeugung kommen, daß er die Befristungen ebenfalls erteilt hätte, weil nämlich ein Zwang gegen diese Leute nichts Anderes gewesen wäre, als eine ganz erhebliche Belastung von zum größten Theile mit Gütern nicht besonders ausgestatteten Leuten, bei denen die Abwässer innerhalb größerer Gartenflächen genügend gereinigt würden. Der Vorwurf sei also unbegründet.

Herr Günther hofft, daß die Anregung genüge, um möglichst alle Grundbesitzer zu veranlassen, ihre Grundstücke dem Canalnetz anzuschließen. In dem Vereine für öffentliche Gesundheitspflege sei dann auch noch über den hiesigen Gesundheitsrath gesprochen worden. Wenn derselbe so functionire, wie dort erörtert worden sei, würde es allerdings das Beste sein, ihn ganz aufzuheben, da sein Zweck verfehlt sei, sofern seit vielen Jahren keine Sitzung stattgefunden habe. Der Gesundheitsrath würde z. B. sehr geeignet sein, bei der Wohnungs-enquete mitzuwirken. Er ersuche den Magistrat, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Gesundheitsrath öfter einberufen werde.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

IV. Einsprachen gegen Aufhebung der projectirten Verbindungsstraße am kleinen Exercierplatze.

Gegen die von den städtischen Behörden beschlossene Aufhebung der Verbindungsstraße zwischen der Spielmannstraße und dem kleinen Exercierplatze sind seitens

der Rentner Schacht und Wohlgemuth, sowie des Tischlermeisters Kohlberg und des Bücherrevisors Wesendorf Einsprachen erhoben worden. Dieselben stützen sich im Wesentlichen darauf, daß ihnen durch die Aufhebung des Straßenprojectes eine so vortheilhafte Ausnutzung ihrer benachbarten Grundstücke, wie sie solche bislang erhofft hätten, unmöglich gemacht würde. Da die Straße im Interesse des öffentlichen Verkehrs nicht nöthig ist und Privatinteressen bei Ausgestaltung des Ortsbauplans als maßgebend nicht angesehen werden können, so giebt der Magistrat Zurückweisung der Einsprachen anheim,

welchem Antrage sich Herr Ebeling namens der Baucommission unter näherer Begründung anschließt.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will hierzu mittheilen, daß die Herren Schacht und Wohlgemuth heute Morgen zu Protocoll erklärt hätten, den Straßenzug auf eigene Kosten ausbauen lassen zu wollen. Hierdurch werde indessen die Rechts- und die Sachlage in keiner Weise beeinflusst. Nachdem die zuständigen Behörden die Straße für entbehrlich erklärt hätten, habe die Stadt keine Veranlassung mehr, auf die Herrichtung derselben, sei es auf Kosten der Stadt oder der Unternehmer, Bedacht zu nehmen. Etwa zehn Jahre habe die Stadt gewartet, ohne daß Jemand sich bereit erklärt habe, die Straße auszubauen, worauf beschlossen sei, dieselbe aufzuheben und das ehemals Wiegandt'sche Grundstück dem Staate behufs Errichtung eines chemisch-technischen Laboratoriums zur Verfügung zu stellen: es stehe jetzt also das Interesse des Staates dem pecuniären Interesse einzelner Anlieger gegenüber und da könne es nicht zweifelhaft sein, daß man hier sage, das staatliche Interesse gebe den Ausschlag, nachdem von maßgebender Seite erklärt worden sei, daß dem Staate dringend daran liege, das Grundstück für das Polytechnicum zu bekommen. Außerdem sei mit der von den beiden Anliegern abgegebenen Erklärung der Stadt auch noch gedient. Eine Straße auf eigene Kosten auszubauen, dazu fänden sich schon Leute, aber es handle sich um die Bedingungen, unter denen das geschehen solle, und davon wäre die erste, ob die Genannten auch bereit seien, für das städtische Grundstück den Preis zu zahlen, welchen der Staat bezahlen wolle und den die Stadt haben müsse. Darüber sei aber nichts gesagt worden. Sodann habe die Stadt auch allgemein den Grundsatz aufgestellt, wenn sie zur Förderung der Vauspeculation bei der Anlegung von Straßen ihre Hülfe leihe, so müßten die Unternehmer etwa zehn Jahre hindurch sämtliche Kosten tragen. Diese Bedingung würden die Herren vielleicht auch nicht übernehmen. Er bitte deshalb, dem Antrage auf Verwerfung der Einsprachen zuzustimmen,

was seitens der Versammlung geschieht.

V. Verlegung der Okerbrücke bei den städtischen Badeanstalten.

Verschiedene Anlieger der Eisenbüttlerstraße haben gebeten, es möchte die zur Zeit zwischen den beiden Badeanstalten befindliche Holzbrücke, deren Beseitigung beschlossen ist, behufs Schaffung einer kürzeren Verbindung der Eisenbüttlerstraße mit der Innenstadt in der Nähe der Militärbadeanstalt wieder aufgebaut werden. Der Magistrat ist hiermit einverstanden, sofern die Antragsteller die zu 3000 M veranschlagten Kosten für den Abbruch und den Wiederaufbau der um zwei Öffnungen zu erweiternden Brücke einzahlen, auch für die Herrichtung des Weges auf dem westlichen Ufer ihrerseits Sorge tragen. Die Brücke würde aber dauernd im Eigenthume der Stadt bleiben und von Jedermann unentgeltlich als Fußweg benutzt werden dürfen. Zur Verhütung des Fahrens mit Karren, Handwagen u. auf der Brücke sollen an beiden Enden derselben einige Treppenstufen angebracht werden. Die Versammlung wird ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Nach dem Berichte des Herrn Buchler empfiehlt die Baucommission Annahme der Vorlage. Da es sich hier naturgemäß nur um ein Provisorium handle, so sei die Lage der Brücke so projectirt worden, daß bei der demnächstigen Herstellung einer definitiven Brücke die Legung einer Nothbrücke nicht erforderlich werde.

Herr Ribbentrop: Bei dem letzten Hochwasser habe sich gezeigt, daß der höchste Stand des Wassers bei den Eisenbüttler Mühlen um 6—8 cm höher gewesen sei, als bei Wolfenbüttel, am 12. Juli 1898. An diesem Tage sei das Wasser der Oker so hoch gestiegen, daß die Centrale in Gefahr gekommen sei, zu ersaufen und die Häuser an der Hohen Wörrh gefährdet worden seien. In Folge der Anschüttungen im Bürgerparke und der Anlegung eines Weges, welcher nach der Eisenbüttler Mühle führe, sowie der hier geplanten Treppenanlage werde dieses in Zukunft noch schlimmer werden, indem dadurch eine Einengung des Okerbettes veranlaßt und eine Stauung hervorgerufen sei. Die Anschüttungen im Bürgerparke haben zwischen dem Teiche und der Oker eine so wesentliche Erhöhung veranlaßt, daß die Oker bei einer Wasserhöhe wie im Juli 1898 sich an der Erhöhung getheilt und zwischen Holst's Garten und der Badeanstalt sich ein neues Bett gegraben haben würde. Wenn er auch ohne Nivellement das nicht bestimmt behaupten könne, so halte er doch eine genaue Prüfung der Frage für unerläßlich und stelle daher folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, in Erhebungen darüber einzutreten, welchen Einfluß die Anschüttungen und der Einbau der Treppenanlage des projectirten Weges im Bürgerparke auf die Stauverhältnisse der Oker oberhalb und unterhalb der Eisenbüttler Mühlen haben“.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Durch die Anlage der beiden kleinen Treppen werde wohl für Braunschweig eine Hochwassergefahr nicht entstehen, wohl aber würde eine Beeinträchtigung des Wasserlaufes möglich sein, wenn man auf beiden Seiten der Brücke große Anschüttungen machte, um die Treppen zu vermeiden. Die Brücke solle noch um zwei volle Oeffnungen erweitert werden, so daß von einer Einengung des Flußbettes keine Rede sein könne. Was sodann die gegen die Anschüttungen im Bürgerparke allgemein erhobenen Bedenken anlange, so wolle er dazu Folgendes bemerken: Daß durch diese Aufschüttungen der wilde Wasserlauf etwas geändert worden, müsse anerkannt werden, denn früher seien bei Hochwasser die Wiesen bei Eisenbüttel stets überfluthet worden. Es frage sich aber, ob ein Grundbesitzer sich solche Ueberschwemmungen dauernd gefallen lassen müsse. Da der Stadt eine Verpflichtung, die Wiesen in ihrem früheren Zustande zu belassen, nicht auferlegt sei, so sei sie auch nicht gehalten, von einer Erhöhung des Terrains abzusehen, zumal doch der Grundeigenthümer sich gegen eine Uebersfluthung seines Terrains wohl wehren dürfe. In derselben Lage wie die Stadt sei aber auch der Vorstand der Straßeneisenbahn gewesen, als derselbe sein Grundstück bei Eisenbüttel erhöht habe. (Zustimmung.) Im Uebrigen sei in der letzten Sitzung der Parkdeputation darauf hingewiesen worden, daß man sich die Anlage des Bürgerparkes so gedacht habe, daß in demselben verschiedene tiefe Stellen bleiben sollen, durch welche sich das Hochwasser ergießen könne. Was die Gefährdung der Centrale durch das Hochwasser anlange, so liege die Ursache hauptsächlich darin, daß bei ihrer Anlage die Hochwasserverhältnisse nicht genügend berücksichtigt seien und dieselbe weiter aus der Erde hätte herausgearbeitet werden müssen.

Herr Böschigt möchte bitten, an zuständiger Stelle auf eine entsprechende Verbreiterung der verschiedenen Thorbrücken hinzuwirken, da der Verkehr auf einigen derselben geradezu lebensgefährlich sei.

Herr Ebeling ist schon lange bemüht gewesen, die Zugänglichkeit des Bürgerparkes mehr zu heben. Bedauerlich sei es, daß in Folge der Wasserverhältnisse nicht eine Erhöhung des Weges unter Vermeidung der Treppenstufen möglich sei. Daß aber durch letztere eine Hochwassergefahr heraufbeschworen werden könne, treffe nicht zu, weil ein erhebliches Hochwasser die kleinen Treppen bald wegschwemmen würde. Er bitte um Annahme der Magistratsvorlage.

Herr Ribbentrop bittet, seine Ausführungen als durch das rein sachliche Interesse veranlaßt aufzufassen. Die Frage sei schon deshalb zu einer brennenden geworden, weil Wolfenbüttel beabsichtigen solle, die sogenannten Schwedendämme zu beseitigen. Ein jeder Einbau in die Oker übe einen unheilvollen Einfluß auf die Niveauverhältnisse des Hochwasserstandes aus.

Nachdem Herr Buchler noch bemerkt hatte, daß die Hochwassergefahr auch in der Commission erörtert worden sei und daß eine Ueberschwemmung des Terrains oberhalb Eisenbüttels mit dem unterhalb liegenden tieferen Niveau nichts zu thun habe,

wird die Magistratsvorlage, unter Ablehnung des Antrages Ribbentrop, genehmigt.

VI. Kosten für Reinigung des Galgrabens.

Der durch jahrelang fortgesetzte Einführung von Abwässern verschlammte Galgraben ist auf Veranlassung des Magistrates von der Verwaltungsdeputation der Feldmarksgemeinde Hagen gereinigt worden, und giebt der Magistrat anheim, die hierfür geforderte Entschädigung von 206,80 M nachträglich zu verwilligen,

welchem Antrage sich Herr Südel anschließt.

Herr Stegmann will darauf hinweisen, daß die Reinigung des Trottoirs der Petristraße zu wünschen übrig lasse und er bitten möchte, die zuständige Stelle zu ordnungsmäßiger Reinigung anzuhalten.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

VII. Rückzahlung von Pachtzins für Benutzung von Staatsstraßenterrain.

Nach §. 9 der Straßenpolizeiordnung vom 4. October 1872 sollte die für vorübergehende Benutzung von Straßenterrain zu erlegende Gebühr in den allgemeinen Pflasterfonds fließen. Diese Vorschrift ist aber niemals befolgt worden, sondern die Gebühr wurde in Gemäßheit einer im Jahre 1873 getroffenen Verabredung mit dem Vertreter der Herzoglichen Polizeidirection durch einen städtischen Beamten erhoben und der hieraus angesammelte Fonds von 13 220,80 M im Jahre 1881 auf Beschluß der städtischen Behörden dem Extraordinarium der Stadtcasse einverleibt. Da hierdurch der Stadt eine ungerechtfertigte Bereicherung zu Theil geworden ist, so ersucht die Herzogliche Baudirection, die Stadt möchte nachträglich wenigstens diejenigen Beträge mit rund 6000 M herauszahlen, die sie bis zum Jahre 1880 für Benutzung von Staatsstraßenterrain erhoben habe. Der Magistrat empfiehlt, aus Billigkeitsrücksichten dem Ersuchen stattzugeben und sich mit der Rückzahlung der 6000 M einverstanden zu erklären.

Wie der Herr Vorsitzende ausführt, ist man in der Statutencommission der Meinung gewesen, daß man sich nicht auf die Verjährung berufen, sondern dem Vergleichsvorschlage zustimmen solle,

welcher Ansicht die Versammlung durch Genehmigung der Vorlage beitrith.

VIII. Kosten für den Neudruck des Ortsbauplanes.

Seit mehreren Jahren tritt im Betriebe der städt. Bauverwaltung der Mangel eines Planes zu Tage, welcher die jetzige Situation der Innen- und Außenstadt, die derzeitige Lage des Straßenprojectes und der Parcellirung in den für die Stadterweiterung zunächst in Betracht kommenden Theilen auf zusammensetzbaren Blättern in dem bisher üblichen Maßstabe von 1 : 1500 darstellt. Die städt. Bauverwaltung hält deshalb den Neudruck des Ortsbauplanes für unvermeidlich und empfiehlt, demselben eine von der seitherigen unübersichtlichen Eintheilung abweichende und zugleich den Bedürfnissen der nächsten Jahrzehnte mehr entsprechende Anordnung der Sectionen zu geben, in der Weise, daß das ganze Stadtgebiet in Rechtecke von 1200×800 m Seitenlänge eingetheilt wird. Für 25 Exemplare dieses Neudruckes werden 6500 M aufzuwenden sein. Der Magistrat ersucht, dem Antrage der städt. Bauverwaltung zuzustimmen und die dadurch erwachsenden, zu 6500 M veranschlagten Kosten zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Kiefe giebt die Baucommission anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Stegmann möchte den Wunsch aussprechen, auch den Mitgliedern der Versammlung je ein Exemplar dieses neuen Ortsbauplans auszuhändigen. Ebenso wäre es nothwendig, den Stadtverordneten die städtischen Statuten zu überweisen, was bei ihm nur zum kleinen Theile geschehen sei, während z. B. Herr Ohlendorf gar nichts bekommen habe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß die Erfüllung des ersten Wunsches für unmöglich halten, da nur 25 Exemplare des großen Ortsbauplanes, der nur für die städt. Bauverwaltung und das Stadtbauamt Werth habe, beschafft werden sollten. Den Mitgliedern der Versammlung sei früher auch nicht dieser, sondern der einheitliche Ortsbauplan überwiesen worden. Wegen des Fehlens der städtischen Statuten könne er im Augenblicke keine Auskunft geben.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

IX. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Das Gesuch des Herrn Friedrich Meyer um Erlaß der Steuer für einen Wachhund wird verworfen und das Gesuch des Herrn Fritz Pfennig um Steuererlaß für einen Anfang April eingegangenen Hund genehmigt.

X. Nachverwilligung von Druckkosten.

Die schon früher im Betrage von 1940 M bewilligten Kosten für die Herausgabe von Abt Berthold Meier's Legenden und Geschichten des Klosters St. Aegidien in Braunschweig sind, wie sich bei Fertigstellung des Buches herausgestellt hat,

um 441,⁹⁰ *M* überschritten worden. Diese Ueberschreitung ist einmal auf den unvorhergesehenen Umfang der Einleitung des Buches und sodann auf die ebenfalls über Erwarten hohe Forderung der Firma Drugulin für Correcturen zc. zurückzuführen. Die Einleitung, für welche zwei Bogen in Aussicht genommen waren, ist $5\frac{1}{4}$ Bogen stark geworden. Da der Magistrat die Ueberschreitung als gerechtfertigt anerkennen muß, ersucht derselbe, nicht nur diese Summe, sondern außerdem noch 406,²⁰ *M*, welcher Betrag im vorjährigen Etat noch disponibel, aber irrtümlich in den diesjährigen Etat nicht übertragen war, zusammen also 848,¹⁰ *M* zu verwilligen.

Wie Herr Hauswaldt namens eines Theiles der Finanzcommission berichtet, werde Niemand, der die Einleitung des hier fertig vorliegenden Buches lese, bedauern, daß der Stadtarchivar die ursprünglich in Aussicht genommene Seitenzahl derselben überschritten und alle die ihm aufgestoßenen Momente zu Papier gebracht habe. Das Buch sei geradezu eine Perle von einer culturgeschichtlichen Abhandlung der Stadt Braunschweig und könne nur dringend empfohlen werden, dasselbe und namentlich dessen Einleitung einmal zu lesen. Herrn Professor Hänßelmann könne man nur dankbar sein, daß er durch die Einleitung den Durchschnittsleser erst in den Stand setze, die Geschichte des Buches zu verfolgen. Das im Verlage von Zwißler in Wolfenbüttel erschienene Buch werde 16 *M* kosten, wovon die Hälfte in die Stadtcasse zurückfließe, so daß die Ueberschreitung der Stadt wohl wieder zu Gute kommen werde. Persönlich möchte er die Bitte an den Magistrat richten, nicht nur der Stadtbibliothek zwei Exemplare, sondern auch anderen öffentlichen Bibliotheken der Stadt, z. B. Lehrerbibliotheken, ein Exemplar des Buches zu überweisen, damit ein derartig hervorragendes Werk leicht zugänglich gemacht werde. Wenn auch der Inhalt des Buches selbst nicht leicht zu lesen sei, so würde doch jeder Braunschweiger die Einleitung mit großem Genuße lesen. Er gebe anheim, die geforderte Summe nachzuverwilligen, was geschieht.

XI. Zulassung einer an der Weststraße projectirten Straße.

Die Braunschweigische Baugenossenschaft beabsichtigt, das jenseits der Landes-eisenbahn an der Südseite der Weststraße gelegene Areal zu erwerben und zu bebauen. Bevor das geschieht, ersucht die Genossenschaft um Auskunft, ob und eventuell unter welchen Bedingungen die städtischen Behörden die dort projectirte Straße zuzulassen bereit seien. Da die Genossenschaft nur Wohngebäude mit kleineren Wohnungen zu bauen beabsichtigt, so hält der Magistrat eine stadtseitige Förderung des Unternehmens für zulässig und zwar in der Weise, daß das Gasrohr, dessen Verlegung voraussichtlich nur zum Zwecke der Straßenbeleuchtung erforderlich wird, auf Kosten der Stadt verlegt werde, im Falle der Befestigung

der Fahrbahn mittels Kleinpflasters und Herrichtung eines 1,5 m breiten Plattenbelages auf den Fußwegen der Genossenschaft Unterhaltungskosten nicht zur Last gelegt werden und ebensowenig Kosten für Reinigung und Beleuchtung der Straße, sowie für die Abfuhr des Hausabfalls. Die Versammlung wird ersucht, der Zulassung der dort projectirten Straße unter den vorstehenden Bedingungen zuzustimmen.

Namens der Baucommission beantragt Herr Nieß die Genehmigung der Vorlage.

Herr Meyerhoff muß sich dagegen verwahren, daß die Baugenossenschaft von den Kosten für Unterhaltung und Instandsetzung des Trottoirs befreit bleiben solle, während man diese Kosten anderen Anliegern auferlege. Die Bestrebungen der Baugenossenschaften mögen im Allgemeinen sehr schön sein, dieselben seien aber niemals in der Lage gewesen, den Bedarf an kleinen Wohnungen auch nur annähernd zu decken. So z. B. hätten die verschiedenen Berliner Baugenossenschaften — darunter eine schon im Jahre 1848 gegründete — bis jetzt im Ganzen nur 8751 Wohnungen hergestellt, welche Zahl in Berlin noch nicht einmal dem Bedarfe eines halben Jahres entspreche. Das von diesen Baugenossenschaften verbrauchte Capital von 39½ Millionen Mark falle durchaus nicht in die Waagschale. Eine Wohnungsnoth sei übrigens weder hier, noch in anderen Städten vorhanden, denn eine in sämtlichen deutschen Städten veranstaltete Enquete habe ergeben, daß nirgends Wohnungsmangel herrsche. Wer seine Wohnung bezahlen könne, werde hier stets unterkommen. Schon durch die Herleihung des Baucapitals zu 3½ % würden die Baugenossenschaften gegenüber den Privat-Bauunternehmern bevorzugt und möchte er bitten, in dieser Weise nicht weiterzugehen.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß Herr Meyerhoff die Vorlage anscheinend nicht richtig verstanden habe. Es handle sich um Folgendes: Wenn ein Unternehmer eine Straße ausbauen wolle, so lege ihm die Stadt für eine Reihe von Jahren die Kosten der Unterhaltung zc. zur Last, von welchem Brauch hier eine Ausnahme gemacht werden solle, weil die Baugenossenschaft im Interesse der Allgemeinheit wirke. Im Uebrigen seien die Anlieger der außenstädtischen Straßen nach dem neuen Straßen-Baustatut nicht mehr verpflichtet, zur Unterhaltung der Straßen beizutragen. Der Magistrat stehe auf dem Standpunkte, daß es gut sei, die Baugenossenschaft zu fördern, denn obwohl eine Wohnungsnoth nicht bestehe, sei in einer Beziehung doch ein Mangel vorhanden und der betreffe die Beschaffenheit vieler Wohnungen. Eine große Zahl kleinerer Wohnungen befinde sich nämlich in einem so menschenunwürdigen Zustande, daß in dieser Beziehung Wandel geschaffen werden müsse und der Magistrat deshalb für zulässig halte, die Baugenossenschaft in ihrem Bestreben auf Schaffung gesunder kleiner Wohnungen zu fördern. So lange sich nicht Unternehmer finden, welche sich damit befassen,

solche Wohnungen zu bauen, an denen hier Mangel sei, könne auch die Stadt bei diesen nicht fördernd eingreifen. Eine Unterstützung der Baugenossenschaft halte er immer noch für rationeller, als wenn die Stadt dazu übergehe, selbst Wohnungen zu bauen, was später hier vielleicht auch noch geschehen werde.

Herr Abmann kann eine Unterstützung der Baugenossenschaft nur mit Freuden begrüßen, sofern diese ihre Einrichtungen so treffe, daß nicht einzelnen, sondern allen Mitgliedern derselben die Wohlthaten zu Gute kommen. Früher sei dieses bedauerlicherweise hier nicht der Fall gewesen, jedoch werde es wohl nicht mehr lange dauern, bis auch die hiesige Baugenossenschaft sich der modernen Bewegung aller übrigen deutschen Baugenossenschaften anschließe und die Ausbeute ihrer Häuser nicht mehr einzelnen Leuten überlasse. Jetzt könne ja der Eigenthümer eines Hauses der Baugenossenschaft mit demselben schalten und walten, wie jeder andere Hausagrarier. Mit den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Netemeyer sei er im Uebrigen vollständig einverstanden und freue er sich, daß solche Worte am Magistratsstische gefallen seien. Eine weitere Förderung der Baugenossenschaften seitens des Magistrates sei zu wünschen und werde sich die Commune auch noch entschließen müssen, selbst solche Häuser zu bauen. Was die Wohnungs-enquete anlange, so scheine ihm der Beschluß der Versammlung nicht richtig ausgeführt zu sein, denn er habe angenommen, daß der Magistrat der Versammlung noch einmal mit Vorschlägen kommen würde, ehe er zur Ausführung der Enquete geschritten sei. Da viele menschenunwürdige Wohnungen existiren, so müßten auch alle Bestrebungen auf Beseitigung derselben unterstützt werden. Der Magistrat würde sich ein Verdienst erwerben, wenn derselbe die Baugenossenschaft darauf aufmerksam machen wollte, daß sie besser thäte, ihre Häuser selbst zu verwalten. Wenn Herr Meyerhoff diese Sache von seinem Standpunkte aus abfällig beurtheile, so bedeute das für ihn nichts und meine er, daß man den Baugenossenschaften in Berlin alle möglichen Unterstützungen müßte zu Theil werden lassen, damit sie mehr Wohnungen als bisher beschaffen könnten. Gute Wohnungen bei billigen Preisen seien in allen Stadttheilen, wo Arbeiter wohnen müßten, recht knapp und finde man meistens solche Wohnungen, wie sie Herr Bürgermeister Netemeyer geschildert habe. Jeder Unterstützung, welche für die Baugenossenschaft gefordert werde, wolle er gern zustimmen, sofern die von ihm bezeichnete Bedingung erfüllt werde.

Herr Meyerhoff kann die Wohnungen der Baugenossenschaft nicht billiger finden, als sie in Privathäusern angeboten werden. Da Herr Bürgermeister Netemeyer erklärt habe, der Magistrat würde Privatunternehmern in gleicher Weise, wie der Baugenossenschaft entgegenkommen, wenn sie Häuser mit kleinen Wohnungen bauen wollten, so werde er sich bemühen, es auf eine Probe ankommen zu lassen, jedoch glaube er nicht, daß die Landesbrandversicherung diesen die Hypothekencapitalien zu $3\frac{1}{2}$ % herleihen werde.

Herr Blasius findet es erfreulich, daß der Magistrat die Baugenossenschaft in der angegebenen Weise unterstützen wolle und möchte bitten, privaten Bauunternehmern dieselbe Unterstützung zu Theil werden zu lassen, da gesunde und billige Wohnungen hier noch sehr nöthig seien.

Herr Südel ist einigermaßen erstaunt, daß Herr Asmann über das Wesen der Baugenossenschaft so wenig unterrichtet zu sein scheine. Bislang seien allerdings die Häuser der Genossenschaft an ihre Mitglieder theils durch das Loos, theils nach einer größeren Anzahlung abgegeben, jedoch niemals als sofortiges Eigenthum derselben. In das Eigenthum eines solchen Hauses trete das betr. Mitglied erst dann, wenn es ein Drittel der gesamten Hypothek des Hauses zurückgezahlt habe. Neuerdings sei nun durch Beschluß der Generalversammlung bestimmt worden, daß ein Theil der neuen Genossenschaftshäuser im Besitze der Baugenossenschaft verbleiben solle und lasse sich in anderer Weise nicht vorgehen, weil sonst Mittel nicht gefunden werden würden. Durch die jetzige Einrichtung sei es auch ermöglicht worden, daß Männer aus Arbeiterkreisen ihre Ersparnisse in diesen Häusern anlegen könnten. Selbst wenn nun aber Jemand in den wirklichen Besitz eines Hauses gelangte, so sei er doch durch Vertrag gehalten, den Bestimmungen der Baugenossenschaft in Betreff des Miethwerthes der Wohnungen nachzukommen, widrigenfalls ihm der Vorzug der billigen Hypothek entzogen werden würde. Damit habe aber die Baugenossenschaft wohl Alles gethan, was möglich sei. Wenn heute noch das Princip allgemein durchgeführt werden sollte, die fertiggestellten Häuser im Besitze der Baugenossenschaft zu belassen, so würde Letztere binnen Kurzem genöthigt sein, ihre Thätigkeit erheblich einzuschränken. Von Privatunternehmern seien hier wohl auch Häuser mit billigen Wohnungen errichtet worden, jedoch in einer Art und Weise, daß schon wegen ihrer ganzen Ausstattung Leute, die auf Ordnung halten, dort nicht gern wohnen wollten, während die Häuser der Baugenossenschaft in Ordnung gehalten würden. Wenn die Mitglieder der Versammlung einmal irgend eines dieser Häuser besuchen wollten, würden sie sich überzeugen, daß wohl selten ein Miethhaus so wie diese Genossenschaftshäuser im Stande gehalten werde. Außerdem seien die Wohnungen thatsächlich billiger, als andere gleichwerthige Wohnungen. Als den Arbeitern verschiedener Etablissements vor dem Steintore die Miethpreise um 20—30 M jährlich gesteigert seien, habe sich die Baugenossenschaft bemüht, ein großes Grundstück an der Helmstedterstraße zu erwerben, was ihr auch gelungen sei; jedoch habe sie dort bis auf zwei Häuser noch nichts thun können. Er bitte um Annahme der Magistratsvorlage.

Herr Nieß will Herrn Südel Recht geben, daß der Zustand der neuerdings von der Baugenossenschaft errichteten Häuser gegenüber den in den 70er Jahren erbauten Häusern den Vorzug verdiene, jedoch sei dieses nur zu einem Theile der Genossenschaft selbst zu verdanken, während zum anderen Theile die Bestimmungen

der Bauordnung die Besserung veranlaßt hätten. Man müsse auch berücksichtigen, daß die privaten Bauunternehmer nicht in der Lage seien, zu denselben Preisen ihre Häuser herzustellen, wie die Baugenossenschaft und zwar einmal aus den schon angeführten Gründen und außerdem noch aus folgendem Grunde: Die Bauunternehmer seien in der Regel nicht schon im Voraus mit genügenden Mitteln ausgestattet, sondern erhielten dieselben erst durch Aufnahme von Hypotheken, wenn die Grundstücke fertig bebaut seien, während die Baugenossenschaft bei den Lieferanten einen solchen Credit besäße, daß diese zu so billigen Preisen lieferten, als ob Alles baar bezahlt würde. Es müßte auch anerkannt werden, daß die Wohnungen in den Genossenschaftshäusern etwas billiger, als in Privathäusern seien. Sollte übrigens die Genossenschaft dem hier gegebenen Rathe folgen und ihre Häuser sämmtlich selbst behalten und vermietthen wollen, so würde er der Versammlung nur empfehlen können, derselben nicht den geringsten Vorzug zuzugestehen, denn allein in dem bisherigen Verfahren der Baugenossenschaft liege für ihn das Moment zu einer Unterstützung derselben.

Herr Nieke findet in dem Vorgehen der Baugenossenschaft einen wesentlichen Fortschritt gegenüber verschiedenen ähnlichen Unternehmungen von privater Seite, weshalb er die Annahme der Vorlage nur empfehlen könne. Als z. B. in den 80er Jahren dem Bauunternehmer Jung 84 000 M Darlehn auf zehn Jahre unkündbar unter der Bedingung gegeben seien, Wohnungen im Preise von 180 bis 230 M zu bauen, da seien Wohnhäuser entstanden, in denen die Miether Leitern hätten benutzen müssen, um in ihre Wohnungen zu gelangen. Ferner sei bei Anlegung der Vergstraße das billige Terrain für 3,10 M pro qm dem Unternehmertum in die Hände gefallen und von ihm ausgeschlachtet worden, so daß der Magistrat hier mit seiner Ansicht vorbeigeschossen habe. Der damals von ihm und seinen Freunden gestellte Antrag, die Stadt möchte Häuser in eigener Regie bauen, sei abgelehnt worden. Hier biete sich nun Gelegenheit, daß auch auf diesem Gebiete gesündere Zustände eintreten könnten. Aus eigener Anschauung könne er bestätigen, daß die Häuser der Baugenossenschaft mit manchen Häusern concurriren könnten, welche von höher stehenden Leuten hergestellt seien, und gäbe er ersteren sogar den Vorzug. Das werde aber dazu führen, auch in jener westlichen Stadtgegend billigere und bessere Wohnungen zu schaffen. Dieser weitere Schritt der Baugenossenschaft werde hoffentlich veranlassen, daß der Staat bald mit der Stadt noch besser Hand in Hand gehe und sich herbeilasse, den Besitzern alter baufälliger Häuser ein Drittel des Brandcassenwerthes gegen die Bedingung zu erstatten, daß dieselben neu bauen.

Herr Asmann möchte gegenüber Herrn Züdel bemerken, daß er durchaus nicht beabsichtigt habe, die Verdienste der Baugenossenschaft und ihr erstrebenswerthes Ziel in ein schlechtes Licht zu stellen oder herabzuwürdigen, sondern er

habe nur darauf hingewiesen, daß er es nicht für richtig halte, die Häuser auf einzelne Leute übergehen zu lassen. Neu und angenehm zu hören sei ihm gewesen, daß die Landesbrandversicherung den niedrigen Zinsfuß nur gewähre, wenn sich der Eigenthümer des Hauses den Bedingungen der Baugenossenschaft unterwerfe. Herrn Meyerhoff gegenüber möchte er bemerken, daß ein Vergleich zwischen den Häusern der Baugenossenschaft und privater Unternehmer sehr zu Gunsten der ersteren ausfalle, da diese billigere und bessere Wohnungen aufweisen, als jene. Wenn einer der Vorredner sage, er würde der Baugenossenschaft jede Unterstützung verweigern, sobald sie ihre Häuser in eigener Verwaltung behalte, so genire ihn das nicht, da es sich hier um eine ganz rückschrittliche Anschauung handle. Jeder, dem das Wohl der arbeitenden Classen am Herzen liege, strebe darnach, daß der Staat solche Bestrebungen unterstütze, und werde es mit der Mehrheit der Versammlung auch ohne diesen einen Herrn gelingen, derartige Sachen zu fördern.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XII. Zuschuß an den Geschichtsverein des Herzogthums Braunschweig.

Der am 6. Mai d. Js. neu begründete Geschichtsverein für das Herzogthum Braunschweig hat es sich zur Aufgabe gemacht, die heimische Geschichte im weitesten Sinne, d. h. also auch Volkskunde, Rechts-, Cultur-, Wirthschafts- und Kunstgeschichte zu erforschen, ihre Kenntniß nach Kräften zu verbreiten und somit den geschichtlichen Sinn in allen Kreisen der Bevölkerung zu wecken und zu mehren. Nachdem das Herzogliche Staats-Ministerium dem Vereine einen größeren Zuschuß in Aussicht gestellt hat, ersucht derselbe auch den Magistrat um Gewährung einer jährlichen Beihülfe von 300 M. Der Magistrat seinerseits hält eine jährliche Beihülfe von 150 M. zunächst für ausreichend und giebt deren Bewilligung anheim. Ueber diesen Betrag hinauszugehen, erscheint demselben bei der derzeitigen Ungewißheit über die Bedeutung und den Werth der von dem Vereine geplanten Förderung der Heimathgeschichte nicht angezeigt zu sein.

Herr Blasius empfiehlt namens der Statutencommission, die von dem Vereine beantragte Summe von 300 M. zu verwilligen, da sowohl der Vorstand wie die Mitglieder des Vereins und dessen Vergangenheit gewährleisten, daß der Geschichte des engeren Heimathlandes durch den Verein eine gute Pflegestätte bereitet werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels will namens des Magistrats erklären, daß dieser eine Subvention von jährlich 150 M. einstweilen und bis dahin für angemessen halte, daß der Verein gezeigt habe, was er leisten wolle und könne. Zur Zeit fehle es noch an genügenden Anhaltspunkten hierfür und liege nur das Braunschweigische Magazin vor, welches in etwas beschränkter Weise fortgesetzt werden solle. Die Herausgabe des Magazins habe aber in den Händen des Staates verhältnißmäßig viel Geld gekostet, nämlich jährlich 4200—4500 M., was zum großen

Theile in der Remunerirung des Herausgebers und der Bezahlung der Artikel mit 6 S. für die Druckzeile liege. Der Verein werde in Zukunft das Magazin erheblich billiger herstellen können und erscheine aus diesem Grunde eine stadtseitige Subvention von 150 M. einstweilen ausreichend zu sein.

Nachdem Herr Blasius nochmals gebeten hatte, dem Vereine mit Rücksicht auf die erheblichen Druckkosten für das Magazin eine Beihilfe von 300 M. zu gewähren,

wird die Magistratsvorlage, unter Ablehnung des Antrages der Statutencommission, angenommen.

XIII. Ausbau zweier von der Eichthalstraße abzweigenden Straßenzüge.

Der Cementsteinfabrikant Becker hat gebeten, zwei von der Eichthalstraße abzweigende Straßenzüge auf seine Kosten zu Ortsstraßen ausbauen zu lassen. Es ist deshalb mit Herrn Becker ein Vertrag abgeschlossen worden, dessen Inhalt von den üblichen Vertragsbedingungen nur insofern abweicht, als dem Genannten Kosten für Unterhaltung, Reinigung und Beleuchtung der Straße, sowie Kosten für die Abfuhr des Hausabfalls nicht zur Last gelegt werden sollen; dagegen ist Herr Becker verpflichtet, auf seinen an die betreffenden Straßenzüge grenzenden Bauplätzen nur Wohngebäude mit Wohnungen im Werthe von höchstens 300 M. zu errichten.

Die Straßen sind 14 m breit projectirt und soll die 6,5 m breite Fahrbahn gepflastert werden. Die gesammten Kosten wurden zu 46 500 M. und die Anliegerbeiträge zu rund 148 M. für 1 m Frontlänge veranschlagt. Der Magistrat giebt anheim, den dieserhalb aufgenommenen notariellen Vertrag, sowie das Project und die Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen, auch der Erklärung der Straßen zu Ortsstraßen zuzustimmen.

Wie Herr Nieß berichtet, hat die Baucommission keine Einwendungen gegen die Vorlage zu erheben und giebt deren Genehmigung anheim. Das Abkommen mit dem Unternehmer bilde einen Versuch, einen Bauunternehmer zu veranlassen, einmal eine Anzahl von Häusern mit kleineren Wohnungen zu errichten.

Herr Asmann möchte anfragen, welche Garantien geboten seien, daß der Unternehmer die Wohnungen auch für einen angemessenen Preis vermiethe und nicht etwa für eine Wohnung 250 M. nehme, deren Werth nur 230 M. betrage.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will hierzu bemerken, daß der Unternehmer Becker nicht besser von der Stadt gestellt sei, als andere Unternehmer in gleichen Verhältnissen; so z. B. habe die Firma Krause & Stege bei dem Ausbau der verlängerten Rudolfstraße die gleichen Vergünstigungen zugebilligt erhalten. Demnach liege in dem Vorschlage des Magistrates nichts so Ungeheuerliches, weshalb aber auch von wesentlichen Gegenverpflichtungen keine Rede sein könne. Die von Herrn

Altmann erwähnte Möglichkeit könne allerdings hinterher vorkommen, jedoch müßte das mit in den Kauf genommen werden, da der Magistrat sich nicht darauf einlassen könne, dem Unternehmer Vorschriften über die Vermietung seiner Wohnungen zu geben. Wenn in diesen Häusern Wohnungen von nicht über 300 M eingerichtet würden, so sei der Vertrag als erfüllt anzusehen und werde die Unternehmercaution nicht eher herausgegeben, bis die Gesamtheit der Becker'schen Plätze in dieser Weise bebaut sei. Sollte Herr Becker hinterher zwei Wohnungen zu einer größeren zusammenlegen, so lasse sich dagegen auch nichts machen.

Herr Nieß möchte erwähnen, daß Herr Becker nach dem mit ihm abgeschlossenen Vertrage eine Caution von 10000 M zur Sicherstellung der ihm vom Magistrat auferlegten Bedingungen zu hinterlegen habe.

Herr Sander will bitten, in Zukunft den Plan über solche Straßenanlagen vorher auszuhängen und auch zu vervielfältigen, damit man sich ein richtiges Bild davon machen könne. Außerdem möchte er beantragen, die Straße nicht 14 m, sondern 16 m breit anzulegen, da nach einer früheren Erklärung vom Magistrats-tische alle Straßen im Princip mindestens 16 m breit angelegt werden sollen.

Herr Bürgermeister Kistemeyer erwidert, daß er sich in der Allgemeinheit nicht ausgesprochen habe. Das Stadtbauamt wolle allerdings thunlichst nur 16 m breite Straßen in Vorschlag bringen, wenigstens da, wo es sich um durchgehenden Verkehr handle, jedoch seien im Ortsbauplane noch eine Anzahl Straßen von 14 m Breite vorgesehen, da ein Beschluß, nur 16 m breite Straßen zuzulassen, nicht gefaßt sei. Bei Berücksichtigung der Verhältnisse in der betreffenden Gegend lasse sich aber annehmen, daß in den Straßen sich ein durchgehender Verkehr niemals entwickeln werde und demnach eine Breite von 14 m genüge. Da sich wohl kein Unternehmer finden werde, der in der Gegend eine 16 m breite Straße anlegen wolle, so bitte er um Ablehnung des Antrages Sander.

Herr Sander will dazu bemerken, daß ihm bei seinem Antrage die Bergstraße vorgeschwebt habe, welche einen recht tristen Eindruck mache. Da dieselbe indessen, wie er soeben vernehme, nur 10 m breit sein solle, so ziehe er seinen Antrag zurück.

Hierauf wird die Magistratsvorlage genehmigt.

XIV. Einbau von Schieberhähnen in das Rohrnetz der Wasserleitung.

Auf Antrag der Direction der Licht- und Wasserwerke ersucht der Magistrat, in das Rohrnetz der städtischen Wasserleitung drei weitere Schieberhähne einbauen zu dürfen, um zu verhüten, daß bei etwaigen Rohrbrüchen nicht zu lange Strecken abgestellt werden müssen. Vorgesehen sind zwei Schieberhähne auf dem Bültenwege und ein solcher auf der Goslar'schenstraße mit einem anschlagsmäßigen Kosten- auswande von 303,60 M.

Namens der in der Sitzung zugegen gewesenen Mitglieder der Finanzcommission giebt Herr Seele Genehmigung der Vorlage anheim.

Herr Nolte möchte anfragen, ob eine Mittheilung darüber schon möglich sei, wann etwa die neue Wasserleitung in Benutzung genommen werden könne. Es sollen in manchen Kreisen der Bürgerschaft dieselhalb Bedenken aufgestiegen sein, indem man befürchte, daß der Wasserzufluß abgenommen habe. Von anderer Seite habe er vernommen, daß die Verzögerung an den Maschinen liege.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Die Verzögerung sei theilweise durch den übergroßen Wasserreichtum erfolgt, welcher bei Anlegung des Sammelrohres so erhebliche Schwierigkeiten verursacht habe, daß die Arbeiten dadurch sehr erschwert seien. Eine Eröffnung des neuen Wasserwerkes werde aber trotzdem erfolgen können, sobald die noch fehlenden Maschinen geliefert sein würden. Herr von Feilisch habe mitgetheilt, daß er hoffe, es würden innerhalb weniger Tage zwei Maschinen fertig sein, worauf das Werk in Betrieb gesetzt werden könnte. Dem gegenüber sei die Deputation allerdings der Ansicht, daß es besser wäre, wenn vor der Inbetriebsetzung erst die ganze Anlage, besonders auch die Enteisungsanlage fertiggestellt sei, damit das Wasser nicht Anfangs mangelhaft wäre und darüber Klagen kämen. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen, aber von einer Verzögerung der Fertigstellung in Folge Wassermangels könne keine Rede sein.

Herr Rieß möchte die Deputation bitten, die Wasserwerksanlage nicht früher in Betrieb zu setzen, bis auch die Enteisungsanlage fertiggestellt sei, da sonst die Gefahr vorliege, daß die ganze Wasserleitung durch das Absetzen von Eisengrybul in den Röhren geschädigt werde.

Der Magistratsvorlage wird sodann zugestimmt.

XV. Aufnahme einer Klage.

Der Arbeiter Borczakowski hat gegen die Armendirection einen Rechtsstreit eingeleitet, dessen Aufnahme der Magistrat beantragt. Auf Klageabweisung wird vom Magistrate schon um deswillen angetragen werden, weil die als Beklagte bezeichnete Armendirection nicht als proceßfähig zu betrachten ist. Es kommt hinzu, daß der Kläger sich offenbar böswillig der Fürsorge für seine Frau und seine beiden Kinder entzogen hat und daß es, da er wiederholt wegen grober Unfittlichkeiten bestraft worden ist, seiner Frau nicht zugemuthet werden kann, in die eheliche Gemeinschaft zurückzukehren.

Nach dem Berichte des Herrn Wolff empfiehlt die Statutencommission die Genehmigung des Antrages.

Herr Nolte möchte anregen, ob es nicht zweckmäßig wäre, solche Fälle dem Vormundschaftsgerichte mitzutheilen, damit dieses hinsichtlich der minderjährigen Kinder eine Pflégenschaft anordnen könne.

Herr Stadtrath von Frankenberg erwidert, daß er sich bereits vorgenommen habe, in der angeedeuteten Weise zu verfahren. In der vorliegenden Sache sei es noch nicht geschehen, weil dieselbe zu große Eile gehabt habe. In den neueren Gesetzesbestimmungen biete sich bereits eine Handhabe, gegen solche Väter, denen die Erziehung ihrer Kinder nicht überlassen werden könne, vorzugehen.

Der Antrag des Magistrates wird angenommen.

XVI. Verkauf einer Fläche der Leonhardstraße.

Von dem Terrain der Leonhardstraße ist dem früher Baise'schen Grundstücke eine 20 qm große Fläche zuzulegen. Dem Antrage des Magistrates, die Fläche dem jetzigen Eigenthümer des Grundstücks, Tischlermeister Metje, zum Preise von 300 M zu verkaufen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, zu.

XVII. Erhöhung des Schulgeldes der Fortbildungs- und Gewerbeschule.

Der Schulvorstand der Fortbildungs- und Gewerbeschule bringt mit Rücksicht auf die besonders durch den Schulneubau veranlaßte Mehrleistung der Stadt eine Erhöhung der Schulgeldsätze wie folgt in Antrag:

- I. Bezüglich der Fortbildungsschule den Satz von 6 M statt 4,50 M.
- II. Bezüglich der Gewerbeschule für die obere und untere Abtheilung unter Verschmelzung derselben den Satz von 15 M statt 6 M bezw. 12 M.
- III. Für die Fachabtheilung den Satz von 36 M statt 24 M.

Bei Durchführung der in Vorschlag gebrachten Zusammenlegung der unteren und oberen Abtheilung der Gewerbeschule wird weiter beantragt, diese Abtheilungen als Abend- und Sonntagschule zusammenzufassen bei gleichzeitiger Ueberweisung der Elementarzeichner in die Fortbildungsschule und der Algebraschüler in die Gewerbeschule, auch die obere Abtheilung der Gewerbeschule als Tagesschule zu bezeichnen.

Der Magistrat giebt anheim, sich hiermit einverstanden zu erklären und der Erhöhung der Schulgeldsätze zum 1. April 1902 zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Blasius empfiehlt die Schulcommission die Genehmigung der Vorlage, da das Princip anerkannt werden müsse, daß ein Theil der durch den Schulneubau entstandenen Mehrausgaben durch das Schulgeld zu decken sei.

Herr Günther möchte empfehlen, den Antrag abzulehnen, da nirgend eine Erhöhung des Schulgeldes weniger angebracht sei als hier. Er stehe mit seinen Freunden auf dem Standpunkte, die Schulgeldfreiheit möglichst in allen Schulen zu erstreben und nun wolle man hier bei Kindern unbemittelter Leute das Schul-

geld noch erhöhen, obwohl er erwartet hätte, daß man diesen Schulunterricht obligatorisch und schulgeldfrei einrichten würde. Die Zeit werde nicht fern sein, wo das eingeführt werden müsse. Der Unterricht an den Abendstunden sei ebenfalls ungünstig, denn wer bis zum Abend in seinem Berufe tüchtig gearbeitet habe, könne dem Unterrichte nicht mehr aufmerksam folgen. Deshalb müßte derselbe in die Tageszeit verlegt und auch für alle jungen Leute bis zu einem gewissen Alter obligatorisch gemacht werden. Da es der Stadt auf die paar Mark, welche sie jetzt mehr aufwenden müsse, nicht ankommen könne und man mit dieser Schulgelderhöhung die Kinder unbemittelter Eltern treffe, indem der Lehrmeister den Unterricht in den wenigsten Fällen bezahle, so ersuche er um Ablehnung des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Vorlage sei gewissermaßen eine Konsequenz der Beschlüsse, welche im vorigen Jahre in Bezug auf die Erhöhung der Schulgelder im Allgemeinen gefaßt seien. Die Aufwendungen zur Unterhaltung der Fortbildungs- und namentlich der Gewerbeschule würden bedeutend gesteigert, seitdem das Gebäude für die Gewerbeschule, wenn auch zunächst nur in einzelnen Theilen, bezogen sei. Selbst wenn man die in der Vorlage beantragten höheren Schulgeldsätze in Rechnung ziehe und gleichzeitig die vermehrte Frequenz der Schule berücksichtige, so werde doch der Zuschuß der Stadt sich noch jährlich um 11 000—12 000 M steigern, abgesehen von der Verzinsung und Amortisation des Baucapitals.

Herr Rieß will erwähnen, daß die von Herrn Günther in die Debatte gezogene obligatorische Verpflichtung zum Besuche der Fortbildungsschule die Deputation für die Gewerbeschule schon oft beschäftigt habe und es kaum der Anregung des Herrn Günther bedurft hätte, um diese Frage in den Vordergrund zu schieben. Die Deputation habe sich aber nach eingehender Prüfung der Angelegenheit von der Unmöglichkeit der Durchführung des obligatorischen Besuchs der Fortbildungsschule überzeugt und diese Frage daher einstweilen ruhen lassen. Es ließe sich vielleicht erwägen, ob nicht die Ziele der Schule ganz wesentlich heruntergeschoben werden müssen und zwar mit Rücksicht auf diejenigen neuen Schüler, welche nicht genügend befähigt in die Schule kämen. Die Leistungen der Schule ständen thatsächlich in gar keinem Verhältnisse zu dem äußerst geringen Schulgelde.

Herr Stadtrath Meyer möchte als Vorsitzender des Schulvorstandes hierzu Folgendes bemerken: Dem ersten Theile der Ausführungen des Herrn Günther würde er principiell gern zustimmen, daß es nämlich wünschenswerth wäre, wenn die Schule den jungen Leuten frei zur Verfügung gestellt werden könnte. Der Unterricht müßte dann aber auch obligatorisch eingeführt werden und dürften der Stadt die erforderlichen Mittel nicht fehlen. Wie Herr Oberbürgermeister Pockels

schon mitgetheilt habe, würden die Lasten der Schule durch die Uebersiedelung in das neue Gebäude trotz der in Aussicht genommenen Erhöhung des Schulgeldes noch ganz erheblich gegen den bisherigen Zustand erhöht. Daß das Schulgeld im Verhältniß zu den Leistungen der Schule nicht zu hoch sei, gehe schon daraus hervor, daß der Schüler in der Lage sei, sich an den Wochenabenden und dem Sonntage 16 Stunden wöchentlich unterrichten zu lassen, so daß derselbe bei der Einführung eines Schulgeldsatzes von 6 M für die Stunde Unterricht etwa $2\frac{1}{2}$ S bezahle. Dieser Schulgeldsatz sei aber so minimal, daß denselben Jeder, wer sich fortbilden wolle, auch anwenden könne. Im Uebrigen würden die Schüler auch nicht allein aus den unbemittelten Kreisen gestellt, sondern die bei Weitem größte Zahl stamme aus dem eigentlichen Handwerkerstande und dieser werde das geringe Schulgeld wohl bezahlen können. Außerdem sei auch die Zahl der Besucher gestiegen und die Zahl der Schulgelberlassgesuche so gering, daß man sie mit denen anderer Schulen gar nicht vergleichen könne.

Herr Repliez: Wenn irgendwo ein stadtseitiger Zuschuß nützlich angewendet werden könne, so sei das hier der Fall, denn es handle sich um Kinder unbemittelter Eltern, welche die Schule besuchen. Nicht die Lehrer zahlen das Schulgeld, sondern in den meisten Fällen die Eltern. Er bitte deshalb um Ablehnung der Vorlage.

Herr Günther kann es nicht für richtig halten, das Schulgeld zu erhöhen, nur weil die Stadt höhere Aufwendungen für die Schule zu machen habe, zumal auch eine Mehraufwendung von 11000 M für die Stadt nicht viel heißen wolle. Wenn man den obligatorischen Unterricht ernstlich einführen wolle, so könne man das auch, da er dieses durchaus nicht für eine Unmöglichkeit halte. Gegenüber der Mittheilung des Herrn Stadtrath Meyer, daß nicht sehr viele Kinder unbemittelter Eltern an dem Unterricht theilnehmen, wolle er bemerken, daß dieses an der Höhe des Schulgeldes liege und die Zahl solcher Kinder viel höher sein würde, wenn kein Schulgeld erhoben würde. Den Betrag des Schulgeldes nach der Höchstzahl der Stunden zu bemessen, welche ein Schüler überhaupt nehmen könne, sei nicht richtig, weil die jungen Leute gar keine Zeit hätten, so vielen Unterricht zu nehmen. Das komme für ihn auch nicht so sehr in Betracht, wie das Grundprincip der Schulgeldfreiheit im Allgemeinen, welches vielleicht früher zur Durchführung komme, als solches Herr Nieß wünsche. Er ersuche nochmals um Ablehnung der Schulgelberhöhung.

Herr Stadtrath Meyer: Da eine Schulgeldfreiheit noch nicht gewährt werden könne, so sei es nothwendig, das Schulgeld jetzt zu erhöhen. Der von der Vorlage verlangte Betrag könne auch von einer unbemittelten Familie getragen werden, sofern dieselbe Interesse an der Ausbildung ihrer Söhne habe. Bei gleichbleibender Frequenz würde die beantragte Erhöhung für den nächstjährigen

Etat eine Mehreinnahme von 4000—5000 M. bedeuten. Es handle sich, was die Schulgelderhöhung noch besonders rechtfertige, nicht um eine allgemeine Ausbildung der jungen Leute, sondern um eine Fachausbildung, welche überall theurer sei, als die Ausbildung durch die Volksschule. Die Zahl von 16 Unterrichtsstunden könne der einzelne Lehrling schon deshalb wahrnehmen, weil der Unterricht in die Abendstunden und auf den Sonntag falle: es bringe das auf jeden Wochenabend 2 und auf den Sonntag 4 Stunden, welche wohl genommen werden könnten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die gesammte Magistratsvorlage in ihren einzelnen Punkten angenommen.

XVIII. Verwilligung von Canalkosten.

Nach einer Mittheilung der städtischen Bauverwaltung sind die Vorarbeiten zur Ausführung des projectirten Sammelcanals im Zuge der verlängerten Voigts-Rhegstraße zwischen der Rußberg- und der Marienstraße so weit gediehen, daß mit den Erdarbeiten baldigst begonnen werden kann. Da nun das Terrain, in welchem der jetzt bestehende Thonröhrencanal liegt und an dessen Stelle auch der herzustellen Sammelcanal zu liegen kommt, sich noch im Privatbesitz befindet, so wird weiter empfohlen, das Terrain zu der verlängerten Voigts-Rhegstraße zu erwerben. Der Magistrat hält den Straßenbau ebenfalls für nothwendig und ersucht, behufs Ausführung der Canalisation für den projectirten Sammelcanal 48300 M. und für den Canal an der Südseite des Schulgrundstücks auf der hier projectirten Verbindungsstraße 4200 M. zu verwilligen, und ihn gleichzeitig zu ermächtigen, den theilhaftigen Grundeigenthümern eine vierprocentige Verzinsung der ihnen für die abzutretenden Flächen zu zahlenden Preise zuzubilligen. Ferner wird ersucht, der Enteignung derjenigen Flächen zuzustimmen, über deren Preis zwischen den Eigenthümern und dem Magistrate eine Einigung nicht erzielt werden sollte.

Den Anträgen wird auf Empfehlung des Herrn Seele, welcher für einige Mitglieder der Finanzcommission berichtet, zugestimmt.

XIX. Nachverwilligung von Kosten für die Brücke am Rosenthal.

Aus einem Berichte der städt. Bauverwaltung geht hervor, daß zur ordnungsmäßigen Instandsetzung der Brücke zwischen Inselfpromenade und Rosenthal einschließlich der Aufwendung für Herrichtung von Trittstufen in den beiderseitigen Zugängen zur Brücke 1800 M. Kosten aufgewendet werden müssen, so daß nach Abrechnung der bereits früher bewilligten und verfügbar gebliebenen 200 M. noch 1600 M. nachzuverwilligen sein würden. Da die Benutzung der Brücke bislang ohne den Einbau von Trittstufen möglich war, so kann sich der Magistrat zur Beschaffung dieser Anlage nicht verstehen, muß aber auch Bedenken tragen, die Höherlegung der Brücke, welche 7700 M. Kosten verursachen würde, zu empfehlen;

er ist vielmehr der Ansicht, daß die Zugänge unverändert beizubehalten seien, wodurch rund 320 M Kosten erspart werden. Der Aufwendung der Restkosten zu 1480 M kann sich dagegen die Stadt bei Lage der Umstände nicht entziehen und wird daher magistratsseitig anheimgegeben, die Summe von 1480—200 = 1280 M nachzuverwilligen.

Nach Befürwortung der Vorlage durch die Baucommission, für welche Herr Buchler berichtet, wird dieselbe angenommen.

XX. Beihilfe für den Verein gegen Bettelci.

Der Vorstand des Vereins gegen Bettelci hat sich an den Magistrat mit der Bitte um Gewährung eines städtischen Zuschusses in Höhe von 3000 M gewendet und gleichzeitig darum nachgesucht, für die Folge in den Haushaltsplan regelmäßig eine Beihilfe in gleicher Höhe einzustellen. Mit Rücksicht auf die segensreiche und dankenswerthe Thätigkeit des Vereins empfiehlt der Magistrat das Gesuch um eine einmalige Unterstützung von 3000 M zur Berücksichtigung in der Weise, daß 2000 M aus der Armenkasse dem Vereine überwiesen werden, während der Magistrat 1000 M aus den Mitteln der Eli'schen Stiftung zur Verfügung stellen will.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, waren sich die Mitglieder der Finanzcommission, soweit sie in der Sitzung vertreten gewesen, darüber einig, daß dem Vereine ein dauernder Zuschuß in der beantragten Form kaum gewährt werden könne. Berücksichtigen müsse man aber, daß der Verein der Stadt die Verpflegung der fremden Wanderer abgenommen habe und hierfür die Auslagen, sowie einen Theil der Gesamtunkosten zurückzuerhalten habe. Im letzten Jahre seien 9369 fremde Personen mit 4544,85 M unterstützt worden, von welcher Summe die Stadt nach Abzug des Gewinnes aus dem zerkleinerten Holze 4133,97 M übernommen habe. Die Beiträge der Vereinsmitglieder haben 6199,75 M, die einmaligen Zuwendungen (einschließlich 3000 M von der Stadt) 7547,30 M betragen, während an Ausgaben entstanden seien: für Verwaltungskosten 4007,11 M, für 6156 Stück Brot à 54 S = 3324,24 M, für Feuerungsmaterial 4536,48 M. Die ziemlich hohen Verwaltungskosten würden zum großen Theile durch die Unterstützung der fremden Wanderer hervorgerufen, welche veranlaßte, daß sich der Verein einen Secretair halten mußte, der ein Jahrgehalt von 2400 M beziehe. In der Finanzcommission sei man nun der Meinung gewesen, daß die Höhe der Verwaltungskosten eine ganz exorbitante gegenüber den Mitteln des Vereins genannt werden müsse, weshalb er dem Wunsche Ausdruck zu geben habe, daß der Magistrat mit dem Vereine darüber in Verhandlung treten möchte, ob die hohen Verwaltungskosten nicht etwas herabgemindert werden könnten. Im Uebrigen

werde Genehmigung der Magistratsvorlage empfohlen, in der Form, daß die Stadt die Hälfte der Generalunkosten mit 2000 M übernehme.

Herr Beples will bemerken, daß es immer unangenehm für einen Menschen sei, Wohlthaten über sich ergehen lassen zu müssen, weshalb die Bestrebungen seiner Freunde dahin gehen, jedem gesunden Menschen Gelegenheit zum Erwerbe seines Lebensunterhaltes zu geben. Da sich aber dieser Zustand vorläufig noch nicht verwirklichen werde, so müsse er, trotzdem er principiell kein Freund von Wohlthätigkeitseinrichtungen sei, der Aufwendung von Mitteln für die Unterstützung Bedürftiger zustimmen. Er halte es indessen nicht für richtig, den Verein gegen Bettelei als Vermittler zwischen der Stadt und den Bedürftigen zu benutzen und diesem dadurch Gelegenheit zu geben, sich mit den städtischen Geldern zu schmücken, namentlich, da er so ungeheure Verwaltungskosten ausbebe. Deshalb beantrage er, den Betrag von 3000 M zwar zu bewilligen, aber den Verein gegen Bettelei dabei aus dem Spiele zu lassen und die Vertheilung der Unterstützungen stadtseitig zu übernehmen.

Herr Stadtrath von Frankenberg möchte darauf hinweisen, daß diese beiden Anträge im Widerspruche stehen. Entweder es werde nach dem Vorschlage des Magistrates dem Vereine die Beihilfe gewährt, damit er sie den Armen zu Gute kommen lassen könne, oder es bleibe bei dem Verfahren der Armenverwaltung. Im letzteren Falle müssen sich die Unterstützungssätze auf das unbedingt notwendige Maß beschränken, damit nicht zu viele arme Leute hierhergezogen werden, welche sich mit hohen Sätzen unterstützen lassen wollen. Aus diesem Grunde sei es besser, an dem bisherigen Verfahren festzuhalten. Die Thätigkeit, welche der Verein zum Segen und Nutzen der ärmeren Bevölkerung entfalte, bilde eine Ergänzung der städtischen Wohlthätigkeit, wie sie gerade im Winter als erwünscht bezeichnet werden müsse und zwar insbesondere auch deshalb, weil sich der Verein ausschließlich auf die Gewährung von Naturalien und Feuerung beschränke. Als Vorstandsmitglied des Vereins sei er übrigens gern bereit, zu prüfen, ob eine Herabsetzung der Verwaltungskosten möglich sei, jedoch glaube er, daß die Stadt die Verwaltung nicht billiger, sondern theurer ausführen würde. Bei der gegenwärtigen Sachlage erscheine es billig, dem Vereine eine Unterstützung zu gewähren.

Herr Günther ist erfreut, daß der Referent sich gegen die Bewilligung, welche er schon in früheren Jahren bekämpft habe, ausgesprochen habe. Es sei geradezu kläglich, wenn die Mitglieder dieses Vereins für einen Jahresbeitrag von 4 M sich an ihre Hausthür ein Schild anschlagen lassen und damit jede weitere Unterstützung verweigern. Gegenüber denjenigen Summen, welche die Arbeiter für Unterstützungszwecke ausgeben, sei dieser eine Pfennig pro Tag wirklich eine

Kleinigkeit und trotzdem prahlen die Mitglieder noch mit ihrer Wohlthätigkeit. Mit Ausnahme der 6000 M an Mitgliederbeiträgen bekomme der Verein seine sämtlichen Mittel erst von der Stadt, weshalb er es für richtiger halten müsse, den Apparat stadtseitig in die Hand zu nehmen. Für Fremde habe der Verein im letzten Jahre 4133,97 M ausgegeben, das bringe auf den Mann etwa 45 S, und für Einheimische seien in 2020 Fällen 7863 M, also durchschnittlich 3,89 M pro Mann aufgewendet. Wenn man sich diese Unterstützungen genau ansehe, so handle es sich doch um einen wahren Bettel. Abgesehen von dem häßlichen Namen des Vereins, solle man auch Jemanden, den man unterstützen wolle, dieses nicht so sehr empfinden lassen. Da der gegenwärtige Zeitpunkt allerdings nicht zweckmäßig sei, den Zuschuß zu versagen, so möchte derselbe für dieses Jahr noch einmal hingehen, jedoch ersuche er den Magistrat, für die Zukunft der Versammlung eine andere Einrichtung vorzuschlagen.

Herr Stadtrath von Frankenberg kann diese Anschauungen nicht unwidersprochen lassen. Der Verein sei neuerdings fast in keinem Falle mit seinen Mitteln eingetreten, wenn nicht schon seitens der Armenpflege sehr erhebliche Unterstützungen gewährt seien; es handle sich also regelmäßig um eine Ergänzung dieser Unterstützungen. Mit dem Jahresbeitrage von 4 M sei es übrigens bei vielen Vereinsmitgliedern nicht abgethan, denn der vorige strenge Winter habe Gelegenheit gegeben, dem Wohlthätigkeitsfinne der hiesigen Bevölkerung ein sehr gutes Denkmal zu setzen. Nicht richtig sei es ferner, daß der Verein seine Aufwendungen für Feuerungsmaterial zurückerhalte, sondern er habe nur aus der Armenkasse einen Zuschuß von 3000 M erhalten, während die Hauptausgaben aus der Vereinskasse bestritten seien.

Herr Hauswaldt: Es liege hier eine Brählerei mit Wohlthätigkeit durchaus nicht vor. Fast gewinne es den Anschein, als ob Herr Günther in der ganzen Zeit gar nicht in der Stadt gewesen sei, sonst hätte derselbe besser informiert sein müssen. Der Verein bilde gar nicht einen für sich abgeschlossenen Verein, sondern die städtischen Armenpfleger seien gleichzeitig Pfleger im Verein und gewährten eine Unterstützung an Brot und Feuerungsmaterial, wo die städtischen Maximalsätze der Armenkasse nicht ausreichten, um der drückendsten Noth abzuhelpen. In den 18 Jahren seiner Thätigkeit als städtischer Armenpfleger habe er es stets als eine große Annehmlichkeit empfunden, wenn man außer den starren Sätzen der Armenkasse noch die Möglichkeit besäße, einer sehr heruntergekommenen Familie eine besondere Zuwendung aus der Kasse des Vereins gegen Bettelei zu machen. Die von dem Vereine gesammelten Mitgliederbeiträge in Höhe von 6199,75 M würden den hiesigen Armen vollständig verloren gehen, wenn der Verein aufhören sollte, was nur zu bedauern wäre. Uebrigens werde auch Herr Günther wohl nicht glauben, daß die Mitglieder des Vereins sich fast hinter ihr Schild mit dem häß-

lichen Namen verstecken und sich weigern würden, auch sonst noch etwas zu geben. In seinem Referate habe er sich nicht gegen die Bewilligung der 2000 M., sondern nur gegen die Höhe der Verwaltungskosten gewendet, weil er glaube, daß diese noch heruntergedrückt werden könnten. Wenn andererseits aber die Stadt die Vertheilung der Unterstützungen übernehmen würde, könnte es nicht ausbleiben, daß die Verwaltungskosten noch theurer würden.

Herr Altmann kann es nicht als etwas Ungeheuerliches ansehen, wenn Jemand die Erfolge des Vereins nicht anerkennen wolle. Die Verwaltungskosten, welche hier rund 22 % der Einnahmen betrügen, würden jedenfalls geringer werden, sobald die Stadtverwaltung die Ausübung der Wohlthätigkeit übernehmen wollte. Die Stadt könne doch auch neben den festen Sätzen der Armenkasse noch Unterstützungen vertheilen und brauche sich an diese Sätze nicht zu binden; ebenso erscheine ihm der ganze Vertheilungsmodus nicht richtig zu sein.

Herr Rieß bittet um Genehmigung der Vorlage, da er es nicht für richtig halten könne, wenn jede Privatwohlthätigkeit beschnitten und auf die Commune überwiesen werden sollte.

Herr Rieke möchte hervorheben, daß er als Armenpfleger ebenfalls von der Armenkasse und von dem Vereine losgeriift habe, was möglich gewesen sei. Zu bemängeln finde er nur, daß die ungeheuere Masse an milden Stiftungen, mit Ausnahme vielleicht des Weber'schen Legates, der Armenpflege nicht genügend dienstbar gemacht werden können und daß der Höchstsaß der städtischen Armenunterstützung sich nicht auf 14 M. erhöhen lasse. Die private Wohlthätigkeit der bemittelten Classen wolle er nicht beschneiden, jedoch könnte in der eben angedeuteten Richtung vielleicht noch mehr geschehen.

Herr Günther ist der Meinung, daß die Gesamtheit und nicht der Einzelne für die Armen einzutreten habe. Die Thätigkeit, welche die Mitglieder des Vereins bislang entfaltet haben, könnten dieselben auch noch auf anderen Gebieten entwickeln.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XXI. Antrag Pöplies: Einrichtung eines Wartezimmers beim Arbeitsamte.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, bei der Verlegung des städtischen Arbeitsamtes darauf Bedacht zu nehmen, daß für die Arbeitsuchenden ein Wartezimmer eingerichtet und außerdem dafür Sorge getragen werde, daß bei stärkerem Andränge eine schnellere Erledigung stattfinde.“

Zur Begründung führt der Herr Antragsteller aus, daß ein Wartezimmer namentlich in der schlechteren Jahreszeit dringend nothwendig sei, weil sich die

Arbeitsuchenden in dem Zugange zum Rathhause leicht eine Krankheit zuziehen könnten. Sollte der Magistrat, wie aus einer Bekanntmachung desselben hervorzugehen scheint, schon auf die Einrichtung eines Warteraumes Bedacht genommen haben, so betrachte er den Antrag als erledigt, anderenfalls er um sofortige Berathung desselben bitte.

Herr Stadtrath von Frankenberg kann dazu die Erklärung abgeben, daß der Ausschuß für das städtische Arbeitsamt sich mit der Frage bereits beschäftigt habe und die Sache soweit gediehen sei, daß der Magistrat recht bald eine Vorlage wegen Verlegung des Arbeitsamtes und Einrichtung eines Warteraumes werde machen können.

Der Antrag wird damit als erledigt angesehen.

XXII. Antrag Rieke: Instandsetzung der Höfenstraße.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, sobald es die elementaren Verhältnisse erlauben, die unter- und oberirdische Instandsetzung der Höfenstraße zu bewerkstelligen, da namentlich bei Regenwetter diese Straße unpassirbar ist“,

führt Herr Rieke aus, daß der Zustand der Straße, welcher die Versammlung schon öfter beschäftigt habe, ein unhaltbarer sei und schleunigst zu ihrer Vesserung etwas geschehen müsse, zumal für deren Instandsetzung schon 7000 M. in dem Haushaltsplan des laufenden Jahres enthalten seien. Er beantrage sofortige Berathung des Antrages.

Da der letztere Antrag abgelehnt wird, erhält die Baucommission den Antrag zur Vorberathung.

XXIII. Anfrage Rieke: Stand der Wohnungs-enquete.

Die Anfrage: „Wie weit ist die f. B. beschlossene Wohnungsuntersuchung gediehen?“ begründet Herr Rieke damit, daß nach Zeitungsmitteltheilungen ganz falsche Ansichten über die Sache zu herrschen schienen, welchen entgegengetreten werden müsse. Deshalb ersuche er den Magistrat um Auskunft, in welcher Weise derselbe vorgegangen sei und wie er sich das vorhandene Material beschafft habe.

Herr Bürgermeister Kete meyer erklärt sich bereit, die Frage zu beantworten: Obgleich der Magistrat den Antrag der Versammlung gebilligt habe, sei es ihm doch angemessen erschienen, zunächst einmal in anderen Städten Erkundigungen über solche Enqueten einzuziehen und sei das einschlägige Material aus Basel und Stuttgart eingeholt worden. Nach der Prüfung desselben habe sich der Magistrat entschlossen, in ähnlicher Weise wie in Basel vorzugehen. Die Enquete sollte indessen nicht ins Ungemessene ausgedehnt werden, sondern der Magistrat hätte zunächst erst einmal wissen wollen, wie viel Häuser Gegenstand der Enquete sein

könnten; denn wenn die Commission wie in Basel den Auftrag erhalten hätte, von Haus zu Haus zu gehen und zu untersuchen, ob mangelhafte Wohnungen vorhanden wären, oder ob gute Wohnungen dadurch mißbraucht würden, daß zu viele Menschen in denselben untergebracht würden, so hätte die Untersuchung Jahre in Anspruch genommen. Aus diesem Grunde sei an die Armendirection die Anfrage gerichtet worden, ob die Armenpfleger wohl in der Lage seien, dem Magistrate diejenigen Häuser zu bezeichnen, welche mangelhafte Wohnungen enthielten. Die Armendirection habe nun geglaubt, sie solle selbst eine Enquete anstellen und habe für die Armenpfleger Fragebogen aufgestellt. Dieses Vorgehen entspreche nicht der Absicht des Magistrates, sei nun aber einmal geschehen. Aus den angestellten Ermittlungen gehe aber schon zur Genüge hervor, daß hier vielfach Zustände herrschten, welche absolut unhaltbar seien, weshalb sich der Magistrat gefragt habe, was in der Sache weiter zu machen sei und habe er gemeint, daß es keinen Zweck hätte, nun noch eine vollständige Enquete zu veranstalten, welche noch weiteres Material zum Vorgehen liefere, da schon diese unvollkommene Enquete genügendes Material dazu geliefert habe. Nach der Ansicht des Magistrates erscheine es nothwendig, diejenige Behörde, welche hier Wandel zu schaffen habe, auf die festgestellten Verhältnisse aufmerksam zu machen. Das sei geschehen, und zugleich vorgeschlagen, durch einen besonderen Ausschuß, bestehend vielleicht aus einem städtischen Baubeamten, einem Arzte und einem Vermeister, feststellen zu lassen, welche Mängel zu beseitigen seien, nicht aber erst ein großes Material, wie in Basel, gedruckt zusammenzustellen, ehe man vorgehe. Richtiger sei es jedenfalls, sofort die Behörde zu veranlassen, Wandel zu schaffen und einzuschreiten. Die Herzogliche Polizei-Direction stelle sich hierbei auf den Standpunkt, berechtigt zu sein, eventuell sogar eine mangelhafte Wohnung sofort zu schließen. Da dieses Vorgehen sich nicht ohne Kosten ausführen lasse, so werde der Versammlung darüber demnächst eine Vorlage unterbreitet werden.

XXIV. Anfrage Stegmann: Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten.

Die Anfrage lautet:

„Aus welchem Grunde sind die von dem Herrn Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung am 21. November 1901 in Aussicht gestellten Nothstandsarbeiten bis jetzt in nur ungenügendem Umfange ausgeführt worden und wann gedenkt der Magistrat größere außergewöhnliche Nothstandsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen?“

Zur Begründung führt Herr Stegmann etwa Folgendes aus: In der vorigen Sitzung habe der Herr Oberbürgermeister die Mittheilung gemacht, daß Nothstandsarbeiten in Angriff genommen werden sollten und zwar zunächst in dem Umfange, in welchem die Mittel schon bewilligt seien. Im Bedürfnisfalle sollten

aber noch weitere Arbeiten in Angriff genommen werden und habe der Herr Oberbürgermeister, als Redner beantragt habe, zu Nothstandsarbeiten 30000 M zu bewilligen, ausgeführt, der Antrag hätte keine weitere Bedeutung, weil Mittel in genügender Menge zur Verfügung ständen. Gegenüber diesen Ausführungen sei man aber durch die Thatfachen arg enttäuscht worden. An der Aushebung des Baugrundes für das städtische Museum seien zuerst 26, dann Ende November 56 und jetzt 69 Arbeiter beschäftigt worden, welche Zahlen gegenüber den mindestens 1000 Arbeitslosen nichts zu bedeuten hätten. Wenn sich die Krisis auch dem Anscheine nach in der letzten Zeit nicht verschärft habe, so sei aber auch eine Besserung nicht eingetreten, denn im December seien immer noch 900 Arbeitslose bei dem Arbeitsamte verzeichnet gewesen, obwohl sich hier nicht alle Arbeitslosen gemeldet haben würden. Wenn man Morgens die Schulkinder in ihrer ärmlichen Kleidung frierend und hungernd zur Schule gehen sehe, so gebe das zu denken. Nach den Mittheilungen des Herrn Oberbürgermeisters sollten genügende Mittel zur Beschäftigung Arbeitsloser zur Verfügung stehen, weshalb man auch erwarten müßte, daß mehr geschähe; jedenfalls entsprächen die Thatfachen den Versprechungen durchaus nicht. Dazu komme dann noch die Art und Weise der Einstellung von Arbeitslosen. In der ersten Zeit habe man nämlich nur Metallarbeiter beschäftigt und könne er nicht untersuchen, ob dieses vielleicht auf Veranlassung der Metallindustriellen geschehen sei. Arbeitslose, welche nicht dazu gehörten, seien zurückgewiesen, obwohl sie schon 4—6 Wochen gefeiert haben. Ein solches Vorgehen müsse aber verbittern.

Sodann habe Herr Stadtrath von Frankenberg erklärt, es sei nicht nöthig, zu diesem Zwecke eine besondere Commission einzusetzen, weil der Arbeiterausschuß vorhanden wäre. Bei einer solchen Arbeitslosigkeit wäre es aber wohl am Platze gewesen, diesen Ausschuß einmal zusammenzuberufen, was indessen bis jetzt nicht geschehen sei. Einige Hundert der verheiratheten Arbeitslosen hätten wenigstens beschäftigt werden können, oder wolle man warten, bis Tausende von Arbeitslosen vorhanden seien, oder sie erst auf der Straße umfallen? Auch im Interesse des Magistrates liege es, diese Angelegenheit hier zu besprechen, denn wenn derselbe solche Versprechungen abgebe, Nothstandsarbeiten aber gar nicht unternommen würden, sondern nur solche Arbeiten, die auch ohne einen Nothstand ausgeführt wären, so könne man leicht auf den Gedanken kommen, daß hier nur Erklärungen abgegeben würden, um über solche unliebsamen Sachen wegzukommen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will darauf erwidern, daß der Magistrat in der Anordnung von Nothstandsarbeiten abhängig sei von den Vorbereitungen, welche die städtische Bauverwaltung zu treffen habe, und daß nur hiernach solche Arbeiten in Angriff genommen werden könnten. Im Uebrigen scheine der Vorredner nur die Erdarbeiten im Auge zu haben, welche in Angriff genommen seien, während

derselbe die Arbeiten, welche im regelmäßigen Fortgange der Geschäfte noch ausgeführt würden, vergessen habe. In dieser Beziehung wolle er nur mittheilen, daß Arbeiten in größerem Umfange namentlich an Tischler vergeben seien, welche einer ganzen Anzahl von Handwerkern Beschäftigung böten. Im Uebrigen wolle er sich erkundigen, ob noch eine größere Zahl Arbeitsloser beschäftigt werden könnte. Was die fernere Frage wegen der Zuziehung des Arbeiterausschusses anlange, so habe hiezu noch keine Veranlassung vorgelegen.

Ein Antrag des Herrn Aßmann auf Besprechung der Anfrage, wird abgelehnt.

XXV. Antrag Aßmann: Bewilligung von Mitteln für Nothstandsarbeiten.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, dem Beschlusse beizutreten, daß 50 000 M für außerordentliche Nothstandsarbeiten dem Magistrate zur Verfügung gestellt werden unter der Bedingung der schleunigen Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten.“

Als der Herr Vorsitzende den Wunsch ausspricht, den Antrag bis zur nächsten Sitzung zu verschieben, beantragt Herr Günther die Dringlichkeit für denselben.

Die Versammlung lehnt indessen die Dringlichkeit ab.

Herr Aßmann (zur Geschäftsordnung): Bisher sei es üblich gewesen, daß ein Antrag auch sofort begründet sei. Mit dem Antrage habe er Denjenigen gerecht werden wollen, welchen man gerecht werden müsse. Wenn jetzt aber sein dringlicher Antrag bis zur nächsten Sitzung verschoben würde, so liege darin seiner Meinung nach eine Terrorisirung der Antragsteller.

Vorsitzender: Eine solche Behauptung sei ganz unerhört; die Sache führe zur Karrikatur des Parlamentarismus, wenn einzelne Stadtverordnete glauben, der Versammlung in solcher Weise kommen zu dürfen. Der Antrag sei sachlich erledigt, nachdem der Magistrat erklärt habe, daß er alle Mittel, welche nothwendig seien, um der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, aufwenden wolle. Wenn unter solchen Verhältnissen die Dringlichkeit des Antrages abgelehnt werde, so könne sich doch wirklich Niemand beschweren, daß ihm nicht mehr das Wort zur Begründung eines so überflüssigen Antrages gegeben werde, und es sei geradezu unglaublich, dann noch von Terrorismus zu sprechen. Wenn solche überflüssigen Anträge stets zur sofortigen Berathung zugelassen werden sollten, so müßte er für die ganze Stadtverordneten-Versammlung danken.

Herr Aßmann erklärt darauf, daß er selber wissen müsse, ob sein Antrag überflüssig sei.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß er das eben so gut wissen müsse. Wenn mit dem Antrage weiter nichts bezweckt werden solle, als dem Magistrate die Mittel für die Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen, so sei das überflüssig; weil die Mittel schon vorhanden seien, und könne sich der Vordredner nicht beschweren, wenn sein Antrag unter solchen Verhältnissen zurückgestellt würde.

XXVI. Wahl eines Mitgliedes der Baucommission.

Wie der Herr Vorsitzende schon im Anfange der Sitzung ausgeführt hat, wünscht der Magistrat die Baucommission, welche durch das Ausscheiden des Herrn Engelbrecht ein Mitglied verloren habe, wieder vollständig zu sehen, weil derselbe eine Sitzung mit dieser Commission haben möchte. Die Baucommission habe es nun für angemessen erachtet, das neue Mitglied der Versammlung, Herrn Frühling, welcher Techniker sei, als Commissionsmitglied vorzuschlagen.

Herr Günther bringt dem gegenüber Herrn Stegmann in Vorschlag, welcher gelernter Maurer sei und sich als Mitglied der Baucommission besonders eignen würde.

Herr Ohlendorf schließt sich diesem Wunsche an, da noch bei der Wahl der sämmtlichen Commissionsmitglieder im April betont sei, man möchte nur solche Stadtverordnete wählen, welche schon längere Zeit Mitglieder der Versammlung seien.

Die Wahl durch Stimmzettel ergiebt für Herrn Frühling 18 Stimmen, während Herr Stegmann 7 Stimmen und Herr Bues 1 Stimme erhalten.

Herr Frühling ist somit gewählt.

XXVII. Geschäftsordnungs-Debatte.

Herr Rieke: Obwohl er schon manches Jahr der Versammlung angehöre, sei ihm doch solcher Vorgang wie heute zu Beginn der Sitzung noch nicht vorgekommen, daß hier nämlich ein Pamphlet verlesen sei, in welchem versucht werde, ihm die Ehre abzuschneiden, denn einen anderen Zweck könne er in der Verlesung nicht erblicken. Die Sache verhalte sich folgendermaßen: In der Sitzung vom 10. October 1901 — Seite 199 des Berichtes — habe Herr Stegmann beantragt, zur Ueberwachung der angeordneten Sicherheitsvorkehrungen zwei Baucontroleure anzustellen, worauf sich Herr Riese bewogen gefühlt habe, die von der Hannoverschen Berufsgenossenschaft angestellten Bauaufseher als Controleure zu empfehlen. Mit Rücksicht auf diese Aeußerung habe Redner erklärt, daß er eine solche Controle nicht für ausreichend erachten könne, da es mit dieser ebenso gehen könne, wie mit der Revision des zu diesem Zwecke von der Berufsgenossenschaft angestellten Beamten, welcher ihm vor 6 Wochen geschrieben habe, seine Geschäftsbücher revidiren zu wollen, was aber bislang nicht geschehen sei. Wenn jetzt in dem Schreiben der

Berufsgenossenschaft erklärt werde, der Beamte sei am 7. und 9. September in Redners Wohnung gewesen, so wisse er nicht, was er dazu sagen solle. Es könne das nur in einer Zeit geschehen sein, wo seine Frau einmal auf kurze Zeit die Wohnung verlassen habe und hätte der Beamte sich wohl denken können, daß dieselbe nicht nach Afrika verreist gewesen, sondern gleich wiedergekommen sei. Die Enttragungen in sein Lohnbuch habe er stets in der jetzigen arbeitsärmeren Zeit gemacht und werde das auch weiter so halten. Von den Anordnungen der Berufsgenossenschaft in dieser Beziehung wisse er nichts und schienen die Leute kein Verständnis für solche Sachen zu haben, was wohl daher komme, daß es sich dabei häufig um Leute handle, welche schon einmal Schiffbruch erlitten haben. Gegen die Entscheidung der Berufsgenossenschaft habe er bereits Beschwerde eingereicht und seine Lohnzettel zur Verfügung gestellt. Wundern müsse er sich, wie ein solches Pamphlet hier in die Versammlung kommen könne. Wenn man keine besseren Mittel habe, ihn zu bekämpfen, so möge man sich künftig vor den Folgen hüten und sich nicht über Verletzung der Etiquette beklagen. Hätte er das Pamphlet dem Herrn Vorsitzenden zukommen lassen, würde es wohl nicht verlesen sein, aber gegen ihn geschehe etwas Derartiges. Gegen eine solche banale Geschäftsauffassung müsse er protestiren und werde er, wenn ihm hier sein Recht nicht werde, dasselbe in der Presse suchen.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß es sich hier durchaus nicht um ein Pamphlet handle, sondern daß die Berufsgenossenschaft sich gegen einen Angriff des Vorredners verwahre, was sie nicht anders, als auf schriftlichem Wege thun könne, während Herr Rieke sich persönlich zu vertheidigen vermöge.

Herr Rieke: In dem Schreiben sei versucht worden, ihm eine ehrenrührige Handlung, nämlich das Bezahlen von Strafe, vorzuwerfen. Er habe die Berufsgenossenschaft noch nicht um einen Pfennig geschädigt. Außerdem sei die Versammlung in dieser Sache gar nicht zuständig.

Vorsitzender: Eine Ehrenrührigkeit liege in dem Bezahlen von Strafe nicht und eine Schädigung der Berufsgenossenschaft sei dem Vorredner überhaupt nicht vorgeworfen. Wenn sich die Berufsgenossenschaft angegriffen fühle, so müsse derselben auch Gelegenheit gegeben werden, sich dagegen zu wehren.

Herr Günther ist der Ansicht, daß die Sache gar nicht hierher gehöre, da es sich nicht um eine städtische Angelegenheit handle.

Herr Ohlendorf kann den Zweck der Verlesung des Briefes auch nicht einsehen. Es werde doch nicht jeder Brief, welcher der Versammlung zugehe, auch zur Verlesung gebracht.

Vorsitzender: Das geschehe sicher nicht. Hier handle es sich aber um eine einfache Mittheilung der Berufsgenossenschaft, welche nur eine sachliche Abwehr der

von Herrn Rieke gegen sie erfolgten Angriffe enthalte und solche Mittheilung müßte zur Kenntniß der Versammlung gebracht werden.

Herr Nieß (zur persönlichen Bemerkung): Er genieße das Vergnügen, von den Herren Rieke, Günther und Anderen öfter als Stichblatt angesprochen zu werden, woraus er sich um so weniger mache, als ihm die Herren auf den Rücken sähen. Wenn jene Herren aber sachliche Angriffe losließen, sei er stets bereit, ihnen zu dienen. Erst jetzt habe ihn Herr Günther wieder angegriffen und gesagt, die Einrichtung von Tageskursen in der Fortbildungsschule würde früher erfolgen, als Redner das denke und wünsche. Darauf wolle er nur erwidern, daß er schon vor 15 Jahren den Antrag eingebracht habe, daß die Baugewerkschaft nicht dagegen sein würde, wenn der Magistrat für sämtliche Lehrlinge die Tageszeit zum Besuche der Fortbildungsschule anordnen wollte. Herr Rieke habe in der Sitzung vom 10. October die Beamten der Berufsgenossenschaft angegriffen, wovon Redner dem Vorstände derselben zum Zwecke der Einleitung einer Untersuchung gegen den beschuldigten Beamten Kenntniß gegeben habe, und darauf sei das Schreiben der Berufsgenossenschaft erfolgt. Im Uebrigen wolle er auf Herrn Rieke's neuesten Angriff nur erwidern, daß die Sitzungen der Berufsgenossenschaft von 9 Arbeitervertretern und 9 Vorstandsmitgliedern aufgestellt und vom Reichsversicherungsamte genehmigt seien.

Hierauf erfolgt Schluß der Sitzung.

Dauer von 4 bis 8¹/₄ Uhr.

1901/1902.№ 12.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. Januar 1902.

Tagesordnung:

I.	Ausbau der Höfenstraße und Antrag Riefe dazu	Seite 298
II.	Kosten für Aenderungen am Desinfectionsapparate	" 299
III.	Neuordnung der städtischen höheren Mädchenschule zc.	" 300
IV.	Beseitigung von Bäumen auf einigen Straßen	" 310
V.	Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke, sowie der Neustadtmühle im Jahre 1900/01	" 314
VI.	Austausch von Flächen am Berber zc.	" 314
VII.	Verlegung eines Gashauptrohres am Madamenwege	" 314
VIII.	Antrag Hmann: Bewilligung von Mitteln für Rothstandsarbeiten	" 314
IX.	Geschäftsordnungs-Debatte	" 328
X.	Weitere Instandsetzung des Bürgerparkes	" 329
XI.	Ergänzung des Ortsbauplanes an der Juliusstraße	" 329

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-Assessor Pingel; zeitweise auch Herr Schuldirektor Professor Krüger.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Frühling, Koch und Wollenweber.
Vorsitzender: Herr Semler, später Herr Wolff.

I. Ausbau der Höfenstraße und Antrag Riefe dazu.

Der Ausbau der Höfenstraße bietet insofern besondere Schwierigkeiten, als bei Durchführung der im Jahre 1893 festgestellten Baulinien ein Theil des früher Knipping'schen, jetzt Hahn'schen Restaurationsgebäudes und ein Theil der vor demselben errichteten Veranda beseitigt werden müßte, und als sich ferner Höhenunterschiede zwischen der künftigen Straße und einzelnen anliegenden Grundstücken bis zu 72 cm ergeben. Die städtische Bauverwaltung hat es sich deshalb angelegen sein lassen, nochmals eine andere Lösung zu versuchen und hat empfohlen, unter theilweiser Abänderung des festgestellten Ortsbauplanes für die Straße andere Fluchtlinien festzusetzen und für beide Straßenseiten je 3 m breite Vorgärten anzuordnen. Mit den Anliegern ist mehrfach über den Ausbau der Straße nach diesem Projecte und gleichzeitig über die Einziehung der westlichen Theilstrecke der Klosterstraße verhandelt worden, dabei jedoch von einzelnen derselben, insbesondere seitens der Wittwe Busse, gegen solche Einziehung Widerspruch erhoben, indem dieselbe erklärte, ihr Grundstück würde bei Aufhebung der Klosterstraße völlig entwerthet. Zur Beseitigung dieses Einwandes hat der Magistrat empfohlen, in den Ortsbauplan eine neue, 12 m breite Straße aufzunehmen. Dieses Project ist von den Anliegern, abgesehen von der Wittwe Busse, gutgeheißen; eine gütliche Vereinbarung wegen Regulirung der Höfenstraße nach Maßgabe des vorliegenden Projectes war aber auch jetzt nicht zu erzielen, weil verschiedene Anlieger so hohe Forderungen stellten, daß darauf nicht eingegangen werden kann.

Unter diesen Umständen bleibt dem Magistrate nichts anderes übrig, als zunächst wegen der Aenderung und Ergänzung des Ortsbauplanes das vorgeschriebene Verfahren einzuleiten und bei Einreichung des neuen Theilortsbauplanes die Verleihung des Rechtes zur Enteignung der einzelnen zur Straße erforderlichen Privatflächen zu erbitten. Hiernach stellt der Magistrat folgende Anträge:

der Feststellung der neuen Fluchtlinien der Höfenstraße und der Aufnahme der oben gedachten 12 m breiten Verbindungsstraße zwischen der Petri- und Goslarschenstraße in den Ortsbauplan zuzustimmen, sowie ihn schon

jetzt zu ermächtigen, die Enteignung derjenigen Privatflächen zu beantragen, welche nach Festlegung der vorgedachten Fluchtlinien stadtseitig zum Zwecke des Ausbaues der Höfenstraße zu erwerben sind.

Das Straßenbauproject wird mit der Kosten- und Vertheilungsberechnung vorgelegt werden, sobald die neuen Fluchtlinien die ministerielle Genehmigung gefunden haben werden.

Ein denselben Gegenstand behandelnder Antrag des Herrn Rieke, welcher in der Sitzung vom 19. December 1901 — Seite 290 des Berichtes — gestellt war, steht mit zur Verhandlung.

Wie Herr Rieke berichtet, giebt die Baucommission anheim, der Vorlage zuzustimmen, damit endlich den unleidlichen Zuständen in der Höfenstraße abgeholfen werden könne. Seinen vorerwähnten Antrag ziehe er zurück.

Die Magistratsvorlage wird genehmigt.

II. Kosten für Aenderungen am Desinfectionsapparate.

Für verschiedene Aenderungen am Desinfectionsapparate war ein Betrag von 1000 M bewilligt worden. Bei Ausführung der betr. Arbeiten stellte sich jedoch heraus, daß noch weitere Reparaturen an dem Apparate vorgenommen werden mußten, wenn derselbe noch eine Reihe von Jahren seinem Zwecke dienen sollte. Die gesammten Aenderungen haben nunmehr einen Kostenaufwand von 1664,01 M erfordert, sodaß noch 664,01 M nachzuverwilligen sein würden. Den Antrag des Magistrates, die Nachverwilligung zu beschließen,

befürwortet Herr Blasius, zugleich darauf hinweisend, daß die Mehraufwendungen sich nicht hätten voraussehen lassen.

Herr Lange würde es lieber gesehen haben, wenn statt dieses Flickwerkes ein neuer, allen Bedürfnissen genügender Apparat beschafft worden wäre, zumal schon bei der ersten Benutzung des jetzigen Apparates Klagen laut geworden seien, daß derselbe nicht groß genug sei, um Matratzen aufzunehmen.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß der Apparat allerdings als erstclassig nicht bezeichnet werden könne, daß derselbe aber zur Zeit seiner Beschaffung, also vor etwa sechs Jahren, nicht nur von der städt. Bauverwaltung, sondern auch von der Stadtverordneten-Versammlung als zweckentsprechend und nach den damaligen Anschauungen genügend angesehen worden sei. Da es nicht möglich gewesen sei, den Umfang der Reparaturen, welche in ihren Einzelheiten erläutert werden, vor dem Zerlegen des Apparates zu bemessen, ein neuer Apparat in der Größe des jetzigen aber 3000—4000 M kosten würde, so bitte er um Nachverwilligung der

bereits verausgabten Summe. Vor einer nochmaligen größeren Reparatur würde der Magistrat allerdings die Beschaffung eines neuen Apparates in Erwägung ziehen.

Herr Riele möchte auch empfehlen, anstatt der großen Ausgabe für das Flickwerk einen neuen Apparat von widerstandsfähigerem Materiale zu beschaffen und denselben dann auch rationell zu behandeln, damit ihn nicht die fortwährende Rasse von Innen und Außen leicht vernichten könne.

Nach einigen weiteren erläuternden Bemerkungen der Herren Blasius und Stadtrath Meyer wird die Vorlage gutgeheißen.

III. Neuordnung der städtischen höheren Mädchenschule etc.

Nach einem Berichte des Schulvorstandes der städtischen höheren Mädchenschule machen sich im Betriebe sowohl dieser Schule, als auch des mit derselben verbundenen Lehrerinnenseminars, stetig wachsend, Mißstände fühlbar, die aus einer fehlerhaften, bezw. einer im Laufe der Zeit durch Zunahme des Besuchs beider Anstalten fehlerhaft gewordenen Organisation hervorgegangen sind und neuerdings durch nicht mehr zulängliche Befriedigung der Raumbedürfnisse verschärft werden. Aus der eingehenden Begründung dieser Mißstände möge Folgendes erwähnt werden:

Der als Doppelschule mit je 10 Stufenklassen aufgebauten städtischen höheren Mädchenschule sind bereits drei weitere Hilfsklassen X, IX und VIII angegliedert worden, und muß zu Ostern 1902 auch noch die Hilfsklasse VII eingerichtet werden. Nach den bisherigen Erfahrungen wird man damit zu rechnen haben, daß diese Hilfsklassen in regelmäßiger Reihenfolge bis zur Klasse I werden hinaufgeführt werden müssen, sodaß die Schule von Ostern 1908 ab 30 Klassen zählen wird. Die directoriale Leitung der so angewachsenen Schule in deren seit heriger Organisation übersteigt, zumal wenn mit dieser Schule das Lehrerinnenseminar verbunden bleibt, die Kräfte eines Mannes. Der Leiter wird auf die Dauer nicht mehr Schulmann bleiben, sondern nur Verwaltungsbeamter sein können.

Das Lehrerinnenseminar erfüllt seine Aufgabe insofern nur ungenügend, als dasselbe lediglich in der Pädagogik dreistufig, dagegen in der französischen und englischen Grammatik, sowie im Rechnen nur zweistufig und in den übrigen Fächern sogar nur einstufig ist, und als bei dieser Anstalt keine Fürsorge getroffen ist, um die Seminaristinnen nach dem Abschluß ihrer theoretischen Ausbildung in die Praxis der Unterrichtsertheilung einzuführen. Um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, könnte man vielleicht erwägen, ob nicht das Seminar aufzuheben sei. Diese Frage wird aber schon mit Rücksicht darauf verneint, daß sonst der Stadt die Möglichkeit genommen würde, sich ihre Lehrerinnen selbst heranzubilden. Außerdem würden auch die durch Ueberlastung des Directors der höheren Mädchenschule fühlbar

gewordenen Mißstände nicht verschwinden, wenn man etwa die Verbindung zwischen ihr und dem Seminar lösen und eine selbständige Lehrerinnen-Bildungsanstalt mit eigenem Lehrkörper errichten wollte; auch würde solche Maßregel die Finanzkräfte der Stadt recht erheblich in Anspruch nehmen.

Als der einfachste Ausweg aus den der höheren Mädchenschule erwachsenen Verlegenheiten möchte vielleicht die Loslösung der Hülfsklassen aus deren Verbande behufs Ausbaues zu einer neuen Schule erscheinen. Gegen Gründung einer zweiten Schule sprechen aber u. A. auch wieder so schwerwiegende finanzielle Bedenken, daß solchem Vorgehen nicht das Wort geredet werden kann. Der Schulvorstand hält vielmehr dafür, daß es richtiger ist, eine bestimmte Anzahl von Classen der höheren Mädchenschule, und zwar die Classen X, IX und VIII (die sog. Vorschule ohne fremdsprachlichen Unterricht), einem erfahrenen pro rectoratu geprüften Lehrer zu übergeben, der sie unter der verantwortlichen Oberleitung des Directors zu verwalten hat und zu letzterem in einem ähnlichen Verhältnisse steht, wie die Inspectoren der hiesigen Bürgerschulen zu ihrem Director. Der Director der höheren Mädchenschule hätte dann noch 21 Classen und das Seminar zu leiten.

Was nun die Beschaffung des erforderlichen Raumes für die neuen Schulclassen anlangt, so erscheint es nothwendig, solchen in nächster Nähe der Schule zu suchen, weil sonst die Ertheilung des Unterrichtes mit allzu großen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte. Einen zum Anbau eines Flügels an das Mädchenschulgebäude gut geeigneten Platz erblickt der Schulvorstand in dem aus der ehemaligen Stadtrasse und den angrenzenden städtischen Gebäuden sich zusammensetzenden Grundstücke, auf dem auch genügender Hofraum geschaffen werden kann. Für die Dauer der Bauperiode müssen zwei der bereits bestehenden und die noch neu hinzutretenden Hülfsclassen in einem Miethlocale untergebracht werden.

Zur Beseitigung der in der Einrichtung und in dem Betriebe des Lehrerinnen-seminars bestehenden Mißstände erachtet der Schulvorstand für geboten, daß diese Anstalt zur Ermöglichung einer genügenden theoretischen Ausbildung der Seminaristinnen in drei Classen mit durchgehends gesondertem Unterricht getheilt und daß ihr die hierzu noch fehlenden zwei Classenräume zur Verfügung gestellt, sowie daß Fürsorge getroffen werde, um die Seminaristinnen durch einen an ihre theoretische Unterrichtung sich anschließenden einjährigen Cursus in die Praxis einzuführen, zu welchem Zwecke dem Seminare eine nach dem Muster der unteren Bürgerschulen eingerichtete, aus sechs Mädchenclassen bestehende Uebungsschule zu überweisen und als Leiter und Verwalter derselben, unter Verantwortlichkeit des Directors, ein pro rectoratu geprüfter Lehrer anzustellen sein dürfte.

Der Magistrat erklärt sich mit diesen Vorschlägen einverstanden und beantragt:

1. dem Ausbau der höheren Mädchenschule zu einer dreigliedrigen Anstalt zuzustimmen und darnach
 - a) die Kosten der Beschaffung von Subsellien für die zu Ostern 1902 einzurichtende neue Classe VII mit dem von der städt. Bauverwaltung zu 650 M veranschlagten Betrage zu bewilligen;
 - b) ihn zur Ermiethung von interimistischen Unterrichtslocalen für die im ehemaligen Stadtcassengebäude untergebrachten Classen IX und VIII, sowie für die zu Ostern 1902 neu zu errichtende Classe VII zu ermächtigen;
 - c) die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß behuf der unmittelbaren Verwaltung der Unterstufe der Schule die Dienststelle eines pro rectoratu geprüften Lehrers geschaffen und zu Ostern 1902 besetzt werde;
 - d) sich damit einverstanden zu erklären, daß zu Zwecken der Schule (und event. auch zu Zwecken des Lehrerinnen-Seminars) auf den an die Schule angrenzenden städt. Grundflächen ein Classengebäude nebst zwei Bedellentwohnungen, vorbehaltlich der Genehmigung des noch aufzustellenden Projectes und Kostenanschlages, errichtet werde;
2. im Principe und vorbehaltlich demnächstiger Festsetzung der Ausführungsbestimmungen zuzustimmen, daß bei dem Lehrerinnen-Seminare
 - a) die drei Jahrgänge in allen Fächern gesondert zu unterrichten seien;
 - b) der Durchgang durch das Seminar um ein der Fachbildung der Seminaristinnen dienendes Jahr verlängert und zu diesem Zwecke eine eigene sechsstufige Übungsschule errichtet, sowie, daß
 - c) zur Leitung dieser Übungsschule die Dienststelle eines pro rectoratu geprüften Lehrers geschaffen werde.

Namens der Schulcommission berichtet über diese Vorlage Herr Blasius: Die Commission stimme den Anträgen des Magistrates in allen Punkten bei und gebe die Genehmigung derselben anheim. Zu dem Antrage 1 d — Errichtung eines Classengebäudes betr. — habe man allerdings einige Bedenken geäußert. Zunächst fürchtete man, daß vielleicht in der jetzigen Zeit des Niederganges der Industrie der Andrang zu der höheren Töchter Schule nicht so bedeutend sein würde, wie in früheren Jahren, jedoch sei die Mehrheit der Commission der Ansicht gewesen, daß diese Befürchtung der Begründung entbehre, da die Mehrzahl der Eltern, gerade um ihren Töchtern die Möglichkeit zu bieten, einmal als Lehrerinnen selbständig im Leben dazustehen, die Kosten für die höhere Mädchenschule gern tragen würden. Aber auch

wenn der Fall eines geringeren Zudranges zu der Anstalt eintreten würde, so lasse sich nach der Erklärung des Magistrates das neue Gebäude sofort auch für eine mittlere Mädchenschule in Benutzung nehmen, wie man z. B. auch eine mittlere Bürgerschule als untere Bürgerschule verwenden könne. Ferner sei zu berücksichtigen, daß schon jetzt in mehreren Classen der höheren Mädchenschule, namentlich in der zweiten und dritten Classe eine solche Ueberfüllung herrsche, um eine Abschiebung von Schülerinnen in die neu zu bildende dritte Abtheilung der Schule als nothwendig erscheinen zu lassen. Die Schulcommission empfehle danach die gesammte Magistratsvorlage zur Annahme.

Herr Hauswaldt ist in den Voraussetzungen, welche der Vorlage zu Grunde liegen, mit den Zwecken und Zielen derselben einverstanden, aber nicht mit dem Wege, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Das Seminar müsse sich die Stadt erhalten und wenn sie das wolle, müsse sie es auch neu regeln, denn im preussischen Cultusministerium sei z. B. schon eine Vorlage in der Ausarbeitung begriffen, daß bei den Seminaren eine Vorbildungsschule eingerichtet werden müsse. Auch die dritte Classenreihe der höheren Mädchenschule müsse naturgemäß heraufwachsen. Ferner sei man sich wohl darüber einig, daß der Director entlastet werden müsse, wenn er das leisten solle, was von ihm zu verlangen sei. Alles dieses zugegeben, könne er aber doch die Art und Weise, wie die Ziele erreicht werden sollen, nicht für richtig halten. Für den Augenblick werde vielleicht Alles erreicht, was man wünsche, aber in ganz kurzer Zeit würde man wieder auf dem heutigen Standpunkte stehen, da auch dann der Director wieder nicht in der Lage sein würde, allen Anforderungen seines Amtes zu genügen. Vom Jahre 1908 ab hätte der Director 3×7 , also 21 gehobenen Schulclassen und den 3 Classen des Seminars vorzustehen und verstehe er nicht, wie der das machen solle. Vom einfachen practischen Standpunkte aus empfehle es sich jedenfalls nicht, mitten in der Stadt an einen einzigen Punkt ein solches colossales Schulmonstrum hinzusetzen; denn es handle sich thatsächlich um drei höhere Mädchenschulen, das Lehrerinnenseminar und die sechsklassige untere Bürgerschule, welche man auf einen Klumpen zusammenbauen wolle. (Widerspruch). Man müsse allerdings versuchen, das Seminar mit der höheren Töchterschule im Zusammenhange zu belassen, jedoch glaube er erst dann, daß dieses billiger sei, als eine Trennung, wenn er die betreffenden Zahlen gesehen habe. Darauf wolle er indessen jetzt nicht näher eingehen. Seiner Meinung nach sei die Sache überhaupt noch nicht spruchreif, wenigstens könne er der Vorlage in ihrer jetzigen Form nur bezüglich der Anträge unter 1a und 1b zustimmen. Er würde es für richtiger halten, die höhere Töchterschule von oben herunter zu theilen und für deren zweiten Theil, vielleicht im Westen der Stadt, ein neues Gebäude zu errichten. Wenn auch ein

Director, welcher in der Vollkraft seiner Jahre stehe, gern bereit sein werde, die Leitung einer so großen Schule zu übernehmen, so müsse dabei doch bedacht werden, daß die Last mit jedem Jahre schwerer und drückender werden würde. Es sei das ein Umding, auch wenn die drei untersten Classen unter einer besonderen Leitung abgezweigt werden sollten, da doch die beiden neuen, pro rectoratu geprüften Lehrer auch überwacht werden müßten. Man habe eingewendet, daß bei der Trennung der Töchter Schulen zwischen deren beiden Directoren eine gewisse Rivalität entstehen könnte, jedoch dürfte das wohl keinen Grund abgeben, das ganze höhere Töchter Schulwesen der Stadt auf einem Punkte der Stadt zu concentriren. Ein passendes Terrain für eine neue Schule werde sich schon finden: dem Vernehmen nach solle das Waisenhaus verlegt werden, das Amtsgerichtsgebäude an der Auguststraße werde disponibel und wenn man mit der einen Schule vor die Thore gehen müsse, schade es auch nichts. Demnach bitte er, die Vorlage mit Ausnahme der Anträge unter 1 a und 1 b zurückzuweisen.

Herr Günther bekennt sich im Princip als einen Gegner jeder Sonderschule und als einen Vertheidiger der Einheitschule. Man wolle hier aus dem Gemeindefäckel eine Unterrichtsanstalt unterhalten, in welcher den Kindern einer ganz besonderen Classe, und zwar der reichsten, ein größeres Wissen beigebracht werden solle, als es in den unteren Schulen möglich sei. Wenn gesagt werde, daß hier auch ein höheres Schulgeld gezahlt werde, so treffe diese Einrede insofern nicht zu, als die Stadt noch einen Zuschuß von 30 M für die Schülerin ohne die Kosten der Gebäude trage. Dieser Zuschuß sei ja allerdings gering im Verhältniß zu anderen Schulen, aber da es sich hier um die reichsten Einwohner handle, müßte solche Schule ohne jeden städtischen Zuschuß auskommen können. Da dieselbe einmal existire und ihre Beseitigung nicht angängig sei, auch ein Ausbau derselben am Plage sein möge, so wolle er demselben nicht entgegenstehen; es frage sich nur, auf wessen Kosten das geschehen solle. In der Vorlage heiße es allerdings, „vorbehaltlich des Kostenanschlages“, aber wenn die Vorlage erst im Princip angenommen sei, lasse sich nichts mehr dagegen unternehmen. Deshalb sei er schon heute gegen die Magistratsvorlage. Seiner Meinung nach dürften der Stadt für eine solche Schule nicht bedeutende Mehrkosten, ohne gleichzeitige Erhöhung des Schulgeldes auferlegt werden. Bei der Gewerbeschule habe man die Unterrichtskosten erhöht, aber er bezweifle, daß das auch hier geschehen werde, obwohl die Mehrkosten sehr erheblich sein würden.

Was das Lehrerinnenseminar betreffe, so hätte er gegen dessen Organisation nichts einzuwenden. In Bezug auf die Lehrerinnenfrage im Allgemeinen möchte er wissen, ob der Mangel an Lehrkräften hier ebenjogroß sei, wie bei den Lehrern. Das Gehalt der Letzteren müßte hier doch wohl recht niedrig sein, da man schon

die jungen Seminaristen verpflichten wolle, für eine gewisse Zeit eine Lehrerstelle im Herzogthume anzunehmen; es sei wahrhaftig etwas stark, den jungen Leuten, welche außerhalb Braunschweigs bessere Stellungen erhalten können, ihren freien Willen rauben zu wollen. Ferner möchte er fragen, ob es zutreffe, daß trotz aller Vorstellungen der städtischen Behörden immer noch Seminaristen der ersten und zweiten Classe zu Lehrzwecken Verwendung finden. Das müsse entschieden verurtheilt werden, ebenso daß man die Schülerinnen aus dem Lehrerinnenseminare benutzen wolle, um den Unterricht in einer zu diesem Zwecke neu einzurichtenden Volksschule, welche hierzu gut genug zu sein scheine, ertheilen zu lassen.

Herr Wolff will dem Ziele der Vorlage gern zustimmen und kann auch das, was über das Seminar vorgetragen sei, für durchaus einwandfrei erachten, soweit er dies als Laie zu beurtheilen vermöge. Dagegen sei er ein entschiedener Gegner der in Vorschlag gebrachten Ausgestaltung der höheren Töchterschule. Schon vor einigen Jahren habe er erklärt, daß die Errichtung einer neuen selbständigen Töchterschule das Ziel sei, was man zu erreichen habe. Der Director einer solchen Schule müsse im innigen Zusammenhange mit den sämmtlichen Classen seiner Schule bleiben. Gegen die Errichtung einer weiteren höheren Töchterschule finde er auch keine Bedenken, weder solche vom finanziellen, noch vom schultechnischen Standpunkte aus — so weit der Laie das verstehe — die nicht zu überwinden wären, auch würde sich eine Reibung zwischen beiden Schulen und eine Ueberfüllung der einen Schule wohl vermeiden lassen. Bei dem Erlasse geeigneter Verwaltungsmaßregeln werde sich leicht ein einwandfreies Verhältniß zwischen beiden Schulen herstellen lassen, wie es in zahllosen anderen großen Städten ebenfalls bestche. Die hiesige Stadt sei mit ihren 130 000 Einwohnern und ihrer großen Zahl von Schülerinnen nachgerade auf dem Standpunkte angelangt, daß man die Errichtung einer zweiten höheren Töchterschule anbahnen müßte und die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens Niemand abschrecken dürften. Auch ihm erscheine die Sache noch nicht spruchreif und schließe er sich dem Antrage des Herrn Hauswaldt an, heute nur das absolut Nothwendige der Vorlage zu bewilligen, das Uebrige aber zurückzustellen. Den jetzigen Leiter der höheren Töchterschule schätze er sehr hoch; derselbe stehe in der Vollkraft seiner Jahre und man könne es ihm nicht verdenken, wenn er den Vorschlägen des Magistrates zustimme. Das Urtheil des Genannten könne er indessen nicht als völlig unparteiisch anerkennen, denn nichts sei wohl schöner und idealer für einen Schulmann, als wenn derselbe die Leitung eines solchen Organismus in seiner Hand vereinigen könne. Gerade die Stellung, welche Herr Director Krüger der Stadt und der Schule gegenüber einnehme, biete Veranlassung, sein Urtheil in dieser Frage nicht als absolut maßgebend anzusehen. Deshalb habe er den dringenden Wunsch, daß die Vorlage wegen der

anderweiten Organisation der Schule heute noch nicht zur Annahme gelange, sondern erst noch einmal ein anderer Schulmann darüber gehört werde, ob sich eine horizontale oder eine verticale Scheidung der Schule mehr empfehle.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte bemerken, daß sich die Magistratsvorlage auf ein ausführliches Gutachten des Schulvorstandes stütze, welches unter Zuziehung des Directors der städtischen Bürgerschulen und des Directors der städtischen Mädchenschule zu Stande gekommen sei. Wenn die Herren Hauswaldt und Wolff meinen, daß man in einigen Jahren wieder vor der Nothwendigkeit der Erweiterung dieser Schule stehen würde, so sei dadurch wohl das in der Schulcommission so stark betonte Bedenken beseitigt, daß ein Rückgang in dem Besuche der höheren Mädchenschule eintreten und der jetzt beabsichtigte Neubau vergeblich sein könnte. Ueber die technische Seite der Vorlage werde Herr Director, Professor Krüger sich äußern.

Herr Schuldirektor Krüger: Die Ausführungen der Herren Hauswaldt und Wolff haben etwas sehr Bestechendes und erscheinen so natürlich und selbstverständlich, daß auch im Schulvorstande in der Richtung Erörterungen gepflogen seien. Für einen Sachmann habe es etwas außerordentlich Bestechendes, möglichst kleine Schulen zu haben, trotzdem könne er den Ausführungen der beiden Herren nur unter einem gewissen Vorbehalt zustimmen. Persönlich sei er nicht der Meinung, daß man Alles über einen Kamm scheeren solle, im Gegentheil, man solle, soweit möglich und die Verhältnisse es fordern, auch die Schulen differenziren und individualisiren. Wie auf jedem Verwaltungsgebiete müsse auch innerhalb der selben Schulgattung eine einheitliche Verwaltung herrschen. Ob diese aber ohne Weiteres gewahrt würde, wenn man eine neue Schule baue, möchte er bezweifeln. Die Stadt müßte dann in zwei Schulbezirke getheilt werden; man erhalte zwei selbständige Directoren, deren Anschauungen nicht in allen Fragen der Methodik, der Lehrmittel und Lehrbücher übereinstimmen könnten, ohne daß sich sagen lasse, der habe Recht und der Unrecht, denn es führen viele Wege nach Rom. Wie solle da eine Einigung zu Stande kommen? Die Kinder könnten doch nicht nach verschiedenen Methoden und Lehrbüchern unterrichtet werden? Bei dem Umzuge der Eltern nach einer anderen Gegend der Stadt sähen sich sonst die Kinder plötzlich anderen Lehrbüchern und einer anderen Lehrmethode gegenüber, was zu Mißverhältnissen führen würde, welche die ganze Familie täglich zu empfinden hätte. In solchem Falle müßte eine sachmännische Centrale Schulrath. Wenn die Versammlung dazu bereit sei, könne er die Ausführungen der beiden Herren nur mit großer Freude begrüßen, aber auch nur unter diesem Vorbehalte. Dazu treten als Hauptsache dann noch die finanziellen Bedenken. Der

Magistrat habe die Ansicht vertreten, daß der Bau einer neuen Schule die Anwendung zu großer Mittel erfordern würde. Deshalb habe der Schulvorstand in Verbindung mit anderen Schulmännern einen Weg vorgeschlagen, der durchaus gangbar sei, nämlich die Vorschule einem pro rectoratu geprüften Lehrer selbständig zu unterstellen. Wenn gesagt werde, der Director müsse alle Kinder seiner Anstalt kennen, so sei dem im Principe zuzustimmen, denn nur dann könne er jeder Classe und jedem Kinde gerecht werden; andererseits sei das aber bei 1000 Schülerinnen ganz undenkbar. Deshalb sollen ja die unteren 9 Classen abgetrennt und ziemlich selbständig gemacht werden. Für den eigentlichen Leiter der Anstalt bleibe bei solcher Einrichtung nur eine Anzahl von 21 Classen übrig, so daß er also nicht viel mehr Arbeit habe, als der Leiter eines Doppelgymnasiums mit 18 Classen. Wenn aber gesagt werde, der Director der höheren Mädchenschule würde bei Abzweigung der unteren 9 Classen die Kinder dieser Classen nicht kennen lernen, so erwidere er, daß dasselbe Verhältniß auch bei den Gymnasien vorliege, auf welche die Kinder erst im zehnten Lebensjahre kämen.

Herr Schöttler tritt den Ausführungen der Herren Hauswaldt und Wolff bei und ist auch für eine örtliche Trennung der beiden Schulen, ohne sich hierauf aber schon heute festnageln zu wollen. Man müsse sich klar werden, ob man eine horizontale oder eine verticale Trennung der beiden Schulen wolle und neige er der letzteren Einrichtung zu, sich dabei auf die Ausführungen des Herrn Schuldirectors Krüger stützend. Dieser habe eine solche Trennung für das Beste gehalten, wenn eine Centralstelle für beide Anstalten geschaffen werden könnte. Solche Stelle sei aber leicht zu schaffen. Im Herzogthume begegne man denselben Verhältnissen: es sei eine ganze Anzahl von Gymnasien, selbst in der Stadt schon, vorhanden, welche parallel arbeiten müßten und darüber stehe die Oberschulcommission. Wer bilde aber diese Oberschulcommission? Dieselben Herren, welche die Anstalten leiten. Auf diese Weise lasse sich eine städtische Oberschulcommission unter Beigabe eines Magistratsmitgliedes leicht bilden. Einen technischen Oberschulrath, welcher allerdings eine größere Ausgabe für die Stadt verursachen würde, möchten die Herren wahrscheinlich selber nicht gern über sich sehen. Deshalb bitte er, für heute die Vorlage noch nicht anzunehmen, soweit es sich dabei um die anderweite Organisation der Schule handle.

Herr Hauswaldt möchte ergänzend bemerken, daß er nicht nur die Annahme der Anträge unter 1a und 1b empfehle, sondern daß er auch bitte, der Aenderung des Seminars im Principe zuzustimmen. Er sei überzeugt, daß der pro rectoratu geprüfte Lehrer doch kommen werde, wenn man die höhere Mädchenschule erst ein-

mal ausgebaut habe. Gegenüber der Behauptung, daß eine Abzweigung des Seminars von der Mädchenschule zu theuer sein würde, möchte er den Magistrat bitten, der Versammlung ein finanziell klares Bild darüber zu geben, welche Mehrkosten entstehen würden, wenn man das Seminar von der Schule ganz abtrenne, da er sich nicht denken könne, daß die Sache so viel mehr kosten würde.

Herr Rathe will sich den Ausführungen der Herren Hauswaldt, Wolff und Schöttler anschließen, dabei aber zum Ausdruck bringen, daß der höheren Mädchenschule zweckmäßigerweise eine ähnliche Einrichtung wie den höheren Knabenschulen gegeben werden könne, daß nämlich auch die Mädchen zunächst die Bürgerschulen besuchen und erst mit dem Beginn des Unterrichtes in den Sprachen zur höheren Mädchenschule kommen. Hierdurch würde man die drei untersten Classen dieser Schule ersparen und dadurch aus den hervorgetretenen Schwierigkeiten zunächst herauskommen. Wenn das bei den Knaben gehe, müsse es bei den Mädchen ebenfalls möglich sein, da es sich doch im Grunde genommen um die Kinder derselben Familien handle, und man dann auch die Forderungen an die Eltern bei den Mädchen nicht so hoch anspanne.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn die Versammlung Bedenken tragen sollte, die Neuordnung der höheren Mädchenschule schon heute zur Entscheidung zur bringen, so möchte er zum mindesten anheimgen, heute noch darüber Beschluß zu fassen, ob behufs unmittelbarer Verwaltung der drei unteren Classen dieser Schule die Stelle eines pro rectoratu geprüften Lehrers geschaffen werden solle. Der Schulvorstand habe schon einmal vor 6—8 Jahren den Antrag gestellt, eine Theilung der unmittelbaren Verwaltung dieser Schule in der jetzt wieder vorgeschlagenen Weise vorzunehmen und habe damals der Schulvorstand gleichzeitig eine Persönlichkeit für den Posten des zweiten Leiters in Vorschlag gebracht. Da diese Persönlichkeit indessen nicht voll den Anforderungen der hiesigen Aufsichtsbehörde entsprochen habe, so sei mit Rücksicht darauf die Ordnung abgelehnt worden. Er bitte Herrn Hauswaldt, seinen Antrag dahin zu erweitern, daß auch der Punkt 1c schon heute seine Erledigung finde.

Herr Kolke: Was Herr Rathe gegen die Vorlage eingewandt habe, spreche gerade dafür, denn wenn derselbe sage, die Mädchen könnten zuerst ebenso wie die Knaben eine Bürgerschule besuchen, so erkenne er damit die Möglichkeit einer horizontalen Theilung der Schule an. Auch das Streben nach der Einheitsschule spreche dafür, sofern die Schulmänner erklären, daß sie die Kinder bis zu einem gewissen Alter einheitlich unterrichten müßten, um dann erst eine Trennung nach oben vorzunehmen: das sei ebenfalls eine horizontale Theilung. Er glaube deshalb, daß eine

solche Theilung auch hier angängig sei. Andererseits könne man aber wohl darüber zweifelhaft sein, ob es nicht vorzuziehen wäre, eine örtliche Theilung der Schule vorzunehmen. Dagegen sprächen erhebliche finanzielle Bedenken und der Umstand, daß es zu tadeln wäre, wenn zwei gleiche Schulen nicht einheitlich geleitet würden, zumal dieses bei der Ueberführung von Mädchen aus der einen in die andere Schule unangenehm sein würde. Wenn Herr Hauswaldt meine, es entsände hier an einem Plage ein Schulmonstrum, so könne er das nicht anerkennen, da die Uebungsschule dort gar nicht ihren Platz finden solle. Mit Rücksicht darauf, daß auf dem Grundstücke der höheren Töchterschule noch sehr viel Platz vorhanden sei und dieser der Stadt unentgeltlich zur Verfügung stehe, könne er nicht einsehen, weshalb die Magistratsvorlage nicht einfach angenommen werden solle, umso mehr als doch auch eine gewisse Eile geboten sei, indem die Schule immer größer werde und zur Unterbringung der unteren Classen ein Miethvertrag abgeschlossen werden müsse. Namens der Schulcommission bitte er nochmals um Annahme der gesammten Vorlage.

Herr Oberbürgermeister Pockels will bestätigen, daß die Uebungsschule auf dem Terrain nicht mit untergebracht werden solle, sondern es sich um die Schaffung eines zwölfclassigen Gebäudes handle, in welchem die 10 Classen der dritten Abtheilung der höheren Mädchenschule und die dem Seminare fehlenden beiden Classen Platz finden sollen.

Herr Wolff übernimmt den Vorsitz.

Herr Schuldirektor Krüger möchte Herrn Schöttler erwidern, daß sich ein Vergleich zwischen den höheren Knabenschulen und den höheren Mädchenschulen in diesem Punkte doch nicht ziehen lasse. Die höheren Knabenschulen strebten einem bestimmten Ziele zu, dessen Erreichung durch eine Prüfung nachgewiesen werden müsse, während diese Forderung den höheren Mädchenschulen fehle. Bei den Letzteren komme deshalb sehr viel auf deren Leiter an, von denen der Eine das Ziel enger, der Andere weiter stecke. Schon hierdurch könnten Reibungen entstehen, weshalb eine technische Centrale nothwendig sei, denn wenn nur die Directoren mit Laien den Schulrath bilden sollten, so müßte den Nichtfachmännern das Recht der Entscheidung verliehen werden und das würden die Fachmänner sehr schwer empfinden.

Herr Löschigt bittet um Ablehnung der Vorlage bis auf die von Herrn Hauswaldt hervorgehobenen Punkte. Bei der colossalen Ausdehnung der Stadt sei es besser, wenn die Schule räumlich in zwei Abtheilungen getrennt werde, damit die Schülerinnen nicht alle nach einem Punkte zu gehen hätten. Die Vorlage gewähre nur einen Nothbehelf auf 5 bis 6 Jahre, dann müßte doch eine neue Schule gebaut werden.

Auf die Frage des Herrn Vorsitzenden, ob der Punkt 1c der Magistratsvorlage nicht so gefaßt werden könne, daß in der Schaffung der Stelle eines pro

rectoratu geprüften Lehrers kein Präjudiz für die anderweite Organisation der Schule zu erblicken sei, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß dagegen nichts einzuwenden sei. Wer für die Ausgestaltung einer zweiten neuen Schule eintreten wolle, könne auch diesem Punkte unbedenklich zustimmen, da der betr. Conrector dann leicht an eine andere Schule versetzt werden könne.

Herr Blasius: Es handle sich hier um das Prinzip einer senkrechten, oder einer wagerechten Theilung der Schule, und meine er, daß sich die letztere Art der Theilung auch sehr gut durchführen lasse. Für sehr richtig müsse er es halten, daß die Leitung der gesammten höheren Töchter Schule in einer Hand vereinigt bleibe. Wenn Herr Hauswaldt meine, vielleicht ließe sich das Terrain des Herzogl. Waisenhauses zu der Errichtung einer zweiten höheren Mädchenschule verwenden, so möchte er dazu bemerken, daß diese Entfernung doch wohl zu gering sei, um den Kindern etwas am Schulwege zu ersparen. Der Vortheil der jetzigen Einrichtung liege darin, daß die Schule mitten in der Stadt liege und die Kinder überall die gleichen Schulwege haben. Er empfehle nochmals, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird zunächst die Magistratsvorlage im Ganzen abgelehnt, dagegen der Antrag Hauswaldt auf Genehmigung der Punkte 1a, 1b und 1c, sowie 2a und 2b der Vorlage unter der Voraussetzung genehmigt, daß der Punkt 1c nicht präjudizieller Natur sei.

Zu der Unterbringung mehrerer Parallellklassen der höheren Mädchenschule sind dann, wie schon erwähnt, geeignete Räume zu ermiethen. Der Magistrat bringt in Vorschlag, zu diesem Zwecke von dem Kaufmann Wilhelm Kreter, Eiermarkt 4, die zweite Etage zum Jahrespreise von 700 M zunächst auf zwei Jahre anzumietthen, mit welchem Vorschlage sich die Versammlung auf Empfehlung der Schulcommission, für die Herr Müller berichtet, einverstanden erklärt.

IV. Beseitigung von Bäumen auf einigen Straßen.

Alljährlich in den Sommer- und Herbstmonaten werden von den Anwohnern verschiedener Straßen, an welchen Laubbäume angepflanzt sind, Beschwerden darüber erhoben, daß durch die dichte Belaubung der Bäume der Zutritt von Licht und Luft zu den Wohnräumen beeinträchtigt würde. Da diese Beschwerden, welche hauptsächlich von Anliegern der Neuenpromenade, der Jerusalemstraße, des Bültensweges, der Kastanienallee, der Husarenstraße und der Wolfenbüttlerstraße geltend gemacht werden, als begründet anzusehen sind, so ersucht der Magistrat, dem von der städt. Bauverwaltung vorgeschlagenen Mittel, jeden zweiten Baum und zwar zunächst auf der

Neuenpromenade und der Jerusalemstraße zu entfernen, zuzustimmen. Der Antrag wird noch weiter damit begründet, daß die zu dicht gepflanzten Bäume im Laufe der Zeit sich gegenseitig beeinträchtigen würden.

Nach dem Berichte des Herrn Nieß empfiehlt die Baucommission, der Vorlage zuzustimmen und die entfernten Kastanienbäume durch Rothdornstämme zu ersetzen. Hierdurch erreiche man, daß die Allee vollständig erhalten bleibe und daß den berechtigten Klagen der Anlieger nach mehr Luft und Licht entsprochen werde; auch beuge man dadurch dem Uebelstande des Ausbreitens der Kastanienbäume für die Zukunft vor. Es sei nämlich gärtnerisch festgestellt worden, daß die Kastanienbäume von Jahr zu Jahr sich in immer größerem Boden ausbreiten.

Herr Lord bittet, dem Antrage nicht zuzustimmen. Die Angelegenheit habe die Versammlung schon einmal vor 5—6 Jahren beschäftigt und sei auch damals abgelehnt worden. Naturgemäß hätten Einzelne immer ein besonderes Interesse an solchen Sachen und fänden dann noch eine Anzahl von Indifferenten, welche sich an Eingaben an die Behörden theiligten. Damals habe sich der inzwischen verstorbene Schuldirektor Dr. Sommer an die Spitze der Bewegung gestellt. Letzterer habe einen Schritt von der Promenade einen starken Baum zur Beschattung seiner Veranda im Garten stehen gehabt, der ihm nicht unbequem geworden sei, während ihn die beiden Bäume vor dem Hause genirten. Wer wolle aber die Garantie geben, daß bei der vorgeschlagenen Richtung der Allee nicht gerade der Baum stehen bleibe, welcher das Arbeitszimmer dunkel mache und daß nicht die Anlieger von anderen Straßen ebenfalls verlangten, daß dort eine große Holzauktion veranstaltet würde? Er wohne seit 18 Jahren in der Neuenpromenade und freue sich, wenn im Frühjahr die Blätter und Blüthen der Bäume kommen und empfinde es schmerzlich, wenn im Herbst die schöne Baumkrone verschwinde. Die volle Belaubung der Bäume, welche allerdings die Verdunkelung einiger Zimmer verursachen könne, dauere außerdem nur etwa 2½ Monate im Jahre. Darum möge man die Vorlage dorthin befördern, wohin sie gehöre, in den Orcus; dort gebe es auch keine Bäume.

Herr Lange will diesen Ausführungen zustimmen, gleichzeitig aber zugeben, daß die Bäume unter Umständen recht lästig für die anliegenden Häuser werden können. Deshalb bitte er den Magistrat, die namentlich mit älteren Bäumen besetzten Straßen öfter einer Revision zu unterwerfen.

Herr Bürgermeister Metemeyer glaubt, daß die Freude des Herrn Lord an schönen Bäumen bestehen bleiben werde, wenn ein Baum um den anderen weggenommen werde, da derselbe sich dann immer noch über die stehenbleibenden Bäume werde freuen können. Wenn aber an Stelle der entfernten Bäume Rothdornstämme

angepflanzt würden, so würde die Freude um so größer sein, da ein Wechsel unter verschiedenen Baumarten immer schön sei. Hier liege der Fehler darin, daß die Bäume zu eng gepflanzt seien, denn für Kastanien sei eine Entfernung von $6\frac{1}{2}$ m zu nahe. Wenn die hier vorgeschlagene Kur aber nicht vorgenommen werden solle, so werde die Freude des Herrn Lord auch bald in Trauer verwandelt werden, weil die Kastanien, wenn sie zu nahe stehen, auszutrocknen pflegen. Deshalb sei es gut, bei Zeiten einzugreifen. Der Staat habe auf den Promenaden dasselbe gethan, was hier beabsichtigt werde. Damals sei ein großes Geschrei hierüber entstanden und heute könne man sich überzeugen, daß es doch schön geworden sei. Herr Lord scheine die Dunkelheit in seinem Hause zu lieben, denn Redner habe sich in verschiedenen Häusern davon überzeugt, daß dort unter Umständen unerträgliche Zustände herrschen, indem Nachmittags kein Sonnenstrahl in die Häuser gelangen könne. Ob überhaupt die Befugniß der Stadt so weit gehe, die Hausbesitzer zu schädigen, möchte er bezweifeln. Es sei in Aussicht genommen, daß der Magistrat wegen der Beseitigung von Bäumen an anderen Straßen noch mit einer weiteren Vorlage kommen werde.

Herr Nieß möchte auch persönlich empfehlen, dem Antrage der Baucommission zuzustimmen. Es handle sich nicht um eine Beseitigung der sämtlichen Bäume, sondern nur um eine Dichtung der zu eng gepflanzten Bäume und um eine Ersetzung großkroniger durch enger besetzte Bäume.

Herr Rathe muß bedauern, daß der Magistrat in gewissem Sinne für die Beseitigung der Bäume eintrete, da es wirklich schade wäre, wenn die Alleen, für welche andere Städte viel Geld ausgeben würden, beseitigt werden sollten. Außerdem seien gerade die Einwohner, welche sich über die Bäume beklagten, in der Zeit der dichtesten Belaubung meistens gar nicht in Braunschweig anwesend, sodaß die übrige Einwohnerschaft, welche die Straße bei Sonnengluth passiere, den Nachtheil von der Beseitigung der Bäume haben würde. Deshalb bitte er um Ablehnung der Vorlage. Wenn von einer Schädigung der Anlieger überhaupt die Rede sein könne, so kämen doch wohl nur die Anlieger der Neuenpromenade in Frage, während diejenigen der Jerusalemstraße nicht in Betracht zu ziehen seien, weil hier die Bäume weit genug, nämlich 9 m, von den Häusern entfernt ständen. Der Rothdorn wachse auch nicht so schnell, daß er Ersatz für die ausfallenden Kastanienbäume bieten könne und ein Baum sei leicht umgehauen, wachse aber sehr langsam wieder. Die Neuenpromenade im Sommer entlang zu gehen, sei ein Hochgenuß und empfehle es sich nicht, die Allee zu lichten, da sonst die Mitbürger auch anfangen könnten, ihre Bäume in den Gärten zu fällen, was bei dem moorigen Untergrunde unserer Stadt für deren Gesundheitsverhältnisse von nachtheiligem Einfluß sein möchte.

Herr Ebeling will der Meinung entgentreten, als wenn die Baucommission den Antrag ohne eingehendere Verathung empfohlen hätte; sie habe sich vielmehr sehr lange damit beschäftigt. Als vor 6 Jahren ein ähnlicher Antrag gestellt sei, habe man die Absicht gehabt, die Bäume oben zu köpfen, jedoch seien dieselben dazu zu alt. Der Charakter einer Allee solle den beiden Straßen nicht genommen werden, sondern man wolle den Anforderungen nach beiden Seiten gerecht werden und die zu eng gepflanzten Bäume nur zur Hälfte durch Rothdorn ersetzen. In der Kaiser-Wilhelmstraße würde die Kastanie eine der schönsten Alleen bilden können, aber auf engeren Straßen sei der Baum unpraktisch, namentlich aber, wenn er zu eng gepflanzt sei. Er empfehle daher die Annahme des Antrages der Baucommission.

Herr Lord möchte auf die Fallersleberthorpromenade verweisen, wo der Staat das Manöver gemacht habe, die Hälfte der Kastanienbäume zu fällen und wo die kräftigen Bäume entfernt, die Krüppel aber stehen geblieben seien. Außerdem habe er auch noch keine Allee aus zweierlei Bäumen gesehen (Widerspruch). Darum solle man die Bäume stehen lassen, damit diejenigen, welche die Straßen passiren, Schatten haben. Mit der entstehenden Finsterniß sei es gar nicht so schlimm, als daß man sie nicht ertragen könnte. Sobald der Antrag angenommen werde, würden Anträge auf Beseitigung von Bäumen aus Straßen kommen, wo man es am wenigsten vermuthet, und selbst die Anwohner der Kaiser-Wilhelmstraße würden vielleicht darum vorstellig werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann keine Bedenken darin finden, auf den Straßen verschiedene Arten von Bäumen anzupflanzen, wie das auf dem Hagenringe, dem Altemiekringe, der Heinrichstraße u. schon geschehen sei. Wenn man als Spaziergänger auf der Neuenpromenade unter dicht belaubten Bäumen gehen könne, so sei das sehr schön, aber für die Anwohner sei es eine Härte, die Bäume stehen zu lassen, wovon sich Jeder dort überzeugen könne.

Herr Buchler möchte aus den Acten mittheilen, daß die Bäume in folgenden Entfernungen von den Häusern, bezw. Grundstücken gepflanzt seien: auf der Neuenpromenade 4 m von den Häusern, auf der Jerusalemstraße $3\frac{1}{2}$ m vom Stacket, auf der Gaußstraße 4 m, auf der Wilhelmthorpromenade $5\frac{1}{2}$ m. Trotzdem hier die Verhältnisse recht günstig liegen, habe doch die Herzogl. Bauverwaltung es für nöthig gehalten, einen um den anderen Baum zu entfernen und durch einen jungen Baum zu ersetzen. Man könne sich hier überzeugen, daß die Bäume aber doch noch genug Schatten geben.

Runmehr wird zur Abstimmung geschritten und die Magistratsvorlage, sowie der Antrag der Baucommission abgelehnt.

V. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke, sowie der Neustadtmühle im Jahre 1900/01.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, ist der jedem Mitgliede der Versammlung in einem Druckexemplar zugegangene Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, des Wasserwerkes und der Neustadtmühle für das Jahr vom 1. April 1900 bis zum 31. März 1901 so übersichtlich aufgestellt, daß sich Jedermann ein klares, finanzielles Bild von der Verwaltung dieser Werke machen könne. Die Finanzcommission habe nur den Wunsch zu äußern, auch bei der Neustadtmühle in Zukunft eine solche Bilanz, wie sie über die beiden anderen Werke gegeben sei, zu erhalten, damit man wisse, wie sich das Ergebnis bei dieser stelle.

Den Antrag der Finanzcommission, die Entlastung auszusprechen, erhebt die Versammlung zum Beschlusse.

VI. Austausch von Flächen am Werder etc.

Von dem Grundstücke des Heilgehilfen Westphal ist der Wendenstraße, bezw. dem Werder eine 1,9 qm große Fläche zuzulegen, während dem Grundstücke eine 1,3 qm große Fläche am Werder anzuschneiden sein würde. Dem Antrage des Magistrates, den kostenlosen Austausch dieser Flächen zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, zu.

VII. Verlegung eines Gashauptrohres am Madamenwege.

Da auf dem zwischen der Hohethorbrücke und der Goslarischenstraße gelegenen Theile des Madamenweges kein Hauptrohr der Gasleitung vorhanden ist, für zwei dort gelegene Grundstücke die Lieferung von Gas aber gefordert wird, so giebt der Magistrat anheim, auf der vorbezeichneten Strecke ein 80 mm weites Gashauptrohr mit einem Kostenaufwande von 272 M zu verlegen,

welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Südel berichtet, zustimmt.

VIII. Antrag Ahmann: Bewilligung von Mitteln für Nothstandsarbeiten.

Der in der Sitzung vom 19. December 1901 — Seite 293 des Berichtes — gestellte Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, dem Beschlusse beizutreten, daß 50 000 M für außerordentliche Nothstandsarbeiten dem Magistrate zur Verfügung gestellt werden unter der Bedingung der schleunigen Inangriffnahme von Nothstandsarbeiten.“

Zur Begründung des Antrages führt Herr Asmann etwa Folgendes aus: In der letzten Sitzung scheine der Antrag eine Mißstimmung verursacht zu haben, wahrscheinlich in der Annahme, daß die Versammlung zu viel mit derartigen Dingen beschäftigt worden sei. Es könne wohl darüber gestritten werden, ob bei einem Gegenstande zu viel discutirt werde, aber hier handle es sich nicht um einen minderwerthigen Antrag, und außerdem habe die ganze Vorgeschichte desselben ihn nothwendig hervorgerufen. Bei der Besprechung selbst minderwichtiger Dinge habe er auch stets ruhig und anständig zugehört, weshalb er sich wundere, daß bei so wichtigen Dingen eine solche Entrüstung Platz greifen könne. Wenn ferner die Annahme vorherrschen sollte, daß der Antrag nur aus persönlichen und nicht aus sachlichen Gründen gestellt worden sei, so erkläre er, daß er mit seinen Freunden voll und ganz bei dem Antrage sei und denselben nicht eingebracht habe, um ein Manöver zu machen.

Als f. B. der Herr Oberbürgermeister die Erklärung abgegeben habe, daß Mittel im ausreichenden Maße — nämlich weit über 100 000 M. — vorhanden seien, um Arbeitslose zu beschäftigen und es einer Bewilligung weiterer Mittel zunächst nicht bedürfe, da habe er diesen Worten nicht nur Glauben geschenkt, sondern auch gehofft, daß die Arbeiten in der angegebenen Weise durchgeführt werden würden. Bezüglich dieser Erklärung sei er indessen insofern getäuscht worden, als er nicht einsehen könne, daß für die Arbeitslosen genug gethan sei. Als dann beantragt sei, eine gemischte Commission zu wählen, welche die Angelegenheit weiter verfolgen und dem Magistrate mit Rath und That zur Seite stehen sollte, sei vom Magistratsstische aus erwidert worden, daß hierzu das Arbeitsamt da wäre. Der Antrag sei mit Rücksicht auf diese Erklärung zurückgezogen worden. Aber auch in dieser Richtung habe er sich getäuscht gesehen, denn seines Wissens habe dieserhalb noch keine Sitzung des Arbeitsamtes stattgefunden, obwohl dasselbe dem Magistrate hätte sehr nützlich sein können. Wenn ferner darüber gestritten werde, ob die Beschäftigung der Arbeitslosen die Stadt überhaupt etwas anginge, so wolle er darauf nicht weiter eingehen und nur erwähnen, daß diese Art der Unterstützung durchaus nichts Neues sei, da z. B. auch bei den Bankfrachten in Leipzig und Dresden die Stadtverwaltungen für die geschädigten Geschäftsleute eingetreten seien. Vielfach scheine auch die Meinung vorzuherrschen, daß man die Arbeitslosenbeschäftigung so einrichten müsse, um dabei stadtseitig keinen Schaden zu erleiden. Andererseits sei nicht nur bei den Socialdemokraten, sondern auch bei vielen bürgerlichen Elementen der Glaube verbreitet, man habe die Beschäftigung der Arbeitslosen nur deshalb eingerichtet, um von diesen die rückständigen Steuern eintreiben zu können; wenigstens sei ihm von einem bürgerlichen Herrn ein Steuerzettel zugestellt worden, nach welchem von einem Rothlandsarbeiter an dem

Sonnabend, an welchem derselbe seinen ersten Lohn erhalten habe, gleichzeitig die Steuern eingezogen seien. Der Mann hätte von seinem Lohne 5,03 M. behalten, während ihm 4,50 M. abgezogen seien und davon solle er eine Familie von 7—9 Köpfen eine Woche hindurch ernähren; demselben sei dann auch nichts anderes übrig geblieben, als den Armenpfleger in Anspruch zu nehmen. Das sei am Sonnabend vor Weihnachten geschehen, also zu einer Zeit, wo der allgemeine Friede gepredigt werde. Der Executor habe doch aber nicht rein zufällig erfahren, daß der Mann Lohn erhalte, sondern es müsse ihm vom Arbeitsamte, oder sonst einer Stelle mitgetheilt worden sein, zumal dieser Fall sich verschiedentlich wiederholt haben solle. Man dürfe hierbei nicht den Standpunkt einnehmen, daß die Commune unter solchen Verhältnissen nicht leiden dürfe, sondern man müsse sagen, daß die Communen bei solchen wirtschaftlichen Krisen auch geschädigt würden, die Schädigung aber auf der anderen Seite wieder wettgemacht werden würde. Wenn sodann ferner von einer Seite Zweifel erhoben werden, ob es richtig sei, daß die Bemittelten die ganze Last tragen, so wolle er bemerken, daß die Arbeiter zur Unterstützung der Arbeitslosen auch mit beitragen und das Möglichsste thun, um die Arbeitslosigkeit nicht allzu fühlbar hervortreten zu lassen. So hätten verschiedene Gewerkschaften Cassen zur Unterstützung Arbeitsloser geschaffen, auch gebe es Vereinigungen von Arbeitern, welche sich angelegen sein ließen, die Arbeitslosen zu unterstützen u. c.; demnach herrsche auf dieser Seite der ernste Wille einzugreifen und müsse deshalb auch die Commune etwas thun. Da hier in der Richtung bislang zu wenig geschehen sei, habe er den Antrag gestellt, um nochmals darauf hinzuweisen, und sei der Antrag nothwendig geworden, weil in der vorigen Sitzung die Besprechung der Anfrage Stegmann abgelehnt worden sei und weil der Magistrat auf dem Standpunkte stehe, daß Staatsüberschreitungen nicht stattfinden dürfen. Letzteres lasse sich vermeiden, wenn heute noch eine Summe von 50 000 M. bewilligt und der Magistrat ersucht würde, schnell und willig einzugreifen, sowie das Arbeitsamt einzuberufen, damit die Sache in ein besseres Gleis komme. Die Arbeitslosigkeit nehme auch durchaus nicht ab und wenn sie nicht in allzu crasser Weise zu Tage trete, so liege das an dem wenig ungünstigen Winter. Trotzdem sei aber die Noth wirklich groß und bitte er, für den Antrag auch die Dringlichkeit zu beschließen. Bestimmte Arbeiten könne er nicht in Vorschlag bringen, das möge der Magistrat mit dem Arbeitsamte auf Vorschlag der städtischen Bauverwaltung thun.

Der genügend unterstützte Antrag wird zur sofortigen Berathung gestellt.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte zunächst bemerken, es sei ihm in der vorigen Sitzung nicht aufgefallen, daß über den vorliegenden Antrag allgemeine Erregung in der Versammlung geherrscht habe, er habe sich vielmehr gewundert

über die Erregung des Herrn Hsman darüber, daß die Mehrheit der Versammlung nicht geneigt gewesen sei, um 1/4 9 Uhr Abends den Antrag noch zu berathen. Den Magistrat müsse er dagegen wenigstens in Schutz nehmen, denn der sei nicht in Erregung gerathen. Der Antrag enthalte ein Problem, über das man sich ruhig unterhalten könne, dann komme die Wahrheit von selbst zu Tage. Er halte es für angezeigt, zu betonen, daß man sich nicht auf den Standpunkt stellen könne: es seien Arbeitslose da, mithin müßten sie auch beschäftigt werden. Herr Hsman sei schon selbst auf die Idee gekommen, zu erörtern, wie weit die Stadt überhaupt verpflichtet sei, für die Arbeitslosen Gelder aufzuwenden. Derselbe stelle einen Antrag auf Beschäftigung Arbeitsloser nur für bestimmte Classen der Bevölkerung, nämlich für arbeitslose Arbeiter. Die anderen Bürger müßten aber dem Magistrat ebenso lieb sein, z. B. die Fuhrwerksbesitzer, welche Stein und Wein klagten. Sollte die Stadt auch da eingreifen? Herr Günther habe bei Berathung des Punktes III. der Tagesordnung erklärt, er wäre ein entschiedener Gegner, daß aus dem Stadtsäckel Gelder genommen würden, um einzelne Classen der Bevölkerung zu unterstützen. Was wolle aber dieser Antrag anders? Anwälte und Aerzte klagten über Mangel an Beschäftigung und Einnahmen, wolle man so weit gehen, für alle diese Leute stadtseitig einzutreten? Das würde auf eine schiefe Ebene führen. Wo stehe es überhaupt geschrieben, daß solche Verpflichtung die Stadt allein treffe, warum nicht auch den weiteren Verband, den Staat, das Reich? Wohin solle es außerdem auch führen, wenn alle Jahre größere Summen zur Beschäftigung Arbeitsloser zur Verfügung gestellt würden? Dann schütze sich die Stadt nicht mehr vor der Gefahr, daß auch solche Leute Unterstützung finden, welche noch keine zwei Jahre hier wohnen, denn in demselben Momente, wo im Winter große Arbeitsgelegenheit zur Verfügung gestellt werde, fänden an anderen Stellen der Stadt große Massen zuziehender Leute Beschäftigung, wodurch indirect die von Außen zuziehenden Arbeitslosen stadtseitig unterstützt würden. Er sei ein Freund der Freizügigkeit, aber es müsse gegen ihre Schäden auch ein Correlativ geschaffen werden in der Weise, daß jeder für seine Existenz zu sorgen habe, wenn er sich anderwärts niederlassen wolle.

Herr Hsman habe dann einen einzelnen Fall von Roth vorgeführt: und wenn man 50 Millionen Mark bewilligen wolle, das Elend der Einzelnen schaffe man nicht aus der Welt. Was solle es überhaupt für einen Zweck haben, solche einzelnen Sachen hier zu erörtern, dazu sei doch die Versammlung nicht da. Mit solchen einzelnen Beispielen könne er auch dienen: Ein Kutscher auf der Gördeningerstraße, welcher eine gute Brotstelle besessen habe, sollte einen zweiten Kutscher anlernen, wofür er dankte und leider seine gute Stelle aufgegeben habe; er sei darauf allerdings mehrere Wochen arbeitslos gewesen. Wenn man so in die Details eingehen wolle,

gebe es Fälle, welche für und gegen solche Ansichten sprächen. Ferner sei von Herrn Ahmann hervorgehoben worden, daß nicht genügend Arbeit zur Verfügung stände und daran die Frage geknüpft, wo denn die 100 000 M. wären, von denen Redner gesprochen habe. Darauf wolle er erwidern, daß die Mittel für folgende Arbeiten zur Verfügung ständen: Ausbau des Maschplatzes, Fußweg für die Gliesmaroderstraße, Ausbau eines Theiles der Salzdhahmerstraße, Kleinpflaster für eine ganze Anzahl von Straßen, Fertigstellung der Bodestraße, Ausbau der Marthastraße, weitere Instandsetzung des Bürgerparkes, Ausbau der Straße an der Neustadtmühle, Asphaltirung der Täschenstraße u., Regulirung der Straße am Magnithore, Neubau des städtischen Museums, Canal in der Helmstedterstraße, Fertigstellung der Wendenmaschstraße. Außerdem seien die Summen bewilligt für das Volksbad an der Ritterstraße und für die umfangreichen Arbeiten am Wasserwerke. An den Mitteln zur Ausführung von Arbeiten fehle es also nicht, wohl aber entstehe die Frage, ob die Mittel sofort flüssig gemacht werden können, um die Leute zu beschäftigen und da hapere es. Also nicht mit der Bewilligung weiterer Mittel erreiche man den Zweck des Antrages, sondern es müssen Vorschläge gemacht werden, welche Arbeiten in Angriff genommen werden könnten.

Es sei eine Thatsache, daß heute eine größere Zahl von Einwohnern keine Arbeit habe, und wenn er seine vorhergegangenen Ausführungen auch voll und ganz aufrecht halte, so werde ihm doch wohl niemand zumuthen, daß er ohne Weiteres sage, man möge die Leute verhungern lassen, sondern er halte es für ein Gebot der politischen Klugheit der Stadt, dafür zu sorgen, daß thunlichst den Bürgern Gelegenheit zum Erwerb gegeben werde, aber nicht in der von den Antragstellern gewünschten Weise, denn es sei doch nur, daß das Kind einen Namen habe, zu sagen: Hier seien 50 000 M., nun einmal künstlich Arbeit geschaffen! Der Magistrat wolle nicht vielleicht heute hierhin und morgen wieder dorthin Sand schaffen lassen, nur um die Leute zu beschäftigen, sondern er beabsichtige, rationelle, nützliche Arbeiten ausführen zu lassen und müsse hierzu stadtseitig Gelegenheit geschaffen werden. Im Magistrate seien z. B. wieder zwei Vorlagen spruchreif fertiggestellt worden, welche noch heute eingebracht werden könnten, wenn nicht wieder so lange theoretische Erörterungen hier gepflogen würden. Voraussichtlich würde bei diesen Erörterungen nicht viel herauskommen, denn er wüßte gar nicht, was der Magistrat mit den 50 000 M. anfangen sollte und bezweifle auch, daß das Arbeitsamt in der Lage sein würde, geeignete praktische Vorschläge dem Magistrate zu unterbreiten. Aus diesem Grunde habe auch der Magistrat das Arbeitsamt noch nicht gehört und weiter habe Herr Stadtrath von Frankenberg s. B. nichts erklärt. Die Herren Antragsteller wollten eine gemischte Deputation haben, welche Arbeitsgelegenheit schaffen und die Arbeiten

überwachen sollte. Nun ständen aber die bewilligten Summen den betr. Verwaltungszweigen zur Verfügung, weshalb doch unmöglich die Deputation die Verwendung der Summen in die Hand nehmen und die Verwaltung beiseite geschoben werden könne.

Wenn ferner gesagt werde, der Magistrat sei in einem zu langsamen Tempo vorgegangen, so seien daran Umstände mit Schuld, welche den Magistrat nicht hätten veranlassen können, ganz besonders energisch für die Sache einzutreten. Mit den Arbeiten bei dem Museumsneubau sei sehr bald angefangen worden, doch wie habe sich das gemacht? Zehn Arbeiter sollten vier Wechselwagen beladen und den ersten Morgen seien zwei Mann statt zehn auf der Arbeitsstelle erschienen (Bewegung), sodaß von anderen Arbeitsstellen Arbeiter hätten müssen herangezogen werden, um die vier Wagen nicht unnütz dort warten zu lassen. Merkwürdiger Weise hätten sich die Leute auch wenig eifrig gezeigt, denn es sei ein fortwährender Wechsel unter denselben gewesen und es seien stets Arbeiter ausgeblieben. Regelmäßig passierte dieses aber am Montag Morgen. Da in der letzten Sitzung auch behauptet worden, es seien an dem betr. Tage nur 38 Arbeiter von der Stadt beschäftigt, so habe der Herr Oberbürgermeister hierüber sofort Ermittlungen anstellen lassen, wobei sich ergeben habe, daß nicht 38, sondern 421 Arbeiter beschäftigt gewesen seien. Dabei habe sich auch herausgestellt, daß von den bei der Begebauabtheilung eingestellten Nothstandsarbeiten zwei Arbeiter nicht hätten weiter beschäftigt werden können und zwar einer wegen Trunkenheit und einer wegen Faulheit. Bei dem damaligen Eintritt von Frost hätten auch noch 6 Arbeiter Beschäftigung durch die Eisgewinnung gefunden, und auch jetzt würden noch Arbeiter in den verschiedensten Stellen beschäftigt; er wüßte deshalb nicht, was es helfen solle, den Magistrat zu ersuchen, noch weitere angemessene Arbeitsgelegenheit zu suchen. (Zustimmung.)

Herr Günther: Außerordentliche Zustände erheischen außerordentliche Mittel, was auch der Magistrat s. B. bei der Bewilligung der Mittel für die verschiedenen Bauten anerkannt habe. Das Vorgehen des Magistrates habe er sich aber etwas anders gedacht und wenn heute die Zeiten etwas ruhiger geworden seien und die Zeitungen nicht mehr so viel von dem Nothstande schrieben, so liege das nicht etwa daran, daß die Arbeitslosen untergebracht seien, sondern daß man sich inzwischen an den Zustand gewöhnt habe, denn der Mensch, speciell gerade der Deutsche, gewöhne sich auch an den Hunger und die Trägheit. In Indien gewöhnen sich die Menschen sogar an den Hungertod und sehen denselben als etwas Selbstverständliches an und hier scheine man sich auch daran zu gewöhnen und denke nicht mehr darüber nach, daß große Schaaren von Mitmenschen arbeitslos umherlungern. In der Weihnachtszeit seien die Geschäfte dieses Mal auch sehr flau gegangen, weil die Massen von Arbeitern nicht consumtionsfähig genug gewesen seien. Was die

Verpflichtung der Stadt zur Unterstützung der Arbeitslosen anlange, so habe Stadt und Staat seiner Meinung nach die Pflicht, für die Staatsbürger zu sorgen; denn die heutige Gesellschaft müsse für ihre Mitmenschen, welche unter der jetzigen Misßwirthschaft leiden, eintreten. Nicht nur das Mitgefühl, sondern die Pflicht gebiete hier, zu helfen, weil sonst ein Elend entstehen würde, das für die Gesellschaft eine Gefahr werden könnte. Das ganze Armenwesen gehe ebenfalls von dem Grundsatz aus, dafür zu sorgen, daß die Leute nicht ganz zu Grunde gehen, und hier solle nur dasselbe geschehen. Wenn wir in diesem Winter eine strenge Kälte hätten, würden die Verhältnisse noch viel schlechter liegen, da es dann auch an Arbeitsgelegenheit fehle. Die bislang bewilligten Mittel bezweckten nur, die geplanten Bauten auszuführen, weshalb noch andere Mittel flüssig gemacht werden müßten. Der allgemeine Consumverein habe z. B. für nothleidende Mitglieder 5000 Bröte ausgegeben und müsse auch die Stadt, wenn sie keine Arbeitsgelegenheit bieten könne, wenigstens Unterstützungen für die äußerste Noth ausgeben können, ohne dadurch den Leuten, wie bei Armenunterstützungen, ihre staatsbürgerlichen Rechte zu nehmen. Da zu solchem Zwecke Mittel nicht genügend vorhanden seien, so müge man dieselben bewilligen. In seiner Heimath sei in einem Nothjahre einmal eine Speiseanstalt errichtet worden, aus der sich jeder Einwohner sein Essen hätte holen können und meine er, daß derartige Einrichtungen auch hier am Platze seien. Verschiedene Herren hätten allerdings ein Lächeln auf ihrem Gesicht, aber er finde dieses durchaus nicht lächerlich, sondern nehme es sehr ernst. In Frankreich und Dänemark gebe man den Kindern in der Schule vielfach nicht nur Frühstück, sondern auch Mittagessen, auch sei an manchen Orten die Einrichtung getroffen, die ganzen Schulen zu speisen, damit sich Niemand verlegt fühle. Wenn Herr Bürgermeister Metemeyer die Sache komisch und lächerlich finde, so sei das dessen Sache, immerhin ersuche er die Versammlung, diesem Gedanken näher zu treten. Was hätten die Leute von den bewilligten 100 000 M., wenn sie nicht verwendet würden? Er ersuche auch die Versammlung, sich über diese Sache auszusprechen, da sie ihren Mitbürgern schuldig sei, ihre Meinung darüber zu äußern.

Herr Rieke: Wenn man der Versammlung wiederholt mit dem Antrage gekommen sei, so liege das daran, daß man den Auftraggebern der Antragsteller, nämlich den organisirten Arbeitern, welche nicht vom Couponabschneiden leben, gerecht werden müsse. Die organisirten Arbeiter hätten schon hunderttausende aufgebracht, um ihre nothleidenden Collegen zu unterstützen. Ohne in die Einzelheiten näher einzugehen, wolle er nur Folgendes hervorheben. Wenn gesagt werde, man möchte mit Vorschlägen für auszuführende Arbeiten kommen, so meine er, daß damit die Sache auch nicht weiter gediehen sein würde. Troßdem wolle er einige

Vorschläge machen. Man habe sich zuerst auf den Standpunkt gestellt, vor Allen die Metallarbeiter zu unterstützen, was er ganz gerecht finde, weil dort die meisten Arbeitslosen vorhanden gewesen seien. Diesen Leuten könnte man aber auch in ihrem Berufe selbst Arbeit verschaffen, denn was hindere den Magistrat, z. B. die Brücke an der Bammelsburgerstraße in Arbeit zu geben? Außerdem ließen sich im Rathhauskeller Tischler und Maler beschäftigen, da die Mittel hierzu theilweise schon verwilligt seien, auch müssen noch verschiedene Straßen ausgebaut werden. Er übernehme nicht die Verantwortung dafür, in der heutigen Gesellschaft Alle zu belehren, aber das Product der heutigen Gesellschaftsordnung liege vor, daß sie nicht für genügende Bildung und genügende Moral gesorgt habe, und daraus resultire die Pflicht, für die Allgemeinheit einzutreten. In anderen Städten, wie z. B. in Mannheim, sei man viel willfähriger und exacter in dieser Sache vorgegangen, und wisse er gar nicht, was hier die Stadtverwaltung hindere, wenigstens die Arbeiten in Angriff zu nehmen, für welche die Mittel längst verwilligt seien. Wenn er auch Jedem seinen Verdienst gönne, so müsse er in dem vorliegenden Falle doch fordern, zuerst die einheimischen Arbeiter zu beschäftigen. Man prahle so viel mit dem Schutze der nationalen Arbeit, zeige man doch hier einmal, daß man das auch bethätigen wolle. Der Braunschweigische Staat leiste so erhebliche Zuschüsse für jeden Polytechniker und jeden Gymnasiasten, während für den Volksschüler nur sehr wenig abfalle, umsomehr liege für ihn die Pflicht vor, hier einzugreifen. In den Blüthjahren sei constatirt worden, daß die Zahl der Millionäre zugenommen habe, aber bei den unteren Classen sei ein Aufschwung nicht erfolgt; die Vortheile seien also in die Taschen Einzelner gewandert, welche nun auch dafür zu sorgen hätten, daß die Gelder wieder der Allgemeinheit zu Gute kämen. Dauernd ließen sich vorerst die Zustände nicht bessern, aber in der jetzigen schlechten Zeit müßte wenigstens an eine vorübergehende Besserung gedacht werden.

Wenn hier geklagt werde, daß die Leute nicht wieder zur Arbeit gekommen wären, so müßte man auch nach den Gründen dafür suchen, und würde er sich auch für eine Arbeit bedanken, bei welcher die Leute vom Schachtmeister mit „Hungerbande“ beschimpft seien. Zur Vermeidung solcher Vorkommnisse sei beantragt worden, eine Commission zu wählen, was aber nicht die Billigung der Versammlung gefunden habe. Hätten die Leute selber die Beauffichtigung übernommen, wie er das s. B. vorgeschlagen habe, so würde die Moral eine bessere sein. Der Staat könnte seine Schuldigkeit auch besser thun und vielleicht einen Steinbruch im Harze freigeben, in welchem städtische Arbeiter Pflastersteine schlagen könnten und würden dabei Maurer und Steinsetzer beschäftigt werden können. Wenn das Alles geschähe, brauchte man nicht mehr von einem Glend zu reden und das Braunschweiger

Land könnte von sich sagen, daß es seine Bevölkerung gerecht und nobel behandelte. Man möge über den Antrag denken, wie man wolle, aber so viel stehe fest, daß weite Kreise der hiesigen Bevölkerung ein rascheres Eingreifen vom Magistrate erwartet hätten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte sich zunächst gegen den Vorwurf des Herrn Günther verwahren, als ob er das Thema lächerlich finde; das sei nicht wahr. Gelächelt habe er nur über die Auslassungen des Herrn Günther hinsichtlich der Leute in Indien, welche sich an den Hungertod gewöhnen sollen, sowie über die Mittheilungen aus Dänemark und Frankreich, Sachen, die mit der Vorlage absolut nichts zu thun haben. An Hunger sterbe hier in der Stadt Niemand, so lange es vorkommen könne, daß der Bedell einer unteren Bürgerschule die Berufung in eine höhere Stelle mit der Begründung ablehne, daß er aus den in der Schule gesammelten Brodstreben der Kinder alljährlich mehrere hundert Mark Einkommen beziehe. Das sei für die vorliegende Sache illustirend.

Was sodann die Ausführungen des Herrn Rieke betreffe, so sei es unrichtig, wenn sich derselbe für verpflichtet halte, hier im Namen seiner Auftraggeber zu handeln. Jeder Stadtverordnete sei verpflichtet, seine Stimme im Interesse der Stadt abzugeben und habe sich dabei um Auftraggeber nicht zu kümmern. Wie ihm bekannt geworden sei, sollen die internationalen Arbeiterverbände gewaltige Mittel zusammengebracht haben, weshalb es doch wohl deren heilige Pflicht sei, auch für ihre nothleidenden Collegen einzutreten. Herr Rieke wünsche, daß mit dem Bau der Brücke an der Bammelsburgerstraße vorgegangen werde, aber es fehle an dem Bauprojecte, welches die städtische Bauverwaltung noch nicht habe fertigstellen können. Auch bezüglich der Lambris im Rathskeller habe der Magistrat bereits beschlossen, mit einer Vorlage zu kommen, jedoch lasse sich dieser Fall wegen der langen Berathung des vorliegenden Gegenstandes der Tagesordnung heute nicht mehr erledigen. Die Ausführung der von den Antragstellern gewünschten Projecte würde in vielen Fällen die Arbeiter selbst nicht mit Befriedigung erfüllen, ebensowenig wie es mit Befriedigung erfüllen könne, wenn in einem Parlamente stundenlang über Sachen debattirt würde, bei denen schließlich doch nichts herauskomme. Herr Rieke habe dann auch noch über Unbildung gesprochen und gesagt, wenn die Arbeiter die nöthige Bildung hätten, stände es besser mit ihnen: Bildung mache aber gar nicht so glücklich, wer seine Schuldigkeit thue, fülle auch seinen Platz ganz aus; er wolle lieber mit einem Proletarier aus den unteren Classen der Bevölkerung zu thun haben, als aus den oberen. (Zustimmung.) Wenn über die Behandlung der Arbeiter durch einen Schachtmeister Klage geführt werde, so sei das bedauerlich, aber der Magistrat könne doch die Arbeiter nicht selbst beaufsichtigen. Es solle zugegeben werden, daß

der eine oder andere Arbeiter einmal schlecht behandelt werde, aber daraus folge doch noch nicht, daß man die ganze Anordnung angreifen und über den Haufen stoßen müsse. Wolle man sich an den Staat wenden, daß er Steine schlagen lasse, so finde er das als eine gute Idee, jedoch könne die Versammlung nichts dazu thun, sondern es müßte die Anregung dazu von den Mitgliedern der Landesversammlung ausgehen. Er wisse also wirklich nicht, wozu die 50 000 M dem Magistrate eigentlich dienen sollten und habe es gar keinen Zweck, dieselben zu verwilligen, zumal nichts darauf ankomme, wenn der Etat in solchem Falle überschritten werde.

Herr Stegmann ist der Ansicht, daß aus der Rede des Herrn Bürgermeisters Metemeyer die ganze Thatenlosigkeit des Magistrats herausgeklungen habe. Wenn derselbe die Frage als Problem behandle und feststellen wolle, ob der Staat oder die Commune verpflichtet sei, für die Arbeitslosen einzutreten, so müsse er sich wirklich wundern. Da der Staat bereits eingesehen habe, daß etwas geschehen müsse und dieserhalb Erhebungen anstellen lasse, bei denen allerdings nichts herauskommen werde, so meine er doch, daß die Commune wenigstens dasselbe thun müsse. Ebenso müßte die Commune für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, wenn es der Staat nicht thun sollte. Der Herr Oberbürgermeister habe den Nothstand als solchen auch schon anerkannt, aber er thue nichts dagegen, weil es den Herren nicht Ernst mit den Sachen sei. (Widerspruch.) Deshalb sei es nothwendig, daß der Magistrat aus dem Schlendrian herausgezogen werde. . . .

Der Herr Vorsitzende, den Redner unterbrechend, bittet denselben, sich in den Ausdrücken zu mäßigen. Jeder Redner habe sich sachlich zu äußern und nicht Ausdrücke zu gebrauchen, welche über das parlamentarisch Zulässige hinausgehen.

Herr Stegmann (fortfahrend): Wenn in drei Sitzungen der Gegenstand verhandelt sei und es geschehe doch nichts, so wäre es Zeit, eine kräftigere Anregung zu geben. In der vorigen Sitzung habe er angegeben, es seien an dem Tage nur 69 Arbeitslose beschäftigt worden, während Herr Bürgermeister Metemeyer diese Zahl auf über 400 bemessen habe. In der letzteren Zahl steckten aber die sämtlichen städtischen Arbeiter und nicht nur die Nothstandsarbeiter, während die Zahl der Letzteren thatsächlich nur 69 betragen habe. Wenn Herr Bürgermeister Metemeyer ferner sage, die Mittel seien vorhanden, aber es könnten trotzdem keine Arbeiten unternommen werden, so sei das traurig genug, da die Krisis doch wirklich nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel über uns gekommen sei. Wenn mehr social-politischer Geist im Magistrate waltete, hätte derselbe schon längst Vorsorge treffen und mehr Arbeit schaffen müssen, zumal in der Presse genügend auf die Arbeitsnoth hingewiesen sei. Es müsse auch noch mehr darauf gehalten werden, daß an erster Stelle einheimische Arbeiter bei städtischen Arbeiten Beschäftigung fänden und daß

nicht die Firma Mittenborn & Moncke beim Bau am Pflegehause die Eichsfelder Arbeiter bevorzugte und auf Vorhalt erklärte, sie mache, was sie wolle.

Gerade weil der Magistrat in der Sache nichts gethan habe und Herr Bürgermeister Metemeyer selbst erklärte, der Magistrat habe keine besondere Energie entfaltet, müßte demselben etwas auf die Beine geholfen werden. Es seien außergewöhnliche Arbeiten in Angriff zu nehmen, wie das der Herr Oberbürgermeister auch zugesagt habe, und wenn die laufenden Arbeiten nicht genügend vorbereitet seien, so müsse man eben, wie in den 90er Jahren, zu anderen Arbeiten greifen. Wenn auch manche Arbeiter zu solcher Beschäftigung nicht geeignet seien, so gebe es doch auch eine Menge kräftiger Arbeiter, welche Arbeiten im Freien, z. B. im Bürgerparke, gewachsen seien. Selbstverständlich gebe es auch unter den Arbeitern solche, welche nicht verdienen, daß für sie eingetreten werde, aber das wolle doch für die Gesamtheit nichts sagen. Deshalb bitte er um Annahme des Antrages Kßmann.

Herr Nieß will nach den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters Metemeyer zu dem Antrage selbst nicht sprechen, sondern nur eine Berichtigung geben: Herr Niete habe erklärt, daß in den Jahren des Ueberflusses die Reichen und die Millionäre sich begraßt hätten. Professor Julius Wolff in Breslau habe nun vor 3—4 Jahren ein Werk herausgegeben, in welchem an der Hand der Einkommensteuer, also unanfechtbarer Zahlen, statistisch nachgewiesen sei, daß sich die Zahl der großen Einkommen längst nicht in dem Maße vermehrt habe, als die Zahl der kleineren Einkommen. Da nun aber die Herren Genossen sagen möchten, daß der Professor Wolff keine Autorität für sie sei, so habe er auch den Genossen Bernstein nachgelesen, welcher nachweise, daß sich die Einkommen seit den letzten zehn Jahren im Durchschnitt um 37 % gehoben haben, daß aber der Durchschnittsatz der kleinen Einkommen bis zu 3000 M. sich um 73 % vermehrt habe. Demnach entfalle also der Löwenantheil nicht auf die Erhöhung der großen Einkommen, sondern auf die breite Masse des Volkes.

Herr Ohlendorf will sich in seinen Ausführungen kurz fassen, um eine Durchberatung der von Herrn Bürgermeister Metemeyer in Aussicht gestellten Vorlagen noch zu ermöglichen. Der Herr Bürgermeister habe gesagt, daß er wiederholt auf den Arbeitsstellen der Nothstandsarbeiter erschienen sei und bemerkt habe, daß ein Theil der Leute verschwunden gewesen sei und habe derselbe beliebt, sich dahin auszudrücken, daß dieses gewöhnlich an einem Montage der Fall gewesen sei. Eine solche Aeußerung müsse er bedauern, indem er es nicht schön finde, wenn gesagt werde, daß gerade am Montage die Leute nicht dagewesen seien. Er finde dieses Ausbleiben der Leute an den Montagen ganz erklärlich insofern, als doch z. B. nur Metallarbeiter beschäftigt seien, während man zuerst alle anderen Arbeiter zurückgewiesen habe, und man es einem Metallarbeiter nicht verdenken könne, wenn er sich

den Montag einmal herausnehme, um sich nach Arbeitsgelegenheit in seinem Fache umzusehen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß der Vorredner von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei und in Folge dessen auch die Schlussfolgerung nicht stimme. Die Metallarbeiter seien auf ihren Wunsch für sich beschäftigt worden, und freue er sich, constatiren zu können, daß der Unternehmer erklärt habe, er hätte selten so gute und tüchtige Arbeiter gehabt, wie diese. Bei den Arbeitern aber, die an den Montagen fehlten, handelte es sich um sogenannte Braunschweiger Arbeiter, welche an der alten Husarencaferne beschäftigt gewesen seien. Er sei gewohnt, früh aufzustehen und empfehle das auch Herrn Ohlendorf, dann könne derselbe sich auf den Arbeitsplätzen überzeugen, was dort Alles passire. Die wunderbare Erscheinung, daß die Leute gerade Montags nicht zur Arbeit gekommen seien, habe er selbst constatirt; darum lade er die Herren-Antragsteller ein, einmal mitzuwirken, dann werde etwas Gutes dabei herauskommen. Namentlich handle es sich darum, nachzuweisen, wo und wie die Leute passend beschäftigt werden könnten, denn man dürfe nicht einfach sagen: laß den Magistrat auch nachdenken; der habe nachgedacht und nichts Anderes gefunden. Der Magistrat wolle gern rationelle Arbeiten ausführen lassen und ersuche, ihm solche nachzuweisen.

Herr Stegmann: Wenn Herr Rieß anführe, daß Bernstein bewiesen hätte, die Einkommen der Arbeiter seien gestiegen, so treffe das zu. Bernstein habe aber auch viel Unrichtiges nachgewiesen und stehe ziemlich allein mit seinen Anschauungen. Es solle durchaus nicht bestritten werden, daß die Lage der Arbeiter gehoben sei, aber doch nicht in dem Verhältniß, wie die der übrigen Gesellschaftsclassen; denn das Einkommen der Arbeiter sei verhältnißmäßig weit zurückgeblieben, während die Einkommen der Großcapitalisten dagegen erheblich gewachsen seien. Nach der Statistik der Berufsgenossenschaften aus den letzten fünf Jahren sei der Durchschnittslohnsatz der Arbeiter nur um 15 % gewachsen und betrage das durchschnittliche Einkommen derselben 725 M. Hierbei müsse man noch berücksichtigen, daß die Löhne der jugendlichen und der minder bezahlten Arbeiter mit dem ortsüblichen Tagelohnsatz in den Durchschnittsbetrag eingerechnet seien. Daraus könne man entnehmen, welche Berechtigung die Ausführungen des Herrn Rieß in Bezug auf die hohen Löhne haben. Viele Arbeiter erhalten außerdem einen Lohnsatz, der unter den Durchschnitt gehe. Wenn solche Leute plötzlich ohne Arbeit seien, müsse ihnen unter die Arme gegriffen werden. Im vorigen Winter sei auch bedauert worden, daß bei der Schneecabfuhr viele junge Leute eingestellt und alte Leute zurückgewiesen seien und habe es erst des Eingreifens eines Mitgliedes des Arbeitsamtes bedurft, um Remedur zu schaffen. Er bitte deshalb, in solcher Weise nicht wieder zu verfahren.

Herr Günther: Wenn Herr Bürgermeister Metemeyer die fleißigen Metallarbeiter gleich Anfangs erwähnt hätte, wäre die Debatte vielleicht anders verlaufen, aber so habe er von Arbeitern, u. A. von einem Rutscher gesprochen, der nicht weiter arbeiten wollte. Derartige Fälle kämen immer einmal vor, aber auch nicht alle Bankiers seien Spitzbuben, weil Einzelne gestohlen haben. Im Uebrigen habe der Herr Bürgermeister gar keine Veranlassung gehabt, über seine Ausführungen zu lachen, denn diese seien nur dahin gegangen, daß die Arbeiter sich an derartige Zustände schließlich so gewöhnten, daß es ihnen nicht mehr auffalle. Herrn Rieß wolle er in Bezug auf das Wachsen der Einkommen erwidern, daß derselbe nur Braunschweig ins Auge zu fassen brauche, wo die großen Vermögen erheblich gewachsen seien, denn die zweite Wahlklasse gehe jetzt bis zu 6000 M Einkommen hinauf, während sie früher nur auf 4500 M gekommen sei. Was sodann die Frage betreffe, daß die internationalen Arbeitervereine mit ihren Mitteln für die Arbeitslosen eintreten möchten, so könne er darauf erwidern, daß das schon zur Genüge geschehe und daß es viel schlimmer aussähe und der Stadtsäckel erheblicher in Anspruch genommen sein würde, wenn die Cassen nicht thatkräftig eingegriffen hätten. Dem Herrn Bürgermeister sei mit seinem Ausspruche: Bildung mache nicht glücklich, ein Lapsus passiert, denn wenn die Bildung unglücklich machen könne, so würde es doch nach der Ansicht des Herrn Bürgermeisters am richtigsten sein, alle Bildung abzuschaffen. Wozu gebe man da noch Geld für die höhere Töchterschule aus? Obwohl auf seinen Vorschlag über die Verwendung der Gelder Niemand eingegangen sei, wolle er doch nochmals um Annahme des Antrages ersuchen.

Herr Beplies kann nicht finden, daß der Antrag eine derartige Bekämpfung seitens des Magistrates verdiene. Manche Körperschaft würde sich freuen, wenn ihr Geld zu solchem Zwecke zur Verfügung gestellt werden solle und hier bekämpfe der Magistrat einen dahingehenden Antrag. Es handle sich nur darum, den Rahmen des Etats im Bedarfsfalle zu überschreiten, falls den Arbeitslosen auf andere Weise keine Beschäftigung gegeben werden könne. Die Sache liege so furchtbar einfach und angesichts des bestehenden Nothstandes müsse vorgegangen werden, wie das in verschiedenen anderen städtischen Körperschaften und auch in Landtagen schon geschehen sei. Im bayerischen Landtage seien z. B. die Minister bei der Nothstandsdebatte sehr entgegenkommend gewesen, was allerdings mit daran liegen könne, daß der Antrag nicht von socialdemokratischer, sondern von ultramontaner Seite herrühre. — Wenn nun auch wirklich die im Rahmen des Etats auszuführenden Arbeiten sich so schnell fördern ließen, daß eine große Anzahl von Arbeitslosen dabei Beschäftigung finden könne, die in dem Antrage geforderten Mittel also nicht nöthig wären, so würden die Gelder einfach nicht verwendet, was doch keinen Schaden verursache.

Andererseits könnten sich aber auch leicht Momente darbieten, in welchen die Mittel gebraucht würden, und dann ständen sie doch zur Verfügung. Wenn Herr Bürgermeister Ketemeyer darauf hingewiesen habe, die Antragsteller wollten nur einseitig helfen, während in anderen Schichten der Bevölkerung auch Noth herrsche, so wolle er darauf erwidern, daß naturgemäß die Arbeiter zuerst in Noth gerathen und man doch auch dem Schwächsten zuerst helfen müsse, wie man ein Kind so lange stütze, bis es sich allein bewegen könne. Wenn andere Berufsstände auch in Noth seien, so hindere sie Niemand daran, sich zu den Nothstandsarbeiten ebenfalls zu melden, denn es sei doch Niemand zum Arbeitgeber und zum Arbeiter geboren, sondern es müsse sich Jeder so nähren, wie sich die Gelegenheit biete. Leute in hohen socialen Stellungen seien schon nach Amerika gegangen, um sich dort als Straßenfeger, Erz zieher u. s. w. zu ernähren und vielleicht später wieder eine höhere Stellung einzunehmen.

Darum bitte er, sich dem Antrage nicht so feindlich gegenüberzustellen, sondern ihn einstimmig anzunehmen; es werde dadurch kein Unheil angerichtet, sondern eine Beruhigung in der Arbeiterbevölkerung hervorgerufen werden. Ferner bitte er, bei der Snaugriffnahme von Nothstandsarbeiten die Commission einzuberufen, damit diese dem Magistrat mit Rath und That zur Seite stehe. Man sollte fast glauben, der Magistrat habe kein Herz für die Arbeitslosen, was doch gar nicht der Fall sein könne, sondern mehr auf Anstellerei beruhe und scheine es ihm, als ob man den Antrag nur nicht annehmen wolle, weil er von Seiten der Antragsteller eingebracht sei. (Widerspruch.) Aus einem Artikel der heutigen Anzeigen über den Arbeitsmarkt gehe hervor, daß man noch nicht auf der Höhe des Nothstandes angekommen zu sein scheine, da noch viel Eisen von dem englischen und amerikanischen Markt aufgenommen werde und lasse sich eine Verschlimmerung des Nothstandes erwarten, sobald diese Märkte nicht mehr aufnahmefähig für Eisen seien. Das sei aber noch ein Grund mehr für die Annahme des Antrages.

Herr Ohlendorf möchte bitten, über den Gegenstand nicht weiter mehr zu verhandeln, damit der Magistrat die in Aussicht gestellten Vorlagen noch einbringen könne. Wenn Herr Bürgermeister Ketemeyer es mit seiner Aeußerung ernst gemeint habe, Redner möchte ihm Arbeiter bringen, die nicht fortliefen, so wolle er darauf erwidern, daß er mehr solche Arbeiter schaffen könne, als die Stadt zu beschäftigen vermöge.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf erwidern, daß er solche Aeußerung gar nicht gethan, sondern gesagt habe, Herr Ohlendorf möchte sich öfter frühmorgens auf der Arbeitsstelle einfinden, um die dort vorkommenden Unregelmäßigkeiten mit zu überwachen und abzustellen.

Herr Rieß möchte der Bemerkung des Herrn Stegmann entgegentreten, daß der Durchschnittslohnsatz der Arbeiter auf 725 M. ermittelt sei. Diese Zahl sei wie

folgt zu Stande gekommen: Das Reichsversicherungsamt habe die Berufsgenossenschaften angewiesen, für jeden beschäftigten Arbeiter 300 Arbeitstage anzusetzen, auch wenn es sich um sogenannte Saisonarbeiter handle, die nur während eines Theiles des Jahres gearbeitet haben; werde nun mit der auf diese Weise ermittelten Gesamtzahl der Arbeitstage in die Gesamtsumme der Löhne dividirt, so ergebe sich ein durchschnittlicher Jahresverdienst von 725 M. Hieraus könne man entnehmen, daß diese Zahl nichts beweise und nur einen statistischen Werth habe.

Die Besprechung wird hierauf geschlossen, und erhält das Schlußwort der Antragsteller,

Herr Altmann: Leider sei von allen Rednern die Mittheilung des Herrn Bürgermeisters übergangen, daß ein hiesiger Schulpedell die Beförderung in eine bessere Stelle ausgeschlagen habe, weil er einige hundert Mark jährlich aus dem Verkaufe der angesammelten Brotreste beziehe. Diese Mittheilung könne sich aber unmöglich auf den Bedell einer unteren Bürgerschule beziehen, da diese Beamten sich verschiedentlich um Aufbesserung ihres Einkommens bemüht haben. Man könne unmöglich annehmen, daß die Kinder der unteren Bürgerschulen das Brot haufenweise fortwerfen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf erwidern, daß er selbst mit dem betr. Bedell wegen der Besetzung der Stelle eines Magistratsdieners verhandelt habe und dieser an einer unteren Bürgerschule angestellt sei. Er bezweifle, daß der Bedell ihm die Unwahrheit gesagt habe.

Nunmehr wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag Altmann mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt.

IX. Geschäftsordnungs-Debatte.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Ich möchte mich nicht dem Vorwurfe aussetzen, etwas zugesagt zu haben, ohne es zu halten; wenn die Versammlung daher wünscht, stehe ich noch mit einigen Vorlagen zur Verfügung.

Herr Ohlendorf stellt den Antrag auf Durchberathung der Vorlagen.

Herr Hauswaldt möchte bitten, die Sitzung nunmehr zu schließen. Die Versammlung habe heute genug Geduld gezeigt und stehe ihr wohl ein gutes Recht zur Seite, um 8^{1/2} Uhr Abends nach Hause gehen zu dürfen. Wenn die Vorlagen heute nicht mehr berathen werden können, so lehne er die Verantwortung dafür ab.

Herr Löschigt bittet, noch in die Berathung einzutreten, damit nicht gesagt werden könne, die Versammlung habe nichts für den Nothstand gethan.

Die Weiterberathung wird darauf beschlossen.

X. Weitere Instandsetzung des Bürgerparkes.

Die für die weitere Instandsetzung des Bürgerparkes für das laufende Jahr bewilligten Summen sind nahezu aufgebraucht; trotzdem hat die Parkdeputation den Wunsch, die Arbeiten noch weiter fortzuführen und zwar speciell Planirungs- und Aufschüttungsarbeiten vorzunehmen. Mit Rücksicht darauf, daß der Schutt im westlichen Theile des Bürgerparkes abgeladen ist, um eine Belästigung der Anlieger möglichst zu verhüten, ist es nothwendig, das Material zu den Aufschüttungen mittels eiserner Wagen nach dem östlichen Theile des Parkes hinüberzuschaffen, und ersucht der Magistrat, hierfür noch 21000 M und zwar aus dem Legate des verstorbenen Commerzienraths Haslicht zur Verfügung zu stellen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

XI. Ergänzung des Ortsbauplanes an der Juliusstraße.

Die Dampfziegelei Weinberg wünscht die Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen der Juliusstraße und der westlich von derselben projectirten Ringstraße (dem sogen. Cyriaksringle) und zwar soll die Straße zwischen Wreden Darre und der Linsenstraße von der Juliusstraße nach Westen abzweigen. Das Stadtbauamt und die städtische Bauverwaltung haben gegen die Aufnahme einer solchen Straße in den Ortsbauplan nichts einzuwenden, jedoch meint der Magistrat, daß die Stadt keine Opfer bei der Sache bringen könne. Die Dampfziegelei baut die Straße in ihrem Interesse und muß daher ein Capital hinterlegen, von dessen Zinsen die Straße dauernd unterhalten, beleuchtet und gereinigt werden kann; dieselbe ist auch bereit, ein solches Capital in Höhe von 12000 M einzuzahlen. Dagegen will sich der Magistrat verpflichten, die Kosten für Canal, Gas- und Wasserrohr demnächst wieder zurückvergüten, sobald sich diese Anlagen mit 4% verzinsen.

Da nun aber die Straße zunächst eine Sackgasse werden würde, so soll auch das nächste Stück der Ringstraße, wenigstens auf der einen Seite ausgebaut werden, damit die durch die projectirte Straße fahrenden Wagen auf der Blumenstraße eventuell weiterfahren können. Auch für den Ausbau dieses Straßentheiles hat die Dampfziegelei zunächst die Kosten zu tragen, jedoch werden ihr dieselben, soweit sie demnächst bei dem Ausbau der Ringstraße selbst erspart werden, auf ihre angrenzenden Grundstücke gutgerechnet werden. Bei diesem Straßenausbau können ziemlich viele Personen beschäftigt werden, weil das ganze Terrain abgetragen werden muß.

Der Magistrat ersucht, dem Abkommen wegen Anlegung der Straße und der Ergänzung des Ortsbauplanes zuzustimmen, was ohne weitere Verhandlung geschieht.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 5 bis 8³/₄ Uhr.

1901|1902.№ 13.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. Februar 1902.

Tagesordnung:

I.	Haushaltsrechnungen von 1897/98 und 1898/99	Seite 332
II.	Bewilligung weiterer Mittel für den Rathhausfeller	" 334
III.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 342
IV.	Ermietung von Räumen für das städt. Arbeitsamt zc.	" 342
V.	Ausbau eines Theiles der Nebenstraße	" 345
VI.	Erwerb von Flächen zur verlängerten Voigts-Rheßstraße zc.	" 345
VII.	Neudruck des Uebersichtsplanes der Stadt Braunschweig	" 346
VIII.	Unterstützungsgesuch des Vereins zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs	" 346
IX.	Remunerationen für Hilfslehrer	" 348
X.	Umgestaltung des Ortsbauplanes am Nordbahnhofe	" 349
XI.	Aenderung der Regulative über die Abgabe von Gas und Wasser	" 354
XII.	Austausch von Flächen an der Wallstraße	" 363
XIII.	Mobiliar- und Beleuchtungseinrichtung für die Gewerbeschule	" 363
XIV.	Erwerb von Flächen zur Spohrstraße	" 367
XV.	Vertrag wegen Ausbaues einer Straße am Altemwiefenringe	" 367
XVI.	Zur Geschäftsordnung	" 367

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Meyer und von Franken-berg, sowie Reg.-Assessor Pingel.

Als Commissar des Magistrates war während der Verathung des Punktes 2 der Tagesordnung noch Herr Stadtbaurath Winter zugegen.

Entschuldigt die Herren Buchler, Löschigt, Rieß, Nolte und Stegmann.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst folgende Eingänge bekannt:

- 1) Bewerbungsschreiben der Firma Max Kohn in Chemnitz in Betreff der Lieferung der Einrichtungsgegenstände für das physikalische Cabinet oder chemische Laboratorium der hier neu errichteten Mädchenbürgerschule. Das Schriftstück geht zu den Acten.
- 2) Besuch der Wittve des Bierhändlers Wiehe, ihrem Sohne eine der auf der heutigen Tagesordnung der vertraulichen Sitzung stehenden städtischen Stellen zu verleihen. Die Eingabe wird an den Magistrat abgegeben, weil die Besetzung städtischer Stellen nicht zu der Competenz der Versammlung gehört.
- 3) Der Vorstand des Architekten- und Ingenieur-Vereins für das Herzogthum Braunschweig übersendet eine vom Verbande deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine ausgearbeitete Denkschrift über die Stellung der höheren städtischen Baubeamten und ersucht die Versammlung, die in der Denkschrift enthaltenen Wünsche bezüglich der Stellung der höheren städtischen Baubeamten wohlwollend zu prüfen und in geeigneter Weise für die Durchführung derselben in der Stadt Braunschweig einzutreten. Eingabe und Denkschrift werden in der Versammlung herungereicht.

Hierauf wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Haushaltsrechnungen von 1897/98 und 1898/99.

Nach dem Berichte des Herrn Fiedel sind die Haushaltsrechnungen für die Jahre 1897/98 und 1898/99 im Auftrage der Finanzcommission von Herrn Hauswaldt und ihm geprüft worden. Es habe sich dabei nicht um eine rechnerische Prüfung gehandelt, sondern das Augenmerk sei hauptsächlich darauf gerichtet gewesen, ob die einzelnen Posten des Haushaltsplanes mit den wirklichen Ausgaben übereinstimmen, oder ob dabei Ueberschreitungen stattgefunden haben, welche von der Versammlung nicht genehmigt seien. Thatsächlich seien nun auch einige Fälle constatirt worden, in welchen Ausgaben über den Voranschlag hinaus gemacht seien, die hinterher der Magistrat, allerdings erst nach eingehender Be-

gründung der Bauverwaltung, zur Zahlung angewiesen habe, ohne die Zustimmung der Versammlung einzuholen; ein Verfahren, welches sich auf einen früheren Beschluß der Versammlung oder der Finanzcommission stützen solle. Wenn nun auch die Finanzcommission der festen Ueberzeugung sei, daß der Magistrat eine Ueberschreitung des Voranschlages nur dann billigen und zur Zahlung anweisen werde, wenn derselbe seinerseits von der Richtigkeit und Nothwendigkeit der Ueberschreitung sowie davon überzeugt sei, daß auch die Versammlung die Ueberschreitung billigen würde, so hege die Commission doch die Anschauung, daß durch solche Geschäftsgebahrung eines der wichtigsten Rechte der Versammlung beeinträchtigt werden könnte und glaube man, dafür besorgt sein zu sollen, daß dieses Recht der Versammlung auch in Zukunft gewahrt werde. Obwohl nun solche Ueberschreitungen schon mit Rücksicht auf die Bestimmung im §. 4 der Ordnung des Haushaltswesens der Stadt Braunschweig vom 5. October 1893 nicht häufig vorkommen würden, so sei man sich andererseits doch auch klar darüber gewesen, daß man nicht Bestimmungen treffen könne, nach welchen solche Mehrausgaben unbedingt vorher von der Versammlung zu bewilligen seien, weil beispielsweise die weitere Arbeit an einem Bau nicht aufhören könne, nur weil die Versammlung eine kleine Ueberschreitung des Voranschlages erst zu bewilligen habe. Es könne sich also nur darum drehen, eine Möglichkeit zu finden, wie der Versammlung ihr Bewilligungsrecht auf eine leichte Weise gewahrt werden könne. Zur Erreichung dieses Zieles sei nun vorgeschlagen worden, den Magistrat zu ersuchen, alljährlich nach Schluß der Rechnungsaufstellung eine Zusammenstellung derjenigen Ueberschreitungen anfertigen zu lassen, welche der Magistrat bewilligt habe, ohne die Genehmigung der Versammlung dazu eingeholt zu haben. Indem die Finanzcommission ersuche, die Haushaltsrechnungen für 1897/98 und 1898/99 als richtig anzuerkennen, beantrage sie gleichzeitig, das eben erwähnte Ersuchen an den Magistrat zu richten.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Antrag der Finanzcommission seiner Rechtsauffassung vollständig entspreche. Zu seiner persönlichen Rechtfertigung fühle er sich indessen veranlaßt, zu erklären, weshalb nach diesem Principe nicht bisher schon verfahren sei. Schon bald nach seinem Eintritt in das Amt habe sich ergeben, daß Ueberschreitungen von Voranschlägen eingetreten seien und habe der Magistrat darauf an die Versammlung das Ersuchen gerichtet, die Ueberschreitungen genehm halten zu wollen. Bei der Vorberathung dieses Antrages in der Finanzcommission sei dann der Magistrat gefragt worden, was die Vorlage bedeuten solle, da ein solcher Antrag unnöthig erscheine, und habe sich der Magistrat dabei beruhigt, obwohl es ihm persönlich peinlich gewesen sei, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Der Versammlung sei deshalb auch alljährlich ein Executionsetat vorgelegt worden, welcher allerdings nur in einzelnen Capiteln zusammengestellt sei, und würde es wohl erwünscht sein, neben dem generellen Executionsetat

noch die einzelnen Punkte hervorzuheben, welche eine nachträgliche Rechtfertigung geboten erscheinen lassen. Indem er also den Antrag der Commission mit großer Freude begrüße, wolle er noch bemerken, daß auch der Magistrat ein solches Verfahren schon habe in Vorschlag bringen wollen.

Der Antrag der Finanzcommission wird darauf genehmigt.

II. Bewilligung weiterer Mittel für den Rathskaukeller.

In der Versammlung vom 13. Juni 1901 — Seite 76 ff. des Berichtes — ist zu nuzbarer Herstellung des Rathskaukellers ein Gesamtcredit von 82 000 M mit der Maßgabe bewilligt worden, daß über die Verwendung dieses Credits eine aus den Mitgliedern der Baucommission unter dem Vorſiße eines Magistratsmitgliedes zu bildende Deputation befinden solle. Diese Deputation hat nun verschiedene bauliche Anlagen und Einrichtungen für erforderlich erachtet, die in dem bei der Creditbewilligung maßgebend gewesenem Kostenanschlage der städtischen Bauverwaltung noch nicht berücksichtigt waren, so namentlich die Bekleidung der Wände mit einer Holztäfelung, vollkommeneren Einrichtungen für die Entlüftung der Gasträume und der Küche, Herstellung von Schächten mit Aufzugsvorrichtungen für Kohlen- und Biertransporte, Beleuchtung vor den straßenseitigen Eingängen und Bezeichnung der letzteren als solche zum Rathskeller, Anlage elektrischer Klingeleitungen, Lichtschachte vor den Küchenfenstern und Vergrößerung derselben, Herichtung von Scheidewänden und Anlage der Gasleitung in das Gebäude. Die Deputation empfiehlt, nach Prüfung der Anschlagssumme für diese Einrichtungen, den früheren Credit von 82 000 M um 14 000 M, also auf 96 000 M zu erhöhen.

Wollte man einstweilen den Ausbau des kleineren, an der Ecke der Dankwardstraße und des Ruhfäutchenplatzes gelegenen, als Weinrestaurant oder als Raum für geschlossene Gesellschaften gedachten Kellers unausgeführt lassen, so würden hierdurch allerdings Ersparnisse von etwa 7000 M erzielt werden können, jedoch ist die Deputation zu der Ansicht gelangt, daß von einem stückweisen Vorgehen in der Herrichtung der Wirtschaftsräume Abstand zu nehmen sei. Der Magistrat schließt sich dieser Anschauung der Deputation an und beantragt, den zum Ausbau und zur Ausstattung des Rathskellers bewilligten Credit auf 96 000 M zu erhöhen.

Bezüglich der Frage wegen Beschaffung der Mittel zur Deckung dieses Gesamtaufwandes giebt der Magistrat, unter eingehender Begründung, ferner anheim, die Kosten für die bauliche Einrichtung und Ausstattung des Rathskellers insoweit, als dieselben den Betrag von 50 000 M übersteigen, jedoch nur im Höchstbetrage von 46 000 M auf das Extraordinarium der Cämmereicasse zu übernehmen.

Wie Herr Frühling berichtet, hat die Baucommission den Kostenanschlag geprüft und die beantragten Aufwendungen theils für nothwendig, theils für sehr zweckmäßig befunden. Die Commission sei der Ansicht, daß es nicht richtig sein

würde, die Nachbewilligung abzulehnen, nachdem schon eine so große Summe bewilligt worden sei, weil es sonst fraglich werden könne, ob eine angemessene Verzinsung des Anlagecapitals durch die aufkommende Pachtsumme zu erzielen sein würde. Auch die Frage sei geprüft worden, ob der in der Vorlage erwähnte kleine Weinkeller nicht vorläufig unberücksichtigt gelassen werden könne, jedoch habe man der sofortigen Fertigstellung desselben mit Rücksicht darauf zugestimmt, daß der bei Weitem größte Theil an Aufwendungen schon gemacht sei und für die endgültige Instandsetzung des Kellers nur noch 7000 M gefordert würden. Aus allen diesen Gründen sei die Baucommission zu der Ueberzeugung gekommen, die Nachbewilligung der 14000 M empfehlen zu sollen, dabei aber anheim zu geben, vielleicht den einen Aufzugsschacht fortzulassen. Auch den Vorschlag des Magistrates hinsichtlich der Deckung der aufgewendeten Summe empfehle die Commission zur Annahme.

Herr Hauswaldt hat bei dem Referate die Empfindung gehabt, als ob in demselben eine gewisse Leise Ironie und Satyre über die Vorlage enthalten gewesen sei. Er könne sich indessen hierbei zu einer fröhlichen Satyre nicht aufschwingen, sondern sei empört über diese Nachbewilligung. Was sei das ganze Bewilligungsrecht, wenn es darauf hinauslaufe, daß zuerst 50000 M, dann 82000 M und jetzt noch einmal 14000 M der Versammlung so zu sagen aus den Zähnen gezogen würden! Es heiße einfach, das Geld sei zum größten Theile schon ausgegeben, mithin könne die Nachforderung gar nicht abgelehnt werden. Aus diesem Grunde fehle ihm die Möglichkeit, sich über die Sache noch weiter zu verbreiten, jedoch sei es ihm ein Räthsel, was die Versammlung bei den Bewilligungen noch solle. Damals habe man wissen wollen, was die ganze Einrichtung koste, um sich hiernach ein klares Bild über die Rentabilität des Kellers machen zu können und da sei die Summe von 82000 M genannt worden. Hierauf sei eine Deputation gewählt worden, um mit den Bewilligungen zu Ende zu kommen, jedoch sei man aus dem Regen in die Traufe gerathen, denn es sei jetzt schlimmer als vorher. Für diese Bewilligung könne er deshalb nicht sprechen. Wenn ein Privatmann einen Bau aufführe, so müsse er mit der veranschlagten Summe auskommen. Damals sollte in den 82000 M die letzte Forderung liegen und jetzt komme man noch mit einer allerletzten Forderung, wer bürgte aber dafür, daß nicht noch eine Forderung komme. In der Sitzung vom 13. Juni v. Js. sei gesagt worden, daß die Einrichtung des Kellers mit der damals geforderten Summe gemacht werden solle und wäre es verdammte Pflicht und Schuldigkeit der städtischen Bauverwaltung gewesen, mit der Summe auch auszukommen. Solche Sachen müßten dazu führen, daß endlich eine Aenderung in der Praxis der städtischen Bauverwaltung eintrete. Wenn heute die 14000 M nachbewilligt würden, so würde man dazu verlockt, daß bei der nächsten Gelegenheit die Sache wieder ebenso gemacht werde. Das müsse ein Ende nehmen. Er bitte deshalb, die Vorlage abzulehnen. Wozu seien denn die Voranschläge da,

wenn es hinterher heiße, daß diese und jene Sachen in dieselben nicht einbegriffen gewesen seien? Es gewinne fast den Anschein, als wenn die städtische Bauverwaltung zuerst möglichst wenig fordere und hinterher mit Nachforderungen komme in der Annahme, daß sich die Versammlung in einer Nothlage befinde und schon nachbewilligen müsse. Vom künstlerischen Standpunkte aus könnte man über die Frage eines Rathskellers wohl verschieden denken, aber vom finanziellen Standpunkte aus sei das Vorgehen der städtischen Bauverwaltung gar nicht zu rechtfertigen. Hinsichtlich der Aufbringung der Summe halte er es auch nicht für richtig, davon 46 000 M in das Extraordinarium zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die sittliche Entrüstung des Herrn Hauswaldt werde sich wohl vermindern, wenn sich derselbe vergegenwärtige, wie die Sache verlaufen sei. Der Magistrat habe sich i. J. bekanntlich gegen den hier geäußerten Wunsch auf Einrichtung einer Wirthschaft im Rathskeller ausgesprochen und habe erst dem Drängen der Versammlung nachgegeben insoweit, als er diejenigen baulichen Vorkehrungen habe treffen lassen, welche es ermöglichten, die Kellerräume später als Wirthschaftsräume auszunutzen. Darauf habe sich die Gelegenheit geboten, die Räume ohne besondere Einrichtung an dritte Personen zu verpachten, aber auch dieses sei von der Versammlung abgelehnt und der Wunsch ausgesprochen worden, auf die innere Einrichtung des Kellers behufs eigener Verwendung Rücksicht zu nehmen. Diese Einrichtung sei nun zunächst insofern eingeleitet worden, als die Constructionsarbeiten, die Maurer- und sonstigen Arbeiten mit einem Credit von 25 000 M ausgeführt seien, um später nicht Unbequemlichkeiten für den gesammten Stadthausbau zu haben. Darauf sei allerdings von Seiten des Magistrates, aber auf Anregung von einzelnen Stadtverordneten gelegentlich der Statsberathung, in Vorschlag gebracht worden, man möge unter Verwendung des beim Rathhausbau zu erwartenden Ueberschusses an die Einrichtung des Kellers herantreten, und habe man auf Grund eines Ueberschlages angenommen, daß sich diese Sache mit dem Betrage von 50 000 M werde bestreiten lassen. Die städtische Bauverwaltung sei seines Wissens damals über die Höhe des zu verwilligenden Betrages gar nicht gehört worden. Wenn Herr Hauswaldt meine, das Bewilligungsrecht der Versammlung werde in Frage gestellt, so treffe dieser Vorwurf den Magistrat, weshalb er den Vorwurf zurückweise, indem er ihn nicht für gerechtfertigt halte. Als i. J. die Versammlung die Einstellung der 50 000 M in den Stat genehmigt habe, sei die städtische Bauverwaltung aufgefordert worden, einen Kostenanschlag zu machen, dabei habe man die Frage erörtert, was die Stadt und was der Pächter solle machen lassen. Man stellte sich hierbei auf den Standpunkt, daß der Pächter ein Interesse daran haben müsse, die Einrichtung dieser und jener Gegenstände selbst zu bestimmen, und habe sich die städtische Bauverwaltung hiernach bei ihrem Voranschlage gerichtet. Hinterher habe dann aber

die Deputation es nicht für richtig gehalten, dem Wächter die Beschaffung der betr. Einrichtungen zu überlassen, worauf die städtische Bauverwaltung mit einer Nachforderung habe kommen müssen. Er verstehe bei solcher Sachlage nicht, wie Herr Hauswaldt in der Weise auftreten und behaupten könne, es solle das Bewilligungsrecht der Versammlung illusorisch gemacht werden, zumal von der nachträglich angeforderten Summe noch nichts ausgegeben worden sei.

Herr Hauswaldt will sich gern belehren lassen, wenn er den Referenten falsch verstanden habe; Letzteren habe er aber so verstanden, daß der größte Theil der 14000 M schon ausgegeben sei. In dem Berichte über die Sitzung vom 13. Juni 1901 — Seite 76 — stehe aber wörtlich: „Nachdem nunmehr seitens der städtischen Bauverwaltung ein genauer Kostenschlag eingegangen ist . . .“, mithin habe er nicht zu viel gesagt.

Herr Frühling möchte Herrn Hauswaldt gegenüber bemerken, daß dessen Auffassung auf einem Irrthum beruhe. Er habe nicht gesagt, daß die angeforderten 14000 M zum größten Theile schon ausgegeben seien, sondern daß der Baucommission die Bewilligung dieser Summe absolut nothwendig erscheine, weil die Versammlung schon vorher eine so hohe Summe bewilligt habe, und letztere schon zum größten Theile ausgegeben sei.

Herr Lange: Die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters bezüglich der Entwicklung des Rathhauskellers seien im Allgemeinen richtig; die Versammlung habe den Keller gewünscht und den Magistrat dringend ersucht, der Sache näher zu treten. Er habe aber das Gefühl gehabt, daß man mit der damals bewilligten Summe auch auskommen würde, namentlich wenn man, wie er in der Sitzung vom 28. März 1901 — Seite 284 des Berichtes — angeregt habe, einen Kostenschlag von anderer Seite und nicht von der städtischen Bauverwaltung aufstellen und durchführen lasse. Da nun in jener Sitzung erklärt worden sei, daß der Kostenschlag von der städtischen Bauverwaltung ausgehe, so müßte doch solcher Anschlag auch vorgelegen haben. Was ihm an der Sache nicht gefalle, sei die Art und Weise, wie die Versammlung zu der Nachbewilligung gezwungen werde; es heiße immer, die Sache sei halb fertig und man könne die städtische Bauverwaltung nicht im Stiche lassen, also entweder lasse man sie im Stiche und das bislang aufgewendete Geld sei verloren, oder man bewillige die nachgeforderte Summe. Weshalb werde man, unter genauer Angabe der Kosten, nicht vorher darum gefragt, ob man so viel Geld aufwenden wolle? Dann wäre man vielleicht zu einem ablehnenden Bescheide gekommen. Was den Keller selbst betreffe, so habe derselbe auf ihn im Allgemeinen einen guten Eindruck gemacht, aber es würde noch Manches darin geändert werden können, wenn er nicht schon halb fertig wäre. So z. B. würde er den Weinkeller nicht nach der Heizungsanlage hinüber gelegt haben, da ein solcher Keller keine Wärme vertragen könne, was sich später noch schwer rächen werde;

auch die Küche würde er in eine andere Gegend gelegt haben, was leicht zu machen gewesen sei. Die Küche besitze viel zu wenig Licht und habe ihm der Bahnhofswirth Fricke gesagt, daß für eine solche Küche die Hauptsache gutes Licht sei. Auch aus gesundheitlichen Rücksichten hätte er der Küche mehr Licht und Luft gewünscht, da man von einem Privatmann auch verlange, daß derselbe alle Räume, welche zu dauerndem Aufenthalte von Menschen dienen, genügend mit Luft und Licht versehe. Er bitte daher, daß derartige Sachen der Versammlung vorher zur definitiven Genehmigung vorgelegt werden, erkläre sich aber in dem vorliegenden Falle bereit, der Nachforderung zuzustimmen, da man den Keller jetzt nicht im Stich lassen könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn Herr Lange meine, die Versammlung sei bei der gegenwärtigen Lage der Angelegenheit gezwungen, die geforderten Mittel zu bewilligen, so treffe das nicht zu, sondern es stehe bei der Versammlung, die Vorlage eventuell abzulehnen, dann bleibe es eben, wie es sei. Auf Vereinbarung der städtischen Behörden sei zunächst in der Sitzung vom 23. März 1899 — Seite 140 ff. des Berichts — ein Credit von 25000 M eröffnet worden, um den Keller in seinem Rohbau so weit herzustellen, daß er demnächst etwa einmal zu Wirthschafts- oder ähnlichen Zwecken hergerichtet werden könne. Hiervon seien 18000 M und weiter kein Pfennig ausgegeben worden. Also, wenn die Versammlung die Nachforderung ablehnen wolle, so möge sie es thun und der Keller verbleibe in seinem jetzigen Zustande.

Herr Stadtbaurath Winter möchte zu den Aeußerungen des Herrn Lange einige Worte der Erwiderung geben. Wenn er auf die Entstehungsgeschichte des Rathhauskellers noch einmal zurückgreifen dürfe, so liege die Sache so, daß im Jahre 1894, als die Kellerrundamente zu dem Neubau fertig gewesen seien, die Versammlung den Wunsch ausgesprochen habe, man möchte den Keller um 50 cm höher herstellen, damit die Räume nutzbar gemacht werden könnten. Es sei ihm derzeit die Mittheilung geworden, daß zur Höherführung der Kellermauer 14000 M bewilligt seien, jedoch sei dabei nicht zum Ausdruck gebracht worden, daß die Kellerräume dereinst zu Wirthschaftszwecken benutzt werden sollten. Wenn er dieses auch in einem Berichte einmal angedeutet habe, so sei doch ein wirklicher Beschluß darüber nicht gefaßt worden. Die Räume habe er dann so hergerichtet, wie es nach der Eintheilung des Hauses möglich gewesen sei; denn diese sei gegeben gewesen und die Kellerräume hätten dementsprechend eingetheilt werden müssen. Der Gedanke, die Kellerräume zu Wirthschaftszwecken auszubauen, sei erst viel später gekommen, als die Mauern im Rohbau ziemlich vollendet gewesen seien. Da habe es gegolten, mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und habe man die Küche und die sonstigen Wirthschaftsräume so unterbringen müssen, wie es unter den gegebenen Raumverhältnissen möglich gewesen sei. Wenn ihm schon bei

der ersten Projectbearbeitung mitgetheilt worden wäre, daß mit dem Rathhause absolut ein Rathskeller verbunden sein sollte, würde er den städtischen Behörden andere Vorschläge unterbreitet und Kellerräume vorgesehen haben, welche allen Anforderungen entsprechen haben würden. Das sei aber nicht mehr möglich gewesen, weil die Räume den einmal vorhandenen Verhältnissen gemäß hätten hergerichtet werden müssen, wie sie das Project auch aufweise. Diese Mittheilungen habe er machen müssen zur Abwehr des Vorwurfes, welchen Herr Lange der städtischen Bauverwaltung habe zu Theil werden lassen.

Herr Aßmann kann sich den Ausführungen der Herren Hauswaldt und Lange nur anschließen. Wenn der Versammlung Voranschläge unterbreitet würden, müsse man auch annehmen, daß dieselben die Gesamtforderungen darstellen. Er sei von vornherein Anhänger der Idee gewesen, den Rathskeller zu Wirtschaftszwecken einzurichten und glaube, daß die Behauptung, es sei damals nicht beschlossen, den Keller für diese Zwecke nutzbar herzurichten, nicht zutreffe. Wenn der städtischen Bauverwaltung solches nicht rechtzeitig mitgetheilt worden sei, so könne diese allerdings dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Der Magistrat habe sich gegen die Einrichtung einer Wirtschaft im Rathskeller gestraubt und zwar mit der Begründung, daß der Magistrat alleiniger Herr im Hause sein wollte, während die Mehrheit der Versammlung den Keller zu Wirtschaftszwecken eingerichtet wissen wollte. Es müsse allerdings Befremden erregen, wenn man sich bei dem Rathhause, welches schon fast zwei Jahre in Benutzung genommen sei, jetzt noch derartig vercalcülire und es müsse hieraus die Befürchtung aufsteigen, daß man sich bei jedesmaliger Bewilligung derartiger Bau- und Einrichtungskosten auf eine Nachbewilligung von 10—15 % gefaßt zu machen habe. Solche ungesunden Zustände seien zu rügen, und möchte er, auch im Hinblick auf die Verhandlungen bei dem vorigen Punkte der Tagesordnung, den Wunsch aussprechen, daß in Zukunft bei den Kostenanschlägen etwas vorsichtiger verfahren werde, damit man die erforderlichen Summen gleich von Anfang an erfahre. Bei Privatleuten würden viel mehr Pleiten vorkommen, wenn sie das hier geübte Verfahren einschlugen.

Herr Oberbürgermeister Pockels will den der städtischen Bauverwaltung wiederholt gemachten Vorwurf, daß sie bei der Veranschlagung der Kosten nicht vorsichtig genug verfahren habe, nochmals zurückweisen. Ein Theil der Versammlung scheine den betreffenden zur Verlesung gebrachten Abschnitt aus dem Magistratschreiben überhört zu haben. Es heiße darin, daß die Deputation verschiedene bauliche Anlagen und Einrichtungen für erforderlich erachtet habe, welche in dem bei der Creditbewilligung maßgebend gewesenen Kostenanschlage noch nicht berücksichtigt gewesen seien. Dazu kämen dann noch alle diejenigen Anlagen, welche nach der ursprünglichen Meinung des Magistrates dem Pächter obliegen sollten,

während es die Deputation für richtiger gehalten habe, dieselben von Seiten der Stadt machen zu lassen. Diese Sachen hätten von der städtischen Bauverwaltung nicht berücksichtigt werden können und dürfen.

Herr Lange kann Herrn Stadtbaurath Winter darin nicht Recht geben, daß sich eine Aenderung in der Anordnung der einzelnen Wirthschaftsräume nicht mehr vornehmen lasse, wenn auch zuzugeben sei, daß eine solche Aenderung heute, wo die Sache fast fertig sei, größere Schwierigkeiten bieten würde, als im ersten Stadium des Baues. Seiner Ansicht nach würde sich eine Aenderung noch in der Weise ausführen lassen, daß die Küche mit den Geschäftsräumen des Wirthes vertauscht würde. Bei solcher Anordnung der Räume hätte man eine sehr schöne Küche und der Zugang zum Buffet wäre in keiner Weise gehindert, auch würde der dunkle Raum den schönsten Weinfeller abgeben.

Herr Födel möchte den Magistrat fragen, ob bei Durchführung der jetzigen Magistratsvorlage eine höhere Einnahme aus der Verpachtung des Kellers zu erzielen sein würde, als wenn man die beantragten Ergänzungen fallen ließe.

Herr Frühling will die Deputation hinsichtlich der Mehrbewilligungen in sofern in Schutz nehmen, als hier nicht nachträglich Anlagen verlangt seien, welche eben so gut hätten fehlen können, sondern nur solche, welche nachträglich nothwendiger Weise in den Kostenanschlag hätten aufgenommen werden müssen. Es handle sich dabei um ordentliche Lüftungsvorrichtungen, um die Aufzüge für Bier und Kohlen an der Rückseite des Gebäudes, um die Vergrößerung der Küchenfenster, um eine bessere Einrichtung der Küche u., also um Verbesserungen, welche durchaus nothwendig seien und welche daher nicht abgelehnt werden könnten. Die erste Bewilligung der 82000 M. fordere gebieterisch, daß auch diese Bewilligung von 14000 M. noch erfolge.

Herr Kieke: In dem vom Magistrate ursprünglich vorgelegten Plane sei die Einrichtung eines Rathskellers nicht vorgesehen gewesen, und habe sich der Herr Oberbürgermeister gegen solche Einrichtung energisch gewehrt und in einer Sitzung der Baucommission sogar erklärt, den Saal verlassen zu wollen. Trotzdem sei von der Versammlung hinterher die Einrichtung des Rathskellers beschlossen, und habe darauf die städtische Bauverwaltung erklärt, daß die Höherlegung des Sockels vom Rathhause 14000 M. kosten würde. Mit dem Beschlusse der Versammlung sei auch ausgesprochen worden, daß der Keller nicht an einen Weinhändler für 2500 M. verpachtet werden sollte, sondern man habe damit die Anlegung eines Rathskellers beschlossen. Nun solle von der für das Rathhaus bewilligten Bausumme ein Betrag von 62000 M. übrig sein; wenn das aber zutrefte, könnte doch für die Einrichtung des Kellers zunächst diese Summe verwendet werden und brauchte man nur die darüber hinausgehende Bedarfssumme zu verwilligen. Wenn Herr Lange meine,

der Raum neben der Heizungsanlage eigne sich nicht zum Weinslager, so sei er ganz gegentheiliger Meinung und glaube, daß die Mauern so stark seien, um die Wärme nach dem Nebenraume nicht durchzulassen. Aus diesem Grunde habe er auch die Vorlage nicht beanstandet. Es handle sich um die Aufstellung eines großen Herdes, um eine künstliche Beleuchtung verschiedener Räume, um die Beschaffung von Wärmeschränken *zc.*, auch habe der Wirth einen Raum zur Lagerung seiner Abfälle nöthig und außerdem müsse mindestens ein Schacht für einen Elevator angelegt werden. Den zweiten Schacht könnte man streichen und anordnen, daß die Kohlen in Säcken in den Keller getragen würden. Eine Verzinsung und Amortisation des Anlagecapitals werde sich durch die demnächst aufkommende Pacht ebenso wie in anderen Städten ergeben, so daß man in dieser Beziehung keine Befürchtungen zu haben brauche. Jedenfalls müsse der Keller eine solche Einrichtung erhalten, daß er der Stadt würdig sei und einen guten Eindruck mache, und erscheine es ihm unumgänglich nöthig, die jetzt nachgeforderte Summe auch zu bewilligen. Wenn man aber jetzt noch anfangen wolle, die Küche umzulegen und dergleichen, so möge man den Keller lieber an einen Gemüsehändler vermietthen und auf einen Rathskeller verzichten; in solchem Falle würde sich allerdings die Anlage nicht verzinsen und man würde sich auch keinen guten Ruf als Vertreter der Stadt schaffen. Darum solle man dafür sorgen, daß der Keller bald fertig gestellt werde und daß ein tüchtiger und anständiger Wirth hineinkomme, bei dem man weniger auf die Höhe des Pachtgebotes, als auf den Mann selbst sehe, dann würde man der Stadt immer noch dienen.

Herr Bues findet, daß die Küche nicht an der richtigen Stelle liege und daß die Geschäftsräume des Wirthes eine bessere Küche abgegeben haben würden. Wenn nun auch einige Aenderungen in der Anordnung der Räume erwünscht sein würden und er den Ausführungen des Herrn Lange in Bezug auf die Lage der Küche zustimme, so dürfte sich doch schwerlich in dem jetzigen Stadium des Baues hier noch etwas ändern lassen.

Herr Stadtbaurath Winter: Gegenüber den Wünschen der Herren Lange und Bues auf eine bessere Lage der Küche wolle er bemerken, daß es wünschenswerth gewesen wäre, wenn man von vornherein über den Plan berathen und Klarheit geschaffen hätte. Heutzutage gehe das nicht mehr, denn wenn man die Küche an der von Herrn Lange gewünschten Stelle haben wollte, müßten auch neue Schornsteine und eine neue Ventilation geschaffen werden, wodurch alle Geschosse des Gebäudes in Mitleidenschaft gezogen würden. Diese Aenderung lasse sich nicht mehr vornehmen. Darüber, wie eine Küche am zweckmäßigsten sich in einen Bau einfügen lasse, könne man verschiedener Meinung sein und habe er die Meinung gehabt, daß der jetzige Platz derselben in Bezug auf den Betrieb relativ noch am besten

liege; günstiger würde sie allerdings inmitten des ganzen Verkehrs liegen, jedoch sei dort kein Raum zu schaffen gewesen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage in ihren einzelnen Theilen genehmigt.

III. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche der Frau Jäger und Frau Poliga um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund werden genehmigt, während das Gesuch des Herrn Spelge um Erlaß der Steuer für einen Wachhund abgelehnt wird.

IV. Ermiethung von Räumen für das städt. Arbeitsamt u.

Dem Beschlusse der Versammlung vom 13. Juni 1901 — Seite 92 des Berichtes — gemäß, hat der Magistrat Verhandlungen über die Verlegung des Arbeitsamtes aus dem Rathhause eingeleitet. Nach dem Berichte der städtischen Bauverwaltung empfiehlt es sich wegen der hohen Kosten nicht, das Arbeitsamt nach einem anderen städtischen Gebäude zu verlegen; es ist vielmehr im Einverständniß mit dem gutachtlich gehörten Ausschusse für das städtische Arbeitsamt eine öffentliche Ausschreibung der zu ermietenden Räumlichkeiten erfolgt. Unter den inzwischen eingegangenen Angeboten hält der Magistrat mit dem genannten Ausschusse die auf der Wilhelmstraße 12 88 im Erdgeschoße links von der Hausthür gelegenen Räumlichkeiten, bestehend aus zwei straßenseitig und einem nach dem Hofe zu führenden Zimmer, für am meisten geeignet. Der Vermieter, Decorationsmaler Hugo Flühe, ist bereit, diese Räume nach Vornahme einiger Reparaturen auf zwei Jahre vom 1. April 1902 ab gegen einen jährlichen Miethpreis von 850 M zu vermieten. Die Kosten für Beschaffung des Mobiliars sind von der städtischen Bauverwaltung auf 450 M veranschlagt worden. Der Magistrat ersucht, sich mit der Ermiethung der Räume einverstanden zu erklären und den Betrag von 450 M zu bewilligen,

welchem Antrage sich Herr Brückmann namens der Statutencommission anschließt.

Herr Ohlendorf will sich für die Vorlage erklären, dabei aber einen Uebelstand erwähnen, welcher in Arbeiterkreisen unangenehm berührt habe und der darin bestehe, daß die Stadt ihre eigenen Arbeiter nicht von dem städtischen Arbeitsamte entnehme. So z. B. seien die beim Wegebau und bei den Nothstandsarbeiten beschäftigten Leute nicht durch Vermittelung des Arbeitsamtes eingestellt worden. Die Leute liefen wochenlang nach dem Arbeitsamte und erhielten doch keine Beschäftigung, während andere, dort nicht eingeschriebene Leute und selbst solche von außerhalb früher Beschäftigung bekämen. Das befinde sich aber nicht in Uebereinstimmung mit der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, welche dahin

gehe, daß Leute, die längere Zeit in Braunschweig wohnen, an erster Stelle beschäftigt werden sollen. Jedenfalls wäre es doch angebracht, daß die Stadt ihren Arbeitsnachweis selbst benutzte. Ein fernerer Uebelstand bestesse darin, daß die im Bürgerpark beschäftigten Leute ihren Lohn nicht alle acht Tage, sondern nur alle vierzehn Tage erhielten und man von ihnen für zwei Tage den Arbeitslohn innebehalte. Die Leute meinten, daß sie ihren verdienten Lohn auch ausbezahlt erhalten müßten, und bitte er, hier Remedur zu schaffen.

Herr Günther möchte diese Ausführungen noch etwas ergänzen. Es scheine ihm, als wenn auf dem Rathhause noch nicht ganz feststände, wer in dieser Angelegenheit eigentlich die Führung habe. So sei es vorgekommen, daß Herr Stadtrath von Frankenberg Arbeiter, welche sich an ihn wegen Arbeit gewandt haben, weggewiesen und ihnen gesagt habe, sie möchten sich an Herrn Bürgermeister Metemeyer wenden. Das finde er absonderlich, da doch Herr Stadtrath von Frankenberg dem Arbeitsamte vorstehe. Herr Bürgermeister Metemeyer habe sodann versprochen, die Angelegenheit zu untersuchen, und scheine ihm die Sache mindestens verfahren zu sein, wenn da erst noch Untersuchungen angestellt werden müssen. Nach einer Zeitungsnotiz sollen sich am Sonntag 14 Arbeiter, am Montag aber keine Arbeiter zur Arbeit gestellt haben. Ein Gewährsmann, welcher vom Sonntage bis heute jeden Morgen $3\frac{1}{4}$ Uhr auf der Arbeitsstelle gewesen sei, habe ihm dagegen mitgetheilt, daß sich am Montag etwa 100 Personen zur Arbeit eingefunden haben. Er möchte deshalb den Magistrat um eine Erklärung darüber ersuchen, ob die Zeitungsnotiz auf Wahrheit beruhe, daß sich kein Arbeiter gemeldet habe. Andererseits möchte er ersuchen, endlich einmal die Frage zu regeln, wer die Arbeiten beim Magistrate zu vergeben habe. Man möge in dieser Sache doch baldigst Ordnung schaffen, denn wozu habe man den Arbeitsnachweis. Wenn sich das auf dem Rathhause nicht durchführen lasse, würden er und seine Freunde noch einmal mit dem Vorschlage kommen, eine Commission von Arbeitern einzusetzen, welche die Sache in die Hand zu nehmen habe.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß die Aufgabe des Arbeitsamtes von dem Vorrednern anscheinend falsch aufgefaßt werde. Das Arbeitsamt habe die Aufgabe, Stellen zu Gunsten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu vermitteln. Daraus folge aber durchaus nicht, daß die einzelnen städtischen Verwaltungen nicht mehr das Recht haben sollen, auch ihrerseits Arbeiter anzunehmen. Wohin solle das wohl führen? Als neulich der plötzliche starke Schneefall eingetreten sei, hätten müssen sofort Morgens 6 Uhr 100—150 Arbeiter eingestellt werden. Was hätte die Straßenreinigungsdeputation aber wohl machen sollen, wenn sie nicht sofort zur Einstellung dieser Arbeiter schreiten, sondern warten wollte, bis das Arbeitsamt sein Bureau öffnete, um nachzusehen, ob sich dort vielleicht geeignete Leute in genügender Zahl gemeldet haben. Das wäre ja ein haarsträubender

Zustand geworden. In solchem Falle nehme man, wer sich melde, und genau so liege es auch in anderen Fällen. Man könne die städtische Bauverwaltung gar nicht verpflichten, bei der Einstellung von Arbeitern stets erst auf dem Arbeitsamte anzufragen, wer sich dort gemeldet habe, weil dieselbe sonst häufig in die größte Verlegenheit kommen könne. Im Uebrigen liege es in den meisten Fällen so, daß nicht die einzelnen Verwaltungen die Arbeiter annehmen, sondern daß die Arbeiten Unternehmern übertrage würden, welche sich ihre Arbeiter selbst suchen. Es sei aber ganz unmöglich, die Unternehmer zu verpflichten, nur solche Arbeiter einzustellen, welche sich auf dem Arbeitsamte gemeldet haben.

Herr Stadtrath von Frankenberg will bemerken, daß diese Auffassung auch für ihn maßgebend gewesen sei und er in diesem Sinne verschiedene Leute beschieden und ihnen erklärt habe, daß sie sich an die zuständigen städtischen Verwaltungen zu wenden hätten, wenn ihnen vom Arbeitsamte keine Arbeit nachgewiesen werden könne. Das Arbeitsamt könne nur in soweit vermitteln, als es seitens der einzelnen städtischen Verwaltungsstellen in Anspruch genommen werde und könne in dieser Beziehung ein Zwang nicht ausgeübt werden.

Herr Ohlendorf möchte feststellen, daß die Stadt mit Rücksicht auf die für Nothstandsarbeiten bewilligten Mittel ein Interesse daran habe, hauptsächlich solche hiesigen Arbeiter beschäftigt zu sehen, welche schon lange arbeitslos seien. Es er scheine daher berechtigt, wenn die hiesigen Arbeiter es eigenthümlich finden, daß recht oft Leute, welche eben vom Dorfe in die Stadt kommen, Arbeit erhalten, während hiesige Bürger, die schon Monate lang ohne Arbeit herumlaufen, zurückgewiesen werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß diese Auffassung auch durchaus den Anschauungen des Magistrates entspreche. Als heute Morgen ein Mann ihm ebenfalls solche Klagen vorgetragen habe, habe er denselben gebeten, ihm einen Namen zu nennen, wozu der Mann aber außer Stande gewesen sei. Den ferneren Klagen gegenüber, daß 18jährige junge Leute eingestellt seien, während man Familienväter zurückgewiesen habe, hätte er wiederum um Angabe von Namen gebeten, eine Antwort aber nicht erhalten. Auch der Marktallverwalter habe die bindige Erklärung abgegeben, daß er nur hiesige Familienväter eingestellt habe. Der Verwalter könne ja allerdings von einzelnen Leuten getäuscht werden, da sich die Angaben von mehreren hundert Arbeitern, welche Morgens um 6 Uhr zum Schneeschaukeln eingestellt würden, nicht leicht controliren ließen, jedoch könne man wohl annehmen, daß die einzelnen Arbeiter selber eine Controle über Diejenigen ausüben, welche ihnen das Brot nehmen wollen. Aus diesem Grunde müsse er einstweilen die Richtigkeit solcher Angaben bezweifeln.

Herr Günther hält es nicht für eine leichte Arbeit, diese Angelegenheit zur Zufriedenheit zu regeln, meint aber, daß ein Grund zur Beschwerdeführung

vorhanden sein müsse. Im Bürgerparke und beim Schneewegschaffen habe man ein Colonnenarbeiten in der Weise eingerichtet, daß die eine Hälfte diesen und die andere Hälfte den folgenden Tag arbeiten solle. Als sich nun heute Morgen die Arbeiter eingefunden haben, welche den Tag vorher feierten, seien sie zurückgewiesen, weil die Colonne vom Tage vorher etwas früher gekommen und wieder eingestellt worden sei. Das könne er nicht als ein richtiges Verfahren anerkennen und ebenso theile er die Meinung, daß der Arbeitsnachweis hierbei eingzugreifen habe.

Herr Koch kann mittheilen, daß der Promenadeninspector Kreis im Bürgerparke hiesige Arbeiter bevorzuge, daß aber auch bei diesen Arbeitern am anderen Tage eine ganze Anzahl von Leuten ohne Angabe eines Grundes weggeblieben sei. Die Bevorzugung der hiesigen Arbeiter zeige sich auch bei der Armenpflege, denn man hätte verschiedene von Auswärts zugezogene Leute in Armenpflege nehmen müssen, weil dieselben gegen hiesige Arbeiter zurückgesetzt worden wären.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf in ihren beiden Theilen zur Annahme.

V. Ausbau eines Theiles der Nebenstraße.

Unter Vorlegung eines Projectes über den Ausbau der Nebenstraße zwischen Hamburger- und Geysostraße führt der Magistrat aus, daß auf der Straßenstrecke der nördliche Fußweg schon früher ausgebaut sei und die städtische Bauverwaltung die Kosten für die beiden Theilstrecken Hamburgerstraße—Mittelweg und Mittelweg—Geysostraße gesondert veranschlagt habe, weil im diesjährigen Etat nur die Kosten der erstgedachten Theilstrecke ausgeworfen seien. Da indessen das Project einheitlich aufgestellt ist, so empfiehlt der Magistrat, auch den Ausbau beider Theilstrecken einheitlich auszuführen und demgemäß auch die Kosten einheitlich zu berechnen. Es wird deshalb ersucht, das Project, dessen Kosten zu 53 642,24 M., d. i. 102,15 M für 1 m Frontlänge, veranschlagt sind, nebst der Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, geschieht.

VI. Erwerb von Flächen zur verlängerten Voigts-Rheßstraße u.

Nachdem die Versammlung den Magistrat ermächtigt hatte, zum Zwecke der alsbaldigen Canalisation der verlängerten Voigts-Rheßstraße zwischen Rußberg- und Marienstraße und der projectirten Verbindungsstraße zwischen der verlängerten Voigts-Rheßstraße und der Rosenstraße das erforderliche Privatterrain in Besitz zu nehmen, ist mit den Canalisationsarbeiten begonnen worden und nunmehr auch mit den theilhaftigen Grundeigenthümern eine Vereinbarung dahin erzielt worden, daß ihnen für das abzutretende Privatterrain eine Entschädigung von 11 M pro qm gezahlt werde. Der Ausbau der beiden Straßen bedingt ferner den stadtseitigen

Erwerb der im Zuge derselben liegenden 27, 819 und 575 qm großen Theilflächen von drei Interessentenschaftsgräben, welche die Feldmarksgemeinde Altemiet zum Einheitspreise von 5 M abtreten will. Die Versammlung wird deshalb ersucht, dem letztgedachten Terrainerwerb zuzustimmen und den über den Ankauf der ersteren Flächen aufgenommenen notariellen Vertrag zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Rieke die Anträge namens der Baucommission zur Genehmigung empfohlen hatte.

VII. Neudruck des Uebersichtsplanes der Stadt Braunschweig.

Bei dem Voranschlage für die Bewilligung der Kosten des Neudrucks für den Uebersichtsplan der Stadt Braunschweig im Maßstabe 1:6000 war die Herstellung von 200 Exemplaren mit einem Kostenaufwande von 1000 M in Aussicht genommen. Der demgemäß bewilligte Fonds ist jedoch in Folge nicht vorherzusehender Umstände und der Herstellung von 350 Abdrücken um 596 M überschritten worden. Unter eingehender Begründung dieser Ueberschreitung ersucht die städtische Bauverwaltung, den Betrag von 596 M nachzuverwilligen und zu beschließen, daß für die zum Verkauf bestimmten 155 Exemplare ein Verkaufspreis von 7,50 M pro Stück festgesetzt werde, sowie daß nach Maßgabe der Vorschläge der städtischen Bauverwaltung an 13 Städte, sowie an eine Anzahl hiesiger staatlicher Behörden zc. 20 Exemplare unentgeltlich abgegeben werden.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VIII. Unterstützungsgeuch des Vereins zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs.

Der Verein zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs bittet die Versammlung, dahin zu wirken, daß die Erlaubniß zur Besichtigung der sehenswertheren städtischen Gebäude ertheilt und das Material zu kurzen Beschreibungen dieser Gebäude stadtseitig geliefert werde, sowie daß die Mittel für die erstmalige Beschaffung und Drucklegung der Beschreibungen bewilligt werden möchten.

Wie Herr Lorb berichtet, empfiehlt die Finanzcommission, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen, weil der Magistrat den Verein auf eine gleiche Eingabe schon dahin beschieden habe, daß demselben eine größere Anzahl von Exemplaren der Auszüge überwiesen werden solle, welche die Stadt von dem Herausgeber des Werkes: „Führer durch Deutschlands Städte“ (s. Seite 241 des Berichtes) beziehen werde.

Herr Beplics stimmt den Bestrebungen des bittstellenden Vereines vollständig bei und erklärt sich auch für den Antrag der Finanzcommission. Dabei möchte er auf ein Verkehrshemmniß aufmerksam machen, dessen Beseitigung der Stadt von

großem Nutzen sein und auch auf die Hebung des Fremdenverkehrs günstig einwirken würde, ohne daß dadurch Kosten entstünden. Das sei die Beseitigung der Bestimmung des Braunschweigischen Vereinsgesetzes, nach welcher an Versammlungen, welche öffentliche Angelegenheiten erörtern, Frauen nicht theilnehmen dürfen. Hierbei wolle er nur an den evangelisch-socialen Congreß erinnern, welcher hier Ende Mai 1901 getagt habe und auf dem man erstaunt gewesen sei, daß die Frauen von der Bethheiligung ausgeschlossen seien. Der Congreß hätte hier bestimmt nicht stattgefunden, wenn man dieses Verbot vorher gekannt hätte. Ein solcher Congreß bringe immer eine größere Anzahl von Leuten nach der betreffenden Stadt, so daß diese Nutzen davon habe. Es gebe viele Vereine, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen und die Frauen zur Mitwirkung zulassen. Für alle diese Vereine müßte Braunschweig als Versammlungsort ohne Weiteres von der Tagesordnung abgesetzt werden. Wenn nun auch die Stadtverwaltung das Hemmniß nicht beseitigen könne, so verfolge er mit seiner Anregung doch den Zweck, daß die in der Versammlung sitzenden Landtagsabgeordneten daraus Veranlassung nehmen möchten, auf eine Beseitigung dieser Beschränkung in dem Vereinsgesetze hinzuwirken. Da die Bestimmung sehr unzeitgemäß sei und die Stadt nach Außen hin leicht lächerlich machen könne, so erscheine es ihm nicht schwierig, dieselbe zu beseitigen, wenn nur die städtischen Abgeordneten mit Energie und geschloffen darauf hinwirken würden.

Sodann möchte er noch auf die hiesigen Verkehrsverhältnisse zu sprechen kommen. Zunächst erscheine es ihm zweifelhaft, ob für eine Stadt wie Braunschweig zwei Droschenhaltestellen genügen. Außerdem arbeite auch die Straßenbahn nicht mit der Energie, welche für eine Großstadt nöthig sei. In den breiten Straßen müßten überall Doppelgleise liegen, auch müßte die Straßenbahn schneller fahren, denn sie bewege sich mit solcher Langsamkeit, daß man am besten thue, wenn man schnell wohin wolle und es sich nicht gerade um die äußersten Punkte handle, zu Fuß zu gehen. (Widerspruch.) Wer mit der Straßenbahn fortkommen wolle, müsse eben viel Zeit haben. Das seien Dinge, die zu berücksichtigen seien, wenn man den Fremdenverkehr hier heben wolle.

Herr Hauswaldt will die Frage unerörtert lassen, wie das Unterstützungsgesuch des Vereins zur Hebung Braunschweigs und seines Fremdenverkehrs mit einer Aenderung des Braunschweigischen Vereinsgesetzes in directen Zusammenhang gebracht werden könne, jedoch möchte er constatiren, daß die Landtagsabgeordneten der Stadt Braunschweig schon vor einiger Zeit, also ohne die eben gegebene Anregung, über diese Sache in Berathung getreten seien und in dem Landtage den Versuch machen wöllen, eine Aenderung der betreffenden Bestimmung des Vereinsgesetzes herbeizuführen.

Der Antrag der Finanzcommission wird darauf genehmigt.

IX. Remunerationen für Hülfsslehrer.

Zu Ostern d. Jz. sind im Ganzen 14 neue Schulclassen einzurichten und zwar in den unteren Bürgerschulen 10, in den mittleren Knabenschulen 2 und in den mittleren Mädchenschulen ebenfalls 2 Classen. Der Magistrat ersucht daher, die zur Befoldung von 14 neuen Lehrkräften der städt. Bürgerschulen erforderlichen Mittel zu bewilligen,

welchem Antrage sich Herr Lange namens der Schulcommission anschließt.

Herr Rieke möchte hierbei zur Sprache bringen, daß nach einer bei ihm angebrachten Beschwerde in der Schule am Südklinte keine Schreibhefte mehr vertheilt würden, obwohl solches in den unteren und theilweise auch in den mittleren Bürgerschulen auf städtische Kosten geschehe. Es solle in der Schule gesagt sein, so viel Interesse müßten die Eltern an ihren Kindern haben, daß sie diese Hefte selbst beschafften; er bitte um Abhülfe dieses Zustandes.

Herr Günther will seine schon in der vorigen Sitzung an den Magistrat gerichtete Anfrage wiederholen, ob es richtig sei, daß junge Seminaristen auch an den hiesigen Schulen beschäftigt werden; er würde es für ein verderbliches Beginnen halten, wenn das seitens der städtischen Schulbehörde geschehe. — Sodann möchte er auf das warme Frühstück zu sprechen kommen, welches in den Schulen gegeben werden solle. Nach den ihm gewordenen Mittheilungen, solle es gar nicht der Rede werth sein, was dort gegeben werde, und möchte er um Auskunft darüber bitten, wie es mit dieser Sache stehe. Dem Vernehmen nach solle auf eine Classe höchstens eine derartige Unterstützung kommen, was doch nicht der Rede werth sein würde. Wenn der Magistrat diese Angaben nicht widerlegen könne, so möchte er ersuchen, die Schulbehörde aufzufordern, Mittel und Wege zu schaffen, damit den Kindern eine reichere Unterstützung an Kaffee und Weißbrot zu Theil werde.

Herr Bürgermeister Metemeyer möchte in Bezug auf den letzteren Punkt darauf hinweisen, daß in der Stadt ein Mann lebe, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, armen Kindern warmes Frühstück zu Theil werden zu lassen und der zu diesem Zwecke reichliche Mittel zur Verfügung gestellt habe. Was solle nun solcher Mann davon denken, wenn hier gesagt werde, er gebe nicht genug, obwohl derselbe schon 30 000 M dafür gespendet habe. Er müsse offen gestehen, daß er an Herrn Günthers Stelle nicht in derartiger Weise solche Einrichtungen hier öffentlich heruntermachen möchte; denn es komme darauf heraus, daß der gutmüthige Mann, welcher schon so viel hergebe, noch mehr hergeben solle. Die Stadt sei doch aber nicht verpflichtet, in allen Schulen Einrichtungen zu treffen, daß die Kinder warmes Frühstück erhalten, und sollte man sich freuen, wenn wenigstens die ärmsten Kinder ein warmes Frühstück bekämen. (Zustimmung.)

Herr Oberbürgermeister Pockels will bezüglich der Bemerkung des Herrn Riefe hervorheben, daß die Bestimmung getroffen sei, den Kindern der unteren Bürgerschulen die nöthigen Schulutensilien stadtseitig frei zu liefern. Er könne nun nicht wissen, ob den Kindern der Schule am Südklinte mit Recht oder Unrecht die Lieferung von Schreibheften verweigert worden sei, werde sich aber darnach erkundigen. Entweder werde es sich dabei wohl um ortsfremde Kinder handeln, oder es müßten besondere Gründe dazu Veranlassung gegeben haben, den betreffenden Kindern die Bücher zu verweigern. Außerdem komme es auch oft vor, daß derartige Bücher, welche Eigenthum der Stadt bleiben, in den Häusern sehr schlecht behandelt und dadurch vorzeitig unbrauchbar werden.

Herr Günther will sich dagegen verwahren, daß er dem betreffenden Geber, welcher Dank verdiene, einen Vorwurf habe machen wollen, sondern ihm sei nur daran gelegen gewesen, zu erfahren, ob thatsächlich so wenig warme Frühstücks an bedürftige Kinder vergeben würden, obwohl der Mann die Mittel dazu bewilligt habe. Wenn diese Mittel zur Erreichung des Zweckes nicht genügen sollten, so halte er die Stadt für verpflichtet, in solchem Falle einzutreten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte darauf erwidern, daß dem Vorstande der Stiftung die sämmtlichen vorhandenen Mittel zur Verfügung gestellt seien und daß die Zinsen des Capitaless dem betreffenden Herrn regelmäßig nicht genügen, sondern er alle Jahre noch Zuschüsse leiste.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

X. Umgestaltung des Ortsbauplanes am Nordbahnhofe.

Die städtische Bauverwaltung überreicht einen Plan über die durch die Erweiterung des Nordbahnhofes vorzunehmenden Aenderungen des Ortsbauplanes und ersucht den Magistrat, der Umgestaltung des Ortsbauplanes an beiden Seiten des zu verlängernden Nordbahnhofes zuzustimmen. Die Aenderungen gehen dahin, die Verlängerung der Taubenstraße bis zum Mützenwege, sowie die nördlich von dieser projectirten Straße im Ortsbauplane vorgesehenen projectirten Straßen und Plätze fortfallen zu lassen und dafür nur eine vom Ende der jetzigen Taubenstraße nach Norden zu gehende, am städtischen Wirthschaftshofe entlang führende, 16 m breite Straße in den Ortsbauplan aufzunehmen.

Nach dem Berichte des Herrn Frühling empfiehlt die Baucommission die Zustimmung zu dieser Vorlage mit dem Vorbehalte, daß, so lange die Spargelstraße bestehen bleibe, auch eine Straßenverbindung vom Ende der Spargelstraße nach der Taubenstraße geschaffen werde und erhalten bleibe. Der Baucommission erscheine es richtig, den Platz für industrielle Etablissements zu reserviren.

Herr Rathe ist der Ansicht, daß durch die Anlage des Nordbahnhofes der ganze Ortsbauplan zum Schaden der Mitbürger umgeworfen sei. Wenn der

Magistratsvorlage beigetreten werde, so sei niemals die Möglichkeit gegeben, dort noch eine Straße anzulegen, weil dieses die Eisenbahnverwaltung stets verhindern werde, um in ihrer weiteren Ausdehnung nicht beengt zu sein. Seiner Ansicht nach müßte längs der Bahngleise eine große Verkehrsstraße angelegt werden. In den Nordbahnhof münden demnächst außer der Landeseisenbahn noch die Braunschweig—Schöninger und die Schunterthalbahn und würde er es für eine Kurzsichtigkeit halten, die nach dem Ortsbauplane hier projectirten Straßen aufzuheben und dort keine neue große Straße anzulegen. Da nun außerdem der Nordbahnhof in seiner jetzigen Gestalt nicht ausreichen werde, so bitte er, die Magistratsvorlage abzulehnen und die Projectirung einer großen Verkehrs- und Abfuhrstraße längs der Eisenbahn zu beschließen. Die Industrie bekomme längs der Bahngleise eine solche Menge von Plätzen zum Anbau, daß es nicht nöthig sei, hier noch besondere Rücksicht darauf zu nehmen. Er stelle also folgenden Antrag:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, ein neues Project vorzulegen, in dem die Taubenstraße längs der Bahngleise bis zur nächsten Quersstraße am Bülden fortgeführt wird.“

Herr Ebeling: Ein Blick auf die Karte zeige, daß das hinterliegende Terrain, welches die Bahn abgeschnitten habe, in erheblichem Maße an Werth verloren habe. Wenn es nun auch nicht ausgeschlossen sei, dieses Terrain zu industriellen Etablissements auszunutzen, so sei doch die Taubenstraße von der Landeseisenbahn abgeschnitten worden. Eine Auflassung dieser Straße an die Stadtgemeinde müßte doch wohl vorweggehen, da bei Aufhebung derselben ein neuer Zugangsweg zu schaffen sei. Zu befürchten stehe auch, daß die Landeseisenbahn die Eigenthümer in die Enge treiben wolle, um das Terrain für sich zu erwerben. Die Verbindung über die Eisenbahn an der Taubenstraße müßte ebenfalls beibehalten werden. Er empfehle den Antrag der Baucommission zur Annahme.

Herr Lange will auf die Ausführungen des Herr Rathe nicht weiter eingehen, insbesondere auch nicht auf den der Baucommission gemachten Vorwurf der Kurzsichtigkeit, da Herr Rathe mit solchen Ausdrücken leicht bei der Hand sei und man wisse, was man darauf zu geben habe. Seiner Ansicht nach erleiden die Anlieger keinen Schaden, sondern die Grundstücke würden an Werth gewinnen, wenn der Vorlage gemäß beschlossen werde. Im Interesse von Industrie, Handel und Gewerbe freue er sich immer, wenn sich Gelegenheit biete, Grundstücke zu schaffen, welche directen Anschluß an Eisenbahngleise erhalten können und bezwecke die Vorlage diese Möglichkeit. Da nun außerdem die Direction der Landeseisenbahn ihre große Bereitwilligkeit zur Anlegung von Gleisen erklärt habe, könne er sich um so mehr freuen, wenn hier solches Terrain geschaffen werde und empfehle er die Genehmigung der Vorlage.

Herr Wolters möchte ebenfalls bitten, den Antrag Rathe abzulehnen. Das vorliegende Project sei nicht nur von der Baucommission, sondern auch vom Stadtbauamte als richtig anerkannt worden. Man stehe hier vor der Thatfache, daß der Complex als abgeschlossen gelte, da die Genehmigung einer Durchkreuzung des Bahndammes nicht vorhanden gewesen sei. Da es nun auch leichter sei, Anschluß an die Landesbahn zu erhalten, als an die Staatsbahn, so wäre es sehr erwünscht, hier eine Gelegenheit dazu zu schaffen, und müßte dem entsprechend auch der Ortsbauplan gestaltet werden. Wollte man, dem Antrage des Herrn Rathe folgend, längs der Strecke eine Straße erstehen lassen, so wäre in dem Augenblicke das ganze Project, dieses Terrain der Industrie zu erschließen, hinfällig geworden. Aus diesem Grunde sei dort eine Straße nicht am Plage, zumal auch ohne solche Straße eine gute Gelegenheit zur Entladung der Güter vorhanden sei. Da hiernach die Verkehrsinteressen vollkommen gewahrt seien und nach der Magistratsvorlage auch die sonstigen Etablissements zu ihrem Rechte kommen, so müsse auch er dem Vorschlage der Baucommission beitreten.

Herr Meyerhoff muß den Vorschlag des Magistrates als eine Schädigung der dortigen Anlieger, deren Grund und Boden auf Jahre hinaus als Fabrikbaugrund festgelegt werde, ansehen, und daher bitten, der Vorlage die Genehmigung nicht zu erteilen. Bei der projectirten Verlängerung der Taubenstraße habe man die Wogenform durchgeführt und dabei geplant, die Spargelstraße mit aufzunehmen; warum solle dieses Project jetzt nicht genehmigt werden? Auf der Strecke vom Bülden bis an die Grenze von Gliesmarode könnten noch Hunderte von Fabriken entstehen und seien dort so viele Anschlüsse möglich, daß man dieses Terrain nicht als Fabrikbaugrund zu stempeln brauche. Er bitte um Ablehnung der Magistratsvorlage und um Genehmigung des hier ausgehängten ersten Projectes der städtischen Bauverwaltung.

Herr Bürgermeister Metemeyer will Herrn Ebeling gegenüber bemerken, die Sache wegen der Taubenstraße liege rechtlich so, daß man unterscheiden müsse zwischen dem jetzigen Zustande, bezw. dem Zustande, der augenblicklich durch die Schaffung des erweiterten Nordbahnhofes entstehe und auf der anderen Seite zwischen der zukünftigen Gestaltung des Ortsbauplanes. In Bezug auf den augenblicklichen Zustand sei die Forderung gerechtfertigt, daß die Taubenstraße nicht geschlossen werden solle und sei auch von der Landesbahn ein Weg dort schon angelegt worden, wenn auch das Terrain noch nicht aufgelassen sei. Letzteres solle als Ersatz des bereits beseitigten Theiles der Taubenstraße noch geschehen. Gegen diesen Vorschlag der Commission habe er nichts einzuwenden. Ueber die zweckmäßigste Eintheilung des Ortsbauplanes lasse sich streiten, was schon daraus hervorgehe, daß die städtische Bauverwaltung fünf Varianten ausgearbeitet habe. Es handle sich hier um die Frage, ob es wünschenswerther sei, dieses durch die Ausdehnung

des Nordbahnhofes von der nordöstlichen Außenstadt abgeschlossene Terrain für Wohnzwecke oder für gewerbliche Etablissements zu reserviren. Seiner Ansicht nach könne es dort angenehme Wohnungen kaum geben, weil man auf der einen Seite den Rangirbahnhof mit seiner fortwährenden Unruhe und auf der anderen Seite die Gasanstalt und den Wirthschaftshof habe. Da nun ferner ein richtiger Verkehr nach der Innenstadt auch nicht vorhanden sei, so habe der Magistrat gemeint, diese Gelegenheit benutzen zu sollen, um die Schaffung von Baugrund für gewerbliche Etablissements, denen die Möglichkeit geboten sei, sich leicht ein Anschlußgleis zu verschaffen, zu fördern. Die Ansicht des Herrn Meyerhoff, daß durch die Schaffung eines von Straßen befreiten Quartiers die betreffenden Grundeigenthümer geschädigt würden, könne er nicht theilen, da er die Ueberzeugung habe, daß dieses viel eher eine Förderung derselben sei, indem die Industrie mindestens dieselben Preise bezahle, wie der Bauunternehmer.

Herr Rathe: Sein Antrag sei von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß bei Genehmigung der Magistratsvorlage es später unmöglich sein würde, dort eine neue Straße zu bekommen, weil die Landeseisenbahn stets Einspruch dagegen erheben werde. Bei Annahme des Antrages könnten dort auch Fabriken angelegt werden. Die Beurtheilung der persönlichen Bemerkung des Herrn Lange überlasse er der Versammlung; er halte es für seine Pflicht, nach bestem Ermessen die Interessen der Stadt zu vertreten und werde sich in diesem Bestreben durch Niemand beschränken lassen. Seiner Ansicht nach würde es kurzfristig sein, die Magistratsvorlage anzunehmen und werde er demnächst schon Recht bekommen.

Herr Blasius möchte sich dem Antrage Meyerhoff anschließen, da er es für das Beste halte, die gewerblichen Etablissements so weit wie möglich vom Centrum der Stadt hinauszulegen, zumal weiter hinten noch genug Terrain vorhanden sei. Hierdurch werde auch erreicht, daß die Taubenstraße nicht vollständig in ein Loch hineinführe.

Herr Obeling ist bekannt, daß Niemand ein Recht habe, die Ausführung von projectirten Straßen zu verlangen und möchte er bei Aufhebung dieser Straße nur den jetzigen Anschluß nach dem Bültenwege zu erhalten wissen, damit die Gegend durch die Aufhebung dieses Zugangsweges nicht zu leiden habe. Bei Aufhebung eines Wasserrechtes können die Betroffenen eventuell Einsprache erheben und bei Aufhebung eines Weges müßte einer Schädigung der Interessenten auch vorgebeugt werden. Nehme man die Magistratsvorlage mit dem Zusatzantrage der Baucommission an, so müßten die Leute abgefunden werden, oder der Zugangsweg bleibe ihnen erhalten.

Herr Frühling möchte zu dem Antrage Meyerhoff bemerken, daß derselbe nicht als Vermittlungsantrag aufzufassen sei, weil die liegen bleibende Strecke für gewerbliche Etablissements zu schmal sei. Bei Annahme dieses Antrages würde zum

Ausdruck gebracht werden, daß hier ein Wohnungsviertel beibehalten werden solle und man dort ein Industrieviertel nicht wünsche. Wolle man deshalb die Gegend der Industrie reserviren, so empfehle sich die Annahme des Antrages der Baucommission.

Herr Rieke findet, daß kein Bahnhof unglücklicher angelegt werden könne, als dieser und trage daran das Ministerium die Schuld, welches der Landeseisenbahn mehr entgegenzukommen scheine, als anderen Interessenten. Zur Anlegung des Bahnhofes sei noch Terrain genug vorhanden gewesen und würden spätere Geschlechter nicht begreifen können, wie man zu solcher Anlage gekommen sei. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen gebe es aber nur die Lösung, wie sie die Baucommission vorschlage. Den Herren Landtagsabgeordneten empfehle er, dahin zu wirken, daß ein Enteignungsgesetz ähnlich dem in Preußen geschaffen werde, damit die Grundeigenthümer erst gefragt werden müßten, ehe man ihnen den Grundbesitz abnehme.

— Herr Wolff hat den Vorsitz übernommen. —

Herr Bürgermeister Ketemeyer will Herrn Blasius Recht geben, daß es noch eine Menge Terrain dort gebe, jedoch sei dabei zu beachten, daß die Fabriken nicht bis an die Schunter zurückgedrängt werden könnten, zumal dort wegen des hohen Bahndammes die Legung eines Anschlußgleises mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sein würde. Herrn Rieke gegenüber habe er zu bemerken, daß die Landeseisenbahn nicht die Absicht gehabt habe, dieses unglückliche Project auszuführen, sondern daß sie einen Rangirbahnhof in der Nähe des Wasserwerkes habe anlegen wollen. Hiergegen habe aber der Magistrat Einsprache erhoben und könne es nur dankbar anerkannt werden, daß das Herzogliche Staatsministerium der Einsprache Folge gegeben habe. Das von Herrn Meyerhoff befürwortete Project könne er nicht schön finden, weil auf demselben die Straße spitz zulaufe und daher eine angemessene Bebauung derselben nicht mehr möglich sei.

Herr Meyerhoff möchte nochmals bitten, das Project mit der Verlängerung der Taubenstraße zu genehmigen. Früher sei einmal gesagt worden, die geraden Straßen seien nicht schön und hier wolle man eine Straße mit einem sehr schönen Bogen beseitigen. Wenn die Durchführung des Projectes keine Eile hätte, möchte er sogar beantragen, dasselbe noch einmal an die Baucommission zurückzuverweisen.

Herr Schöttler steht auf einem ganz anderen Standpunkte, als der Vorredner. Bei der Annahme der Magistratsvorlage schaffe man eine große Fläche und bei dem von Herrn Meyerhoff befürworteten Projecte viele kleine Flächen. Mit einer großen Fläche könne man machen, was man wolle, mit vielen kleinen aber nicht. Bei der Genehmigung des Antrages Meyerhoff schließe man die

Möglichkeit aus, daß sich noch große Grundstücke mit Gleisanlagen bilden können, während bei der Durchführung der Magistratsvorlage die Besitzer nicht gezwungen werden können, ihre Grundstücke an Industrielle zu verkaufen, sondern man ihnen überlasse, an Diejenigen zu verkaufen, welche am besten bezahlen. Im letzteren Falle könne man immer noch beschließen, was man wolle, aber bei Annahme des Antrages Meyerhoff lasse sich hinterher nichts mehr ändern.

Herr Rathe will noch darauf hinweisen, daß der größte Theil der Länderei, welche zu der projectirten gebogenen Straße erforderlich sein würde, sich bereits im Besitze der Landeseisenbahn befinde. Da indessen das von Herrn Meyerhoff befürwortete Project den Wünschen der Anlieger am meisten entsprechen solle, so ziehe er seinen Antrag zu Gunsten des Antrages Meyerhoff zurück.

Nachdem Herr Wolters noch bemerkt hatte, daß nur das vom Magistrate befürwortete Project sich zur Durchführung eigne, wenn man auf die Anlegung von Anschlußgleisen Rücksicht nehmen wolle,

wird zur Abstimmung geschritten und die Magistratsvorlage mit dem Antrage der Baucommission angenommen. Der Antrag Meyerhoff wird dadurch hinfällig.

XI. Aenderung der Regulative über die Abgabe von Gas und Wasser.

Dem Antrage des Magistrates vom 25. April 1900 entsprechend, hat die Versammlung in der Sitzung vom 3. Mai 1900 — Seite 36 ff. des Berichtes — genehmigt, daß behufs Verzinsung und Amortisation der der Stadt durch Erschließung von Quellwasser erwachsenden Kosten der Wassergins vom Zeitpunkte der Eröffnung des neuen Betriebes an entsprechend erhöht werde. Der Magistrat hält für angezeigt, diese Erhöhung mit dem 1. April 1902 in Kraft treten zu lassen und zwar derart, daß der Preis des durch Wassermesser abzugebenden Wassers von 10 auf 12 $\frac{1}{2}$ S pro cbm erhöht werde. Hierzu wird Folgendes bemerkt: Die Baukosten des neuen Wasserwerkes waren zu 1326 000 M veranschlagt worden, jedoch wird diese Summe voraussichtlich nicht in voller Höhe zur Bestreitung der Kosten erforderlich sein, da sich auf Grund einer Schätzung annehmen läßt, daß eine Ersparniß von etwa 120 000 M erzielt werden wird. Nicht veranschlagt waren f. Z. folgende, auch zur Zeit noch nicht endgiltig feststehende Beträge: für Grunderwerb 40 800 M, für Herrichtung eines Anschlußgleises 2c. 40 000 M, für Entschädigung der Pächter rund 1200 M, Zinsen während der Bauzeit rund 17 000 M und Honorar des Bauraths Thiem rund 37 000 M, zusammen 136 000 M. Endlich haben die Kosten für die verschiedenen Borarbeiten in Mascherode, Melverode, Rüningen, Broißem und am Domesee 158 421,56 M betragen, so daß sich die Gesamtaufwendungen auf 1620 421,56 M und nach Abzug der erhofften Ersparniß von 120 000 M auf rund 1500 000 M beziffern würden. Somit würden zur 3 $\frac{1}{2}$ procentigen Verzinsung und zur $\frac{1}{2}$ procentigen Amortisation des Anlage-

capitales 60 000 M erforderlich sein. Da die im nächsten Jahre durch Wassermesser abzugebende Wassermenge auf 2 700 000 cbm geschätzt ist, würde eine Erhöhung des Wasserpreises um 2 S pro cbm nicht ausreichen, weshalb eine Erhöhung um $2\frac{1}{2}$ S vorgeschlagen wird. Hierzu tritt noch der Umstand, daß das 37,02 a große städtische Grundstück am Giersberge im Werthe von 44 424 M dem Wasserwerke überwiesen ist und außerdem empfohlen wird, noch weiteres Terrain auf der Ostseite des Bienröder Weges anzukaufen. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse empfiehlt es sich, den Wasserpreis nicht um 2 S, sondern um $2\frac{1}{2}$ S zu erhöhen und zwar um so mehr, als gegenüber dem Wasserpreise wohl der meisten anderen Städte ein solcher von $12\frac{1}{2}$ S pro cbm immer noch sehr gering sein würde. Bruchpfennige sollen indeffen bei der Ausschreibung der Rechnungen über geliefertes Wasser abgesetzt werden. Den Preis auch für das zu vorübergehenden Zwecken abgegebene Wasser zu erhöhen, hält der Magistrat, abgesehen vielleicht von der aus der Cämmereicasse gezahlten Vergütung von 15 000 M für das zu öffentlichen Zwecken abgegebene Wasser, nicht für geboten, weil die hierfür festgesetzten Sätze hoch genug sind und außerdem von der Vorschrift unter 2c im §. 4 des Regulativs, wonach Wasser zu Bauzwecken zum Preise von 1 pro mille des aufzuwendenden Baucapitals bezogen werden kann, schon seit längerer Zeit mit Rücksicht auf die Höhe des Preises so wenig Gebrauch gemacht ist, daß diese Vorschrift gelegentlich der jetzt bevorstehenden Aenderung des §. 4 unbedenklich ganz beseitigt werden kann.

Die beiden Regulative über die Abgabe von Gas und Wasser weichen in einzelnen Beziehungen ohne inneren Grund von einander ab, es dürfte sich daher empfehlen, aus Anlaß der jetzt erforderlich werdenden Abänderung des Regulativs über die Abgabe von Wasser, noch die nachfolgenden Aenderungen und Ergänzungen vorzunehmen:

1. Während nach §. 6, Abs. 2 des Regulativs über die Abgabe von Gas die Gaslieferung von der Bestellung einer Caution abhängig gemacht werden kann, fehlt es für die Lieferung von Wasser an einer entsprechenden Vorschrift.

2. Der §. 13 des Regulativs über die Abgabe von Wasser schreibt nur vor, daß die Herstellung und Unterhaltung der Leitungsanlagen im Innern der Grundstücke lediglich Sache des Unternehmers sei, während der gleichlautenden Vorschrift im §. 11, Abs. 1 des Gasregulativs im Absatz 2 daselbst die Bemerkung hinzugefügt ist, daß auch die Direction der Licht- und Wasserwerke Privat-Gasleitungen ausführen lasse und über die Kosten derartiger Anlagen Auskunft ertheile. Die Streichung dieser letzteren Vorschrift wird empfohlen. Außerdem empfiehlt es sich, den Absatz 1 des §. 11 des Gasregulativs durch einen Hinweis auf die inzwischen über die Herrichtung von Gasleitungen getroffenen baupolizeilichen Vorschriften zu ergänzen (§. 59 der Bauordnung) und überdies in beide

Regulative die Vorschrift aufzunehmen, daß die Uebernahme der Ausführung und Aenderung von Privatleitungen von der vorgängigen Bestellung einer Caution abhängig gemacht werden kann.

3. Während in den §§. 5,1 und 15,3 des Wasserregulativs für die Berichtigung der Rechnungen des Wasserwerks eine achttägige Frist festgesetzt ist, hat das Gasregulativ die Frist für Bezahlung der Rechnungen über Privatleitungen im §. 11 auf vier Wochen normirt und müssen die Rechnungen über geliefertes Gas nach §. 6 spätestens bei der zweiten Erinnerung berichtigt werden. Eine Uebereinstimmung beider Regulative herbeizuführen erscheint dem Magistrate wünschenswerth und empfiehlt derselbe, das bisherige Verfahren der Einziehung der in laufender Rechnung geschuldeten Beträge für Wasser, Gas und Gasmesser durch Boten, welche den Abnehmern die quittirten Rechnungen vorlegen, und der übrigen Beträge für Privatarbeiten durch Zusendung von specificirten Rechnungen beizubehalten, dabei jedoch für die Berichtigung aller geschuldeten Beträge eine Zahlungsfrist von einer Woche mit der Maßgabe festzusetzen, daß bei Nichtinnehaltung derselben auf erfolgte Mahnung nach abermaligem Ablauf einer Woche die Absperrung der Leitungen solle geschehen können.

4. Nach §. 15,3 des Wasserregulativs darf die Wasserlieferung auch in dem Falle eingestellt werden, daß eine Rechnung über Privateinrichtungen an der Wasserleitung nicht bezahlt wird, während bezüglich der Rechnungen über ausgeführte Arbeiten an Privatgasleitungen eine gleiche Vorschrift nicht getroffen ist, und empfiehlt der Magistrat, diese Vorschrift nachträglich in das Gasregulativ aufzunehmen.

5. Ferner dürfte es sich empfehlen, die jetzt im §. 6 enthaltene Strafandrohung betreffend Schließung der Leitung wegen nicht pünktlicher Zahlung der geschuldeten Beträge in den Abschnitt „Schließung der Leitung“ (§. 12 ff.) zu übernehmen.

Endlich wird noch darauf hingewiesen, daß, nachdem die Vorschrift im §. 14 des Ortsbaustatuts in den Entwurf des neuen Ortsbaustatuts nicht übernommen ist, Zweifel darüber entstehen können, wie weit sich die Verpflichtung der Stadt zur Lieferung von Gas und Wasser erstreckt. Der Magistrat ist der Ansicht, daß es vom Ermessen der städtischen Behörden abhängen muß, ob auf einer Straße das Gas- und Wasserrohr verlegt werden soll und daß demgemäß die Lieferung nur da gefordert werden kann, wo die Rohre verlegt sind. Es empfiehlt sich, dieses im §. 1 beider Regulative zum Ausdruck zu bringen.

Hiernach ersucht der Magistrat, den nach diesen Gesichtspunkten vorzunehmenden Aenderungen und Ergänzungen der beiden Regulative mit der Maßnahme zuzustimmen, daß dieselben vom 1. April 1902 ab in Kraft treten, und den Magistrat

zu ermächtigen, beide Regulative nach Maßgabe der vorstehend bezeichneten Aenderungen und Ergänzungen neu zu redigiren.

Schließlich wird magistratsseitig noch bemerkt, daß das Regulativ über Abgabe von Gas keine Vorschrift darüber enthalte, von wem die im §. 6 erwähnten Quittungen vollzogen werden sollen, wohl aber schreibe der §. 5 des Wasserregulativs vor, daß die Quittungen von der Direction vollzogen werden sollen. Der Magistrat hält indessen in allen Fällen die Quittung des Cassirers für genügend, sofern nicht etwas Anderes vorgeschrieben werden sollte. In beiden Regulativen bedarf es nach der Ansicht des Magistrats einer Vorschrift darüber, wer die Quittungen auszustellen hat, überhaupt nicht, und wird anheim gegeben, zu genehmigen, daß im §. 6,1 des Regulativs über die Abgabe von Gas in der Fassung der obigen Vorlage die Worte „der Direction“ und im §. 5,1 des Wasserregulativs die Worte „eine von der Direction der Licht- und Wasserwerke unterzeichnete“ gestrichen werden.

Die Vorlage ist in der Finanzcommission vorberathen worden und berichtet Namens derselben Herr Fiedel: In der Commission sei hervorgehoben worden, daß es nicht angenehm sei, unseren Mitbewohnern das Wasser mehr als nothwendig zu vertheuern und es deshalb zweckmäßig erscheinen dürfte, den aus dem Aufschlage des Wassergeldes resultirenden Mehrbetrag zu einer beschleunigten Amortisation des Wasserwerkes zu verwenden. Man habe nun den Wunsch ausgesprochen, an die Genehmigung des erhöhten Wassergeldes diese Bedingung zu knüpfen, jedoch erscheine das der Finanzcommission nicht nöthig und zwar aus folgenden Gründen: Einmal sei es selbstverständlich, daß die Amortisation erhöht werden müsse, weil mit dem Stillliegen des alten Wasserwerkes die Anlagen desselben entwerthet werden, und außerdem liege es in der Hand der Versammlung, aus den Erträgen des Wasserwerkes so viel zurückzustellen, als wünschenswerth erscheine. Die Finanzcommission beantrage, den Preis für Wasser vom 1. April 1902 ab auf 12 $\frac{1}{2}$ S pro cbm zu erhöhen.

Den Punkt 3 der Magistratsvorlage habe die Commission besonders eingehend erörtert. Es sei angeführt worden, daß durch die neue Vorschrift eine ganz erhebliche Schädigung der Einwohnerschaft entstehen könne und es sei hart erschienen, eine ganz bestimmte Frist dafür anzusetzen, innerhalb welcher die Direction der Wasserwerke berechtigt sei, für ein ganzes Haus das Wasser abzusperren. Bisher hätten in solchem Falle wohl die Miether das Wasser bezahlt und sich hinterher durch Absetzen der Auslagen von der Miethe schadlos gehalten. Da indessen das bisherige Verfahren von der Direction des Wasserwerkes im vollen Umfange aufrecht erhalten werden solle und es sich nur darum handle, der Direction im Nothfalle die Möglichkeit des sofortigen Einschreitens zu geben, so empfehle die Finanzcommission, auch diese Bestimmungen anzunehmen.

Es wird nunmehr zur Durchberathung des Regulativs über die Abgabe von Wasser geschritten. Zu den §§. 1—3 findet sich nichts zu bemerken.

Zum §. 4, „Wassergeld“, bemerkt Herr Rathe, daß er trotz des früheren Beschlusses der Versammlung gegen eine Erhöhung des Wassergeldes Stellung nehmen wolle. Diese Erhöhung bedeute für die Grundeigenthümer eine weitere Belastung, welche dieselben nicht tragen könnten. Eine Menge Hausbesitzer aus allen Ständen veräußerten ihre Häuser, um den hohen Steuern zu entgehen. Durch das neue Steuergesetz sei nicht nur die Einkommensteuer, sondern auch die Grundsteuer höher geworden. Seiner Zeit hätte man gehofft, durch das neue Gesetz entlastet zu werden, statt dessen seien die Grundeigenthümer ganz colossal belastet worden und treffe dieses namentlich den Mittelstand sehr hart, der sehr häufig hohe Grundsteuern zahlen müsse, ohne eine entsprechende Rente aus dem Grundstücke zu erhalten. Man könne auch nicht einwenden, daß der Eigenthümer das erhöhte Wassergeld von seinen Miethern zurückfordern könne, da dieses nur in den wenigsten Fällen möglich sei. Wenn man das Wassergeld jetzt noch weiter erhöhe, so erhalte das Wort: „Die Dummen haben die Häuser und die Klugen ziehen hinein“, eine noch größere Berechtigung, als bisher. Dabei sei auch noch zu berücksichtigen, daß Jahrzehnte lang die Ueberschüsse aus dem Gas- und Wasserwerke zum Besten der Allgemeinheit verwandt seien und daß, wenn diese Ueberschüsse für die ganzen Jahre zusammengelegt wären, jetzt für das Wasserwerk nicht eine so große Summe aufzubringen sein würde. Man habe das schlechte Wasser Jahrzehnte lang gut bezahlt und könne jetzt auch einmal gutes Wasser für denselben Preis beziehen. So gut, wie man die Ueberschüsse des Wasserwerkes viele Jahre hindurch zum Besten der Allgemeinheit verwendet habe, solle man jetzt auch einmal die Mehrbelastung auf die Allgemeinheit abschieben.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß er auf solchen Antrag nicht gefaßt gewesen wäre. Wenn Herr Rathe die früheren Verhandlungen noch einmal nachgelesen hätte, würde derselbe diesen Antrag voraussichtlich nicht gestellt haben, weil damals nicht etwa nur im Principe beschlossen sei, das Wassergeld zu erhöhen, sondern auch eine bündige Verständigung zwischen Magistrat und Stadtverordneten vorliege, dahingehend, daß der Wasserzins so weit erhöht werden solle, um das Anlagecapital des neuen Werkes verzinzen und amortisiren zu können. Hiernach würde aber die Versammlung nicht in der Lage sein, die Erhöhung heute abzulehnen. Jedenfalls würde sich der Magistrat, wenn er einen derartigen Beschluß vorausgesehen hätte, auf die Erbauung des neuen Werkes nicht eingelassen haben. Daß das Wasser bisher zuweilen schlecht gewesen sei, erkenne er an, daß es aber gut bezahlt sei, bestreite er, denn nach der vorliegenden Statistik habe man hier im Vergleich zu allen anderen Großstädten, welche bis zu 30 S Wassergeld erhoben haben, das Wasser so billig bezahlt, daß von einem guten Bezahlen keine Rede sein

könne. Keine Stadt habe ein so geringes Wassergeld genommen, wie Braunschweig, wenn ihr das Wasser nicht vom Berge herunter zugelaufen sei. Wolle man den Wassergins nicht erhöhen, so müsse man das Anlagecapital auf andere Weise verzinsen und amortisiren. Jedenfalls würde es ein bitteres Unrecht sein, wenn man zu dieser Mehrausgabe auch diejenigen Grundbesitzer z. B. im Krähenfelde heranziehen wollte, denen die Möglichkeit, das Wasser der städtischen Leitung zu benutzen, nicht gewährt werden könne. Wenn Herr Rathe meine, man hätte die Ueberschüsse aus dem Gas- und Wasserwerke nicht zur Erbauung von Schulen verwenden sollen, so sei das ein Trugschluß und komme auf dasselbe hinaus. Die Kosten der Erbauung von Schulen könnten nicht aus Anleihen gedeckt werden, weil jährlich etwa 100 000 M. dafür aufzuwenden seien und demnach fortwährend Anleihen aufgenommen werden müßten; wollte man also die Ueberschüsse aus den Betriebsanstalten hierzu nicht verwenden, so würden die Steuern weiter erhöht werden müssen. Auch hier handle es sich um einen feststehenden Beschluß der städtischen Behörden, an dem nicht einseitig gerüttelt werden dürfe.

Herr Meyerhoff muß mit Herrn Rathe in der Erhöhung des Wassergeldes eine neue Belastung der Grundbesitzer erblicken, weshalb es ihm lieber sein würde, wenn der neue Satz auf 12 S beschränkt bliebe. Obwohl man nicht in der Lage sei, das Material in einer kurzen Sitzung zu prüfen, so glaube er doch annehmen zu sollen, daß mit der Inbetriebnahme des neuen Wasserwerkes der Wasserverbrauch und damit auch der zu erzielende Ueberschuß ein größerer werden würde. Da nun früher einmal anerkannt sei, daß es ohne Erhöhung des Wassergeldes nicht abgehe, so müßte der erhöhte Satz auch bezahlt werden, wenn dafür nur das Wasser besser werden würde, jedoch glaube er, daß man mit einem Satze von 12 S auskommen dürfte. Es sei richtiger, diesen Satz gleich jetzt zu nehmen, da ein späteres Heruntersetzen desselben doch mit Schwierigkeiten verbunden sein würde.

Herr Südel möchte noch betonen, daß die Stadt aus dem Wassergelde eine höhere Einnahme erzielen müßte, als zur Verzinsung und Amortisation des Anlagecapitalis erforderlich sei, weil sich die maschinellen Einrichtungen schneller abnutzen werden und außerdem ein großes Capital nicht nur in den alten Anlagen, sondern auch in dem neuen Wasserwerke festgelegt werde. Herrn Rathe möchte er fragen, ob auch die große Masse Wasser, welche zu industriellen und gewerblichen Zwecken verwendet werde, unter dem Selbstkostenpreise der Stadt geliefert werden solle. Das könne unmöglich in dem Wunsche der Versammlung liegen, während andererseits eine kaum durchführbare Erschwerung damit verbunden sein würde, hier wieder einen Unterschied zu machen.

Herr Wolters stimmt der Erhöhung des Wassergeldes auf 12½ S zu, und möchte gleichzeitig eine Anregung in der Richtung geben, ob sich vielleicht die Rentabilität des neuen Werkes dadurch steigern lasse, daß die großen und größten

Wasserverbraucher der Stadt zur Abnahme von Leitungswasser gewonnen werden können. Es würde vielleicht Mancher, der in die Nothwendigkeit versetzt gewesen wäre, sich einen Brunnen anlegen zu lassen, die Gelegenheit, gutes Wasser zu bekommen, mit Freuden ergreifen, wenn die Wasserpreise staffelweise festgesetzt werden könnten, wie das bei den elektrischen Anlagen geschehe.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte bemerken, daß Herr Meyerhoff sich an den Bruchpfennig zu stoßen scheine, obwohl dieser gar nicht in die Erscheinung trete. Die Anregung des Herrn Wolters sei beachtenswerth, jedoch sei augenblicklich nicht der geeignete Zeitpunkt, den Consum des Wassers künstlich zu fördern, denn wenn auch alle Brunnen ungemein reich fließen, so müsse man doch abwarten, ob die gegenwärtige Wasserfassung ausreichen werde, weshalb man lieber später auf die Anregung zurückkommen könne.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Magistrates, den Wasserpreis auf 12 $\frac{1}{2}$ S festzusetzen, angenommen.

Zum §. 5 beantragt Herr Müller, dem ersten Absätze hinzuzufügen: „Der Beamte hinterläßt in diesem Falle einen Zettel mit dem Vermerke des Betrages und der Zahlungsfrist.“

Die Versammlung ist hiermit einverstanden und beschließt gleichzeitig, einem Wunsche des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer gemäß, den genauen Wortlaut des Zusatzes dem Magistrat zu überlassen.

Zu den §§. 6—14 findet sich nichts zu erinnern.

Zum §. 15 beantragt Herr Müller, hinter den Worten: „... nach Vorlegung der Rechnung“ einzuschalten: „oder der Zahlungsaufgabe“.

Herr Fiedel will hierzu bemerken, daß die Rechnungen über Privatleitungen unquittirt eingereicht werden, so daß eine Prüfung derselben zulässig sei. Wenn eine solche Rechnung nicht rechtzeitig bezahlt werde, mahne die Direction des Wasserwerkes an.

Herr Bürgermeister Ketemeyer glaubt, daß in dieser Hinsicht bisher nicht gleichmäßig verfahren sei. Verschiedene Leute hätten unquittirte Rechnungen zugesandt bekommen und hätte die Direction dann gewartet, bis die Leute gekommen wären. In anderen Fällen solle die Direction quittirte Rechnungen zugesandt haben, wahrscheinlich, weil eine Forderung gefährdet erschienen, oder eine Beantwortung nicht zu erwarten gewesen sei. Das könnte der Direction wohl auch in Zukunft überlassen bleiben. Die vom Magistrate beantragte Aenderung des §. 15 solle bezwecken, das rigorose Recht der Direction bezüglich Abperrung der Leitung an gewisse Formen zu binden. Das Verfahren sei etwa folgendes: Zunächst bringe der Bote die quittirte Rechnung, bekomme derselbe kein Geld, so lasse er einen Zettel zurück und sei der Hausbesitzer dann verpflichtet, binnen 8 Tagen das Geld

nach der Direction zu bringen, geschehe das nicht, so habe ihm die Direction eine förmliche Mahnung zuzufertigen und wenn auch diese wiederum 8 Tage unberücksichtigt bleibe, so dürfe erst dann die Leitung abgesperrt werden. In Wirklichkeit würden also nach der ersten Zahlungsaufforderung wohl 3 Wochen verstreichen, ehe an eine Absperrung der Leitung gedacht werden könne.

Der Herr Vorsitzende bringt in Vorschlag, statt „oder der Zahlungsaufgabe“ zu sagen „oder nach Hinterlassung des im §. 5 bezeichneten Zettels“.

Herr Ohlmer möchte darauf aufmerksam machen, daß der Vote bisher noch einmal gekommen sei und der Zettel doch nur bewirken solle, daß das Geld herausgelegt werden könne. (Widerpruch.)

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß es für genügend halten, wenn die Direction den Abnehmern von Wasser die quittirten Rechnungen ins Haus schicke. Sollte ein Abnehmer nicht angetroffen werden, oder kein Geld haben, so könne sich derselbe auch der Mühe unterziehen, das Geld der Direction hinzubringen.

Herr Müller ist auch der Meinung, daß dem Voten ein Weg erspart werden solle. Der Zettel werde Jemand im Hause übergeben, oder in den Briefkasten gesteckt.

Nachdem auch Herr Fiedel sich dafür erklärt hatte, die bisherige Gepflogenheit beizubehalten, wird der beantragten Ergänzung des §. 15 zugestimmt.

Zu den §§. 16—18 werden Bemerkungen nicht gemacht.

Darauf schreitet die Versammlung zur Verathung des Regulativs über die Abgabe von Gas.

Zu den §§. 1—5 findet sich nichts zu erinnern.

Zum §. 6 beantragt Herr Müller, am Schlusse des ersten Absatzes die Worte hinzuzufügen: „Der Beamte hinterläßt in diesem Falle einen Zettel mit dem Vermerke des Betrages und der Zahlungsfrist.“

Herr Bues will darauf hinweisen, daß es bei dem Gas doch anders liege, als bei dem Wasser. Man habe Gasabnehmer, welche monatlich für 600—1000 M. Gas verbrauchen und habe nicht Jeder solchen Betrag im Hause liegen, wenn der Vote mit der quittirten Rechnung komme. Wenn nun auch bei der Revision der Gasuhr mitgetheilt werde, wie viel Gas verbraucht sei, so könnte man den großen Consumenten, welche denselben Einheitspreis bezahlen, wie die kleinen Abnehmer, doch in soweit entgegenkommen, als man ihnen vorher anzeigte, welchen Betrag sie zu zahlen haben.

Herr Fiedel erwidert, daß dem Wunsche durch den Antrag Müller schon Rechnung getragen sei. Wenn die Gascontroleure gezwungen werden sollten, jedem Gasconsumenten zu sagen, wie viel Gas er verbraucht habe, so würde das die Be-

amten zu sehr belasten. Er bitte deshalb, sich auf die von Herrn Müller beantragte Ergänzung des Statuts zu beschränken.

Herr Meyerhoff möchte auf den Proceß hinweisen, welchen ein Gasconsument vor dem Amtsgerichte Hemelingen unter Berufung auf das Bürgerliche Gesetzbuch dahin ausgefochten habe, daß die Gemeindeverwaltung verpflichtet sei, die Meßmittel zur Feststellung der verbrauchten Gasmenngen zu liefern, damit der Consument auch seinen Verbrauch prüfen könne, daß mithin eine Miethe für Gas- und Wassermesser nicht erhoben werden dürfe. Es liege ihm daran, zu erfahren, wie diese Sache sich hier verhalte. Auf eine bezügliche Anfrage sei ihm gesagt worden, hier sei von dem Consumenten ein Vertrag eingegangen, in Folge dessen er sich auf das Bürgerliche Gesetzbuch nicht berufen könne. Das möge wohl bei neuen Gasanlagen zutreffen, nicht aber bei solchen, wo ein Grundstück seinen Besitzer gewechselt habe, also mit dem gegenwärtigen Besitzer ein Vertrag nicht abgeschlossen sei. Er bitte um Auskunft, wie sich die Stadt in solchem Falle zu verhalten gedenke, um einem Proceße aus dem Wege zu gehen.

Herr Bürgermeister Netemeyer erwidert, daß einige Vorschriften in das Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen seien, mit denen ein wahrer Sport getrieben werde. Durch die hier in Frage kommende Bestimmung sei durchaus nichts Neues geschaffen worden. Wenn ein Schlachter früher verlangt hätte, man solle ihm für das Abwiegen des Fleisches noch eine Extravergütung zahlen, so würde man denselben ausgelacht haben; genau so sei es aber noch heute und lasse sich die entsprechende Vorschrift durch Vertrag ändern. Anders liege die Frage, ob auch mit jedem Consumenten ein Vertrag abgeschlossen sei und da habe der Magistrat sich schon insofern schlüssig gemacht, als er die Direction der Licht- und Wasserwerke nach Fertigstellung der Regulative anweisen wolle, zu prüfen, ob in jedem Falle eine vertragsmäßige Verpflichtung vorliege. Ob Proceße kommen werden, lasse sich nicht sagen, jedenfalls könne man sie abwarten. In allen Fällen, wo ein Grundstück durch Erbgang in andere Hände komme, würden die Erben haften müssen, während man zweifelhaft sein könne, wie die Verhältnisse rechtlich liegen, wenn ein Grundstück durch Kauf einen anderen Besitzer erhalten habe. Auch wenn in solchem Falle ein Vertrag nicht als vorliegend angenommen werden sollte, so könne man doch durch concludente Handlungen bethätigen, daß ein solcher vorliege. Seiner Ansicht nach würde ein Consument, welcher sich auf das Nichtvorhandensein eines Vertrages aus diesem Grunde berufen sollte, mit seiner Klage abgewiesen werden. Die Direction werde also Anweisung erhalten, zu prüfen, ob in allen Fällen förmliche Verpflichtungen der Consumenten vorliegen. Schlimmsten Falls müßte sich ein Grundbesitzer an den Vorbesitzer halten. Da nun das Regulativ besage, wer die Bedingungen nicht erfülle, habe zu gewärtigen, daß ihm die Leitung abgebrochen werde, so würde er kein Bedenken tragen, in solchem Falle einem Consumenten

zu sagen, daß demselben Gas nicht mehr geliefert werden könne, falls er sich darauf berufe, daß er wegen fehlenden Contractes die Miethe für den Gasmesser nicht zahlen wolle.

Der Antrag Müller wird hierauf angenommen.

Zu den §§. 7—12 nimmt Niemand das Wort.

Zu §. 13 beantragt Herr Müller, hinter den Worten „Vorlegung der Rechnung“ einzuschalten: „oder der Zahlungsaufgabe“, welchen Antrag die Versammlung genehmigt.

Zu den §§. 14—16 findet sich nichts zu erinnern.

Beide Regulative werden darauf mit den vorerwähnten Aenderungen und Ergänzungen angenommen, auch wird beschloffen, dem Magistrate die Redaction der Regulative zu überlassen.

XII. Austausch von Flächen an der Wallstraße.

Von dem an der Bruchthorpromenade und der Wallstraße belegenen Gesamtgrundstücke, dessen Neubebauung durch die Reichsbank bevorsteht, müssen zwei 2,5 qm große Theilflächen zur Wallstraße abgetreten werden, während eine 1 qm große Fläche dem Grundstücke zuzulegen ist. Dem Antrage des Magistrates, ihn zum Erwerbe bezw. Verkauf dieser Flächen unter Zugrundelegung eines Einheitspreises von 40 M zu ermächtigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Rieke berichtet, zu.

XIII. Mobilien- und Beleuchtungseinrichtung für die Gewerbeschule.

Da eine endgiltige Beschlußfassung über die Mobilien- und Beleuchtungseinrichtung des neuen Gewerbeschulgebäudes noch aussteht, so hat die städtische Bauverwaltung nunmehr einen Kostenanschlag vorgelegt, welcher gewissermaßen den Niederschlag der theils von den Herren Leizen, Osterloh und Fuhse Ende Juni v. Js. unternommenen Studienreise, theils der durch die in der vormaligen Husarencaferne ausgeführte Probebeleuchtung gesammelten Erfahrungen enthält. Dieser Kostenanschlag übersteigt aber in seinem Ergebnisse mit 52500 M für das Mobilien und 18100 M für die Beleuchtungseinrichtung bei Weitem die von dem Magistrate erwarteten Kosten. Letzterer hat es daher für seine Pflicht gehalten, eine Reihe der von dem Schulvorstande der Fortbildungs- und Gewerbeschule für den Schulbetrieb zwar als wünschenswerth, nicht aber als nothwendig anzusehenden Gegenstände in dem Anschlage zu streichen und damit die Anforderungen für das Mobilien auf 45028,50 M zu ermäßigen.

Die mit 3376,50 M in den Kostenanschlag aufgenommene Ausstattung der dem Kunstgewerbevereine einstweilen zur Verfügung gestellten Räume gehört aller-

dings nicht eigentlich zur Schuleinrichtung, der Magistrat glaubt jedoch die Bewilligung dieser Ausgabe empfehlen zu sollen, weil der Verein durch die im Jahre 1886 erfolgte Schenkung seines 64000 M übersteigenden Vermögens an die Stadt die Schule gleichsam aus den Windeln gehoben und sein Interesse für dieselbe noch in jüngster Zeit durch Schaffung der Stipendienstiftung bethätigt hat.

Die Anforderungen für die Beleuchtungseinrichtung zu beschränken hat der Magistrat nicht für zweckmäßig gehalten, weil es ihm nothwendig erscheint, an der elektrischen Beleuchtung festzuhalten und in ihr der Schule das Beste zu gewähren was bei dem gegenwärtigen Stande der Technik geleistet werden kann.

Sinsichtlich der Abstriche in dem Kostenanschlage bemerkt der Magistrat, daß z. B. die Anschaffung von 15 Schränken nicht auf einmal zu erfolgen brauche, sondern vorläufig 5 Schränke für die Schule genügen. Ebenso sind 14 Fächer-schränke gestrichen worden, welche dazu dienen sollten, den Schülern einen Aufbewahrungsort für die Unterrichtsutensilien zu gewähren. Außerdem wurden 1600 M für die Anschaffung von 800 Zeichenbrettern abgesetzt, da die Schüler sich die Zeichenbretter selbst zu halten haben und auch die Größe derselben von der Schule vorgeschrieben werden könne.

Hiernach wird die Versammlung ersucht, die von dem Magistrate empfohlene Mobiliar- und Beleuchtungseinrichtung zu genehmigen und dafür eine Gesamtsumme von 63 128,⁵⁰ M zu bewilligen.

Die Vorlage ist von der Schulcommission vorberathen worden und berichtet namens derselben Herr Lange: Was zunächst die Mobiliareinrichtung betreffe, so finde auch die Schulcommission den Anschlag außerordentlich hoch, sie empfehle jedoch, die vom Magistrate geforderte Summe von 45 028,⁵⁰ M zu bewilligen. Bezüglich der Beleuchtungseinrichtung sei die Commission der Meinung, daß diese Frage heute noch nicht spruchreif sei. Die für die Anlage geforderte Summe bilde nur einen Theil und nicht einmal den Hauptfactor der der Stadt erwachsenden Lasten, denn Letzterer liege in den Beleuchtungskosten, welche die Stadt demnächst dauernd belasten werden. Da nun die Commission erst wissen möchte, wie hoch sich diese Kosten demnächst belaufen werden, so beantrage sie im Einverständniß mit dem Vertreter des Magistrates, heute von der Berathung dieses Punktes abzusehen und denselben von der Tagesordnung abzusehen.

Herr Stadtrath Meyer will bestätigen, daß er sich in der Sitzung der Schulcommission dafür erklärt habe, den zweiten Theil der Magistratsvorlage heute von der Tagesordnung abzusehen. Nachträglich habe er dann aber zwei Umstände erfahren, welche es ihm zur Pflicht machen, eine gegentheilige Meinung zu äußern. Den Wunsch, eine Berechnung der Beleuchtungskosten in der von der Commission befürworteten detaillirten Form zu haben, erkenne er als vollberechtigt an, da man

erst dann dazu Stellung nehmen könne, ob vielleicht nur die Lehrsäle mit elektrischem Lichte und die Corridore mit Gasglühlicht, oder gar nur ein Theil der Lehrsäle mit elektrischem Lichte, alles Uebrige aber mit Gasglühlicht versehen werden solle. Ein dritter Vorschlag gehe dahin, die elektrische Beleuchtung in der Schule auf ein Minimum zu reduciren, allein die Erfahrungen mit dem elektrischen Lichte seien so ausgezeichnete, daß man sich nicht werde entschließen können, dasselbe aus der Schule zu streichen, namentlich nachdem die Schule in Nürnberg sich entschlossen habe, die Gasbeleuchtung zu entfernen und dafür elektrische Beleuchtung einzustellen. Gegenüber dem Bedenken, daß die Frage wegen der elektrischen Beleuchtung noch zu sehr im Flusse sei, wolle er bemerken, daß dieses Bedenken auch nach der Fertigstellung der Beleuchtung noch vorhanden sein werde. Inzwischen solle eine elektrische Bogenlampe erfunden sein, die sich in Berlin im Betriebe befinde, und durch welche die Kosten der elektrischen Beleuchtung auf die Kosten der Gasglühlichtbeleuchtung heruntergedrückt werden. Wenn das der Fall sein sollte, würde es geboten sein, die elektrische Beleuchtung auf jeden Fall zu nehmen. Auch die Probebeleuchtung im alten Mannschaftsgebäude am Monumentsplatz gefalle ganz ausgezeichnet. Wenn die Beschlußfassung heute ausgeführt werden sollte, so werde die weitere Ausstattung des Gebäudes in Stillstand kommen, da nicht einmal der Fußboden vorher mit Linoleum belegt werden könne; er verstelle es deshalb in das Ermessen der Versammlung, ob sie nicht doch schon heute einen entsprechenden Beschluß fassen wolle.

Herr Lange muß eine Verschiebung der Beschlußfassung um so mehr empfehlen, weil verschiedene Sachen in der Luft schweben, welche eine Verbilligung der elektrischen Beleuchtung und deren Anlagekosten im Gefolge haben werden. Nachdem die zu einer Studienreise entsandten drei Herren 6—8 Monate haben vergehen lassen, ehe die Sache zur Berathung in der Versammlung reif geworden sei, könne es auf einige Wochen mehr der Verzögerung nicht ankommen und sei es der Versammlung jedenfalls nicht zuzumuthen, mit verbundenen Augen die Ausgabe zu bewilligen, ohne zu wissen, welche dauernden Ausgaben aus der Anlage erwachsen werden. Eine in den Acten befindliche Zuschrift des Elektrotechnikers Berg weise auch darauf hin, daß die Entwicklung der Electricität sich gerade jetzt in einer Periode großen Fortschritts befinde, welche eine wesentliche Verbilligung im Gefolge haben werde. Deshalb bitte er, mit der Beschlußfassung noch zu warten.

Herr Schöttler würde gegen den Vorschlag der Schulcommission nichts einzuwenden haben, wenn es nicht dringend nöthig wäre, die Gewerbeschule möglichst bis Ostern fertigzustellen. Auf den von Herrn Lange prophezeiten Fortschritt in der elektrischen Beleuchtung könne man unmöglich rechnen, sondern man müßte der Anlage die heutigen Preise zu Grunde legen. Wenn deshalb die Beschluß-

fassung heute verschoben werden sollte, so müßte sie doch in der nächsten Sitzung spätestens erledigt werden.

Der Herr Vorsitzende ist der Ansicht, daß man der Gewerbeschule schuldig sei, ihr die allerbeste Beleuchtung zu geben. Da nun die Erfahrungen mit der Reflexbeleuchtung so vorzügliche seien, so dürfte man auch keine Kosten zu ihrer Einführung scheuen.

Herr Lange tritt nochmals für eine Verschiebung der Beschlußfassung bis zur Prüfung der Kosten ein, da dieses wegen Kürze der Zeit noch nicht habe geschehen können.

Herr Meyerhoff möchte empfehlen, schon heute im Princip die Einführung elektrischen Lichtes in die Lehrsäle zu beschließen, da dann die Drahtanlagen schon jetzt gemacht werden könnten.

Herr Stadtrath Meyer will berichtigend bemerken, daß die von Herrn Lange erwähnte Zuschrift des Herrn Berg schon sechs Monate alt sei. Jedenfalls könnte sich die Versammlung schon heute dahin aussprechen, ob sie elektrisches Licht wünsche oder nicht. Die Schule müßte ein Licht haben, so gut es zu haben sei. Nach der Meinung der Sachverständigen sei das zerstreute Licht das wünschenswertheste und dieses könnte man am besten durch das elektrische Licht erzielen. Wenn es auch von hohem Interesse sei, zu wissen, was die Einrichtung kosten werde, so müsse der Kostenpunkt andererseits doch gleichgültig sein gegenüber der Forderung nach der besten Beleuchtung. Der Bau sei jetzt so weit fortgeführt, daß die Absicht bestanden habe, ihn zum 1. April zu beziehen und da meine er, daß man die Fertigstellung desselben durch Verschiebung der Beschlußfassung nicht noch verzögern dürfe. Der Bauverwaltung lasse sich schwer ein persönlicher Vorwurf aus der Verzögerung des Berichtes machen, weil dieselbe stark überlastet sei. Setze man heute diese Sache von der Tagesordnung ab, so werde die Inbetriebnahme der Schule unbedingt verzögert werden.

Herr Südel ersucht, die Art der Beleuchtung schon heute zu beschließen und alles Nähere hinauszuschieben. In 14 Tagen solle eine Probebeleuchtung verschiedener neuer Erfindungen stattfinden, welche man abwarten könne. Eine Verlegung der Drähte empfehle sich aber vor der definitiven Beschlußfassung nicht.

Herr Stadtrath Meyer ist der Ansicht, daß es der städtischen Bauverwaltung vielleicht genüge, wenn sie jetzt erfahre, daß elektrische Beleuchtung genommen werden solle, da sie dann wisse, daß Gasröhren nicht verlegt zu werden brauchten. Er bitte deshalb zu beschließen, ob elektrische Beleuchtung nur für die Lehrsäle oder auch für die Corridore genommen werden solle.

Herr Alßmann beantragt, im Princip zu beschließen, daß für die Lehrsäle die elektrische Beleuchtung eingeführt werde.

Herr Brückmann will dem gegenüber empfehlen, auch die Corridore mit elektrischem Lichte zu versehen, denn wenn einmal die elektrische Beleuchtung eingeführt werde, könne es auf die paar Glühlampen nicht ankommen.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die vom Magistrate für die Mobiliareinrichtung geforderten Mittel bewilligt und außerdem beschließt die Versammlung im Principe, für das ganze Gebäude der Gewerbeschule die elektrische Beleuchtung einzuführen, ohne aber schon heute eine bestimmte Summe zu verwilligen.

XIV. Erwerb von Flächen zur Spohrstraße.

In der Angelegenheit, betr. den Ausbau der Spohrstraße, war auf den Antrag des Magistrates vom 21. Juni 1899 beschlossen worden, daß auf den Erwerb der von den Grundstücken M. ass. 4292 und 3181 zur Straße abzutretenden Flächen einstweilen verzichtet werde. Da ein Theil dieser Flächen indessen durch Zurücksetzen der Einfriedigungen bereits dem Straßenterrain zugelegt ist, so wird anheimgegeben, beide Flächen, soweit dieselben unbebaut sind, zu erwerben. Die beiden Anlieger sind bereit, die Flächen gegen Zahlung einer Entschädigung von 20 M pro qm und unter den sonstigen näheren Bedingungen abzutreten. Dem Antrage des Magistrats, ihn zum Erwerb der beiden 7,5 qm großen Flächen zu ermächtigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, zu.

XV. Vertrag wegen Ausbaues einer Straße am Altemwiefringe.

Der Bauunternehmer W. Wesche hat gebeten, auf seine Kosten die im Ortsbauplan vorgesehene Verbindungsstraße zwischen Altemwiekring und Rosenstraße, nördlich der Marienstraße, als Ortsstraße auszubauen. Da diesem Straßenbau Bedenken nicht entgegenstehen, hat der Magistrat mit Herrn Wesche einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen. In diesem Vertrage ist u. A. vereinbart worden, daß gegen Zahlung eines Capitals von 8000 M die Stadt ihrerseits sofort die Kosten für Unterhaltung, Reinigung und Beleuchtung der Straße, sowie für Abfuhr des Hauskehrichts übernimmt. Dem Antrage auf Genehmigung des Vertrages

stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Frühling solchen Beschluß namens der Baucommission befürwortet hatte.

XVI. Zur Geschäftsordnung.

Herr Lord möchte den Wunsch ausdrücken, daß der Herr Vorsitzende die Tagesordnungen etwas kürzer gestalten möge. Da sich das oratorische Bedürfnis

der Versammlung nicht einschränken lasse, so gerathe man bei dem bisherigen Umfange der Tagesordnungen in Gefahr, in das Gebiet der Morgenröthe zu gerathen. Es empfehle sich deshalb, kürzere Tagesordnungen aufzustellen und öftere Versammlungen anzuberaumen.

Der stellvertretende Herr Vorsitzende erwidert, daß er mit dem Herrn Vorsitzenden derselben Meinung sei, daß sie aber Beide meinten, die Sitzungen würden, auch wenn nur sechs Punkte auf der Tagesordnung ständen, ebenso lange dauern, wie die bisherigen Sitzungen.

Hierauf wird die Versammlung geschlossen.

Dauer von 4 bis nach 8 Uhr.

1901|1902.

№ 14.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 20. März 1902.

Tagesordnung:

I.	Verkauf von Grundstücken an der Bodestraße	Seite 370
II.	Verkauf einer Fläche an der Bodestraße	" 370
III.	Ausbau des nördlichen Fußweges der Helmstedterstraße	" 371
IV.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 371
V.	Erwerb von Flächen zur Salzdhumerstraße	" 371
VI.	Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Juliusstraße und Cyriadsring 2c.	" 373
VII.	Ausbau der verlängerten Voigts-Rheßstraße	" 374
VIII.	Mittel für vorzunehmende Wohnungsuntersuchungen	" 374
IX.	Erwerb von Flächen in der Nähe der Bodestraße	" 379
X.	Gefuch um Rabattgewährung bei Gasentnahme	" 379
XI.	Erneuerung von Schornsteinen in einer Bürgererschule.	" 385
XII.	Befestigung des Promenaden-Fußweges am Magnithore	" 386
XIII.	Zulegung von Flächen der Gemeinde Ribbadschhausen zum Stadtgebiete.	" 387
XIV.	Verschiebung einer in der Nähe des Neustadtringes projectirten Straße	" 390
XV.	Anderweite Regelung wegen des an der Osterstraße verkauften Terrains	" 390
XVI.	Anschaffung einer Schreibmaschine	" 391
XVII.	Benutzung eines Vermächtnisses	" 392
XVIII.	Herstellung verschiedener Anlagen für das Wirthschaftsgebäude im Bürgerparke	" 392
XIX.	Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage für die Gewerbeschule	" 393

XX.	Antrag Löhligk und Genossen: Verbreiterung der Okerbrücken	Seite 394
XXI.	Aufhebung eines Theiles der H. Hagestraße	„ 394
XXII.	Anlegung einer Privatstraße an der Leonhardstraße	„ 395
XXIII.	Antrag Brückmann: Einführung hauswirthschaftlichen Unterrichts an den unteren Bürgerschulen	„ 395
XXIV.	Antrag Aßmann: Benützung des städt. Arbeitsamtes.	„ 396

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Heymann, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg, sowie Regierungs-Assessor Pingel.

Entschuldigt die Herren Buchler, Koch, Lupprian, Seele und Semler.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst bekannt, daß in Folge Erkrankung des Protocollführers, Magistratssecretärs Bock, dessen Vertreter, Betriebssecretär Ruthe, die Protocollführung für die heutige Sitzung übernehme.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Verkauf von Grundstücken an der Bodestraße.

Zum Zwecke des Ausbaues der Bodestraße ist im Jahre 1895 das an der Ecke dieser und der Carlstraße gelegene, ca. 10,59 a große, ehemals Spohr'sche Grundstück, von dem eine Fläche von 2,66 a zur Verbreiterung der Bodestraße erforderlich ist, für 21170 M angekauft; gleichzeitig wurde auch das benachbarte, ehemals Pape'sche Grundstück für 9000 M erworben. Da inzwischen der Ausbau der Bodestraße nahezu beendet ist, empfiehlt es sich nach der Ansicht des Magistrates, beide Grundstücke, soweit entbehrlich, wieder zu veräußern. Bei der dieserhalb abgehaltenen Versteigerung der 11,50 a großen Restflächen hat der Bauunternehmer A. Meiners das höchste Gebot mit 28000 M abgegeben. Der Magistrat hält diesen Preis für annehmbar und ersucht, ihn zur Ertheilung des Zuschlages zu ermächtigen,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, geschieht.

II. Verkauf einer Fläche an der Bodestraße.

Die Stadtgemeinde ist Eigenthümerin einer an der Bodestraße, unweit der Ecke der Carlstraße gelegenen 65 qm großen Grundfläche, welche z. B. an die Wittwe des Rentners Quidde verpachtet ist. Letztere beabsichtigt, diese Fläche zum Einheitspreise von 15 M unter folgenden Bedingungen anzukaufen: Die Ausräumung erfolgt gegen Baarzahlung des Kaufpreises, die auf die Fläche entfallenden Straßenkosten zu 8448,24 M werden zinslos gestundet bis dahin, daß das Quidde'sche Grundstück ganz oder theilweise den Eigenthümer wechselt, oder neu bezw.

weiter bebaut wird. Erfolgt der Eigenthumswechsel lediglich dadurch, daß das Grundstück im Wege der Erbfolge auf die Tochter der jetzigen Eigenthümerin übergeht, so wird derselben gestattet, die Straßenkosten ohne Verzinsung durch jährliche Abträge von je 1500 M zu tilgen. Zur Sicherstellung der Stadt wegen der Straßenkosten wird auf das Quidde'sche Gesamtgrundstück eine Cautionshypothek bis zur Höchstgrenze von 8600 M eingetragen, der nicht mehr als 5220,40 M vorgehen dürfen. Der Magistrat ersucht, ihn zum Verkaufe der Fläche unter diesen Bedingungen zu ermächtigen,

welchem Antrage sich die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Hauswaldt berichtet, anschließt.

III. Ausbau des nördlichen Fußweges der Helmstedterstraße.

Gegen das von den städtischen Behörden in der Sitzung vom 17. October 1901 — Seite 214 des Berichtes — beschlossene Project, betr. den Ausbau des nördlichen Fußweges der Helmstedterstraße zwischen der Kastanienallee und der Herderstraße, ist von einer Anzahl Anlieger Vorstellung erhoben mit der Bitte, die beabsichtigte Pflasterung des Fußweges in der Mitte des Weges auszuführen und sie auf die Breite von 1,50 m zu beschränken, da durch die Pflasterung unmittelbar an der Häuserreihe die Anlieger stark belästigt und durch eine 2 m breite Pflasterung unbillig mit Kosten überlastet würden. Der Magistrat ist bereit, den Wünschen der Anlieger theilweise zu entsprechen und giebt anheim, einen 1,50 m breiten Cementplattenbelag in der Mitte des Fußweges mit einem Kostenaufwande von 10000 M zu verlegen, sowie die Kosten- und Vertheilungsberechnung, nach welcher die Anlieger 5300 M und die Stadt 4700 M von den Kosten zu übernehmen haben, zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Ebeling berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

IV. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Das Gesuch der Frau Smutny um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund wird genehmigt und das Gesuch des Gemüsehändlers Heinemann um Erlaß der Steuer für einen Wachhund verworfen. Ferner genehmigt die Versammlung das Gesuch des Pastors a. D. von Hanffstengel um Erlaß der Steuer für einen Wachhund, welchen derselbe nur einige Wochen während des Finanzjahres in Besitz gehabt hat, mit Rücksicht auf die dabei obwaltenden besonderen Verhältnisse.

V. Erwerb von Flächen zur Salzdhahmerstraße.

Nachdem der Stadtgemeinde das Recht der Zwangsenteignung hinsichtlich der zum Ausbau der Salzdhahmerstraße zwischen der Leisewitz- und Elmstraße erforder-

lichen Grundflächen verliehen worden war, haben sich in dem stattgehabten Gütertermin fast sämtliche Anlieger zur Abtretung der betr. Theilflächen gegen Zahlung eines Einheitspreises von 20 M bereit erklärt, ein Preis, der vom Magistrat als angemessen bezeichnet wird. Daneben verlangen die Anlieger die Zurücksetzung ihrer Grundstückseinfriedigungen auf Kosten der Stadt. Die Eigenthümer der beiden Eckgrundstücke an der Friedrichstraße, Hartmann und Rohmann, erheben dagegen eine Forderung von 25 bezw. 35 M pro qm, die nach der Ansicht des Magistrates zu hoch ist; es wird deshalb beantragt, nur dem Erwerbe der zum Einheitspreise von 20 M angebotenen Grundflächen zuzustimmen.

Namens der Baucommission beantragt Herr Kieße Genehmigung der Vorlage.

Herr Hauswaldt möchte wissen, ob den Anliegern, welche sich mit einem Einheitspreise von 20 M begnügt haben, gewährleistet sei, den entsprechend höheren Preis zu erhalten, sofern ein solcher für die beiden Eckgrundstücke im Zwangsenteignungsverfahren bewilligt werden sollte. Ein solches Verfahren würde der Gerechtigkeit entsprechen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß diese Frage verneinen. Wenn die Ansicht des Herrn Hauswaldt richtig wäre, müßte umgekehrt den betr. Anliegern auch ein niedrigerer Preis gezahlt werden, sofern die beiden Anlieger einen solchen erhalten würden. Wenn Letztere aber wirklich etwas mehr als 20 M pro qm erhalten sollten, was er indessen nicht glaube, so würde ein Motiv hierfür in dem Umstande gefunden werden können, daß es sich um Eckgrundstücke handle, für die zuweilen ein etwas höherer Preis zugebilligt werde.

Herr Hauswaldt will die Leute in solchem Falle nur nicht dazu erziehen, die Sache bis zur Zwangsenteignung zu treiben, da es angenehmer sei, die Straßenflächen im gewöhnlichen Verfahren zu erwerben. Werde nach diesem Grundsatz nicht verfahren, so könnte es als eine Prämie betrachtet werden, wenn es Jemand bis zur Zwangsenteignung treibe und dann mehr erhalte, als diejenigen Anlieger, welche sich mit einem geringeren Satze befriedigt erklärt haben. Deshalb halte er es für richtiger, den Letzteren auch die im Zwangsenteignungsverfahren etwa zugebilligte höhere Entschädigung zu gewähren, zumal nicht die Stadt, sondern die Anlieger die Kosten zu tragen hätten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer hält diese Ansicht zwar für gutgemeint, kann es aber nur als eine unfruchtbare Theorie bezeichnen, solche Probleme zu erörtern. Wenn man mit den Anliegern ein Abkommen auf Zahlung einer Entschädigung von 20 M getroffen habe und würde denselben hinterher mehr für das abzutretende Terrain bewilligen, so könnten die beiden Anlieger die Straßenkostenrechnung anfechten, indem sie sagen, die Stadt habe den übrigen Anliegern willkürlich einen höheren Betrag gegeben, als dieselben hätten haben wollen.

Herr Frühling möchte sich auch gegen die Ansicht des Herrn Hauswalbt wenden. Wollte man den Einheitspreis von der im Expropriationsverfahren zugebilligten Entschädigung abhängig machen, so würde es in jedem Falle ein Anlieger zur Expropriation kommen lassen, um zu probiren, ob dabei nicht ein höherer Preis herauskommen werde.

Herr Meyerhoff steht auf dem Standpunkte des Herrn Hauswalbt, welcher Jedem das Seine zukommen lassen wolle. Es frage sich nur, ob es sich nicht ermöglichen lasse, bei späteren Gelegenheiten die Contracte mit den Anliegern so zu fassen, daß dieselben hinfällig würden, sobald sich in der Expropriation ein höherer oder niedrigerer Preis ergebe. In dem jetzigen Verfahren liege für die Willfähigen eine Härte, weil bei dem Expropriationsverfahren meist ein höherer Preis herausgehandelt werde.

Herr Ebeling muß es für bedenklich halten, die von den Herren Hauswalbt und Meyerhoff befürwortete Praxis einzuführen. Jeder Anlieger könne sich erkundigen, wie hoch sein Grundstück anzuschlagen sei und darnach seine Forderung stellen; werde er aber erpropriirt, so müsse er mit dem ihm zugebilligten Preise zufrieden sein. Wenn die Anlieger, welche sich der Zwangsenteignung unterworfen haben, sich hierbei theilweise auch sehr gut gestanden haben, so seien Manche dabei auch gehörig hineingefallen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

VI. Ausbau einer Verbindungsstraße zwischen Juliusstraße und Cyriadsring :c.

Nachdem das Herzogl. Staatsministerium die Aufnahme der seitens der Firma Dampfziegelei Weinberg von Gebr. Damköhler auszubauenden Verbindungsstraße zwischen Cyriadsring und Juliusstraße in den Ortsbauplan genehmigt hat, legt der Magistrat das betr. Straßenbauproject mit dem Bemerken vor, daß die 6,5 m breite Fahrbahn mittels Kleinpflasters befestigt und auf dem je 3,75 m breiten Fußwege ein 1,5 m breiter Plattenbelag hergerichtet werde. Die von der genannten Firma allein zu tragenden Baukosten sind zu 14000 M veranschlagt worden. Außerdem soll auf der angrenzenden Theilstrecke der Ringstraße die mittels Kleinpflasters zu befestigende Fahrbahn hier eine Breite von 12 m, jeder der beiderseitigen Fußwege aber eine solche von 6 m erhalten. Bei Vorlegung der Kostenanschläge ersucht der Magistrat die Versammlung, den Ausbau der beiden Straßen nach Maßgabe des vorgelegten Projectes zu genehmigen,

was geschieht, nachdem die Vorlage von Herrn Riele namens der Baucommission zur Annahme empfohlen war.

VII. Ausbau der verlängerten Voigts-Rheßstraße.

Die städtische Bauverwaltung überreicht ein Project über den oberirdischen Ausbau der verlängerten Voigts-Rheßstraße zwischen der Nußbergstraße und den Gräben N. 176 und 177 mit dem Berichte, daß die Grunderwerbskosten zu 13 000 M., die Baukosten zu 10 500 M. und der voraussichtliche Beitrag der Anlieger zu 143 M. für 1 m Frontlänge ermittelt worden sind. Seitens des Magistrates wird anheimgegeben, das Project nebst der Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen,

welchem Antrage sich die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Ebeling berichtet, anschließt.

VIII. Mittel für vorzunehmende Wohnungsuntersuchungen.

In der Sitzung vom 6. Juni 1901 — Seite 61 des Berichtes — hat die Versammlung an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, wegen Ausführung einer das ganze Stadtgebiet umfassenden Wohnungsenquete das Nöthige zu veranlassen. Dieser Antrag wurde vom Magistrate für begründet erachtet, jedoch war derselbe im Zweifel darüber, ob es erforderlich sei, die Erhebungen auf das ganze Stadtgebiet auszudehnen, und richtete deshalb an die Armendirection die Anfrage, ob deren Organe vielleicht in der Lage seien, ohne weitere Erhebungen ihm diejenigen Gebäude innerhalb der einzelnen Bezirke zu bezeichnen, in denen aus sanitären Rücksichten zu beanstandende Wohnungen unterhalten würden. Die Armendirection hat dieses Ersuchen dahin verstanden, daß sie ihrerseits Erhebungen in der angegebenen Richtung veranstalten solle. Aus dem daraufhin dem Magistrate unterbreiteten, allerdings nur lückenhaften und unvollständigen Materiale gewann derselbe die Ueberzeugung, daß hier zum Theil Wohnungsverhältnisse bestehen, die schlechterdings unhalbar sind und baldigste Abhilfe dringend erfordern. Deshalb war der Magistrat der Ansicht, daß die Erhebung einer besonderen Enquete durchaus nicht weiter erforderlich, vielmehr ein sofortiges Eingreifen am Plage sei. Die Herzogl. Polizeidirection hält es für angezeigt, die zur Beseitigung der ermittelten Uebelstände erforderlichen Untersuchungen durch eine vermischte Deputation vornehmen zu lassen, die aus einem Hilfsbeamten der Herzogl. Polizeidirection, einem Arzte, einem städtischen Baumeister und einem technischen Hilfsbeamten der städtischen Bauverwaltung zu bilden sein würde und deren Vorschläge alsdann die Grundlage für die von der Herzogl. Polizeidirection von Fall zu Fall zu treffende Entscheidung, bezw. zu erlassende Verfügung bilden würden. Wenngleich der Magistrat dieses Verfahren für zweckmäßig hält, so glaubt derselbe doch, daß die Zuziehung eines Arztes bei allen einzelnen Untersuchungen kaum erforderlich sein werde. Die durch das beabsichtigte Verfahren

erwachsenden sachlichen Ausgaben wird die Stadt zu übernehmen haben, jedoch muß der Herzogl. Polizeidirection als der leitenden Behörde das Weitere überlassen bleiben. Wenn sich die Kosten auch im Voraus nicht annähernd feststellen lassen, so hält der Magistrat doch einen Credit von 2000 M für genügend und giebt anheim, ihm diesen zu eröffnen.

Herr Bues beantragt, die geforderte Summe für das von der Versammlung gewünschte gemeinnützige Unternehmen zu bewilligen.

Herr Günter wird für die Vorlage stimmen, fürchtet aber, daß die Commission zu langsam arbeiten und eine Erweiterung derselben nothwendig sein werde. Um den Fortgang der Arbeiten überwachen zu können, spreche er den Wunsch aus, die Commission zu veranlassen, schon nach einiger Zeit das Ergebnis ihrer Untersuchungen bekannt zu geben, damit darauffhin eventuell weitere Maßnahmen getroffen werden können.

Herr Löschnig möchte anfragen, wie man sich das Endresultat der Untersuchungen denke, ob etwa die Wohnungen, welche als gesundheitschädlich festgestellt würden, sofort geräumt werden müßten.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß der Magistrat auch heute noch den in der Sitzung vom 19. December 1901 — Seite 290 des Berichtes — dargelegten Standpunkt einnehme. Die Angelegenheit gehöre zur Zuständigkeit der Herzogl. Polizeidirection, jedoch fehle es dieser an dem nöthigen Personale, um sachgemäße Untersuchungen anstellen zu können, weshalb stadtseitig die Mittel geboten werden müßten, um zu ermöglichen, daß eine Commission von Sachverständigen die erforderlichen Untersuchungen vornehme. Das Recht der Entscheidung stehe in allen Fällen bei der Herzogl. Polizeidirection und beanspruche dieselbe nach den gesetzlichen Bestimmungen für sich das Recht, Abhilfe zu schaffen, wo es ihr nöthig erscheine. Wohin solche Entscheidung im Einzelfalle gehe, lasse sich natürlich nicht vorher sagen, doch sei es immerhin möglich, daß hier und da eine Wohnung geräumt werden müsse. Es werde übrigens der Herzogl. Polizeidirection gegenüber darauf hingewiesen werden, daß sie nach Möglichkeit nicht die sofortige Räumung einer unangemessenen Wohnung verlange, sondern zunächst dem Hausbesitzer aufgeben möchte, für Abhilfe zu sorgen, die Räumung der Wohnung aber erst dann zu verfügen, wenn diese Aufforderung unbeachtet geblieben sei und auch ein Strafmandat nichts genügt habe. Bei der ganzen Sache handle es sich um einen Versuch, dessen Ergebnis abgewartet werden müsse.

Herr Günter kann sich mit dieser Lösung der Frage nicht einverstanden erklären, da man gar nicht erfahren würde, was die Herzogliche Polizeidirection verfüge. Er ersuche deshalb, den Magistrat aufzufordern, von der Herzoglichen

Polizeidirection zu verlangen, daß diese über das vorgefundene Ergebniß und die zu treffenden Abhülfsmaßnahmen berichte.

Herr Bürgermeister Ketemeyer hält es für unbedenklich, die Herzogliche Polizeidirection um Mittheilung des Resultates der Erhebungen zu ersuchen und werde dieselbe dieses Resultat gern mittheilen. Zu beachten sei aber, daß nicht der Magistrat, sondern die Herzogliche Polizeidirection in dieser Sache zu entscheiden habe und könne dieses auch um deswillen mit Freude begrüßt werden, weil die Stadt sonst fortwährend Enqueten veranstalten müßte. Aenderungen in den Wohnungen dürfe also die Stadt nicht verfügen. Nothwendig sei es, daß recht vorsichtig in Bezug auf die Anordnung von Wohnungsräumungen vorgegangen und möglichst Fristen gesetzt werden, damit die davon betroffenen Leute Zeit haben, sich eine andere Wohnung zu suchen.

Herr Löschigt möchte noch bitten, die Mittel nicht zu knapp zu bemessen. Da die Stadt einige Beamte in die Commission abordne, so könne sie von diesen auch einen Bericht über das Ergebniß der Untersuchungen erfordern und hieraus entnehmen, wie viel schlechte Wohnungen vorhanden seien.

Herr Meyerhoff will der Vorlage zustimmen. Der Grundsteuer-Einschätzungs-Commission, welcher er angehöre, sei durch das Gesetz die Vorschrift gegeben, der Herzoglichen Polizeidirection alle schlechten Wohnungen mitzutheilen, damit Wandel geschaffen werde. Den von Herrn Günther vorgeschlagenen Weg zu beschreiten, halte er für gefährlich. So habe der Regierungspräsident in Düsseldorf draconische Mittel angewendet, um dem Gesetze Geltung zu verschaffen, indem er beispielsweise die Vorschrift, daß auf den Kopf so und so viel Kubikmeter Raum gehöre, streng angewendet und einer Familie, der noch ein Kind geboren sei, aufgegeben habe, die Wohnung zu räumen. Hierdurch sei in Düsseldorf ein Wohnungsmangel entstanden, während andererseits viele Wohnungen leer gestanden hätten und deren Eigenthümer erheblich geschädigt seien. Deshalb möchte er warnen, in dieser Sache so weit zu gehen, wie von mancher Seite gefordert werde. Auch könne er nicht anerkennen, daß die Stadtverwaltung gezwungen sein sollte, für gesunde Wohnungen zu sorgen. Man möge das Unternehmertum stärken, damit dieses auch bei dem Bau kleiner Wohnungen seine Rechnung finde, und zwar solle man dafür sorgen, daß es Capitalien zu demselben geringen Zinsfuße erhalte, wie gemeinnützige Gesellschaften. So lange aber die Behörden nur Interesse für Baugenossenschaften zc. zeigten und sich dem Unternehmertum gegenüber zurückhaltend verhielten, werde Mangel an kleinen, gesunden Wohnungen vorhanden sein. Wenn z. B. dem Bauunternehmer Becker die Mittel unter denselben Bedingungen zur Verfügung gestellt würden, wie der Baugenossenschaft, so würde derselbe wahrscheinlich im Giechthale eine Menge gesunder kleiner Wohnungen herrichten. Darum solle man in der vorliegenden Sache langsam und

bedächtigt vorgehen. Die Grundsteuer-Einschätzungs-Commission habe s. B. wohl viele mangelhafte Wohnungen, aber nur eine einzige menschenunwürdige Wohnung vorgefunden.

Herr Aßmann muß es für nothwendig halten, daß das von der Commission beschaffte Material gesammelt und gesichtet der Versammlung zur Verfügung gestellt werde, damit hier die weiteren Schritte berathen werden können. Wenn die Herzogliche Polizeidirection Alles allein machen solle, dann brauchte die Stadt auch kein Geld für die Enquete zu bewilligen. Gegenüber Herrn Meyerhoff sei er der Ansicht, daß die Wohnungen keinen Pfennig billiger würden, auch wenn den Unternehmern Capitalien zu niedrigem Zinsfuße überwiesen würden; namentlich könne Niemand garantiren, daß die Wohnungen nicht später wieder im Preise stiegen. Herr Bürgermeister Metemeyer habe bei früherer Gelegenheit ja auch schon erklärt, daß dem Unternehmer Niemand verbieten könne, zwei Wohnungen zusammenzulegen; hierdurch werde aber die ganze Politik hinfällig. Deshalb stehe er auf einem anderen Standpunkte als Herr Meyerhoff und meine, daß die Wohnungsangelegenheit von der Stadt in die Hand genommen werden müsse.

Herr Stegmann: Die Aeußerung des Herrn Meyerhoff, daß nur eine menschenunwürdige Wohnung hier gefunden sei, werde schon durch Herrn Bürgermeister Metemeyer widerlegt, der in der Sitzung vom 19. December 1901 — Seite 291 des Berichtes — erklärt habe, aus den angestellten Ermittlungen gehe schon zur Genüge hervor, daß hier vielfach Zustände herrschten, welche absolut unhaltbar seien. Wenn Herr Meyerhoff meine, man beschritte mit dem Beschlusse auf Einrichtung einer Wohnungs-enquete eine gefährliche Bahn, so sei er anderer Ansicht. In Bayern, Württemberg und anderen Ländern seien Wohnungs-enqueten veranstaltet und in Stuttgart habe man sogar ein Wohnungsamt eingerichtet. Mit der Zeit müßte man auch noch dahin kommen, hier ein solches Amt einzurichten. In Stuttgart erstreckte sich die Thätigkeit des Wohnungsamtes nicht nur auf die regelmäßige Inspection der Wohnungen, sondern auch auf die Empfehlung von Abhilfsmitteln bei vorgefundenen Schäden. Da der Beschluß der Versammlung vom 6. Juni 1901 dahin gehe, daß der Magistrat ersucht werde, der Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten mit Plan und Anordnung zur Aufnahme einer das ganze bewohnte Stadtgebiet umfassenden Wohnungs-enquete, diese Vorlage aber unterblieben sei, so müßte der Versammlung doch wenigstens gesagt werden, wie nun vorgegangen werden solle. Jedenfalls müßte die Versammlung darüber ein Wort mitzureden haben, auf welche Sachen sich die Enquete erstrecken solle. Vielfach sei hierbei z. B. vergessen worden, die Abvermietung mit in Rechnung zu ziehen, um eine etwaige Ueberfüllung der Wohnung feststellen zu können. Man habe nicht nur gegen eine absolute, sondern auch gegen eine relative Wohnungsnoth, herbeigeführt durch Ueberfüllung sonst guter Wohnungen, zu

kämpfen, denn in sehr vielen Fällen müßten die Arbeiter große Wohnungen nehmen und abvermieten, wodurch sie gezwungen würden, schlechter und enger zu wohnen, als in der Stadt. Das müßte ebenso festgestellt werden, wie die Zuführung von Luft und Licht zu den Räumen. Jedenfalls empfehle es sich, wenn der Magistrat ein entsprechendes Formular für die Wohnungsenquete feststellte und der Versammlung zur Begutachtung vorlegte.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte zur Vermeidung mißverständlicher Auffassungen erklären, daß der Magistrat den von Herrn Riefe gestellten und von der Versammlung angenommenen Antrag auf Erhebung einer Enquete in dem Sinne des Antragstellers ablehne, weil sich der Magistrat schon durch die von den Armenpflegern angestellte Enquete überzeugt habe, daß hier Wohnungsverhältnisse bestehen, welche schlechterdings unhaltbar seien und zwar nicht nur in einzelnen Fällen, sondern in einer größeren Anzahl von Fällen. Der Magistrat meine nun, daß es sehr wenig nützen würde, wenn ihm ein großes Register von mangelhaften Wohnungen vorgelegt werde, da mit dessen Prüfung ein Zeitraum von einigen Jahren vergehen könnte, ehe die Zustände beseitigt sein würden. Deshalb sei auch in der Vorlage gesagt worden, daß dem Magistrate die Erhebung einer besonderen Enquete nicht weiter erforderlich erscheine, er vielmehr ein sofortiges Eingreifen für nothwendig halte. Der Magistrat habe sich gesagt, daß die einzusetzende Commission genüge, um zu entscheiden, ob in einer Wohnung etwas nicht in Ordnung sei; sie berichte darüber an die Herzogliche Polizeidirection und diese erlasse an den betreffenden Hausbesitzer sofort eine entsprechende Verfügung, ehe das Ergebniß der Untersuchung an die Versammlung kommen könne. Was habe es nun bei solcher Einrichtung wohl für einen Zweck, das ganze Material der Versammlung hinterher zur Verfügung zu stellen? Davon verspreche er sich keinen Erfolg, jedoch sei er dazu bereit, wenn die Versammlung solchen Wunsch aussprechen sollte. Was die Herstellung eines Formulars betreffe, so meine er, daß der Herzoglichen Polizeidirection doch nicht vorgegriffen werden könne; außerdem sei er ein Feind von allem Schematismus und halte es für richtiger, wenn die Commission die Sache praktisch beurtheile.

Herr Meyerhoff will den Herren Ahmann und Stegmann gegenüber bemerken, daß er nicht gegen die Enquete gesprochen, sondern betont habe, er halte den in der Magistratsvorlage empfohlenen Weg für den richtigen. Eine Ueberweisung des Geldes an die Herzogliche Polizeidirection würde er für verkehrt halten.

Herr Brückmann möchte bitten, bei dieser Gelegenheit auch dem Schlafgängerwesen ein wachames Auge zu schenken, da hier wahrscheinlich in vielen Fällen Abhilfe geschaffen werden müsse.

Herr Aßmann hat nichts dagegen einzuwenden, wenn die Herzogliche Polizeidirection exorbitante Fälle beseitigen helfe, obwohl er der Meinung sei, daß die städtischen Behörden die Sache hätten allein erledigen können. Außerdem habe er nicht beabsichtigt, der Herzoglichen Polizeidirection das Geld zur Verfügung zu stellen, sondern er habe gemeint, daß diese die Untersuchungen mit ihrem eigenen Gelde hätte ausführen können.

Herr Rieke will die angeforderte Summe bewilligen, in der Hoffnung, daß der Magistrat mit einer weiteren Forderung kommen werde, sofern mehr Geld nöthig sein sollte. Auf die Statistik müsse er indessen größeren Werth legen, als man hier betont habe. So z. B. sei ihm das Studium der Statistik über die Cholera vom Jahre 1850 sehr interessant gewesen und auch die Statistik über die Wohnungsverhältnisse von Major von Häfften und Dr. med. Henking sei sehr lehrreich. Deshalb lege er den größten Werth darauf, daß das statistische Material auch dieser Wohnungsuntersuchungen gesammelt und veröffentlicht werde. Wenn man damals bei der Cholera es schon der Mühe für Werth gehalten habe, das Material zu sammeln, so habe man jetzt erst recht die Verpflichtung dazu.

Hierauf wird der Magistratsvorlage zugestimmt.

IX. Erwerb von Flächen in der Nähe der Bodestraße.

Die Bauunternehmer Dörl und Friedrich haben zur Anlegung einer im Ortsbauplane vorgesehenen, von der Bodestraße nach Westen abzweigenden Straße zwei 151 qm große Flächen an die Stadt abgetreten. Der demnächst mit den Straßenkosten zu verrechnende Preis für die beiden Flächen soll erst später von den städtischen Behörden nach Verhältniß der für die übrigen Straßenflächen zu zahlenden Preise festgestellt werden, indessen wenigstens 10 M pro qm betragen. Dem Antrage auf Genehmigung des dieserhalb aufgenommenen Vertrages

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Rieß berichtet, nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Meyerhoff zu.

X. Gesuch um Rabattgewährung bei Gasentnahme.

Die Vereinigung Braunschweiger Gastgeber bittet die Versammlung um Gewährung von Rabatt bei Entnahme von Gas in größeren Mengen und führt zur Begründung etwa Folgendes aus: In fast allen kaufmännischen und gewerblichen Betrieben ist es Brauch, daß man den größeren Abnehmern bessere Bedingungen stellt, sei es durch Gewährung billigerer Preise, sei es durch Gewährung von Rabatt, dessen Höhe sich nach der vom Käufer bezogenen Waarenmenge richtet. Es unterliegt wohl kaum einer Frage, daß auch das städtische Gaswerk in gewisser Beziehung als kaufmännisches resp. gewerbliches Unternehmen der Stadt anzusehen sein wird. Da

nun eine Reihe von Städten den größeren Gasconsumenten Rabatt gewährt, so sind bei diesen Erfindungen eingezogen und ist dabei festgestellt worden, daß von allen Gasanstalten größeren Consumenten Rabatt, steigend bis zu 45 %, gewährt wird. Die Art der Rabattgewährung ist bei den befragten Städten eine verschiedene, theils ermäßigen sich die Grundpreise bei Ueberschreitung einer vorgesehene Anzahl von Cubikmetern, theils wird den Consumenten bei Baarzahlung ein Rabatt in Procenten gewährt. Am meisten begünstigt bei ersterem Modus Elberfeld die größeren Abnehmer, denn es setzt allmählich den Grundpreis von 16 S herab und gelangt schließlich auf 8,8 S bei Abnahme von 300 000 cbm und darüber. In Dresden werden bei Baarzahlung bis zu 20 % zurückvergütet bei einem Grundpreise von 17 S .

Nach weiterer eingehender Begründung kommt das Bittgesuch zu dem Antrage, die Versammlung möchte bei dem Magistrate dahin wirken, daß dieser so bald als möglich Schritte thue, und die Bitte wegen Gewährung von Rabatt auf Gas zur Norm mache, um so mehr, als über 90 deutsche Städte Rabatt bezw. Vorzugspreise gewähren.

Namens der Finanzcommission berichtet über diese Vorlage Herr Jüdel: Die Versammlung habe sich mit dieser Frage schon verschiedentlich beschäftigt. Zuerst sei es in der Sitzung vom 14. März 1872 gewesen und sodann habe darüber in der Sitzung vom 13. December 1894 — Seite 199—208 des Berichtes — eine eingehende Verhandlung stattgefunden, welche zu dem Beschlusse geführt habe, den Preis des Leuchtgases von 18 S auf 17 S und den Preis des Betriebsgases von 15 S auf 13 S zu ermäßigen, sowie den Magistrat zu ersuchen, den größeren Gasconsumenten Rabatt zu gewähren. In der Sitzung vom 28. März 1895 — Seite 299 des Berichtes — sei sodann der Versammlung mitgetheilt worden, daß die Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke empfohlen habe, denjenigen Consumenten, welche mehr als 4000 cbm Gas jährlich beziehen, einen Rabatt zu bewilligen in der Weise, daß für die ersten 4000 cbm 17 S pro cbm, für 4001—8000 cbm 16 S und für noch größere Mengen 15 S pro cbm zu zahlen seien. Hiernach würden von den 1893/94 vorhanden gewesen 3009 Abnehmern von Leuchtgas 129 Rabatt zu empfangen gehabt haben und wäre dadurch ein Einnahmeausfall von 14 000 M entstanden. Unter diesen 129 Abnehmern befinde sich auch eine nicht unbedeutende Anzahl von Behörden, bei welchen solche Ermäßigung wohl kaum in Frage kommen dürfte, sowie eine Menge größerer Gewerbetreibender, bei denen ein solcher Rabatt nicht wesentlich ins Gewicht falle. Der Magistrat könne sich daher nicht entschließen, dem Wunsche der Versammlung zu entsprechen. Die Herstellungskosten für Gas würden sich außerdem nach Einführung der Benzolmischgas-Fabrikation voraussichtlich auch derartig ermäßigen, daß der Gaspreis allgemein herabgesetzt werden könne. — Die Versammlung habe

damals hiervon Kenntniß genommen. Die zuletzt ausgesprochene Hoffnung habe sich bisher nicht erfüllt, was wesentlich mit darin liege, daß inzwischen die Kohlenpreise enorm gestiegen seien.

Was nun die Bittschrift selbst anlange, so sei der Wunsch auf Gewährung von Rabatt an die größeren Gasabnehmer so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß der Bitte der Gasgeber eine gewisse Berechtigung nicht zu versagen sei. Andererseits erscheine es aber z. B. nicht geeignet, diese Frage zu entscheiden, weil schon seit Jahren Erhebungen darüber angestellt seien und noch werden, ob es nicht zweckmäßig sei, die jetzt hier übliche Fabrikation des Gases zu ändern. In Bezug auf die in der Bittschrift angeführten Rabattsätze anderer Städte sei zu bemerken, daß der Rabatt immer erst bei dem höheren Verbrauchsquantum beginne, während für das niedrigere Quantum desselben Consumenten der höhere Preis bezahlt werden müsse. So z. B. gewähre Elberfeld bei einem Jahresverbrauche von 20 000 cbm keinen Rabatt. Dieser beginne vielmehr erst mit dem verbrauchten höheren Quantum, so daß von einer Gewährung von 45 % Rabatt auf das Gesamtquantum keine Rede sein könne. Die Bittschrift gehe sodann auf die Nettoüberschüsse über, welche pro cbm Gas betragen in Lübeck 5,84 \mathcal{M} , Elberfeld 5,24 \mathcal{M} , Halle a. S. 4,65 \mathcal{M} , Quedlinburg 4,34 \mathcal{M} , Leipzig 4,16 \mathcal{M} , Erfeld 4,15 \mathcal{M} , Kiel 4,14 \mathcal{M} , Braunschweig 3,81 \mathcal{M} und Peine 3,21 \mathcal{M} . Die Kosten für Kohlen und Zusatzmaterial betragen pro cbm Gas in Elberfeld 4,68 \mathcal{M} , Erfeld 5,15 \mathcal{M} , Quedlinburg 6,54 \mathcal{M} , Charlottenburg 6,71 \mathcal{M} , Peine 6,99 \mathcal{M} , Halle a. S. 7,45 \mathcal{M} , Kiel 7,66 \mathcal{M} , Leipzig 7,67 \mathcal{M} und Braunschweig 11,44 \mathcal{M} . Schon früher sei einmal ausdrücklich erwähnt worden, daß das hiesige Leuchtgas das billigste sei, welches in Deutschland hergestellt werde, und liege in dieser Beziehung auch eine sehr interessante Tabelle vor, welche die Behauptung vollkommen rechtfertige. In dieser Tabelle sei die Anzahl der Lichtstärken (Vereinskerzenstärken) aufgeführt worden, die in 21 verschiedenen Städten bei Verbrennung von 120 l Gas erzeugt werden. Hiernach ergeben sich für Braunschweig 15,3 Lichtstärken, Bremen 14,6, Elberfeld 11,7, Leipzig 11,3, Düsseldorf, Wiesbaden, Karlsruhe 11, München 10,7, Altona, Cassel, Köln, Essen, Halle a. S. 10,5, Lübeck, Dresden, Berlin 10,4, Dessau 10,2, Breslau, Erfurt 10, Darmstadt 9,7 und nur Frankfurt a. M. habe eine höhere Zahl, nämlich 20,8 Lichtstärken aufzuweisen, nehme aber auch einen Preis von 33 \mathcal{M} pro cbm Gas. Nehme man also die Leistung des hiesigen Gases als pari an, so könne man das Gas in Leipzig nur auf 73 %, in Elberfeld auf 76 %, in München auf 70 %, in Lübeck auf 68 %, in Darmstadt auf 63 % des Werthes unseres Gases bemessen.

Etwas anders berechne sich der Werth des Heizgases und sei auch hier die gewöhnliche Annahme, daß es gleichgiltig sei, ob das Gas gut oder schlecht sei, eine irrthümliche. Darnach betrage der Procentatz der Heizkraft des Gases in

Leipzig nur 87 ‰, Magdeburg 85 ‰, Wiesbaden 84 ‰, Darmstadt 82 ‰ u. gegen-
über dem hiesigen Gase. Hieraus lasse sich klar entnehmen, daß in anderen Städten
so viel mehr Gas zur Erzeugung gleicher Lichtstärken bezw. Heizkräfte verbraucht
werden müsse, als hier, und sich demnach die hiesigen Gaspreise gegenüber anderen
Städten ganz außerordentlich günstig gestalten. Außerdem marschire Braunschweig
mit seinem Preise für Leuchtgas durchaus nicht an der Spitze, denn Bremen erhebe
20 ‰, München 23 ‰, Darmstadt 22 ‰, andere Städte 20 ‰, 18 ‰, 17 ‰ u.,
so daß einen gegen Braunschweig wesentlich billigeren Preis nur Dessau mit
13,69 ‰ nehme. Heizgas liefern verschiedene Städte allerdings erheblich billiger
als Braunschweig, so z. B. Magdeburg für 10 ‰, Berlin, Halle, Breslau, Köln
mit 8 ‰ u., jedoch gehe aus der vorliegenden Tabelle klar hervor, daß gutes Gas
bei annähernd gleichem Preise immerhin erheblich billiger sei, als schlechtes Gas.

In der Bittschrift sei dann ferner darauf hingewiesen, daß auffälligerweise in
Braunschweig ein äußerst geringer Gasverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung
entfalle. Während dieser Verbrauch in Braunschweig 35,8 cbm betrage, stelle er
sich in Lübeck auf 51,4, in Leipzig auf 51,5, in Halle auf 52,5, in Kiel auf 56, in
Peine auf 69,9, in Quedlinburg auf 70,7, in Grefeld auf 88,9, in Elberfeld auf
94,5, in Hannover auf 106,1 und in Charlottenburg auf 123,7 cbm. Dieser Ver-
gleich würde allerdings erst dann Werth erhalten, wenn die Qualität des Gases in
den verschiedenen Städten auf eine Norm gebracht und hiernach die Verbrauchs-
menge berechnet würde. Geschehe das, so stelle sich z. B. der Gasverbrauch pro
Kopf in Magdeburg dem hiesigen etwa gleich. Betrachte man einmal die Anzahl
der Abnehmer, so seien hier im Jahre 1893/94 3009 Abnehmer mit einem Ver-
brauch an Leuchtgas von 3 Millionen cbm vorhanden gewesen, während im Jahre
1901 die Zahl der Abnehmer 4515 und die verbrauchte Gasmenge 3 468 000 cbm
betragen habe. Unter den Gasabnehmern befinden sich hier 16, welche zwischen
6000 und 10000 cbm entnommen haben, 5 zwischen 10000 und 20000 cbm,
während mehr als 20000 cbm nur 2 Abnehmer verbraucht haben. Nach den hier
consumirten Gasmenngen würden, unter Zugrundelegung der Rabattsätze und der
Gepflogenheiten anderer Städte, hier etwa 1800 M als Rabatt zu zahlen gewesen
sein. Den Hauptvorthail hiervon würden die folgenden Gasconsumenten haben:
Herzogliches Residenzschloß bei einer Gasentnahme von 25000 cbm, Eisenbahn-
Signalbauanstalt bei 22000 cbm, Herzogliches Hoftheater bei 24000 cbm, Herzog-
liche Gebäude an der Kasernenstraße bei 18000 cbm, Technische Hochschule bei
22000 cbm Leuchtgas und 22700 cbm Heizgas, die Futeweberei, die Zucker-
fabrik Eichthal, das Kreisgefängniß, die Dampfmühle, die Zuckerraffinerie Brunonia,
Friedr. Vieweg & Sohn u. u.

Wenn nun auch die Finanzcommission der Ansicht sei, daß die Bitte um
Rabattgewährung wegen der Gewohnheit, bei höherem Verbrauch billigere Einheits-

preise zu bezahlen, nicht dauernd zurückgewiesen werden könne, so sei doch jetzt nicht der richtige Zeitpunkt zu solcher Maßnahme, weil eine Aenderung in der Fabrikation des Gases bevorstehe. Unter den in der Tabelle aufgeführten 21 Städten fertigen außer Braunschweig heute nur noch Bremen, Hamburg und Lübeck das Gas aus englischer Kohle, während die sämtlichen anderen Städte zur Fabrikation des Gases die am nächsten liegende Kohle verwenden. Die hierüber angestellten Erhebungen haben denn auch ergeben, daß es sich jedenfalls lohnen werde, mit voller Energie darauf zu dringen, daß die Frage der Verwendung billigerer Kohle in der Direction und der Deputation der Licht- und Wasserwerke auf das Eingehendste erwogen werde, um ein billigeres Gas, welches namentlich für die Auerbrenner vollkommen genüge, liefern zu können. Der neue Leiter der Licht- und Wasserwerke sei bekanntlich angewiesen, sich einige Monate mit der Fabrikation von Gas in anderen Städten zu befassen und biete sich hierbei die beste Gelegenheit, festzustellen, welche Art der Kohle bei der Fabrikation zweckmäßig zu verwenden sei. Aus allen diesen Gründen beantrage er namens der Finanzcommission, über den vorliegenden Antrag zur Tagesordnung überzugehen, mit dem Bemerken, daß wohl eine gewisse Berechtigung zu dem Wunsche auf Rabattgewährung vorhanden sei, daß es sich aber empfehle, eine solche Einrichtung hinauszuschieben, bis die neue Art der Gasfabrikation zur Einführung gelangt sei.

Herr Bues kann es nicht für gerecht halten, daß die großen Gasconsumenten hier mehr bezahlen, als die kleinen und zwar insofern, als Erstere für eine Gasuhr monatlich 5—6 M., Letztere aber nur 25 S. an Miethe zu zahlen haben. Solche Verhältnisse kämen im gewöhnlichen Leben nicht vor und seien nur möglich bei einem Monopole, dem es an Concurrenten fehle. Wenn es sich bei den größten Gasabnehmern theilweise um starke Schultern handle, so seien doch auch recht schwache darunter, denen es schwer falle, die hohen Gasrechnungen zu bezahlen. Auch das neue Elektrizitätswerk habe sich zu einer Rabattgewährung herbeigelassen und würde es schon deshalb besser sein, über den vorliegenden Antrag nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern denselben anzunehmen.

Herr Böschigt will darauf hinweisen, daß im Jahre 1894 auf seine Anregung hin einer Verbilligung des Gases zugestimmt worden sei, obwohl Herr Südel auch damals der Befürchtung Ausdruck gegeben habe, daß hierdurch die Ueberschüsse aus dem Gaswerke zurückgehen würden. Er stehe dem gegenüber noch heute auf dem Standpunkte: je billiger das Gas, desto mehr werde consumirt. Es sei denn auch das Gegentheil von dem eingetreten, was der damalige Referent gesagt habe, denn obwohl die Kohlenpreise inzwischen bedeutend gestiegen seien, haben sich die Ueberschüsse aus dem Gaswerke doch noch weiter gehoben. In Hannover würden aus dem Gaswerke trotz der sehr billigen Gaspreise dem Stadt-

säckel alljährlich erhebliche Ueberschüsse, welche sich vor zwei Jahren auf 200 000 — 300 000 M belaufen haben sollen, zugeführt. Der geringe Gasverbrauch in hiesiger Stadt liege seiner Ueberzeugung nach nur an den hohen Preisen. Wenn hier kein Gasmonopol, sondern wie in Hannover eine Gesellschaft wäre, würden wir viel billigeres Gas und viel mehr Abnehmer dafür haben. Da es indessen bei der heutigen Lage schwer sei, eine Aenderung in dem Gaspreise zu treffen, so möchte er doch mindestens den Magistrat bitten, in Bezug auf die Einführung einer anderen Fabrikationsart ein etwas schnelleres Tempo einzuschlagen, da vor acht Jahren auch schon erwähnt sei, man wolle eine Aenderung in der Fabrikation treffen. Der Wunsch der großen Gasabnehmer auf eine Herabsetzung des Gaspreises sei durchaus berechtigt.

Herr Blasius möchte um Aufklärung darüber bitten, wie es komme, daß hier von einer durchschnittlichen Lichtstärke von 15,3 die Rede sei, während in den monatlichen Bekanntmachungen des Magistrates die durchschnittliche Lichtstärke auf 17,3 angegeben werde. Da es nun aber bei dem Gase nicht nur auf die Lichtstärke, sondern auch auf die Heizkraft ankomme, so ersuche er, dem Beispiele Magdeburgs folgend, auch die wärmebildende Kraft des Gases mit feststellen und veröffentlichen zu lassen.

Herr Schöttler will die erste Frage des Herrn Blasius dahin beantworten, daß es, ebenso wie verschiedene Geldsorten, so auch verschiedene Lichtstärken gebe und nach der früheren Berechnung 17 Lichtstärken ungefähr dasselbe bedeuteten, was heute mit 15,3 bezeichnet werde. Was den Heizwerth des Gases anlange, so sei derselbe in der That heutzutage außerordentlich wichtig, und zwar nicht nur für technische, sondern auch für Beleuchtungszwecke, indem bei dem Auerbrenner der Heizwerth des Gases eine größere Bedeutung habe, als der Lichtwerth. Es sei auch nicht zutreffend, daß die Leuchtkraft des Gases von seiner Heizkraft vollständig unabhängig sei, sondern die Sache liege so, daß meist ein stark leuchtendes Gas auch einen hohen Heizwerth besitze. Bei den von ihm vor einigen Wochen angestellten Messungen habe er gefunden, daß hier 1 cbm Gas durchschnittlich 5600 Wärmeinheiten entwickle, während in anderen Städten diese Zahl bis auf 4500 Einheiten heruntergegangen sei. Das erstere Gas sei aber werthvoller als das letztere. Wenn deshalb den hiesigen Abnehmern künftig ein Gas von so geringem Heizwerthe geliefert würde, dann könnte der Preis auf 13 $\frac{1}{2}$ heruntergesetzt werden, ohne daß die Leute den geringsten Vortheil davon hätten, indem sie so viel mehr Gas verbrennen würden. Hiernach habe es aber keinen Zweck, sich auf die Fabrikation minderwerthigen Gases einzulassen, sondern es sei vorthafter, ein gutes Gas zu machen, und trete er deshalb dafür ein, zunächst bei der Erzeugung des bisherigen guten Gases zu bleiben. Immerhin sei diese Frage einer gründlichen Prüfung werth und habe man von solcher Prüfung nur mit

Rücksicht auf den Wechsel in der leitenden Persönlichkeit des Gaswerkes bisher Abstand genommen; jedoch werde der jetzige Leiter des Werkes bei seiner Studienreise gerade dieser Frage die größte Aufmerksamkeit widmen. Zweckmäßig dürfte es sein, einmal in einer Rhetorie ein billiges Gas zu machen und zu sehen, wie sich dieses in den Auerbrennern bewähre.

Die heutige sehr interessante Auseinandersetzung führe vielleicht dazu, daß die Rederei über unser unvernünftig theures Gas endlich einmal aufhöre. Mit der heute hier zur Verhandlung stehenden Frage der Rabattgewährung habe es übrigens nichts zu thun, ob man gutes oder schlechtes, billiges oder theures Gas habe, denn dabei handle es sich um eine principielle Frage, die in irgend einer Weise zur Entscheidung kommen müsse. Man müsse zugeben, daß in Handel und Wandel die Ueberzeugung herrsche: wenn man viel verbrauche, habe man verhältnißmäßig weniger zu bezahlen, als wenn man wenig verbrauche; jedoch erscheine es ihm zweifelhaft, ob sich auch eine Stadt auf diesen Standpunkt stellen könne. Eine andere Strömung werde vielleicht sagen, daß eine Stadt aus socialen Rücksichten nicht so handeln könne, weil der kleine Abnehmer einen billigen Preis noch viel nöthiger habe, als der große. Wenn man wirklich auf die Einführung von Rabattsägen eingehe, so werde man vielleicht sagen, es sei socialpolitisch falsch, was handelspolitisch richtig sei. Da er sich nicht hinreichend klar sei, um im Augenblicke darüber eine Entscheidung zu treffen, so halte er es für das Beste, einstweilen dem Antrage der Finanzcommission zu folgen, aber die Sache im Auge zu behalten.

Herr Südel will noch bemerken, daß er in dem Referate die Sache so eingehend behandelt habe, um gegenüber den häufigen Klagen über zu hohe Gaspreise den Nachweis zu erbringen, daß die hiesigen Gasabnehmer durchaus keinen Grund haben, sich über den Preis des Gases zu beklagen, indem dieser dem Gaspreise der billigsten deutschen Städte von gleicher Größe gleichzustellen sei. Herrn Löschig wolle er erwidern, daß die warnenden Worte aus dem Jahre 1894 sich in der Folgezeit durchaus bewährt haben und er keinen Grund habe, davon etwas zurückzunehmen. Wie er schon damals hervorgehoben habe, sei eine Festsetzung des Gaspreises ohne gleichzeitige Feststellung der Heiz- und Leuchtkraft des Gases ein Unding, und müsse es der Direction der Licht- und Wasserwerke überlassen werden, je nach den festgestellten Preisen das Gas zu fabriciren.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Herrn Blasius wird sodann der Antrag der Finanzcommission angenommen.

XI. Erneuerung von Schornsteinen in einer Bürgerschule.

Nachdem es sich herausgestellt hat, daß im Gebäude der Bürgerschule an der Leopoldstraße zwei Schornsteine nicht ordnungsmäßig angelegt sind, hält es der

Magistrat mit der städtischen Bauverwaltung wegen der Feuergefährlichkeit dieser Einrichtung für nothwendig, Abhilfe zu schaffen. Die Schornsteine müssen bis zur Dachbalkenlage abgetragen und vorschriftsmäßig neu aufgeführt werden. Dem Antrage des Magistrates, die hierzu erforderlichen Kosten von 480 M zu bewilligen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Riecke berichtet, zu.

XII. Befestigung des Promenaden-Fußweges am Magnithore.

Bei Feststellung der Bedingungen, unter denen die stadtseitig erbetene Abtretung eines Theiles des Promenadenweges vor der ehemaligen Husarencaferne am Magnithore zugestanden werden könne, hatte die Herzogl. Baudirection u. A. gefordert, daß die Stadt auch diejenigen Kosten übernehme, welche durch Herstellung eines 3 m breiten Mosaispflasters auf dem betr. Fußwege erwachsen würden. Auf entsprechende Vorstellung hiergegen hat die Herzogl. Baudirection zugestanden, daß die Stadt ihrerseits den Fußweg angemessen befestigen solle, wenn und so weit sich dazu das Bedürfniß herausstellen sollte. Da nun aber das Herzogl. Staatsministerium diese Bedingung so gefaßt hat, daß Zweifel darüber entstehen mußten, wer darüber zu entscheiden habe, ob die bessere Befestigung des Fußweges nöthig sei und auf welcher Strecke alsdann diese bessere Befestigung auszuführen sei, so hat die Herzogl. Baudirection das Ersuchen des Magistrates auf Beseitigung dieser Zweifel dahin beantwortet, daß sie empfiehlt, schon bei der bevorstehenden Verlegung des Fußweges diejenige kurze Theilstrecke desselben, auf der künftig der Hauptverkehr der Fußgänger vom Magnithore nach der Leonhardstraße stattfinden wird, mit Mosaispflaster zu versehen, wodurch der Stadt eine Ausgabe von 630 M erwachsen würde. Mit Rücksicht darauf, daß dem Magistrate eine bessere Befestigung des Fußweges im Hinblick auf dessen abhüssige Lage und den lebhaften Verkehr zweckmäßig und wünschenswerth erscheint, giebt derselbe anheim, den Betrag von 630 M nachzuberwilligen.

Wie Herr Ebeling berichtet, empfiehlt die Baucommission die Annahme des Antrages. In der Commission sei auch der Wunsch zu erkennen gegeben, daß ein baldiger Ausgleich in Bezug auf das Terrain erfolge, weil dort die Grenzen theilweise kaum festzustellen seien. Außerdem würde es auch im Interesse der Bewohner liegen, wenn die Herzogl. Baudirection ihr Augenmerk mehr als bisher auf die Wegübergänge richtete, damit hier eine Besserung eintreten könnte.

Herr Müller möchte noch einmal darauf hinweisen, daß es an der Zeit sei, die sämmtlichen noch nicht befestigten Fußwege der Außenstadt einheitlich in Stand zu setzen und das in dieser Beziehung bislang Versäumte nachzuholen. Auch im Interesse der Hausbesitzer liege es, wenn die Fußwege befestigt würden, da hier-

durch die Grundstücke werthvoller würden. Man finde in verschiedenen Stadttheilen ganze Straßen, welche theilweise befestigte und theilweise unbefestigte Fußwege haben, was einen schlechten Eindruck auf eine sonst so schöne Stadt mache. Er bitte den Magistrat, nach dieser Richtung hin vorzugehen und vielleicht den weniger bemittelten Anliegern Ermäßigung oder Stundung der entstehenden Kosten zu gewähren, damit ein schnelleres Tempo in der Befestigung der Fußwege eingeschlagen werden könne.

Nachdem Herr Löschigk noch auf die schlechte Instandsetzung des Fußweges an der Maschstraße hingewiesen hatte,

wird der Magistratsvorlage zugestimmt.

XIII. Zulegung von Flächen der Gemeinde Niddagshausen zum Stadtgebiete.

Die Grenze des Stadtgebietes ist gegen das Gebiet der Gemeinde Niddagshausen auf der Strecke vom Ostende der Kastanienallee bis zum Centralfriedhofe eine so unregelmäßige, daß deren Beseitigung zur Vermeidung von Schwierigkeiten und Weiterungen angezeigt erscheint. Schon jetzt sind am Niddagshäuserwege zwei Wohngebäude vorhanden, die zur Gemeinde Niddagshausen gehören, denen jedoch von dort aus der erforderliche Schutz nicht gewährt werden kann, und deren Zulegung zum Stadtgebiete um so gerechtfertigter erscheint, als ihre Bewohner nicht in Niddagshausen, sondern hier den Mittelpunkt ihres wirthschaftlichen Lebens haben, ohne daß sie hier zu Steuern herangezogen werden können. Außerdem ist der an der Westseite des ehem. großen Exercierplatzes befindliche nicht befestigte Weg ein Privatweg, an dem die Errichtung von Wohnhäusern, welche nur von diesem Wege aus zugänglich sein würden, nicht gestattet ist. Demnach steht zu befürchten, daß am Parke jogen. Hinterhäuser entstehen werden, die demselben nicht zur Zierde gereichen würden. Diese Unzuträglichkeiten lassen sich beseitigen, wenn an der Westseite des ehem. Exercierplatzes vom Ostende der Husarenstraße bis zum Niddagshäuserwege eine Straße angelegt wird, deren Terrain zum Stadtgebiete gehört. Mit Rücksicht auf die dort befindliche Baumallee, deren äußere Baumreihen erhalten bleiben sollen, ist in Aussicht genommen, der Straße eine Gesamtbreite von rund 21 m zu geben. Alles Nähere hierüber bleibt vorbehalten.

Die neue Ortsgrenze würde nach dem Vorschlage des Magistrates sich folgendermaßen gestalten: von der Husarenstraße am ehem. großen Exercierplatz entlang bis zum Niddagshäuserwege und diesen nach Osten verfolgend bis zur Grenze der Zinkeisen'schen Länderei, sodann den Niddagshäuserweg überschreitend an dieser Grenze entlang bis zur Helmstedter Eisenbahn, welche nach Osten bis zu der Grenze der neuerdings zum Centralfriedhofe angekauften Länderei verfolgt wird. Hierauf läuft die Ortsgrenze südlich an dieser Länderei herunter bis zur Helm-

stedterstraße, wendet sich dann nordwestlich bis zum Centrafriedhofe und läuft auf dessen Grenze bis zur Helmstedterstraße, so daß also die Moritzburg auf Riddagshäuser Feldmark verbleibt.

Mit den betheiligten Grundeigenthümern ist dieserhalb schon vor der Herzogl. Kreisdirection verhandelt worden. Während die zuständige Eisenbahnbehörde eine Erklärung noch nicht abgegeben hat, haben sämtliche Betheiligte bis auf die Eheleute Hagemann sich mit der geplanten Erweiterung des Stadtgebietes einverstanden erklärt. Sollten die Hagemann'schen Eheleute ihren Widerspruch nicht noch fallen lassen, so würde der Erlaß eines Gesetzes erforderlich werden, während anderenfalls die Regelung der Angelegenheit durch Landesherrliche Verordnung möglich sein würde.

Die Gemeinde Riddagshausen, deren Gebiet im Falle der geplanten Grenzverschiebung um rund 35 ha verkleinert werden würde, fordert eine Capitalabfindung von 15 050 M., die als angemessen zu erachten ist. Uebrigens hat sich der Architect Zinkeisen verpflichtet, der Stadt zur Bestreitung dieser Summe einen Zuschuß von 2000 M. zu zahlen. Seitens der Gemeinde Riddagshausen ist dann noch der Vorbehalt gemacht worden, daß die zum Centrafriedhofe und zu dem neuen jüdischen Friedhofe angekaufte Länderei auch nach ihrer Einverleibung in das städtische Gebiet insoweit und so lange der Grundsteuer der Gemeinde Riddagshausen unterworfen sein solle, als sie nicht mit dem Centrafriedhofe durch Herstellung einer Einfriedigung wirthschaftlich verbunden, bezw. was die von der jüdischen Gemeinde erworbene Fläche betrifft, wirklich Friedhof geworden sein wird. Diesen Vorbehalt hält der Magistrat für gerechtfertigt. Die betr. Theilstrecke des Riddagshäuserweges soll mit der Maßgabe an die Stadt abgetreten werden, daß diese die Unterhaltungslast erst dann zu übernehmen hat, wenn sie innerhalb dieses Weges unterirdische Anlagen herrichtet. Auch hiermit ist der Magistrat einverstanden.

Indem schließlich noch bemerkt wird, daß zu der vorerwähnten Herrichtung einer Straße an der Westseite des ehem. Exercierplatzes die erforderliche Zustimmung von der Herzogl. General-Hof-Intendantur erteilt und in Ansehung des stadtheilig demnächst anzukaufenden Terrains dieser Straße durchaus annehmbare Bedingungen von der Herzogl. Cammer, Direction der Domänen, gestellt sind, ersucht der Magistrat, nach eingehender Begründung der geplanten Aenderungen, der in Rede stehenden Erweiterung des Stadtgebietes unter den mitgetheilten Bedingungen zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Lord hat die Vorlage die Zustimmung der Finanzcommission in allen Punkten gefunden, da die in Folge der widerstreitenden Interessen verwickelten und schwierigen Verhandlungen zu einer befriedigenden Lösung

geführt haben. Die Verhandlungen mit der General-Hof-Intendantur wegen der Anlegung der Straße am ehem. Exercierplatze seien auch schon so weit gediehen, daß über den Ausbau der Straße bald eine Vorlage zu erwarten sei. Wünschenswerth erscheine es der Finanzcommission, wenn auch der kleine Zwikel an der Moritzburg noch in das Stadtgebiet einbezogen werden könnte, damit hier die Grenze ebenfalls eine gerade Linie bilde. Namens der Finanzcommission beantrage er Genehmigung der Vorlage.

Herr Sander möchte auch bitten, das Terrain der Moritzburg mit einzugemeinden, um den Grenzknick dort aus der Welt zu schaffen.

Herr Meyerhoff möchte anfragen, ob es nicht möglich gewesen sei, das ganze Terrain bis zum Brotwege in das Stadtgebiet einzubeziehen, da erst hierdurch ein richtiger Abschluß gegen Riddagshausen zu gefunden sein würde und früher oder später das etwa 50 ha große Terrain doch noch zur Stadt genommen werden müßte. Bei Erfüllung dieses Wunsches würde man einen Jedermann erkennbaren würdigen Abschluß nach Riddagshausen zu erhalten und wäre man auch in der Lage, am Riddagshäuserwege herunter eine Straße anzulegen. Jedemfalls bitte er, die Verhandlungen wegen Uebernahme des Zwikels an der Moritzburg fortzusetzen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann nicht anerkennen, daß die vom Magistrate vorgeschlagene Grenzlinie als ein unwürdiger Abschluß zu bezeichnen sei, wenn er es auch für wünschenswerth halten würde, den Brotweg als Grenzlinie zu nehmen. Er stehe sogar auf dem Standpunkte, daß der ganze ehemalige Exercierplatz zum Stadtgebiete gelegt werden müßte, weil dieser Platz thatsächlich nicht für Riddagshausen, sondern für die Residenz bestimmt sei. Wenn man nun noch ein Capital aufwenden und das Terrain bis zum Brotwege eingemeinden wollte, so wäre das an sich ganz wünschenswerth, jedoch würde in diesem Falle sofort ein Antrag kommen, auch das jenseits des Weges liegende Terrain, welches die hiesige katholische Gemeinde als Friedhofsterrain erworben habe, in das Stadtgebiet zu übernehmen, und so entstehe eine Schraube ohne Ende. Da diese Sache mit der Zeit von selbst kommen werde, so bitte er, zunächst die magistratsseitig vorgeschlagene Grenze zu genehmigen. Die Verhandlungen wegen der Moritzburg, welche vor der Herzogl. Kreisdirection schon angeregt seien, könnten aufgenommen werden, jedoch werde die Stadt dann ein weiteres Capital aufwenden haben. Dem Anscheine nach sei der Gemeindevorsteher in Riddagshausen nicht abgeneigt, auch dieses Terrain abzutreten, da die Ueberwachung und der Schutz des Grundstücks von Riddagshausen aus doch nur illusorisch sei.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

XIV. Verschiebung einer in der Nähe des Neustadtringes projectirten Straße.

Dem Ortsbauplane zufolge soll gegenüber dem Amalienplatze vom Neustadtringe eine Straße in nördlicher Richtung abzweigen, deren westliche Fluchtlinie derart in den hier befindlichen Interessentenweg zu liegen kommt, daß am Neustadtringe ein etwa 5 m breiter Streifen dieses Weges verfügbar bleiben würde. Daß so entstehende verlassene Wegeterrain würde bei seiner geringen Tiefe nur einheitlich mit den angrenzenden Privatgrundstücken auszunutzen sein und müßte daher diesen Grundstücken zugelegt werden. Da hierdurch unangenehme Weiterungen entstehen können, so muß die Frage entschieden werden, ob ungeachtet des künftig verfügbar bleibenden Wegeterrains an der östlichen Außenwand eines an der neuen Straße zu errichtenden Gebäudes Öffnungen zulässig sind und ob für das Grundstück, obwohl es nicht unmittelbar an die künftige Ortsstraße grenzt, Caution zur Sicherstellung der künftigen Straßenkosten gefordert werden kann. Da sich die Weiterungen durch eine Verschiebung des Interessentenweges nach Osten nicht heben ließen, so hat sich der Magistrat dahin entschieden, nicht den Interessentenweg, sondern die südliche Theilstrecke der projectirten Ortsstraße so weit nach Westen zu verschieben, daß ihre westliche Grenze mit der westlichen Grenze des Feldweges zusammenfällt, dieser Weg also in vollem Umfange demnächst zur Herstellung der Ortsstraße verwendet werden kann. Dem Antrage, der Feststellung des entsprechend aufgestellten Ortsbauplanes zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Nieß berichtet.

XV. Anderweite Regelung wegen des an der Okerstraße verkauften Terrains.

Mit Genehmigung der Versammlung vom 17. October 1901 — Seite 220 des Berichtes — hat der Magistrat von dem Hattensauer'schen Grundstücke an der Okerstraße den noch verfügbar gebliebenen Bauplatz zu 10,55 a zum Preise von 24500 M an den Kaufmann Adolf Fuhrmann verkauft. Inzwischen hat Letzterer das Terrain in drei einzelnen Theilflächen weiter verkauft. Eine dieser Theilflächen in der Größe von 2,98 a ist von der angrenzenden Lessingloge erworben worden. Während Herr Fuhrmann von dem Kaufpreise 17579,82 M am 1. März d. Jz. an die Stadt bezahlt hat, hat derselbe bezüglich der Restsumme von 6920,38 M mit der Lessingloge das Abkommen getroffen, daß diese als directe Käuferin der Stadt gegenüber auftritt. Die Lessingloge ersucht nun, zu dieser Schuldübernahme die Genehmigung zu erteilen und bittet gleichzeitig, ihr den Kaufpreis auf sechs Jahre mit der Maßgabe zu stunden, daß die Tilgung der Schuld innerhalb jener Frist ihrem Ermessen überlassen bleibe, daß aber der

jeweils rückständige Betrag vom 1. März 1902 ab mit $3\frac{1}{2}\%$ zu verzinsen sei. Die Auflassung wird bis nach erfolgter Abtragung des Kaufpreises verschoben. Unter näherer Begründung ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die betr. Fläche der Lessingloge direct aufgelassen und der Kaufpreis dem Antrage der Loge gemäß gestundet werde.

Nach dem Berichte des Herrn Lord beantragt die Finanz-Commission, dem Antrage Folge zu geben.

Der Herr Vorsitzende nimmt an, daß die Abtretung der Fläche unter der Bedingung erfolge, daß eine weitere Veräußerung derselben nicht stattfinden dürfe.

Herr Bürgermeister Metemeyer erwidert, daß diese Bedingung nicht gestellt sei. Er halte es für richtig, daß die Loge der Stadt den vollen Kaufpreis durch Caution sicher stelle.

Der Herr Vorsitzende will vorschlagen, die Ueberweisung der Fläche an die Loge unter der Bedingung zu genehmigen, daß die Loge während der Stundung der Kaufsumme auch im Besitze des Grundstücks verbleibe.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit dieser Modification angenommen.

XVI. Anschaffung einer Schreibmaschine.

Zum Erfolge für eine der Kanzlei entzogene Arbeitskraft bringt der Magistrat die Anschaffung einer Schreibmaschine in Vorschlag, da ein geübter Maschinenschreiber das Zwei- bis Dreifache der Arbeit eines Federsehreibers zu leisten vermöge und das Verhältniß sich zu Gunsten des Maschinenschreibers noch mehr verschiebe, wenn man berücksichtige, daß mit der Maschine gleichzeitig drei Ausfertigungen desselben Schriftstücks in sauberster Weise angefertigt werden können. Der Anschaffungspreis einer Schreibmaschine, für welche das System Post empfohlen wird, beträgt einschließlich eines Tisches und Verschlusstaftens etwa 475 M. Vom Magistrate wird ersucht, dem Ankaufe einer Schreibmaschine unter Bewilligung der erforderlichen Kosten zuzustimmen.

Wie Herr Lord berichtet, ist die Finanzcommission der Ansicht, daß dem Antrage zu willfahren und der Magistrat sogar zu ersuchen sei, die Verwendung der Schreibmaschine auch in anderen städtischen Verwaltungszweigen immer mehr einzubürgern. Da indessen von zwei Mitgliedern der Finanzcommission empfohlen sei, nicht die Post-, sondern die Underwood-Maschine, deren Anschaffungspreis etwa 500 M betrage, zu beschaffen, so beantrage die Commission, die Bewilligung von 500 M mit der Maßgabe zu beschließen, daß dafür eine Underwood-Maschine beschafft werde.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt, die letztere Bedingung nicht zu stellen, da die Ansichten über die beste Schreibmaschine weit auseinandergehen.

Nach weiterer eingehender Besprechung dieses Punktes, an welcher sich die Herren Lord, Bürgermeister Ketemeyer, Wagner, Löschigk, Lange, Sander und Südel theilnehmen,

wird beschloffen, dem Magistrate die Summe von 500 M zur Beschaffung einer Schreibmaschine zu bewilligen, ihm aber die Wahl des Systems freizustellen.

XVII. Verwendung eines Vermächtnisses.

Der früher hier wohnhafte und im vorigen Sommer in Goslar verstorbene Fabrikant Hugo Luther hat der Armen- und Wegebetterungscasse letztwillig 2850 M vermacht. Einen gesetzlichen Anspruch auf dieses Legat hatte die genannte Cassc nicht, weil das zu Grunde liegende Testament nicht beim Amtsgericht Braunschweig, sondern beim Amtsgericht Goslar hinterlegt gewesen und publicirt worden ist. Dieser Umstand, sowie die Höhe der Summe veranlassen den Magistrat, die Versammlung zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß von dem legitirten Betrage der Armen- und Wegebetterungscasse nur 850 M überwiesen werden, der Rest mit 2000 M aber zur Vermehrung des Fonds der Herzoglichen Gelder verwandt wird. Die Einkünfte aus diesem Fonds dienen zur Unterstützung nicht recipirter Armer und ist eine Erhöhung derselben in hohem Maße erwünscht.

Wie der Herr Vorsitzende berichtet, liegen rechtliche Bedenken gegen diesen Antrag nicht vor, weshalb dessen Genehmigung anheimgegeben wird.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XVIII. Herstellung verschiedener Anlagen für das Wirthschaftsgebäude im Bürgerparke.

Der Restaurateur Struß hat gebeten, für das Wirthschaftsgebäude im Bürgerparke bessere Abortanlagen beschaffen zu lassen. Im Einvernehmen mit der Parkdeputation hält der Magistrat diesen Antrag für begründet und hat ein Project ausarbeiten lassen, das eine Ausgabe von 6600 M erfordert, welchen Betrag der Pächter mit 4 % verzinsen will. Außerdem hat sich die Schaffung einer ordnungsmäßigen Entwässerungsanlage für das Parkhaus als unumgänglich nothwendig herausgestellt, da die zum Auffangen des Schmutzwassers hergerichtete Grube seit der größeren Ausdehnung des Wirthschaftsbetriebes nicht mehr genügt. Ein Theil der Schmutzwässer ist, wie dem Magistrate erst jetzt bekannt geworden, mittels eines besonderen Rohrstranges, den wahrscheinlich der frühere Pächter hat verlegen lassen, der Oker zugeführt worden, welcher Zustand natürlich sofort abgestellt werden muß. Es wird daher empfohlen, das Parkhaus mittels eines besonderen 25 cm weiten Rohrstranges an den im Bürgerparke hergerichteten Abzugscanal anzuschließen und nicht Streuclosets, sondern Wasserclosets herzurichten, den Rohr-

strang auch nicht unmittelbar neben dem Filter IV, sondern 20 Meter davon entfernt zu verlegen. An diesen Canal könnte dann auch das Nebengebäude an der Ostseite des Parkhauses angeschlossen werden; ebenso würde in den Canal das Wasser von den benachbarten Parkwegen und von dem neben dem Kinderspielfeld anzubringenden Wasserzapfhahn abgeleitet werden können. Eine Verzinsung dieser, zu 3900 M veranschlagten Kosten kann billigerweise von dem Pächter nicht verlangt werden. Die Versammlung wird ersucht, beide Projecte zu genehmigen und die Kosten mit zusammen 10 500 M zu bewilligen.

Namens der Baucommission beantragt Herr Frühling, der Vorlage zuzustimmen. Wenn die Veranschlagung auch reichlich hoch erscheine, so sei die Commission doch nicht in der Lage gewesen, Abstriche vorzunehmen.

Herr Böschigt ist auch der Ansicht, daß die Forderung des Magistrats sehr hoch sei, wenn er auch nicht sagen könne, wo sich Ersparnisse anbringen lassen.

Herr Nieß hat bei Durchsicht des Kostenanschlages gefunden, daß aus der Anbringung hoher Fundamente, welche eine Menge Mauerwerk erfordern, sich die hohen Kosten theilweise erklären.

Nach einigen weiteren erläuternden Bemerkungen des Herrn Frühling wird der Vorlage zugestimmt.

XIX. Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage für die Gewerbeschule.

Die von der städtischen Bauverwaltung hinsichtlich der Herrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage für die Gewerbeschule angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß statt der Glühlampen die theilweise Verwendung von Kernstlampen empfohlen werden kann. Bei der Wahl dieser Lampen würde sich ein Vortheil von 25 % in den Beleuchtungskosten erreichen lassen. Die Verwendung der sogenannten Bremer Lampe ist auf absehbare Zeit für die Beleuchtung von Innenräumen ausgeschlossen, weil deren Licht rothgoldig und außerdem unruhig ist. Sollte es mit der Zeit gelingen, diese Bogenlampen durch Anwendung besonderer Mittel für die Innenbeleuchtung tauglich zu machen, so können voraussichtlich die für die Beleuchtung der Zeichensäle vorgesehenen Bogenlampen auch diese Aenderung ohne große Kosten erfahren. Die gesammten Leitungsanlagen sind überhaupt derartig angenommen, daß dieselben ohne Aenderungen für alle Lampensorten verwendet werden können. Die Zahl der in Aussicht genommenen Bogenlampen kann nach nochmaliger Prüfung von 64 auf 50 herabgesetzt werden, ebenso ist es möglich, die Ansätze bezüglich der Drahtleitungen herabzusetzen. Nach dem neuen Kostenanschlages sind für die Beleuchtung der ganzen Schule, einschließlich der Räume für den Kunstgewerbeverein, 16 600 M aufzuwenden, während die Betriebskosten dieser Beleuchtung, ausschließlich der Räume für den Kunstgewerbeverein,

14 M für die Stunde betragen sollen. Der Magistrat giebt anheim, diesem Beleuchtungsprojecte zuzustimmen und die zur Ausführung desselben erforderlichen 16 600 M zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Lange ist die Vorlage von der Schulcommission eingehend geprüft worden. Die Betriebskosten dieser Anlage werden unter Zugrundelegung des Einheitsjahres von 14 M pro Brennstunde jährlich 6125 M für den Strom und außerdem für Kohlenstifte zc., sowie bei Anrechnung einer Amortisation von 10 %, noch 1900 M, zusammen also 8025 M betragen. Die Höhe dieser Kosten habe in der Commission ernste Bedenken hervorgerufen und zu einer sehr regen Aussprache geführt, jedoch sei von der städtischen Bauverwaltung in Uebereinstimmung mit dem Ingenieur Berg und den Herren, welche die Studienreise unternommen haben, erklärt worden, daß in der Vorlage das Beste, Zweckmäßigste und Vornehmste auf dem Gebiete der elektrischen Beleuchtung einer Zeichenschule geboten werde und von einer anderen Beleuchtungsart nicht die Rede sein könne. In Anbetracht dieser Erklärung und da die Versammlung auch beschlossen habe, elektrische Beleuchtung einzuführen, außerdem aber die städtische Bauverwaltung zugesichert habe, daß eventuell später noch bessere Vogenlampen eingestellt werden könnten, sowie, daß eine etwa noch wünschenswerthere Lichtvertheilung leicht und ohne besonders große Kosten ausführbar sei, habe die Commission ihre Bedenken fallen gelassen und empfehle der Versammlung die Magistratsvorlage zur Annahme.

Diesem Antrage wird zugestimmt.

XX. Antrag Böschigt u. Gen.: Verbreiterung der Okerbrücken.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu veranlassen, die Herzogliche Landesregierung zu ersuchen, die Brücken am Petri-, Wenden-, Fallersleber-, Stein-, August- und Wilhelmithore dem jetzigen Verkehr entsprechend zu verbreitern.“

Wie Herr Böschigt ausführt, hat der Antrag allgemeine Zustimmung in der Versammlung gefunden, so daß er zu dessen Begründung nichts mehr zu sagen brauche. Die sämtlichen vorbezeichneten Okerbrücken seien für den heutigen lebhaften Verkehr zu eng und bedürften der Verbreiterung.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baucommission zur Vorberathung.

XXI. Aufhebung eines Theiles der Kl. Hagenstraße.

In Folge Ausbaues des Altemwiekringes ist die südliche Theilstrecke der Kleinen Hagenstraße zwischen Berg- und Husarenstraße entbehrlich geworden und

kann aufgehoben werden. Nach längeren Verhandlungen ist es gelungen, das Einverständnis der Anlieger mit dieser Maßnahme zu erzielen. Dieselben haben der Aufhebung der fraglichen Straßenstrecke unter der Bedingung zugestimmt, daß dem Tischlermeister Glitz eine 133 qm haltende Wegefläche zum Einheitspreise von 6 M, dem Steinhauermeister Spelge eine 76 qm große Fläche zu demselben Preise und den Eheleuten Bischoff in Ansehung einer 297 qm großen Wegefläche und des zwischen dieser und der Ringstraße gelegenen städtischen Terrains ein Vorkaufsrecht eingeräumt und das betr. Gesamtterrain stadtheitig eingefriedigt werde. Von dem letzteren Terrain soll zuvor noch eine 4 qm große Fläche dem p. Glitz zum Einheitspreise von 10 M überlassen und dagegen von seinem angrenzenden Grundstück eine 1 qm große Fläche dem städtischen Terrain zugelegt werden. Herr Glitz wird die ihm überlassenen Flächen am 1. Juni 1902 baar bezahlen, während dem Herrn Spelge die Abtragung des Kaufpreises in vierteljährlichen Raten von 30 M zugestanden ist. Unter eingehender Begründung des Antrages wird die Versammlung ersucht, die Aufhebung der vorgedachten Straßenstrecke und das mit den Anliegern vereinbarte Abkommen zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Frühling berichtet, geschieht.

XXII. Anlegung einer Privatstraße an der Leonhardstraße.

Der Malermeister Wulf und der Maurermeister Gentel beabsichtigen, behufs Errichtung mehrerer Wohngebäude auf dem ehemals Fehje'schen Grundstück *N. ass.* 4259 an der Leonhardstraße eine Privatstraße anzulegen. Der Magistrat hat mit den Genannten zu dem Zwecke einen Vertrag abgeschlossen und giebt anheim, denselben zu genehmigen, sowie der Zulassung der Straße zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Frühling die Vorlage namens der Baucommission zur Annahme empfohlen hatte.

XXIII. Antrag Brückmann: Einführung hauswirthschaftlichen Unterrichts an den unteren Bürgerschulen.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, durch die um drei Mitglieder zu verstärkende Schulcommission Untersuchungen anstellen zu lassen, ob hier für die ersten Mädchenklassen der unteren Bürgerschulen die Einführung eines obligatorischen hauswirthschaftlichen Unterrichts erwünscht und mit welchen Mitteln durchführbar ist.

Ferner wird die sofortige Wahl von drei Mitgliedern zur Verstärkung der Schulcommission beantragt“.

Zur Begründung führt Herr Brückmann etwa Folgendes aus: Unter den vielen Aufgaben, welche man sich gestellt habe, um das Loos der arbeitenden Bevölkerung lindern und bessern zu helfen, sei die erfolgreichste und dankbarste die Hebung der Bildung und Erziehung dieser Volksklasse. Während die Regierung bereit sei, der heranwachsenden männlichen Jugend eine besondere Fürsorge zu widmen, sehe es mit der weiblichen Jugend in diesem Punkte noch traurig aus. Dieselbe befinde sich nach dem Verlassen der Schule entweder in dienender Stellung, oder wandere in eine Fabrik, und wenn die jungen Mädchen daran denken können, einen eigenen Haushalt zu gründen, stehe es mit ihren hauswirthschaftlichen Kenntnissen so herzlich schlecht, daß die junge Frau oft nicht mit solchen Kenntnissen ausgerüstet sei, um einen ordnungsmäßigen, sparsamen und zufriedenen Haushalt führen zu können. In dem Worte, „die Liebe des Mannes zur Frau geht durch den Magen“, liege eine sehr beherzigenswerthe Wahrheit. Der hier angeregten Frage sei man in vielen anderen Städten schon nähergetreten und nehme in dieser Beziehung Cassel eine führende Stellung ein. Dort würden die Lehrerinnen für solchen Unterricht besonders ausgebildet und habe neulich das erste staatliche Examen stattgefunden. In Hamburg habe eine Dame den Unterricht in den unteren Volksschulen eingerichtet und werde derselbe vermuthlich officiell eingeführt werden, da die Bürgerschaft sich schon mit der Sache befaßt und eine Commission zur Prüfung der Frage eingesetzt habe. Auch der Stadtrath Sombart in Magdeburg habe sich sehr günstig über solchen Unterricht geäußert. Er bitte um Unterstützung des Antrages.

Der Antrag findet genügende Unterstützung, auch erklärt sich die Versammlung mit der sofortigen Wahl von drei weiteren Mitgliedern zur Schulcommission einverstanden.

Gewählt werden die Herren Brückmann, Günther und Löschigt, und wird der Antrag der um diese drei Herren verstärkten Schulcommission zur Vorberatung überwiesen.

XXIV. Antrag Ahmann: Benutzung des städt. Arbeitsamtes.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß er sämmtlichen ihm unterstellten städtischen Geschäftsstellen die Anweisung giebt, soweit solche Personal bedürfen, welches vom hiesigen städtischen Arbeitsamte vermittelt werden kann, auch von demselben anzufordern“,

führt Herr Ahmann aus, daß es nicht in der Absicht des Antrages liege, die städtischen Geschäftsstellen zu veranlassen, alles Personal von dem Arbeitsamte zu entnehmen, sondern nur solches, welches das Arbeitsamt vermittele. In dem

zweiten Geschäftsberichte über das Arbeitsamt werde geklagt, daß dasselbe von den Arbeitgebern zu wenig benutzt werde; wenn aber der Magistrat selber sich nicht bereit finde, die Vermittelung des Amtes in Anspruch zu nehmen, dann dürfe er sich auch nicht über die mangelnde Betheiligung anderer Arbeitgeber wundern. Der Leiter des Arbeitsamtes scheine in dem Geschäftsberichte eine andere Meinung zu vertreten, als in der Versammlung, wenn derselbe jetzt erkläre, es sei nicht möglich, das Arbeiterpersonal von dem Arbeitsamte zu entnehmen. Den Magistrat möchte er bitten, von diesem Standpunkte abzukommen und den sonstigen Unternehmern mit einem guten Beispiele voranzugehen, damit diese sich überzeugen können, daß sie durch das Arbeitsamt ebenso gute Leute erhalten, als durch Umfrage. Neulich habe Jemand für die private Vermittelung einer Stelle, welche 16 M Wochenlohn bringe, 10 M Honorar bezahlen müssen, welchem Uebelstande abgeholfen werden müsse.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Statutencommission zur Vorberathung.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

1901|1902.N^o 15.

Bericht

über die

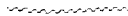
Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 27. März 1902.



Tagesordnung:

I. Stadthaushaltsplan für 1902/1903	Seite 400
II. Gemeinde-Kirchensteuer für 1902/1903	419
III. Zahlung von Legaten aus dem Woltagschen Nachlasse	419
IV. Antrag Ahmann: Benutzung des städt. Arbeitsamtes	420
V. Einsprachen gegen den Ortsbauplan in der Nähe des Nordbahnhofes	424



Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Meyer und von Frankenberg, sowie Regierungs-Asseffor Pingel.

Entschuldigt die Herren Buchler, Ebeling, Kathe, Koch, Nieß und Ohlendorf.

Die Versammlung leitet der Vorsitzende, Herr Semler.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht Herr Stadtrath Haake der Versammlung seinen Dank aus für die Wiederwahl zum unbefoldeten Magistratsmitglieder.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Stadthaushaltsplan für 1902/1903.

Namens der Finanzcommission, welche den Stadthaushaltsplan in Anwesenheit einer größeren Anzahl weiterer Mitglieder der Versammlung vorberathen hat, berichtet Herr Südel: Troßdem fast in jedem einzelnen Capitel eine Erhöhung der Ausgaben festzustellen sei, schließe der Haushaltsplan doch ohne einen Fehlbetrag ab. Das sei einerseits der außerordentlichen Vorsicht zu danken, mit welcher die Ausgaben eingestellt seien — habe man doch nicht einmal für den Bürgerpark irgend welche Summe ausgeworfen —, andererseits aber auch dem Umstande, daß der nunmehr abgeschlossene Haushaltsplan von 1900/1901 statt des veranschlagten Fehlbetrages von 56 000 M einen erheblichen, in diesen Etat übernommenen Ueberschuß zu verzeichnen habe.

I. Etat der Cämmereicasse.

A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Cämmereivermögen:

Einnahme 197 700 M.

Ausgabe 720 100 M.

Zu dem Posten 1 g „Pacht vom neuen Rathhauskeller 5000 M“ bemerkt Herr Südel, daß angenommen sei, der Keller werde am 1. October in Pacht gegeben werden können.

Herr Rieke möchte im Hinblick auf die ausgeworfene Pachtsumme bitten, dem früher ausgesprochenen Wunsche gemäß bei der Verpachtung des Rathhauskellers mehr auf den Mann, als auf das Höchstgebot zu sehen, damit das Unternehmen auch lebensfähig sei und der Stadt zum Wohle gereiche. Selbstredend müsse so viel erhoben werden, daß die Verzinsung und Amortisation des angelegten Capitals gedeckt werde.

Herr Südel muß es für richtig halten, die Summe so hoch wie geschehen einzustellen, weil sonst die Angebote nach unten gedrückt werden würden. Außerdem siehe ja auch den Stadtverordneten die Befugniß zu, demnächst den geeignet erscheinenden Pächter auszuwählen. Eine Amortisation des Anlagecapitals von 1 % genüge aber durchaus nicht, sondern der Procentfuß müsse erheblich höher angesetzt werden.

Herr Löschigk möchte fragen, ob der Rathhauskeller auch wirklich zum 1. October d. Js. in Betrieb genommen werden könne, oder ob möglicherweise noch eine Verzögerung eintreten werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß darauf eine bestimmte Antwort nicht gegeben werden könne, wenn der Magistrat auch erhoffe, daß der Keller zu dem Zeitpunkte fertiggestellt sein werde.

Herr Lange möchte eine bestimmtere Antwort auf die Frage haben. Dem Vernehmen nach solle die Einrichtung für den Rathhauskeller in diesen Tagen erst bestellt sein, während er nach den früheren Verhandlungen angenommen habe, daß die Arbeiten nach der Bewilligung der Gelder sofort in Angriff genommen würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels will dazu bemerken, daß der betr. Beschluß erst vor wenigen Wochen gefaßt sei und vorher ein Auftrag nicht hätte gegeben werden können. Sobald dem Magistrate der Beschluß der Versammlung officiell mitgetheilt sei, habe die städt. Bauverwaltung Auftrag erhalten, in entsprechender Weise vorzugehen. Mehr habe sich in der Sache nicht thun lassen.

Herr Rieke will zur Erwägung vorstellen, ob sich die Akustik im Sitzungssaale nicht dadurch bessern lasse, daß die Sitze der Stadtverordneten im Halbmond dem Vorsitzenden gegenüber angeordnet und einige Vorhänge im Saale angebracht würden.

Wie Herr Fiedel bemerkt, ist unter Ibd. N^o 5, a, 24 das Kaufgeld für das Ackerstück an der Giersbergstraße, welches vom Wasserwerke an das Stadtvermögen zu zahlen sei, mit 44424 M. neu hinzugekommen. Daraus ergebe sich, daß die Summe, welche aus dem Stammcapitale zusammengezogen sei und die nur die zinstragenden Immobilien umfasse, in diesem Jahre ganz erheblich höher sei, als in früheren Jahren; jedoch werde die Summe in den nächsten Jahren sich wieder um die zurückgezahlten Beträge vermindern. Da dieses ein undeutliches Bild ergebe, so habe die Finanzcommission mit dem Magistrate vereinbart, daß in Zukunft das Capital aus dem Stammvermögen hier nicht mehr zusammengezogen, sondern mit dem Vorrathsvermögen addirt werden solle und in einer besonderen Bemerkung die Höhe des Stammvermögens angegeben werde.

Herr Sander ersucht, den schon bei der Berathung des vorjährigen Stats ausgesprochenen Wunsch auf Beleuchtung der Rathhausuhr während der Nacht zu erfüllen.

Herr Rieke möchte in Bezug auf den unter 1, a, dd der Ausgabe — Seite 3 des Haushaltsplanes — aufgeführten Posten von 9175 M. für die Instandsetzung des Altstadt-Rathhauses bemerken, daß er mit der bezüglich, noch nicht berathenen Magistratsvorlage nicht in allen Punkten einverstanden sei. In dem Altstadt-Rathhause müßte hinsichtlich der Feuerficherheit mehr als bisher geschehen. Eine Besichtigung des Altstadt-Rathhauses habe nämlich ergeben, daß dort ein unglaublicher Zustand herrsche. Aus diesem Grunde eruche er, zunächst nur das Nothwendigste zu machen und alles Andere zurückzulassen. Jedenfalls müßte vor allen Dingen etwas für die Feuerficherheit geschehen, auch empfehle es sich, daß die Stadtbaumeister die Beaufsichtigung über ein solches Haus nicht nur auf den Saal, sondern auch auf alle anderen Sachen ausdehnen, damit man wenigstens die

Treppen vor Stroh zc. erkennen könne und dort nicht Zustände herrschen, wie sie bei einem Lumpenhändler nicht schlimmer sein könnten. In dem Etat sei auch ein Posten von 3000 M. vorgesehen für die Beschaffung der Beleuchtungskörper, Leitungsanlagen nebst Zubehör zc. zu einer elektrischen Illumination der Lauben des Altstadt-Rathhauses und werde die Forderung damit begründet, daß sich die Verwendung elektrischer Glühkörper statt der Gasflämmchen zur Erhöhung der Feuerficherheit des Gebäudes empfehle. Das möge an sich richtig sein, wer stehe aber dafür, daß bei der elektrischen Leitung die Feuergefährlichkeit durch Kurzschluß nicht noch größer werden könne? Wenn man meine, dadurch eine Erweiterung des Fremdenverkehrs zu erzielen, so bezweifle er das, zumal die Fremden sich das Rathhaus bei Tage ansehen könnten, und er auch nicht wisse, ob es richtig sei, größeren Vereinigungen, wie dem Juristentage, dem Naturforschertage zc. eine Zusammenkunft im Altstadt-Rathhause zu gewährleisten, während man einem socialdemokratischen Parteitage die Erlaubniß wahrscheinlich nicht ertheilen werde. Da in diesem Hause schon so viel Geld verpulvert sei und er es nicht für richtig halten könne, noch weitere Anlagen dort zu machen, so ersuche er, diese Position des Etats abzulehnen.

Herr Frühling will dazu bemerken, daß diese Sache die Baucommission schon seit längerer Zeit beschäftige und dieselbe meine, das vorgelegte Project wegen der Feuergefährlichkeit nicht empfehlen zu können. Da indessen die Angelegenheit noch nicht behandelt sei und man sich erst noch ein Bild darüber machen müsse, wie den Uebelständen wirksam abgeholfen werden könne, so bitte er, heute nicht in eine Specialberathung darüber einzutreten, sondern die Sache gelegentlich der Berathung der betreffenden Magistratsvorlage endgiltig zu behandeln.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte bitten, die Etatsposition stehen zu lassen, jedoch mit der Einschränkung, daß sie erst nach vorgängiger Beschlußfassung der Versammlung zur Ausgabe gelangen dürfe.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Die Position 5a, 3 auf Seite 13 des Etats ersucht Herr Fiedel von 10 500 M. auf 10 000 M. zu ermäßigen, und dafür die Pos. 5a, 12 auf Seite 17 von 52 000 M. auf 52 500 M. zu erhöhen.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Cap. II wird unausgefüllt geführt.

Cap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 509 196 M.

Ausgabe 1 487 396 M.

Dieses Capitel wird erst später erledigt.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —.

Ausgabe 18 800 M.

Hierzu beantragt Herr Stegmann, dem hiesigen Gewerkschaftskartell zur Abhaltung gemeinwissenschaftlicher Vorträge 500 M zu bewilligen und führt zur Begründung aus, daß sich seit Jahren das Bedürfniß gezeigt habe, die Bildung der Arbeiter zu verbessern und zu diesem Zwecke auch vor drei Jahren von einem Privatgelehrten Vorträge gehalten seien, die sich eines guten Besuches zu erfreuen gehabt haben. Da nun auch die volksthümlichen Hochschulkurse bedauerlicherweise in diesem Winter nicht mehr abgehalten seien, das Gewerkschaftskartell aber die an deren Stelle im letzten Winter eingerichteten Kurse wegen der hohen Kosten nicht mehr wiederholen könne, so ersuche er, die beantragte Summe noch in den Etat einzustellen. Er hoffe auf eine Zustimmung zu dem Antrage um so mehr, als die Stadt auch zu den Hochschulkursen 1000 M beigesteuert habe und die Vorträge geeignet seien, zur allgemeinen Bildung beizutragen. Da die Sache sehr einfach liege, bitte er um sofortige Berathung des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Pockels will empfehlen, den Antrag commissarisch vorzubereiten, da er auf den Abschluß des Etats keinen Einfluß ausübe und die Sache doch vielleicht nicht so einfach liege, wie der Herr Antragsteller meine.

Der genügend unterstützte Antrag wird im Einverständniß mit dem Antragsteller der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

Cap V. Armenpflege:

Einnahme 147 700 M.

Ausgabe 448 900 M.

Cap. VI. Gesundheitswesen:

Einnahme 3100 M.

Ausgabe 9350 M.

Der Antrag des Herrn Lange, dem äußerst wohlthätig wirkenden Samaritervereine eine Beihilfe von 150 M zu gewähren, wird zurückgezogen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß in den Etat für Wohlfahrts Einrichtungen schon eine entsprechende Summe eingestellt war.

Herr Löschigk möchte zu Pos. 7 „Anschaffung eines Krankentransportwagens 2000 M“, bitten, die Benutzung des jetzigen Sanitätswagens nicht unter allen Umständen davon abhängig zu machen, daß die Transportkosten sofort und vor der Benutzung bezahlt werden. Hoffentlich werde der neue Krankentransportwagen auch etwas anders und zwar zweckmäßiger eingerichtet, als der jetzige Sanitätswagen, damit die Kranken nicht während des Transportes so furchtbare Schmerzen auszustehen haben.

Herr Altmann möchte bitten, der Frage der Einstellung von Schulärzten endlich näher zu treten, wie das in vielen Städten bereits geschehen sei. Im Königreiche Sachsen habe das Medicinalcollegium die allgemeine Ueberwachung der Schulkinder durch Aerzte gefordert und sei dort constatirt worden, daß 25,9 %

aller Schulkinder an den Augen gelitten haben. Die Kosten seien auch nicht so hoch, um davor zurückschrecken zu müssen, denn in Leipzig haben dieselben nur 12 $\frac{1}{2}$ S. pro Kind betragen. Er behalte sich vor, in nächster Zeit einen bezüglichen Antrag zu stellen.

Herr Stadtrath Meyer will auf die Ausführungen des Herrn Böschigt erwidern, daß dem Magistrate bekannt geworden sei, wie durch die Forderung vorheriger Zahlung der Transportgebühr eine Verzögerung in dem Transporte eines Kranken eingetreten sei. Das Verfahren des betr. Begleiters sei in dem vorliegenden Falle zu mißbilligen, weil die Ueberführung des Kranken in das Krankenhaus ärztlich angeordnet gewesen sei. Ebenso habe der Magistrat Kenntniß davon, daß für manche Kranke der Transport in dem Wagen äußerst schmerzhaft sein solle, jedoch lasse sich das nicht ohne Weiteres abstellen, weil es in der Construction des Wagens liege, der j. B. nach den damaligen Erfahrungen erbaut worden sei. Für manche Kranke könne schon die leiseste Erschütterung gefährlich und schmerzhaft sein, weshalb sich solche Nachtheile nie ganz abstellen lassen würden.

Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,87 M.

Ausgabe 2507,17 M.

Herr Peplies muß es für erwünscht halten, den Zuschuß zum Schützenfeste von 78 M. zu streichen, da wohl Niemand behaupten werde, daß das Schützenwesen dem öffentlichen Interesse diene. Mit Rücksicht darauf, daß behauptet werde, der Zuschuß müsse auf Grund verbrieften Rechtes geleistet werden, bitte er um Auskunft hierüber.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß es nach früheren Verhandlungen über diesen Punkt mindestens sehr zweifelhaft sei, ob die Stadt den Zuschuß leisten müsse oder nicht.

Herr Peplies will bei solcher Sachlage von der Stellung eines Antrages absehen, möchte jedoch bitten, den Zuschuß zur Sedanfeier abzulehnen. Seit dem Tage von Sedan seien nun mehr als 31 Jahre verflossen und es lasse sich nicht bestreiten, daß durch solche geräuschvollen Feste nach so langer Zeit das Gefühl des Besiegten immer von Neuem verletzt und die Spannung zwischen Franzosen und Deutschen künstlich genährt werde. Es könne aber nicht erwünscht sein, daß zwischen zwei Culturvölkern solche Spannung künstlich aufrecht erhalten werde, zumal sogar von maßgebender Stelle aus der Versuch gemacht werden solle, die Spannung zu beseitigen und ein gutes Einvernehmen zwischen dem deutschen und dem französischen Volke herzustellen. Diese Absicht werde indessen durch das geräuschvolle Sedanfest immer wieder vereitelt oder doch erschwert. Ziehe man den Zuschuß zurück, so werde die Feier ganz von selbst einschlafen.

Herr Lange bittet um Ablehnung des Antrages. Es sei kein Grund, die Position zu streichen, nur weil das Fest schon 31 Jahre gefeiert werde. Das Sedanfest sei hier im wahren Sinne des Wortes ein Volksfest geworden und es wäre zu bedauern, wenn das durch einen derartigen Beschluß unterdrückt werden sollte. Es lasse sich auch nicht annehmen, daß dadurch eine Spannung zwischen Deutschland und Frankreich herbeigeführt oder aufrecht erhalten werde; wenn das aber doch ein Grund dazu sein sollte, so möge man es darauf ankommen lassen.

Herr Rieke muß dieses bestreiten. Wenn man nicht schon höheren Ortes die Wichtigkeit der von Herrn Peplies dargelegten Ansicht eingesehen hätte, würde nicht schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht sein, zuletzt namentlich als die französischen und die deutschen Krieger gemeinsam nach China gezogen seien. Heute liege die Sache aber an vielen Stellen so, daß Derjenige, welcher den „Sedanrummel“ nicht mitmachen wolle, leicht hinausfliege. Möge man ein Volksfest lieber auf anderer Basis ins Leben rufen.

Herr Löschnig begrüßt die Einstellung des Zuschusses für das Sedanfest in den Etat mit Freuden, obwohl er sonst nicht auf dem Standpunkte des Herrn Lange stehe. Es handle sich hier thatsächlich um ein Volksfest, an dem die Jugend mit den Angehörigen hinausziehe, und könne man sich leicht durch den Augenschein überzeugen, daß an dem Tage alle Schichten der Bevölkerung auf dem Plage vertreten seien. Die rege Betheiligung am Sedanfeste sei aber der beste Beweis dafür, daß Braunschweig noch nicht darauf verzichten wolle.

Herr Günther muß ganz entschieden bestreiten, daß es sich hier um ein Volksfest im wirklichen Sinne handle. Andererseits erscheine es auch noch sehr fraglich, ob die Herzogliche Polizeidirection das Fest überhaupt gestatten werde, weil neuerdings durch dieselbe der Zug gehe, alle Festlichkeiten, welche Gelegenheit bieten, viel Geld zu verbrauchen, zu verbieten. Richtiger würde es daher wohl sein, erst einmal bei der Herzoglichen Polizeidirection anzufragen, ob sie das Fest überhaupt gestatten werde. Im Uebrigen sei er der Meinung, daß es sich dabei um ein Fest größter Volksfreundlichkeit handle.

Der Antrag Peplies wird darauf abgelehnt.

Cap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 29 600 M.

Ausgabe 87 200 M.

Cap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 37 077,05 M.

Ausgabe 423 900 M.

Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 165 300 M.

Ausgabe 352 600 M.

Cap. XI. Gemeindesteuern und sonstige Abgaben:

Einnahme 2734 450 M.

Ausgabe 10100 M.

Die Beschlußfassung hierüber wird vorläufig zurückgestellt.

Cap. XII. Staatsbedürfnisse 2c :

Einnahme 40 720 M.

Ausgabe 47 500 M.

Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 43 500 M.

Ausgabe 357 400 M.

Herr Günther möchte beantragen, einen Posten für die Vervielfältigung der Magistratsvorlagen auszuwerfen. Bei dem jetzigen Verfahren wisse man häufig nicht, wenn man in die Sitzung komme, um was es sich handle und man erlange in manche Magistratsvorlagen auch durch das Referat nicht einen genügenden Einblick, weil man den Referenten bei der schlechten Akustik im Saale oft nicht genügend verstehe. Dem könnte dadurch begegnet werden, daß die Magistratsvorlagen wie in anderen Communen den Mitgliedern der Versammlung mit den Commissionsberichten schriftlich zugänglich gemacht werden, zumal man die Commissionsitzungen doch häufig nicht besuchen könne, einmal weil man deren Zeit nicht kenne, andererseits, weil es zu umständlich sei.

Herr Bürgermeister Netemeyer kann die Durchführung des Antrages nicht für nöthig halten, da viele Magistratsvorlagen so einfach und kurz seien, daß sie in zwei Minuten erledigt würden und deren Vervielfältigung keinen Zweck habe. Dagegen habe es der Herr Vorsitzende schon jetzt in der Hand, wichtigere Vorlagen vervielfältigen zu lassen. Wenn dann weiter gefordert werde, auch die Commissionsberichte zu vervielfältigen, so möchte er fragen, wer dieselben abfassen solle, da der Referent sich wohl dafür bedanken werde. Außerdem fänden die Commissionsberathungen immer erst kurz vor der Stadtverordneten-Sitzung statt, so daß der Commissionsbericht noch an demselben Abend aufgesetzt werden müßte, wenn man nicht eine ganz andere Geschäftspraxis einführen wolle.

Herr Südel muß die Anforderungen an die Mitglieder der Commissionen für zu weitgehend erachten und fürchtet, daß bei solcher Zumuthung bald keine Referenten mehr für die Commissionen zu haben sein würden.

Herr Günther will dazu bemerken, daß er die Abfassung des Commissionsberichtes dem Referenten nicht zugemuthet, sondern angenommen habe, es könne derselbe durch einen Magistratsschreiber, welcher der Commissionsitzung beizuwohnen habe, aufgesetzt werden. Letztere könnten auch schon 8 Tage vor der Sitzung der Stadtverordneten statifinden, um die Berichte noch frühzeitig genug den Stadtverordneten zugehen lassen zu können. Im Uebrigen meine er, daß nur die wichtigeren Sachen in der von ihm vorgeschlagenen Weise den Mitgliedern der Versammlung zugänglich gemacht werden sollen.

Der Herr Vorsitzende muß es für ein novum halten, wenn man einen Commissionsbericht von einem Schreiber abfassen lassen wollte.

Herr Blasius glaubt, daß man dem Wunsche des Herrn Günther vielleicht in der Weise entgegenkommen könne, daß auf den Einladungen der Zeitpunkt der Commissionsitzungen vermerkt werde.

Herr Meyerhoff muß Herrn Günther in der Beziehung beistimmen, daß es in manchen Fällen unangenehm sei, sich nicht vor der Sitzung über die eine oder andere Magistratsvorlage unterrichten zu können. Einem früher einmal gemachten Vorschlage gemäß empfehle er, im Rathhause eine Tafel anzubringen, auf welcher die Zeit der Commissionsitzungen vermerkt werde; außerdem könnte auch der Vorschlag des Herrn Blasius ausgeführt werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer hat gegen den Vorschlag des Herrn Blasius nur das Bedenken, daß die Commissionsitzungen meist nicht so früh angesetzt werden, um schon bei der Versendung der Einladungen zur Stadtverordnetenversammlung bekannt zu sein. Wenn dann aber, wie es häufig vorkomme, der Zeitpunkt einer Commissionsitzung geändert werde, müßte allen Mitgliefern der Versammlung davon Mittheilung gemacht werden. Wahrscheinlich genüge es auch, wenn auf einer im Rathhause anzubringenden Tafel der Zeitpunkt der Commissionsitzungen bekanntgegeben werde.

Herr Löschigt hält es für wichtig, wenn auf der Einladung hinter jedem Punkte der Tagesordnung vermerkt werde, welcher Commission der betr. Punkt zur Vorberatung überwiesen sei, da man dann durch das Telephon leicht den Zeitpunkt der betr. Commissionsitzung erfragen könne.

Damit wird der Gegenstand verlassen.

Herr Stegmann stellt sodann folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ermächtigen, auf Seite 71, Cap. XII, „Kosten des Gewerbegerichts 400 M“, eine weitere Summe von 200 M in den Etat einzustellen zur Delegation zweier Gewerbegerichtsbeisitzer (eines Arbeitgebers und eines Arbeitnehmers) zum nächsten Verbandstage Deutscher Gewerbegerichte“,

und begründet denselben wie folgt: Die Bedeutung der Gewerbegerichte werde jetzt auch in den Kreisen der Arbeitgeber mehr als früher gewürdigt und selbst die Regierung habe eingesehen, daß die Gerichte eine segensreiche Thätigkeit entfalteten, was schon daraus hervorgehe, daß dieselben im vorigen Jahre durch Gesetz obligatorisch eingeführt seien. Es bestehe nun ein Verband Deutscher Gewerbegerichte, welchem auch das hiesige Gericht angehöre. Merkwürdigerweise würden aber die Verbandstage von hier aus nicht besucht und zwar liege das daran, daß der Magistrat trotz mehrmaligen Antrages sich nicht habe entschließen können, eine Beihilfe zu den Reisefkosten zu leisten. Es unterliege wohl keinem Zweifel, daß der Besuch der Verbandstage für die Beisitzer von großem Nutzen sein würde, da deren Gesetzeskenntniß dadurch wesentlich gefördert werden könnte. Deshalb bitte

er um Einstellung der geforderten kleinen Summe in den Etat, indem er noch bemerke, daß nur alle zwei Jahre ein solcher Verbandstag stattfindet.

Herr Stadtrath von Frankenberg möchte empfehlen, den Antrag als einen selbstständigen zu behandeln, da die Feststellung des Etats nicht davon abhängt. Die Sache sei wohl der Erwägung werth, jedoch ließen sich mancherlei Gründe dafür und dawider anführen, was besser in der Commissionsberatung geschehen könne.

Der Antrag wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 114 136,28 M. Ausgabe 23 792,83 M.

Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 3 586 700 M.

B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.

I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 1 143 788,44 M. Ausgabe 111 188,44 M.

Anleihen 1 032 600 M.

II. Vorrathsvermögen und Vorschüsse:

Einnahme 10 000 M. Ausgabe 400 000 M.

III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke:

Einnahme 41 393,56 M. Ausgabe 10 501,56 M.

IV. Erstattete Vorschüsse, Bauten und öffentliche Anlagen:

Einnahme 223 118 M. Ausgabe 834 610 M.

Herr Göcke möchte anfragen, weshalb mit dem Ausbau des oberen Theiles des Bültengeweges noch nicht vorgegangen werde, obwohl die Anlieger schon verschiedentlich darum gebeten haben. Der Mittelweg und die Salzbadlumerstraße seien nicht in einem so schlechten Zustande gewesen, wie der Bültengeweg und trotzdem gehe man an dessen Instandsetzung nicht heran. Wenn der Ausbau wegen des damit verbundenen Terrainerwerbs auch seine Schwierigkeiten haben möge, so dürfe das doch kein Grund sein, eine derartig gut bebaute Straße in einem solchen Zustande zu belassen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Möglichkeit des Ausbaues des Bültengeweges vorliege, sofern andere Straßenbauten zurückbleiben sollen. Allzuviel Straßenbauten in den Etat aufzunehmen, habe keinen Zweck, weil die städt. Bauverwaltung außer Stande sei, eine größere Zahl von Straßen in einem Jahre fertig zu stellen. Außerdem werde der Ausbau durch den Grunderwerb, welcher oft Jahre dauere, häufig ungemein aufgehalten.

Auf die Frage des Herrn Kieke, weshalb die Bammelsburgerbrücke nicht im Etat aufgeführt sei, erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß die städt. Bauverwaltung hoffe, die Brücke bis zum Abschluß der Jahresrechnung für 1901/02 fertig zu stellen, sodaß der Etat für 1902/03 nicht mehr dabei in Frage komme.

Herr Wollenweber will darauf hinweisen, daß vom Jahre 1903 ab die Handwerkslehrlinge gezwungen sein würden, eine Handwerkerschule zu besuchen, und es sich empfehlen dürfte, schleunigst auf die Beschaffung eines Platzes für solche Schule Bedacht zu nehmen.

V. Insgemein:

Einnahme —. Ausgabe 62000 M.

Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 1418300 M.

2. Etats der mit der Cämmereicasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

I. Städtisches Rieselgut Steinhof:

Einnahme und Ausgabe 160000 M.

Wie Herr Fudel bemerkt, ist die Größe der bebauten Flächen des Rieselgutes an einzelnen Stellen geringer geworden. Das erkläre sich daraus, daß die Karten unrichtig gewesen und einzelne Differenzen mit den auf preussischem Gebiete gelegenen Besitzungen inzwischen ausgeglichen seien.

Die Anfrage des Herrn Böschigt, ob noch weitere Länderei verpachtet werden könne, oder ob es an den Pächtern dafür fehle, beantwortet

Herr Oberbürgermeister Pockels dahin, daß der Begleitbericht zum Haushaltsplane die gewünschte Aufklärung enthalte.

Herr Ohlmer will dazu noch bemerken, daß weiter keine Länderei verpachtet werden könne, weil auf die Unterbringung der Rieselwässer Rücksicht genommen werden müsse. Im vorigen Frühjahr habe man während der Bestellung einige Tage zu lange das Rieselwasser in die Bassins laufen lassen, worauf die Herzogliche Kreisdirection sofort dagegen Einspruch erhoben habe, obwohl das gerieselte Wasser besser gewesen sei, als das Okerwasser an der Stelle.

Anhang.

Betriebsplan der Abwässer-Pumpstation.

Einnahme und Ausgabe 33300 M.

II. Städtische Markthalle.

Einnahme 55000 M. Ausgabe 16000 M.

Ueberschuß 39000 M.

Herr Kieke möchte bemerken, daß die festen Winterstände in der Markthalle trotz des von der Versammlung ausgesprochenen Wunsches noch nicht durchbrochen

feien. Die Gänge zwischen diesen Ständen seien so eng, daß an den lebhafteren Markttagen sich dort der Verkehr nicht ordnungsmäßig abwickeln könne. Außerdem müßten die festen Stände an den Wänden angebracht werden, wenn sich der Stadtbaumeister Osterloh auch weigere, diese Aenderung vorzunehmen. Ferner beklagen sich die Inhaber der Stände gegenüber dem Eingange zum Restaurant, daß es dort so dunkel sei, um weder die Waaren noch die verschiedenen Geldsorten gut erkennen zu können, und es an der Stelle auch gewaltig ziehe und sehr kalt sei; es müßte dort also mehr Licht geschaffen und auch eine Schutzwand angebracht werden. Außerdem wünsche die Mehrzahl der Verkäufer, daß alljährlich um die Plätze gelooft werden möchte, damit auch der Schein einer Bevorzugung oder Vettermichelei vermieden werde. Wer ein Jahr auf dem besten Platze gegessen habe, müsse auch zufrieden sein, wenn er einmal einen weniger guten Platz erhalte. Der Stadt könne es aber nur zur Ehre gereichen, wenn sie die Markthalle so einrichte, daß beide Theile davon profitieren.

Herr Stadtrath Meyer muß die hier vorgetragenen Wünsche mehr oder weniger als berechtigt anerkennen und vermag namentlich nicht zu bestreiten, daß die Gänge zwischen den festen Ständen an verkehrreichen Tagen nicht ausreichen. Die Markthallen-Deputation sei auch in dieser Richtung schon mit bestimmten Vorschlägen gekommen, welche vom Magistrate acceptirt, in der Versammlung aber gescheitert seien, weil man hier wünsche, daß die Markthalle endlich einmal zur Ruhe kommen möchte, um sehen zu können, wie sich die Sache weiter entwickle. Bei dem Standpunkte der Versammlung hätte die Deputation natürlich zunächst nichts mehr thun können. Grundsätzlich stehe er hier indessen auf dem Standpunkte des Herrn Riefe.

Von einer Dunkelheit in der Nähe der Restauration habe er aber noch nichts bemerkt und auch nichts vernommen. (Herr Riefe: Bei Abendbeleuchtung.) Wenn es sich um eine Besserung der künstlichen Beleuchtung handle, so lasse sich das leicht prüfen und abstellen. Die Frage einer Heizung der Markthalle scheine ihm bedenklich zu sein, da wahrscheinlich nicht alle Verkäufer solche Wünsche haben würden; jedoch sei es nicht ausgeschlossen, daß die Verwaltung demnächst mit einem solchen Antrage kommen werde. Immerhin würden wohl die Verkäufer den Unterschied zwischen dem Aufenthalte in der Markthalle und auf den offenen Märkten anerkennen. Mit dem Verloosen der Plätze sei es eine eigene Sache. Während dieses Verfahren bei den Fischständen alle Vierteljahr durchgeführt sei, haben die Gemüsehändler demselben starken Widerstand entgegengesetzt, so daß man nicht ohne Weiteres die Hand dazu bieten könne, zumal auch die Schlachter gern ihren festen Stand behalten.

Herr Meyerhoff muß die Heizung der Markthalle fast für eine Unmöglichkeit halten, da die ungeheuer großen Glasflächen an den Wänden und im Dache

die Erwärmung der Halle vereiteln würden. Außerdem sei auch das ganze Dach nicht darnach construirt und müßte erst einmal dicht gemacht werden. Deshalb sollte man diese Frage ganz aus dem Spiele lassen. Bei starker Kälte müßte nur darauf gesehen werden, daß die äußeren Thüren immer wieder geschlossen würden, dann sei es in der Markthalle schon zu ertragen.

Herr Stadtrath Meyer würde ein hermetisches Verschließen der Halle für vollständig unzulässig halten, da sie sich gerade dadurch besonders vor vielen anderen Hallen auszeichne, daß sie lustig sei.

Herr Rieke möchte bitten, namentlich bei stürmischem Wetter darauf Bedacht zu nehmen, daß die äußeren Thüren geschlossen werden, weil man die Halle sehr viel als Durchgang benutze und hierdurch viel Zugluft entstehe. Sodann erscheine es ihm mangelhaft, daß die Käsekeller zu dicht bei den Schlachtermellern liegen, weshalb gewünscht werde, dort eine Zwischenwand aufzustellen.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß diese Sache bereits erledigt sei.

Ueber die nun folgenden Etats der städtischen Schulen hat Herr Hauswaldt die Berichterstattung übernommen.

III. Städtische Oberrealschule:

Einnahme und Ausgabe 124020 M. Städtischer Zuschuß 58800 M.

Der Zuschuß beträgt in den letzten drei Jahren für jeden einheimischen Schüler 130,20 M, bezw. 127,45 M, bezw. 122,80 M.

IV. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 116568 M. Städtischer Zuschuß 24200 M.

Für jedes einheimische Kind hat die Stadt in den letzten drei Jahren einen Zuschuß geleistet von bezw. 42,10 M, 30,62 M, 33,00 M.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Es dürfte von Interesse sein, zu erfahren, wie sich die Verhältnißverhältnisse der städtischen Schulen in der letzten Zeit gestaltet haben: Bei der höheren Mädchenschule sowohl, als auch bei der städtischen Mädchenschule sei ein verhältnißmäßig starker Andrang zu den mittleren und oberen Classen zu constatiren gewesen, wogegen bei beiden Schulen die Anmeldungen zu den untersten Classen sehr erheblich zurückgegangen seien. Namentlich liegen bei der höheren Mädchenschule erst 33 Anmeldungen für die unterste Classe vor, so daß die im Etat vorgesehene dritte Hülfsclasse zunächst nicht eingerichtet zu werden brauche. Nach einer Mittheilung des Directors der städtischen Bürgerschulen sollen die Anmeldungen zu den mittleren Mädchenschulen ebenfalls sehr gering sein, wogegen der Andrang zu den unteren Mädchenschulen sehr stark sein solle. Der Umschwung in diesen Verhältnissen liege wohl zum Theil in dem wirtschaftlichen Niedergange, zum Theil aber auch daran, daß die Eltern sich mehr und mehr scheuen, ihre Kinder schon in die untersten Classen der gehobenen Mädchenschulen

zu schicken. Zu einzelnen mittleren Classen der städtischen Mädchenschule sei dagegen der Andrang so stark gewesen, daß nicht sämtliche Anmeldungen haben berücksichtigt werden können, und sei der Schulvorstand der Meinung gewesen, daß hieraus kein Grund herzuleiten sei, sofort eine Reserveklasse einzurichten.

Herr Hauswaldt: Die Stadt gewinne durch die Einrichtung, daß für die unteren Classen der gehobenen Mädchenschulen dasselbe Schulgeld gezahlt werden müsse, wie für die oberen, ganz erheblich, wie folgende Berechnung zeige: Bei 9 unteren Classen der gehobenen Schulen mit je 40 Kindern zahle jedes Kind jährlich 95 M Schulgeld mehr, als wenn es denselben Unterricht in den mittleren Bürgerschulen genösse, was einen Unterschiedsbetrag von 34 000 M ergebe. Angesichts dieser Verhältnisse sei es wohl natürlich, daß die Leute ihre Kinder zuerst in die Bürgerschulen schicken. Wenn sich das so fortsetze, werde nichts Anderes übrig bleiben, als das Schulgeld für die unteren Classen der gehobenen Mädchenschulen herunterzusetzen.

Herr Südel: In der Finanzcommission sei hervorgehoben, daß unsere städtischen Lehrer mit akademischer Bildung nicht mehr auf einer gleichen Gehaltsstufe mit den betr. staatlichen Lehrern stehen und dieser Umstand bei der Anstellung neuer Lehrer erhebliche Schwierigkeiten machen könnte. Wenn nun auch die betr. städtischen Lehrer mit ihren jetzigen Gehaltsverhältnissen durchaus zufrieden seien, so habe doch der Herr Oberbürgermeister Bockels erklärt, daß er die Sache im Auge behalten werde.

V. Lehrerinnen-Seminar:

Einnahme und Ausgabe 6500 M. Städt. Zuschuß 2400 M.

VI. Städtische Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 75 538 M. Städt. Zuschuß 34 400 M.

VII. Städtische Bürgerschulen:

Einnahme und Ausgabe 1 087 370 M. Städt. Zuschuß 837 000 M.

Herr Hauswaldt möchte hierzu Folgendes erläuternd bemerken: Die im Etat vermerkte Anzahl der Schulkinder sei diejenige des letzten Jahres. Angenommen seien für 1900/01 15 772 Kinder, während in Wirklichkeit deren 15 795 vorhanden gewesen seien. Für das Jahr 1901/02 habe man 16 288 Kinder angenommen und zwar 9078 (gegen 8646 des Vorjahres) für die unteren Bürgerschulen und 7008 (gegen 6945 des Vorjahres) für die mittleren Bürgerschulen, sowie 202 (gegen 204) für die Hilfsschule. Von diesen Kindern seien 98,7 % evangelisch, 1 % römisch-katholisch und 0,3 % jüdisch und dissidentisch. Die gesamten Kosten der Bürgerschulen belaufen sich auf 1 087 370 M, gegen 1 059 342 M des Vorjahres und leiste der Staat hierzu eine Beihilfe von 68 000 M, während das Schulgeld 174 136 M und der Zuschuß der Gammereicasse 837 000 M (gegen

812500 M des Vorjahres) betragen. Trotz des größeren Zuschusses der Cämmereicasse belaufen sich die stadtseitigen Kosten eines Kindes in diesem Jahre nur auf 62,08 M, gegenüber 62,38 M des Vorjahres.

Herr Günther: Schon gelegentlich der Verathung über die Aenderungen in der Einrichtung der höheren Mädchenschule — Seite 304 des Berichtes — habe er zum Ausdruck gebracht, daß er ein Gegner der Classenschule sei und zwar aus dem Grunde, weil in der jetzigen fortgeschrittenen Zeit das allgemeine Verlangen nach Bildung weiter gehe, als hier angestrebt werde. Ursprünglich sei man wohl von dem Gedanken ausgegangen, nicht allen Kindern eine höhere Bildung zu Theil werden zu lassen, sondern eine Classenschule zu schaffen und die Kinder zu trennen, jedoch sei ein solches Vorgehen verwerflich. Schon vor dreißig Jahren haben Bracke und Steinau gegen die Einrichtung der höheren Töchter Schule gesprochen und jetzt sei man in der Sache noch nicht weiter gekommen, wohl, weil man sie aus den Augen verloren habe. Seiner Meinung nach müßte eine allgemeine Bildung der Kinder aller Volksclassen in einer Einheitschule angestrebt werden, die nach und nach zu einer höheren Schule aufsteige. Dieser Einheitschule müßte als Grundlage eine sogenannte Vorschule gegeben werden. In den mittleren Classen der Einheitschule würde sich sodann auf der einen Seite die höhere Schule für diejenigen, welche ein Studium ergreifen wollen, und auf der anderen Seite eine Fachschule abzweigen.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

Die Grundlage werde also die allgemeine Volksschule sein bei Schulgeldfreiheit und freier Lieferung der Lehrmittel, und müßten dann die Kinder der verschiedenen Bevölkerungsclassen dieselbe Schulbank benutzen. Bei der jetzigen Eintheilung der Bürgerschulen in mittlere und untere komme die Schulverwaltung so oft in Calamitäten wegen der zweckmäßigen Unterbringung der Kinder und wegen der Vertheilung der Lehrkräfte, daß schon aus diesem Grunde eine Beseitigung dieser Eintheilung wünschenswerth erscheine. Wenn dagegen eingewendet werde, der Plan sei zu weitgehend, so sei er der Meinung, daß das durchaus nicht zutreffe.

Zur Zeit erfordern die verschiedenen höheren städtischen Schulen folgende Aufwendungen und Zuschüsse:

Oberrealschule bei	490 Schülern	124020 M	Aufwendung und	58800 M	Zuschuß,
Höhere Mädchen-					
schule bei	754	116568	"	24200	"
Lehrerinnen-					
seminar	30	6500	"	2400	"
Mädchenschule	540	75538	"	34400	"
<hr/>					
zusammen bei	1814 Schülern	322626 M	Aufwendung und	119800 M	Zuschuß,

während die Bürgerschulen bei 15 597 Schülern eine Gesamtaufwendung von 1 087 370 M und einen städtischen Zuschuß von 837 000 M erfordern. Hieraus gehe hervor, daß der stadtseitige Aufwand für die höheren Schulen erheblich höher sei, als für die mittleren und unteren Bürgerschulen, und daß demnach für das eine Drittel der Bevölkerung weit mehr Geldmittel aufgewandt würden, als für die anderen zwei Drittel. Der Einwand, es lasse sich der Antrag nicht durchführen, weil er zu große Geldopfer erfordere, sei auch nicht stichhaltig, da bei vollständiger Schulgeldfreiheit nur ein weiterer stadtseitiger Zuschuß von 360 786 M, einer lächerlich geringen Summe gegenüber den großen Vortheilen, erforderlich werde. Wenn man nur so weit gehen wolle, die Lehrmittel auch den Schülern der mittleren Bürgerschulen frei zu liefern, würde natürlich der Mehraufwand sehr viel geringer sein. Sollten die Staatsgesetze hindern, eine volle Schulgeldfreiheit eintreten zu lassen, so könnte doch wenigstens das Schulgeld auf das mindeste Maß herabgesetzt werden. Eine Gefahr, daß die höheren Schulen dann stärker besucht werden würden, als jetzt, liege nicht vor.

Aus allen diesen Gründen stelle er folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, seine Zustimmung zu geben, daß die mittlere und untere Bürgerschule in eine Einheitsschule umgewandelt und für alle städtischen Schulen die Schulgeldfreiheit eingeführt werde, bei unentgeltlicher Gewährung aller Unterrichtsmittel“.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Schulcommission zur Vorberathung.

VIII. Städtische Fortbildungs- und Gewerbechule:

Einnahme und Ausgabe 69 000 M.

Städtischer Zuschuß 35 700 M.

IX. Städtische Mädchen-Fortbildungsschule:

Einnahme und Ausgabe 8400 M.

Städtischer Zuschuß 3240 M.

Zu dem Cap. III des ordentlichen Etats zurückkehrend, bemerkt Herr Hauswaldt, daß die Stadt folgende, auf den Kopf des Kindes berechnete Zuschüsse zu den einzelnen städtischen Schulen zu leisten habe:

Oberrealschule	bei 420 einheimischen	Kindern je 122,80 M,
	70 ortsfremden	" " 103,10 " "
Mädchenschule	" 525	" " 64,76 " "
Untere Bürgerschulen	" 4580 schulgeldfreien	" " 62,08 " "
	4700 schulgeldpflichtigen	" " 58,08 " "
Mittlere Bürgerschulen	" 686 schulgeldfreien	" " 62,08 " "
	6174 schulgeldpflichtigen	" " 38,08 " "
Höhere Mädchenschule	" 710	" " 33,00 " "

Bei einer solchen Berechnung komme man aber zu einem ganz anderen Ergebnisse, als Herr Günther, der alle Beträge zusammenziehe.

Herr Südel möchte darauf hinweisen, daß die geplante Beschaffung einer einzigen Schreibmaschine für die Mädchen-Fortbildungsschule insofern keinen Zweck habe, als jedem einzelnen Mädchen gestattet werden müsse, die Maschine auch zu Hause benutzen zu dürfen, weil es sonst nicht möglich sei, daß die Mädchen das Maschinens Schreiben ordentlich lernen.

Damit ist das Cap. III des ordentlichen Etats erledigt.

— Herr Südel übernimmt nunmehr wieder das Referat. —

X. Städtische Armenkasse:

Einnahme und Ausgabe 448 900 M. Städtischer Zuschuß 301 200 M.

Anhang zum Etat der Armenkasse:

Einnahme und Ausgabe 145 500 M. Städtischer Zuschuß 98 900 M.

Damit gilt auch das Cap. V des ordentlichen Etats als angenommen.

XI. Straßenreinigungs-Institut:

Einnahme und Ausgabe 191 600 M. Städtischer Zuschuß 144 800 M.

XII. Städtische Gaswerke:

Einnahme 1 171 200 M. Ausgabe 1 029 200 M.

Ueberschuß 142 000 M.

XIII. Städtische Wasserwerke:

Einnahme 381 700 M. Ausgabe 325 200 M.

Ueberschuß 56 500 M.

Anhang: Neustadtmühle:

Einnahme 29 500 M. Ausgabe 28 950 M.

Ueberschuß 550 M.

Zu dem Cap. XI des ordentlichen Etats zurückkehrend, bemerkt Herr Südel, daß folgender Antrag des Magistrates vorliege:

„Wir beantragen, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im Jahre 1902/3 — so, wie im laufenden Jahre geschehen —

an Gemeinde-Einkommensteuer $9\frac{1}{2}$ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Gemeinde-Grundsteuer 7,5 % vom Grundsteuercapital,

an Gewerbesteuer 75 % der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer

ausgeschrieben werden.“

Der Antrag wird auf Empfehlung der Finanzcommission angenommen.

3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushaltes für 1. April 1902/03,

einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

Cap.	Verwaltungsweig	Einnahme		in Pro=centen	Ausgabe		in Pro=centen	Ueberschuß		Fehlsumme	
		M	ℳ		M	ℳ		M	ℳ	M	ℳ
I.	Kämmereivermögen (im engeren Sinne)	197700	—	5,51	720100	—	20,08	—	—	522400	—
II.	Kirchenwesen . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
III.	Unterrichtswesen .	220500	—	6,15	1232450	—	34,36	—	—	1011950	—
IV.	Kunst und Wissen=schaft	—	—	—	18800	—	0,52	—	—	18800	—
V.	Armenpflege . . .	—	—	—	301200	—	8,40	—	—	301200	—
VI.	Gesundheitswesen .	3100	—	0,09	9350	—	0,26	—	—	6250	—
VII.	Bereinswesen und Volksfeste . . .	616 67	—	0,02	2307 17	—	0,06	—	—	1690 50	—
VIII.	Feuerlöschwesen .	29600	—	0,82	87200	—	2,43	—	—	57600	—
IX.	Ortspolizei . . .	37077 05	—	1,03	423900	—	11,82	—	—	386822 95	—
X.	Straßenbau . . .	165300	—	4,61	352600	—	9,83	—	—	187300	—
XI.	Gemeindesteuern u.	2734450	—	76,24	10100	—	0,28	2724350	—	—	—
XII.	Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse	40720	—	1,14	47500	—	1,33	—	—	6780	—
XIII.	Stadtverwaltung .	43500	—	1,21	357400	—	9,97	—	—	313900	—
XIV.	Insgemein . . .	114136 28	—	3,18	23792 83	—	0,66	90343 45	—	—	—
	Zusammen	3586700	—	100	3586700	—	100	2814693 45	—	2814693 45	—

4. Voranschlag über die Verwaltung des Schulhausbaufonds im Jahre 1902/03.

Zugang 228 600 M.

Abgang 222 700 M.

Bestand 5900 M.

5. Anhang.

Canalbaucassie.

A. Neubau-Stat:

Einnahme und Ausgabe 181830 M. Aufzunehmende Anleihen 166700 M.

B. Unterhaltungs-Stat:

Einnahme und Ausgabe 268500 M. Städtischer Beitrag 87200 M.

Der Magistrat beantragt hierzu, die Canalabgabe auf den Betrag von 2,5 % des Grundsteuercapitales festzustellen und empfiehlt die Finanzcommission Genehmigung dieses Antrages.

Herr Meyerhoff muß sich gegen die beabsichtigte Erhöhung der Canalabgabe von 2 % auf 2,5 % des Grundsteuercapitales wenden, da die neue Belastung wieder einzig und allein auf die Schultern der Grundbesitzer abgewälzt werde. An eine Entlastung der gerade in jetziger Zeit schwer bedrängten Grundbesitzer denke Niemand. Da nun einerseits die Wohnungsmiethen nicht gestiegen, sondern eher noch gesunken seien, andererseits unsere Steuerverhältnisse zu Befürchtungen noch keinen Anlaß geben, so bitte er, die Erhöhung abzulehnen.

Herr Fiedel möchte dem gegenüber darauf aufmerksam machen, daß die Erhebung der Canalsteuer auf einer bestimmten, im Statut festgelegten Vereinbarung zwischen Magistrat und Stadtverordneten beruhe, welche nicht willkürlich von einer Seite geändert werden könne. Ein Drittel der Unkosten werde auf die Allgemeinheit genommen, während zwei Drittel die angeschlossenen Grundbesitzer zu tragen haben.

Herr Meyerhoff bittet, unter solchen Verhältnissen die Beschlußfassung über die Erhöhung heute auszusagen, damit er eine Aenderung des Statuts beantragen könne.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte gegenüber Herrn Meyerhoff richtigstellen, daß nach den vorliegenden Vereinbarungen die Stadt von den den angeschlossenen Grundbesitzern obliegenden Canallasten schon jetzt ein Drittel übernehme, während die Grundbesitzer den Rest zu tragen haben.

Herr Meyerhoff wünscht dieses Verhältniß gerade geändert zu sehen und habe deshalb den Antrag auf Aussetzung der Beschlußfassung gestellt. Seiner Meinung nach reiche es hin, wenn die Grundbesitzer ein Drittel und die Stadt zwei Drittel der Canallasten tragen.

Herr Bues ist ebenfalls der Meinung, daß die Allgemeinheit mehr von den Canalausgaben tragen müsse, da die Canalisation der Allgemeinheit auch wieder zu Gute komme. Wissen möchte er, ob die Abgaben für gewerbliche Abwässer auch

schon in den Etat einbezogen seien, oder ob man diese ganz enormen Summen extra berechnet habe.

Herr Fiedel erwidert, daß die Beiträge der gewerblichen Etablissements mit 33 000 M in den Etat eingestellt seien. Im Uebrigen halte er es für bedenklich, an dem Statut etwas zu ändern.

Herr Hauswaldt hält eine Feststellung des Stats für unbedingt erforderlich. Da die Summe von 137 000 M fehle, so müßte sie auch von den angeschlossenen Hauseigenthümern aufgebracht werden, die Versammlung könne daher weiter nichts thun, als die Berechnung des Magistrates als richtig anzuerkennen.

Herr Semler will darauf hinweisen, daß die Beiträge der Hauseigenthümer sich bei einer etwaigen Revision des Statuts noch insofern zu deren Ungunsten verschieben könnten, als eine gewisse Berechtigung vorliege, auch die Kosten der Pumpstation und der Rieselfelder in die Berechnung der Lasten einzubeziehen.

Herr Bürgermeister Metemeyer kann die Ansicht des Herrn Hauswaldt nicht theilen. Die Versammlung brauche die einzelnen Ausgabeposten nicht ohne Weiteres anzuerkennen, sondern könne ja, wenn thunlich, die eine oder andere Position streichen, dann stelle sich das Ergebniß anders.

Herr Sander wird auch gegen die Erhöhung der Canalsteuer stimmen, weil er es für gefährlich halte, den Grundbesitz immer noch höher zu belasten. Erst vor Kurzem habe man eine sehr erhebliche Steuer auf den Grundbesitz gelegt, nämlich die Erhöhung der Wasserpreise, und jetzt wolle man schon wieder die Canalsteuer um 25 % erhöhen, das sei für manchen Hausbesitzer eine zu schwere Last. Wenn dann auch noch die Ansicht des Herrn Semler sollte zur Durchführung kommen, was er übrigens nicht befürchte, so wäre damit der Ruin des Grundbesitzes entschieden. Die vielen Zwangsversteigerungen würden nicht zum kleinsten Theile durch die auf den Grundstücken ruhenden Lasten verursacht.

Die Versammlung beschließt darauf die Genehmigung des Stats und stimmt auch dem Magistratsantrage auf Erhöhung der Canalsteuer auf 2,5 % des Grundsteuercapitals zu.

— Herr Semler übernimmt wieder den Vorsitz. —

Städtisches Schlachthaus.

Einnahme und Ausgabe 209 000 M. Tilgungsbetrag 19 040,89 M.
Der Etat wird nach Maßgabe der Vorlage festgestellt.

Casse für Wohlfahrtseinrichtungen (vormalige Casse der Abgabe für Hunde).

Einnahme und Ausgabe 31 200 M. Zur Verfügung 810 M.
Dieser Etat gilt ebenfalls als festgestellt.

Kreiscommunalcasse.

Einnahme und Ausgabe 2788 300 M. Zur Verfügung 1867,29 M.

Auch dieser Etat wird genehmigt.

Damit ist die Etatsberathung beendet und genehmigt die Versammlung nunmehr den gesammten Stadthaushaltsplan für 1902/03 nach Maßgabe der Vorlage.

Schließlich spricht der Herr Vorsitzende Herrn Jüdel noch den Dank der Versammlung aus für die im Sitzungssaale ausgehängten statistischen Tabellen über die Vertheilung der Gemeindesteuern auf die einzelnen Steuerclassen.

II. Gemeinde-Kirchensteuer für 1902/1903.

Das Kirchencassen-Collegium hat bei Vorlegung eines Entwurfs zum General-etat der Gemeinde Kirchencasse für das Finanzjahr 1902/03 beantragt, den aus dem Abschluß desselben sich ergebenden Fehlbedarf von 80 000 M durch Ausschreibung einer Gemeinde-Kirchensteuer aufzubringen. Der Magistrat hat die sämmtlichen Posten des Statentwurfs als zu ordnungsmäßiger Befriedigung der Bedürfnisse der hiesigen Stadtkirchen erforderlich anerkannt und giebt anheim, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß für das kommende Finanzjahr die Gemeinde-Kirchensteuer, wie im laufenden Jahre geschehen, in Höhe von 6 % der auf die Pflichtigen veranlagten Beiträge zur Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Seele berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

III. Zahlung von Legaten aus dem Woltag'schen Nachlasse.

Die am 10. November 1901 hier verstorbene Wittve des Pastors Woltag hat die hiesige Stadtgemeinde zu ihrer Erbin ernannt und derselben die Verpflichtung auferlegt, den Nachlaß nach Bestreitung einiger Legate zur Errichtung einer milden Stiftung zu verwenden. Das zu dem Zwecke verfügbare Vermögen wird etwa 45 000 M betragen. Der Magistrat hat keine Bedenken getragen, die Erbschaft anzutreten und wegen Errichtung der Stiftung die erforderlichen Schritte zu thun. Inzwischen hat der Kaufmann Wilhelm Röttcher ersucht, ihm aus dem Nachlasse der Erblasserin die Summe von 1402 M auszuzahlen, weil die Wittve Woltag kurz vor ihrem Ableben die Auszahlung dieser Summe an ihn mündlich angeordnet habe. Nach der Befundung der betr. Krankenpflegerinnen unterliegt es keinem begründeten Zweifel, daß die Erblasserin wiederholt die Absicht zu erkennen gegeben hat, ihr Testament zu Gunsten des p. Röttcher und der beiden Krankenpflegerinnen zu ergänzen und daß sie am Abend vor ihrem Todestage einer Pflegerin gegenüber erklärt hat, der Kaufmann Röttcher solle den Inhalt eines in einem Geheim-

sache aufbewahrten Portemonnaies, jede der beiden Krankenpflegerinnen aber ein paar hundert Thaler bekommen. In dem fraglichen Geheimsache sind später 1402 M gefunden worden. Wenn nun auch eine Rechtsverbindlichkeit zur Zahlung dieser Legate für die Stadt nicht vorliegt, so hält es der Magistrat doch für billig, dem p. Röttcher die 1402 M und jeder der beiden Pflegerinnen 600 M zu zahlen; die Versammlung wird deshalb ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Nach dem Berichte des Herrn Wolff ist die Statutencommission der Ansicht, daß man sich bei Beurtheilung der Vorlage auf zwei verschiedene Standpunkte stellen könne. Wenn eine solche Anordnung wie im Fragefalle nicht rechtsgültig sei, so könne eine Stadtgemeinde, zumal wenn eine mit dem Capitale zu begründende Stiftung in Frage stehe, sehr wohl von Berücksichtigung des Wunsches der Erblasserin Abstand nehmen. Auf der anderen Seite habe es aber in dem Willen der Erblasserin gelegen, die betreffenden Zuwendungen ausgeliefert zu sehen. In solchem Falle würde wohl jeder anständige Privatmann sich über die Formwidrigkeit der Zuwendung hinwegsetzen und den Wunsch der Erblasserin erfüllen. Die Statutencommission habe sich auf den letzteren, auch vom Magistrate getheilten Standpunkt gestellt und gemeint, die Auszahlung der Gelder entspreche einer Anstandspflicht, wenn auch eine Rechtspflicht nicht vorliege. Die Commission empfehle daher die Magistratsvorlage zur Annahme.

Herr Kolte möchte noch erwähnen, daß die betr. beiden Schwestern die Schenkung nach den Satzungen für das Rothe Kreuz nicht selbst annehmen dürfen, sondern dieselbe auf das Schwesternhaus übertragen werden müsse. Die beiden Schwestern seien hiermit auch vollständig einverstanden.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

IV. Antrag Ahmann: Benutzung des städtischen Arbeitsamtes.

Der in der Sitzung vom 20. März d. Js. — Seite 396 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag ist von der Statutencommission vorberathen worden. Wie Herr Wolff berichtet, hat sich dieselbe in ihrer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, daß bei der Errichtung der städtischen Arbeitsstelle jedweder Zwang in Bezug auf die Benutzung derselben als ausgeschlossen zu betrachten sei und es jedem Arbeitgeber unbenommen bleiben müsse, ob er sich bei Bedarf von Arbeitskräften an die Stelle wenden wolle oder nicht. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend habe die Mehrheit der Commission den Standpunkt vertreten, daß der Antrag bedenklich erscheine. Nun habe zwar Herr Ahmann dem Antrage erläuternd hinzugefügt, daß er die Stadtverwaltung nicht veranlassen wolle, ihren Bedarf unbedingt dem Arbeitsamte zu entnehmen, sondern die einzelnen städtischen Dienststellen ihren Bedarf nur insoweit bei dem Amte anmelden sollten, als dem nicht besondere Gründe entgegenstehen. So z. B. würde der Bedarf an Arbeitskräften

zum Schneeschaufeln nicht unbedingt beim Arbeitsamte angemeldet werden können, ebenso sei das nicht möglich bei der Berücksichtigung individueller Eigenschaften der gesuchten Kräfte, auch lasse sich nicht unbedingt verlangen, daß die beim Arbeitsamte eingeschriebenen Leute in der vermerkten Reihenfolge genommen werden müßten, sondern dieses nur die Regel zu bilden habe, soweit dagegen keine besonderen Bedenken obwalten. Die Vertreter des Magistrates haben erklärt, daß sie sich unter keiner Bedingung irgend welchen Zwang gefallen lassen könnten, zumal ein Bedarf, das Arbeitsamt in Anspruch zu nehmen, meist schon deshalb nicht vorliege, weil ein genügendes directes Angebot vorhanden sei, und in vielen Fällen große Eile geboten sei. Vor allen Dingen erscheine auch eine individuelle Berücksichtigung der einzustellenden Arbeiter nothwendig und schon darum die Zuweisung des Arbeitsamtes bedeutungslos. Indem nun die Statutencommission die Bedenken des Magistrates würdige und andererseits feststelle, daß es bei der Schaffung des Arbeitsamtes nicht in dem Willen der Versammlung gelegen habe, irgend welchen Zwang in Bezug auf die Benutzung desselben auszuüben, sehe sich die Commission in ihrer Mehrheit nicht in der Lage, dem Antrage zu willfahren und gebe anheim, über denselben zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Ahmann kann diese Stellungnahme der Statutencommission nur bedauern. Wie der Herr Referent schon hervorgehoben habe, liege es nicht in seiner Absicht, dem Magistrate oder den Deputationen die Besetzung der Arbeiterstellen zu erschweren. Gegenüber der Erklärung des Magistratsvertreters in der Commission, daß es bei Durchführung des Antrages vorkommen könne, es würden dem Magistrate bei Besetzung von Stellen, die eine besondere Vorbildung erfordern, Leute zugesandt, die für die Stelle ungeeignet seien, bemerke er, daß er natürlich solche widersinnigen Dinge nicht durchgeführt wissen wolle. Aus einer eigenen achtjährigen Thätigkeit wisse er, wie wenig angenehm es sei, ein Personal einzustellen, was nicht qualificirt sei; man dürfe daher nicht annehmen, daß er solchen Grundsatz in der städtischen Verwaltung einführen wolle. Aber bei den Arbeiten im Stadtpark und an den Promenaden wäre es doch wohl möglich gewesen, Personal vom Arbeitsamte zu entnehmen und hoffe er, daß der Magistrat sich herbeilassen werde, dem Promenadeninspector Kreiß aufzugeben, daß er seine Leute vom Arbeitsamte nehme. Bis jetzt habe der Magistrat noch nicht bewiesen, daß er es gut mit dem Arbeitsamte meine, und gewinne es den Anschein, als ob derselbe eine Antipathie dagegen besitze, was sehr zu bedauern sei. Ohne einzelne Fälle anführen zu wollen, glaube er doch sagen zu sollen, daß der Vorsteher des Arbeitsamtes seine Umschau nicht zweckmäßig halte. Wenn der Magistrat das Arbeitsamt nicht benutzen wolle, so sei auch der den Arbeitgebern gemachte Vorwurf, daß sie dasselbe zu wenig in Anspruch nähmen, nicht gerechtfertigt. Er ersuche deshalb, seinem Antrage zuzustimmen.

Herr Stadtrath von Frankenberg will sich auf die vom Magistrate in der Commission abgegebene Erklärung beschränken. Im Uebrigen berechtige den Vorredner nichts, anzunehmen, daß der Magistrat der von ihm selbst mit Zustimmung der Versammlung geschaffenen Einrichtung übelwollend gegenüberstehe.

Herr Stegmann versteht nicht, wie sich der Magistrat in dem Berichte über das Arbeitsamt beklagen könne, daß dasselbe von den Arbeitgebern nicht genügend benutzt werde, da er sich noch mehr über sich selbst beklagen könne. Werde der Antrag nicht angenommen, so spreche man das Todesurtheil über das Arbeitsamt aus; denn wenn man selbst erkläre, man könne durch das Amt geeignete Leute nicht erhalten, so sei auch nicht zu verlangen, daß die Arbeitgeber es benutzen. Während an allen anderen Orten den Arbeitsämtern von den Socialpolitikern eine hohe Bedeutung beigemessen werde, und man darnach strebe, die Thätigkeit der Aemter immer weiter auszudehnen, suche man hier das Amt zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken. Bei dem Magistrate scheine eine Antipathie gegen das Amt zu bestehen und sei es als erste Stufe derselben anzusehen, daß man das Amt aus dem Rathhause hinausgebracht und nicht ein einziges Plätzchen dafür übrig habe. Man sei in der Antipathie dagegen so weit gegangen, daß man zuerst beabsichtigt habe, das Amt in einen abgelegenen Winkel des Sedanbazar's zu verlegen und es nur den Bemühungen der Arbeitnehmer-Beisitzer gelungen sei, das Local in der Wilhelmstraße zu erhalten. Außerdem werde beabsichtigt, die Monatsberichte wegfällen zu lassen, woraus man entnehmen könne, daß es möglichst der Vergessenheit anheim fallen und unauffällig bei Seite geschoben werden solle. Auch sei es dem Magistrate wohl nicht angenehm gewesen, daß man im Winter das Material des Arbeitsamtes benutzt habe, um den Umfang der Arbeitslosigkeit nachzuweisen. Ferner solle zum 1. Juli d. Js. der dem Arbeitsamte beigegebene Beamte beseitigt und durch einen Magistratsdiener ersetzt werden, der die Geschäfte nebenbei mit zu versehen habe. Daraus gehe aber zur Genüge hervor, daß man keine Sympathie für das Amt habe und es nach und nach vernichten wolle, was geradezu unerhört sei. Wenn die Versammlung sich unter solchen Verhältnissen auf den Standpunkt des Magistrates stelle und den Antrag Ahmann nicht annehme, so sei das außerordentlich bedauerlich.

Herr Meyerhoff muß sich dagegen verwahren, daß auch nur die Rede davon gewesen sei, das Arbeitsamt in einen verborgenen Winkel zu bringen. Er habe sich mit Herrn Stadtrath von Frankenberg bemüht, ein passendes Unterkommen für das Amt zu finden und sei in erster Linie das Angebot der Räume an der Wilhelmstraße angenommen worden. Wenn die Beaufsichtigung des Amtes einem Magistratsdiener übertragen werde, der gleichzeitig die Reinigung und Heizung der Räume übernehme, so liege doch darin keine Herabwürdigung des Amtes? In dem Rathhause wollte man Souterrainräume nicht haben, andere passende Räume aber

seien dort nicht disponibel, man könne also wirklich zufrieden sein, daß man nun eine so schöne Unterkunft an der Wilhelmstraße finde.

Herr Födel findet es sehr erklärlich, daß die Großindustrie von dem Arbeitsamte keinen umfassenderen Gebrauch mache. Als er z. B. Leute durch das Arbeitsamt habe beziehen wollen und dieses in seinem Werke bekannt geworden sei, hätten verschiedene seiner Arbeiter einen Verwandten oder Bekannten zur Einstellung empfohlen und erscheine es wohl natürlich, wenn auf die Empfehlung langjähriger Mitarbeiter hin diese Leute bevorzugt seien. Auf anderen Werken habe man eine Menge Arbeiter entlassen müssen und sei es ebenfalls erklärlich, daß bei wieder eintretendem Bedarf an Arbeitern zuerst aus der Zahl der alten Arbeiter der Bedarf gedeckt sei. Endlich komme es häufig vor, daß Fachleute nöthig seien, die auch nicht vom Arbeitsamte bezogen werden könnten.

Herr Stadtrath von Frankenberg möchte noch bemerken, daß die Anregung, das Arbeitsamt nach dem Sedanbazar zu verlegen, von der städt. Bauverwaltung ausgegangen sei, daß indessen der Vorschlag des Herrn Meyerhoff auf Verlegung des Amtes nach der Wilhelmstraße vom Ausschusse sofort einstimmig gutgeheißen sei. Im Magistrate selber sei mit keinem Worte darauf gedrungen, das Local im Sedanbazar zu wählen. Was sodann die Sache mit dem Rathsbdiener Schinkel anlange, so sei er selbst es gewesen, welcher angeregt habe, ob es wohl möglich sei, die ganze Beaufsichtigung in der Wilhelmstraße einer einzigen Persönlichkeit zu übertragen. Man würde es ihm aber doch nicht zutrauen, es darauf anzulegen, das Arbeitsamt zu vernichten, da es sein erstes Werk sei, welches er habe mit ins Leben rufen helfen und er lieber etwas Anderes thäte, als dem Arbeitsamte den Todesstoß zu geben.

Herr Stegmann möchte dem gegenüber erklären, daß nach einer Mittheilung des Herrn Wesemeyer gerade Herr Stadtrath von Frankenberg sich sehr ins Zeug gelegt haben solle, den Sedanbazar zu wählen. (Unruhe.) Wenn hier auch Schlußrufe ertönten, so sei ihm die Sache wichtig genug, um eingehend erörtert zu werden. Jetzt habe ein Magistratsbeamter die Leitung des Amtes und sei demselben noch eine Hilfskraft beigegeben, während vom 1. Juli ab die Leitung durch einen Magistratsdiener erfolgen solle, was entschieden als eine Verschlechterung anzusehen sei, und könnten darüber keine Reden des Herrn Stadtrath von Frankenberg hinweghelfen.

Herr Meyerhoff kann nur annehmen, daß der Vorredner ganz falsch unterrichtet sein müsse. Man habe zuerst im Neustadt-Rathhause einen Raum für das Arbeitsamt nehmen wollen, was indessen nicht durchführbar erschienen sei, und darauf habe man das alte Standesamt an der Peterfilienstraße ins Auge gefaßt,

aber nach dem Sedanbazar sei man noch nicht einmal hingegangen, um die Räume anzusehen.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird sodann angenommen.

V. Einsprachen gegen den Ortsbauplan in der Nähe des Nordbahnhofes.

Verschiedene Anlieger haben gegen die in der Sitzung vom 13. Februar d. Js. — Seite 349 des Berichtes — beschlossene Aenderung des Theilortsbauplanes am Nordbahnhofe Einsprache erhoben, dieselbe aber theilweise wieder fallen gelassen, nachdem ihnen eröffnet worden war, daß es sich z. B. nicht um die thatsächliche Aufhebung der Spargelstraße, bezw. der östlichen Theilstrecke der Taubenstraße, sondern nur darum handle, daß diese Straßen künftig wegfallen und daher als auszubauende Ortsstraßen nicht in den Ortsbauplan aufgenommen werden sollten. Die Einsprache gegen die Aenderung des Ortsbauplanes sei daher zwecklos und könne dadurch jedenfalls nicht erreicht werden, daß die Unterbrechung der Spargelstraße unterbleibe. Die Mehrzahl der Erschienenen zeigte sich unter diesen Umständen geneigt, die Einsprache fallen zu lassen, nur der Kohlenhändler Ahrens, der Procurist Grothusen und der Privatmann Hampe hielten die Einsprache aufrecht. Vom Magistrate wird ersucht, die sämmtlichen Einsprachen als ungegründet zu verwerfen.

Wie Herr Schöttler namens der Statutencommission berichtet, beziehen sich die Einsprachen darauf, daß der Nordbahnhof die Spargelstraße in ihrer Weiterführung hemme und die Verbindung der Taubenstraße nach dem Wültenwege zu gesperrt werde, also auf etwas, das die städtischen Behörden nicht hindern können. Es werde daher beantragt, die Einsprachen zu verwerfen, was seitens der Versammlung geschieht.

Darauf wird die Versammlung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

